

AMTSBLATT DES REGIERUNGSPRÄSIDENTEN IN GUMBINNEN

Gumbinnen (Regierungsbezirk)

Z 37

18/46



Amtsblatt

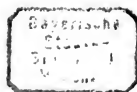
der
Königlich Preussischen Regierung
zu
Gumbinnen.



Sechshundvierzigster Jahrgang, 1856.



Gebruckt bei G. Braunfand.



Verf. - 1898
b. 1898
München

Chronologische Uebersicht

von den

in dem Amtsblatte der Königl. Regierung zu Gumbinnen für das
Jahr 1856 enthaltenen Verordnungen und Bekanntmachungen.

Datum.	Gegenstand.	Nr. des Erl. d. S.	Erl. d. S.	Nr. der Verfügung.
	A. Allerhöchste Kabinetts-Ordres.			
13ten August 1855.	Reglement über die Gewährung von Unterstützungen für Militär-Familien während des Kriegszustandes vom 26ten Juli 1855 (Beilage)	10	39	62
7ten Juli 1804.	Verhütung und Löschung von Waldbränden	17	100	108
15ten April 1856.	Forterhebung des Zuschlages von 25 Prozent zur klassifizirten Einkommensteuer, zur Klassensteuer und zur Mahl- und Schlachtsteuer bis zum 1sten Januar 1857.	21	117	132
22ten Septbr.	Seiner Königl. Majestät Landtags-Abschied für die Stände des Königreichs Preußen vom 22ten September 1856 .	45	260	309
18ten August	Allerhöchste Verordnung, betreffend das für den Uebergang über den Vlschluß in Johannisburg zu erhebende Brückengelb	50	295	365
	B. Bekanntmachungen der höhern Behörden.			
	a) Des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.			
8ten Februar	Veränderung der Gebühren für die Physikal.-Prüfungen . .	10	86	55
19ten Juni	Aufnahme in die Bildungs-Anstalt für evangelische Gouvernanten in Droyßig	27	145	173
4ten August	Anmeldung von Civil-Cleven für den am 1sten Oktober 1856 beginnenden Kursus der Königl. Central-Turn-Anstalt in Berlin	35	203	239
	b) Des Ministeriums des Innern und des Finanz-Ministeriums.			
3ten April	Aufhebung des Pferde-Ausfuhr-Verbots	16	93	97

Datum.	Gegenstand.	Rt. des Erlöds.	Schwajobl.	Rt. der Befügung.
	c) Des Kriegs-Ministeriums, Abtheilung für das Remonte-Büro.			
		16	94	98
17ten März 1856.	Remonte-Ankauf pro 1856	20	111	122
		24	128	150
	d) Des Finanz-Ministeriums.			
12ten April	Aufhebung des Verbots der Durchfuhr von Waffen und Kriegs- Munition	17	97	106
23ten Mai	Eröffnung der Eisenbahnstrecke von Ründe nach Welle zur Uebersuhr von Branntwein und Bier nach und von Hannover	24	127	148
29ten August	Wieder zu gewährende Steuervergütung für ausgehenden Branntwein	37	217	253
16ten Septbr.	Die fernere Einstellung der Erhebung des Eingangszolles für Getreide u.	38	226	264
30ten Novbr.	Den zwischen Preußen, Hannover und Kurheffen für sich und in Vertretung der übrigen Staaten des Zollvereins einerseits und der freien Hansestadt Bremen andererseits abgeschlossenen Vertrag wegen Beförderung der gegenseitigen Verkehrs- Verhältnisse	51	303	372
6ten Decbr.	Erhebung der Mahl- und Schlachtsteuer	52	312	384
	e) Des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.			
11ten April	Ermäßigung des Porto's für Sendungen unter Kreuz- oder Streifband	18	105	111
27ten Mai	Reglement zu dem Gesetze über das Postwesen. (Extra-Beilage)	26	1	—
15ten Juli	Erhebung des Personengeldes bei Beförderung von Halte- Plätzen ab	31	175	214
9ten August	General-Befugung für das Postamtblatt, die Befugung von gedruckten Ankündigungen unter Streif- oder Kreuz- band betreffend	34	109	332

f) des

Datum.	Gegenstand.	Nr. des Erlaßes.	Erlaßjahr.	Nr. der Verfügung.
	f) Des Ministeriums des Innern.			
14ten Juli 1856.	Instruktion zur Ausführung des Gesetzes vom 14ten April 1856, betreffend die Landgemeinde-Versammlungen in den sechs östlichen Provinzen der preussischen Monarchie . . .	32	179	222
30ten Juli	Instruktion vom 30ten Juli 1856 zur Ausführung des Gesetzes vom 14ten April 1856, betreffend die ländlichen Orts-Obriheiten in den sechs östlichen Provinzen der preussischen Monarchie	36	206	245
25ten Septbr.	Unterfagung der ferneren Verbreitung der Augsburger Allgemeinen Zeitung	41	237	282
16ten Novbr.	Verbot der ferneren Verbreitung der Zeitschrift G. Philipp's und G. Görres' historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland	48	275	340
20ten Novbr.	Zusammentritt der Kammern	48	275	341
8ten Decbr.	Verbot der ferneren Verbreitung der Zeitschrift „Ernst Heiter“ g) Des Ersten Präsidenten des Königl. Ober-Tribunals.	52	307	382
	Tribunals.			
26ten Mai	Den von den Rechtsanwälten des Königl. Ober-Tribunals gewählten Ehrenrath	24	127	149
	h) Königl. General-Postamt.			
19ten Februar	Berichtigung des Bestellgeldes für gerichtliche Verfügung, resp. Ausfertigungen	12	66	76
	i) Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.			
16ten Januar	Berloofung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855	5	17	26
20ten Febr.	Ausreichung der Zins-Coupons Ser. II. zu den Schuldverschreibungen der Staatsanleihe vom Jahre 1852	9	31	47
6ten März	Berloofung von Schuldverschreibungen der Staats-Anleihen aus den Jahren 1848, 1850, 1852, 1854 und 1855 A.	12	63	71
8ten Septbr.	Berloofung von Schuldverschreibungen der 4½-prozentigen Staatsanleihen von 1848, 1850, 1852, 1854 und 1855 A.	39	226	265

15ten

Datum.	Gegenstand.	Rr. der einge- lief.	Entf. d. j.	Rr. der Befugnis- g.
15ten Septbr. 1856.	Die Verloosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1856	39	227	266
6ten Oktober	Die frühere Einlösung der ausgelooteten und gekündigten Schuldverschreibungen der freiwilligen Staatsanleihen . . . k) Königl. Haupt-Bank-Direktion.	42	241	289
14ten Juni	Die neuen preussischen Banknoten zu 10 Rthlr. betreffend . l) Königl. Kontrolle der Staatspapiere.	26	140	167
5ten Januar	Erste der ausgerufenen und der Königl. Kontrolle der Staats-Papiere im Rechnungsjahre 1855 als gerichtlich amortisirt nachgewiesenen Staatspapiere m) Königl. Telegraphen-Direktion.	7	23	34
18ten April	Eröffnung der Telegraphen-Station in Anstett	18	106	116
27ten Dezbr. 1855.	C. Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidiums. Ausbruch der Kinderpest	3	9	11
29ten August 1856.	Das Königl. Provinzial-Archiv in Königsberg in Preußen	38	221	257
20ten Septbr.	Die Eröffnung des Provinzial-Landtages zu Königsberg . .	39	228	267
24ten Septbr.	Die opferwillige Bereitwilligkeit, mit der die Kosten und Lasten der diesjährigen Königs-Revue getragen sind . . .	42	242	290
8ten Novbr.	Allerhöchst genehmigtes Verbot der Einfuhr von rohen Kinderhäuten u. auf der Grenze gegen Rußland und Polen . .	49	283	353
12ten Dezbr. 1855.	D. Bekanntmachungen des Königl. Konsistoriums. Prüfung der Kandidaten der Theologie	1	2	2
21ten Mai 1856.	Prüfung der Kandidaten der Theologie	25	135	160
8ten August	Abhaltung einer Kirchenkollekte für die Zwecke der Gustav-Adolph-Stiftung	34	200	233
—	Prüfung der Kandidaten der Theologie	51	303	373
	E. Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Schul-Kollegiums.			
4ten Februar	Prüfung Behufs Aufnahme in das evangelische Schullehrer-Seminar zu Angerburg	8	27	42

Datum.	Gegenstand.	Nr. der Ertheil.	Ertheilungs- Jahr.	Nr. der Verfügung.
7ten Februar 1856.	Meldung fremder Maturitäts-Aspiranten zu den Abiturienten Prüfungen	8	28	43
9ten Februar	Prüfung Behufs Aufnahme in das evangelische Schullehrer- Seminar zu Karalene	9	31	48
24ten Mai	Wahlfähige Elementar-Schullehrer	25	136	161
18ten Septbr.	Wahlfähige Elementar-Schullehrer	41	238	284
	F. Bekanntmachung des Landtags-Marschalls, Grafen zu Dohna-Lauß, in Königsberg.			
4ten Oktober	Die Einreichung von Petitionen zum Provinzial-Landtage .	41	238	283
	G. Bekanntmachung der Berliner allgemeinen Wittwen- Pensions- und Unterstützungs-Kasse.			
4ten Septbr.	Die Neuwahlen von zwei Kuratoren und zwei Stellvertretern	41	239	286
	H. Bekanntmachung des interimistischen Direktors des Königl. Gewerbe-Instituts in Berlin.			
18ten Septbr.	Eröffnung der neu errichteten Muster-Zeichnen-Schule beim Königlichen Gewerbe-Institut in Berlin, und Reglement derselben	44	255	306
	I. Bekanntmachungen der Königlichen Regierung zu Gumbinnen.			
	a) Regierungs-Präsidium.			
12 Februar	Annahme der fälligen Coupons der Münster-Hammer-Eisen- bahn-Aktien bei den Königl. Kassen	8	28	44
27. Februar	Die Fürstlich Schwarzburg-Sonderhausenschen Kassen-Anwei- sungen von 1 und 5 Rthlr.	10	36	57
10. April	Berthütung und Löschung von Waldbränden	17	100	108
5. Mai	Berichtigung der Polizei-Berordnung vom 29ten Juni 1854 wegen Einführung von Holz- und Wildprets-Akteßen . .	21	115	129
				8ten

Datum.	Gegenstand.	Rtr. des Eintr.	Eintragsbl.	Rtr. der Berichtigung.
8ten Mai 1856.	Polizei-Verordnung. Gewerbmäßigem Verkehr im zweimeiligen Umkreise des Bohnorts	21	116	131
26ten April	Die im Künftler Wochenblatt enthaltene falsche Mittheilung über den verschiedenen Werth der Friedrichsd'ore	23	124	143
29ten Juli	Abänderungen des Patents über die Einrichtung der allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt vom 28ten December 1775	32	185	224
26ten Juli	Ausreichung neuer Zins-Coupons zu den Schuldverschreibungen der freiwilligen Staatsanleihe vom Jahre 1848	33	187	228
18ten Oktober	Schlusstermin des Austausches der Fürstlich Schwarzburg-Sonderhausenschen emittirten Cassen-Anweisungen à 1 Rthlr. und 5 Rthlr.	43	253	302
	b) Der Abtheilung des Innern.			
20ten Dezbr. 1855.	Grenzsperre zur Abwehr der Kinderpest . . (Extra-Beilage.)	1	5	6
29ten Dezbr.	Neue Arznei-Laxe pro 1856	2	7	8
29ten Dezbr.	Aufhebung der Viehmärkte wegen der Kinderpest	2	7	9
7ten Januar 1856.	Vorschriften über Ausstellung ärztlicher Atteste in gerichtlichen Angelegenheiten	4	13	19
15ten Januar	Schluss der niedern Jagd	4	13	20
19ten Januar	Die Aufhebung der Krammärkte und die Untersagung des Verkehrs mit Schwarzvieh auf den Bodenmärkten in den Grenzkreisen	4	14	21
19ten Januar	Krammarkt in Arns	5	18	27
25ten Januar	Schulamtsprüfungen der Kandidaten	6	19	30
30ten Januar	Verbot aller Kurversuche bei der Kinderpest und jeder Ausbietung von Heilmitteln gegen dieselbe	6	21	33
2ten Februar	Krammarkt in Arns	7	24	35
16ten Februar	Verbot des Herumführens von Kinder- und anderen Thierhäuten, Hörnern und ungeschmucktem Elg	7	24	36
11ten Februar	Das Verbot, Vieh zum Verkaufe herumzuführen	8	28	45

Datum.	Gegenstand.	Nr. der Eintr.		
		der Eintr.	der Eintr.	der Eintr.
12ten Februar 1856.	Aufhebung aller Vieh- und Pferdemärkte in den Monaten März und April 1856	8	29	46
14ten Februar	Auseinanderetzungen	9	32	49
19ten Februar	Einfuhr von Bettfedern, Daunen und Eumpen aus Rußland und Polen	10	36	56
10ten Februar	Kirchen-Schenkungen	11	60	64
29ten Febr.	Gebrauch der Haspel	11	60	65
14ten Februar	Auseinanderetzungen	12	63	72
28. Februar	Ausstellung ärztlicher Atteste	12	64	73
10ten März	Polizeiverordnung über die Feuerungsanlagen. (Extra-Beilage)	12	67	77
6ten April	Martini-Durchschnitts-Marktpreise pro 18 ⁴⁹ / ₁₀₀	16	95	100
8ten April	Kinderpest in Rußland und Polen	16	95	101
4ten April	Departements-Ersatz-Geschäft für das Jahr 1856	16	95	102
6ten April	Ablösung von Reallasten	17	97	107
22ten April	Polizei-Verordnung. Das Einbringen von Thierknochen . .	18	103	112
28ten April	Grenzsperre gegen die Kinderpest in den Kreisen Dießko und Eyda	19	108	118
6ten Mai	Polizei-Verordnung. Maßregeln zur Abwehr der Kinderpest	20	112	126
6ten Mai	Lehr-Kursus in dem Königl. Musik-Institut zu Berlin . .	21	115	130
15ten Mai	Mitgliederwahl des Kuratorii der Johannisburger Kreispartasse	22	119	136
4ten April	Departements-Ersatz-Geschäft für das Jahr 1856	23	123	142
27ten Mai	Die Kinderpest in benachbarten Gegenden Polens und Rußlands	23	125	144
14ten Mai	Polizei-Verordnung, das Meldewesen betreffend	24	129	151
6ten Juni	Diesjährige Schiffsfahrtsbahn auf der Remel, dem Ruß- und dem Amathstrom, so wie im kurischen Haff	25	136	162
18ten Juni	Wahl des Vorstandes und des Revisanten der Kreispartasse zu Eyda	26	142	168
17ten Juni	Schulamts-Prüfungen der Literaten	27	148	174
19ten Juni	Aufhebung der gänzl. Sperre vom Jurafluß bis Antschwenten	27	148	176
20ten Juni	Aufruf an etwaige unbekannte Interessenten in Auseinander- setzungen	27	149	181
		30	172	208

Datum.	Gegenstand.	Nr. des Stück.	Sitzungs- protokoll.	Nr. der Beratung.
29ten Juni 1856.	Aushebung der Vieh- und Pferdemärkte in einigen Grenzkreisen wegen der Kinderpest in Polen	27	150	183
24ten Juni	Prüfung der Schulamts-Bewerber in Karasene und Angerburg	28	159	195
25ten Juni	Ministerial-Erlaß vom 18ten Juni 1856 wegen Aufnahme in die Bildungsanstalt für evangelische Gouvernanten in Drossig	28	160	196
24ten Juni	Uebersicht von dem Schullehrer-Wittwen- und Waisen-Unterstützungs-Fonds pro 1855	28	162	197
26ten Juni 3ten Juli	Bezeichnung des Fahrwassers im kur. Haffe bei Schwarzort u. Polizei-Berordnung wegen sofortiger Anzeige jeder verdächtigen Rindvieh-Erkrankung	28 29	163 167	201 203
19ten Juli	Länge und Eintheilung des zum öffentlichen Verkaufe zu bringenden Carnes	32	185	223
26ten Juli	Ministerial-Berordnung vom 8ten Juli 1856, wegen Einführung von Dienstbüchern für die Schiffsleute im Regierungsbezirk Gumbinnen	34 46	200 268	234 324
11ten August	Ministerial-Bestimmung vom 4ten August 1856, wegen Beaufsichtigung des Betriebes beweglicher Dampfkessel (Lokomobilen)	34	201	235
16ten August	Einstellung der Vieh- und Pferdemärkte in den Grenzkreisen während der Monate August, September und Oktober 1856 wegen der Kinderpest in Polen	34	202	236
2ten Septbr.	Die Pferdemärkte in Altit	37	218	254
7ten Septbr.	Die Umpfarrung der Pfarzhaft Ußbullen, Kreises Gumbinnen	38	224	260
8ten Septbr.	Anlage einer Apotheke in Joblauken	38	224	261
9ten Septbr.	Polizei-Berordnung, die Umwährung der Gehöfte und an den öffentlichen Wegen und Tristen liegenden Gärten betreffend	38	224	262
2ten Septbr.	Ministerial-Bestimmung vom 8ten August 1856, die Deklaration des §. 11 des Regulativs vom 8ten September 1848, die Anlage von Dampfkesseln betreffend	39	228	268
17ten Septbr.	Instruktion des Justizministers, des Ministers des Innern und des Ministeriums für landwirthschaftliche Angelegenheiten			

26ten

Datum	Gegenstand	Nr. der Stück	Seitezahl	Nr. der Verfügung
	vom 1sten Juli 1856, die Feldpolizei-Ordnung vom 1sten November 1847 betreffend	40	233	279
26sten Septbr. 1856	Hauptpolizei-Ordnung für die Städte des Regierungsbezirks	42	242	291
2ten Oktober	Das Erkranken der Kinderpest in den an die Kreise Lyck und Elcho grenzenden Theilen des Königreichs Polen	42	248	292
10ten Oktober	Stand der Kinderpest in Polen und Rußland	42	248	293
4ten Oktober	Die Konzessionen zu gewerblichen Anlagen	43	253	301
18ten Oktober	Die Einstellung der Vieh- und Pferdemärkte in den 9 Grenz-Kreisen während der Monate November und Dezember wegen der Kinderpest in Rußland und Polen	44	255	305
28sten Oktober	Die Berichtigung des Legitimationspunktes in verschiedenen Auseinandersetzungsfällen	45	262	311
30sten Oktober	Prämienbewilligung für mehrjährige Bestellung und Verkauf selbst aufgezogener Remontepferde	45	263	312
4ten Novbr.	Die Sperre der Landesgrenze im Kreise Ragnit zur Abwehr der Kinderpest	46	269	325
14ten Novbr.	Polizei-Ordnung vom 22sten September 1856 für den Winter-Hasen bei Lilsit, Lilsfelse genannt	48	275	342
28sten Oktober	Die Berichtigung des Legitimationspunktes in verschiedenen Auseinandersetzungsfällen	48	278	343
31sten Oktober	Reglement für die Instandhaltung und Reinigung der Gräben und Wassergänge in den Bezirken der Einkünften-Sachenburger, Ruß-, Kuderneeser und Rautenburger Deich-Bezirk	49	284	354
21sten Novbr.	Die im Jahre 1856 von Landbesitzern, gedachten Stuten	49	291	358
28sten Novbr.	Ministerial-Bestimmung vom 23sten August 1856, betreffend das Regulativ zur Ausführung des Gesetzes vom 7ten Mai 1856, wegen Betriebes der Dampfkessel	50	297	366
27sten Novbr.	Die Anordnung einiger Ortschaften des Kirchspiels Szabienen, Kreises Darkehnen, und der Kirchspiele Benkelheim und Buddern, Kreises Angerburg	51	304	374

Datum.	Gegenstand.	Nr. des Stück.	Erlös.	Nr. der Verfügung.
27ten Novbr. 1856.	Befestigung der pro 18 ^{1/2} %, erwählten Vorsteher für die Salzburger-Hospital-Anstalt in Gumbinnen	51	305	375
1sten Dezbr.	Einparrung des Förster-Etabliss. Teufelsberg zur Kirche in Ruten	51	305	377
2ten Dezbr.	Befestigung des Feldmessers Lefner H. als Techniker zur Förderung der Drain-Kultur	51	305	378
29ten Novbr.	Deklaration der Polizeiverordnung vom 21ten August 1852, Maßregeln gegen die Pferderäude betreffend	52	314	385
10ten Dezbr.	Entlassung einiger Grundstücke aus ihrem bisherigen Kommunalverbande und Aufnahme derselben in einen andern Kommunalverband	52	314	386
13ten Dezbr.	Kinderpest in Rußland und Polen	52	314	387
9ten Dezbr.	Ministerial-Verordnung vom 24ten Juni 1856, den Betrieb der Bauhandwerke betreffend (Beilage zu	52	315	388
3ten Dezbr.	Allerhöchste Kabinetts-Ordnung vom 13ten November 1856, die Gewährung der Invalidenpension 4ter Klasse für Kombattanten der Feldzüge 1812 bis 1815 betreffend	53	339	393
21sten Dezbr.	Die Umpfarrung des Ritterguts Jurgaitshen von Angerburg nach Buddern und des abt. Guts Jakunowen von Engelseln nach Angerburg	53	340	394
	c. Abtheilung für die Verwaltung der direkten Steuern, Domainen und Forsten.			
5ten Januar	Die Entrichtung der Domainen- und Forstgefälle an die betreffenden Kreis- oder Forstklassen	3	10	13
26sten Januar	Erhöhung der Pauer- und Rückerlöshne in den durch die Rönne angegriffenen Forstrevieren	6	20	31
1sten Februar	Reklamationsfrist gegen die Veranlagung der Klassen- und Gewerbesteuer pro 1856	6	20	32
21sten Febr.	Aufsuchen von Baarenbesetzungen und Baarenankauf Seitens der in Klasse A. steuernden Gewerbetreibenden und deren Gehilfen	9	33	51
26sten Januar	Aushändigung der Auktungen über eingekaufte Domainen, Kauf- und Ablösungsgelder	10	35	54

12ten

Datum.	Gegenstand.	Nr. des Städt.	Ertragschl.	Nr. der Verfügung.
12ten März	Ausdehnung von Gewerbescheinen für umherziehende Musiker u.	12	65	75
7ten April	Analyse des gesunden und des Raupenfraßholzes	17	103	109
13ten Mai	Forterhebung des Zuschlages von 25 Prozent zur klassifizierten Einkommensteuer, zur Klassensteuer und zur Wahl- und Schlachtsteuer bis zum 1ten Januar 1857	21	117	132
3ten Septbr.	Ankauf des durch den Fraß der Nonnenraupe beschädigten Holzes in den Königl. Forsten	39	229	270
4ten Novbr.	Die Verwerthung des Raupenfraßholzes	47	272	331
12ten Novbr.	Das gewerbesteuerfreie Auffuchen von Waarenbestellungen und den Waarenaufkauf	49	290	355
	d) Feuer-Sozietäts-Direktion.			
9ten Juli	Summarische Uebersicht aus der Jahres-Rechnung des ländlichen Feuer-Sozietäts-Fonds pro 1855 . . (Beilage)	35	1	—
5ten Juli	do. do. des Städte-Feuer-Sozietäts-Fonds pro 1855 do.	35	7	—
17ten Mai	K. Bekanntmachung der Königl. Regierung zu Arnberg. Bilanz der Kreisthierarzstelle für den Bezirk Altena und Olpe	25	137	164
	L. Bekanntmachungen der Königl. Intendantur 1sten Armee-Korps zu Königsberg.			
14ten Decbr. 1855.	Uebersicht, in welcher Art in verschied. Garnisonorten die Brod- u. Fourageverpflegung der Truppen pro 1856 sichergestellt worden ist	2	8	10
20sten Decbr. 1856.	Die Beschaffung von Naturalien zur Sicherung des Bedarfs für die Militäre-Verpflegung pro 1857	52	336	391
	M. Bekanntmachung des Königl. Appellations-Gerichts zu Insterburg.			
25ten Febr.	Resultate der Wirksamkeit des Schiedsmanns-Instituts pro 1855	10	37	58
6ten Mai	Schwurgericht in Elßst	21	118	134
25ten Febr.	Wahl der Mitglieder des Ehrenrathes unter den Rechtsanwälten u. Notaren im Departem. des Appellationsgerichts zu Insterburg	45	264	317
	N. Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Steuer-Direktors in Königsberg.			
26sten Febr.	Einführung einer Branntweinsteuer im Herzogthum Nassau .	10	37	59

Datum.	Gegenstand.	Nr. der Sitzung.	Nr. der Verfügung.
22ten Mai 1856.	Vorschriftsmäßige Anmeldung der Tabackpflanzungen . . .	22	120
20ten Juni	Ermäßigung der Uebergangsabgabe im Königreich Württemberg	27	152
24ten Juni	Uebersicht der Einnahmen von ausländischem Zucker und Syrop ic.	27	152
5ten Juli	Errichtung einer neuen Kanal-Abgaben-Hebestelle zu Marienbruch	29	168
5ten August	Verzeichniß der Uebergangsstraßen für den Verkehr mit Branntwein zwischen dem Herzogthum Nassau und den angrenzenden Vereinsstaaten	33	188
27ten Oktober	Erhebung des Schauffeegeldes auf der Hebestelle bei Blombowen der Groß-Stülrad-Rheiner Schauffereck	45	265
30ten Oktober	Erhebung des Schauffeegeldes bei der Hebestelle zu Pagelien nach dem Sage für 1 1/2 Meilen	45	265
24ten Novbr.	Einstellung der Erhebung des Eingangszolles von Getreide, Hülsenfrüchten ic.	49	291
10ten Dezbr.	Werbhöchste Bestimmung vom 24ten Oktober 1856, die Abänderung, resp. Ergänzung der Tarife zur Erhebung des Brücken- und Uebersfahrtsgebühren für den Uebergang über den Remelsrom	52	307
	O. Bekanntmachungen der Königl. Ober-Post-Direktion zu Gumbinnen		
29ten April	Aufnahmestellen bei der neu eingerichteten Personenpost zwischen Goldapp und Angerburg	19	109
6ten Juni	Haltepunkte der Edlen-Kastnburger Personenpost in Groß-Stülrad	25	137
21ten Juni	Aufhebung, resp. neue Einrichtung von Posten	27	156
15ten Juli	Haltestellen bei neu eingerichteten Personenposten	31	176
19ten August	Die Einrichtung einer Station für Posten und Extraposten in Heinrichswalde	35	204
27ten Septbr.	Die Einrichtung neuer Post-Expeditionen in Neukirch u. Pappienen	41	239
5ten Oktober	Postenlaufs-Bestimmungen auf der Strecke von Johannisburg nach Langheim	42	250
6ten Oktober	Einrichtung einer Personenpost auf derselben Strecke	42	250
7ten Oktober	Einrichtung einer Postexpedition 2ter Klasse in Gumbinnen	42	251

Datum.	Gegenstand.	Nr. des Edikts.	Erlaubn.	Nr. der Verfügung.
10ten Oktober 1856.	Einrichtung einer Lokal-Personenpost zwischen Insterburg und Königsberg	42	251	300
9ten Oktober	Aufhebung der Post-Expedition in Auerden und Einrichtung einer solchen in Peltshendorf	43	254	304
22ten Oktober	Einrichtung einer Post-Expedition 2ter Klasse in Sodehnen	44	258	307
24ten Oktober	Postenlauf zwischen Lyck und Johannisburg	45	265	320
28ten Oktober	Postenlauf zwischen Rhein und Sensburg	45	265	321
12ten Novbr.	Aufnahmepunkte bei der Rhein- und Löben-Kassener Personenpost	47	273	338
11ten Novbr.	Einrichtung einer Post-Expedition 2ter Klasse in Dombrowken	48	281	349
12ten Novbr.	Aufnahme von Personen beim Mühlengute Klesniken zur Postbeförderung	48	281	350
17ten Novbr.	Einrichtung einer Post-Expedition 2ter Klasse in Dubeningken	48	281	351
21ten Novbr.	Einrichtung einer Post-Expedition 2ter Klasse ohne Station in Pictupönen	49	292	362
5ten Dezbr.	Cours-Veränderung der Personenpost zwischen Scherwindt und Stallupönen	50	302	371
	P. Bekanntmachungen der landwirthschaftlichen Lehranstalt zu Proskau.			
10ten Februar	Verzeichniß der Vorlesungen für das Sommer-Semester 1856	10	37	61
24ten August	Verzeichniß der Vorlesungen für das Winter-Semester 18 ^{56/57}	37	218	255
	Q. Bekanntmachungen des Königl. akademischen Senats zu Königsberg			
29ten Febr.	Immatrikulations-Termin für das bevorstehende Sommer-Semester bei der Universität zu Königsberg	11	61	69
18ten August	Termine zur Immatrikulation bei der Universität zu Königsberg für das Winter-Semester pro 18 ^{56/57}	36	214	249
	R. Bekanntmachungen des Direktors der Königl. landwirthschaftl. Akademie zu Eldena.			
Februar	Lektionsplan der Königl. landwirthschaftl. Akademie zu Eldena, bei Greifswald, pro Sommer-Semester 1856	11	61	70
			Im August	

Datum.	Gegenstand.	Br. bei Einde.	Sitzungsab.	Br. bei Verfügung.
Im August 1856.	Erktionsplan der Königl. Staats- und landwirthschaftl. Akademie zu Eldena, bei Greifswald, pro Winter-Semester 18 ⁵⁶ ..	36	215	250
25ten April	S. Bekanntmachungen der Königl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Preußen in Königsberg.			
	Feuer-Versicherungs-Gesellschaften, bei denen die Versicherungen rentepflichtiger Gebäude erfolgen dürfen	20	112	127
22ten Mai	Die am 2ten Mai 1856 stattgefundene öffentliche Verloosung von Rentenbriefen	22 23 24	120 125 131	138 146 158
22ten Mai	Berhandlung über die am 2ten Mai 1856 stattgefundene Vernichtung ausgelosster und bezahlter Rentenbriefe	22	121	139
17ten Novbr.	Die bei der jetzt stattgefundenen Verloosung von Rentenbriefen gezogenen Apoints	48 49 50	279 292 301	347 363 370
17ten Novbr.	Berhandlung über die Vernichtung der früher ausgelosten und bezahlten Rentenbriefe nebst den nicht mehr fälligen Coupons	48	280	348
	T. Bekanntmachung der Marine-Station der Dstsee in Danzig.			
19ten August	Die Annahme von jungen Leuten zur Kompletirung der Schiffsjungen-Kompagnie	36	215	251
23ten Mai	U. Bekanntmachungen der Landräthe, Gemeinde-Vorstände, Polizeibehörden und andern Verwaltungsbehörden des Regierungsbezirks Gumbinnen.			
	Polizei-Berordnung für die Stadt Angerburg, hinsichtlich der Einzäunung der Feldgärten	23	125	145
20ten August	Polizei-Berordnung für die Stadt Merggrabowa, hinsichtlich des Getreide- und Viktualien-Ankaufs von Kaufleuten, Höltern, Händlern u.	39	231	277
20ten Oktbr.	Polizei-Berordnung für den Marktflecken Schmalleningken, hinsichtlich des Getreide- und Viktualien-Ankaufs von Kaufleuten, Höltern, Händlern u.	46	270	329

Amtsblatt

Nr. 1. Gumbinnen, den 2ten Januar 1856.

Das 46ste Stück der Gesefsammlung, welches den 25ten December 1855 in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

Nr. 1.
Inhalt der Gesefsammlung.

- Nr. 4320** das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Deutsch-Eroner Kreises im Betrage von 100,000 Rthlr., vom 17ten October 1855; unter
- Nr. 4321** den Allerhöchsten Erlaß vom 22ten October 1855, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Chausséen im Kreise Osterode: 1) von Osterode über Reichenau und Hohenstein bis zur Reidenburger Kreisgrenze in der Richtung auf Reidenburg, 2) von Reichenau über Silgenburg bis zur Reidenburger Kreisgrenze in der Richtung auf Soldau oder auf Reidenburg, 3) von Hohenstein bis zur Allensteiner Kreisgrenze in der Richtung auf Oriesstien; unter
- Nr. 4322** den Allerhöchsten Erlaß vom 5ten November 1855, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von Gilehne bis zur Deutsch-Eroner Kreisgrenze in der Richtung auf Schloppe und von Garmkau bis zur Dorniker Kreisgrenze in der Richtung auf Rosgasen; unter
- Nr. 4323** den Allerhöchsten Erlaß vom 12ten November 1855, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung des in den Kreis Strehlen fallenden Theiles der Frankenstein-Strehlemer Straße, von der Strehlen-Potsdamer Chaussee ab, in der Richtung nach Frankenstein über Bammewitz und Dandwitz bis an die Kreisgrenze; unter
- Nr. 4324** den Allerhöchsten Erlaß vom 12ten November 1855, betreffend die Verleihung des Rechts zur Erhebung des Chausseegeldes auf der auszubauenden sogenannten Militairstraße in den Kreisen Simmern und Zell von der Gorenroth-Zeller Bezirksstraße über Cappel bis an die Aachen-Mainzer Staatsstraße vor Büchenbeuren; und unter

Amtsbl. Nr. 1.

Nr. 5325

Nr. 5325 die Bekanntmachung, betreffend die Allerhöchste Befätigung der Aktien-Gesellschaft „Kreditverein für Handwerker in Magdeburg,“ vom 15ten December 1855.

Bekanntmachung des Königl. Konsistoriums.

Am 2.
Die Vollendung der
Kandidaten der
Theologie betr.

Diejenigen Kandidaten der Theologie, welche im nächsten Termine das Examen pro ministerio zu bestehen gedenken, haben sich dazu mit Einreichung der erforderlichen Zeugnisse bei uns zu melden.

Die Zeugnisse sind:

- 1) das Tauf-Attest;
- 2) der Nachweis über die erfolgte Bestellung vor die Königl. Militär-Erfah.-Kommission und Berücksichtigung bei der Militär-Erfah.-Aushebung als Theologe;
- 3) das Abgangszeugniß von der Universität;
- 4) die licentia concionandi;
- 5) das Zeugniß des vorgeordneten Kreis-Superintendenten über die sittliche Führung und theologische und pädagogische Fortbildung, besonders über die Uebung im Predigen und Katechisiren;
- 6) den Kommunionsschein;
- 7) das Curriculum vitae, welches sich nicht bloß auf einen dürftigen Abriss der äußern Lebensverhältnisse zu beschränken, sondern auch auf den innern Gang ihrer geistlichen Bildung einzugehen hat, in lateinischer Sprache;
- 8) ein Attest über den Besuch eines Schullehrer-Seminars, wovon unter den, in der, die pädagogische Ausbildung der Kandidaten betreffenden Circular-Befügung an sämtliche Superintenden ten vom 21sten Juli 1842 enthaltenen Bedingungen dispensirt werden kann, und
- 9) ein Zeugniß über die fleißige Benützung des Königl. Instituts für das Orgelspiel und den Kirchengesang.

Die Meldung muß spätestens bis zum 1sten Februar l. J. bei uns geschehen, worauf den Kandidaten die Aufgaben zu den schriftlichen Arbeiten werden zugestellt werden.

Der Termin zur Einreichung der schriftlichen Prüfungs-Arbeiten wird spätestens auf den 31sten März l. J. bestimmt, wonach, wenn kein abweisender Bescheid erfolgt, die mündliche Prüfung bei uns mit Abhaltung der Predigten am 21sten April beginnen wird, nachdem zuvor das Tentamen bei der theologischen Fakultät stattgefunden hat, zu welchem sich die Kandidaten bei dem zeitigen Herrn Dekan am 11ten April l. J. zu melden haben.

Meldungen

Abzügen oder schriftliche Arbeiten, welche später eingehen, werden zum nächsten Termine zurückgelegt.

Königsberg, den 12ten Dezember 1855.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Durch die Bestellung des Kantors Salomon als Rektor an die hiesige Stadtschule ist das **Kantorat** und die erste Lehrerstelle bei der hiesigen neupöbelschen Kirche und Elementarschule erledigt. **Wahlsfähige Kandidaten**, welche des Orgelspiels kundig und geneigt sind, diese Stelle anzunehmen, werden hiermit aufgefordert, unter Einreichung ihrer Zeugnisse sich um dieselbe bei uns zu bewerben.

N. 3.
Die Stellung des
Kantorats an
der hiesigen
Stadtschule betr.
N. d. 3.
1277. Dez.

Gumbinnen, den 21sten Dezember 1855.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem Johann Zimmermann in Chemnitz ist unter dem 24sten Dezember 1855 ein Patent: auf eine Einrichtung an Drehbänken zum Abdrehen der Eisenbahnwagenräder, in soweit solche nach der vorgelegten Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthümlich erachtet worden ist,

N. 4.
Patent-
einrichtung.

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates erteilt worden.

Den Civil-Ingenieuren A. Tischbein und Western zu Magdeburg ist unter dem 27sten Dezember 1855 ein Patent:

N. 5.
Patent-
einrichtung.

auf eine Vorrichtung an hydraulischen Pressen zum Entleeren abgepressten Oelsamens aus Presscylindern, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates erteilt worden.

Personal - Chronik.

In Folge der am 1sten Januar eingetretenen Pensionirung des Kassirers der Regierungshauptkasse, Rechnungsrathes Fleischer, ist der bisherige Oberbuchhalter Horn zum Kassirer und der bisherige Buchhalter Schiller zum Oberbuchhalter bei der gedachten Kasse ernannt worden. Zugleich ist der bisherige Assistent bei der Regierungshauptkasse Weder zum Buchhalter befördert und der Kassengehülfe Heinrich als Kassen-Assistent angestellt.

Dem Kahnstiffsbauer Wilhelm Wiegand aus Dirschau ist die durch den Tod des Brücken-

Brückenmeisters Rodmoser erledigte Brückenmeisterstelle bei der Remei-Projekt-Anstalt in Lütke vom 1sten Januar 1856 ab definitiv verliehen worden.

Der invalide Sergeant Karl August Heinrich Ziese ist nach zurückgelegtem 6monatlichen Probedienst als Chaussée-Aufscher für die Insterburg-Nordenburger Chaussée vom 1sten December 1855 ab angestellt worden.

Die Verwaltung der durch den Tod des Chaussée-Ausschers Gschle in Rinduppen erledigte Chaussée-Aufscher-Stelle im zweiten Aufsichts-Bezirk der Königsberg-Altfiter Chaussée ist dem bisherigen Polizei-Sergeanten Wilhelm Schwarz vom 1sten Januar 1856 ab auf 6monatliche Probe übertragen worden.

Preis der öffentlichen Anzeigen Nr. 1.

Druck von Fr. Krausend.

Extra-Beilage zum Amtsblatt

N^o. 1.

Gumbinnen, den 2ten Januar

1856.

Bekanntmachung der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Nachdem hinlänglich festgestellt ist, daß in den russischen Dörfern Kolnen und Stier-
kiemon, bei russisch Georgenburg gelegen, und zu dem bis an die preußische Grenze
reichenden Bezirke des Majorats-Gutes Georgenburg gehörig, die Kinderpest stark grassirt,
wird hiemit auf den Grund der Allerhöchsten Verordnung vom 27ten März 1836, 4, aller
und jeder Verkehr über die Landesgrenze mit jenen Orten und dem genannten Guts-
Bezirke völlig untersagt, die Grenze also auf der zum Ragniter Kreise gehörigen Strecke von
Antschwenten (bei Schmalleningken) bis an den Jura-Fluß gänzlich gesperrt. Die an
der Grenze unseres ganzen Bezirkes gegen das Ausland organisirte Bewachung durch die
Gemeinden ist an einigen Grenzstellen und namentlich auch im Ragniter Kreise durch mili-
tairische Mitwirkung verstärkt. Jede Uebertretung der in Kraft gesetzten Grenzsperr-, resp.
Bewachungs-Vorschriften, wird nach §. 307 des Strafgesetzbuches streng geahndet werden.
Für den Verkehr auf den Zollstraßen, namentlich auch auf der Zollstrecke über Schmallening-
ken, so wie für die ganze übrige Grenze des Bezirkes gegen Rußland und Polen bleibt vor-
läufig noch der §. 3 der Verordnung vom 27ten März 1836 gültig, jedoch in der strengen
Auslegung und Anwendung, welche wir demselben schon durch unsere Bekanntmachung vom
7ten November d. J. gegeben haben, und wodurch die Einbringung von Vieh jeder Art
und allen rohen Viehzucht-Produkten (Häuten, Fellen, Wolle, Haare, Federn) ohne Aus-
nahme untersagt ist. Die Grenz-Bewachung und die strafrechtliche Verfolgung jedes etwa
doch vorkommenden Kontraventions-Falles wird auch in dieser Beziehung aufs Strengste
durchgeführt werden.

N^o. 6.
Die Grenz-
sperrung zur Ru-
ssische der Kinder-
pest betreffend.

Gumbinnen, den 29ten Dezember 1855.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Druck von H. Krausenst.

Amtsblatt

N. 2.

Gumbinnen, den 9ten Januar

1856.

Das 47te Stück der Gesefsammlung, welches den 1ten d. M. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

N. 7.
Inhalt der Gesefsammlung.

- Nr. 4326 den Allerhöchsten Erlaß vom 3ten Dezember 1855, betreffend die Verlängerung des Tarifs zur Erhebung des Hafen- und Brückenaufzugs-Geldes in Stettin; unter
- Nr. 4327 den Allerhöchsten Erlaß vom 10ten Dezember 1855, betreffend die Bestätigung der in Köln unter dem Namen „Kölnische Privatbank“ zum Betriebe von Bankgeschäften gebildeten Aktien-Gesellschaft; unter
- Nr. 4328 den Allerhöchsten Erlaß vom 10ten Dezember 1855, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussée von Garz nach Grewiger Fähre auf der Insel Rügen; und unter
- Nr. 4329 die Verordnung, betreffend die Großherzoglich sächsischen und die Herzoglich sachsen-coburg-gothaischen Kassen-Anweisungen, vom 24ten Dezember 1855.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Es ist eine neue Arznei-Taxe pro 1856 erschienen, welche vom 1ten Januar 1856 ab in Wirksamkeit tritt. Wir bringen dies mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß die Taxe wiederum durch alle inländischen Buchhandlungen für den Preis von 10 Sgr. zu beziehen ist. Gumbinnen, den 29ten Dezember 1855.

N. 8.
Die neue Arznei-Taxe pro 1856 betreffend.
V. d. J.
876. Drg.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern,

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 15ten d. M. untersagen wir hierdurch wegen der großen Gefahr einer Einschleppung und Verbreitung der Kinderpest in sämmtlichen Kreisen des Bezirks als auch in den Kreisen Angerburg, Löben, Darkehmen, Gumbinnen, Insterburg und Niederung die Abhaltung der Vieh- und Pferdemärkte während der Monate Januar und Februar 1856.

Gumbinnen, den 28ten Dezember 1855.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

N. 9.
Aufhebung der Viehmärkte betr.
V. d. J.
880. Drg.

Amtsbl. Nr. 2.

Bekannt:

B e k a n n t m a c h u n g .

Nr. 10. Uebersicht, in welcher Art in den nachgenannten Garnison-Orten die Brod- und Fourage-Verpflegung der Truppen pro 1856 mit Genehmigung des Königl. Kriegs-Ministerii sicher gestellt worden ist.

Uebersicht, in welcher Art in den nachgenannten Garnison-Orten die Brod- und Fourage-Verpflegung der Truppen pro 1856 mit Genehmigung des Königl. Kriegs-Ministerii sicher gestellt worden ist.

N ^o .	Garnisonort	Der Lieferungs-Unternehmer		Bemerkungen.
		Namen.	Wohnort.	
1	Insterburg			ad 1 und 2. Der Brod- und Fourage-Bedarf wird aus Königl. Magazinen verabreicht.
2	Lütf			
3	Eöhen			ad 3. Wird das Brod aus der Königl. Bäckerei verabreicht.
4	Angerburg	Kaufmann Driesen	Königsberg	ad 4 und 5. Liefern den Brod- und Fourage-Bedarf für die Garnisonen, so wie den Fourage-Bedarf für die durch die Orte selbst und die Umgegend in einem Umkreise von drei Meilen marschirenden Truppen, in sofern die Einsaßen solche herzugeben nicht im Stande sind, und ihn aus den betreffenden Magazinen abholen lassen.
5	Gumbinnen	Kaufm. Einhuber	Gumbinnen	
6	Rem. Depot Jurgaitshen.	Geb. Kommerzien-Rath Hirschberg.	Königsberg	
7	Eperling	Kaufm. Eichelbaum	Insterburg	ad 6 bis 9. Liefern den Fourage-Bedarf für die nach den Remonte-Depots zu weisenden Kommandos und deren Remonte-Pferde, so lange solche bei den Remonte-Depots in Kantonements stehen.
8	Ragnit	Kaufm. Driesen	Königsberg	
9	Kaitenau u. Bratupönen	Kaufm. Einhuber	Gumbinnen	
10	Gumbinnen	Bäckerwitwe Kühl	Gumbinnen	ad 10 und 11. Liefern nur den Brod-Bedarf für die Garnisonen und haben keine Verpflichtung, die durchmarschirenden Truppen mit Fourage zu versehen.
11	Rhein	Bäckermeister Red	Rhein	

Königsberg, den 14ten Dezember 1855.

Königl. Intendantur 1. Armee-Korps.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Der Doktor medic. & chirurgiae Friedrich Rudolph Hermann Prellwitz hat sich als praktischer Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer in Alsfalten, Kreisß Seeburg, niedergelassen

Hrzu der Öffentliche Anzeige Nr. 2.

Druck von Fr. Krausm.

Amtsblatt

№ 3.

Gumbinnen, den 16ten Januar.

1856.

Bekanntmachung des Königl. Ober-Präsidiums.

Aus Veranlassung des Ausbruchs der Rindviehpest in einzelnen Gegenden der Provinz bringe ich zur Befestigung von Zweifeln wegen der Entschädigung für die durch die Seuche herbeigeführten Verluste, auf den Grund der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen (des Viehsterbe-Patents vom 2ten April 1803, des Allerhöchsten Landtags-Abschiedes vom 3ten Mai 1832, der Verordnung vom 30sten Juni 1841 und der Allerhöchsten Kabinetordre vom 22sten Juni 1845) Nachstehendes zur Kenntniß der beteiligten Eingeseffenen:

№ 11.
Der Ausbruch
der Rindviehpest
betrifft.

1. Für das an der Rindviehpest **gefallene** Vieh wird dem Eigenthümer keine Entschädigung gewährt.

2. Für **erkranktes** und auf polizeiliche Anordnung **getödtetes** Vieh erhält der Eigenthümer ein Drittel des Werths vergütet, welchen das Vieh vor der Erkrankung gehabt hat.

Diese Vergütung wird gezahlt

- a) aus der betreffenden Kreislokkommalkasse, wenn die Rindviehpest noch nicht festgestellt war und die Tödtung zur Ausmittelung der Krankheit erfolgt ist,
- b) aus Königl. Kassen, wenn die Krankheit bereits erkannt war, und die Tödtung zur Hemmung und Unterdrückung der Seuche erfolgt ist.

3. Für das in **gesundem** Zustande nach gesetzlicher Vorschrift zur Ausmittelung, Hemmung oder Unterdrückung der Rindviehpest zufolge obrigkeitlicher Anordnung **getödtete** Vieh wird der volle Werth, jedoch nur innerhalb der für die einzelnen Kreise und die bestimmten Gattungen von Rindvieh nach den Vorschlägen der Kreisstände in den Jahren 1846 und 1847 festgesetzten höchsten und niedrigsten Sätze vergütet. Diese Entschädigungen haben sämtliche Besitzer von Rindvieh zu leisten, mit der Maßgabe jedoch, daß zu dem Zweck die Viehbesitzer in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen zu einem, und die in den Regierungsbezirken Danzig und Marienwerder zu einem zweiten Verbande vereinigt sind.

Königsberg, den 27sten Dezember 1855.

Amthl. Nr. 3.

Bekannt-

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Nr. 12. Mit Bezugnahme auf unsere Amtsblatt-Bekanntmachung vom 5ten März 1854 —
Die Schrift. des
 Gymnasial betr.
 v. d. S.
 5129. Dst. Nr. 5273/2 — betreffend die Schrift.

„Die Gymnastik nach dem System des Schwedischen Gymnasiarchen P. H. Ling, dargestellt von H. Rothstein.“

wird hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß von dem gedachten Werke nunmehr auch das zweite Heft des fünften Abschnittes

„für ästhetische Gymnastik“

erschienen ist.

Gumbinnen, den 25ten Dezember 1855.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern

Nr. 13. Die in unserer Amtsblatts-Befugung vom 24ten Mai 1836 (Ethik Nr. 24, Seite 533) enthaltene Bestimmung, daß alle im Wege der Exekution beigetriebenen Domainen- und Forstgefälle nicht an die zur Erhebung unbefugter Exekutoren, sondern an die betreffenden Kreis- oder Forstklassen direkt zu entrichten sind, wird unter der Verwarnung hierdurch in Erinnerung gebracht, daß, sofern die Zahlung der Gefälle dennoch an die Exekutoren erfolgen sollte, die Einzahler der Gelder bis zu deren Ablieferung an die betreffende Königliche Kasse für die Zahlung verhaftet bleiben und die Entschuldigung der Unbekannthschaft mit dieser Vorschrift in Zukunft nicht berücksichtigt werden wird.
 Gumbinnen, den 5ten Januar 1856.

Königliche Regierung,

Abtheilung für die Verwaltung der direkten Steuern, Domainen und Forsten

Nr. 14. Dem Schlossermeister Th. Suchland zu Berlin, ist unter dem 2ten Januar 1856 ein Patent:

auf ein als neu und eigenthümlich erkanntes Scharnierband in der durch ein Modell nachgewiesenen Zusammenziehung,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates ertheilt worden.

Nr. 15. Dem Feldmesser und Marktscheider-Assistenten Immedienberg zu Halberstadt, ist unter dem 2ten Januar 1856 ein Patent:

auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Einrichtung an Horizontalkreisen, zur Messung von Höhenwinkeln, so weit dieselbe für neu und eigenthümlich erkannt ist,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates ertheilt worden.

Das

Das dem 10. Jänner 1835 unter dem 11ten Jänner 1835 ertheilte Patent auf eine Einrichtung der Theodoliten, um mittels des horizontalen Kreises Höhenmessungen auszuführen, ist erloschen. N. 16.
Patentaufl.
Vertrag.

B e k a n n t m a c h u n g .

Bei der unterzeichneten Ober-Post-Direktion lagern folgende unbesiehbare Gegenstände:

N. 17.
Unbesiehbare
Gegenstände betr.

- 1) ein weißes Schnupstuch, gez. „C. K. N. 4“ und ein Buch „Brandenburg-Preussische Geschichte,“ in der Passagierstube zu Insterburg am 11ten August v. J. vorgefunden;
- 2) ein Brief mit 1 Rthlr. Kassen-Anweisung, 1/2 Lot schwer, am 1ten August v. J. in Tilfit an den Musiketier Karl Köhner in Königsberg zur Post gegeben, dessen Absender nicht zu ermitteln gewesen ist;
- 3) ein buntes Kissenbezug, eine schwarze Tuchmütze, eine blaue Sammetmütze mit Pelz-Befatz und ein Stock, in der hiesigen Passagierstube am 11ten September v. J. vorgefunden;
- 4) ein blaueidenes Halstuch, ein schwarz- und weißkarrirtes Shawl, zwei Stöcke, ein blauer Wandtrock, zwei alte zusammengebundene Röße, ein Packet mit Kaffee und Zucker, eine Flasche mit Syrup und eine weiße Tasse, in der Passagierstube zu Tilfit und in dem daselbst angekommenen Postwagen im Laufe des Monats Oktober v. J. vorgefunden;
- 5) ein schwarzer baumwollener Regenschirm, am 17ten August v. J. in der Passagierstube zu Pillkallen vorgefunden;
- 6) ein Packet in Papier, L. Z. 10 poste restante Tilfit signirt, 3 Lot schwer, mit einer gleichen Adresse, am 14ten August v. J. in Eyl zur Post gegeben, dessen Absender sich nur mit H. R. genannt hat;
- 7) eine Unterhaube, ein wollener Shawl, ein alter Sonnenschirm, eine Tabacksdose, ein Messer und zwei Riemen, in der Passagierstube zu Tilfit und in den daselbst angekommenen Postwagen im Laufe des November v. J. vorgefunden.

Sollten sich die zur Empfangnahme der vorbezeichneten Gegenstände berechtigten Personen nach Verlauf von vier Wochen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, nicht melden, so werden die Gelder dem Post-Armen-Fonds überwiesen, die Gegenstände aber zum Besten dieses Fonds öffentlich versteigert werden.

Gumbinnen, den 3ten Jänner 1836.

Königliche Ober-Post-Direktion.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Der Königs Majestät haben den bei dem hiesigen Regierungs-Kollegio beschäftigten Herrn Ober-Baninspektor Koppin zum Regierungs- und Baurath Allergnädigst zu ernennen geruht

Die

Die durch die Versetzung des Forstaussehers Birkhahn erledigte Forstausseherstelle zu Klein-Gollubien ist vom 1sten August d. J. ab dem Reserve-Jäger Friedrich interimistisch übertragen worden.

Personal-Veränderungen im Departement des Appellationsgerichts zu Insterburg im Monat Dezember 1855.

A. Beim Appellationsgericht:

die Referendarien Winkler und Kehler an das Appellationsgericht in Königsberg versetzt, Civil-Supernumerarius August Eward Marchand als Bureau-Assistent angestellt.

B. Bei den Kreisgerichten:

Kreisrichter Immler in Stallupönen in das Departement des Appellationsgerichts zu Königsberg versetzt,

die Versetzung des Rechtsanwalts und Notar Spiegelthal zu Darkehmen ist auf seinen Antrag zurückgenommen,

Gerichts-Assessor Gefner als Kreisrichter beim Kreisgerichte in Heydekrug mit der Funktion in Ruß und

Gerichts-Assessor Kalau v. Hofe II als Kreisrichter beim Kreisgericht in Ragnit mit der Funktion in Wischwill angestellt,

Kreisrichter Krakow zu Insterburg in das Departement des Appellationsgerichts zu Raumburg versetzt,

Bureau-Assistent Paga zum Secrétaire beim Kreisgericht in Johannisburg ernannt,

Civil-Supernumerar Schack als Bureau-Assistent beim Kreisgerichte in Johannisburg angestellt,

die Bureau-Schiffen Jemwarth in Insterburg, Sachiski in Kaufshemen und Bartel zu End sind als Kamlisten bei den Kreisgerichten ihres Wohnorts, desgleichen

der bisherige Hülfss-Grefutor Bähr als Hofe und Grefutor beim Kreisgericht in Eßben definitiv angestellt.

Zusammenstellung der Personal-Veränderungen im Bezirke der Ober-Post-Direktion in Gumbinnen pro Dezember 1855.

Der Post-Expeditur Stodhausen in Mierunsten ist ausgeschieden und die Verwaltung der Post-Expedition in Mierunsten dem pensionirten Gendarm-Wachmeister Gutowski übertragen worden.

Der Briefträger und Wagenmeister Sorkau aus Marggrabowa ist als Postbegleiter zum Postamte in Tilsit versetzt worden

Amteblatt

N^o 4.

Gumbinnen, den 23ten Januar

1856.

Das 1ste Stück der Gesetz-Sammlung, welches den 14ten d. M. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

N^o 18.
Inhalt der Ges.
sammlung.

- Nr. 4330 den Allerhöchsten Erlaß vom 26ten November 1855, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte zum Bau einer Chaussee von Rothenußeln, im Kreise Minden, über Bergkirchen bis zur Terra-Brücke bei Rehme, und zum Bau einer Zweig-Chaussee von dieser Straße beim Hentischen Kamp am Büchenberge ab bis zur Grenze des Kreises Lübbecke in der Richtung auf Schnathorst, so wie einer Chaussee von Minden über Hahlen und Hartum nach Rothenußeln; unter
- Nr. 4331 das Privilegium, wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Stolper Kreises im Betrage von 50,000 Rthln., vom 10ten Dezember 1855; und unter
- Nr. 4332 den Vertrag zwischen Preußen und Schwarzburg-Rudolstadt, wegen Uebertragung der Leitung der Gemeintheilungen und mit denselben zusammenhängenden Geschäfte im Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt auf die königlich preussischen Auseinandersehungsbehörden, vom 10ten Dezember 1855

Bekanntmachungen der königl. Regierung zu Gumbinnen.

Unter Hinweisung auf unsere Bekanntmachung vom 9ten Februar 1853 (Amteblatt Stück 8, Nr. 38), werden die in dem Recepte des königlichen Ministerii der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 20sten Januar 1853, Nr. II., 5947 enthaltenen Vorschriften über Ausstellung ärztlicher Atteste in gerichtlichen Angelegenheiten hierdurch insbesondere den Medizinal-Personen zur genauen Beachtung und Befolgung in Erinnerung gebracht. Gumbinnen, den 7ten Januar 1856.

N^o 19.
Die Vorschriften
über Ausstellung
ärztlicher Atteste
in gerichtlichen
Angelegenheiten
betreffend.
A. d. S.
701. Jan.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Die niedere Jagd wird für dieses Jahr mit dem 1sten Februar d. J. geschlossen binnen, den 15ten Januar 1856.

Gum:

N^o 20.
Den Schluss
des niederen Jagd
betreffend.
A. d. S.
1060. Jan.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Amtebl. Nr. 4.

Die

- Nr. 21.** Die dringende Gefahr der Einschleppung der Kinderpest durch Personen, die Krammärkte besuchen, macht es nothwendig, die Krammärkte in den Grenzkreisen (Hoydetrug, Tilsit, Magnit, Piskallen, Stallupönen, Goldapp, Marggrabowa, Lyck und Johannisburg) für die Monate Januar, Februar und März, hiermit aufzuheben.
- Ebenso wird der Verkehr mit Schwarzvieh auf den Wochenmärkten in den gedachten Kreisen für denselben Zeitraum untersagt. Gumbinnen, den 19ten Januar 1856.
- Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

- Nr. 22.** Dem Fabrikarbeiter Heinrich Rau zu Iserlohn ist unter dem 4ten Januar d. J. ein Patent: auf eine Schneidvorrichtung für sammetartige Gewebe, so weit dieselbe durch Modell und Beschreibung als neu und eigenthümlich nachgewiesen ist, und ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates ertheilt worden.

- Nr. 23.** Dem Fabrikbesitzer F. Boede zu Berlin ist unter dem 13ten Januar 1856 ein Patent: auf einen Centrubohrer mit verstellbaren Schneiden in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, ohne Jemand in der Benutzung der bekannten Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates ertheilt worden.

- Nr. 24.** Dem Premier-Lieutenant a. D. Müller zu Berlin ist unter dem 14ten Januar 1856 ein Patent: auf eine mechanische Vorrichtung zur Addition und Subtraktion von Geldbeträgen und anderen Zahlenwerthen in ihrer ganzen durch Modelle nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Vorrichtungen und ihrer Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates ertheilt worden.

Personal - Chronik.

Die Verwaltung der Kassen-Geschäfte vom Forstrevier Kurwien ist vom Wirthschafts-Jahr 1856 ab, dem Polizei-Verwalter Schmidt in Alt-Ulta interimistisch übertragen und haben daher von dieser Zeit ab, die Funktionen des Forstkassen-Rendanten Schäfer in Johannisburg in Betreff der genannten Kassen-Geschäfte aufgehört.

In

In der Stadt Johannesburg ist der bisherige Polizei-Assistent Koss auf 12 Jahre zum Bürgermeister gewählt, und diese Wahl bestätigt worden.

Der Gutsbesitzer Erhardt in Kumerowen, Kreises Johannesburg, ist als Spezialdirector der Marienwerder Feuer-Versicherungs-Gesellschaft bestätigt worden.

Der Pächter Wilhelm König in Löben ist als Agent der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft bestätigt worden.

Der Kaufmann Franz Brämer in Insterburg ist als Agent der Lebens-Versicherungs-Bank zu Gotha bestätigt worden.

Der Kaufmann Hasenwinkel in Rhein, Kreises Löben, ist als Agent der deutschen Versicherungs-Gesellschaft „Phönix“ zu Frankfurt a. M. bestätigt worden.

Dem Kandidaten der Theologie Oskar Weber in Groß-Medunischken, Kreises Darlempen, ist die Befugniß zur Ertheilung von Privat-Unterricht im diesseitigen Verwaltungs-Bezirk beigelegt worden.

Der Lehrer Brandtner zu Schirwindt, Kreises Pilsnallen, ist als Agent der Leipziger Versicherungs-Anstalt bestätigt worden.

Der Chauffee-Aufseher Johann Niesel ist auf der Chauffeestrecke von Heydekrug bis Laugallen der Elbst-Remeler Straße definitiv angestellt worden.

Der Eduard Grommed ist nach bestandener sechsmonatlicher Probefristzeit auf der Chauffeestrecke von Marggrabowa bis Gonsken der Kraupischkehmen-Lycker Straße als Chauffee-Aufseher definitiv angestellt worden.

Der civilversorgungsberechtigte Sergeant Herrmann Thimm vom 1sten Infanterie-Regiment ist vom 1sten December 1855 ab auf der Chauffee von Elbst nach Kauroggen vorläufig auf sechsmonatlichen Probefrist angestellt worden.

Im Kreise Angerburg sind für die neue Wahlperiode folgende Schiedsmänner, respective Schiedsmanns-Stellvertreter gewählt und bestätigt worden:

- 1) für die Stadt Angerburg: der Gastwirth Dembowski daselbst zum Schiedsmann und der Rathmann a. D. Braun zu dessen Stellvertreter;
- 2) für das Kirchspiel Angerburg: der Gastwirth Dembowski zum Schiedsmann und der Mälzenbräuer Patroppa in Angerburg zu dessen Stellvertreter;
- 3) für das Kirchspiel Buddern: der Berittschulze Kern in Brosowen zum Schiedsmann und der Grundbesitzer Schiemann in Krzywinski zu dessen Stellvertreter;
- 4) für das Kirchspiel Bieghheim: der Gutsbesitzer Rosentreter in Dombrowken zum Schiedsmann und der Krug- und Mühlenbesitzer Lange in Eyssen zu dessen Stellvertreter;

5) für

- 5) für das Kirchspiel Kuttan: der Gutsbesitzer Donalies in Heinrichswalde zum Schiedsmann und der Gutsbesitzer Franz Scharfetter in Frankendorf zu dessen Stellvertreter,
- 6) für das Kirchspiel Kruglanken, erster Bezirk: der Gutsbesitzer Buchsteiner in Kruglanken zum Schiedsmann und der Krugbesitzer Wagner in Willubben zu dessen Stellvertreter; zweiter Bezirk: der Grundbesitzer Bandilla in Siewen zum Schiedsmann und der Gutsbesitzer Specovius in Steinbach zu dessen Stellvertreter;
- 7) für das Kirchspiel Engelstein: der Grundbesitzer Samuel Dembowski in Groß-Guja zum Schiedsmann und der Grundbesitzer Friedrich Hölstein in Engelstein zu dessen Stellvertreter.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 4.

Druck von Fr. Krausner.

Amtsblatt

N^o 5.

Gumbinnen, den 30sten Januar

1856.

Das 2te Stück der Gesetz-Sammlung, welches den 22sten d. M. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

N^o 25.
Inhalt der
Gesetz-Sammlung.

- Nr. 4333 den Allerhöchsten Erlaß vom 17ten Dezember 1855, betreffend die Verteilung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Stapelburg, in der Grafschaft Bernigerode, über Abbenrode, im Kreise Halberstadt, nach der hannoverschen Grenze; unter
- Nr. 4334 das Privilegium wegen Emission von 400,000 Thaler Prioritäts-Obligationen III. Serie der Prinz Wilhelm-Eisenbahn-Gesellschaft, vom 24ten Dezember 1855; und unter
- Nr. 4335 die Bestätigungs-Urkunde, betreffend die Errichtung einer Aktien-Gesellschaft unter der Benennung „Sächsisch-Thüringische Aktien-Gesellschaft für Braunkohlen-Verwerthung“ mit dem Domizil zu Halle a. d. S., vom 31sten Dezember 1855.

Bekanntmachung der höheren Behörde.

In der am gestrigen Tage angefangenen und heute beendigten, öffentlich stattgehabten ersten Verlosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855 sind auf diejenigen 1500 Schuldverschreibungen, welche zu den am 15ten September v. J. gezogenen 15 Serien gehören, die in der beiliegenden Liste aufgeführten Prämien gefallen.

N^o 26.
Die Verlosung
der Staats-
Prämien-Anleihe
vom Jahre 1855
beendet.

Die Besitzer dieser Schuldverschreibungen werden aufgefordert, den baaren Betrag der Prämien

vom 1sten April d. J. ab,
in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr, bei der Staatsschulden-Zirkungskasse hier selbst, Dranienstraße Nr. 94, gegen Quittung, wozu Formulare daselbst unentgeltlich verabfolgt werden, und gegen Rückgabe der Schuldverschreibungen nebst den dazu gehörigen Coupons Ser. I., Nr. 1 bis 8 über die Zinsen vom 1sten April 1855 ab,
welche nach dem Inhalte der Schuldverschreibungen unentgeltlich abzuliefern sind, zu erheben.
Der Betrag der etwa fehlenden Coupons wird vom Prämienbetrage zurückbehalten.

Amtsbl. Nr. 5.

Aus-

GUMBINNEN
1856 I 3-4

Auswärtige, welche es vorziehen, die Prämien bei der nächsten Regierungs-Hauptkasse zu erheben, können die Schuldverschreibungen zu diesem Behufe schon vom 1sten März d. J. ab an dieselbe einreichen, um dort, gegen auf die Staatsschulden-Lösungskasse lautende Quittung, den Betrag am 1sten April in Empfang zu nehmen.

Uebrigens können wir uns so wenig als die Staatsschulden-Lösungskasse in einen Schriftwechsel über die Prämien-Auszahlung einlassen, und werden dergleichen Eingaben nicht angenommen, sondern ohne Weiteres zurückgesandt werden. Berlin, den 16ten Januar 1856.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Natan. Rolke. Samet. Nobiling.

Bekanntmachung der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

N. 27.
Den Kram-
Markt in Krs
betreffend.
v. d. J.
3008. Jan.

Der Kram-Markt in Krs wird nicht am 5ten Februar, sondern am 4ten März d. J. abgehalten werden. Gumbinnen, den 19ten Januar 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Personal - Chronik.

Die Königliche wissenschaftliche Prüfungs-Kommission zu Königsberg ist in ihrer bisherigen Zusammensetzung

- | | |
|---|------------------|
| 1) Professor Dr. Richelot als Direktor, | |
| 2) Gymnasialdirektor Dr. Strzegla, | |
| 3) Professor Dr. Rosenkranz, | |
| 4) " " Schubert, | } als Mitglieder |
| 5) " " Rathke, | |
| 6) " " Sommer, | |
| 7) Privatdocent Dr. Michaelis, | |

Seitens des Königlichen Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten auch für das Jahr 1856 bestätigt worden.

Der Doktor medicinae et chirurgiae Hans Kalau v. Hofe hat sich als praktischer Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer in Eßken, Kreises Eßken, niedergelassen.

Der Apotheker Sgittnick aus Krs, Kreises Johannisburg, ist als Agent der Elberfelder Feuer-Versicherungs-Gesellschaft bestätigt worden.



Amtsblatt

Nr. 6.

Gumbinnen, den 6ten Februar

1856.

Das 3te Stück der Gesefsammlung, welches den 29sten Januar d. J. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

Nr. 28.
Inhalt der Gesefsammlung.

- Nr. 4336 das Statut des Domsfen - Klein - Bauschwiger Deichverbandes, vom 24sten Dezember 1855; unter
- Nr. 4337 das Statut des Hammer Deichverbandes, vom 24sten Dezember 1855; unter
- Nr. 4338 den Allerhöchsten Erlaß vom 24sten Dezember 1855, betreffend die Verleihung fiskalischer Vorrechte in Bezug auf die bei dem Bau und der Unterhaltung der Chaussee von Bernau nach Weissenfee erforderlichen Grundstücke und Materialien; unter
- Nr. 4339 den Allerhöchsten Erlaß vom 31sten Dezember 1855, betreffend die Verleihung fiskalischer Vorrechte für den Bau der Chaussee von Boisenburg im Kreise Templin nach Greifenberg im Kreise Angermünde; und unter
- Nr. 4340 die Bekanntmachung über die unterm 24sten Dezember 1855 erfolgte Allerhöchste Befestigung des Statuts der Bernau-Weissenfeer Chaussee-Gesellschaft, vom 11ten Januar 1856.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Dem Gendarm Kleinfeld in Darkehmen ist für die Entdeckung eines gerichtlich bestraften Baumfrevlers eine Prämie bewilligt worden. Gumbinnen, den 17ten Januar 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Dirjenigen Literaten, welche im Laufe dieses Jahres die Schulamts-Prüfungen in Gumbinnen abzulegen beabsichtigen, werden aufgefördert, innerhalb vier Wochen

- 1) ihren Lebenslauf in lateinischer Sprache,
- 2) das akademische Abgangszeugniß im Original,
- 3) das Zeugniß der Polizeibehörde ihres gegenwärtigen Wohnortes über ihr moralisches und politisches Verhalten,
- 4) ein Zeugniß darüber, daß sie wenigstens einige Monate einen Seminar-Kursus durchgemacht haben,

Amttbl. Nr. 6.

5) den

Nr. 29.
Prämienbewilligung betr.
L. d. J.
6421. Jan.

Nr. 30.
Die Schulamts-Prüfungen der Kandidaten betr.
L. d. J.
6426. Jan.

- 5) den Ausweis über ihr Militär-Verhältniß;
- 6) ihre theologischen Zeugnisse (falls sie dieser Fakultät angehören) und
- 7) ein Gesundheits-Attest,

einzureichen, wobei bemerkt wird, daß diese Zeugnisse, in sofern sie nur zu diesem Behufe beigebracht werden, stempelfrei sind, daß dagegen zu der Meldung selbst ein Stempelbogen zu 5 Sgr. zu verwenden ist.

Die Prüfung selbst wird noch vor Ostern stattfinden und der Termin den Betheiligten noch näher bekannt gemacht werden. Gumbinnen, den 25ten Januar 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

N. 31.

Die Erhöhung
der Hauer- und
Rücker-Eöhne in
den durch die
Ronne angegrif-
fenen Forst-Re-
vieren betr.
S. X.
1256. Jan.

Der noch immer fühlbare Mangel von Arbeitskräften in den durch die Ronne angegriffenen Revieren Barmen, Nassawen, Borken, Rothebude, Stalkischen, Barannen, Astrawischken und Auklitten hat uns veranlaßt, die Hauer- und Rücker-Eöhne in den genannten Revieren dergestalt zu erhöhen, daß ein fleißiger Arbeiter nicht allein für sich, sondern auch für seine Familie bei dem Auffuchen der Balzarbeit ein gutes Auskommen findet.

Außerdem sind die Oberförstereien Barmen und Nassawen, Borken und Rothebude angewiesen worden, in sofern sich eine genügende Anzahl von Arbeitern einstellen und der Bedarf sich herausstellen sollte, Holzbarracken auf den Arbeitsstellen zu errichten, das erforderliche Heizungsmaterial unentgeltlich zu verabfolgen, um den aus entfernteren Gegenden Arbeit suchenden Holzhäglern Gelegenheit zu geben, auf den Arbeitsstellen selbst zu nächtigen und denselben hierdurch die Erhöhung ihres Verdienstes zu ermöglichen.

Diese von uns getroffenen Maßregeln berühren allerdings zunächst nur das forstfiskalische Interesse. Dasselbe steht indessen mit dem des holzkonsumierenden Publikums in so enger Verbindung, daß wir im Hinblick auf den in Zukunft mit völliger Sicherheit eintretenden Holzmangel der genannten Reviere uns vertrauensvoll an die Dominalbesitzer, die Polizei- und Ortsvorstände mit dem Ersuchen wenden, allen ihren Einfluß dahin auszuüben, daß die arbeitende Klasse der Balzarbeit zugeführt wird. Gumbinnen, den 26ten Januar 1856.

Königliche Regierung,

Abtheilung für die Verwaltung der direkten Steuern, Domänen und Forsten.

N. 32.

Betrifft die Re-
klamationen
gegen die Veran-
lagung der Klaf-
sen- und Gewer-
besteuer pro 1856.
S. X.
476. Jan.

Nachdem die Klassen- und Gewerbesteuer-Rollen für das laufende Jahr festgesetzt und den Veranlagungs-Behörden zugegangen sind, wird das steuerpflichtige Publikum hiervon mit dem Erfassen in Kenntniß gesetzt, daß nach §. 1 des Gesetzes vom 18ten Juni 1840 über die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben die Reklamationen gegen die Veranlagung der begüßlichen Steuern innerhald drei Monaten nach Auslegung der festgestellten Rollen bei den Königl. Landrathshämtern, resp. bei den Magisträten, anzubringen sind. Auf Re-

klamationen,

Klamationen, welche nach Ablauf dieser Frist angebracht werden, kann keine Rücksicht genommen werden und es fällt daher auch jeder Anspruch auf Zurückerstattung der bereits bezahlten Steuern fort. Gumbinnen, den 1sten Februar 1856.

Königliche Regierung,

Abtheilung für die Verwaltung der direkten Steuern, Domänen und Forsten.

Es sind neuerdings in einigen Tagesblättern des Bezirkes Heilmittel gegen die Rinderpest öffentlich ausgetobt und mehr oder minder angepriesen worden. Dies läuft ebenso wider die gesetzlichen Bestimmungen, wie es die gemeingefährlichsten Folgen haben kann. Die Verordnung vom 8ten November 1813, als Nachtrag zum Viehsterbe-Patent vom 2ten April 1803, besagt hierüber wörtlich §. 1 des in der Beilage B. des 11. Patents

angerathene präsentire Verfahren muß wegfallen und alles Kurative untersagt werden. Anstellungen wissenschaftlicher Versuche in dieser Beziehung können nur mit Genehmigung der Königl. Regierung, bei nachgewiesener Sicherheit gegen Verbreitung des Pestgiftes, stattfinden.

§. 2. Personen, welche Viehbefitzer zur Anwendung angeblich sicherer, oder geheimer und abergläubischer Vorbauungs- und Heilmittel verleiten, sind als besonders gefährlich zur Untersuchung und Strafe zu ziehen.

Wir werden hiernach fortan jede öffentliche empfehlende Ankündigung und jede Dispensation von Vorbauungs- oder Heilmitteln gegen die Rinderpest, so wie eventuell jeden Kurversuch, bei derselben zur gesetzlichen Ahndung bringen.

Zugleich aber machen wir das Publikum wiederholt warnend darauf aufmerksam:

daß die Rinderpest bei uns einzig und allein durch Ansteckung, durch Uebertragung des Pestgiftes von einem kranken auf gesunde Thiere entsteht;

daß sie eben deshalb nur durch Vermeidung jeder Ansteckung und Uebertragung verhütet werden kann;

daß hiebei allerdings wegen der starken Ansteckungskraft, leichter Uebertragbarkeit und großer Dauerhaftigkeit des Viehpest-Kontagiums die allgrößte Vorsicht und Aufmerksamkeit nöthig ist;

daß Wissenschaft so wenig als die Erfahrung irgend ein sicheres Heilmittel, eine verlässbare Kurmethode gegen die Seuche bis jetzt hat auffinden lassen;

daß daher bei Ausbrüchen der Krankheit das beste und sicherste Mittel, derselben schnell ein Ende zu machen und die Verluste durch dieselbe zu verringern, in der schnellen Tödtung jedes erkrankten Thieres, so wie aller in der Nähe eines solchen befindlichen Häupter liegt;

daß

N 33.
Verbot aller Kurversuche bei der Rinderpest und jeder Ausbreitung von Heilmitteln gegen dieselbe.
Z. d. J.
18. Jan.

daß dazu aber, um die Weiterverbreitung der Seuche zu verhüten, noch die strenge Sperre der Ställe, Gehöfte und Ortschaften, so wie nach dem Aufhören der Erkrankungen eine genaue Reinigung und Desinfektion nach den näheren Anweisungen des Viehsterbe-Patents, kommen muß.

Noch ist unser Bezirk von Ausbrüchen der Rinderpest frei geblieben! Neben den an der Grenze gegen Einschleppung der Krankheit angeordneten Schutz- und Sperr-Maßregeln und den damit zusammenhängenden polizeilichen Vorkehrungen im Innern des Landes ist es allein die Befolgung der obigen Grundsätze, welche das Unglück wirklicher Viehpest-Ausbrüche noch weiter abhalten, im Falle dasselbe aber doch eintreten sollte, dessen traurige Folgen möglichst verringern und beschränken kann. Gumbinnen, den 30sten Januar 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Personal - Chronik.

Dem Kantor Salamon bei der hiesigen neustädtischen Elementarschule ist das Rektorat bei der hiesigen Stadtschule und das Präzeptorat bei der hiesigen altstädtischen Kirche übertragen worden.

Der interimistische Fischmeister Adam Wehlt in Sturmen ist in seinem Amte als Fischmeister für den 2ten Haffbezirk Feilenhof definitiv bestätigt worden.

Der Kreisgerichts-Sekretair Korn hier selbst ist als Agent der Feuer-Versicherungsgesellschaft Phönix zu Frankfurt a. M. beschäftigt worden.

Dem Fräulein Pauline Kemper in Lütitz ist auf Grund der mit ihr abgehaltenen Prüfung die Befugniß beigelegt, als Hauslehrerin und Erziehlerin in Familien des hiesigen Regierungsbezirktes zu fungiren.

Der anstellungsberechtigte Sergeant im ersten Artillerie-Regiment Hellmuth Hon ist vom 1sten Januar 1856 ab als Chauffeur-Aufscher auf der Chauffeurstrecke von Spullen bis Wilmkallen der Langweithen-Schirwindter Straße in Stelle des entlassenen bisherigen Chauffeur-Aufsehers Standkowitz vorläufig auf 6monatlichen Probedienst angenommen worden.

Der anstellungsberechtigte Sergeant im ersten Infanterie-Regiment Christoph Lawigti ist vom 1sten Januar 1856 ab als Chauffeur-Aufscher auf der Chauffeur-Strecke von Zapladen bis Wingeningen in Stelle des entlassenen bisherigen Chauffeur-Aufsehers Reckis vorläufig auf 6monatlichen Probedienst angenommen worden.

Amtsblatt

№ 7.

Gumbinnen, den 13ten Februar

1856.

Bekanntmachung der höheren Behörde.

Liste der aufgerufenen und der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere im Rechnungsjahre 1855 als gerichtlich mortifizirt nachgewiesenen Staatspapiere.

I. Staatsschuldscheine

- Lit. B. à 500 Rthlr. Nr. 8264.
Lit. C. à 400 Rthlr. Nr. 6219.
Lit. E. à 200 Rthlr. Nr. 16,778. 18,288.
Lit. F. à 100 Rthlr. Nr. 14,666. 18,883. 21,091. 21,092. 38,591. 38,592. 48,476.
57,744. 57,745. 58,489. 65,323. 102,442. 102,738. 117,736. 119,601. 120,566.
120,567. 128,243. 137,346. 137,855. 139,000. 142,507. 142,508. 142,509.
142,510. 144,715. 166,916. 204,156. 210,246. 210,247.
Lit. G. à 50 Rthlr. Nr. 1080. 3055. 12,728. 17,889. 25,938. 28,748. 28,749.
28,750. 28,821. 36,727. 39,877.
Lit. H. à 25 Rthlr. Nr. 242. 3535. 6190. 6494. 26,455. 31,021. 31,022. 31,023.
31,024. 31,025. 37,515. 48,491. 52,863. 54,246.

II. Kurmärktische Schuldverschreibungen.

- Lit. E. à 200 Rthlr. Nr. 908.
Lit. F. à 100 Rthlr. Nr. 1433. 1592. 2238. 2572.
Lit. G. à 50 Rthlr. Nr. 41. 206. 226. 1923. 1924. 1925. 1926. 2206. 2207.
2708. 3214.

III. Neumärktische Schuldverschreibungen.

- Lit. F. à 100 Rthlr. Nr. 4.

IV. Schuldverschreibungen der freiwilligen Staatsanleihe vom Jahre 1848.

- Lit. A. à 1000 Rthlr. Nr. 2408.
Lit. C. à 100 Rthlr. Nr. 14,509. 37,959.
Lit. D. à 50 Rthlr. Nr. 10,739.

V. Schuldverschreibungen der Staatsanleihe vom Jahre 1850.

- Lit. B. à 500 Rthlr. Nr. 6038. 6039.

Berlin, den 5ten Januar 1856.

Königliche Kontrolle der Staatspapiere.

Amstbl. Nr. 6.

Bekannt-

№ 34.
Liste der aufge-
rufenen und der
Königl. Kontrolle
der Staats-
papiere im Rech-
nungsjahre 1855
als gerichtlich
mortifizirt nach-
gewiesenen
Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

N. 35.
Der Kram-
Markt in Krus
bischkau.
X. d. J.
3000. Pro.

Der Kram-Markt in Krus wird am 4ten März d. J. nicht abgehalten werden.
Gumbinnen, den 2ten Februar 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

N. 36.
Polizei-Verord-
nung. Das
Verbot des
Veranstaltens
von Krieger- und
andern Feste-
n, Schma-
gen und ungesel-
lichen Tänz-
en.
X. d. J.
3100. Jan.

Um zu verhindern, daß der in Folge des Ausbruches der Kinderpest in Polen und dem Regierungsbezirke Königsberg vorhandene Ansteckungsstoff durch den Verkehr mit Gegenständen, welche denselben in sich aufzunehmen besonders geeignet sind, eine weitere Verbreitung erhalte, wird von uns auf Grund des §. 11 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11ten Mai 1850 für den ganzen Umfang unseres Verwaltungs-Bezirktes folgendes verordnet:

Kinder- und andere Thierhäute, Hörner und ungeschmolzenes Talg dürfen zum Verkauf oder zu anderem Behufe nur dann von einem Orte zum andern transportirt werden, wenn zugleich ein von dem Ortsvorstande ausgestelltes und besiegeltes Attest über ihren unverdächtigen Ursprung vorgewiesen werden kann.

Wenn dieser Verordnung zuwider gehandelt wird, sollen die betreffenden Gegenstände mit Beschlag belegt und bis zur Beibringung genügender Atteste auf Kosten des Eigenthümers in Verwahrung genommen werden. Außerdem verfällt der Kontravenient in eine Polizeistrafe von 1 bis 10 Thalern oder im Unvermögensfalle angemessene Gefängnißstrafe.

Gumbinnen, den 16ten Februar 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

N. 37.
Patentverlei-
hung.

Dem Baumeister Friedrich Hoffmann und dem Maschinen-Fabrikanten E. Schwarzkopf zu Berlin, ist unter dem 25ten Januar 1856 ein Patent:

auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene mechanische Vorrichtung zur Austiefung von Gewässern und Zutageförderung der Erdmassen, so weit dieselbe als neu und eigenthümlich erkannt ist, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu hindern,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates ertheilt worden.

N. 38.
Patentverlei-
hung.

Dem Kaufmann J. H. F. Prillwitz in Berlin ist, unter dem 29ten Januar 1856 ein Patent: auf Vorrichtungen zum Stimmen von Saiten-Instrumenten in der durch Modell und Zeichnung nachgewiesenen Zusammensetzung,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates ertheilt worden.

Das

Das dem Maschinen-Fabrik-Direktor E. Haenel zu Magdeburg unterm 24ten September 1854 ertheilte Patent:

N. 39.
Patentaus-
beug.

auf einen in seiner ganzen Zusammenfassung für neu und eigenthümlich befundenen Apparat zur Extraktion des Runkelrübensaftes, ohne Jemand in Benutzung bekannter Theile zu behindern,
ist erloschen.

Bekanntmachung der Königl. Ober-Post-Direktion zu Gumbinnen.

Invalide Militair-Personen, welche sich im Besitze eines Civil-Versorgungsscheins befinden und als Landbriefträger oder Postfußboten angenommen zu werden wünschen, werden aufgefordert, sich zur Notirung für derartige auf Kontrakt zu vergebende Stellen bei der nächsten Postanstalt des diesseitigen Bezirks zu melden. Mit den vor aufgeführten Stellen ist für gewöhnlich eine Löhnung von 100 bis 120 Thalern jährlich verbunden, auch ist dabei die Bestellung einer Kaution von 50 Rthlr. in Staatspapieren erforderlich, welche unter Umständen durch monatliche Löhnungs-Abzüge gebildet werden kann. Diejenigen Militair-Versorgungs-Berechtigten, welche vorläufig eine Beschäftigung als kontraktliche Diener übernehmen, vergeben sich dadurch keineswegs den Anspruch auf Erlangung einer Post-Unterbeamtensstelle, vorausgesetzt, daß sie zu einer solchen qualifizirt befunden und notirt sind.

N. 40.
Die Befegung
von Landbrief-
trägern betr.

Gumbinnen, den 5ten Februar 1856. Königl. Ober-Post-Direktion.

Personal - Chronik.

Dem Hauslehrer Friedrich Luja in Rattenau, Kreises Stallupönen, ist die Befugniß beigelegt, auch im diesseitigen Verwaltungs-Bezirk Privatunterricht zu erteilen.

Dem Fräulein Emilie Thomas aus Königsberg, gegenwärtig in Eßen, ist die Befugniß beigelegt, im diesseitigen Verwaltungsbezirk Kindern gebildeter Familien Privat-Unterricht zu erteilen.

Der Kaufmann Dreyer hieselbst ist als Agent der Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft „Janus“ in Hamburg bekräftigt worden.

Der Kaufmann L. E. Adam aus Angerburg ist als Agent der Königl. Lebens-Versicherungs-Gesellschaft „Concordia“ bekräftigt worden.

Personal-Veränderungen im Departement des Appellationsgerichts zu Insterburg im Monat Januar 1856.

A. Beim Appellationsgericht:

Referendarius Lothar Weber, in Folge seiner Befestigung zum Beigeordneten der Stadt Tilsit, aus dem Justizdienst geschieden,

Referendarius

Referendarius Hubert zum Gerichts-Assessor ernannt,
 Referendarius Schulz an das Appellationsgericht zu Breslau und
 Auskultator Rickell an das Appellationsgericht zu Königsberg versetzt.

B. Bei den Kreisgerichten:

der bisherige Exekutor Schenk zum Gefängniß-Inspektor beim Kreisgericht Insterburg ernannt.
 Personal-Veränderungen im Bezirke der Königlichen Ober-Post-Direktion in
 Gumbinnen pro Januar 1856.

Der Post-Sekretair Schneider ist von dem Postamte in Lilsit zu dem hiesigen Post-
 Amte, und der Post-Expedient Eyff von dem hiesigen zu dem Postamte in Insterburg ver-
 setzt worden.

Der Steuer-Receptor v. Malocki in Ruß ist in seiner Eigenschaft als Post-Expediteur
 ausgeschieden.

Der Briefträger und Wagenmeister Leu in Johannisburg ist freiwillig ausgeschieden.

Der Barbier Otto Bauer zu Lilsit ist als chirurgisch-ärztlicher Gehülfe und Kran-
 kenwärter kongessionirt worden.

Amtsblatt

N^o 8.

Gumbinnen, den 20sten Februar

1856.

Das 4te Stück der Gesefsammlung, welches den 14ten Februar d. J. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

N 41.
Inhalt der Gesefsammlung.

Nr. 4341 den Allerhöchsten Erlaß vom 19ten Dezember 1855, betreffend die Genehmigung des Statuts der unter dem Namen „Magdeburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in Magdeburg gegründeten Aktien-Gesellschaft.“

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Schul-Kollegiums.

Zur Prüfung der jungen Leute, welche in dem Schullehrer-Seminar zu Angerburg für das Elementar-Schulfach ausgebildet zu werden wünschen, ist der Termin in dem eben genannten Seminare auf den 19ten und wenn es nöthig sein sollte, auch noch auf den 20sten Mai d. J., von 8 Uhr Morgens ab, festgesetzt.

N 42.
Die Prüfung des Aufnahmestudenten in das evangelische Schullehrer-Seminar zu Angerburg.

Dieses machen wir mit dem Bemerken bekannt, daß die Supräsenden 18 Jahre alt und der polnischen Sprache einigermaßen kundig sein müssen, und daß dieselben beizubringen haben:

- 1) einen selbst verfaßten Aufsatz — ihren Lebenslauf enthaltend — in deutscher und polnischer Sprache;
- 2) den Tauf-, Konfirmations- und Kommunionsschein;
- 3) das Zeugniß über den genossenen Schulunterricht und die noch ferner erlangte Weiterbildung;
- 4) das Zeugniß des Geistlichen, in dessen Kirchspiel sie sich zuletzt aufgehalten haben, über den bisherigen Lebenswandel, und
- 5) ein ärztliches Attest über den Gesundheitszustand, worin auch, falls der sich Meldende einen Schutzblattern-Impfschein nicht vorzulegen vermag, der stattgefundenen Schutzblattern-Impfung Erwähnung geschehen sein muß.

Diese Atteste sind, da sie allein den Zweck haben, den Inhaber zur Theilnahme an der Prüfung zu befähigen, nicht stempelpflichtig, welches jedoch auf denselben ausdrücklich bemerkt werden muß.

Die Forderungen und Bedingungen, welchen die jungen Leute in Bezug auf Kenntnisse

Umschl. Nr. 8.

nisse

nisse und Fertigkeiten zu genügen haben, sind im Regulativ vom 2ten October 1854 näher angegeben. Königsberg, den 4ten Februar 1856.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

N. 43.
Die Prüfung
freier Maturität-
Aspiranten
zu den Abiturien-
ten-Prüfungen
betreffend.

Durch Erlass des Herrn Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten vom 12ten v. M. ist festgesetzt, daß es fremden Maturitäts-Aspiranten, d. h. solchen jungen Leuten, welche sich das Maturitäts-Zeugniß für akademische Studien erwerben wollen, ohne Schüler eines Gymnasiums zu sein, hinfert nicht mehr gestattet ist, sich das Gymnasium, an welchem sie die Prüfung zu bestehen wünschen, selbst zu wählen. Dieselben haben sich vielmehr, Be-
hufs der Zulassung zur Prüfung, spätestens im Januar oder im Juni zu dem resp. zu Oftern oder zu Michaelis stattfindenden Prüfungs-Termine, je nach dem Wohnorte ihrer Eltern oder nach demjenigen Orte, an welchem sie zuletzt ihre Schulbildung erhalten haben, an das betreffende Provinzial-Schul-Kollegium, unter Einreichung ihrer Zeugnisse und eines deutsch geschriebenen curriculum vitae, zu wenden und werden von demselben, unter Berücksichtigung ihrer Konfession und ihrer anderweitigen Verhältnisse, der Prüfungs-Kommission eines Gymnasiums der Provinz zugewiesen. Bestehen sie die Prüfung nicht, so sind die Kommissionen ermächtigt, sie auf eine bestimmte Zeit zurückzuweisen.

Auch bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß es denjenigen Gymnasial-Abiturienten, welche ein Zeugniß der Reife nicht haben erwerben können, und die Schule verlassen, nur noch ein Mal gestattet ist, die Prüfung zu wiederholen, sie mögen die Universität bezogen haben oder nicht; die Wiederholung der Prüfung kann nur in der Provinz geschehen, in welcher sie das Zeugniß der Mithreise erhassten haben. Königsberg, den 7ten Februar 1856.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

N. 44.
Die Annahme
der fälligen Cou-
pons der Königl.
Hamm.-Eisenbahn-
Aktien
bei den Königl.
Kassen betr.
P.-G. 274.

Nach dem Gesetze vom 30sten April 1855 (Gesetz-Sammlung Seite 251) ist die Königl. Hamm.-Eisenbahn vom 1sten Januar 1855 ab mit allen Rechten und Pflichten der früheren Besitzer in das Staats-Eigenthum übergegangen; es sollen daher nach höherer Anordnung fortan auch die fälligen Coupons über die Zinsen von den Stamm-Aktien und Prioritäts-Obligationen derselben innerhalb der Verjährungsfrist bei den öffentlichen Kassen statt baarer Zahlung angenommen werden, wovon die gedachten Kassen unseres Verwaltungsbezirks zur Beachtung hierdurch in Kenntniß gesetzt werden. Gumbinnen, den 12ten Februar 1856.

Königliche Regierung.

N. 45.
Betreffend das
Verbot des Ein-
tritts von

Da die Kinderpest im Königreiche Polen noch immer nicht aufgehört, vielmehr den dies-
seitigen Grenzen sich theilweise genähert hat, so wird zur Verhütung der Einschleppung und
Ver-

Verbreitung der Seuche hierdurch auf Grund des §. 11 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11ten März 1850 für die Kreise Heydekrug, Rixsi, Ragnit, Pillkallen, Stallupönen, Goldapp, Marggrabowa, Lyck und Johannisburg Folgendes verordnet:

Verkauf derselben
aufzuheben.
X. v. J.
1850. Götter.

Bieh jeder Art, also nicht nur Hornvieh, sondern namentlich auch Schafe, Schweine und Ziegen, darf nur in Begleitung eines Gesundheits-Attestes, welches nach Vorschrift der §§. 9 folgende des Patents vom 2ten April 1803 von den Districtschulen beziehungsweise von den (Privat-) Dominien auszustellen und zu unterzeichnen ist, zum Verkauf umhergeführt oder auch nur von einem bewohnten Orte zum andern transportirt werden.

Wer diesen Vorschriften zuwiderhandelt, verfällt in eine Polizeistrafe von 1 bis 10 Rthlr. oder angemessene Gefängnißstrafe. Gumbinnen, den 11ten Februar 1856.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Da die Gefahr der Einschleppung und Verbreitung der Rinderpest noch fortbesteht, so werden unsere Verfügungen vom 15ten und 28ten December v. J. (vergleiche Amtsblatt von 1855, Seite 301 und Amtsblatt von diesem Jahre, Seite 7) über Einstellung sämtlicher Vieh- und Pferdewärkte in unserm Bezirke auch auf die Monate März und April d. J. ausgedehnt. Gumbinnen, den 12ten Februar 1856.

M 46.
Aufhebung aller
Vieh- und
Pferdewärkte in
den Monaten
März und April
1856.
X. v. J.
1856. Götter.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Personal - Chronik.

Der selbiger zweite Prediger zu Kraupischken, Wilhelm Justus Adolf Zippel ist zum Substituten des Pfarrers, Superintendenten Wegener an der evangelischen Kirche zu Walterkehmen, in der Diözese Gumbinnen, bestellt worden.

Im Kreise Angerburg ist der Gutsbesitzer Broschert in Piltwe als Schiedsmann für das Kirchspiel Rosengarten und der Gutsbesitzer Köhn v. Jasli in Langbrück als Stellvertreter des Schiedsmann für dieses Kirchspiel gewählt und bekräftigt worden.

Im Kreise Darkehmen sind für die nächsten drei Jahre folgende Schiedsmänner gewählt und bekräftigt worden:

- 1) für die Stadt Darkehmen der Apotheker Kübler und zu dessen Stellvertreter der Grundbesitzer Fromm;
- 2) für das ländliche Kirchspiel Darkehmen der Gutsbesitzer Heilmeyer in Bretschlehen;
- 3) für das Kirchspiel Wilhelmsberg der Gutsbesitzer Berneder in Eßerningken;
- 4) für das Kirchspiel Klesowen der Wirth Kersowski in Aukallen;
- 5) für das Kirchspiel Szabiennen der Berittschulz Mehl in Upßlenken;

6) für

- 6) für das Kirchspiel Dombrowken der Grundbesitzer Preuß in Gr.-Sobroß;
- 7) für den 1ten Bezirk des Kirchspiels Ballethen der Gutsbesitzer Dörffer in Kallnen;
- 8) für den 2ten Bezirk des Kirchspiels Ballethen der Berittschulz Haarbrüder I. in Kartlienen;
- 9) für den 1ten Bezirk des Kirchspiels Trempen der Gutsbesitzer Rudolph Schulz in Kamnehlen;
- 10) für den 2ten Bezirk des Kirchspiels Trempen der Rittergutsbesitzer v. Saulen auf Julienfeld.

Dem forstversorgungsberechtigten Jäger Carl Wilhelm Densow ist die Försterei zu Schmalebarken, Oberförsterei Jura, definitiv verliehen worden.

Dieses der öffentliche Anzeiger Nr. 8.

Amtsblatt

№ 9.

Gumbinnen, den 27ten Februar

1856.

Bekanntmachung der höheren Behörde.

Vom 3ten f. M. ab werden die den Zeitraum vom 1sten April 1856 bis dahin 1860 umfassenden Bins-Coupons Ser. II. zu den Schuldverschreibungen der Staats-Anleihe vom Jahre 1852 bei der Kontrolle der Staatspapiere hieselbst, Dranienstraße Nr. 92, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonntage und der drei letzten Tage jedes Monats, ausgereicht werden.

Zu diesem Behufe müssen die Schuldverschreibungen mit einem, nach den Appoints und Nummern geordneten und ausgerechneten Verzeichnisse, wogu. Formulare ebenfalls unentgeltlich zu haben sind, dort eingereicht werden.

Auswärtige können ihre Obligationen entweder durch hiesige Bevollmächtigte beim Annahme Bureau präsentiren lassen, oder sie unter dem portofreien Vermerk:

„Schuldverschreibungen der Staats-Anleihe von 1852 zur Beifügung neuer Coupons, resp. mit neuen Coupons,“

an die nächste Regierungs-Hauptkasse einsenden, und werden sie mit den Coupons portofrei durch dieselbe zurückerhalten.

Die Portofreiheit wird jedoch nur bis zum 1sten November d. J. fort dauern. Mit diesem Tage tritt die Portopflichtigkeit für alle solche Sendungen ein, und es werden auch die Dokumente mit den beigelegten Coupons den Einreichern auf ihre Kosten zurückgesandt werden.

Uebrigens kann weder die unterzeichnete Haupt-Verwaltung der Staatsschulden noch die Kontrolle der Staatspapiere sich mit irgend Bemerkungen wegen Ausrückung der Coupons in einen Schriftwechsel einlassen, und werden alle derartige Schreiben, welche etwa dessen ungeachtet bei uns eingehen, ohne Weiteres zurückgesandt werden.

Berlin, den 20sten Februar 1856

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Nathan Rolke. Samet. Nobiling

Bekanntmachung des Königl. Provinzial-Schul-Kollegiums.

Zur Prüfung der jungen Leute, welche in dem Schullehrer-Seminare zu Karoline für das

Amthl. Nr. 9.

Glementar-

№ 47.

Die Ausrückung der Bins-Coupons Ser. II. zu den Schuldverschreibungen der Staats-Anleihe vom Jahre 1852 betreffend.

№ 48.

Die Prüfung Beduht Auf- nahme in das Provinzial-Schullehrer-Seminar zu Karoline betr.

Elementar-Schulfach ausgebildet zu werden wünschen, ist der Termin auf den 14ten und wenn es nöthig werden sollte, auch noch den 15ten April l. J., von 8 Uhr Morgens ab, in dem eben genannten Seminare festgesetzt. Die Aspiranten haben sich aber schon am 13ten April d. J. bei der Direktion des Seminars zu melden.

Indem wir dies hierdurch bekannt machen, bemerken wir zugleich, daß die zu Prüfenden mindestens 18 Jahre alt sein müssen, und daß sie folgende Atteste beizubringen haben:

- 1) einen selbst verfaßten Aufsatz — ihrem Lebenslauf enthaltend — in deutscher und wenn sie litthauischer Zunge sind, auch in litthauischer Sprache;
- 2) den Tauf-, Konfirmations- und Kommunionsschein;
- 3) das Zeugniß über den genossenen Schulunterricht und über die ferner erlangte Bildung;
- 4) das Zeugniß des Geistlichen, in dessen Kirchspiel sie sich aufgehalten haben, über den bisherigen Lebenswandel, und
- 5) ein ärztliches Attest über den Gesundheitszustand, worin auch, falls der sich Meldende einen Schutzblattern-Impfschein nicht vorzulegen vermag, der stattgefundenen Schutzblattern-Impfung Erwähnung geschehen muß.

Diese Atteste sind, da sie allein den Zweck haben, den Inhaber zur Theilnahme an der Prüfung zu befähigen, nicht stempelspflichtig, solches muß jedoch auf denselben ausdrücklich bemerkt werden.

Die Forderungen und Bedingungen, welchen die jungen Leute in Bezug auf Kenntnisse und Fertigkeiten zu genügen haben, sind im Regulativ vom 2ten Oktober 1854 über die Präparandenbildung näher angegeben Königsberg, den 9ten Februar 1856.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

In folgenden Aueinandererschungsbezirken:

1. des Spezialbezirks Gumbinnen:

- a) Kreises Gumbinnen: Pötschlehen, Separation des Forstweideabfindungslandes der Eigenkätchner; Kohnfeld, Holzabfindung des Gutes und der Bauern; Schorschienen, Separation des Forstbruchs;
- b) Kreises Darkehmen: Darkehmen, Separation städtischer Ländereien;
- c) Kreises Mergo: Gonsken, Separation der Waldabfindung der Dziengeller Wirthe; Planken, Dünerten (Societät Martin, Mergo und Genossen), Kleinenen (Feldabschnitt Mogilla), Gemeinheitstheilung;
- d) Kreises Goldapp: Goldapp, Separation der Pläner Ländereien;

e) Kreises

Nr. 49.
Aueinander-
erschungen betr.
2. v. J.
1856. Gumb.

e) Kreises Insterburg: Staggen, Gemeinheitstheilung;

f) Kreises Pilsacken: Erubischken, Torbruchseparation;

II. des Spezialbezirks Rhein:

Kreises Sensburg: Langendorf, Egiersbown, Gemeinheitstheilung;

III. des Spezialbezirks Lyd:

a) Kreises Lyd: Glinten, Dlugossen, Tschiorowsken, Lhurowen, Rosinsko, Sorbaken, Gemeinheitstheilung;

b) Kreises Johannisburg: Groß-Pogorzellen, Schwidern, Gemeinheitstheilung; Kalowen, Theilung der Grundstücke des Samuel Skot und der Maria Braun, geb. Danielgid, früher verwitwete Isdowig;

IV. des Spezialbezirks Lilsit:

a) Kreises Heydekrug: Peter-Blausden, Realastensablösung;

b) Kreises Lilsit: Trakeningen, Domainenzins-Ablösung,

hat der Legitimationsempfänger nicht vollständig berichtigt werden können, was in Gemäßheit der Bestimmungen §. 12 des Ausführungsgesetzes vom 7ten Juni 1821, §§. 25 und 26 der Verordnung vom 30sten Juni 1834 und §. 109 des Gesetzes vom 2ten März 1850 allen etwa nicht zugezogenen unbekannten Interessenten mit der Aufforderung bekannt gemacht wird, innerhalb sechs Wochen und spätestens im Termine am 9ten April 1856 entweder bei der unterzeichneten Regierung oder bei den betreffenden Spezialkommissionen ihr Interesse zur Sache anzuzeigen und dann der Vorlegung des Auseinandersehungsgesetzes, sowie der übrigen hierauf Bezug habenden Verhandlungen und Berechnungen gewärtig zu sein, widrigenfalls sie nach dem Ablaufe des Termins die Auseinandersehung gegen sich gelten lassen müssen und mit keinen Einwendungen dagegen weiter gehört werden können. Gumbinnen, den 14ten Februar 1856. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem in den Grenzen des Dorfes Gutten, Kirchspiels Eckertsberg, Kreises Johannisburg, belegenen Etablissement „Abbau Gutten“ ist auf den Antrag des Besitzers, Gutsbesizers Zwanziger, der anderweite Name „Pappelheim“ beigelegt worden. Gumbinnen, den 15ten Februar 1856. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Inländische Kaufleute und Fabrikanten, welche in der Klasse A. zur Gewerbesteuer veranlagt sind, können für sich und die ausschließlich in ihren Diensten stehenden Handlungsgehilfen Steuerfreiheit, nur für das Kalenderjahr gültige Gewerbeheine erhalten, um Waarenbestellungen aufzusuchen und Waarenankäufe zu machen. Gleicher Vergünstigung genießen auch die den Zollvereinsstaaten angehörigen Gewerbetreibenden der vorgedachten Art. Von den Waaren, auf welche Bestellungen gesucht werden, dürfen sowohl Inländer als Ausländer nur Proben, ange-

N 50.
Veranschaulichung eines Etablissements.
Z. d. J.
1817. H. 1.

N 51.
Das Aufsuchen von Waarenbestellungen und den Waarenankauf seitens der in Klasse A. stehenden Gewerbetreibenden und deren Gehilfen betr.
F. 2.
1799. Jan.

angekaufte Waaren aber dürfen sie gar nicht mit sich umherführen, sondern müssen solche frachtweise an ihren Bestimmungsort befördern lassen. Den Kaufleuten und Fabrikanten selbst ist es verboten, Kommissionen für andre als ihre eigne, den Handlungsgehilfen für andere als ihres Prinzipals Rechnung aufzufuchen oder Waarenankäufe zu machen, es sei denn, daß ihnen durch Lösung eines Gewerbescheines zum Steuerfabe von 12 Rthlr. dazu die Befugniß beigelegt wäre. Den vorsehend zusammengestellten gesetzlichen Anordnungen wird anscheinend noch immer nicht vollständig genügt, indem diejenigen vorgedachten Gewerbetreibenden, welche steuerfreie Gewerbescheine zu erlangen befugt, und diejenigen, welche steuerpflichtige Gewerbescheine zu lösen verpflichtet sind, sich solche nicht immer vorschriftsmäßig verschaffen und ihre Geschäfte umherziehend ohne genügende gewerbliche Legitimation betreiben. Wir machen daher die betreffenden Gewerbetreibenden auf die ordnungsmäßige Erfüllung der ihnen obliegenden Verpflichtungen mit dem Bemerken aufmerksam, daß diejenigen, welche bei gehöriger Meldung einen steuerfreien Gewerbeschein zu erhalten befugt sind, einen solchen aber nicht beschafft haben, nach der Allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 31sten Dezember 1836 in eine Strafe von 8 Rthlr. verfallen, diejenigen aber, welche steuerpflichtige Gewerbescheine zu lösen verpflichtet sind, falls sie solche nicht lösen, nach §. 26 des Hausir-Regulativs vom 28sten April 1824 außer der Nachzahlung der Jahressteuer von 12 Rthlr., deren vierfachen Betrag, also 48 Rthlr., als Strafe zu entrichten, auch die Konfiskation derjenigen Waaren, welche sie mit sich führen, zu gewärtigen haben.

Die Polizei- und Gewerbesteuer-Behörden weisen wir an, sich die Prüfung der gewerblichen Legitimation umherreisender Kaufleute, Fabrikanten und Handlungsgehilfen anlegen sein zu lassen, und geeigneten Falles die Einleitung der Untersuchung wegen Gewerbesteuer-Umgehung oder Fälschung der Strafe nach Maßgabe der Allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 31sten Dezember 1836 herbeizuführen. Gumbinnen, den 21sten Februar 1856.

Königliche Regierung,

Abtheilung für die Verwaltung der direkten Steuern, Domainen und Forsten.

Nr. 52.
Patentertei-
lung.

Dem Maschinenbauer G. A. E. Kraemer zu Rheinsberg ist unter dem 19ten Februar 1856 ein Patent:

auf eine Range zum Schränken (Biegen) der Säbne in Sägeblättern in der durch ein Modell nachgewiesenen und durch Beschreibung erläuterten Zusammenfassung, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates ertheilt worden.

Hierzu die öffentliche Anzeige Nr. 9.

Druck von H. Krausened.

Amtsblatt

Nr. 10.

Gumbinnen, den 5ten März

1856.

Das 5te Stück der Gesetzsammlung, welches den 21sten Februar d. J. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

Nr. 53.
Inhalt der Ge-
setzsammlung.

- Nr. 4342 den Allerhöchsten Erlaß vom 7ten Januar 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussée von Heinsberg über Braunsrath, Saefeln, Hoengen und Uddern bis an die Landesgrenze in der Richtung auf Sittard in Holland; unter
- Nr. 4343 den Allerhöchsten Erlaß vom 14ten Januar 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau mehrerer Kreis-Chausséen im Kreise Pr. Stargardt des Regierungsbezirks Danzig; unter
- Nr. 4344 das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Pr. Stargardter Kreises im Betrage von 120,000 Rthln., vom 14ten Januar 1856; unter
- Nr. 4345 den Allerhöchsten Erlaß vom 14ten Januar 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für die von dem Mansfelder Seekreise, im Regierungsbezirk Merseburg, beabsichtigten Chausseebauten; unter
- Nr. 4346 das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Mansfelder Seekreises, im Regierungsbezirk Merseburg, zum Betrage von 215,000 Rthlr., vom 14ten Januar 1856;
- Nr. 4347 das Privilegium wegen fernerer Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Deichbaugesellschaft zur Melioration des Nieber-Overbrucks im Betrage von 100,000 Rthlr., vom 21sten Januar 1856; und unter
- Nr. 4348 den Allerhöchsten Erlaß vom 21sten Januar 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Chausséen von Greiffenberg bis zur Gamminer Kreisgrenze und von Krepow a. d. R. bis zu derselben Kreisgrenze, beide in der Richtung auf Cammin.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Die von der Regierungs-Hauptkasse ausgestellten Quittungen über die im III Quartal 1855 bei derselben eingegangenen Domainen-Kauf- und Ablösungsgelder sind, nachdem die Be-

Nr. 54.
Die Ausbän-
digung der Quitt-

Amtsbl. Nr. 10.

scheinigung

tungen über ein-
geachtete Domel-
nen, Kauf- und
Klausengeldes
betreffend.
S. 2.
260. Bon.

scheinigung derselben vorschriftsmäßig von der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden erfolgt ist, den betreffenden Kreiskassen zur Aushändigung an die Interessenten überandt worden. Die Lehteren haben sich daher bei diesen Kassen zu melden und die Quittungen gegen Rückgabe der erhaltenen Interims-Quittungen in Empfang zu nehmen.

Gumbinnen, den 26sten Januar 1836.

Königliche Regierung,

Abtheilung für die Verwaltung der direkten Steuern, Domänen und Forsten.

M. 55.
Betrifft die
Veränderung der
Gebühren für
die Physikat-
Prüfungen.
S. 6. S.
700. Fort.

Die durch die Erlasse vom 1sten Dezember 1825 und 31sten Juli 1839 auf 15 Rthlr. festgesetzten Gebühren für die Physikat-Prüfungen, von denen 5 Rthlr. für die sehr zeitraubende schriftliche und 10 Rthlr. für die praktische und mündliche Prüfung berechnet werden, stehen nicht mehr im richtigen Verhältniß zu der durch den Andrang zu dieser Prüfung und durch den oft ansehnlichen Umfang der Probearbeiten in neuerer Zeit erheblich gesteigerten Mühwaltung der Examinatoren. Ich habe daher beschloffen, diese Gebühren fortan auf 26 Rthlr. zu erhöhen, wovon 14 Rthlr. gleich bei Zufertigung der schemata medico legalia werden eingezogen werden und 12 Rthlr. bei der Meldung zur praktischen und mündlichen Prüfung an die Generalkasse des Ministeriums zu entrichten sind. Diejenigen Kandidaten, welche gegenwärtig nur noch die praktische und mündliche Prüfung zu absolviren haben, zahlen für diese 14 Rthlr. Berlin, den 8ten Februar 1836.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten,

(gez.) v. Raumer.

Vorstehende Bestimmung des Königl. Ministerii der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 8ten d. M. wird hierdurch zur Kenntniß der praktischen Aerzte unseres Verwaltungsbezirks gebracht. Gumbinnen, den 16ten Februar 1836.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

M. 56.
Die Einfuhr
von Rottseiden,
Daunen u. Vampi-
ren aus Ruß-
land und Polen
betreffend.
S. 6. S.
1770. Fort.

Wir bringen hiemit zur Kenntniß des Publikums, daß während der Dauer der gegenwärtig zur Abwehr der Rinderpest angeordneten Grenz-Schutzmaßregeln, Bettfedern, Daunen und Lumpen nur sorgfältig verpackt und in fester Emballage, nicht aber im losen Zustande, aus Rußland oder Polen eingeführt werden dürfen. Die Königl. Grenz-Hollämter sind daher mit Anweisung versehen, die genannten Gegenstände nur in der bezeichneten Verpackung über die dießseitige Grenze einzulassen.

Gumbinnen, den 19ten Februar 1836.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

M. 57.
Die Fürstlich
Schwarzburg-
Sonderhausenschen
Kassen-Anweisungen
zu 1 und 5 Thaler
werden innerhalb der prälä-
stischen

Die in Gemäßheit des Gesetzes vom 11ten März 1834 emittirten Fürstlich Schwarzburg-Sonderhausenschen Kassen-Anweisungen zu 1 und 5 Thaler werden innerhalb der prälä-

vischen proßmonatlichen Frist, vom 1ten Januar bis ultimo Dezember 1856, eingezogen und verlieren nach Ablauf dieser Frist ihre Gültigkeit, worauf das Publikum hierdurch aufmerksam gemacht wird. Gumbinnen, den 27ten Februar 1856.

Königliche Regierung.

Sonderbauden-
schen Kassen-An-
weisungen von
1856 & 1857.
betreffend.
R. A.
1856. Febr.

Bekanntmachung des Königl. Appellationsgerichts.

Im verfloffenen Jahre sind bei den Schiedsmännern unseres Departements 12,182 Streit-
sachen angemeldet worden, davon 6098 durch Vergleich und 1509 durch Ausbleiben der Par-
theien beseitigt, 4475 an die Gerichte verwiesen und 100 schwebend geblieben.

Insterburg, den 25ten Februar 1856.

Königl. Appellationsgericht.

N 58.
Die Besätze
der Einkommen-
steuer des Schieds-
manns-Institut
im hiesigen De-
partement pro
1856 betr.

Bekanntmachung des Königl. Provinzial-Steuer-Direktors.

Unter Bezugnahme auf die im vorjährigen Amtsblatt abgedruckte Finanz-Ministerial-
Bekanntmachung vom 16ten Oktober v. J., III. 24,326, die Einführung einer Brauntweins-
Steuer im Herzogthum Nassau betreffend, wird hierdurch weiter zur allgemeinen Kenntniß
gebracht, daß das dieser Bekanntmachung beigefügte Verzeichniß der Uebergangsstrecken u.
dahin zu berichtigen bleibt: daß die Straße von Bugbach nach Gleeberg und die Ueber-
gangsstelle Gleeberg ausfallen, dagegen die Straße von Bugbach nach Brandobersdorf als
Uebergangsstrecke bestimmt und zu Brandobersdorf eine Uebergangs-Steuerstelle errichtet
worden ist. Königsberg, den 26ten Februar 1856.

Der Provinzial-Steuer-Direktor v. Raassen

N 59.
Die Einführung
einer Braunt-
weinsteuer im
Herzogthum
Nassau betr.

Bekanntmachung anderer Behörden.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die Amtsblatts-Befugung vom 25ten
Januar d. J. (Amtsblatt Seite 13) wegen Eistellung der Vieh- und Pferdemärkte im dies-
seitigen Regierungsbezirk auf den Pferdemarkt in Königsberg keine Anwendung findet, der
letzte vielmehr auch in diesem Jahre, und zwar am 26ten, 27ten und 28ten Mai abge-
halten werden wird. Königsberg, den 16ten Februar 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

N 60.
Den Pferde-
markt in Königs-
berg betr.

Verzeichniß der Vorlesungen für das Sommer-Semester 1856 bei der Königl.
lichen Höheren landwirthschaftlichen Lehranstalt in Proßlau.

- 1) Landwirthschaftliche Betriebslehre Geheimen Regierungsrath Heinrich.
- 2) Spezieller
Pflanzen- und Viehsbau;
- 3) Schafzucht;
- 4) Anleitung zur Wirtschaftsführung
größerer Güter mit Hinweisung auf den hiesigen Betrieb mit Demonstrationen De-
nomirath Settegast
- 5) Landwirthschaftliche Geräthe- und Maschinenkunde;
- 6) über
Troden.

N 61.
Verzeichniß der
Vorlesungen für
das Sommer-
Semester 1856
bei der Königl.
Höheren landw.
Lehranstalt in
Proßlau.

Trockenlegung der Felder: Lehrer Wenz. 7) **Gestaltlehre der Pflanzen und Systemkunde**, mit besonderer Berücksichtigung der landwirthschaftlichen Kulturpflanzen; 8) **Krankheiten der Pflanzen**; 9) **Demonstrationen an lebenden Pflanzen und Uebungen im Bestimmen derselben mit Exkursionen**; 10) **praktische Uebungen in anatomisch-physiologischen Untersuchungen an den landwirthschaftl. Kulturpflanzen**: Professor Dr. Heinzel. 11) **Organische Chemie**; 12) **Technologie**; 13) **analytische Chemie**; 14) **praktische Uebungen in chemischen Arbeiten im Laboratorium**: Professor Dr. Kroder. 15) **Uebungen im Nivelliciren, Feldmessen und Planzeichnen**: Rentant Schneider. 16) **Baldbau und Forstschuß**: Oberförster Wagner. 17) **Landwirthschaftliche Baukunde**: Bauinspektor Gottgetreu. 18) **Gesundheitspflege der landwirthschaftlichen Hausthiere**; 19) **innere Krankheiten der Hausthiere**, mit besonderer Beziehung auf acute und ansteckende: Departements-Thierarzt Lüthens. 20) **Obstbaumzucht mit Demonstrationen**: Institutsgärtner Hannemann.

Die Vorlesungen beginnen den 7ten April d. J. Anmeldungen zur Aufnahme Studirender oder sonstige, die landwirthschaftl. Lehranstalt betreffende Anfragen, sind entweder mündlich oder schriftlich an den Unterzeichneten zu richten, der jede gewünschte Auskunft gerne ertheilen wird. Probekau, den 10ten Februar 1856.

Der Direktor der Königl. landwirthschaftlichen Lehranstalt,
Geheimer Regierungsrath Heinrich.

Personal - Chronik.

Der Dekonomie-Kommissarius Plinzer zu Rhein ist mit dem 1sten Februar d. J. in den Ruhestand versetzt und ist der frühere Spezialbezirk desselben, bestehend aus dem Kreise Sengsburg, den Kirchspielen Johannisburg, Krys und Ekersberg, Kreise Johannisburg, und den Kirchspielen Rhein, Groß-Stürlach, Ritzgewen und Bögen, Kreises Bögen, mit dem Wohnorte in Rhein, dem Dekonomie-Kommissarius v. Liebermann überwiesen worden.

Der Gutsbesitzer v. Below auf Gütten, Kreises Diez, ist als Spezialdirektor der Stolpschen Mobiliar-Brand-Versicherungs-Gesellschaft bestätigt worden.

Der Malzenbräuer Friedrich Wilhelm Buske ist als Schiedsmann für den VI. Bezirk der Stadt Lissit gewählt und bestätigt worden.

Dem forstversorgungsberechtigten Oberjäger Eduard Kirschner ist die Försterstelle zu Regliad, Oberförsterei Kullid, nach Ablauf der Probezeit definitiv verliehen worden.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 10.

Druck von Fr. Kauffmann.

GUMBINNEN
11 3 * 5-6

Beilage zum Amtsblatt

N^o. 10.

Gumbinnen, den 5ten März

1856.

Allerhöchste Kabinettsordre.

Ich genehmige das Mir mittels Ihres gemeinschaftlichen Berichts vom 26ten Juli d. J. N^o 62. vorgelegte, hier wieder beigelegte Reglement über die Gewährung von Unterstützungen für Militairfamilien während des Kriegszustandes und trage Ihnen auf, dasselbe in Stelle der durch die Kabinetts-Ordre vom 18ten Januar 1836 bestätigten Grundsätze über die Gewährung von dergleichen Unterstützungen zur Anwendung zu bringen.

Erdmannsdorf, den 13ten August 1855.

gez. Friedrich Wilhelm.

gegenges. v. Bestphalen.

Für den abwesenden Finanzminister: v. Raumer.

Graf v. Baldersee.

An die Minister des Innern, der Finanzen und des Krieges.

Reglement

über die Gewährung von Unterstützungen für Militair-Familien während des Kriegszustandes.

§. 1. Bei eintretendem Kriegszustande*) erhalten die Familien der Offiziere, Mannschaften und Feld-Administrations-Beamten, so lange sie getrennt von ihren Männern oder Vätern leben müssen, Unterstützungen nach den hierunter folgenden Bestimmungen, welche an die Stelle der (§. 329 des Reglements über die Geld-Versorgung der Armee im Kriege erwähnten) unterm 18ten Januar 1836 Allerhöchst genehmigten Grundsätze treten.

§. 2. Berechtigt zum Empfange der ausgesetzten Unterstützungen sind die Familien der bei der mobilen und immobilen Armee Dienste leistenden, in dem anliegenden Tarife näher bezeichneten Personen,**) und zwar:

Empfangsberechtigung.

- a) der Offiziere bis zum Hauptmann oder Rittmeister II. Klasse einschließlich aufwärts,
- b) der mit denselben in gleichen Einkommens-Verhältnissen stehenden Beamten und Aerzte,
- c) der Unterbeamten,
- d) der

*) Confr. §. 34 des Reglements über die Geld-Versorgung der Armee im Kriege.

**) Ohne Unterschied, ob dieselben bei dem Eintritte der Mobilmachung bereits in der Armee Dienste leisteten, oder dazu aus Genoss.-Beamten- oder Civil-Verhältnissen erst herangezogen werden.

d) der Unteroffiziere und Mannschaften einschließlich der Rekruten, Trainisolaten und Handwerker (confr. die Bestimmung unter 3 dieses Paragraphen).*)

Ausgeschlossen von der Berechtigung zum Empfange dieser Unterstützung sind dagegen die Familien:

- 1) der Offiziere, welche nicht zur Kategorie a gehören,
- 2) der Beamten, deren Gehalt mit Ausschluß der Feldzulage mehr als 720 Rthlr. jährlich beträgt,**)
- 3) der Unteroffiziere und Mannschaften einschließlich der Trainisolaten und Handwerker, welche in Folge der Mobilmachung aus dem Reserve- und Landwehr-Verhältniß eingezogen, und nach Maßgabe des Gesetzes vom 27ten Februar 1850 anderweit unterstützt werden,
- 4) der Privatbiener der Offiziere und Beamten, welche nicht als Trainisolaten gelöhnt werden.

Wenn immobile, am Garnisonorte noch im Genusse des Civilrechts sich befindende Offiziere oder Beamten in Fällen wo sie abkommandirt, oder sonst aus dienstlicher Veranlassung von ihren Familien getrennt sind, außer ihrem Gehalte, Tagegelde oder entsprechende Remunerationen beziehen, so bleibt für diese Familien der Unterstützungs-Anspruch ebenfalls ausgeschlossen.

§. 3. Von den im §. 2 unter a bis d benannten Familien sind indeß zum Empfange der Unterstützung nur berechtigt:

- 1) Frauen, welche mit ihren Männern in ungetrennter Ehe leben,
- 2) eheliche Kinder, zu deren Unterhalte der Vater, wenn auch nur theilweise, verpflichtet ist.

Unterstützungen

§. 4. Die zu gewährenden Unterstützungen bestehen:

für die Familien der Offiziere und Beamten in einer Servis-Unterstützung,
für die Familien der Unteroffiziere, Mannschaften und Unterbeamten in einer Servis-, Brennmaterialien- und Brod-Unterstützung.

Die Monatssätze, nach welchen die Servis-, Brennmaterialien- und Brod-Unterstützungen zu gewähren sind, gehen aus dem Tarif (§. 2) hervor.

Diejenigen

*) Die Familien der zu d gebachten Personen, wenn diese bei einer Mobilmachung eingezogen sind, ohne dem Reserve- und Landwehr-Verhältniß anzugehören, ohne also nach dem Gesetz vom 27ten Februar 1850 zum Empfange der den Truppen ausgesetzten Unterstützung berechtigt zu sein, erhalten die aufgezählten Unterstützungen auch in dem Falle, wo der Truppenhebel etc., zu dem sie eingezogen sind, zeitweise an demselben Orte verbleibt, in welchem die Familien wohnen.

**) Es macht hierbei keinen Unterschied, ob das Gehalt ganz aus dem Militär-Poubo, oder aus einem Civil-Poubo oder zum Theil aus letzterem bezogen wird.

Diejenigen Familien der Unteroffiziere und Mannschaften, welche bei dem Eintritte der Mobilmachung einem Garnisonverbande angehörten und sich in dem Genuße des freien Schul-Unterrichts für ihre Kinder oder der Kinderschulgelde, so wie in dem Genuße der freien Arznei-Versorgung und ärztlichen Behandlung in Krankheitsfällen befanden, verbleiben in diesem Genuße auch während des Kriegszustandes; wogegen diejenigen Familien, deren Männer oder Väter erst bei der Mobilmachung aus ihren heimatlichen Verhältnissen zum Dienste herangezogen werden, von diesen Benefizien ausgeschlossen sind. (Siehe die §§. 12 bis 14.)

§. 5. Die Höhe der Servis-Unterstützung richtet sich:

Servis-Unter-
stützung.

nach dem Garnisonorte resp. dem Wohnorte (Städte I. und II. Klasse) und nach der Charge oder Stelle des Mannes oder Vaters.

§. 6. Verläßt eine Familie den Garnisonort resp. den früheren Wohnort und wählt einen andern Aufenthaltsort im Inlande, so verbleibt ihr die Servis-Unterstützung nach dem Satze des verlassenen Garnison- oder früheren Wohnortes.

§. 7. Nach der Charge oder Stelle des Mannes oder Vaters zerfallen die Familien in sechs Kategorien, für deren jede der Tarif (§. 2) besondere Servis-Unterstützungssätze normirt.

Die Sätze der ersten vier Kategorien werden entweder der Frau oder den mütterlosen Kindern gewährt.

In der fünften und sechsten Kategorie sind sowohl für die Frau als auch für jedes Kind unter 14 Jahren besondere Sätze normirt, welche neben einander gewährt werden dürfen.

§. 8. Bei der Gewährung ist diejenige Charge oder Stelle entscheidend, welche der Mann oder Vater in der mobilen oder immobilen Armee bekleidet, dergestalt, daß sich die Servis-Unterstützung der Familie erhöht, wenn der Mann oder Vater nach seiner Charge oder Stelle in eine höhere Kategorie übergeht.

Findet sich die Charge oder Stelle eines Mannes oder Vaters, dessen Familie nach §. 2 zur Zahl der Berechtigten gehört, in dem Tarife nicht verzeichnet so ist die Familie derjenigen Kategorie zuzutheilen, zu deren Rangstufe der Mann oder Vater gehört.

§. 9. Familien, denen in Kasernen oder in anderen königlichen Gebäuden Wohnung eingeräumt wird, empfangen die normirten Servis-Unterstützungen nur zur Hälfte.

§. 10. Die Brod-Unterstützung ist nur für die Familien der Unteroffiziere und Mannschaften und der Unterbeamten bestimmt. Sie wird gewährt:

Brod-Unter-
stützung.

für die Frau entweder mit 4 Stück sechspfundigen Kommissbroden oder mit 18 Pfunden Mehl monatlich oder mit dem Betrage der zur Zeit des Empfanges bestimmungsmäßig zulässigen Geldvergütung,

für jedes Kind unter 14 Jahren mit der Hälfte der für die Frau normirten Sätze.

Durch das Verlassen des Garnisonortes resp. früheren Wohnortes geht das Anrecht auf die Brod-Unterstützung nicht verloren.

Brennmaterialien-Unterstützung.

§. 11. Auch die Brennmaterialien-Unterstützung ist eine nur den Familien der Unteroffiziere und Mannschaften und der Unterbeamten zustehende Kompetenz, welche entweder der Frau oder den mütterlosen Kindern zu gewähren ist, gleichviel, ob sich diese am Garnison-Orte aufhalten oder denselben verlassen haben.

Die Unterstützung besteht zunächst in der von der befugten Behörde zu ertheilenden Erlaubniß, in den benachbarten königlichen Forsten an bestimmten Tagen in der Woche Kaff- und Leseholz einzusammeln.

An Orten, wo die Erlaubniß nicht ertheilt werden kann, erhält jede Familie in den 5 Wintermonaten, vom 1sten November bis Ende März entweder eine halbe Klafter hartes Knüppelholz oder das ortsübliche Surrogat, wobei anzunehmen ist, daß das harte Knüppelholz dem Kiehn- und Klobenholze an Heizkraft gleichstehe.

Kann die Natural-Verabreichung nicht stattfinden, so tritt an deren Stelle die Geld-Bergütung nach dem von der Ortsbehörde zu bescheinigenden lokalen Werthe.

Anfuhrkosten werden für das in natura verabreichte Brennmaterial nicht vergütet.

Kinderspiege- u. Kinderschulgelde u. freier Schul-Unterricht.

§. 12. Für die Gewährung der Kinderspiege- und Kinderschulgelde, so wie für den freien Schulunterricht bleiben die Friedens-Bestimmungen auch während des Kriegszustandes in der Art maßgebend, daß in der Berechtigung der Familie durch den Ausmarsch des Vaters keine Veränderung eintritt.

Arznei- u. Verpflegung.

§. 13. Die zur Arzneiverpflegung der Soldatenfamilien im Frieden ausgelegten Fonds bleiben für die darauf angewiesenen Familien nach den darüber gegebenen Friedens-Bestimmungen auch nach dem Ausmarsche des Vaters zahlbar.

Eine Ueberschreitung der ausgelegten Mittel darf nicht stattfinden.

Verpflichtete Behandlung.

§. 14. Die nach §. 13 zur Theilnahme an der Arzneiverpflegung berechtigten Soldatenfamilien werden, wenn sich Militär-Ärzte an ihrem Wohnorte befinden, in Erkrankungs-Fällen von diesen kostenfrei behandelt.

An Orten, in welchen sich keine Militär-Ärzte befinden, treten die Soldatenfamilien in Ansehung ihrer ärztlichen Behandlung in die Kategorie der übrigen bürgerlichen Einwohner.

Beginn der Unterstützungen

§. 15. Der Anspruch auf die Gewährung beginnt:

A. Bei der Servis-Unterstützung,

- 1) für die Familien der selbsteingemieteten Männer oder Väter mit dem Zeitpunkte, an welchem die Zahlung des Servises oder der Miethentschädigung in Folge des Ausmarsches aus der Garnison aufhört;

2) für

- 2) für die Familien der kasernierten oder einquartierten Männer oder Väter mit dem Tage des Ausmarsches;
- 3) für die Familien der Offiziere und Beamten, welche zur Zeit der Mobilmachung nicht ferienberechtigt waren, so wie der Rekruten und Trainisoldaten, mit dem Tage, an welchem die Männer oder Väter in Folge ihrer Einberufung zum Militair-Dienste, ihre Familie verlassen.

B. Bei der Brod-Unterstützung,
mit dem Tage des Ausmarsches des Mannes oder Vaters, resp. mit dem Tage, an welchem derselbe seine Familie verlassen muß.

C. Bei der Brennmaterialien-Unterstützung,
ebenfalls mit dem Tage des Ausmarsches des Mannes oder Vaters, resp. mit dem Tage, an welchem derselbe seine Familie verlassen muß, sofern dieser Tag in die §. 11 gedachte stammonatliche Periode fällt, sonst erst mit dem Beginn dieser Periode.

D. Bei dem Eintritt eines Avancements
erfolgt die Zahlung der höhern Unterstützung vom 1ten desjenigen Monats ab, welcher auf den Monat folgt, in welchem die Beförderung offiziell bekannt gemacht ist.

§. 16. Die Gewährung derjenigen Familien-Unterstützungen, welche nur für die Dauer des Kriegszustandes bestimmt sind, hört im Allgemeinen mit der Rückkehr der Truppentheile in die Friedensgarnison auf. Aufhören der Unterstützungen

Die Gewährung hört schon vor dem Ablauf des Kriegszustandes auf, wenn:

A. Der Mann oder Vater

- 1) als Offizier in das Gehalt eines Hauptmanns oder Rittmeisters erster Klasse rückt, als Beamter in eine Kategorie von gleichen Einkommensverhältnissen übergeht,
- 2) in Folge der Selbstentlebung, der Todesstrafe, der Desertion oder des sonstigen Ausscheidens aus dem Dienst im Rapport bestimmungsmäßig in Abgang gebracht wird,
- 3) vier Wochen lang vermißt ist,
- 4) als Offizier oder Beamter in Gefangenschaft ein Inaktivitätsgehalt bewilligt erhält. (confr. §§. 352 bis 356 des Reglements über die Selbsterpfehlung der Armee im Kriege.)

In allen vorstehend unter 1 bis 4 genannten Fällen werden die Unterstützungen so lange fortgewährt, bis die Nachricht von den die Einstellung veranlassenden Umständen bei der Provinzial-Intendantur eingeht.

Nur beim Abgang durch Tod im Felde in Folge Verwundung oder Krankheit, können die Familien-Unterstützungen noch sechs Monate lang nach dem Eingange der Todesnachricht bei

bei der Provinzial-Intendantur fortgewährt werden, sofern der Kriegszustand nicht früher abläuft, und demnach die Verabreichung der Familien-Unterstützungen allgemein wegfällt.

B. Die berechtigten Familienglieder:

- 1) den Mann oder Vater als Markenderinnen ꝛ. begleiten, oder ihm nach dem Stand-Orte seines Truppentheils ꝛ. folgen und hiermit ihren Wohnort verändern;
- 2) in's Ausland ziehen;
- 3) versterben;
- 4) als Kinder unter 14 Jahren, welche für ihre Person eine Servis- und Brod-Unterstützung empfangen, das vierzehnte Lebensjahr zurückgelegt haben.

Ueber den Ablauf des Kriegszustandes hinaus können die Familien-Unterstützungen fortgewährt werden, wenn der Mann oder Vater

- a) bei der Rückkehr der Truppentheile ꝛ. einen neuen Garnisonort angewiesen erhält, in diesem Falle bis zu demjenigen Zeitpunkte, an welchem es der Familie gestattet wird, sich nach dem neuen Garnisonorte zu begeben und ihr die bestimmungsgemässigen Umzugskosten bewilligt werden;
- b) bei der Rückkehr seines Truppentheils ꝛ. in die Friedensgarnison abkommandirt und dadurch an der Vereinigung mit seiner Familie verhindert wird; in diesem Falle bis zu drei Monaten über den Monat der Rückkehr des Truppentheils ꝛ. hinaus;
- c) durch Verwundung oder Krankheit verhindert ist, mit seinem Truppentheile ꝛ. in die Friedensgarnison zurückzukehren; in diesem Falle bis zur Rückkehr nach erfolgter Genesung.

Festsetzung der zu gewährenden Familien-Unterstützungen.

§. 17. Die Festsetzung der Familien-Unterstützungen erfolgt durch die Provinzial-Intendanturen. Behörden, Truppentheile und Administrationen haben daher vor ihrem Ausmarsche namentliche Verzeichnisse der zum Empfange von Unterstützungen berechtigten Familien nach dem anliegenden Schema aufzustellen und gehörig bescheinigt der Provinzial-Intendantur des Korps zu übersenden, welche befugt ist, sich zur Prüfung der gemachten Angaben die Trau- und Taufschaine vorlegen zu lassen.

Kann die Aufstellung der Verzeichnisse durch die ausmarschirenden Behörden, Truppen und Administrationen nicht erfolgen, so ist dieselbe von der Kommandantur und, wenn eine Kommandantur nicht am Orte ist, vom Magistrate des Garnisonortes zu bewirken.

Anweisung der Geldgewährungen.

- §. 18. Nach erfolgter Festsetzung hat die Provinzial-Intendantur
- a) die Servis- und die in Gelde zu gewährenden Brennmaterialien-Unterstützungen auf die Garnison-Verwaltung,

b) die

b) die im Gelde zu gewährenden Brod-Unterstützungen auf die Magazin-Verwaltung, des Garnisonortes zur fortlaufenden Zahlung in Monatsbeträgen anzuweisen.

Befindet sich am Orte keine Garnison- und keine Magazin-Verwaltung, so werden die Zahlungen von der Dis- Kommunal-Kasse geleistet, wonach die Provinzial-Intendanturen ihre Anweisungen einrichten.

Die Servis-Unterstützungen werden monatlich postnumerando gezahlt.

§. 19. Die Natural-Verabreichung der Brod-Unterstützungen erfolgt aus königlichen Magazinen auf Anweisung der Provinzial-Intendanturen. Wegen der Natural-Verabreichung der Brennmaterialien-Unterstützung haben sich die Provinzial-Intendanturen mit den Regierungen zu benehmen und diesen Auszüge aus den Verzeichnissen über die zum Empfange berechtigten Familien mitzutheilen, wenn die Natural-Verabreichung durch Einsammeln von Raff- und Leseholz oder durch Verabreichung aus benachbarten königlichen Forsten oder aus königlichen Holzhöfen erfolgen kann. Die Regierungen erlassen alsdann auf Grund der Auszüge die nöthigen Anweisungen.

Anweisung der
Naturalgemeh-
rungen.

§. 20. Die Familien haben über die empfangenen Unterstützungen Quittungen nach dem anliegenden Schema auszustellen.

Quittungen.

3.

§. 21. Königliche und Kommunalkassen, welche Familien-Unterstützungen gezahlt haben, stellen darüber allmonatlich eine Liquidation nach dem anliegenden Schema auf und reichen solche mit den Quittungen der Empfänger belegt der Provinzial-Intendantur des Korps ein. Damit letztere im Stande ist, die in den Liquidationen ausgebrachten Geldvergütungen für das nicht in natura gewährte Feuerungs-Material nach den Lokalpreisen festzustellen, haben die Regierungen der Provinzial-Intendantur von den bestehenden Holzaren und den Veränderungen derselben die erforderlichen Mittheilungen zu machen.

Liquidation.

Für das in natura verabreichte Brennmaterial sind Seitens der Forstämter oder Holz-Hof-Verwaltungen die nach den bestehenden Aaren aufgestellten Kosten-Liquidationen bei der betreffenden Regierung einzureichen, welche sie nach erfolgter Feststellung der Provinzial-Intendantur zur Erstattungs-Anweisung übersenden.

Für das eingesammelte Raff- und Leseholz wird der Forst-Verwaltung keine Vergütung gewährt.

Das in natura verabreichte Brod haben die Magazin-Verwaltungen in ihren Jahres-Rechnungen als „extraordinaire Unterstützungen für zurückgebliebene Familien“ unter einem besonderen Abschnitt in Aufgabe zu stellen.

§. 22. Die Provinzial-Intendanturen haben die ihnen zugehenden Liquidationen zu revidiren und festzustellen und die festgestellten Beträge auf die Korps-Zahlungsstellen zur Erstattung und zur Herausgabung:

Erstattung.

die Servis- und Brennmaterialien-Unterstützungen
beim Servisfonds;

die Brod-Unterstützungen
beim Natural-Berpflegungsfonds des Kriegs-Jahres-Etats der immobilen Armee angewiesen.

Verfahren in
Ansehung der
Kinderpfle- u.
Kinderschulgel-
der und der
Arzneigelder.

§. 23. Die Anweisung der Kinderpflege- und Kinderschulgelder und der Arzneigelder erfolgt ebenfalls durch die Provinzial-Intendanturen, und zwar auf dieselben Fonds des Kriegs-Jahres-Etats der immobilen Armee, auf welche diese Gelder im Frieden auf den Friedens-Etat angewiesen werden.

Benachrichti-
gungen über
eintretende Ver-
änderungen.

§. 24. Alle Kommando-Behörden, Truppen und Administrationen, für deren Familien Unterstützungen gewährt werden, sind verpflichtet, der Provinzial-Intendantur ihres Korps von den eintretenden Veränderungen in den Personen der Männer und Väter, welche nach §. 16 die Einstellung der Familien-Unterstützungen oder nach §. 8 eine Erhöhung derselben bedingen, sofort Nachricht zu geben.

Die Provinzial-Intendanturen haben dahin zu sehen, daß Ueberhebungen verhütet werden und sich bei Ausübung der nothwendigen Kontrolle mit den Feld-Intendanturen in Verbindung zu setzen.

Berlin, den 26ten Juli 1855.

Der Minister des Innern:
gez. v. Westphalen.

Der Finanz-Minister:
gez. v. Bodelschwingh.

Der Kriegs-Minister:
gez. Graf v. Waldersee.

Tarif

der

Monatssätze an Servis-, Brod- und Brennmaterialien-
Unterstützungen

für

Militair-Familien während des Kriegszustandes.



N.
der
Kate-
gorien.

Bezeichnung der Familien
nach der
Charge oder Stelle des Mannes oder Vaters.

- | | | |
|---|--|---|
| 1 | Die Frau oder die mütterlosen Kinder:
eines Hauptmanns oder Rittmeisters mit dem Gehalte 2 oder 3. Klasse:
" Militair-Intendantur-Affessors
" Divisions-Auditeurs
" Ober-Lazareth-Inspetors bei einem Haupt-Feld-Lazareth | } |
| 2 | Die Frau oder die mütterlosen Kinder:
eines Divisions-Predigers | |
| 3 | Die Frau oder die mütterlosen Kinder:
eines Premier- oder Sekonde-Lieutenants
" Intendantur-Referendars als Abtheilungs-Vorsiebers
" Intendantur-Sekretairs
" Intendantur-Expedienten und Kalkulators
" Intendantur-Assistenten
" Intendantur-Registrators
" Zahlmeisters
" Oberjägers des reitenden Feldjäger-Corps
" Stabs- oder Bataillons-Arzt
" Ober- oder Assistent-Arzt
" Kassirers
" Buchhalters
" Kassen-Schreibers
" Feld-Magazin-Verwandler
" " " Kontroleurs
" " " Assistenten
" " " Badmeisters
" Stabs-Apothekers
" Ober- "
" Unter- " | } |

bei der Corps-Kriegskasse

bei den Feld-Lazarethen

Monatssätze.

A. Der Servisunterstützung

in einer
Stadt
1. Klasse.

Alte Sp. pf. Alte Sp. pf.

in einer
Stadt 2. oder
3. Klasse und
auf d. Lande.

B.
der Brod-Unter-
stützung.C. Der Brenn-
Materialien-Unter-
stützung, während
der 5 Wintermonate
vom 1. November
bis Ende März.

4 — — 3 — —

3 15 — 2 18 9

2 15 — 1 26 3

(2)

Noch 3 Die

Nr.
der
Kategorien.

Bezeichnung der Familien
nach der
Charge oder Stelle des Mannes oder Vaters.

Noch 3	Die Frau oder die mutterlosen Kinder:	
	eines Lazareth-Inspetors	} bei den Feld-Lazarethen
	„ Rendanten	
	„ Sekretairs	
	„ Feld-Post-Sekretairs	
	„ „ „ Expedienten	
4	Die Frau oder die mutterlosen Kinder:	
	eines reitenden Feldjägers	
	„ Feldwebers	
	„ Wachtmeisters	
	„ Oberfeuerwerkers	
	„ Unteroffiziers als etatsmäßiger Schreiber bei den mobilen höheren Kommando-Behörden, beim stellvertretenden General-Kommando, bei den stellvertretenden Infanterie-Brigade-Kommandos	
	„ Unterarztes	
	„ Hofarztes	
	„ Küsters	
	„ Kassendieners bei der Corps-Kriegskasse	
	„ chirurgischen Instrumentenmachers	} bei den Feld-Lazarethen
	„ Revier-Aufseher	
	„ Briefträgers	} bei den Feld-Posten
	„ Schaffners	

Monatsfäße.

A. Der Gerdunterstützung

In einer
Stadt
1. Klasse.
In einer
Stadt 2. oder
3. Klasse und
auf d. Lande.

Stkts. Jhr. pf. Stkts. Jhr. pf.

B.
der Brod-Unter-
stützung.C. Der Brenn-
Materialien-Unter-
stützung, während
der 5 Wintermonate
vom 1. November
bis Ende März.

2 15 — 1 26 3

1 15 — 1 3 9

zu 4, 5, 6.

a. Die Frau jeder die-
ser Kategorien 4 Stüd-
ter Kommissbrode à 6 Pfund
oder 18 Pfd. Mehl oder
den Betrag der zur Zeit
des Empfanges bestim-
mungsmäßig zulässigen
Vergütung in baarem
Gelde.

b. Ein jedes Kind der
selben Kategorie bis zum
zurückgelegten 14. Lebens-
jahre 2 Stüd Kommiss-
brode à 6 Pfund oder
9 Pfund Mehl oder den
Betrag der zur Zeit des
Empfanges bestimmungs-
mäßig zulässigen Vergü-
tung in baarem Gelde.

zu 4, 5, 6.

Jede Familie ins-
gesammt $\frac{1}{2}$ Klas-
ter hartes Knüppel-
holz, oder das orts-
übliche Surrogat
(conf. §. 11) ent-
weder in natura
oder den Geldbe-
trag dafür nach dem
jedesmaligen Lokal-
werthe, sofern die
Familie nicht ver-
pflichtet wird, sich
Kass- und Leichholz
einzusammeln.

Bemerkung zur Kategorie.
4 bis 6 inkl.

Diejenigen Familien
dieser Kategorien, deren
Väter aus dem Reserve-
und Landwehr-Verhält-
niß eingezogen sind, und
welche daher nach Maß-
gabe des Gesetzes vom
27sten Februar 1850
andereweit Unterstützung
zu empfangen haben, sind
zum Empfange der neben-
gedachten Unterstützung
nicht berechtigt.

a. die

№
der
Kate-
gorien

Bezeichnung der Familien
nach der
Charge oder Stelle des Mannes oder Vaters.

5

a. die Frau

eines Feuerwerkers
 „ Unteroffiziers als etatsmäßiger Schreiber bei den mobilen Lupa-
 pen, beim Kommando des Train-Bataillons, bei der Insppek-
 tion der Ersatz-Eskadrons, bei den interimistischen Festungs-
 Inspektionen, beim Kommando der immobilen Artillerie, beim
 Kommando der Artillerie-Kriegsbesatzung, bei den stellvertre-
 tenden Stäben der Landwehr-Bataillone, bei den Ersatz-, Be-
 satzungs- und immobilen Feld-Truppen
 Apotheken-Handarbeiters bei den Feld-Pazarethten

b. für ein jedes Kind dieser Kategorie, bis dasselbe das 14. Lebensjahr zurückgelegt hat

6

a. die Frau

eines Unteroffiziers, welcher nicht zu den Kategorien 4 und 5 gehört
 „ Sattlers
 „ Büchsenmachers
 „ Kürschmieds
 „ jeden Militairs, welcher nach dem Kriegs-Verpflegungs-Regle-
 ment zur Zahl der Mannschaften gerechnet wird
 „ Ober-Schmieds } bei den Proviant-Kolonnen
 „ Handwerkers }
 „ Ober-Bäckers }
 „ Ober-Schlächters } bei den Feld-Bäckerei-Kolonnen
 „ Ober-Maurers }
 „ Handwerkers }
 „ Pazarethgehilfen } bei den Feld-Pazarethten
 „ Krankenwärtern }
 „ Postillons bei einem Feldpost-Amte

b. ein jedes Kind dieser Kategorie, bis dasselbe das 14. Lebensjahr zurückgelegt hat

Monatsätze.

A. Der Servisunterstützung

in einer
Stadt
1. Klasse.

in einer
Stadt 2. oder
3. Klasse und
auf d. Lande.

Alte Sp. pf.

Alte Sp. pf.

B.
der Brod-Unter-
stützung.C. Der Brenn-
Materialien-Unter-
stützung, während
der 5 Wintermonate
vom 1. November
bis Ende März.

1		22	6
7	6	5	7½
15		11	3
7	6	5	7½

zu 4, 5, 6.
a. Die Frau jeder die-
ser Kategorien 4 Stück
Kommisbrode à 6 Pfund
oder 18 Pfund Mehl oder
den Betrag der zur Zeit
des Empfanges bestim-
mungsmäßig zulässigen
Vergütung in baarem
Gelde.

b. Ein jedes Kind der-
selben Kategorie bis zum
zurückgelegten 14 Lebens-
jahre 2 Stück Kommis-
brode à 6 Pfund oder
9 Pfund Mehl oder den
Betrag der zur Zeit des
Empfanges bestimmungs-
mäßig zulässigen Vergü-
tung in baarem Gelde.

zu 4, 5, 6.
Jede Familie ins-
gesammt ½ Klas-
ter hartes Knüppel-
holz oder das orts-
übliche Surrogat
(conf. §. 11) ent-
weder in natura
oder den Geldbetrag
dafür nach dem
jedemmaligen Lokal-
werthe, sofern die
Familie nicht ver-
pflichtet wird, sich
Kass- und Beschoß
einzusammeln.

Bemerkung zur Kategorie
4 bis 6 inkl.

Diejenigen Familien
dieser Kategorien, deren
Väter aus dem Reserve-
und Landwehr-Verhält-
niß eingezogen sind, und
welche daher nach Maß-
gabe des Gesetzes vom
27. Februar 1850 ander-
weit Unterstützung zu em-
pfangen haben, sind zum
Empfange der nebenge-
dachten Unterstützung nicht
berechtigt.

ad 5. Sind von einer
Familie nur 1, 2 oder
3 mütterlose, zum Em-
pfange der Unterstützung
berechtigte Kinder vor-
handen, so empfangen sie
zusammen den Servisatz
zu 5 a. und es fällt da-
gegen die Servis-Unter-
stützung nach dem Satze
5 b. weg.

ad 6. Ist von einer
Familie nur ein mütter-
loses, zum Empfange der
Unterstützung berechtigtes
Kind vorhanden, so em-
pfängt es den Servisatz
zu 6 a.

Nament-

Druck: bei Fr. Krausner in Gumbinnen.

Amtsblatt

Nr. 11.

Gumbinnen, den 12ten März

1856.

Das 6te Stück der Gesefsammlung, welches den 27ten v. M. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

Nr. 63.
Inhalt der Gesefsammlung.

- Nr. 4349 das Statut des Baulke-Iſchwirtſchener Deichverbandes, vom 21ten Januar 1856; unter
- Nr. 4350 das Privilegium wegen Emission von Prioritäts-Obligationen der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Gesellschaft zum Betrage von Einer Million Thalern, vom 4ten Februar 1856; unter
- Nr. 4351 die Bekanntmachung, betreffend die Errichtung einer Aktien-Gesellschaft unter der Firma „Neue Dampfer-Compagnie“ mit dem Domizil zu Stettin, vom 12ten Februar 1856; und unter
- Nr. 4352 die Bekanntmachung, betreffend die unterm 4ten Februar d. J. erfolgte Allerhöchste Befestigung der Statuten einer Aktien-Gesellschaft unter der Benennung „Bergbaugesellschaft Neu-Essen“ mit dem Domizil zu Essen, vom 13ten Februar 1856.

Das 7te Stück der Gesefsammlung, welches den 4ten d. M. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

- Nr. 4353 den Allerhöchsten Erlaß vom 21ten Januar 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für die von dem Kreise Schweidniß ausgebaute Straße von der Reichenbacher Kreisgrenze in der Richtung von Lauterbach bis an die Schweidniß-Reichenbacher Staats-Chaussee zur Verbindung mit Schweidniß; unter
- Nr. 4354 die Befestigungs-Urkunde, betreffend die Errichtung einer Aktiengesellschaft mit dem Domizil zu Danzig unter dem Namen: „Danziger Kweberei-Aktiengesellschaft“, vom 4ten Februar 1856; und unter
- Nr. 4355 die Bekanntmachung über die unterm 12ten Februar 1856 erfolgte Genehmigung eines Nachtrages zu dem Statut der Mülheimer Dampfschleppschiff-fahrt-Gesellschaft, vom 21ten Februar 1856.

Amtl. Nr. 11.

Bekannt:

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

N. 64.
Kirchen-Schren-
kungen betr.
A. v. J.
1874. Febr.

Die in Beshlau verstorbene Gutsbesitzerfrau Gottilse Wilhelmine Friedel hat der Kirche in Puschdorf, Kreises Insterburg, ein Legat von 200 Rthlr., und der in Wilsit verstorbene Kommerzienrath Carl August Eutterforth der reformirten Kirche daselbst ein Legat von 150 Rthlr. testamentarisch mit der Bestimmung vermacht, daß die Zinsen davon den Kirchspielsarmen zufließen sollen.

Ferner hat ein Ungenannter der altstädtischen Kirche in Gumbinnen eine große sammetne mit Gold gestickte Altardecke und zwei große silberne Altarleuchter verehrt, und mehrere Mitglieder derselben Gemeinde haben Liebesgaben zusammengelegt und dafür ein großes vergoldetes Kruzifix für den Altar derselben Kirche angeschafft.

Der Tischlermeister Florian in Pötschlehen hat für die Kirche in Walterlehen einen Taufstein im Werthe von 20 bis 25 Rthlr. verfertigt und ihr denselben verehrt.

Wir bringen diese Schenkungen in Anerkennung des frommen christlichen Sinnes, den die Geber dadurch bethätigt haben, mit dem Wunsche hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß diese lobenswerthen Beispiele Nachseiferung erwecken mögen.

Gumbinnen, den 14ten Februar 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

N. 65.
Betrifft den
Gebrauch der
Gabeln.
A. v. J.
1862. Febr.

Im Verfolge unserer Amtsblatts-Verfügung vom 14ten Februar v. J. bringen wir dem Publikum die Bestimmung des §. 1 des Gesetzes vom 28ten Mai 1804 zur Befolgung in Erinnerung, wonach ein Stück Garn zwanzig Gebinde, ein jedes Gebinde vierzig Fäden enthalten und nur die Haspel von 3½ Berliner Ellen im Umfange gebraucht werden soll.

Die Kreis- und Ortsbehörden haben auf die Befolgung dieser Bestimmung streng zu halten. Gumbinnen, den 29ten Februar 1856.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

N. 66.
Patentverthei-
lung.

Dem Kaufmann J. H. F. Prillwitz in Berlin ist unter dem 26ten Februar 1856 ein Patent:

auf eine Lochmaschine für Papier zu Jacquard-Maschinen in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates ertheilt worden.

N. 67.
Patentverthei-
lung.

Dem Schriftsteller A. Bernstein in Berlin ist unter dem 26ten Februar 1856 ein Patent: auf eine Telegraphen-Vorrichtung zur gleichzeitigen Beförderung mehrerer Depeschen auf einem Drahte nach derselben Richtung, in der durch Zeichnung und Beschreibung nach-

nachgewiesenen Zusammenfügung, ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates ertheilt worden.

Das dem Kaufmann E. F. Wappenhaus in Berlin unterm 12ten Juni 1855 ertheilte Patent:

N 68.
Patentausbe-
bung.

auf eine Ramm-Maschine,
ist erloschen.

Bekanntmachung anderer Behörden.

Für das bevorstehende Sommer-Semester findet bei der hiesigen Universität die Immatriculation der neuntretenden Studirenden in den Tagen vom 3ten bis 12ten April d. J., Nachmittags von 4 bis 5 Uhr statt.

N 69.
Den Immatriculationstermin für das bevorstehende Sommersemester bei der Universität zu Königsberg betreffen.

Diejenigen, welche die Immatriculation nachsuchen, haben zu diesem Behufe an den gedachten Tagen — in unserem Sekretariat — vorzulegen:

- 1) ein Zeugniß über die wissenschaftliche Vorbildung zur Universität oder das Abgangs-Zeugniß von einer anderen Universität;
- 2) eine obrigkeitlich beglaubigte Erlaubniß der Eltern oder Vormünder zum Besuche der hiesigen Universität.

Wer ohne Nachweis genügender Entschuldigungsgründe sich innerhalb des bezeichneten Zeitraums nicht meldet, hat sich die nachtheiligen Folgen verspäteter Meldung zur Inskription, welche unter Umständen bis zur Zurückstellung fürs nächste Semester gesteigert werden können, selbst zuzuschreiben. Königsberg, den 29sten Februar 1856.

Königlicher akademischer Senat.

Lectionsplan der Königl. staats- und landwirthschaftlichen Akademie zu Elbena, bei Gräfenwald, pro Sommersemester 1856.

N 70.
Lectionsplan der staats- und landwirthschaftlichen Akademie zu Elbena, bei Gräfenwald, pro Sommersemester 1856.

Die Vorlesungen an der hiesigen Königl. staats- und landwirthschaftlichen Akademie werden für das nächste Sommersemester am 7ten April d. J. beginnen und sich auf die nachbenannten Unterrichtsgegenstände beziehen:

- 1) Ein- und Anleitung zum akademischen Studium; 2) Staatswirthschaftslehre, Direktor Professor Dr. Baumstark. 3) Allgemeiner Ader- und Pflanzenbau; 4) landwirthschaftliche Geräthe- und Maschinenkunde; 5) praktische Uebungen im Bonitiren, Professor Dr. Segnis. 6) Besonderer Ader- und Pflanzenbau; 7) Wiesenbau; 8) praktische landwirthschaftliche Demonstrationen, akademischer Administrator Rohde. 9) Obst-

baumzucht

baumzucht und landwirthschaftliche Verschönerungskunst, Garten-Inspektor Bühlke. 10) Allgemeine Viehzuchtstheorie und Pferdezuucht; 11) Pferdekennntniß und Fußbeschlagn; 12) Lehre von den inneren Krankheiten der Hausfäugethiere, Departements-Ädierarzt Dr. Kürstenberg. 13) Forstwirthschaftliche Produktionslehre nebst Ertursionen, akademischer Forstmeister Wiese. 14) Bodenkunde; 15) organische Experimental-Chemie; 16) analitische Chemie und Uebungen im chemischen Laboratorium; 17) Physik, Professor Dr. Frommer. 18) Pflanzensystematik und Anleitung zum Bestimmen der Pflanzen; 19) Pflanzengeographie; 20) botanische Ertursionen, Dr. Jessen. 21) Feld-messen und Nivelliciren, Professor Dr. Grunert. 22) Landwirthschaftliche Baikonstruktionslehre nebst Demonstrationen; 23) Wege- und Wasserbau für Landwirthe, Baumeister Müller. 24) Landwirthschaftsrecht, Professor Dr. Bessler.

Elbena, im Februar 1856.

Der Direktor der Königl. staats- und landwirthschaftlichen Akademie,
Dr. C. Baumstark.

Personal - Chronik.

In der Stadt Marggrabowa ist der bisherige Rathmann Heinrich Kleeberg zum Beigeordneten des Bürgermeisters auf zwölf Jahre gewählt und beßätigt worden.

Dem Fräulein Clara Porßh, gegenwärtig zu Wlifen, bei Goaduthen, ist die Befugniß beilegt, im dießseitigen Verwaltungsbzirk Kindern gebilddeter Familien Privat-Unterricht zu ertheilen.

Personal-Veränderungen im Departement des Appellationsgerichts zu Insterburg
im Monat Februar 1856.

A. Beim Appellationsgericht:

Referendarius Franz Krause zum Gerichts-Assessor ernannt,

Referendarius Sperl an das Appellationsgericht in Königsberg versetzt.

B. Bei den Kreisgerichten:

der bisherige Bote und Eretutor Dbau zum Gefängniß-Inspektor,

der bisherige Bote und Eretutor Pilzeder zum ersten Gerichtsdiener und Botenmeister, der invalide Unteroffizier Stulgies, der invalide Gefreite Lemplin und der pensionirte Gendarm Paschke zu Boten und Eretutoren, sammtlich beim Kreisgericht in Elßit ernannt.

Hierzu die Beilage zum Amtsblatt Nr. 10 und der Öffentliche Anzeiger Nr. 11.

Druck von H. Krausened.

Amtsblatt

N. 12.

Gumbinnen, den 19ten März

1856.

N. 71.

Die Verlosung
von Schul-
verschreibungen
der Staats-An-
leihen aus den
Jahren 1848,
1850, 1852, 1854
und 1856 A.
betreffend.

Bekanntmachung der höheren Behörde.

In der am heutigen Tage öffentlich stattgehabten Verlosung sind von den Schuldverschreibungen der Staats-Anleihen aus den Jahren 1848, 1850, 1852, 1854 und 1856 A. die in der Anlage verzeichneten Nummern gezogen worden, welche den Besitzern mit der Aufforderung gekündigt werden, den darin verschriebenen Kapitalbetrag vom 1sten Oktober d. J. ab in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr entweder bei der Staatsschulden-Eilungskasse hieselbst, Dranienstraße N. 94, oder bei der nächsten Regierungshaupt-Kasse gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen mit den dazu gehörigen, nach dem 1sten Oktober d. J. fälligen Zins-Coupons baar in Empfang zu nehmen.

Der Geldbetrag der etwa fehlenden, unentgeltlich abgeliefernden Zins-Coupons wird von dem zu zahlenden Kapital zurückbehalten.

Da die gezogenen Schuldverschreibungen nicht sämmtlich an Einem Tage geprüft und ausgezahlt werden können, so können dieselben schon vom 1sten September d. J. ab zur Prüfung bei den gedachten Kassen vorgelegt werden; auch werden dort Formulare zu den Quittungen unentgeltlich verabfolgt.

Auf der Anlage sind zugleich die Nummern der aus früheren Verlosungen noch rückständigen und nicht mehr verzinslichen Schuldverschreibungen der Anleihen aus den Jahren 1850 und 1852 mitabgedruckt und werden die Inhaber an die Einreichung derselben und Erhebung der Kapitalien zur Vermeidung weiteren Zins-Verlustes erinnert.

Die Nummern der aus den früheren Verlosungen der freiwilligen Anleihe vom Jahre 1848 noch rückständigen Schuldverschreibungen können wegen ihrer überaus großen Anzahl nicht von Neuem abgedruckt werden, und wird deshalb auf die zu seiner Zeit veröffentlichten Verlosungsslisten verwiesen. Berlin, den 6ten März 1856.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Natan.

Rolcke.

Gamet.

Nobiling.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

In folgenden Auseinandersetzungen:

1. des Spezialbezirks Gumbinnen:

a) Kreises Gumbinnen: Vörschlehen, Separation des Forstwaldbefindungslandes

Amstbl. Nr. 12.

N. 72.
Hauptverwalter
Gumbinnen betz.
L. v. S.
1856. J. 12.

der

- der Eigenthümer; Rohrfeld, Holzabfindung des Gutes und der Bauern; Schorflienen, Separation des Antheils;
- b) Kreises Darkehmen: Darkehmen, Separation städtischer Ländereien;
- c) Kreises Dieke: Gonsken, Separation der Waldabfindung der Pöggeller Wirtse; Diewken, Duncen (Societät Martin, Nyko und Genossen), Kleschen (Feldabschnitt Mogul), Gemeinheitsheilung;
- d) Kreises Goldapp: Goldapp, Separation der Pläner Ländereien;
- e) Kreises Inkerburg: Stagen, Gemeinheitsheilung;
- f) Kreises Piltkallen: Erbschichten, Forstbruchseparation;

II. des Spezialbezirks Rhein:

Kreises Sensburg: Pongendorf, Egiersbown, Gemeinheitsheilung.

III. des Spezialbezirks Syd.

- a) Kreises Syd: Sinken, Dugossen, Jesiorowken, Thurpwen, Rosinsko, Sordachen, Gemeinheitsheilung;
- b) Kreises Johannsburg: Groß-Pogorzellen, Schwidern, Gemeinheitsheilung. Kolowen, Theilung der Grundstücke des Samuel Skot und der Maria Braun, geb. Danielgid, früher verwitwete Isowig;

IV. des Spezialbezirks Elbitz

- a) Kreises Heydenrug: Peter-Blausden, Realassenablösung.
- b) Kreises Elbitz: Trakeningen, Domainenzins-Ablösung.

hat der Legitimationspunkt nicht vollständig berichtigt werden können, was in Gemäßheit der Bestimmungen §. 12 des Ausführungsgesetzes vom 7ten Juni 1821, §§. 25 und 26 der Verordnung vom 30sten Juni 1834 und §. 109 des Gesetzes vom 2ten März 1850 allen etwa nicht zugezogenen unbekannten Interessenten mit der Aufforderung bekannt gemacht wird, innerhalb sechs Wochen und spätestens im Termine am 9ten April 1856 entweder bei der unterzeichneten Regierung oder bei den betreffenden Spezialkommissionen ihr Interesse zur Sache anzuzeigen und dann der Vorlegung des Auseinandersetzungs-Recesses, sowie der übrigen hierauf Bezug habenden Verhandlungen und Berechnungen gewärtig zu sein, widrigenfalls sie nach dem Ablaufe des Termins die Auseinandersetzung gegen sich gelten lassen müssen und mit keinen Einwendungen dagegen weiter gehört werden können. Gumbinnen, den 14ten Februar 1856. Königl. Regierung. Abtheilung des Innern.

Es werden im Verfolg unserer unterm 7ten Januar d. J. erneuerten Bekanntmachung der in dem Rescripte des Königl. Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 20sten Januar 1853, Nr. II. 5947 — enthaltenen Vorschriften über die

Ausstellung

N. 73.

Die Vorlegung
des Rescriptes
des Königl. Ministeriums
der geistlichen,
Unterrichts- und
Medizinal-Angelegenheiten
vom 20sten Januar 1853,
Nr. II. 5947.

Ausstellung ärztlicher Atteste in gerichtlichen Angelegenheiten, noch folgende, zur Bervollständigung derselben durch das Reskript desselben Ministeriums vom 11ten d. M. im Einver-
ständniß mit dem Königl. Justiz-Ministerium erlassenen weiteren Bestimmungen, daß:

- 1) die gedachten Atteste in Zukunft jedesmal außer dem vollständigen Datum der Aus-
stellung, auch den Ort und den Tag der stattgefundenen ärztlichen Untersuchungen ent-
halten müssen, und
- 2) daß die Circular-Verfügung vom 20sten Januar 1853 auch auf diejenigen Atteste der
Medizinal-Beamten Anwendung findet, welche von ihnen in ihrer Eigenschaft als
praktische Aerzte zum Gebrauch von Gerichts-Behörden ausgestellt werden, —
hierdurch, insbesondere den Medizinal-Personen zur genauen Beachtung und Befolgung zur
Kenntniß gebracht. **Gumbinnen, den 28ten Februar 1856.**

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Der Kautlei-Rath und Geh. vberordnende Sekretair im Ministerium des Innern Hübner
beabsichtigt im Verlage des Buchhändlers L. Gerschel zu Piesnitz eine zweite Ausgabe seiner
im Jahre 1846 erschienenen Schrift:

die Preussische Gesetzgebung in Betreff des Groß- und Kleinhandels mit geistigen Ge-
tränken, des Gast- und Schankwirtschaftsbetriebes und der Zulassung von Erisenwirth-
schaften u., nebst einem Anhange, enthaltend die Verordnungen wegen gewissen Lust-
barkeiten, welche von Gast- und Schankwirthen veranlaßt zu werden pflegen, und
die dergleichen Gewerbetreibende insbesondere angehenden Strafbestimmungen,

herauszugeben. Diese zweite Ausgabe ist mit großer Sorgfalt bearbeitet und der Verfasser
hat die seit dem Erscheinen der ersten Ausgabe in verschiedenen einschlagenden Materien
wesentlich veränderte Gesetzgebung bei dieser neuen Ausgabe genügend berücksichtigt, auch bis-
her noch nicht veröffentlichte Ministerial-Entscheidungen in dieselbe aufgenommen.

Wir machen auf diese Schrift aufmerksam **Gumbinnen, den 3ten März 1856.**

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Mit Rücksicht auf die sich vermehrende Anzahl der einzeln umherziehenden Russen, Dreh-
orgelspieler, Schiirführer und Marionettenspieler und die dadurch herbeigeführte Verächtigung
des Publikums beabsichtigen wir, die Gewerbebescheine derartiger Gewerbetreibenden auf das
bessertige Departement in der Regel nicht auszudehnen.

Im Interesse der Beteiligten bringen wir dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß und
geben zugleich den kaiserlichen Gewerbesteuer-Veranlagungs-Behörden auf, auswärtige der-
artige Hausirer, welche sich melden, um die Ausdehnung ihrer Gewerbebescheine zu erweitern,
auf obigen Grundsatz hinzuweisen. **Gumbinnen, den 12ten März 1856.**

Königl. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der direkten Steuern, Dom. und Forsten.
Bekannt

N. 74.

Schrift über
den Groß- und
Klein-Handel
mit geistigen
Getränken
sowie den Gast-
und Schank-
wirtschafts-
Betrieb.
L. d. R.
1867. Drg.

N. 75.

Die Ausbe-
nung von Ge-
werbescheinen
für umherzie-
hende Arbeiter u.
s. w.
4216. Hdr.

B e k a n n t m a c h u n g .

N. 76.

Die Bezahlung
des Bestell-
geldes für ge-
richtliche Verfü-
gungen, resp.
Ausfertigungen
betrifft.

Der §. 57 des Regulativs über das Post-Lex-Besen vom 18ten December 1824 (Gesetz-Sammlung Seite 225) bestimmt, daß das Bestellgeld „an den Briefträger zu entrichten ist,“ und auch für portofreie Korrespondenz bezahlt werden muß. Das Bestellgeld für die von den Königlichen Gerichtsbehörden ausgehenden Verfügungen und Ausfertigungen muß daher, wenn die Bestellung derselben durch einen Briefträger bewirkt worden ist, gleichviel, ob diesen gerichtlichen Verfügungen und Ausfertigungen Behändigungsscheine (Insinuations-Dokumente) beigelegt, und gleichviel, ob sie als portofreie Justiz-Sache bezeichnet sind, oder nicht, ebenfalls an den Briefträger entrichtet und mithin von den Adressaten eingezogen werden, denen es überlassen bleibt, Ersatzensprüche, die sie deshalb an den Absender oder an einen sonst theilhaftigen Dritten zu haben glauben, diesen gegenüber geltend zu machen.

In letzterer Beziehung enthält die an die Königlichen Gerichtsbehörden ergangene allgemeine Verfügung des Herrn Justiz-Ministers vom 12ten März 1855, die postamtlichen Insinuationen der gerichtlichen Verfügungen betreffend (Justiz-Ministerialblatt Seite 150), hiermit übereinstimmend, unter Nummer 4 die nachstehende Bestimmung:

„den Zeugen und Sachverständigen ist das bei der postamtlichen Insinuation der an sie erlassenen Vorladungen verausgabte Bestellgeld, auf ihr Verlangen, gleichzeitig mit der Vergütung der Reise- und Bekehrkosten für Rechnung der kostenpflichtigen Partei zu erstatten.“

Wird daher dem Briefträger, resp. Landbriefträger, nach erfolgter Bestellung einer zur Post gegebenen gerichtlichen Verfügung oder Ausfertigung, die Bezahlung des Bestellgeldes dafür verweigert, so liegt der betreffenden Post-Anstalt ob, die exekutive Beitreibung des unbezahlt gebliebenen Bestellgeldes von dem Adressaten zu veranlassen.

Da eine solche exekutive Beitreibung jedesmal zur gesetzlichen Folge hat, daß von dem Adressaten, außer dem Bestellgelde, auch noch die Exekutionsgebühren eingezogen werden müssen, welche nach dem Tarife vom 30sten Juli 1853 (Gesetz-Sammlung Seite 923) zum Ansatz kommen, und, falls nicht auf die Mahnung des Exekutors sofort Zahlung erfolgt, den Betrag des Bestellgeldes bei Weitem übersteigen, so wird das Publikum hierauf, zur Vermeidung von Weiterungen und Nachtheilen, aufmerksam gemacht.

Berlin, den 19ten Februar 1856.

General-Postamt

Extra-Beilage zum Amtsblatt

Nr. 12.

Gumbinnen, den 19ten März

1856.

Verordnung der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Ueber die Anlagen von Feuerungen und zugehörigen Schornsteinen wird unter Aufhebung aller deshalb von uns bisher erlassenen Bestimmungen auf Grund der §§. 5 und 12 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11ten März 1850 für den ganzen Umfang unseres Verwaltungs-Bezirks Folgendes verordnet:

Nr. 77.
Polizei-Verordnung über die Feuerungs-Anlagen.
Z. b. 3.
1414. Januar.

§. 1.

Alle Mauern, an denen eine Feuerung stattfindet, müssen nicht verblendet, sondern mindestens einen Stein, d. i. 12 Zoll stark, von gebrannten Ziegeln aufgeführt werden. Bände, welche neben den Stuben-Ofen, in der Verlängerung von Fachwerks- oder Holzwänden stehen, dürfen zwar einen halben Stein stark sein, doch nur, wenn sie nicht mehr als neun Fuß hoch sind. Bei größerer Höhe müssen sie, wie jene, mindestens einen Stein stark sein.

§. 2.

Die an verblendeten Holzwänden befindlichen oder sonst nicht brandsicher eingerichteten älteren Feuerungsflätten sind, wo nach sachverständigem Ermessen solches nicht früher nöthig wird, bei nächster Hauptreparatur des Gebäudes, oder der Feuerflätte insbesondere, fortzuschaffen, oder vorschriftsmäßig abzuändern.

§. 3.

Wenn Feuer- oder Kochherde auf Balken gesetzt werden, so sind sie zu unterwölben oder anderweit mit einer brandsicher überdeckten Luftschicht vom Fußboden zu isoliren.

§. 4.

Kleine, nicht zu gewerblichen Zwecken bestimmte Backöfen und dergleichen Kessel-Feuerungen innerhalb der Wohngebäude, dürfen nur an Brandmauern auf massiven Unter-Bauen, unter massiven oder metallenen Rauchfängen und in Räumen oder Küchen angelegt werden, deren Fußboden und Bände entweder ganz oder bis zu einer Entfernung von mindestens drei Fuß von der Feuerung aus Ziegeln bestehen. Die Fußböden können auch mit Feldsteinen gepflastert sein, oder aus Lehm-Estrich bestehen. Backöfen, welche zu gewerblichen Zwecken bestimmt sind, dürfen im Innern der Gebäude nur in Räumen, welche mit massiven Mauern umschlossen und mit Ziegel-, Schiefer- oder Metalldach versehen sind, errichtet werden.

§. 5.

Backöfen, welche auf dem Lande in Gärten und Höfen gehörig isolirt, d. h. in der durch die Amtsblatts-Berordnung vom 6ten Oktober 1847 vorgeschriebenen Entfernung von anderen Gebäuden, angelegt werden, müssen ein Ziegeldach, gemauerte Schornsteine, eine eiserne Heizthüre und Schirminnauern, oder statt der letzteren ein Vorgelege erhalten. Umfassungswände dieser freistehenden Backöfen von Holz oder Fachwerk dürfen nur drei Fuß oder weiter vom eigentlichen Backöfen-Mauerwerk entfernt errichtet werden.

Ueber die Höhe des Schornsteins und sonstige Vorkehrungen, um die Belästigung der Nachbarn durch Rauch möglichst zu verhindern bleibt für jeden speziellen Fall der kompetenten Polizeibehörde etwa nöthige sonstige Bestimmung vorbehalten.

§. 6.

Rauchfänge müssen mindestens 6 Zoll über den Rand des Herdes vortreten und mindestens drei Fuß höher liegen als dieser. Ein Gleiches ist bei Kochmaschinen zu beachten, wenn deren Rauch nicht durch ein besonderes enges Rohr bis zum Dache hinausgeführt wird.

Rauchfanghöher müssen in dem Winkel oder, wenn sie über 12 Fuß freiliegen, mit massiven Pfeilern unterstützt oder an den Deckenbalken, die jedoch nicht ausgewechselt sein dürfen, angeholt werden. Gemauerte Rauchmäntel in Schmieden dürfen nur auf Mauern oder Bogen gesetzt werden.

§. 7.

Von jedem Feuerherde muß alles Holzwerk mindestens zwei Fuß entfernt bleiben.

§. 8.

Von einem Stubenofen muß das Holzwerk der Wände wenigstens zwei Fuß, und die Decke des Ofens von der Decke des Zimmers wenigstens einen Fuß entfernt bleiben.

§. 9.

Bei geringeren als den in den §§. 7 bis 8 angegebenen zweifüßigen Entfernungen muß das Holzwerk mit Ziegeln oder Kacheln verkleidet oder gerohrt und gepuht sein.

Geringere Entfernungen als ein Fuß bleiben dennoch ganz unzulässig.

§. 10.

Die Aschenfalle der Herde derjenigen Stubenöfen, welche auf hölzernem Fußboden gesetzt werden, müssen von dem auf diesen Fußboden mit vollen Fugen zu legenden Mauersteinpflaster durch eine Luftschiebt getrennt werden, welche durch Oeffnungen mit der den Ofen umgebenden Luft in Verbindung steht. Die Decke der Luftschiebt muß aus einer mindestens dreifachen Ziegellage in vollen Fugen bestehen.

§. 11.

§. 11.

Alle verdeckte Feuerungen — also auch die der Stubenöfen — müssen mit eisernen Thüren verschlossen werden.

§. 12.

Vorsethüren müssen in Mauerfalze schlagen und an der innern Seite mit Blech bekleidet sein, wenn sie weniger als drei Fuß von der nächsten gegenüber liegenden, oder weniger als zwei Fuß von der nächsten zur Seite liegenden Einheizthüre entfernt sind. Bei einer Entfernung von weniger als $1\frac{1}{2}$ resp. 1 Fuß, müssen dergleichen Thüren ganz von Eisen sein.

§. 13.

Vorgelege und andere Heizungen dürfen nicht unter hölzernen Treppen oder in geringerer als dreifüßiger Entfernung von derselben angelegt werden.

§. 14.

Vor Heizlöchern, offenen Feuerungen, Kaminen und Koch-Defen ist ein Vorpfaster oder eine feste Metallplatte in einer Breite von mindestens $1\frac{1}{2}$ Fuß und zu beiden Seiten 1 Fuß über die Oeffnung der Feuerung vortretend, erforderlich.

Vorgelege müssen durchweg gepflastert werden.

Bei Windöfen, welche unmittelbar von dem Zimmer aus geheizt werden, genügt ein tragbarer Voratz aus Metall.

§. 15.

Metallene Rauchröhren von Defen oder anderen Feuerungs-Anlagen dürfen bei Häusern mit Strohdach, Korb- oder Schindeldach, oder wenn dergleichen Gebäude oder die Straße näher als 30 Fuß liegen, nicht seitwärts durch die Umfassungsmauern unmittelbar ins Freie ausmünden, sondern sind nach feststehenden Schornsteinen zu leiten und mit Vorrichtungen zum Reinigen zu versehen. Dabei müssen sie in der ganzen Länge ihres Laufes von allen Seiten mindestens $1\frac{1}{2}$ Fuß von jedem Holzwerk entfernt bleiben, oder doppelte Wände mit einer mindestens 2 Zoll starken Luftschicht dazwischen erhalten. Das Letztere muß auch da, wo dergleichen Röhren durch Balkendecken, Fachwerks- oder Holzwände hindurch geführt werden, geschehen, und in diesen Fällen das Holzwerk mindestens 6 Zoll von der Außenröhre entfernt bleiben, der Zwischenraum aber durch Ziegelmauerwerk in vollen Fugen ausgefüllt werden.

§. 16.

Das Ziehen freiliegender Rauchröhren in Räumen, in denen leicht entzündliche Gegenstände aufbewahrt oder verarbeitet werden, ist nur dann gestattet, wenn diese Röhren doppelte,

)(

zwei

zwei Zoll von einander entfernte Bände haben, und die Reinigung von einem anderen Raume aus geschieht.

§. 17.

Qualmröhren, in welche Rauch aus der darunter befindlichen Feuerungs-Anlage gelangen kann, müssen, gleich den Schornsteinen, aus gebrannten Ziegeln gemauert oder von Metall gefertigt werden.

§. 18.

Kein Schornstein darf auf Holz geschleift, oder mit Holz unterstützt oder damit verstrebt werden. Die Schleifung muß entweder auf massiven Wangen, oder auf eisernen Unterlagen, oder gegen andere geschleifte Röhren ein Spiegbogen, oder endlich gegen eine senkrecht stehende Röhre mit dem steigenden Bogen geschehen. Die Neigungswinkel dürfen unter 45 Grad nicht betragen und die Berechnungspunkte müssen abgerundet werden.

§. 19.

Eben so wenig ist die Aufstättelung der Schornsteine auf Stagen oder Kehlbalcken erlaubt.

§. 20.

Ueberhaupt darf sich einer Schornsteinwange kein Holz unter 3 Zoll nähern und dieser Raum muß mit doppelten Dachsteinen in Lehm ausgefüllt werden, um die Fugen der Wange damit genau zu bekleiden.

§. 21.

Die sichte Breite und die Form des Querschnitts der Schornsteine ist, je nachdem die Reinigung derselben durch Befahren oder mittels mechanischer Vorrichtungen von oben herab erfolgen soll, besonders festzusetzen. Im ersteren Falle muß der Querschnitt rechtwinklig sein, und den Seiten im Lichten mindestens ein Maaß von 15 und 18 Zoll gegeben werden: im anderen Falle ist ein rechtwinkliger oder ein runder Querschnitt von einer sichten Breite nicht unter 6 Zoll gestattet.

§. 22.

Wird das Lichtmaaß der bestiegbaren Schornsteine bis auf 24 Zoll und darüber ausgedehnt, so sind besondere Vorkehrungen zur Erleichterung des Besteigens zu treffen.

§. 23.

Bestiegbare Schornsteine, welche in der Forst oder in dessen Nähe durch das Dach treten, müssen jenen bei Ziegeldächern wenigstens um einen Fuß, bei Strohdächern wenigstens um zwei Fuß überragen, solche aber, welche die Dachfläche an anderen Stellen durchtreten,

treten, über dieser bei Ziegeldächern wenigstens eine Höhe von zwei Fuß, bei Strohdächern aber wenigstens die Höhe des Dachfirstes erhalten.

Für unbefestigte Schornsteine gelten bei Ziegeldächern dieselben Bestimmungen, bei Strohdächern aber müssen sie vier Fuß über die Firstlinie des Daches hinwegragen.

§. 24.

Die Wangen und Scheidungen der Schornsteine sind, wenn nicht bei freistehenden Röhren eine größere Stärke bedingt wird, mindestens $\frac{1}{2}$ Stein stark, falls sie aber an benachbarte Grundstücke oder an eine hölzerne Treppe grenzen, auf dieser Seite, so wie in freistehenden Stielmauern mindestens ein Stein stark anzulegen. Diese Stärke müssen auch die Wangen der Schmiede-Schornsteine erhalten, wenn sie mit dem Wohnhause unter einem Dache sich befinden und von jenem nicht durch eine Brandmauer getrennt sind.

§. 25.

Bei Anlage von Schornsteinen in geringerer Entfernung als 18 Fuß von einer Thür oder Fensteröffnung benachbarter Gebäude, muß die Höhe derselben den Sturz jener Öffnungen mindestens um 3 Fuß überragen. Bei Schornsteinen zu Rauchableitung größerer Feuerungen als von Öfen und gewöhnlichen Küchenherden, kann nach Umständen eine größere Wangenstärke und zwar bis auf zwei und einen halben Stein, ein weiterer Abstand von angrenzendem Holzwerk, auch eine größere Höhe über den Dachfirst verlangt werden.

§. 26.

Schornsteine, welche durch Gasse zur Aufbewahrung leicht entzündlicher Gegenstände führen, sind in einer Entfernung von zwei Fuß mit einem Gitter von Laten oder Draht durch die ganze Höhe des Gasses zu umgeben. In diesen Zwischenraum darf nichts niedergelegt werden.

§. 27.

Unbefestigte Schornsteine sind durchweg in gleicher Weite von scharf gebrannten Ziegeln oder Metall aufzuführen und dürfen in befestigte Schornsteine geleitet oder in denselben aufgeführt werden, in soweit dies ohne Beeinträchtigung der einen oder der andern Röhre geschehen kann.

§. 28.

Wenn enge Röhren durch den Dachraum außer Verbindung mit Mauern also freistehend, aufgeführt werden, so ist auf gehörige Stabilität Bedacht zu nehmen.

Als Regel ist anzunehmen, daß einzelne Röhren, welche mit Einschluss der Wangen nicht

nicht über $1\frac{1}{2}$ Fuß im Quadrat Grundfläche haben, höchstens 12 Fuß hoch frei aufgeführt werden dürfen.

Bei einer Höhe bis 16 Fuß müssen bis zur Mitte dieser Höhe zwei Wangen, ein Stein jebe stark, angelegt werden, so daß die Grundfläche der untern Hälfte 2 Fuß im Quadrat groß ist. Beträgt die Höhe des Schornsteins mehr als 16 Fuß, oder werden bei denen von 12 bis 16 Fuß Höhe die Wangen sämmtlich nur $\frac{1}{2}$ Stein stark angelegt, so müssen an allen vier Seiten Verstärkungs-Rippen angebracht werden. Das letztere muß auch an den langen Seiten geschehen, wenn zwei mehr als 16 Fuß hohe Röhren an einander aufgeführt werden, die einen Röhrenkasten von nur $1\frac{1}{2}$ Fuß Breite bilden.

Einzelne enge Röhren, die mehr als 6 Fuß über der Dachfläche aufgeführt werden, müssen noch eine gehörige Verankerung mit dem Sparrwerk erhalten.

§. 29.

Die Mündungen der Schornsteine müssen von nicht massiven, über die Dachfläche hinaus reichenden Wänden, mindestens 10 Fuß entfernt bleiben.

§. 30.

Jede nicht bestiegbare Röhre ist unten, wo sie anfängt, und über dem obersten Dachboden, imgleichen bei mehr als zweimal veränderter Richtung auch in der Mitte, Behufs der Reinigung mit einer Seitenöffnung von der erforderlichen Größe zu versehen und diese Öffnungen sind mit eisernen, entweder in Falze schlagenden, oder mit eisernen Rahmen versehenen Thüren genau zu verschließen.

Alle diese Thüren dürfen jedoch weder unter einer hölzernen Treppe, noch in der Nähe von anderem Holzwerk angebracht werden, sondern müssen wenigstens 3 Fuß von letzterem entfernt bleiben.

Schornsteine in Gebäuden mit nicht feuersicherer Eindeckung dürfen unter dem Dache jedoch keine Seitenöffnung erhalten, sondern es muß die Reinigung der Röhre außerhalb von der Fassade ab, bewirkt werden.

§. 31.

In einen Schornstein von 6 Zoll Weite dürfen nicht mehr als drei Rauchröhren gewöhnlicher Ofenfeuerungen, bei größerer Weite des Schornsteins kann jedoch eine diesem Verhältnisse entsprechende größere Anzahl von Rauchröhren in denselben geleitet werden.

Werden Rauchröhren aus Ofen verschiedener Stodwerke in denselben Schornstein geleitet, so muß der Ofen jedes oberen Stod mit einer luftdicht schließenden Thür versehen werden.

Ein

§. 32.

Ein Kachofen: oder Waichkessel-Feuerung ist in Beziehung auf Rauchableitung der Feuerung von drei gewöhnlichen Heizöfen gleich zu sehen.

§. 33.

Sogenannte offene Feuer, als Kamin: oder Heerdefeuerungen dürfen in ein enges (unbefestigbares) Rohr nicht geführt werden.

§. 34.

Kappen oder sonstige Schutz-Vorrichtungen auf Schornsteinen müssen so eingerichtet sein, daß die ordnungsmäßige Reinigung dadurch nicht behindert wird.

§. 35.

Rauchkammern müssen für die Folge in der Regel mit massiven Umfassungswänden, mit Lehm: Oyps: oder Ziegeldecken, so wie mit Estrich oder Ziegelpflaster angelegt werden. Wo die Wände der Räucher-kammern nicht einen massiven Unterbau erhalten können, dürfen sie zwar von Fachwerk errichtet werden, das Holzwerk muß dann aber im Innern der Kammern mit Lehm zwei Zoll stark dicht bemäntelt, oder mit Blech oder Dachsteinen fest bekleidet werden. In dergleichen Kammern darf aber nicht der aus Koch: oder Stuben-Ofen durch enge Röhren aufsteigende, sondern nur Rauch aus weiten Schornsteinen, oder aus dem in besonderen Kaminen angelegten Schmauchfeuer geleitet werden.

Auch muß die Thür von Eisen oder mit Eisenblech bekleidet sein, und bei massiven Wänden in Mauerfalze, bei hölzernen in mit Blech bekleidete Falze schlagen.

Räucherstangen dürfen durch keine Schornsteinwange reichen, sondern müssen auf ausgefrachten Steinen oder in eingemauerten Haken ruhen.

§. 37.

In Bezug auf die im §. 27 der Gewerbe-Ordnung vom 17ten Januar 1845 genannten gewerblichen Anlagen verbleibt es in jedem einzelnen Falle bei den für diese festzusetzenden besonderen Bestimmungen.

§. 38.

Wegen der über Decken der mit Stroh, Rohr oder Schindeln gedeckten Wohngebäude auf dem platten Lande aufzubringenden Lehm-Estriche bewendet es bei der Amtsblatts-Berordnung vom 8ten November 1853.

§. 39.

Nicht nur der Bauherr, sondern auch der Bauhandwerksmeister, welcher gegen die obigen

obigen Vorschriften verflößt, verfällt in eine Polizeistrafе bis zu 10 Thalern oder im Unvermögensfalle verhältnißmäßige Gefängnißstrafe, und es muß außerdem der Bau, den hier gegebenen Vorschriften gemäß, verändert werden.

Gumbinnen, den 10ten März 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Beilage zum Amtsblatt

Nr. 12.

Gumbinnen, den 19ten März

1856.

Verzeichniß der auf der Königlich-Albertus-Universität zu Königsberg in Pre.
im Sommer-Halbjahre vom 7ten April 1856 an zu haltenden Vorlesungen
und der öffentlichen akademischen Anstalten.

A. Vorlesungen.

I. Theologie.

Encyclopädie der theologischen Wissenschaften lehrt Professor Dr. Sieffert 4stündlich
privatim.

Ueber Sprache und Schrift der Hebräer trägt Professor Dr. Sommer 2stündlich
öffentlich vor.

Eine historisch-kritische Einleitung in die kanonischen Bücher des alten Testaments
gibt derselbe 6stündlich privatim unentgeltlich.

Die Weissagungen des Propheten Jesajas erklärt derselbe 6stündlich privatim

Die synoptischen Evangelien erklärt Lic. Dr. Weiß 6stündlich privatim.

Die Pastoralbriefe des Apostel Paulus erklärt derselbe 3stündlich unentgeltlich

Den Galaterbrief erklärt Lic. Dr. Simson 2stündlich unentgeltlich.

Den zweiten Theil der Kirchengeschichte lehrt Prof. Lic. Erdlam 6stündlich privatim

Die neuere Kirchengeschichte trägt derselbe 2stündlich öffentlich vor.

Schriftliche Ethik lehrt derselbe 6stündlich privatim.

Eine vergleichende Darstellung des katholischen und evangelischen Lehrbegriffs gibt
Professor Dr. Sieffert 2stündlich öffentlich.

Katechetik lehrt Professor Gosack 4stündlich privatim.

Geschichte des Kirchenliedes trägt derselbe 2stündlich öffentlich vor.

Die exegetisch-kritische alttestamentliche Abtheilung des theologischen Seminars leitet
Professor Dr. Sommer 2stündlich öffentlich.

Die exegetisch-kritische neutestamentliche Abtheilung des theologischen Seminars leitet
Lic. Dr. Weiß 2stündlich unentgeltlich.

Die historische Abtheilung des theologischen Seminars leitet Professor Lic. Erdlam
2stündlich öffentlich.

Das katechetisch-homiletische Seminar leitet Professor Gosack 2stündlich öffentlich.

Erll. u. Amtsbl. Nr. 12.

2. März

2 Jurisprudenz.

Juristische Encyclopädie und Methodologie lehrt Professor Dr. Jacobson 5ständlich privatim.

Neueste Juristische Literaturgeschichte lehrt Professor Dr. v. Buchholz 2ständlich öffentlich.

Römische Rechtsgeschichte und Rechtsalterthümer lehrt derselbe 5ständlich privatim.

Naturrecht lehrt Professor Dr. v. Kaltenborn 2ständlich öffentlich.

Institutionen des römischen Rechts (nach Mäkeldey) trägt Professor Dr. v. Buchholz 6ständlich privatim vor.

Dieselben (nach v. Scheurl) Professor Dr. Simson 6ständlich privatim.

Pandekten mit Ausschluß des Familien- und Erbrechts lehrt Professor Dr. Sanio 10ständlich privatim.

Den 2ten Theil der Pandekten (Familien und Erbrecht) lehrt Professor Dr. v. Buchholz 4ständlich privatim.

Europäisches Völkerrecht lehrt Professor Dr. v. Kaltenborn 4ständlich privatim.

Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte trägt Prof. Dr. Stobbe 6ständlich privatim vor.

Deutsches Privat- und Lehnrecht lehrt Professor Dr. Jacobson 6ständlich privatim.

Deutsches und preussisches Staatsrecht lehrt Professor Dr. v. Buchholz 4ständlich privatim.

Preussisches Privatrecht lehrt Professor Dr. v. Kaltenborn 5ständlich privatim.

Eine Interpretation des Sachsenspiegels giebt Professor Dr. Stobbe 2ständlich unentgeltlich.

Evangelisches Kirchenrecht für Studierende der Theologie trägt Professor Dr. Jacobson 2ständlich öffentlich vor.

Handels-, Wechsel- und Seerecht lehrt Professor Dr. Stobbe 4ständlich privatim.

Ueber Civilprozeß trägt Professor Dr. John 6ständlich privatim vor.

Ueber Kriminalrecht derselbe 4ständlich privatim.

Ein Repetitorium der Institutionen hält Professor Dr. Simson 2ständlich öffentlich.

Praktisch-kriminalistische Uebungen leitet Professor Dr. John 2ständlich unentgeltlich.

Die Uebungen der römisch-rechtlichen Abtheilung des juristischen Seminars setzt Professor Dr. Sanio öffentlich fort.

Die Uebungen der kanonisch-germanistischen Abtheilung des juristischen Seminars setzt Professor Dr. Jacobson öffentlich fort.

Die Uebungen der civil-prozeßualischen Abtheilung des juristischen Seminars setzt Professor Dr. Simson öffentlich fort.

3 Medizin.

3. Medizin.

Allgemeine Anatomie, verbunden mit mikroskopischen Demonstrationen, lehrt Professor Dr. Burdach 4stündlich öffentlich.

Knochen- und Bänderlehre des menschlichen Körpers trägt derselbe 3stündlich privatim vor.

Physiologie der Pflanzen trägt Professor Dr. v. Wittich 4stündlich privatim vor.

Spezielle Pathologie und Therapie, Theil 1, trägt Professor Dr. Möller 4stündlich privatim vor.

Auserwählte Abschnitte der speziellen Pathologie behandelt Professor Dr. Hirsch 4stündlich öffentlich.

Ueber krankhafte Sec- und Excrete in Bezug auf ihren diagnostischen Werth spricht Dr. Hay 4stündlich unentgeltlich.

Ueber Auskultation und Perkussion spricht derselbe 2stündlich privatim.

Allgemeine Therapie lehrt Professor Dr. Gruse 4stündlich privatim.

Ueber Heilquellen trägt derselbe 2stündlich öffentlich vor.

Chirurgische Operationslehre verbunden mit Uebungen an Zeichnamen trägt Professor Dr. Seerig 4stündlich privatim vor.

Ueber Augenpiegel nebst Beobachtungen an Menschen und Thieraugen spricht Dr. Sammann unentgeltlich.

Geburtshilfsliche Operationslehre in Verbindung mit Phantomübungen trägt Professor Dr. Hayn 6stündlich privatim vor.

Gerichtliche Medizin lehrt Professor Dr. Burow 3stündlich privatim.

Dieselbe Dr. Bald 3stündlich privatim.

Die medizinische Polizei lehrt derselbe 2stündlich unentgeltlich.

Ein Konservatorium über Anatomie und Physiologie hält Professor Dr. Burdach 1stündlich öffentlich.

Zeichenoperationen, so oft Zeichen vorhanden sein werden, leitet Dr. Sammann unentgeltlich.

Mikroskopische Demonstrationen und Uebungen im Gebrauch des Mikroskops zu histologischen Untersuchungen hält Professor Dr. v. Wittich 4stündlich öffentlich.

Ein Examinatorium der Chirurgie und Augenheilkunde hält Professor Dr. Seerig 2stündlich öffentlich.

Repetitorium der Geburtshilfe mit Phantomübungen hält Dr. Wohlgenuth unentgeltlich.

)

Medizinische

Medizinische Klinik hält Professor Dr. Hirsch 2stündlich täglich öffentlich

Medizinische Poliklinik Professor Dr. Müller ebenso

Chirurgische Klinik und Poliklinik für Chirurgie und Augenheilkunde Professor Dr. See-
vi 2stündlich täglich privatim.

Chirurgische Poliklinik hält Professor Dr. Burow 2stündlich täglich öffentlich.

Klinik und Poliklinik für Geburtshilfe und die Krankheiten der Frauenzimmer und Neu-
geborenen hält Professor Dr. Hawn täglich öffentlich.

4. Philosophie und Pädagogik.

Logik und Einteilung in die Philosophie trägt Professor Dr. Taute 4stündlich öffent-
lich vor.

Kritik der Beweise für das Dasein Gottes trägt Professor Dr. Rosenkranz 2stündlich
öffentlich vor.

Praktische Philosophie und Naturrecht (Rechtsphilosophie) lehrt Professor Dr. Taute
4stündlich privatim.

Ästhetik (System der Künste) lehrt Professor Dr. Rosenkranz 3stündlich privatim

Pädagogische Unterhaltungen leitet Dr. Caspell unentgeltlich.

5. Mathematik und Astronomie.

Integral-Rechnung lehrt Professor Dr. Luther 4stündlich privatim.

Ueber bestimmte Integrale trägt Professor Dr. Richelot 4stündlich privatim vor.

Ueber Integration der partiellen Differentialgleichungen derselbe 2stündlich öffentlich

Geschichte der Zahl π trägt Professor Dr. Resselmann 3stündlich öffentlich vor

Theorie der Planetenbahnen lehrt Professor Dr. Luther 4stündlich öffentlich.

Praktische Astronomie lehrt Dr. Wichmann unentgeltlich.

Die mathematische Abtheilung des mathematisch-physikalischen Seminars leitet Pro-
fessor Dr. Richelot öffentlich.

6. Naturwissenschaften

Mikroskopische Zoologie lehrt Professor Dr. Zaddach öffentlich.

Ueber Wirbelthiere trägt Professor Dr. Rathke 3stündlich privatim vor.

Ueber Strahlthiere derselbe 3stündlich öffentlich.

Spezielle Botanik lehrt Professor Dr. Meyer 3stündlich privatim.

Theoretische Physik lehrt Professor Dr. Neumann 4stündlich privatim.

Ueber Meteorologie und Klimatologie spricht Professor Dr. Moser privatim.

Ueber Magnetismus und Galvanismus trägt derselbe öffentlich vor.

Kun:

Auserwählte Kapitel der mathematischen Physik behandelt Professor Dr. Neumann 2stündlich öffentlich.

Organische Chemie lehrt Professor Dr. Berther 1stündlich privatim.

Zoochemie lehrt Dr. Spirgatis 2stündlich unentgeltlich.

Die Methode der Analyse organischer Körper lehrt Professor Dr. Berther 1stündlich öffentlich.

Chemisch-analytische Uebungen leitet Dr. Spirgatis privatim.

Pharmacie derselbe 4stündlich privatim.

Die botanischen Seminar-Uebungen leitet Professor Dr. Meyer 1stündlich öffentlich.

Die Uebungen der physikalischen Abtheilung des mathematisch-physikalischen Seminars leitet Professor Dr. Neumann öffentlich.

7. Staats- und Cameral-Wissenschaften.

Völkerrecht und Diplomatie trägt Professor Dr. Schubert 1stündlich privatim vor.

Finanzwissenschaft lehrt Professor Dr. Glaser 5stündlich privatim.

Ueber Kredit und Kredit-Einrichtungen spricht derselbe 2stündlich öffentlich.

Die Landwirthschaftslehre trägt derselbe 4stündlich privatim vor.

8. Geschichte, Geographie und historische Hilfswissenschaften

Geschichte der Hebräer, Phönizier, Karthager und anderer semitischer Stämme als Einleitung in die Geschichte des Alterthums trägt Dr. v. Hasenkamp 2stündlich unentgeltlich vor.

Geschichte der Griechen lehrt Professor Dr. Drumann 4stündlich öffentlich.

Geschichte der Deutschen Professor Dr. Voigt 4stündlich privatim.

Geschichte Polens setzt Dr. v. Hasenkamp 2stündlich unentgeltlich fort.

Geschichte der neuern Zeit vom 30jährigen Kriege an lehrt Professor Dr. Voigt 4stündlich öffentlich.

Geschichte des 18. Jahrhunderts bis zum Tode Friedrichs des Großen Professor Dr. Drumann 2stündlich öffentlich.

Neueste Geschichte von 1763 ab Professor Dr. Schubert 5stündlich privatim.

Ueber das Zeitalter Friedrichs des Großen spricht derselbe 1stündlich öffentlich.

Ueber die preussischen Alterthümer spricht Professor Dr. Hagen II. 2stündlich öffentlich.

Die Uebungen des historischen Seminars leitet Professor Dr. Schubert 2stündlich öffentlich.

9. Philologie und Sprachkunde.

a) Im Allgemeinen.

Allgemeine Literaturgeschichte trägt Dr. Meißner unentgeltlich vor.

b) Klassi-

b) Klassische Philologie, griechische und lateinische Sprachkunde.

Griechische Literaturgeschichte trägt Professor Dr. Lohde 4stündlich öffentlich vor.

Ueber Bühnenwesen und dramatische Schriftsteller der Alten, verbunden mit Erklärung der Poetik des Aristoteles trägt Professor Dr. Lehms 4stündlich öffentlich vor.

Ueber attisches Recht spricht Dr. Fischer 4stündlich unentgeltlich.

Die Erklärung der griechischen Grammatik lehrt Dr. Friedländer 2stündlich unentgeltlich fort.

Pindars Hymnen erklärt Dr. Fischer 2stündlich unentgeltlich.

Ausgewählte Satyren des Persius und Juvenal erklärt Professor Dr. Lehms 2stündlich öffentlich.

Eine Erklärung von Catulls Gedichten giebt Dr. Friedländer 2stündlich privatim.

Im philologischen Seminar I. Abtheilung erklärt Professor Dr. Lohde 2stündlich öffentlich Aristophanes Ritter und leitet in einer Stunde die schriftlichen Uebungen.

Die II. Abtheilung des philologischen Seminars leitet Professor Dr. Lehms 2stündlich öffentlich.

c) Morgenländische Sprachen.

Die hebräische Sprache lehrt Professor Dr. Saalschütz 2stündlich privatim.

Ausgewählte Gedichte aus dem alten Testament erklärt Professor Dr. Lischke 3stündlich privatim.

Hebräische Archäologie trägt Professor Dr. Saalschütz 2stündlich unentgeltlich vor.

Ausgewählte Abschnitte des mosaischen Rechts behandelt derselbe 1stündlich unentgeltlich.

Die arabische Sprache lehrt Professor Dr. Lischke öffentlich.

Die Sanskritsprache lehrt Professor Dr. Kesselmann 2stündlich öffentlich.

d) Abendländische Sprachen.

Elemente der mittelhochdeutschen Grammatik lehrt Dr. Zander 2stündlich unentgeltlich.

Ueber das Leben und die Gedichte des Minnesängers Lannhäuser spricht derselbe 1stündlich unentgeltlich.

Französische Sprechübungen leitet Dr. Herbst 2stündlich unentgeltlich.

Les Méditations poétiques von Lamartine erklärt Dr. Michaelis 2stündlich unentgeltlich.

Grammatik der englischen Sprache lehrt derselbe 2stündlich privatim.

Walter Scott's „the Lady of the Lake“ erklärt derselbe 2stündlich unentgeltlich.

Shakespeare's Hamlet erklärt Dr. Herbst 2stündlich unentgeltlich.

Die Ultime lettere di Jacopo Orsini erklärt derselbe 2stündlich unentgeltlich.

Spanische

Spanische Grammatik lehrt derselbe **2**stündlich unentgeltlich.

Das **polnische Seminar** leitet Dr. Gregor **2**stündlich unentgeltlich.

Das **litthauische Seminar** leitet Prediger Kurschat unentgeltlich.

10. **Schöne Wissenschaften und gymnastische Künste.**

Geschichte der neueren Bildhauerei trägt Prof. Dr. Hagen II. **2**stündlich öffentlich vor.

Eine **Beschreibung der antiken Gypsabgüsse** giebt Dr. Friedländer I stündl. unentgeltlich.

Eine **Beschreibung der Gemälde der Dresdener Gallerie** trägt Professor Dr. Hagen II. **2**stündlich öffentlich vor.

Die **praktischen Singübungen der Studierenden der Theologie und Schutwissenschaften** leitet Musik-Direktor Sámann **2**stündlich unentgeltlich.

Derselbe ertheilt **2**stündlich unentgeltlich Unterricht im **Generalbass, Kontrapunkt und Orgelspiel** für Studierende der Theologie.

Die **Reitkunst** lehrt Stallmeister Schmidt.

B. Öffentliche akademische Anstalten.

1. **Seminarien.** a) **Theologisches:** die exegetisch-kritische Abtheilung des **N. A.** leitet Professor Dr. Sommer; die des **N. A.** Dr. Weiß; die historische Abtheilung Professor Lic. Erbklam; das homiletisch-katechetische Seminar leitet Professor Gosad. b) **Litthauisches:** unter Leitung des Prediger Kurschat. c) **Polnisches:** unter Leitung des Pfarrer Dr. Gregor. d) **Juristisches:** die römisch-rechtliche Abtheilung leitet Professor Dr. Sanio; die kanonisch-germanistische Professor Dr. Jacobson; die civil-prozessualische Professor Dr. Simson. e) **Philosophisches:** unter Leitung der Professoren Dr. Lobed und Dr. Lehrb. f) **Historisches:** unter Leitung des Professor Dr. Schubert. g) **Mathematisch-physikalisches:** unter Leitung der Professoren Dr. Neumann und Dr. Richelot.

2. **Klinische Anstalten:** a) **Medizinisches Klinikum:** Direktor ist Professor Dr. Hirsch. b) **Medizinisches Poliklinikum:** Professor Dr. Möller. c) **Chirurgisches Klinikum:** Direktor Professor Dr. Seerig. d) Das **Chirurgische Poliklinikum** leitet Prof. Dr. Burow. e) Das **geburtshilfliche Klinikum und Poliklinikum:** Direktor Professor Dr. Hayn.

3. Das **anatomische Institut** leitet Professor Dr. Rathke.

4. Die **Königl. und Universitäts-Bibliothek**, unter DIRECTION des Ober-Bibliothekar Professor Dr. Dischhausen stehend, wird Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 11 bis 1 Uhr Morgens und Mittwoch und Sonnabend von 2 bis 4 Uhr Nachmittags geöffnet;
die

die Rath's- und Wallenrodt'sche Dienstag und Freitag von 2 bis 4 Uhr Nachmittags; die akademische Hand-Bibliothek Montag und Freitag von 2 bis 4 Uhr.

5. Die Sternwarte steht unter der intermittischen Direktion des Professor Dr. Luther und Dr. Wichmann.

6. Das zoologische Museum unter Aufsicht des Professor Dr. Rathke.

7. Der botanische Garten unter Aufsicht des Professor Dr. Meyer.

8. Das Mineralien-Kabinet ist dem Professor Dr. Neumann übergeben.

9. Maschinen und Instrumente, welche die Entbindungskunst betreffen, sind dem Professor Dr. Hayn übergeben.

10. Die Münzsammlung der Universität beauftragt Professor Dr. Kesselmann.

11. Die Sammlung von Gypsabgüssen nach Antiken beauftragt Prof. Dr. Hagen II.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Der seitherige Prediger zu Schmallenberg Johann Friedrich Theodor Samradt ist zum Pfarramts-Substituten an der evangelischen Kirche zu Enzuehen, in der Diözese Stallupönen, ernannt worden.

Der Polizei-Sekretair Johann Carl Herrmann Battmann ist zum Bürgermeister der Stadt Angerburg auf 12 Jahre gewählt und diese Wahl bekätigt worden.

Der Kaufmann Dekar Wille, Theilnehmer der Firma Wille & Lebius in Tilsit, ist als Agent des Danziger Strom-Versicherungs-Vereins bekätigt worden.

Der Grundbesitzer Rudolph Meyer in Löben ist als Agent der Königl. Lebens-Versicherungs-Gesellschaft „Concordia“ bekätigt worden.

Dem forstverorgungsberechtigten Jäger August Falke ist die Försterstelle zu Bärenbruch, Oberförsterei Kullisch, definitiv verliehen worden.

Dem Fräulein Johanna Mill zu Baldaukabel, Kirchspiels Tollminglehmen, Kreises Goldbapp, ist die Befugniß beigelegt, Kindern gebildeter Familien des diesseitigen Verwaltungs-Bezirks Privat-Unterricht zu erteilen.

Der Grundbesitzer Julius Wohlgenuth zu Muntowen, Kreises Sensburg, ist als Boniteur bekätigt und vereidigt worden.

Der bisherige berittene Gendarm Friedrich Rühlmann ist vom 1ten April 1856 ab als Kreisbote bei dem Königl. Landrathsamte in Stallupönen auf Kündigung angestellt.

Dem Fräulein Friederike Gostede in Tilsit ist die Befugniß beigelegt, im diesseitigen Verwaltungs-Bezirk Privat-Unterricht zu erteilen.

Druck von Fr. Knausard.

Amtsblatt

N. 13.

Gumbinnen, den 26sten März

1856.

Das 8te Stück der Gesefsammlung, welches den 18ten d. M. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

N. 78.

 Inhalt des Gr.
gesammlungs.

- Nr. 4356 das Privilegium zur Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Stadt Köln zum Betrage von 750,000 Rthlr., vom 28sten Januar 1856; unter
- Nr. 4357 den Allerhöchsten Erlaß vom 4ten Februar 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der darin bezeichneten Kreis-Schaußen im Kreise Marienwerder; unter
- Nr. 4358 den Allerhöchsten Erlaß vom 12ten Februar 1856, betreffend den Organismus der Telegraphen-Verwaltung und das Rangverhältniß der Telegraphen-Beamten; und unter
- Nr. 4359 den Nachtrag zu dem Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Meliorations-Gesellschaft der Bocker Heide bis zum Betrage von 50,000 Rthlr., vom 29sten August 1853, zur Ausgabe von 50,000 Rthlr. neuer Obligationen, vom 12ten Februar 1856.

Das 9te Stück der Gesefsammlung, welches den 19ten d. M. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

- Nr. 4360 das Statut für die Genossenschaft zur Entwässerung der Grundstücke an dem Dragich, Reppow- und Sareben-See in dem Neustettiner Kreise, Regierungsbezirk Köslin, vom 20sten Februar 1856; unter
- Nr. 4361 das Gesetz, betreffend die Ergänzung des §. 31 der Städte-Ordnung für die sechs östlichen Provinzen vom 30sten Mai 1853, vom 25sten Februar 1856; unter
- Nr. 4362 den Allerhöchsten Erlaß vom 25sten Februar 1856, betreffend die fernere Vertretung der Herrschaft Gappenberg und Scheda auf dem Westphälischen Provinzial-Landtage; und unter
- Nr. 4363 die Bekanntmachung der Ministerial-Erklärung vom 20sten Februar 1856, betreffend eine Uebereinkunft mit der Herzoglich Nassauischen Regierung wegen Ergreifung wirksamer Maßregeln zur gegenseitigen Verhütung und Bestrafung

Amtsbl. Nr. 13.

von

von Feld-, Forst-, Jagd- und Fischereisverein in den Grenz-Geieten, vom
12ten März 1856.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

N 79. Der in den Grenzen des Dorfes Paulswalde, Kirchspiels und Kreises Angerburg, belegene und zu dieser Kommune gehörige Etablissement „Abbau Paulswalde“ ist auf den Antrag des Besitzers, Gutsbesitzer Weyl, der anderweitige Name „Paulshoff“ beigelegt worden.
Gumbinnen, den 6ten März 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

N 80. Dem Maurergesellen Samuel Kowalzig in Willen, Kreis Löben, und dem Losmann Schwarz in Dirschöwen, Kreis Angerburg, sind für die Entdeckung gerichtlich bestraffter Baumfrevler, Prämien bewilligt worden. Gumbinnen, den 14ten März 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

N 81. Im laufenden Jahre werden die Vieh- und Pferde-Märkte in Rautschmen, Kreises Niederung, am 2ten Mai, 10ten Juli, 16ten September und 4ten Dezember abgehalten werden.
Gumbinnen, den 17ten März 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

N 82. Dem Kaufmann J. H. F. Prüßwitz in Berlin ist unter dem 28ten Februar 1856 ein Einführungs-Patent:

auf mechanische Webestühle zur Herstellung von sammetartigen Geweben in ihrer durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, soweit dieselbe als neu und eigenthümlich erkannt worden und ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

N 83. Dem Seidenwirkermeister A. Helm und dem Maschinenbauer F. Helm in Berlin ist unter dem 2ten März 1856 ein Patent:

auf ein durch Modell und Beschreibung nachgewiesenes und als neu erkanntes Hülfsmittel zur Bewegung des Prismas der Jacquard-Maschinen,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates ertheilt worden.

N 84. Dem Ingenieur Lambert Herlitzska in Düren ist unter dem 2ten März 1856 ein Patent:

auf eine kombinierte elektromagnetische Musterkarten-Schlage- und Kopirmaschine in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile derselben zu beschränken,

auf

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates ertheilt worden.

Dem Kaufmann J. H. F. Prillwitz in Berlin ist unter dem 14ten März 1856 ein Ein-
führungs-Patent:

N. 85.
Patentertei-
lung.

auf einen mechanischen Webstuhl zur Herstellung von Teppichen in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates ertheilt worden.

Den Schmiedemeistern Gebrüdern Friedrich und Reinhard Bender zu Wiesbaden ist unter dem 17ten März 1856 ein Patent:

N. 86.
Patentertei-
lung.

auf einen durch Modell in seiner ganzen Zusammensetzung als neu nachgewiesenen Bendeapflug, ohne Jemand in Benutzung bekannter Theile zu hindern,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates ertheilt worden.

Dem Sattlermeister A. Jacob in Berlin ist unter dem 19ten März 1856 ein Patent:

N. 87.
Patentertei-
lung.

auf eine durch Beschreibung und Modell nachgewiesene Vorrichtung an Reitsätteln, um dieselben der Körperform des Pferdes anzupassen, so weit dieselbe für neu erkannt worden und ohne Jemand in Benutzung bekannter Theile zu behindern,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates ertheilt werden.

Personal - Chronik.

Von Sr. Excellenz dem Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ist dem ordentlichen Lehrer an der Realschule zu Tilsit, Dr. Friedrich Julius Gustav Ellinger, das Prädikat „Oberlehrer“ verliehen worden.

Der Militair-Supernumerarius Wittschell ist vom 1sten April d. J. ab als Sekretariats-Assistent bei der hiesigen königlichen Regierung angestellt worden.

Der Partikulier Ernst Doniges zu Lyck ist als Agent der Magdeburger Hagel- und Feuer-Versicherungs-Gesellschaft beschäftigt worden.

Der Kaufmann J. Fr. Boy in Tilsit ist als Agent der preussischen National-Versicherungs-Gesellschaft, der See- und Fluß-Versicherungs-Gesellschaft „Pommerania“ zu Stettin und der neuen Berliner Hagel-Assuranz-Gesellschaft zu Berlin beschäftigt worden.

Personal-

Personal-Veränderungen im Bezirke der königlichen Ober-Post-Direktion in
Gumbinnen pro Februar 1856.

Der Ober-Post-Sekretair Lischler aus Kbblin ist zu dem Post-Amte in Tilsit versetzt worden.

Der Kondukteur Heldt in Gumbinnen ist freiwillig ausgeschieden.

Der invalide Sergeant Thomas ist als Briefträger und Wagenmeister bei der Post-Expedition in Marggrabowa auf Kündigung angestellt worden.

Hierzu die Extra-Beilage und die Beilage zum Amtsblatt Nr. 12 und der öffentl. Anzeiger Nr. 13.

Amtsblatt

N^o 14.

Gumbinnen, den 2ten April

1856.

Das 10te und 11te Stück der Gesefsammlung, welche den 26ten März d. J. in Berlin ausgegeben sind, enthalten: unter

N^o 88.
Inhalt der Gesefsammlung.

Nr. 4364 das Gesetz, betreffend das Verfahren gegen ausgewanderte Militairpflichtige und gegen Leurlaubte Landwehrmänner, welche ohne Erlaubniß auswandern, vom 10ten März 1856; unter

Nr. 4365 den Allerhöchsten Erlaß vom 12ten Februar 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Gnesen bis zur Rogilnoer Kreisgrenze in der Richtung auf Schubin und von Kleso bis zur Bongrowiezer Kreisgrenze in der Richtung auf Niesitzko; und unter

Nr. 4366 das Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Societät zur Regulirung der Gewässer in der Bokeler und Rastholter Niederung in der Provinz Westphalen bis zum Betrage von 80,000 Rthlr., vom 20sten Februar 1856.

Das 12te Stück der Gesefsammlung, welches den 29sten März d. J. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

Nr. 4367 den Allerhöchsten Erlaß vom 12ten Februar 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Fraußladt bis zur Bomster Kreisgrenze in der Richtung auf Wolfstein; unter

Nr. 4368 den Allerhöchsten Erlaß vom 12ten Februar 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von der Birnbaumet Kreisgrenze bei Rosenthal über Meseritz und Bentschen bis zur Bomster Kreisgrenze in der Richtung auf Wolfstein; unter

Nr. 4369 die Allerhöchste Koncessions- und Befähigungs-Urkunde, betreffend die Erweiterungen des Rheinischen Eisenbahn-Unternehmens, vom 5ten März 1856; und unter

Amtsbl. Nr. 14.

Nr. 4370

Nr. 4370 den Allerhöchsten Erlass vom 19ten März 1856, betreffend die Einsetzung einer Behörde unter der Firma: „Königliche Kommission für den Bau der Kreuz-Rästin-Frankfurter Eisenbahn“ mit dem Sitz in Frankfurt a. d. D.

Bekanntmachung der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

N. 89. Das dem Kaufmann J. H. Prüllwitz zu Berlin unter dem 7ten Mai 1855 ertheilte
Einführungspatent:

auf ein Verfahren zur Herstellung von Metallspiegeln,
ist aufgehoben.

Personal - Chronik.

Der bisherige Landrentmeister der hiesigen Regierungs-Haupt-Kasse, Rechnungs Rath Rumbaum, ist in gleicher Dienst Eigenschaft an die Königl. Regierung zu Magdeburg versetzt und die interimistische Verwaltung der hiesigen Landrentmeisterstelle dem Rechnungsrathe Donalies übertragen worden.

Zu Mitgliedern der Handelskammer in Jnslerburg sind gewählt:

- 1) der Kaufmann Boitkowitz, 2) der Mühlenbesitzer Bais, 3) der Kaufmann Ludwig Eckert, 4) der Kaufmann Wilhelm Schlenther, 5) der Kaufmann Heinrich Schulemann, 6) der Kaufmann Ab. Heyne;

zu Stellvertretern:

- 1) der Kaufmann Trapp, 2) der Kaufmann Zacharias, 3) der Apotheker Dugisch.

Der Kreisgerichts-Sekretair Schorning in Magnit ist als Agent der Magdeburger Feuer- und Hagel-Versicherungs-Gesellschaft beauftragt worden.

Amtsblatt

N^o 15.

Gumbinnen, den 9ten April

1856.

Das 13te Stück der Gesefsammlung, welches den 1sten April d. J. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

N^o 90.
Inhalt der Ge-
sefsammlung.

Nr. 4371 die Befätigungs-Urkunde, betreffend die Statuten der unter der Firma „Ber-
gischer Gruben- und Hütten-Berein“ mit dem Domizil zu Düsseldorf errich-
teten Aktiengesellschaft, vom 10ten März 1856.

Das 14te Stück der Gesefsammlung, welches den 5ten April d. J. in Berlin aus-
gegeben ist, enthält: unter

Nr. 4372 den Allerhöchsten Erlaß vom 12ten Februar 1856, betreffend die Verleihung
der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee
von Goryn an der Landsberg-Posener Staats-Chaussee über Birnbaum und
Birke nach Bronte; unter

Nr. 4373 den Allerhöchsten Erlaß vom 20sten Februar 1856, betreffend die Verleihung
der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-
Chaussee von Inden, im Kreise Jülich, nach Weisweiler, im Kreise Düren;
unter

Nr. 4374 den Allerhöchsten Erlaß vom 25ten Februar 1856, betreffend die Verleihung
der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-
Chaussee von Kreis, im Kreise Cochem, durch das Flaumbächelthal bis zur
Mörbendorfer Straße; unter

Nr. 4375 den Allerhöchsten Erlaß vom 5ten März 1856, betreffend die Verleihung der
fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Chausseen
von Schlochau nach Jacobsdorf, von Pr. Friedland nach Neufettin und von
Hammerstein bis zur Conis-Bütower Staatsstraße; unter

Nr. 4376 den Allerhöchsten Erlaß vom 10ten März 1856, betreffend eine Abänderung
des Statuts der Meliorations-Sozietät der Boker Halbe, vom 24ten Juli
1850; unter

Amtsbl. Nr. 15.

Nr. 4377

- Nr. 4377 den Allerhöchsten Erlaß vom 19ten März 1856, betreffend die Ausführung der Bestimmungen in Bezug auf die Disziplinär-Untersuchungen gegen preussische, in den lurenburgischen Bolldienst übernommene Beamte; unter
- Nr. 4378 das Geheß wegen Herabsetzung der Tarabergütung für rohen Kaffee in Ballen oder Säcken, vom 31ten März 1856; und unter
- Nr. 4379 die Verordnung wegen Herabsetzung der Tarabergütung für rohen Kaffee in Ballen oder Säcken; vom 31ten März 1856.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Nr. 91.
Den Vieh- und
Pferdemarkt in
Widminnen betr.
Z. d. S.
3121. März.

Der Vieh- und Pferdemarkt in Widminnen wird nicht am 18ten Mai, sondern am 21ten Mai abgehalten werden. Gumbinnen, den 25ten März 1856.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 92.
Prämienbe-
willigung betr.
Z. d. S.
6479. März.

Den Gendarmen Frölich in Sensburg und Prange in Nikolaiken sind für die Entdeckung gerichtlich und resp. polizeilich bestrakter Baumfresser Prämien bewilligt worden.

Gumbinnen, den 25ten März 1856. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 93.
Prämienbe-
willigung betr.
Z. d. S.
6484. März.

Dem Gendarmen Dettloff in Sammeluden ist für die Entdeckung eines polizeilich bestrakten Baumfressers eine Prämie bewilligt worden. Gumbinnen, den 25ten März 1856.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 94.
Erwerb des
Blutgelds betr.
Z. d. S.
611. März.

Der Vorpreis eines Blutgelds ist für die Zeit vom 1sten April bis ult. September d. J. auf 3 Sgr. festgesetzt. Gumbinnen, den 31ten März 1856.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Bekanntmachung.

Nr. 95.
Über Ober-
Gegensätze
betr.
Z. d. S.
611. März.

Bei der Ober-Post-Direktion sind folgende unbestehbare Gegenstände:

- 1) ein Bassardhäutchen und ein Bassardbäutchen, im Lfd. Rheiner Personenpoststroagen am 4ten Dezember v. J. vorgefunden;
- 2) ein Brief mit 1 Rthlr. C. A., $\frac{1}{10}$ Loth schwer, am 1sten Oktober v. J. in Ehrwindt an den Musiketier Johann Buschat in Königsberg zur Post gegeben, dessen Absender George Podzatis nicht zu ermitteln gewesen ist;
- 3) ein Paar graue Buckskin-Handschuhe, am 13ten Dezember v. J. in der Passagierstube zu Kellminen vorgefunden;
- 4) ein Paar Federhandschuhe, am 26ten November v. J. in der Passagierstube zu Warggra-bowa vorgefunden;

5) ein

- 5) ein Korb mit 2 Hemden, 2 Westen und einem Hälschen, welcher am 4ten Dezember v. J. mit der Bagage Nr. 291 aus Gumbinnen als Passagierstück mit der Personenvost aus Gumbinnen in Alstut eingegangen, jedoch vom Eigentümer nicht abgeholt worden ist;
- 6) eine bunte Papp-Hutschachtel, ein grüner wollener Shawl, ein Paar seidene Handschuhe, ein Paar lederne Ueberschuhe und zwei Stöcke, in der Passagierstube zu Alstut und in den daselbst angekommenen Postwagen im Monat Dezember v. J. herrenlos vorgefunden;
- 7) ein Ledertissen, in einer Extrapost-Chaise der Station Langfargen am 28ten September v. J. vorgefunden;
- 8) eine Boa, ein grüner wollener Shawl, ein Paar Filzschuhe, ein Paar Gummischuhe, ein lederner Riemen, eine Cigarrenspitze und ein Regenschirm ohne Griff, theils in der Passagierstube zu Alstut, theils in den daselbst angekommenen Postwagen im Monat Februar d. J. herrenlos vorgefunden;
- 9) ein Fußsack, ein Paar Schlittschuhe, ein Shawl, drei Bücher in englischer Sprache und ein Schloß, in der hiesigen Passagierstube und in den hier angekommenen Postwagen im Monat Februar d. J. vorgefunden;
- 10) ein graubuntes Umhängetuch, am 10ten Februar d. J. in der Passagierstube zu Soldapp vorgefunden;
- 11) zwei bunte Decken, zwei weiße Decken, ein Paletot und ein Sitztissen, am 17ten Dezember v. J. von Reisenden in der Passagierstube zu Alstut zurückgelassen.

Sollten sich die zu der Empfangnahme der vorbezeichneten Gegenstände berechtigten Personen nach Verlauf von vier Wochen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, nicht melden, so werden die Selben dem Post-Armensonds überwiesen, die Gegenstände aber zum Besten dieses Fonds öffentlich versteigert werden. Gumbinnen, den 3ten April 1856.

Königl. Ober-Post-Direktion.

Personal-Veränderungen im Departement des Appellationsgerichts zu Insterburg im Monat März 1856.

A. Beim Appellationsgericht:

Referendarius Sartorius zum Gerichts-Assessor und Auskultator Rischke zum Referendarius ernannt.

B. Bei den Kreisgerichten:

Bureau-Assistent Scheffler zum Sekretair beim Kreisgericht in Darkehmen befördert und Gerichtsdiener Görke in Soldapp gestorben.

Per-

**Personal-Veränderungen im Bezirke der Königlichen Ober-Post-Direktion in
Gumbinnen pro März 1836.**

Der Post-Expediteur Hufnagel in Trafschken ist gestorben.

Der Kondukteur Bordin in Elfsit ist ausgeschieden.

Der invalide Sergeant Zau ist als Postbegleiter bei dem Postamte in Elfsit stattdmäßig
auf Kündigung angestellt worden.

Hierzu der Offizl. Anzeiger Nr. 15.

Amtsblatt

N^o 16.

Gumbinnen, den 16ten April

1856.

Das 15te Stück der Gesefsammlung, welches den 12ten d. M. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter N 96.
Zusatz der Gesefsammlung.

- Nr. 4380 den Allerhöchsten Erlaß vom 5ten März 1856, betreffend die Erhöhung des Zinsfußes der Obligationen der Sozietät für die Meliorationen des Odrabruches von vier auf fünf vom Hundert; unter
- Nr. 4381 den Allerhöchsten Erlaß vom 10ten März 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Straße von der Maadenrode-Breitenvorbißer Straße bei Einlingerode ab über Stöden, Lüderode, Weissenborn und Zwinge bis zur hannoverschen Grenze in der Richtung auf Sieboldshausen und Nordheim; unter
- Nr. 4382 den Allerhöchsten Erlaß vom 10ten März 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Straße von Traben nach Strohblüsch; unter
- Nr. 4383 das Statut des Alt-Passarger Deichverbandes. Vom 19ten März 1856; und unter
- Nr. 4384 die Bekanntmachung, betreffend die Erhöhung des Grundkapitals der Aktien-gesellschaft Bergwerksverein Friedrich Wilhelmshütte zu Mühlheim a. d. Ruhr, vom 1sten April 1856.

Bekanntmachungen der höheren Behörde.

Auf Grund Allerhöchster Genehmigung wird das Verbot der Ausfuhr von Pferden über die Zollgrenze gegen das Zollvereins-Ausland und über die Grenzen gegen das Königreich Hannover, das Herzogthum Braunschweig und das Großherzogthum Luxemburg, welches durch die Bekanntmachungen vom 18ten Dezember 1854, vom 8ten und 20sten Januar und 17ten März 1855 angeordnet worden ist, hierdurch wieder aufgehoben. N 97.
Die Aufhebung des pferde Ausfuhr Verbots betreffend.

Berlin, den 3ten April 1856.

Der Minister des Innern.
v. Bockhausen.

Der Finanz-Minister.
v. Bodelschwingh.

Nr. 98.
Der Remonte-
Infant pro 1856
bestehend.

Zum Ankaufe von Remonten im Alter von drei bis einschließlich sechs Jahren, sind in diesem Jahre, in dem Bezirke der Königl. Regierung zu Gumbinnen und den angrenzenden Bezirken, nachstehende, Morgens 8 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden, und zwar:

- den 23ten Juni in Mehlaufen,
- „ 27ten Juni in Tapiau,
- „ 30ten Juni in Wehlau,
- „ 4ten Juli in Insterburg,
- „ 5ten Juli in Seiglaen,
- „ 7ten Juli in Lengwethen
- „ 11ten Juli in Ragnit,
- „ 1sten August in Trempen,
- „ 2ten August in Darkehmen,
- „ 14ten August im Dorf Rattenau,
- „ 21sten August in Gumbinnen,
- „ 25sten August in Angerburg,
- „ 27sten August in Barten,
- „ 30sten August in Kinderhof bei Serdauen,
- „ 6ten September in Rastenburg,

- den 8ten September in Löben,
- „ 9ten September in Widminnen,
- „ 10ten September in Eyck,
- „ 13ten September in Marggrabowa,
- „ 15ten September in Goldapp,
- „ 17ten September in Mehlekenen,
- „ 19ten September in Stallupönen,
- „ 22sten September in Schirwindt,
- „ 24sten September in Willkallen,
- „ 26sten September in Paschewen,
- „ 2ten Oktober in Plaschen,
- „ 4ten Oktober in Proßlau,
- „ 6ten Oktober in Kaufkehmen,
- „ 8ten Oktober in Heinrichwalde,
- „ 9ten Oktober in Eilsit.

Nur auf den zuerst genannten drei Märkten, so wie in Barten und Kinderhof, werden die von der Militär-Kommission erkauften Pferde zur Stelle abgenommen und sofort baar bezahlt.

Die Verkäufer auf den übrigen Märkten und die angrenzenden größern Herren Gutbesitzer werden dagegen ersucht, die verkauften Pferde in die von der Kommission namhaft zu machenden zunächst belegenen Remonte-Depots, auf eigene Kosten selbst einzuliefern und das selbst nach fehlerfreier Uebergabe der Pferde das behandelte Kaufgeld in Empfang zu nehmen.

Die erforderlichen Eigenschaften eines Remonte-Pferdes werden als hinlänglich bekannt vorausgesetzt und nur noch bemerkt, daß Pferde, deren Mängel den Kauf gesetzlich rückgängig machen, und Krippenfehler, welche sich als solche innerhalb der ersten zehn Tage herausstellen, dem früheren Eigenthümer auf seine Kosten zurücksandt werden.

Mit jedem erkauften Pferde sind eine neue starke lederne Trense, eine Gurtthalster und zwei danksene Stricke, ohne besondere Vergütung, zu übergeben.

Berlin, den 17ten März 1856.

Kriegs-Ministerium, Abtheilung für das Remonte-Wesen.

gez. v. Dobeneck. Rengel. v. Begesack.

Be-

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Dem Wirthe Paul Parzani in Eyperken, Kreises Löben, ist für die Entdeckung eines gerichtlich bestraften Baumfrevlers eine Prämie bewilligt worden.

Gumbinnen, den 26sten März 1856. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Die Martini-Durchschnitts-Marktpreise:

1) für die Jahre 1842 bis inkl. 1855 und

2) für die Jahre 1846 bis inkl. 1855,

berechnet, werden durch die nachfolgende Nachweisung

der für das Jahr 1855 ermittelten Martini-Durchschnittspreise

A. aus den Jahren $18\frac{2}{3}$ nach den §§. 73 und 74 der Gemeinheits-Teilungs-Ordnung vom 7ten Juni 1821 und

B. aus den Jahren $18\frac{4}{3}$ nach dem §. 28 des Realasten-Ablösungs-Gesetzes vom 2ten März 1850,

berechnet.

Namen der Städte, deren Martini-Durchschnitts-Marktpreise im Regierungsbezirke Gumbinnen zur Anwendung kommen.	Die Martini-Durchschnitts-Marktpreise betragen:											
	ad A. für 14 Jahre				ad B. für 10 Jahre							
	pro 18 ^{2/3} mit Begl. lassung der 2 theuersten und 2 wohlfeilsten Jahre.				pro ⁴ / ₃ .							
	von einem Scheffel											
	Koggen.		Hafer.		Koggen.		Hafer.					
	R.	S.	R.	S.	R.	S.	R.	S.				
1. Insterburg	1	18	11,7	—	21	10,7	1	24	2,4	—	24	6,0
2. Eylau	1	12	10,2	—	19	2,1	1	16	10,15	—	21	2,7
3. Elbst	1	21	1,1	—	21	8,3	1	28	5,0	—	24	0,1

zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Gumbinnen, den 6ten April 1856.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Da die Kinderpest in Rußland und Polen noch immer nicht gänglich erloschen ist, so werden auch im Monate Mai d. J. die Vieh- und Pferdemarkte in dem ganzen Regierungsbezirke nicht abgehalten werden. Gumbinnen, den 6ten April 1856.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Das Departements-Erfagsgeschäft wird in diesem Jahre für den hiesigen Bezirk an folgenden Tagen stattfinden:

N 99.
Prämienbe-
willigung betr.
A. d. J.
1856. März.

N 100.
Die Martini-
Durchschnitts-
Marktpreise pro
 $18\frac{4}{3}$ betr.
A. d. J.
1856. April.

N 101.
Die Kinderpest
betr. betr.
A. d. J.
1856. April.

N 102.
Das Departement-
Erfagsgeschäft.

547/11199
 (Sollt für das
 Jahr 1866 betr.
 v. d. Z.
 1918. 1869.)

- den 30sten Juni in Elßst.,
- 2ten Juli in Kaufbeuren,
- 4ten Juli in Heidekrug,
- 8ten Juli in Heinrichswalde,
- 9ten Juli in Ragnit,
- 11ten Juli in Pilsballe,
- 12ten Juli in Stallupönen,
- 14ten Juli in Gumbinnen,
- 16ten Juli in Insterburg.

- den 18ten Juli in Dorckheim,
- 19ten Juli in Goldapp,
- 21sten Juli in Dießlo,
- 23sten Juli in Eyl,
- 25sten Juli in Bögen,
- 26sten Juli in Angerburg,
- 29sten Juli in Sensburg,
- 31sten Juli in Johannisburg.

Gumbinnen, den 4ten April 1856.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

N 103.
 Patenterthei-
 lung.

Dem Kaufmann J. H. F. Prißwitz in Berlin ist unter dem 7ten April 1856 ein Ein-
 führungs-Patent:

auf durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte, in ihrer ganzen Zusammensetzung
 für neu und eigenthümlich erkannte Feuerungsanlagen, ohne Jemand in der Be-
 nützung des denselben zum Grunde liegenden Prinzips und bekannter Theile zu be-
 schränken,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen
 Staats erteilt worden.

B e k a n n t m a c h u n g .

N 104.
 Den Debit der
 Haupt-Register
 zur preuss. Ge-
 seksammlung
 von 1866 bis
 1869 betr.

Zur Preussischen Gesesammlung ist für die Zeit von 1866/67 ein Haupt-Register ausgearbei-
 tet, das durch Vermittelung der Königl. Post-Anstalten zum Preise von 1 Rthlr. pro Exem-
 plar von hier bezogen werden kann.

Bestellungen auf das Haupt-Register werden von den nächstgelegenen Post-Anstalten
 angenommen. Berlin, den 13ten April 1856. Debits-Comtoir der Gesesammlung.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Der Thierarzt 1ster Klasse Karl Friedrich Käsemann ist als Kreis-Thierarzt für die Kreise
 Sensburg und Bögen definitiv angestellt worden.

Der Kaufmann Benjamin Weinslein in Elßst ist an Stelle des Kaufmann Adolph
 Behrendt als Agent der Nieder-Rheinischen Güter-Assuranz-Gesellschaft zu Wesel be-
 stätigt worden.

Hierzu der öffentl. Anzeiger Nr. 16.

Druck von H. Krausnick.

Amtsblatt

№ 17.

Gumbinnen, den 23ten April

1856.

Das 16te Stück der Gesefsammlung, welches den 18ten d. M. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

№ 105.
Inhalt der Gesefsammlung.

Nr. 4385 die Befätigungs-Urkunde, betreffend die Errichtung einer Aktien-Gesellschaft unter der Firma: „Larnewitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Eisenhütten-Betrieb,“ vom 19ten März 1856.

Das 17te Stück der Gesefsammlung, welches den 19ten d. M. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

Nr. 4386 das Gesef, betreffend einige Abänderungen des Gesefes über die Dienstvergehen der Richter vom 7ten Mai 1851 (Gesef. S. 219) und die Einführung eines Ehrenrathes für die Rechtsanwälte bei dem Ober-Tribunal, vom 26sten März 1856; unter

Nr. 4387 das Gesef über die Bestrafung unbefugter Gewinnung oder Aneignung von Mineralien, vom 26sten März 1856, und unter

Nr. 4388 das Gesef, betreffend die Forterhebung eines Zuschlages zur klassifizirten Einkommensteuer, zur Klassensteuer und zur Wahl- und Schlachtsteuer, vom 15ten April 1856.

Bekanntmachungen der höheren Behörde.

Auf Grund des Allerhöchsten Erlasses vom 11ten d. M. wird das durch die Verfügungen vom 20sten März, 10ten Juni 1854 und 10ten März 1855 angeordnete Verbot der Durchfuhr, beziehungsweise Ausfuhr von Waffen und Kriegs-Munition hierdurch aufgehoben.

Berlin, den 12ten April 1856.

Der Finanz-Minister v. Bodelschwingh.

№ 106.
Die Aufhebung des Verbots der Durchfuhr von Waffen und Kriegs-Munition betreffend.

Bekanntmachung der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Bezugt der Ablösung von Realitäten werden die gemäß §. 19 der Ablösungs-Ordnung vom 2ten März 1850 ermittelten Martini-Durchschnittspreise pro 1855 für marktgängiges Getreide in den fünf Preis-Diffikultäten nachstehend:

№ 107.
Ablösung von Realitäten betr.
X. d. 3.
2344. April.

Amtsbl. Nr. 17.

Rach-

N a ch

der nach §. 19 der Ablösungs-Ordnung
ermittelten Martini-Durchschnitts-Marktpreise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, graue und
rungsbezirks Gumbinnen, welche bei Ablösungen

Nr.	B e n e n n u n g			Die Martini- mit	
	der Preis- Distrikte.	der Normal-Marktorthe.	der zu denselben gehörigen landrätthlichen Kreise.	Weizen.	
1	I.	Stadt Johannisburg	Johannisburg	1 29	6 $\frac{1}{2}$ $\frac{5}{8}$
2		„ Eyde	Eyde	1 25	2 $\frac{1}{2}$ $\frac{5}{8}$
3		„ Marggrabowa	Dießke	2 —	6 $\frac{1}{2}$ $\frac{5}{8}$
4		„ Sensburg	Sensburg	2 2	6
5	II.	„ Angerburg	Angerburg	2 4	10 $\frac{1}{2}$ $\frac{5}{8}$
6		„ Löben	Löben	2 4	11 $\frac{1}{2}$ $\frac{5}{8}$
7		„ Goldbapp	Goldbapp	2 5	2 $\frac{1}{2}$ $\frac{5}{8}$
8		„ Darkehmen	Darkehmen	2 2	4 $\frac{1}{2}$ $\frac{5}{8}$
9	III.	„ Insterburg	Insterburg	2 2	$\frac{6}{2}$ $\frac{5}{8}$
10		„ Gumbinnen	Gumbinnen	2 —	6 $\frac{1}{2}$ $\frac{5}{8}$
11	IV.	„ Alsfeld	Alsfeld, Heydekrug und Niederung	2 5	9
12	V.	„ Ragnit	Ragnit	2 4	8 $\frac{1}{2}$ $\frac{5}{8}$
13		„ Pillkallen	Pillkallen	2 1	7 $\frac{1}{2}$ $\frac{5}{8}$
14		„ Stallupönen	Stallupönen	1 28	6 $\frac{1}{2}$ $\frac{5}{8}$

zur Kenntniß gebracht.

Gumbinnen, den 6ten April 1856.

Königliche

W e i s u n g

vom 2ten März 1850 pro 1855

weiße Erbsen der sämtlichen Normal-Markttorte in den fünf Preis-Distrikten des Regie-
von Realassen zur Anwendung kommen:

Durchschnitts-Marktpreise betragen pro 18²²/₅₄, also für 24 Jahre,
Berglassung der beiden theuersten und wohlfeilsten Jahre,
von einem Scheffel

Bemerkungen.

Roggen.		Gerste.		Hafer.		E r b s e n :					
						graue.			weiße.		
℞	℞	℞	℞	℞	℞	℞	℞	℞	℞	℞	℞
1	6	5 ² / ₈	28	4 ¹ / ₂	17	7 ¹ / ₂	—	—	—	—	—
1	4	11 ¹ / ₂	26	7 ¹ / ₂	16	7 ¹ / ₂	—	—	—	—	—
1	6	1 ¹ / ₂	29	1 ¹ / ₂	17	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—
1	9	9 ¹ / ₂	1	7 ¹ / ₂	21	8 ¹ / ₂	—	—	—	—	—
1	9	1 ¹ / ₂	28	10 ¹ / ₂	17	7 ¹ / ₂	1	16	11 ¹ / ₂	1	12
1	6	5 ¹ / ₂	28	1 ¹ / ₂	18	2 ¹ / ₂	—	—	—	—	—
1	10	6 ¹ / ₂	28	8 ¹ / ₂	17	9 ¹ / ₂	1	16	9 ¹ / ₂	1	15
1	10	9	29	7 ¹ / ₂	17	2 ¹ / ₂	1	13	2 ¹ / ₂	1	10
1	10	10 ¹ / ₂	29	3 ¹ / ₂	18	4 ¹ / ₂	1	15	4 ¹ / ₂	1	12
1	11	2 ¹ / ₂	27	9 ¹ / ₂	17	8	—	—	1	13	4 ¹ / ₂
1	12	9 ¹ / ₂	29	6 ¹ / ₂	18	4 ¹ / ₂	—	—	—	—	—
1	12	1 ¹ / ₂	29	7 ¹ / ₂	18	1 ¹ / ₂	1	16	—	1	14
1	10	4 ¹ / ₂	28	2 ¹ / ₂	18	1 ¹ / ₂	1	13	3 ¹ / ₂	1	12
1	8	11 ¹ / ₂	26	2 ¹ / ₂	18	1 ¹ / ₂	1	11	6 ¹ / ₂	1	9

Der Durchschnitts-Preis
für graue und weiße
Erbsen hat nicht fest-
gestellt werden können,
well diese Getreidefor-
ten nicht regelmäßig zu
Markte gebracht sind.

wie vor.

wie vor in Bezug der
grauen Erbsen.

wie vor ad Nr. 1 bis 4.

Regierung, Abtheilung des Innern.

)(

Seine

Nr. 108.
 Erklärung und
 Erklärung von
 Waldbränden.
 S. X. S. 28.
 76. April.

Seine Königliche Majestät von Preußen u. haben missfällig bemerkt, daß obgeachtet aller Aufmerksamkeit auf die Verhütung der Brände in den Forsten, und der, bei deren Ausbruch zur Dämpfung und vorzubehenden weiteren Verbreitung des Feuers getroffenen Vorkehrungen, dennoch jährlich in höchstero eigenen, den städtischen, adelichen und übrigen Privat-Forsten, in den Kammer-Departementen von Ostpreußen, Litthauen, Westpreußen und im Reg.-Distrikt, ein unersehblicher Schaden durch theils vorsätzlich, theils aus Fahrlässigkeit und Unvorsichtigkeit, veranlaßte Brandstiftungen geschlehet, welchen Schaden die jetzigen sowohl, als auch die künftige Generation empfindlich büßen muß. Allerhöchstdieselben finden sich daher aus landesväterlicher Vorsorge für das allgemeine Beste, und vermöge der Obergewalt auf die pflegliche Wirtschaftsführung und Erhaltung der vorhandenen, und in Abseht der zum menschlichen Leben unentbehrlichen Holz-Konsumtion so nothwendigen Waldungen, bewogen, durch das gegenwärtige Publikandum die, in den älteren und neueren Edikten, beglichen in der Forstordnung enthaltenen Vorschriften, zur Verhütung und baldiger Löschung der Forstbrände, sowohl zu erneuern, als auch näher zu bestimmen, und jeder männiglich nochmals in Erinnerung zu bringen:

1. Niemand, wer es auch sei, soll sich unterstehen, in den Häiden selbst, oder bei denselben in einer Nähe von 100 Schritten, Feuer anzumachen.
2. Auch soll Niemand in den Gewässern, welche sich innerhalb der Forsten befinden, oder durch dieselben fließen, bei Kiehn- oder ander Feuer fischen oder krebßen.
3. In Wälder oder Häiden soll Niemand bei trockner Jahreszeit Tabak rauchen.
4. Wer sich gegen diese vorsehende drei Vorschriften vergeht, soll, wenn er auch ohne böse Absicht handelte, und wenn auch kein Schaden geschehen wäre, dennoch mit einer Geldstrafe von Fünf bis Fünfundzwanzig Thaler, oder mit einer achtägigen bis vierwöchentlichen Zuchthaus- oder Gefängnißstrafe belegt werden, außerdem aber die dem Angeber oder dem Forstgerichts- oder Polizeibedienten gebührende Belohnung aus seinem Vermögen entrichten.
5. Ist durch dergleichen unerlaubte Handlungen ein Schaden veranlaßt worden: so ist der Thäter schuldig, ihn vollständig zu ersetzen.
6. Vermag er dies nicht: so soll er, wenn auch der Schaden nur Einhundert Thaler oder darunter beträgt, mit einer einvierteljährigen, bei einem größeren Schaden aber, wenn solcher nur nicht die Summe von Zweihundert Thaler übersteigt, mit einer halbjährigen, bei einem noch größeren Schaden aber, mit einer Ein- bis Zweijährigen Festungsstrafe belegt werden.
7. Auch den Reisenden ist es unter keinerlei Vorwande erlaubt, Feuer in oder bei den Forsten nach §. 1 anzumachen.

8. Wer

8. Wer dergleichen Unfug bemerkt, ist schuldig, solchen dem nächsten Forstbedienten oder Land- oder Polizei-Reiter, oder der nächsten Ortsobrigkeit anzuzeigen; diese aber sind sodann verbunden, die Reisenden anzuhalten, und Wagen und Pferde in das nächste Amt zu liefern.

9. Dergleichen Reisende sind, wenn auch kein Schaden geschieht, nicht nur die den Angebern gebührende Belohnung, sondern auch eine Geldstrafe von Fünf Thaler, nebst den Untersuchungskosten zu zahlen verpflichtet.

10. Das Ausbrennen verwachsener Wiesen und Aecker darf bei Einhundert Thaler Geld- oder verhältnismäßiger Leibesstrafe, nur mit vorheriger Einwilligung der Ortsobrigkeit, und in Weiseln der Forstbedienten geschehen.

11. Dieses Ausbrennen soll nur bei stillem Wetter und wenn das auszubrennende Land mit einem breiten Steige oder aufgeworfenen Graben umgeben ist, verstattet; auch müssen genugsame Leute mit Schüppen und Spaten und anderen tüchtigen Geräthschaften gestellt werden, damit der weiteren Ausbreitung des Feuers hinlänglich Einhalt geschehen könne.

12. Die Holzhauer und die Hirten, Schäfer und Viehhüter, welche mit ihrem Vieh die Forsten berühren, sollen von Walpurgis bis Michaelis, bei der im §. 4 bestimmten Strafe, kein Feuerzeug bei sich führen.

13. Wer einen vorsätzlichen Brandstifter entdeckt oder sonst festhält, hat eine Belohnung von Fünfzig Thaler, und wer einen andern solchen Kontravenienten anzeigt, eine Belohnung von Fünfundzwanzig Thaler, im Fall des unerlaubten Tabakrauchens aber eine Belohnung von Fünf Thaler zu erwarten.

14. Wenn Feuer in den königlichen oder Privat-Forsten entsteht, so sollen die innerhalb zweier Meilen liegenden Stadt- und Dorfgemeinden, wie auch diejenigen, welche in der brennenden Gaiße zur Hütung oder Hölzung, oder zum Kaff- und Erseholz berechtigt sind, sobald sie Nachricht davon erhalten, Feueralarm machen, und zur Hülfe eilen.

15. Zu dieser Hülfe muß jedes Haus in den Städten und jeder Hof in den Dörfern eine erwachsene Mannsperson absenden, welche mit einer Art, oder mit einer Schüppe oder Spaten versehen sein muß.

16. Die zur Hülfe abgesandten Personen müssen nach Anweisung der Forstbedienten zum Löschen, Grabenziehen, Durchhauen und anderen Rettungsmitteln bereit sein, und nicht eher davon gehen, bis sie von den Forstbedienten oder anderen obrigkeitlichen Personen, welche die Löschanstalten dirigiren, entlassen werden.

17. Wer bei entstandnem Brande zuerst ungerufen zum Löschen des Feuers gelangt, soll dafür eine Belohnung von Fünf Thaler erhalten.

18. Eine

18. Eine Belohnung von Zehn Thaler empfängt diejenige Gemeinde der Umgegend, welche sich zuerst ungerufen auf der Brandstelle einfindet und solche thätige Lösch-Anstalten macht, daß nicht mehr als zwei bis drei Morgen magdeburgisch ausbrennen.

19. Alle in diesem Publikando erwähnte Belohnungen sollen, wenn die zu lohnende That durch glaubwürdige Personen bescheinigt wird, ohne Zeitverlust ausgegahlt werden.

20. Es sollen aber auch diejenigen, welche bei entstandenen Forstbrände die schuldige Hülfe verzögern, oder den Brand, ob sie gleich könnten, nicht verhüten, mit einer Geldstrafe von Zehn Thaler oder einer verhältnismäßigen Leibesstrafe belegt, und die Forstbedienten und andere obrigkeitliche Personen, welche ihre Amtspflicht zur Verhütung der Forstbrände, oder zur Festnehmung und Bestrafung der Forstrevolver vernachlässigen, nach Befinden der Umstände, mit Kassation oder sonst nach Vorschrift des Allgem. Landrechts Theil I, Tit. 20, §. 333 sqq. und §. 458 sqq. bestraft werden.

21. Wer durch irgend eine unvorsichtige oder verbotene Handlung, wozin auch das vorschriftswidrige Kohlenbrennen gehört, einen Forstbrand veranlaßt, hat die im §. 6 bestimmte Strafe zu erwarten.

22. Wenn aber auch kein Schaden geschehen ist, soll doch der, welcher während des Kohlenbrennens sich über Einhundert Schritte von dem Meiler entfernt, oder nicht für die gehörige Zuschüttung des Lochs sorgt, oder bei Belegung des Kohlenmeilers sich nicht nach der Anweisung der Forstbedienten achtet, mit einer vierwöchentlichen Karrenstrafe belegt werden.

23. Uebrigens dient den Hütungs-Berechtigten, Hirten und Schäfern zur Nachricht, daß sie im jeglichen Falle von einem entstandenen Forstbrände großen Nachtheil zu erwarten haben, weil sodann die Brandstellen in Schonung gelegt, und die Hütung in diesem Revier gänzlich untersagt werden muß.

Hiernach hat ein jeder sich ganz genau zu achten, die erneuerten Verordnungen pünktlich zu befolgen, und die Warnungen und Verbote nicht aus den Augen zu sehen, widrigenfalls gegen die entdeckten Kontravenienten mit der strengsten, gesetzlichen und nach Befinden der Umstände geschärften Ahndung und Bestrafung unausbleiblich verfahren werden wird.

Signatum Charlottenburg, den 7ten Juli 1804.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

Goldbed. Schrötter.

Vorstehendes Publikandum wird mit Rücksicht auf die beträchtlichen, in den diesseitigen Forsten lagernden, aufgearbeiteten Materialbestände, dem Publikum wiederholt zur pünktlichsten Befolgung in Erinnerung gebracht. Gumbinnen, den 10ten April 1856.

Königliche Regierung.

Der

Der Königl. Forstmeister v. Massow zu Königsberg hat es im Interesse der Verwerthung des Raupenfräsholzes, und zur Aufklärung der Bedenken und Zweifel, welche von verschiedenen Seiten gegen die Güte und Brennkraft desselben erhoben werden, für nothwendig erachtet, eine Analyse desselben durch den als Chemiker rühmlichst bekannten Dr. Sonnenchein zu Berlin anstellen zu lassen. Das Resultat dieser Analyse, bei welcher zwei Holzkörper von möglichst nach Alter, Buchs, Standort, Stammhöhe u. s. w. übereinstimmenden Rothtannen, von denen die eine vollkommen gesund, die andere im Laufe des Monat Juni 1855 bereits vollständig entnaddelt, beide Stämme aber in den ersten Tagen des Monat März gefällt waren, zum Grunde gelegt worden, hat nachstehendes Resultat gehabt:

№ 109.
Die Analyse des
gesunden und
des Raupenfrä-
sholzes betr.
G. Z.
964. April.

Holzanalyse.

Von den überänderten Hölzern wurden gleiche Stücke an gleichen Stellen abgespalten und gleichmäßig zerkleinert; und zwar Rinde, Splint und Kern dabei. Darauf wurden gleiche Gewichtsmengen in einer eisernen Retorte der trockenen Destillation unterworfen. Die Uebergangsprodukte (Theer, Wasser, Gas, Essigsäure) wurden in zwei gekühlten Vorlagen aufgefangen. Das Gas entwich und brannte angezündet mit heller Flamme. Darauf wurden Wasser, Theer und Kohlen gewogen. In dem vom Theer getrennten Wasser wurde die Essigsäure durch Ba. C. bestimmt. Der wasserfreie Theer einer nochmaligen Destillation unterworfen, sonderte sich in 3 Produkte, die durch die verschiedene Höhe ihres Siedepunktes streng geschieden waren. Zuerst ging ein leichtes, dünnflüssiges, auf dem Wasser schwimmendes Del über, dann ein schweres, dickes, im Wasser untergehendes, und endlich mit schwerem Del gemischtes Paraffin. Etwas Kohle blieb zurück.

Die Analyse lieferte folgende Resultate:

Gewöhnliches, gesundes Rothtannenholz, ungetrocknet.	Rothtannenholz, dessen Nadeln im Monat Juni v. J. gänzlich von Raupen ab- gefrissen waren.
Wasser 61,48 %	61,17 %
Theer 4,00 "	4,44 "
Kohle 13,00 "	14,00 "
Gas 20,40 "	19,20 "
Essigsäure 1,12 "	1,19 "
100,00	100,00

Diefe

„Diese Analysen zeigen also, daß das zweite Holz sich vollkommen ebenso gut, wenn nicht besser, zur Theer-, Essig- und Kohlenfabrikation eignet.

(gez.) Dr. Sonnenschein, Privatdozent an der Königl. Universität.“

Wir bringen dies Resultat hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß es hiernach nach dem Urtheil des Herrn Forstmeisters v. Rastow keinem Zweifel unterliegen soll, nun sowohl das gesunde, als das durch die Raupe getödtete Rothtannenholz vollkommen gleichen Werth und Dauer als Bau- und Brennholz hat, vorausgesetzt, daß letzteres innerhalb Jahresfrist nach der Entnadelung und vor Beginn der nächsten Vegetationsperiode, also vor Mitte Mai, gefällt wird. Gumbinnen, den 7ten April 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der direkten Steuern, Domänen und Forsten.

Nr. 110. Dem Kaufmann J. H. F. Brillwig in Berlin ist unter dem 7ten April 1856 ein Ein-
Patentvertheilung. führungs-Patent:

auf einen Erweiterungsbohrer für Steine, soweit derselbe in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung als neu und eigenthümlich erkannt ist, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Personal - Chronik.

Nachdem das Statut der Goldapper Kreis-Sparkasse die Allerhöchste Befätigung Seiner Majestät des Königs erhalten hat, haben die Kreisstände des Goldapper Kreises:

zum Direktor des Kuratorii den Rittergutsbesitzer Talle auf Blandau;

zu dessen Stellvertreter den Kaufmann Wilhelm Keller zu Goldapp;

zu Beisitzern die Gutsbesitzer Hundebörfer zu Adlich Groß-Rosinsko und Rüdiger zu Löbenthal;

zu deren Stellvertretern die Kaufleute Sielle und Eger zu Goldapp, gewählt, und ist diese Wahl auf drei Jahre befätigt worden, was in Gemäßheit der Bestimmung im §. 5 des Statuts hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Der invalide Dragoner Karl Fürstenberger ist vom 1sten April d. J. ab in Stelle des Kadetshn als Wiesenwächter in Stapsinnen angestellt.

Hierzu der öffentl. Anzeiger Nr. 17.

Druck von Fr. Krausenc.

Amtsblatt

N. 18.

Gumbinnen, den 30sten April

1856.

Bekanntmachung der höhern Behörde.

Vom 1sten Mai d. J. ab wird das Porto für Sendungen unter Kreuz- oder Streifband, welche bei einer preussischen Post-Anstalt aufgegeben werden und nach einer andern preussischen Post-Anstalt bestimmt sind, ohne Unterschied der Entfernung, von 6 Silberrpfennigen auf 4 Silberrpfennige pro Zollloth erkl. ermäßigt. Bedingung ist jedoch noch wie vor, daß die Sendungen der Bestimmungen im §. 10 des Reglements zu dem Befehle über das Postwesen entsprechen, und daß sie gleich bei der Aufgabe frankirt werden.

Zur Erleichterung der Frankatur sind Freimarken zu 4 Pfennigen (auf weißem Papier mit hellgrünem Druck) angefertigt worden, welche vom gedachten Tage ab bei den Post-Anstalten käuflich zu erhalten sein werden.

Bzüglich des Debits und der Anwendung dieser Marken gelten dieselben Bestimmungen, wie hinsichtlich der bereits vorhandenen Marken.

Der Satz von 4 Pfennigen findet vom 1sten Mai d. J. ab auch für die Kreuz- oder Streifband-Sendungen nach anderen Staaten des Post-Bereichs Anwendung, und können bei Sendungen dieser Art die neuen Marken ebenfalls benutzt werden.

Berlin, den 11ten April 1856.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, v. d. Heydt.

Bekanntmachung der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Auf Grund der §§. 5 und 12 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11ten März 1850 verordnen wir für den ganzen Umfang unseres Verwaltungsbezirks:

daß unsere Amtsblatts-Befugung vom 7ten November v. J. (conf. Amtsblatt von 1855, Seite 277) auch auf Thierknochen aller Art ausgedehnt werden soll, so daß fortan bis auf weitere Anordnung auch Thierknochen gar nicht über die polnisch-russische Grenze eingelassen werden dürfen.

Wer dieser Verordnung zuwiderhandelt, verfällt in eine Polizeistrafe von 5 bis 10 Rthlr. oder im Unvermögensfalle angemessene Gefängnißstrafe. Gumbinnen, den 22sten April 1856.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem Kaufmann J. H. F. Prillwitz in Berlin ist unter dem 10ten April 1856 ein Einführungs-Patent:

Am 14. Apr. 18.

N. 111.
Die Ermäßigung des Portos für Sendungen unter Kreuz- oder Streifband betreffend.

N. 112.
Polizei-Berordnung. Das Einbringen von Thierknochen betreffend.
Z. d. J. 1857. April.

N. 113.
Patentwechsel.
auf

auf mechanische Webestühle in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemand in der Verwendung bekannter Mittel zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

N 114. Dem Luchfabrikanten Carl Braus zu Leitwig a. d. Ruhr ist unter dem 18ten April 1856 ein Patent:

auf eine Maschine zum Waschen von Luch in der durch Modell und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

N 115. Das dem Conrad Haserland zu Finsterwalde unter dem 18ten April 1855 ertheilte Patent: auf einen Apparat zur Kontrollirung der Droschkentischer, ist aufgehoben.

B e k a n n t m a c h u n g .

N 116. Zu Insterburg ist eine Telegraphen-Station errichtet worden, welche mit Genehmigung Sr. Excellenz des Herrn Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vom 1sten Mai d. J. ab dem öffentlichen Verkehr übergeben wird. Dieselbe wird nur beschränkten Tagesdienst haben, d. h. Depeschen von und nach Insterburg werden an Wochentagen nur von 9 bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 7 Uhr Nachmittags, an Sonntagen nur von 2 bis 7 Uhr Nachmittags befördert. Im Uebrigen gelten für die Annahme und Beförderung von Depeschen nach, resp. von Insterburg, die Bestimmungen des Reglements vom 1sten November 1855. Berlin, den 18ten April 1856.

Königliche Telegraphen-Direktion.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Dem Predigt- und Schulamts-Kandidaten Franz Fischer zu Gumbinnen ist die interimistische Verwaltung der durch Versetzung erledigten vereinigten Kantor- und erste Lehrerstelle an der neuapostolischen Kirche und Elementarschule zu Gumbinnen übertragen worden.

Der Apotheker C. H. S. Thorun hat die Apotheke zu Miranöfen, Kreises Diehlo, gekauft und deren Verwaltung übernommen.

Amtsblatt

Nr. 19.

Gumbinnen, den 7ten Mai

1856.

Das 18te und 19te Stück der Gesefsammlung, welche den 30sten April d. J. in Berlin
ausgegeben sind, enthalten: unter

Nr. 117.
Inhalt der Ge-
sefsammlung.

- Nr. 4389 das Gesef, betreffend die Abänderung der §§. 41. bis 46. der Feld-Polizei-
Ordnung vom 1sten November 1847, vom 13ten April 1856; unter
- Nr. 4390 das Gesef, betreffend die Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen
des Einführungs-Gesefes zum Straf-Gesefbuch, vom 14ten April 1856;
unter
- Nr. 4391 das Gesef, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Strafgesef-
buches, vom 14ten April 1856; unter
- Nr. 4392 den Allerhöchsten Erlaf vom 21sten April 1856, betreffend die Publikation
einer neuen amtlichen Ausgabe des Strafgesefbuches; unter
- Nr. 4393 das Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Königsberger
Stadt-Obligationen im Betrage von 225,000 Rthlr., vom 5ten März 1856;
unter
- Nr. 4394 den Allerhöchsten Erlaf vom 10ten März 1856, betreffend die Verleihung der
fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-
Chaussee von Alsdorf nach Herzogenrath; unter
- Nr. 4395 das Gesef über die Bußungen und Eafen aus der vorläufigen Straffeffsehung
wegen Uebertretungen, vom 26sten März 1856; unter
- Nr. 4396 die Bekanntmachung, betreffend die unterm 26sten März 1856 erfolgte Aller-
höchste Befätigung der Statuten einer Aktien-Gesellschaft unter dem Namen
„Dormunder Bergbau- und Hütten-Gesellschaft“ mit dem Domizil zu Dort-
mund, vom 4ten April 1856; unter
- Nr. 4397 das Privilegium wegen Ausgabe von 850,000 Rthlr. Prioritäts-Obligationen
III. Serie der Aachen-Düsseldorfer Eisenbahn-Gesellschaft, vom 7ten April
1856; unter
- Nr. 4398 das Privilegium wegen Ausgabe von 850,000 Rthlr. Prioritäts-Obligationen
III. Serie

Kunstl. Nr. 19.

III. Serie

III. Serie der Ruhrort-Grefeld Kreis Gladbacher Eisenbahn-Gesellschaft, vom 7ten April 1856; und unter

Nr. 4399 den Allerhöchsten Erlaß vom 7ten April 1856, betreffend die Ertheilung des Expropriationsrechts für die Kreuz-Güßtrin-Frankfurter Eisenbahn.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

N 118. Die Kinderpest ist nach amtlichen Ermittlungen seit Kurzem hart an den Grenzen der Kreise Dieleko und Lyck im Königreich Polen ausgebrochen und zwar sowohl in der polnischen Stadt Raczki (¼ Meilen von der diesseitigen Landesgrenze), als auch in der polnischen Gemeinde Lipowka, welche mit ihren Ländereien an die Landesgrenze stößt.

*Warnung
gegen die Kin-
derpest in den
Kreisen Dieleko
und Lyck betr.
N. 118. 3.
2296. April.*

In Gemäßheit des §. 4 der Allerhöchsten Verordnung vom 27sten März 1836 bestimmen wir daher, was folgt:

- 1) auf der ganzen Landesgrenze des Kreises Dieleko und auf der Landesgrenze des Kreises Lyck von Gzminochen bis Prepiorken einschließlich wird aller und jeder Verkehr mit dem Königreich Polen bis auf weitere Anordnung hiemit untersagt;
- 2) wer diesem Verbote zuwider handelt, hat seine Bestrafung nach Maßgabe des §. 307 des Strafgesetzbuchs vom 14ten April 1831, wonach die Uebertretung mit Gefängniß bis zu 2 Jahren geahndet werden soll, zu gewärtigen;
- 3) die verbotswidrig eingebrachten Gegenstände werden mit Beschlagnahme belegt und wenn sie aus Vieh bestehen, sofort getödtet und verscharrt, die andern Gegenstände, deren Einbringung schon durch die Amtsblatts-Befugung vom 7ten November v. J. verboten ist, aber vernichtet.

Gumbinnen, den 28ten April 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

N 119. Dem Stahl-Fabrikanten Friedrich Krupp zu Essen ist unter dem 23ten April 1856 ein Patent:

auf eine nach vorgelegter Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthümlich erkannte Verbesserung in der Konstruktion der Kassetten, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

N 120. Dem Gutsbesitzer Dr. Friedrich v. Hagemow zu Greifswald ist unter dem 23ten April 1856 ein Patent:

*Patentertei-
lung.*

auf die Konstruktion eines Aderlaßschneppers, so weit dieselbe nach dem vorgelegten Probe-Instrumente als neu und eigenthümlich erkannt worden ist,

auf

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats erteilt worden.

Bekanntmachung der Königl. Ober-Post-Direktion zu Gumbinnen.

Bei der neu eingerichteten Personenpost zwischen Goldapp und Angerburg sind folgende N. 121.
 Orte als Aufnahmestellen für Reisende, welche der gedachten Post unterwegs zutreten wollen, festgesetzt worden:

Die neu eingerichtete Personenpost zwischen Goldapp und Angerburg betr.

1) von Goldapp nach Stötschen (vor dem Krüge)	1 Meile,
von Stötschen nach Judnaitzen (vor dem Krüge)	¼ Meile,
von Judnaitzen nach Jahn (vor dem Förster-Etablissement)	½ Meile,
von Jahn nach Surminnen (vor dem Krüge)	½ Meile,
von Surminnen nach Sperling (vor dem Krüge)	¼ Meile,
von Sperling nach Bengheim	¼ Meile
<hr/>	
Summa 2¼ Meilen.	
2) von Bengheim nach Popiollen (vor dem Gutshause)	1 Meile,
von Popiollen nach Gronden (vor dem Gutshause)	¼ Meile,
von Gronden nach Buddern (vor dem Krüge)	¼ Meile,
von Buddern nach Benzken (vor dem Krüge)	½ Meile,
von Benzken nach Angerburg	1 Meile,
<hr/>	
Summa 3 Meilen.	

Das reisende Publikum wird hiervon in Gemäßheit der Bestimmung im §. 31 des Reglements zum Gesetze über das Postwesen vom 31sten Juli 1852 in Kenntniß gesetzt.
 Gumbinnen, den 29sten April 1856.

Königliche Ober-Post-Direktion.

Personal = Chronik.

Dem bisherigen Pfarramtsverwalter zu Karlshagen Johann Eduard Riedelsberger ist die seither mit Kalliningen verbunden gewesene Pfarrstelle an der evangelischen Kirche zu Karlshagen in der Diözese Heydekrug, mit Beibehaltung des Präsentorats nunmehr definitiv verliehen worden.

Der Grundbesitzer Ernst Reuber zu Szameitschen, Kreis Gumbinnen, ist als Boniteur befristet und vereidigt worden.

Der Kaufmann M. Adam in Goldapp ist als Agent der Königl. Hagel-Versicherungsgesellschaft befristet worden.

Der

Der Kaufmann B. Riefewetter in Dillkallen ist als Agent der Königlich Hagel-Versicherungs-Gesellschaft beschäftigt worden.

Dem Fräulein Florentine Stantin, gegenwärtig zu Akenischken, Kirchspiels Road-juthen, Kreises Albst, ist die Befugniß beilegt, im diesseitigen Verwaltungsbezirk, Kindern gebildeter Familien Privatunterricht zu erteilen.

Dem Fräulein Bertha Petaux und dem Fräulein Laura Eoll in Ruß, Kreises Gey-bekrug, ist die Befugniß beilegt, im diesseitigen Verwaltungsbezirk Privat-Unterricht zu erteilen.

Hierzu der öffentl. Anzeiger Nr. 19.

Amtsblatt

N^o 20.

Gumbinnen, den 14ten Mai

1856.

Bekanntmachung der höhern Behörde.

Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei bis einschließlich sechs Jahren, sind in die: **N^o 122.**
fem Jahre, in dem Bezirke der Königl. Regierung zu Gumbinnen und den angrenzenden Be- **Den Remonte-**
reichen, nachstehende, Morgens 8 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden, und zwar: **Ankauf pro 1856**
betreffend.

den 23ten Juni in Mehlaulen,

- 27ten Juni in Zapiau,
- 30ten Juni in Wehlau,
- 4ten Juli in Insterburg,
- 5ten Juli in Sehlacken,
- 7ten Juli in Lengswethen
- 11ten Juli in Ragnit,
- 11ten August in Trempen,
- 2ten August in Darkehmen,
- 14ten August im Dorf Kattenau,
- 21ten August in Gumbinnen,
- 25ten August in Angerburg,
- 27ten August in Barten,
- 30ten August in Kinderhof bei Serdauen,
- 6ten September in Rossenburg,

den 8ten September in Löben,

- 9ten September in Widminnen,
- 10ten September in Eyck,
- 13ten September in Marggrabowa,
- 15ten September in Goldapp,
- 17ten September in Mehlflehen,
- 19ten September in Stallupönen,
- 22ten September in Schirwindt,
- 24ten September in Pilskalen,
- 26ten September in Lasbühren,
- 2ten Oktober in Plaszken,
- 4ten Oktober in Preußisch,
- 6ten Oktober in Kaulkehmen,
- 8ten Oktober in Heinrichswalde,
- 9ten Oktober in Elst.

Nur auf den zuerst genannten drei Märkten, so wie in Barten und Kinderhof, werden
die von der Militair-Kommission erkauften Pferde zur Stelle abgenommen und sofort
baar bezahlt.

Die Verkäufer auf den übrigen Märkten und die angrenzenden größern Herren Guts-
besitzer werden dagegen ersucht, die verkauften Pferde in die von der Kommission namhaft zu
machenden zunächst belegenen Remonte-Depots, auf eigene Kosten selbst einzuliefern und da-
selbst nach fehlerfreier Uebergabe der Pferde das behandelte Kaufgeld in Empfang zu nehmen.

Die erforderlichen Eigenschaften eines Remonte-Pferdes werden als hinlänglich bekannt,
vorausgesetzt und nur noch bemerkt, daß Pferde, deren Mängel den Kauf gesetzlich rückgängig
Amtsbl. Nr. 20. machen,

machen, und Reppenseher, welche sich als solche innerhalb der ersten zehn Tage herausstellen, dem früheren Eigentümer auf seine Kosten zurückgesandt werden.

Mit jedem erkauften Pferde sind eine neue starke Krense, eine Gurtbalster und zwei hantene Stricke, ohne besondere Vergütung, zu übergeben.

Berlin, den 17ten März 1856.

Kriegs-Ministerium, Abtheilung für das Remonte-Wesen.

gez. v. Dobened. Menckel. v. Begesack.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Den bäuerlichen Wirthen Parzanny und Nagel zu Cyperten, und Kuchenbeder zu Spiergßen, sind für die Entdeckung gerichtlich bestraster Baumfrevler Prämien bewilligt worden.

Gumbinnen, den 28sten April 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem Gendarm Berger in Goldapp ist für die Entdeckung eines gerichtlich bestrasten Baumfrevlers eine Prämie bewilligt worden.

Gumbinnen, den 2ten Mai 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Auf dem zum adelichen Gute Klein-Brynnhnen, Kirchspiels Trempen, Kreises Darkehmen, gehörigen, bereits abgehölzten Forstreviere Kowarren, ist ein neues Kornwerk entstanden, welches auf den Antrag des Besizers, Gutsbesizer v. Farenheid, den Namen „Tannenrode“ erhalten hat.

Gumbinnen, den 3ten Mai 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Auf Grund der §§. 11 und 12 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11ten März 1850 wird hierdurch für den Umfang der Kreise Ragnit, Dieklo und Lyd Folgendes verordnet:

- 1) Wer es unterläßt, Erkrankungen seines Viehstandes bei dem nächsten Distrikts-Aufseher resp. dem Landrathe selbst binnen 24 Stunden zur Anzeige zu bringen, und
- 2) wer Personen, welche aus den jenseits der völlig gesperrten Landesgrenze belegenen Gegenden (gegenüber dem Kreise Ragnit von Antschwenten bis zum Jura-Flusse, dem Kreise Dieklo und dem Kreise Lyd von Czymochen bis Precepierten) unmittelbar herüber gekommen sind, bei sich Aufnahme gewährt, oder ihr Einschleichen in die diesseitigen Staaten begünstigt,

verfällt in eine Polizeistrafe bis zu 5 Thalern oder im Unvermögensfalle angemessene Gefängnißstrafe.

Gumbinnen, den 6ten Mai 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachungen vom 24sten April und 27sten November 1852 und 27sten August 1853, so wie auf Grund des §. 19 des Rentenbank-Gesetzes vom 2ten

März

N. 123.
Prämienbewilligung betr.
N. d. S.
6860. April.

N. 124.
Prämienbewilligung betr.
N. d. S.
6442. April.

N. 125.
Ein neues Kornwerk
Gefallen betr.
N. d. S.
2896. März.

N. 126.
Polizei-Verordnung. Wop.
regeln zur Abwehr der Kinderpest betr.
N. d. S.
1860. Mai.

N. 127.
Betrifft die
Rente + Briefge.

März 1850, bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die Gebäude auf den uns rentepflichtigen Grundstücken, wenn von uns deren Versicherung gegen Feuergefahr verlangt wird und nicht eine Zwangspflicht zur Versicherung bei einer andern Gesellschaft besteht, außer bei den in den gedachten Bekanntmachungen genannten Feuer-Sozietäten und Versicherungs-Gesellschaften, auch noch bei der Feuer-Versicherungs-Gesellschaft „Deutscher Phönix“ in Frankfurt a. M. gegen Feuergefahr versichert werden dürfen. Königsberg, den 25ten April 1856. Königl. Direktion der Rentenkasse für die Provinz Preußen.

Möllner.

Personal - Chronik.

Dem ersten Sekretair und Bureau-Dirigenten des Königlich-konfistoriums der Provinz Preußen Johann Friedrich Rogge ist durch Allerhöchstes Königlich-konf. Patent vom 4ten April d. J. der Charakter eines Rechnungsraths beigelegt worden.

Der Kaufmann J. E. Schettler in Dorckheimen ist als Agent der schlesischen Feuer-Versicherungs-, der Lübecker Lebens-Versicherungs- und der Erfurter Hagelschaden-Versicherungs-Gesellschaft bestätigt worden.

Der Expeditur Gustav Sarow in Schmalleningken, Kreises Ragnit, ist als Agent der See-, Fluß- und Land-Transport-Versicherungs-Gesellschaft „Agrippina“ zu Köln be-
stätigt worden.

Der Apotheker Schenk in Kaufheimen, Kreises Niederung, ist als Agent der Magdeburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft bestätigt worden.

Dem Fräulein Emma v. Gabain aus Labiau ist die Befugniß beigelegt, im diesseitigen Verwaltungs-Bezirk als Hauslehrerin und Erzieherin zu fungiren.

Der Kaufmann Julius Magnus in Eyde ist als Agent der Kölnischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft „Colonia“ bestätigt worden.

Der Kaufmann A. G. Reimer in Gumbinnen ist als Agent der Kölnischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft „Colonia“ und der Kölnischen Hagel-Versicherungs-Gesellschaft be-
stätigt worden.

In Stelle des bisherigen Waldwärters Vietzsch ist der Waldwärter Posengies auf dem Belause Rinten der Oberförsterei Klooschen interimistisch angestellt worden.

Personal-Veränderungen im Departement des Appellationsgerichts zu Insterburg im Monat April 1856.

A. Beim Appellationsgericht:

Referendarius Thomafil, Behufs Uebertritts zur Polizei-Verwaltung, und
Auskultator Soburel, Behufs Uebergang zur Militär-Intendantur aus dem Justiz-Dienst
entlassen, endlich Aus-

Auskultator Lenz an das Appellationsgericht zu Königsberg versetzt.

B. Bei den Kreisgerichten:

Kreisgerichtsrath Förster in Elßit als Rath an das Appellationsgericht in Marienwerder versetzt,

die Kreisrichter Harder in Lyd, Pauly und Hassenstein in Ragnit, Bach in Schirwindt, Böhler in Kaulthmen, Schuster in Stallupönen, Pohl in Gumbinnen, Schaffer in Heinrichswalde, Simpson in Insterburg, v. d. Trenk in Norfitten und Kratz in Pilsallen zu Kreisgerichtsräthen, und

Gerichts-Assessor Benno Friedigern Weber zum Kreisrichter zu Sensburg ernannt;

Kreisgerichts-Sekretair und Kanzlei-Direktor Kühn in Gumbinnen gestorben,

dem Kreisgerichts-Sekretair und Kanzlei-Direktor Kieß in Ragnit der Charakter als Kanzlei-Rath, so wie

den Kreisgerichts-Sekretairen Boigt in Kaulthmen, Balloch in Johannisburg und Heilbronn in Pilsallen, der Kanzlei-Direktor-Eitel verliehen,

der Kreisgerichts-Salarienkassen-Assistent Reimer in Elßit zum Sekretair, Salarienkassen-Kontroleur und Sportel-Revisor beim Kreisgericht in Marggrabowa befördert und

der bisherige Hülfsgefangenwärter Stahlbaum als Gefangenwärter beim Kreisgericht in Goldapp definitiv angestellt.

Personal-Veränderungen im Bezirke der Königlichen Ober-Post-Direktion in Gumbinnen pro April 1856.

Der Vorsteher des Postamts in Gumbinnen, Postkassen-Kontroleur Wetke ist zum Postmeister ernannt worden.

Die Postexpeditoren Gutowski in Mierunken und Böller in Bilschicken sind ausgeschieden. Der Postexpeditur Schaad in Seidenburg ist gestorben. Der Wirtschaftsinспекtor v. Makrodt ist als Postexpeditur in Mierunken, der Rechnungsführer Eder als Postexpeditur in Nikolaiten und der Krugbesitzer Baschke als Postexpeditur in Rosengarten angestellt worden.

Der invalide Sergeant Kreuzberger ist bei dem hiesigen Postamte als Kondukteur bei der Gumbinnen-Rheiner Personenpost auf Kündigung angestellt worden.

Amtsblatt

N^o 21.

Gumbinnen, den 21sten Mai

1856.

Das 20ste und 21ste Stück der Gesefsammlung, welche den 16ten Mai d. J. in Berlin ausgegeben werden, enthalten: unter

N^o 128.
Inhalt der Gesefsammlung.

Nr. 4400 die Städte-Ordnung für die Provinz Westphalen, vom 19ten März 1856; unter

Nr. 4401 die Landgemeinde-Ordnung für die Provinz Westphalen, vom 19ten März 1856; unter

Nr. 4402 das Gesez, betreffend die Erhaltung der Einheit der Rechtsgrundsätze in den richterlichen Entscheidungen des Ober-Tribunals, vom 7ten Mai 1856; und unter

Nr. 4403 das Gesez, den Betrieb der Dampfkessel betreffend, vom 7ten Mai 1856.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

In unserer Polizei-Berordnung vom 29sten Juni 1854, abgedruckt im Amtsblatt pro 1854,

Nr. 235, pag. 216, betreffend die Einführung von Holz- und Bildprettattesten für einzelne Orte des platten Landes, ist in Folge eines Schreibfehlers unter 10 auch die Ortschaft Salleninken, Kirchspiels Lengwethen, Kreises Ragnit, aufgeführt; die gedachte Berordnung bezieht sich jedoch nicht auf diese Ortschaft, sondern auf den Marktflecken und Kirchort Schmaleningken, desselben Kreises, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

N^o 129.
Berichtigung der Polizei-Berordnung vom 29. Juni 1854 wegen Einführung von Holz- und Bildprettattesten.
G. M. S. B.
261. April.

Gumbinnen, den 5ten Mai 1856.

Königliche Regierung.

Diejenigen jungen Leute, welche zu Michaeli d. J. oder Ostern l. J. in das Königl. Russl. Institut zu Berlin einzutreten wünschen, werden hiermit aufgefordert, ihre Meldungen unter Beifügung der vorgeschriebenen Zeugnisse über die zu erfüllenden, nachstehend bezeichneten Bedingungen uns, und zwar so zeitig einzureichen, daß wir dieselben mit dem erforderlichen Gutachten versehen und zwei Monate vor dem Anfange des Winter- oder Sommerkursus dem Königl. Ministerio einsenden können.

N^o 130.
Beachtung im dem Königl. Russl. Institut zu Berlin.
G. M. S. B.
2308. April.

Die Bedingungen, welche der Aufnahme in dieses Institut zum Grunde liegen, sind folgende:

- 1) ein Alter von wenigstens 17 Jahren;
- 2) daß der Aufzunehmende entweder ein Gymnasium bis Sekunda besucht habe, oder mit dem Wahlsfähigkeits-Zeugniss aus einem Schullehrer-Seminar entlassen sei;
- 3) daß

Amtsbl. Nr. 21.

3) daß

- 3) daß er die nöthigen Vorkenntnisse in der Musik und die erforderliche Fertigkeit im Klavierspiel habe;
- 4) daß, obgleich sämtliche Unterrichtsgegenstände anentgeltlich ertheilt werden, derselbe die Kosten seines Aufenthalts in Berlin bestreiten könne; und
- 5) daß derselbe vor seiner Aufnahme in das Institut sich einer Prüfung des Direktors desselben unterziehe.

Außer den vorgenannten erforderlichen Attesten ist uns auch ein, von dem Aufnahme-Suchenden selbst verfaßter Lebenslauf mit kurzer Erwähnung seiner Erziehung und Bildung, sowohl in wissenschaftlicher als musikalischer Hinsicht einzureichen.

Der Lehrkursus selbst währt nur ein Jahr, von Ostern bis Ostern und Michali bis Michaeli; es kann jedoch nach Umständen auch eine zweijährige Theilnahme an dem Unterricht in der Anstalt gestattet werden, und bestehen die Lehrgegenstände desselben in:

- 1) Unterricht im Orgelspiel;
- 2) Vortrag über die Konstruktion der Orgel;
- 3) Unterricht im Klavierspiel;
- 4) Theorie der Musik, bestehend
 - a. in Harmonielehre,
 - b. in der Lehre vom doppelten Kontrapunkt und der Fuge;
- 5) Gesangsunterricht, und
- 6) Instrumental- und Vokal-Übungen zur Ausführung klassischer Musikwerke.

Die Zahl der ordentlichen Zöglinge des Instituts erstreckt sich auf 20; es kann jedoch mit Genehmigung des Königl. Ministeriums noch 6 angehenden Musikern, die nicht zu Organisten und Kantoren sich ausbilden wollen, die Theilnahme an den theoretischen Sektionen gestattet werden. Gumbinnen, den 6ten Mai 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern

Auf Grund des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11ten März, 1850 wird unter Bezugnahme auf die §§. 4 und 6 des Regulativs über den Gewerbebetrieb im Umherziehen vom 28ten April 1824 (Gesetzsammlung pro 1824, pag. 125 et seq.) für den Umfang des diesseitigen Regierungsbezirks Folgendes hiermit festgesetzt:

- 1) Wer selbstgewonnene Produkte und selbstverfertigte Waaren, welche zu Varen gehören, die Jedermann auf Wochenmärkten feil halten darf, auch außer seinem Wohnorte in dem zweimeiligen Umkreise desselben zum feilen Verkaufe umhertragen oder schenken will, ohne einen Gewerbeschein zu besitzen; ferner, wer in gleicher Weise außerhalb seines Wohnortes gewerbescheinfrei in der zweimeiligen Umgegend desselben umherreisen

N. 131.
Polizeibehörde
Betreffend den
gewerblichen
Verkehr im zwei-
meiligen Um-
kreise des Wohn-
ortes.

G. Z.
4926. April.

sen will, am Waaren der in §. 14, Nr. 1 des erwähnten Regulatives gedachten Art von den Produzenten zum Wiederverkauf zu erheben, oder um als Gewerbetreibender nach §. 6 l. c. gewerbesteuerliche Waarenbestellungen zu suchen, bedarf hiezu eines kreispolizeilichen Legitimationscheins.

- 2) Diese Legitimation ist in der in dem Amtsblatte-Publikande vom 9ten Januar 1840 (Amtsblatt pro 1840, Stück 4) bezeichneten Weise für den zweimelligen Umkreis zu ertheilen.
- 3) Wer ohne eine solche Legitimation Handlungen der ad. 1 erwähnten Art vornimmt oder von den Bedingungen der kreispolizeilichen Erlaubniß abweicht, verfällt in eine Polizeistrafe bis zum Betrage von zehn Thalern oder beim Unvermögen in verhältnißmäßige Gefängnißstrafe.

Gumbinnen, den 8ten Mai 1856.

Königliche Regierung.

Gefetz, betreffend die Forterhebung eines Zuschlages zur klassifisirten Einkommensteuer, zur Klassensteuer und zur Mahl- und Schlachtsteuer.

Vom 15ten April 1856.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u., verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

§. 1. Der auf Grund des Gesetzes vom 20sten Mai 1854, Nr. 4027 (Gesetz-Sammlung S. 314) bis zum 1sten April 1856 genehmigte Zuschlag von 25 Prozent zur klassifisirten Einkommensteuer, zur Klassensteuer und zur Mahl- und Schlachtsteuer wird bis zum 1sten Januar 1857 forterhoben.

§. 2. Der Finanz-Minister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insignel. Gegeben Charlottenburg, den 15ten April 1856.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

v. d. Heydt. Simons. v. Raumer. v. Westphalen. v. Bodelschwingh.
Graf v. Waldersee.

Für den Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten,
v. Mantuffel.

Vorliegendes Gesetz wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß hiernach die Forterhebung des Zuschlages qu. bis zum 1sten Januar 1857 von uns angeordnet worden ist. Gumbinnen, den 13ten Mai 1856.

Königliche Regierung,

Abtheilung für die Verwaltung der direkten Steuern, Domänen und Forsten.

Das

N 132
Wegen Forter-
hebung des Zu-
schlages von
25 Prozent
zur klassifisirten
Einkommen-
steuer, zur Klas-
sensteuer und zur
Mahl- und
Schlachtsteuer bis
zum 1. Jan. 1857.
S. 2.
4334. Wst.

N. 133. Das dem Maurermeister A. Silbermann zu Breslau unterm 2ten April v. J. ertheilte Patent-Ausbe-
 Patent-Ausbe-
 ung. Patent:

auf eine Hülfsmaschine für Satinierwerke zur Bildung der Pade,
 ist erloschen.

Bekanntmachung anderer Behörden.

N. 134. Die nach unserer Bekanntmachung vom 13ten November 1851 im April abzuhaltende
 Das Schwur-
 gerichte zu Tüft
 betreffend. Sitzung des Schwurgerichts zu Tüft für das zweite Quartal wird, weil durch den Eisgang,
 beziehungsweise hohen Wasserstand Geschworne und Zeugen mehrfach verhindert worden sind,
 in derselben zu erscheinen, für die Folge statt im April im Mai stattfinden.

Insterburg, den 6ten Mai 1856.

Königl. Appellationsgericht.

Personal - Chronik.

Dem seitherigen Predigt-Amts-Kandidaten und Rektor zu Schippenbeil, Johann Eduard Siebert, ist die erledigte provisorische Hülfspredigerstelle an der in der Pfarodie Trempen, Kreises Darkehmen, neu zu begründenden evangelischen Kirchen-Anstalt zu Groß-Carpoven verliehen worden.

Dem Lehrer Kerner bei der Schule zu Raubonatschen, Kirchspiels Kraupischken, Kreises Ragnit, ist das durch Todesfall erledigte Präzeptorat zu Lengwethen, Kreises Ragnit, übertragen worden.

Der Grundbesitzer Friedrich Kaminski aus Collogienen ist als Schiedsmann für das Kirchspiel Preitschendorf, Kreises Sensburg, gewählt und bekräftigt worden.

Ereign der öffentl. Anzeiger Nr. 21.

Druck von Fr. Krausmed.

Amtsblatt

N^o 22.

Gumbinnen, den 28ten Mai

1856.

Das 22ste Stück der Gesetz-Sammlung, welches den 21sten Mai d. J. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

N^o 135.
Inhalt der Gesetz-Sammlung.

Nr. 4404 das Gesetz, betreffend die Aufhebung des Artikels 88 der Verfassungs-Urkunde vom 31sten Januar 1850, vom 30sten April 1856; und unter

Nr. 4405 das Gesetz, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für 1856, vom 14ten Mai 1856.

Das 23ste und 24ste Stück der Gesetz-Sammlung, welche den 24sten Mai d. J. in Berlin ausgegeben sind, enthalten: unter

Nr. 4406 das Gesetz, die Bewilligung einer Zinsgarantie für das Anlagekapital der Ruhr-Eieg-Eisenbahn betreffend, vom 30sten April 1856; unter

Nr. 4407 das Gesetz, betreffend die Verminderung der unverzinslichen Staatsschuld um fünfzehn Millionen Thaler so wie die Ausgabe verzinslicher Staatsschuld-Verschreibungen über 16,598,000 Thaler, vom 7ten Mai 1856; unter

Nr. 4408 das Gesetz wegen Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen der Bank-Ordnung vom 5ten Oktober 1846, vom 7ten Mai 1856; unter

Nr. 4409 den Allerhöchsten Erlaß vom 7ten Mai 1856, betreffend die Bestimmung, daß die Direktoren der Bergämter zur vierten Rangklasse der höheren Provinzial-Beamten (der Ober-Bergräthe) gehören sollen; unter

Nr. 4410 den Allerhöchsten Erlaß vom 14ten April 1856, betreffend die Erhebung der Schiffsabgaben auf der Deime und dem großen und kleinen Friedrichsgraben; und unter

Nr. 4411 das Gesetz, betreffend die Uebernahme einer Zinsgarantie für das Anlage-Kapital einer Eisenbahn von Stargard über Belgard nach Ködlin, mit einer Zweigbahn nach Kolberg, vom 15ten Mai 1856.

Bekanntmachung der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Von den Kreisständen des Kreises Johannisburg sind:

- 1) zum Direktor des Kuratorii der dortigen Kreis-Sparkasse der Landrath v. Hippel, zu dessen Stellvertreter der Staats-Anwalt Malm;
- 2) zu Beisitzern des Kuratorii der Pfarrr Schulz zu Johannisburg und der Gutsbesitzer Mer auf Pogobien, so wie zu deren Stellvertretern der Prediger Ebel zu Johannisburg und der Gutsbesitzer Arends auf adl. Kessel,

N^o 136.
Betrifft die Mitglieder-Wahl des Kuratorii der Johannisburger Kreis-Sparkasse.
Z. d. J. 384. Mal.

Köpenh. Nr. 22.

gewählt,

gewählt, und von uns auf 1 Jahr befristet worden, was wir in Gemäßheit der Bestimmung im §. 5 des Allerhöchsten Befristungsstatuts der vorgedachten Kreis-Sparkasse hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen. Gumbinnen, den 15ten Mai 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Bekanntmachung des Königl. Provinzial-Steuer-Direktors.

Nr. 137.
Betrifft die
vorschriftsmäßige
Anmeldung der
Tabackspflan-
zungen.

In Folge der Allerhöchsten Kabinettsordre vom 25ten März 1828 und der Anweisung des Herrn General-Direktor der Steuern vom 30sten August ej. a. werden der Besitzer und Inhaber von Tabackspflanzungen zu sechs und mehr Quadratrußen an die gesetzlich vor Ablauf des Monats Juli abzugebende Anmeldung der bepflanzten einzelnen Flächen nach Lage und Größe hierdurch erinnert, wobei ich darauf aufmerksam mache, daß das desfalls zu beobachtende Verfahren in den Amtsblattsbekanntmachungen vom 1sten Juni 1829 und 24ten Juni 1837 näher angegeben ist. Namentlich mache ich wiederholt bemerkl, daß die Ausfüllung des Deklarations-Blanquets und dessen Bescheinigung durch den Gemeinde-Beamten nicht genügt, daß diese beglaubte Anmeldung vielmehr dem die Steuer erhebenden Steuer- oder Zollamte des Bezirks gegen Empfangs-Bescheinigung abzugeben ist.

Unterlassung der rechtzeitigen Uebergabe der Deklaration und Unrichtigkeit derselben ziehen die im §. 7 der erwähnten Allerhöchsten Kabinettsordre angeordnete Strafe nach sich, welche ich im Interesse der deklarationspflichtigen Bewohner der Provinz gern vermeiden sehen möchte und darum alle Betheiligten ersuche, zur rechten Zeit und mit der erforderlichen Vorsicht dem in Erinnerung gebrachten Gesetze zu genügen.

Königsberg, den 22ten Mai 1856.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

In Vertretung: Der Ober-Regierungs-Rath Boigtel.

Bekanntmachung anderer Behörden.

Nr. 138.
Betrifft die
am 2ten Mai
1856 Befestigung
des öffentlichen
Verlaufs von
Rentenbriefen.

In der nach den Bestimmungen der §§. 39, 41 und 47 des Gesetzes vom 2ten März 1850 und nach unserer Bekanntmachung vom 2ten d. M. heute stattgefundenen öffentlichen Verlosung von Rentenbriefen, sind folgende Apoinis gezogen worden:

Litt. A. zu 1000 Rthlr. Nr. 97. 173. 357. 618. 859. 1104. 1304. 1533. 1920. 2508. 2717. 3132. 3245.

Litt. B. zu 500 Rthlr. Nr. 165. 486. 504. 915.

Litt. C. zu 100 Rthlr. Nr. 222. 355. 408. 629. 687. 727. 1472. 1591. 1650. 1723. 1900. 1963. 2036. 2246. 2742. 3790. 3810. 3984.

Litt. D. zu 25 Rthlr. Nr. 194. 300. 371. 420. 628. 644. 888. 1231. 1411. 1631. 2269. 2282.

Litt. E. zu 10 Rthlr. Nr. 210. 319. 372. 377. 577. 703. 740. 1202. 1425. 1452. 1505. 1518. 1563. 1650. 1659. 2398. 2656. 2816. 2877. 2912. 2944. 3054. 3148. 3254. 3371.

Die

Die Inhaber werden aufgefordert, gegen Quittung und Einlieferung dieser Rentenbriefe nebst den dazu gehörigen Coupons Serie I. Nr. 13 bis inkl. 16 den Nennwerth der ersten von unserer Kasse hieselbst, Poststraße Nr. 15, vom 1sten Oktober d. J. ab in den Werktagen von 9 bis 12 Uhr Vormittags in Empfang zu nehmen.

Von dem vorgebachten Tage ab hört die Verzinsung der ausgelassenen Rentenbriefe auf.

Der Werth der etwa nicht mit eingelieferten Coupons wird bei der Auszahlung vom Kapitale in Abzug gebracht.

Gleichzeitig werden die Inhaber folgender, bereits früher ausgelassener Rentenbriefe und zwar:

a) Aus dem Fälligkeits-Termin den 1sten April 1852.

Litt. C. Nr. 261 über 100 Rthlr.; Litt. D. Nr. 53 über 25 Rthlr.

b) Aus dem Fälligkeits-Termin den 1sten Oktober 1852.

Litt. A. Nr. 321 über 1000 Rthlr.; Litt. C. Nr. 73 über 100 Rthlr.; Litt. C. Nr. 973 über 100 Rthlr.; Litt. E. Nr. 481 über 10 Rthlr.; Litt. E. Nr. 538 über 10 Rthlr.

c) Aus dem Fälligkeits-Termin den 1sten April 1853.

Litt. A. Nr. 376 über 1000 Rthlr.; Litt. E. Nr. 983 über 10 Rthlr.; Litt. E. Nr. 1063 über 10 Rthlr.

d) Aus dem Fälligkeits-Termin den 1sten Oktober 1853.

Litt. D. Nr. 365 über 25 Rthlr.; Litt. D. Nr. 783 über 25 Rthlr.; Litt. E. Nr. 291 über 10 Rthlr.; Litt. E. Nr. 903 über 10 Rthlr.; Litt. E. Nr. 1333 über 10 Rthlr.

e) Aus dem Fälligkeits-Termin den 1sten April 1854.

Litt. A. Nr. 766 über 1000 Rthlr.; Litt. C. Nr. 979 über 100 Rthlr.; Litt. C. Nr. 1083 über 100 Rthlr.; Litt. C. Nr. 1129 über 100 Rthlr.; Litt. C. Nr. 1729 über 100 Rthlr.; Litt. D. Nr. 147 über 25 Rthlr.; Litt. D. Nr. 466 über 25 Rthlr.; Litt. D. Nr. 1105, über 25 Rthlr.; Litt. D. Nr. 1487 über 25 Rthlr.; Litt. E. Nr. 1477 über 10 Rthlr.

wiederholt aufgefordert, den Nominalwerth derselben, nach Abzug des Betrages der inzwischen etwa eingelassen, nicht mehr fälligen Coupons, zur Vermeldung weiteren Zinsverlustes und künftiger Verjährung, von unserer Kasse unverweilt in Empfang zu nehmen.

Wegen der Verjährung der ausgelassenen Rentenbriefe verweisen wir auf die Bestimmungen des §. 44 l. c. Königsberg, den 22sten Mai 1856.

Königl. Direction der Rentenbank für die Provinz Preußen,

Möllner.

Verhandelt Königsberg, den 22sten Mai 1856, bei der Königl. Direction der Rentenbank für die Provinz Preußen.

Nach Vorschrift der §§. 46 bis 48 des Rentenbank-Gesetzes vom 2ten März 1850 und des §. 42 des Geschäfts-Anweisung für die Königl. Directionen der Rentenbanken vom 12ten Juli 1850.

Nr. 139.
Betrifft die
den 12ten
1850 festgesetzten
Zins

der Vernichtung
aufgebrochen und
bezahlter Renten-
briefe.

Juli 1850 sollen heute bei Gelegenheit der zehnten Ausloosung der Rentenbriefe, die früher ausgelooften und bezahlten Rentenbriefe nebst den mit diesen zurückgelieferten, nicht mehr fälligen Coupons vernichtet werden.

Die zu vernichtenden Papiere sind in dem aufgestellten, vorschriftsmäßig attestirten Verzeichnisse nachgewiesen und gelangen nach demselben zur Vernichtung:

- | | |
|---------------------------|-------------------------------------|
| 1) Litt. A. à 1000 Rthlr. | 9 Stück Rentenbriefe nebst Coupons. |
| 2) Litt. B. à 500 „ | 3 „ „ „ „ |
| 3) Litt. C. à 100 „ | 9 „ „ „ „ |
| 4) Litt. D. à 25 „ | 1 „ „ „ „ |
| 5) Litt. E. à 10 „ | 11 „ „ „ „ |

in Summa 33 Stück.

Diese Rentenbriefe und Coupons wurden in Gegenwart der von der Provinzial-Ber-
tretung gewählten Deputirten, des Herrn Geheimen Kommerzien-Raths Bittrich von hier,
des Herrn Landschafts-Raths Sacksen von Groß-Karschau, so wie des zugezogenen Rechts-
anwalts und Notars Herrn v. Hippel, durch Feuer vernichtet, was von den Unterzeichneten
durch Vollziehung dieser ihnen vorgelesenen und von ihnen genehmigten Verhandlung
attestirt wird.

gez. Bittrich. Sacksen. v. Hippel.

a. u. a.

gez. Müllner. Hohenfeldt. Hermenau.

N 140.

Betrifft die
Zusicherung an
Militair-Invali-
den zur Erhaltung
beim An-
stellung als Land-
briefträger und
Postfußboten.

Invalide Militair-Personen, welche sich im Besitze eines Civil-Bersorgungscheins befinden
und als Landbriefträger oder Postfußboten angenommen zu werden wünschen, werden auf-
gefordert, sich zur Notirung für derartige auf Kontrakt zu vergebende Stellen bei der näch-
sten Post-Anstalt des hiesseitigen Bezirks zu melden. Mit den vorausgeführten Stellen ist
für gewöhnlich eine Eöhnung von 100 bis 120 Thalern jährlich verbunden, auch ist da-
bei die Erstellung einer Kaution von 50 Rthlr. in Staatspapieren erforderlich, welche unter
Umständen durch monatliche Eöhnungs-Abzüge gebildet werden kann. Diejenigen Militair-
Versorgungsberechtigten, welche vorläufig eine Beschäftigung als kontraktliche Diener über-
nehmen, vergeben sich dadurch keineswegs den Anspruch auf Erlangung einer Post-Unterbeam-
tenstelle, vorausgesetzt, daß sie zu einer solchen qualifizirt befunden und notirt sind.

Gumbinnen, den 15ten Mai 1856.

Königl. Ober-Post-Direktion.

Hierzu der öffentl. Auzelger Nr. 22.

Druck von Fr. Krausened.

Amtsblatt

Nr. 23.

Gumbinnen, den 4ten Juni

1856.

Das 25ste Stück der Gesetz-Sammlung, welches den 29sten Mai d. J. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

Nr. 141.
Inhalt der Gesetz-Sammlung.

- Nr. 4412 das Gesetz, betreffend die Abänderung des Artikels 42 und die Aufhebung des Artikels 114 der Verfassungs-Urkunde vom 31sten Januar 1850, vom 14ten April 1856; unter
- Nr. 4413 das Gesetz, betreffend die ländlichen Ortsobrigkeiten in den sechs östlichen Provinzen der Preussischen Monarchie, vom 14ten April 1856; unter
- Nr. 4414 das Gesetz, betreffend die Landgemeinde-Verfassungen in den sechs östlichen Provinzen der Preussischen Monarchie, vom 14ten April 1856; unter
- Nr. 4415 den Allerhöchsten Erlaß vom 21sten April 1856, betreffend die Genehmigung der von dem General-Landtage der schlesischen Landschaft wegen Abänderung der Regulative vom 13ten November 1848 und 11ten Mai 1849 u. gefaßten Beschlüsse; unter
- Nr. 4416 die Bekanntmachung, betreffend die unter dem 14ten April 1856 erfolgte Allerhöchste Bestätigung der Statuten der Aktiengesellschaft unter dem Namen: „Schlesische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft Vulkan“, mit dem Domizil zu Beuthen in Oberschlesien, vom 24sten April 1856; unter
- Nr. 4417 die Bekanntmachung über die unterm 14ten April 1856 erfolgte Allerhöchste Bestätigung des Statuts des Aktienvereins zum kaufseemäßigen Ausbau der Straße von Dhlau nach Strehlen vom 24sten September 1853, vom 25sten April 1856; und unter
- Nr. 4418 die Bekanntmachung, betreffend die unterm 14ten Januar 1856 erfolgte Allerhöchste Bestätigung der Statuten einer Aktiengesellschaft unter dem Namen: „Bergbau-Gesellschaft Holland“, mit dem Domizil zu Wattencheid, vom 27sten April 1856.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Das Departements-Erbschaftsgeschäft wird in diesem Jahre für den hiesigen Bezirk an folgenden Tagen stattfinden:

Amtsbl. Nr. 23.

Nr. 142.
Das Departements-Erbschaftsgeschäft

den

schäft für das
Jahr 1856 betr.
L. N. 3.
2218. März.

- den 30sten Juni in Tilsit,
- 2ten Juli in Kaufbeuren,
- 4ten Juli in Hertenberg,
- 8ten Juli in Heinrichswalde,
- 9ten Juli in Ragnit,
- 11ten Juli in Pillkallen,
- 12ten Juli in Stallupönen,
- 14ten Juli in Gumbinnen,
- 16ten Juli in Insterburg.

- den 18ten Juli in Danneberg,
- 19ten Juli in Goldapp,
- 21ten Juli in Diekso,
- 23ten Juli in Lyd,
- 25ten Juli in Eöhen,
- 26ten Juli in Angerburg,
- 29ten Juli in Sensburg,
- 31ten Juli in Johannisburg.

Gumbinnen, den 4ten April 1856.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 143.
Betrifft die im
Tilsiter Wochen-
blatt enthaltene
falsche Mitthei-
lung, über den
verrückten
Werth der Fried-
richsd'ore.
1148. P. 6.

Das Tilsiter gemeinnützige Wochenblatt vom Sonnabend den 12ten April d. J., Nr. 44, enthält unter der Rubrik „Eingefandt“ eine Mittheilung für das Publikum über den verschiedenen Werth der Friedrichsd'ore bei Annahme in den königlichen und kommunalkassen worin es heißt:

„Nach einer Cirkular-Verfügung, die wir nicht allegiren können, sind diese Goldstücke aus den Jahren 1754, 1758, 1760 und 1761 ohne Werth; die des Jahres 1759 gelten nur 1 Rthlr. 15 Sgr., 1766 gilt 1 Rthlr. 22 Sgr. 6 Pf.; die Friedrichsd'ore von 1755, 1757, 1764 und 1765 werden zu 3 Rthlr. 10 Sgr. angenommen; aus den Jahren 1750 und 1751 gelten sie 5 Rthlr. 12 Sgr. 6 Pf.; die übrigen werden mit 5 Rthlr. 20 Sgr. berechnet.“

Zur Berichtigung dieser gänzlich falschen Mittheilung und um das Publikum vor Täuschungen zu bewahren, setzen wir uns veranlaßt, Folgendes bekannt zu machen:

Nach dem Münzdekret vom 29sten März 1764 sind nur diejenigen in den Jahren 1755, 1756, 1757 und 1759 geprägten Friedrichsd'ore, welche in dem gedachten Dekret mit „Neuz“, später aber vom Publikum mit „Mittel-Friedrichsd'ore“ bezeichnet wurden und da sie längst eingezogen sind, nur noch höchst selten in einzelnen Exemplaren vorkommen, nicht als vortheilhaftig zu betrachten und sollen nur zu dem festgesetzten Werthe von 3 Rthlr. 10 Sgr. 9 Pf. Gold oder 3 Rthlr. 27 Sgr. Courant angenommen werden.

Sämmtliche andern Preussischen Friedrichsd'ore von allen übrigen Jahrgängen, haben, wenn sie nicht etwa falsch, oder beschnitten oder sonst sichtbar in ihrem Gewichte verkürzt sind, den vollen gesetzlichen Werth von 5 Rthlr. 20 Sgr. und werden zu demselben in allen königlichen und öffentlichen Kassen angenommen.

Die absichtlich falsche und ohne Sachkenntniß gefertigte Tarification in dem oben bezeichneten Inserat des Tilsiter gemeinnützigen Wochenblattes erheißt übrigens daraus, daß

Grise

Friedrichsdore mit den Jahreszahlen 1760 und 1761, welche sich in jenem Tarif aufgeführt finden, gar nicht geprägt sind. Gumbinnen, den 26ten April 1856.

Königliche Regierung.

Die Kinderpest in einigen benachbarten Gegenden Polens und Russlands macht fernere umfassende Vorsichtsmaßregeln nothwendig. Wir verordnen demnach, daß, auch im Monate Juni die Vieh- und Pferdemärkte in unserm ganzen Bezirke nicht stattfinden dürfen.

Gumbinnen, den 27ten Mai 1856. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

N 144.
Die Kinderpest
betroffend.
Z. d. S.
2110. Wst.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Auf Grund des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11ten März 1850 wird hiermit nachstehende Polizei-Verordnung erlassen.

Jeder Feldgarten-Besitzer oder Pächter ist verpflichtet, für die Einzäunung seines Gartens während der Zeit, in welcher die Aeder bestellt ist, zu sorgen und haben diese Pflicht nicht nur diejenigen, deren Gärten an der Landstraße, sondern auch diejenigen, deren Gärten zwischen andern Gärten liegen. Zur Vereinfachung der Sache und zur Ersparung der Kosten ist deshalb um die ganze Gartenfläche ein Zaun zu ziehen, zu dessen Herstellung und Unterhaltung Jeder nach Verhältniß der Größe seines Gartens beizutragen hat.

Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift wird mit einer Geldstrafe bis zu 3 Rthlr. oder verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe beahndet werden. Angerburg, den 23ten Mai 1856.

Der Magistrat.

In der nach den Bestimmungen der §§. 39, 41 und 47 des Gesetzes vom 2ten März 1850 und nach unserer Bekanntmachung vom 2ten d. M. heute stattgefundenen öffentlichen Verloosung von Rentenbriefen, sind folgende Apoints gezogen worden:

Litt. A. zu 1000 Rthlr. Nr. 97. 173. 357. 618. 859. 1104. 1304. 1533. 1920. 2508. 2717. 3132. 3245.

Litt. B. zu 500 Rthlr. Nr. 165. 486. 504. 915.

Litt. C. zu 100 Rthlr. Nr. 222. 355. 408. 629. 687. 727. 1472. 1591. 1650. 1723. 1900. 1963. 2036. 2246. 2742. 3790. 3810. 3984.

Litt. D. zu 25 Rthlr. Nr. 194. 300. 371. 420. 628. 644. 888. 1231. 1411. 1631. 2269. 2282.

Litt. E. zu 10 Rthlr. Nr. 210. 319. 372. 377. 577. 703. 740. 1202. 1425. 1452. 1505. 1518. 1563. 1650. 1658. 2398. 2656. 2816. 2877. 2912. 2944. 3054. 3148. 3254. 3371.

Die Inhaber werden aufgefordert, gegen Quittung und Einlieferung dieser Rentenbriefe nebst

N 146.
Bezieht sich
auf den Mai
1856 stattgefun-
dene öffentliche
Verloosung von
Rentenbriefen.

nebst den dazu gehörigen Coupons Serie I. Nr. 13 bis inkl. 16 den Nennwerth der ersteren von unserer Kasse hieselbst, Poststraße Nr. 15, vom 1sten Oktober d. J. ab in den Wochentagen von 9 bis 12 Uhr Vormittags in Empfang zu nehmen.

Von dem vorgedachten Tage ab hört die Verzinsung der ausgelassenen Rentenbriefe auf.

Der Werth der etwa nicht mit eingelefertten Coupons wird bei der Auszahlung vom Kapitale in Abzug gebracht.

Gleichzeitig werden die Inhaber folgender, bereits früher ausgelassener Rentenbriefe und zwar:

- a) Aus dem Fälligkeits-Termin den 1sten April 1852.
Litt. C. Nr. 261 über 100 Rthlr.; Litt. D. Nr. 53 über 25 Rthlr.
- b) Aus dem Fälligkeits-Termin den 1sten Oktober 1852.
Litt. A. Nr. 321 über 1000 Rthlr.; Litt. C. Nr. 73 über 100 Rthlr.; Litt. C. Nr. 973 über 100 Rthlr.; Litt. E. Nr. 481 über 10 Rthlr.; Litt. E. Nr. 538 über 10 Rthlr.
- c) Aus dem Fälligkeits-Termin den 1sten April 1853.
Litt. A. Nr. 376 über 1000 Rthlr.; Litt. E. Nr. 983 über 10 Rthlr.; Litt. E. Nr. 1063 über 10 Rthlr.
- d) Aus dem Fälligkeits-Termin den 1sten Oktober 1853.
Litt. D. Nr. 365 über 25 Rthlr.; Litt. D. Nr. 783 über 25 Rthlr.; Litt. E. Nr. 291 über 10 Rthlr.; Litt. E. Nr. 903 über 10 Rthlr.; Litt. E. Nr. 1333 über 10 Rthlr.
- e) Aus dem Fälligkeits-Termin den 1sten April 1854.
Litt. A. Nr. 766 über 1000 Rthlr.; Litt. C. Nr. 979 über 100 Rthlr.; Litt. C. Nr. 1083 über 100 Rthlr.; Litt. C. Nr. 1129 über 100 Rthlr.; Litt. C. Nr. 1729 über 100 Rthlr.; Litt. D. Nr. 147 über 25 Rthlr.; Litt. D. Nr. 466 über 25 Rthlr.; Litt. D. Nr. 1105, über 25 Rthlr.; Litt. D. Nr. 1487 über 25 Rthlr.; Litt. E. Nr. 1477 über 10 Rthlr.

wiederholt aufgefördert, den Nominalwerth derselben, nach Abzug des Betrages der inzwischen etwa eingelösten, nicht mehr fälligen Coupons, zur Vermeidung weiteren Binsverlustes und künftiger Verzählung, von unserer Kasse unverweilt in Empfang zu nehmen.

Begen der Verzählung der ausgelassenen Rentenbriefe verweisen wir auf die Bestimmungen des §. 44 l. c. Königsberg, den 22sten Mai 1856.

Königl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Preußen,
Müllner.

Hierzu der öffentl. Anzeiger Nr. 22.

Druck von H. Krausened.

Amtsblatt

N^o 24.

Gumbinnen, den 11ten Juni

1856.

Das 26ste Stück der Gesefsammlung, welches den 2ten Juni 1856 in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

N 147.
Inhalt der Gesefsammlung.

Nr. 4419 die Befätigungs-Urkunde, betreffend die Errichtung einer Aktiengesellschaft unter dem Namen „Königliche Maschinenbau-Aktiengesellschaft,“ mit dem Domicil zu Köln, vom 30sten April 1856.

Das 27ste Stück der Gesefsammlung, welches den 6ten Juni 1856 in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

Nr. 4420 den Freundschafts-, Handels- und Schiffahrts-Vertrag mit der Republik Mexiko, vom 10ten Juli 1835, ratifizirt am 31sten Dezember 1835; unter

Nr. 4421 den Allerhöchsten Erlaß vom 30sten April 1856, betreffend die Verleihung des Expropriationsrechts für den Bau der Dppeln-Tarnowitzer Eisenbahn, und unter

Nr. 4422 das Gesez, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Kreuz über Landsberg a. B. und Küstrin nach Frankfurt a. O. und einer Eisenbahn von Saarbrücken einerseits nach Trier und andererseits bis zur Großherzoglich Luxemburgischen Grenze bei Wasserbillig in der Richtung auf die Stadt Luxemburg, vom 7ten Mai 1856.

Bekanntmachungen der höheren Behörden.

Zur Ergänzung des mit der Bekanntmachung vom 31sten Dezember 1853 veröffentlichten Verzeichnisses derjenigen Straßen und Abfertigungsstellen, welche beim Verkehr mit Branntwein und Bier nach und von Hannover inne zu halten sind, wird bekannt gemacht, daß die Eisenbahnstrecke von Ründe bis Welle zur Ueberfuhr der bezeichneten Gegenstände eröffnet worden ist und zu Ründe und Welle Abfertigungsstellen errichtet sind.

N 148.
Die Eröffnung der Eisenbahnstrecke von Ründe bis Welle zur Ueberfuhr von Branntwein und Bier nach und von Hannover.

Berlin, den 23sten Mai 1856.

Der Finanzminister v. Bodelschwingh.

Nachdem durch das Gesez vom 26sten März d. J. angeordnet, daß die Verordnung vom 30sten April 1847 über die Bildung eines Ehrenraths unter den Justiz-Kommissarien und Notarien auch beim Königl. Ober-Tribunal zur Anwendung kommen soll, sind am 24ten d. M. zu Mitgliedern des Ehrenraths unter den Rechtsanwälten des Königl. Ober-

N 149.
Betreffend den von den Rechtsanwälten des Königl. Ober-Tribunals gewählten Ehrenrath.

Amtbl. Nr. 24.

Tribunals:

Tribunale: 1) der Justizrath Rost, 2) der Justizrath Wagner I., 3) der Justizrath Ismer, 4) der Justizrath Reusche, 5) der Rechtsanwalt Dorn, und zu deren Stellvertretern: 1) der Justizrath Strohn, 2) der Justizrath Simson, gewählt worden.

Demnächst hat der Ehrenrath zu seinem Vorsitzenden: den Justizrath Reusche gewählt.

Dies wird in Gemäßheit des §. 26 der Verordnung vom 30sten April 1847 hierdurch öffentlich bekannt gemacht. Berlin, den 26sten Mai 1856

Der Erste Präsident des Königl. Ober-Tribunals,
Staats-Minister Uhden.

N. 150.
Den Remonte-
Anlauf pro 1855
betreffend.

Zum Anlaufe von Remonten im Alter von drei bis einschließlich sechs Jahren, sind in diesem Jahre, in dem Bezirke der Königl. Regierung zu Gumbinnen und den angrenzenden Bezirken, nachstehende, Morgens 8 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden, und zwar:

- den 23sten Juni in Wehlauken,
- 27sten Juni in Lapiau,
- 30sten Juni in Wehlau,
- 4ten Juli in Insterburg,
- 5ten Juli in Seßlacken,
- 7ten Juli in Lengwerthen
- 11ten Juli in Ragnit,
- 1sten August in Trempen,
- 2ten August in Darkehmen,
- 14ten August im Dorf Rattenau,
- 21sten August in Gumbinnen,
- 25sten August in Angerburg,
- 27sten August in Barten,
- 30sten August in Kinderhof bei Gerdauen,
- 6ten September in Rastenburg,

- den 8ten September in Bögen,
- 9ten September in Widminnen,
- 10ten September in Lyck,
- 13ten September in Marggrabowa,
- 15ten September in Goldapp,
- 17ten September in Mehlskehmen,
- 19ten September in Stalupönen,
- 22sten September in Schirwindt,
- 24sten September in Willkallen,
- 26sten September in Lasbehnen,
- 2ten Oktober in Plaschen,
- 4ten Oktober in Prüfals,
- 6ten Oktober in Rauhkehmen,
- 8ten Oktober in Heinrichswalde,
- 9ten Oktober in Lilsit.

Nur auf den zuerst genannten drei Märkten, so wie in Barten und Kinderhof, werden die von der Militair-Kommission erkauften Pferde zur Stelle abgenommen und sofort baar bezahlt.

Die Verkäufer auf den übrigen Märkten und die angrenzenden größern Herren Gutbesitzer werden dagegen ersucht, die verkauften Pferde in die von der Kommission namhaft zu machenden

machenden, zunächst belegenden Remonte-Depots, auf eigene Kosten selbst einzuliefern und daselbst nach fehlerfreier Uebergabe der Pferde das behandelte Kaufgeld in Empfang zu nehmen.

Die erforderlichen Eigenschaften eines Remonte-Pferdes werden, als hinlänglich bekannt, vorausgesetzt und nur noch bemerkt, daß Pferde, deren Mängel den Kauf gesetzlich rückgängig machen, und Krippenseher, welche sich als solche innerhalb der ersten zehn Tage herausstellen, dem früheren Eigenthümer auf seine Kosten zurückgesandt werden.

Mit jedem erkauften Pferde sind eine neue starke lederne Trense, eine Gurtthalter und zwei hanfene Stride, ohne besondere Vergütung, zu übergeben.

Berlin, den 17ten März 1856.

Kriegs-Ministerium, Abtheilung für das Remonte-Wesen.

gez. v. Dobeneck. Mangel. v. Begefac.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Auf Grund des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11ten März 1850 wird hierdurch Folgendes verordnet:

Nr. 151.
Polizei-Ver-
ordnung, betref-
fend das Melde-
wesen.
Z. d. Z.
276. Mel.

- 1) Nach §. 8 des Gesetzes über die Aufnahme neuanziehender Personen vom 31sten December 1842 muß Jeder, welcher an einem Orte seinen Aufenthalt nehmen will, sich bei der Polizei-Obrigkeit dieses Orts melden, und über seine persönlichen Verhältnisse die erforderliche Auskunft geben. Diese Meldung soll erfolgen:

in den Städten bei der Polizei-Obrigkeit;

auf dem Lande:

- a. an denjenigen Orten, wo die Polizei-Obrigkeit oder deren Vertreter — Gutsherr (Dominium), landrätthlicher Polizei-Verwalter — ihren Sitz haben, bei jener;
- b. an denjenigen Orten, wo die Polizei-Obrigkeit oder deren Vertreter ihren Sitz nicht haben, bei dem Ortsvorstande (Schulzen).

Wer es unterläßt, die ihm hiernach obliegende Meldung binnen spätestens 14 Tagen nach dem Anzuge zu machen, soll fortan in eine Geldbuße von $\frac{1}{2}$ Thaler bis zu 10 Thalern, oder verhältnismäßige Gefängnißstrafe verfallen.

- 2) Nach §. 9 ibid. ist ein Jeder, welcher einem Neuanziehenden Wohnung oder Unterkommen gewährt, verpflichtet, darauf zu halten, daß die unter 1 gedachte Meldung geschehe.

Kontraventionen gegen diese Bestimmung sollen eine Geldbuße von $\frac{1}{2}$ bis 10 Thaler oder verhältnismäßige Gefängnißstrafe nach sich ziehen.

Die Vorschriften wegen der polizeilichen Meldungen beim Fremdenverkehr (Amtsblatts-

)(

Ber.

Verordnung vom 21sten Januar 1838, X. Bl. Seite 82) werden durch vorstehende Bestimmungen nicht berührt. Gumbinnen, den 14ten Mai 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

N. 152.
Krammärkte
in Angerburg
betreffend.
Z. d. Z.
3187. Mel.

Die Krammärkte in Angerburg werden am 19ten Juni und 16ten September d. J. abgehalten werden.

Der nächste Vieh- und Pferdemarkt findet in Angerburg am 15ten September d. J. statt. Gumbinnen, den 28ten Mai 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

N. 153.
Patentverthei-
lung.

Dem Hörder Bergwerks- und Hütten-Bereine zu Hörde ist unter dem 27ten Mai 1856 ein Patent:

auf eine mechanische Vorrichtung zum Umbiegen der Ränder der Scheibenräder für Eisenbahnfahrzeuge in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile derselben zu beschränken,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

N. 154.
Patentverthei-
lung.

Dem Musikus Frenzel zu Erfurt ist unter dem 28ten Mai 1856 ein Patent:

auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Mechanik für Pianinos, so weit dieselbe für neu und eigenthümlich erkannt ist,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

N. 155.
Patent-Kaufbe-
tung.

Das dem Kaufmann A. Sparenberg in Berlin unter dem 5ten Dezember 1853 ertheilte Patent:

auf eine Vorrichtung an Schießgewehren zum selbstthätigen Aufsehen der Zündhütchen, ist erloschen.

N. 156.
Patent-Kaufbe-
tung.

Das dem Civil-Ingenieur J. D. Kners in Berlin unter dem 7ten August 1855 ertheilte Patent:

auf eine rotirende Dampfmaschine, ist erloschen.

N. 157.
Patent-Kauf-
belegung.

Das dem Dr. philosophiae G. Krieger zu Breslau unter dem 10ten Februar 1855 ertheilte Patent:

auf ein Verfahren, Phosphor darzustellen, ist aufgehoben.

Bekannt-

B e k a n n t m a c h u n g e n .

In der nach den Bestimmungen der §§. 39, 41 und 47 des Gesetzes vom 2ten März 1850 und nach unserer Bekanntmachung vom 2ten d. M. heute stattgefundenen öffentlichen Verlosung von Rentenbriefen, sind folgende Nummern gezogen worden:

Nr. 158.
Bezieht die
am 2ten März
1850 stattgefun-
dene öffentliche
Verlosung von
Rentenbriefen.

- Litt. A. zu 1000 Rthlr. Nr. 97. 173. 357. 618. 859. 1104. 1304. 1533. 1920. 2508.
2717. 3132. 3245.
- Litt. B. zu 500 Rthlr. Nr. 165. 486. 504. 915.
- Litt. C. zu 100 Rthlr. Nr. 222. 355. 408. 629. 687. 727. 1472. 1591. 1650. 1723.
1900. 1963. 2036. 2246. 2742. 3790. 3810. 3984.
- Litt. D. zu 25 Rthlr. Nr. 194. 300. 371. 420. 628. 644. 888. 1231. 1411. 1631.
2269. 2282.
- Litt. E. zu 10 Rthlr. Nr. 210. 319. 372. 377. 577. 703. 740. 1202. 1425. 1452. 1505.
1518. 1563. 1650. 1658. 2398. 2656. 2816. 2877. 2912. 2944. 3054. 3148. 3254.
3371.

Die Inhaber werden aufgefordert, gegen Quittung und Einlieferung dieser Rentenbriefe nebst den dazu gehörigen Coupons Serie I. Nr. 13 bis inkl. 16 den Nennwerth der ersten von unserer Kasse hieselbst, Poststraße Nr. 15, vom 1sten Oktober d. J. ab in den Wochentagen von 9 bis 12 Uhr Vormittags in Empfang zu nehmen.

Von dem vorgedachten Tage ab hört die Verzinsung der ausgelassenen Rentenbriefe auf.

Der Werth der etwa nicht mit eingelieferten Coupons wird bei der Auszahlung vom Kapitale in Abzug gebracht.

Gleichzeitig werden die Inhaber folgender, bereits früher ausgelassener Rentenbriefe und zwar:

- a) Aus dem Fälligkeits-Termin den 1sten April 1852.
Litt. C. Nr. 261 über 100 Rthlr.; Litt. D. Nr. 53 über 25 Rthlr.
- b) Aus dem Fälligkeits-Termin den 1sten Oktober 1852.
Litt. A. Nr. 321 über 1000 Rthlr.; Litt. C. Nr. 73 über 100 Rthlr.; Litt. C. Nr. 973 über 100 Rthlr.; Litt. E. Nr. 481 über 10 Rthlr.; Litt. E. Nr. 538 über 10 Rthlr.
- c) Aus dem Fälligkeits-Termin den 1sten April 1853.
Litt. A. Nr. 376 über 1000 Rthlr.; Litt. E. Nr. 983 über 10 Rthlr.; Litt. E. Nr. 1063 über 10 Rthlr.
- d) Aus dem Fälligkeits-Termin den 1sten Oktober 1853.
Litt. D. Nr. 365 über 25 Rthlr.; Litt. D. Nr. 783 über 25 Rthlr.; Litt. E. Nr. 291 über 10 Rthlr.; Litt. E. Nr. 903 über 10 Rthlr.; Litt. E. Nr. 1333 über 10 Rthlr.

e) Aus

e) Aus dem Fälligkeitstermin den 1sten April 1854.

Litt. A. Nr. 766 über 1000 Rthlr.; Litt. C. Nr. 979 über 100 Rthlr.; Litt. C. Nr. 1093 über 100 Rthlr.; Litt. C. Nr. 1129 über 100 Rthlr.; Litt. C. Nr. 1729 über 100 Rthlr.; Litt. D. Nr. 147 über 25 Rthlr.; Litt. D. Nr. 466 über 25 Rthlr.; Litt. D. Nr. 1105, über 25 Rthlr.; Litt. D. Nr. 1487 über 25 Rthlr.; Litt. E. Nr. 1477 über 10 Rthlr. wiederholt aufgefordert, den Nominalwerth derselben, nach Abzug des Betrages der inzwischen etwa eingelösten, nicht mehr fälligen Coupons, zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes und künftiger Verzählung, von unserer Kasse unverweilt in Empfang zu nehmen.

Wegen der Verzählung der ausgelassenen Rentenbriefe verweisen wir auf die Bestimmungen des §. 44 l. c. Königsberg, den 22sten Mai 1856.

Königl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Preußen,
Möllner.

Personal - Chronik.

Der Regierungs-Referendarius Szepanski ist von der königlichen Regierung zu Königsberg in gleicher Eigenschaft an die hiesige Königl. Regierung versetzt worden.

Die Geschäftsführung bei der auch dem Publico zugänglichen Regierungs-Bibliothek hier selbst ist dem Regierungs-Supernumerarius Gassell übertragen.

Der Kaufmann Hugo Stadie in Insterburg ist als Agent der Berlinschen Lebens- und Preussischen National-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Stettin bestätigt.

Der Kaufmann C. J. Schlegelberger aus Ragnit ist als Agent der Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft bestätigt worden.

Der Kaufmann S. H. Nabschyn aus Elst ist als Spezial-Agent der Magdeburger Vieh-Versicherungs-Gesellschaft bestätigt worden.

Der Kaufmann Julius Augustin aus Elst ist als Agent der Berliner Land- und Wasser-Transport-Versicherungs-Gesellschaft bestätigt worden.

Der Kaufmann H. A. Reich in Insterburg ist als Agent der Feuer-Versicherungs-Gesellschaft „der deutsche Phönix“ zu Frankfurt a. M. bestätigt worden.

Der pensionirte Gendarm-Wachtmeister Blaszy in Goldbapp ist als Agent der Feuer-Versicherungs-Gesellschaft „deutscher Phönix“ zu Frankfurt a. M. bestätigt worden.

Der pensionirte Gendarm Wilhelm Christian Ucker ist vom 21sten April d. J. ab, als Kreisbote bei dem Königl. Landrathsamte in Ragnit auf Kündigung angestellt.

Der Apotheker zweiter Klasse Ferdinand Gustav Richter hat die Apotheke zu Sytt- lehm, Kreis Goldbapp, käuflich erworben und die Verwaltung derselben übernommen.

Der

Der Landwehrmann, Eigenthümer Gasner von Raßfin ist seit dem 1sten Januar d. J. bei der Postkasse zu Sophienhöhe als Exekutor angenommen worden.

Im Kreise Lyd sind für die Jahre 18^{90/91} zu Schiedsmännern gewählt und als solche bestelligt:

- 1) für die Stadt Lyd, und zwar für den Stadttheil vom Gänther-Monument bis zum polnischen Thore, der Kürschnermeister Marauhn; für den Stadttheil vom Gänther-Monument bis zum deutschen Thore, der Grundbesitzer Bartsch;
- 2) für das Kirchspiel Lorfimmen der Grundbesitzer und Landgeschworne Petong in Dorfimmen;
- 3) für das Kirchspiel Kalinowen der Grundbesitzer Johann Przytulla in Pientken;
- 4) für das Kirchspiel Pissaniken der Grundbesitzer Marcus in Gypbullen;
- 5) für das Kirchspiel Lyd (östliche Hälfte) der Landgeschworne Gredike in Budyken;
- 6) für das Kirchspiel Lyd (westliche Hälfte) der Grundbesitzer Dubda in Monzen;
- 7) für das Kirchspiel Clausen der Grundbesitzer Hoffmann in Clausen;
- 8) für das Kirchspiel Ostrokollen (östliche Hälfte) der Landgeschworne Sensbrowsti in Ostrokollen;
- 9) für das Kirchspiel Ostrokollen (westliche Hälfte) der Landgeschworne Goullon in Borken;
- 10) für das Kirchspiel Lucha der Landgeschworne Leppack in Lucha;
- 11) für das Kirchspiel Grabnick der Gutsbesitzer und Landgeschworne Gottoway in Grabnick;
- 12) für das Kirchspiel Stradaunen der Landgeschworne Feuersenger in Briesen.

Personal-Veränderungen im Departement des Appellationsgerichts zu Insterburg im Monat Mai 1856.

A. Beim Appellationsgericht:

Referendarius Biercioch an das Appellationsgericht in Königsberg abgegangen.

B. Bei den Kreisgerichten:

die dem pensionirten Stadtgerichts-Assessor Gesevius in Gumbinnen ertheilte Erlaubniß, bei dem Kreisgerichte daselbst als Rechtsanwalt zu fungiren, ist zurückgenommen;

Sekretair Schwaiger in Darkehmen entlassen;

der bisherige Hilfsbote Höpfer ist als Bote und Exekutor beim Kreisgerichte zu Pilskalen und

der invalide Gendarm, bisherige interimistische Bote und Exekutor Medenus zu Johannisburg in gleicher Eigenschaft beim Kreisgerichte in Goldbapp definitiv angestellt.

Per.

**Personal-Veränderungen im Bezirke der Königlichen Ober-Post-Direktion
Gumbinnen pro Mai 1856.**

Der Post-Assistent Rahm ist, unter Ernennung zum Postsekretair, bei dem Postamte in Lilsit etatsmäßig angestellt worden.

Dem pensionirten Gendarmen- und Wachtmeister Kögiab ist, unter Ernennung zum Post-Expediteur, die Verwaltung der Post-Expedition in Irakehnen übertragen worden.

Der Kondukteur Hedermann ist von dem Postamte zu Insterburg zu dem hiesigen Postamte versetzt worden.

Der invalide Gefreite Stankoweit ist als Briefträger und Wagenmeister bei dem Post-Amte in Eyde auf Kündigung angestellt worden.

**Personal-Veränderungen bei der Königl. Intendantur des ersten Armee-Korps
seit dem Monat Januar 1856.**

Von der Königl. Intendantur zu Königsberg sind versetzt:

- a) die zu Assessoren ernannten Referendarien v. Goldenberg und Dalgaß, ersterer zur Intendantur 8ten, letzterer zu der des 6ten Armee-Korps;
- b) der Sekretariats-Assistent Höler zur Intendantur der 2ten, und der Registratur-Assistent Wormuth zu der des 3ten Armee-Korps, von welcher letzterer auf seinen Antrag aus dem königlichen Dienste entlassen worden ist.

Dagegen sind derselben überwiesen: die Sekretariats-Assistenten Flatau der von Intendantur 8ten und Vorsukht von der des 6ten Armee-Korps.

Befördert ist der Registratur-Applikant Hönigst zum Registratur-Assistenten.

Druckfehler-Berichtigung. In Nr. 23, S. 125, Zeile 2 von oben, heißt das Datum richtig: „26sten Mai 1856.“

Amtsblatt

Nr. 25.

Gumbinnen, den 18ten Juni

1856.

Das 28ste Stück der Gesetz-Sammlung, welches den 13ten Juni 1856 in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

Nr. 159.
Inhalt der Gesetz-Sammlung.

Nr. 4423 den Allerhöchsten Erlass vom 15ten Mai 1856, betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rheinprovinz vom 15ten Mai 1836 an die auf dem rheinischen Provinzial-Landtage im Stande der Städte vertretenen Gemeinden, von weniger als 10,000 Einwohnern; unter

Nr. 4424 die Städte-Ordnung für die Rheinprovinz, vom 15ten Mai 1836, und unter

Nr. 4425 das Gesetz, betreffend die Gemeinde-Versaffung in der Rheinprovinz, vom 15ten Mai 1856.

Bekanntmachung des Königl. Konsistoriums.

Diejenigen Kandidaten der Theologie, welche im nächsten Termin das Examen pro ministerio zu bestehen gedenken, haben sich dazu mit Einreichung der erforderlichen Zeugnisse bei uns zu melden.

Nr. 160.
Die Prüfung der Kandidaten der Theologie betr.

Die Zeugnisse sind:

- 1) das Tauf-Attest;
- 2) der Nachweis über die erfolgte Bestellung vor die Königl. Militär-Ersatz-Kommission und Berücksichtigung bei der Militär-Ersatz-Aushebung als Theologe;
- 3) das Abgangs-Zeugnis von der Universität;
- 4) die licentia concionandi;
- 5) das Zeugnis des vorgeordneten Kreisuperintendenten über die sittliche Führung und theologische und pädagogische Fortbildung, besonders über die Uebung im Predigen und Katechisiren;
- 6) der Kommunionsschein;
- 7) das curriculum vitae, welches sich nicht bloß auf einen dürftigen Abriss der äußern Lebensverhältnisse zu beschränken, sondern auch auf den innern Gang ihrer geistlichen Bildung einzugehen hat, in lateinischer Sprache;
- 8) ein Attest über den Besuch eines Schullehrer-Seminars, wovon nur unter den, in der,

Amtsbl. Nr. 25.

die

GUMBINNEN
1856 * 10-11

die pädagogische Ausbildung der Kandidaten betreffenden Circular-Befugung an sämtliche Superintendenden vom 21sten Juli 1842 enthaltenen Bedingungen dispensirt werden kann, und

- 9) ein Zeugniß über die fleißige Benutzung des Königl. Instituts für das Orgelspiel und den Kirchengesang.

Die Meldung muß spätestens bis zum 30sten Juli d. J. bei uns geschehen, worauf dem Kandidaten die Aufgaben zu den schriftlichen Arbeiten werden zugestellt werden.

Der Termin zur Einreichung der schriftlichen Prüfungs-Arbeiten wird spätestens auf den 1sten Oktober d. J. bestimmt, wonach, wenn kein abweisender Bescheid erfolgt, die mündliche Prüfung bei uns mit Abhaltung der Predigten am 27sten Oktober d. J. beginnen wird, nachdem zuvor das Tentamen bei der theologischen Fakultät stattgefunden hat, zu welchem sich die Kandidaten bei dem zeitigen Herrn Dekan am 17ten Oktober d. J. zu melden haben.

Meldungen oder schriftliche Arbeiten, welche später eingehehen, werden zum nächsten Termin zurückgelegt.

Königsberg, den 21sten Mai 1836.

Bekanntmachung des Königl. Provinzial-Schul-Kollegiums.

Nr 161.
Beym wohl-
fährigen Elementar-
schullehrer.

Bei der am 5ten und 6ten d. M. abgehaltenen Prüfung in dem evangelischen Schullehrer-Seminar zu Karasene sind mit dem Wahlsfähigkeits-Zeugnisse zur Anstellung an Elementar-schulen entlassen worden:

- 1) Johann Joseph Gilde aus Mattlaufen, Kirchspiels Villrupönen;
- 2) Carl August Heydeck aus Kelladen, Kirchspiels Lautischken;
- 3) Johann Hofer aus Klein-Degeßen, Kirchspiels Staakupönen;
- 4) Eduard Franz Jähne aus Sobinehlen, Kirchspiels Sjirupönen;
- 5) Karl Kolbe aus Warupönen, Kirchspiels Schirwindt;
- 6) Eduard Schermuckli aus Pelledauen, Kirchspiels Darkehmen;
- 7) August Sching aus Lubtschen, Kreises Gumbinnen;
- 8) Friedrich Schwarz aus Budweisken, Kirchspiels Biberweisken;
- 9) Gottlieb Bawries aus Pentulschen, Kirchspiels Doblacken.

Königsberg, den 24sten Mai 1836.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Nr 162.
Die hierfürige
Schiffahrtsbahn
auf der Memel,
vom Rost- und

Es wird zur Kenntniß des Schiffahrt treibenden Publikums gebracht, daß im laufenden Jahre die Schiffahrtsbahn auf der Memel, dem Ruß- und Amathstrom, von Schmalen- ningken bis in das kurische Hoff, an denjenigen Stellen, wo sie von der geraden Linie ab- weicht,

weicht, oder durch weit auslaufende Sandbänke oder Steinriffe berngt wird, mit Schwimmschiffen und Strauchbüschel-Fusen bezeichnet worden ist, und zwar:

- 1) in der Remei von Ballupönn bis Sokeiten und bei Ragnit im Ragniter Kreise; im Rußstrom bei Kargowischen und Schillingen im Niederunger Kreise; bei Schneiderende, Lattamischen, und im Rithmathstrom bei Ruß, so wie bei Giesekrant und bei Kuwertshoff im Heydelkruger Kreise; ebenso
 - 2) im Kurischen Haff von der Noole bis Bindenburg,
- der Art, daß bei der Thalfahrt sämtliche Schwimmsusen rechter und die Strauchbüschelfusen linker Hand gelassen werden müssen.

Außerdem befinden sich bei Bindenburg zur Bezeichnung der Kallwa-Bank drei weiße Steine, welche auf 6 Fuß Wassertiefe liegen und die nördliche Grenze des Fahrwassers bezeichnen.

Wer die ausgelegten Werke vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit verschleppt, beschädigt, oder vernichtet, verfällt in die im §. 302 des Strafgesetzbuches bestimmte Strafe.

Gumbinnen, den 6ten Juni 1856. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem Kaufmann F. H. F. Prillwitz in Berlin ist unter dem 10ten Juni 1856 ein Einführungs-Patent:

auf eine vereinigte Bohr- und Ruthmaschine in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, ohne die Anwendung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates, ertheilt worden.

B e k a n n t m a c h u n g e n .

Die mit einem jährlichen Gehalte von 100 Thalern verbundene Kreisbierarztsstelle für den Bezirk Altena und Dipe ist erledigt. Bierärzte, welche dieseize zu erlangen wünschen, haben sich unter Beifügung des Fähigkeits-Zeugnisses als Kreis-Bierarzt, des curriculum vitae und eines Attestes über das bisherige sittliche Verhalten binnen drei Monaten bei uns zu melden. Arnberg, den 17ten Mai 1856.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Das reisende Publikum wird hiermit in Gemäßheit der Bestimmung im §. 40 des Reglements zum Gesetze über das Postwesen vom 27ten Mai 1856 davon in Kenntniß gesetzt, daß bei der Böden-Rastenburgischen Personenpost der Jobwigische Krug in Groß-Stürzbad als Haltepunkt für die der Post unterwegs zugehenden Passagiere festgesetzt worden ist.

Gumbinnen, den 6ten Juni 1856.

Königl. Ober-Post-Direktion.

Per:

Rithmathstrom, so wie im Kurischen Haff betrie. X. d. J. 6781. Mel.

N 163. Patenterteilung.

N 164. Befugung der vakanten Bierarztsstelle für den Bezirk Altena und Dipe. Regierungsbüro Arnberg betrie.

N 165. Betrifft den Haltepunkt der Böden-Rastenburgischen Personenpost in Groß-Stürzbad.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Der Thierarzt Pauli in Johannisburg ist als Agent der vaterländischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Elberfeld beschäftigt worden.

Der Kaufmann George Gruber in Gumbinnen ist als Agent der vaterländischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Elberfeld beschäftigt worden.

Der Kaufmann Gustav Plickert in Insterburg ist als Agent der vaterländischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Elberfeld beschäftigt worden.

Dem Fräulein Auguste Hotop in Gumbinnen ist die Befugniß beigelegt, im diesseitigen Verwaltungsbezirk Privatunterricht zu erteilen.

Der invalide Sergeant Friedrich Neu ist in Stelle des Chaussee-Ausschreibers Roneyke auf der Chausseestrecke von Insterburg nach Skaisgirren als Chaussee-Ausschreiber (Wohnort Paglien) vorläufig auf Probediensf angestellt.

Der civilversorgungsberechtigte Sergeant Hermann Ehimn, vom 1sten Infanterie-Regiment, ist vom 1sten Juni 1856 ab nach abgelegtem Omonatlichen Probediensf als Chaussee-Ausschreiber auf der Chaussee von Tilsit nach Kauroggen angestellt worden.

Hierzu der öffentl. Anzeiger Nr. 25.

Druck von Fr. Krausmied.

Amtsblatt

N^o 26.

Gumbinnen, den 25ten Juni

1856.

Das 29te Stück der Gesetz-Sammlung, welches den 16ten Juni 1856 in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

N^o 166.
Inhalt der Gesetz-Sammlung.

- Nr. 4426 das Gesetz wegen Besteuerung des Braumalzschrootes in den Hohenzollernschen Landen, vom 17ten Mai 1856; unter
- Nr. 4427 das Gesetz, betreffend den Kleinhandel mit Getränken und den Gast- und Schankwirtschaftsbetrieb in den Hohenzollernschen Landen, vom 17ten Mai 1856; und unter
- Nr. 4428 das Gesetz, betreffend die anderweite Regelung der Wirtschaftsabgaben für den Schank von Wein und Branntwein und für den Kleinhandel mit diesen Getränken in den Hohenzollernschen Landen, vom 21sten Mai 1856.

Das 30te Stück der Gesetz-Sammlung, welches den 18ten Juni d. J. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

- Nr. 4429 den Allerhöchsten Erlaß vom 26sten März 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Schönberg nach Herzberg im Ruppiner Kreise des Regierungsbezirks Potsdam; unter
- Nr. 4430 den Allerhöchsten Erlaß vom 7ten April 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussee von Ehternacher Brück über Bollen Dorf nach Wallendorf, im Kreise Wittburg; unter
- Nr. 4431 das Statut des Verbandes zur Regulirung der Motte, vom 14ten April 1856; unter
- Nr. 4432 das Privilegium zur Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Stadt Bonn zum Betrage von 180,000 Rthlr., vom 30sten April 1856; unter
- Nr. 4433 die Bekanntmachung, betreffend die Errichtung einer Aktiengesellschaft unter dem Namen: „Berliner Brotsfabrik-Aktien-Gesellschaft,“ mit dem Domizil zu Berlin, vom 14ten Mai 1856; unter
- Nr. 4434 die Bekanntmachung, betreffend die unter dem 7ten Mai 1856 erfolgte Allerhöchste Bestätigung des Statuts einer Aktien-Gesellschaft unter dem Namen:

„Berg-

„Bergbau-Aktien-Gesellschaft Tremonia,“ mit dem Domizil zu Dortmund, vom 17ten Mai 1856; unter

Nr. 4435 die Bekanntmachung, betreffend die unterm 12ten Mai 1856 erfolgte Allerhöchste Befestigung einer Aktien-Gesellschaft unter dem Namen: „Bergbau-Aktien-Gesellschaft Neu-Duisburg,“ mit dem Domizil zu Duisburg, vom 18ten Mai 1856; und unter

Nr. 4436 die Bekanntmachung, den ersten Nachtrag zu dem Statute der Eisenbahn- und allgemeinen Rückversicherungs-Gesellschaft „Thuringia“ zu Erfurt betreffend, vom 4ten Juni 1856.

Das 31ste Stück der Gesetz-Sammlung, welches den 20sten Juni 1856 in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

Nr. 4437 das Gesetz, einige Abänderungen des Patents über die Errichtung der Allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt vom 28sten December 1775 betreffend, vom 17ten Mai 1856; unter

Nr. 4438 die Bekanntmachung, betreffend die unter dem 17ten Mai 1856 erfolgte Allerhöchste Befestigung der Statuten einer Aktien-Gesellschaft unter dem Namen: „Vulkan, Aktien-Gesellschaft für Hüttenbetrieb und Bergbau“, mit dem Domizil zu Duisburg, vom 25ten Mai 1856; und unter

Nr. 4439 die Bekanntmachung, betreffend die unter dem 21sten Mai 1856 erfolgte Allerhöchste Genehmigung zur Erhöhung des Grundkapitals des Förder-Bergwerks- und Hütten-Bereins, so wie die Allerhöchste Befestigung der Abänderungen und Ergänzungen des Vereins-Statuts, vom 1sten Juni 1856.

Bekanntmachung der höhern Behörde.

Nr. 167. Nachstehend bringen wir die Beschreibung der auf Grund des Gesetzes vom 7ten Mai d. J. (Gesetzsammlung Seite 342 folg.) ausgehenden Banknoten zu 10 Thalern zur öffentlichen Kenntniß. Berlin, den 14ten Juni 1856. Königl. Preuß. Haupt-Bank-Direktorium.
v. Lamprecht. Witt. Meyen. Schmidt. Dechand. Woywod.

Beschreibung der Preussischen Banknoten zu 10 Thalern.

Die Noten zu 10 Thalern der Preussischen Bank sind 5 Zoll 5 Linien lang und 3 Zoll 6 Linien hoch. Zu demselben ist weißes Hanfpapier verwendet und jede Note mit zwei Wasserzeichen versehen, welche die Zahl 10 darstellen.

Beide Seiten der Noten sind mit guilochirten Platten in grüner Farbe dergestalt bedruckt, daß die Linien der Muster und die in stehender Schrift ausgeführte Bezeichnung „Preussische

Nr. 167.
Die neuen preussischen Banknoten zu 10 Thalern. betr.

„Preussische Banknote“ in den beiden Zellen oben und unten, und „10 Thaler 10“ an beiden Seitenrändern der Schauseite genau die Linien und die Schrift der Rückseite decken.

I. Die Schauseite enthält:

- 1) unten auf einem Schilde die Strafanndrohung 3 Mal wiederholt in Diamantschrift-Appendruck;
- 2) zu beiden Seiten Verzierungen, welche oben gekrönte Adler, darunter kleine Schilder mit einer 10 und der Umschrift „Prussian Banknote“ auf der rechten Seite, „Billet de la Banque de Prusse“ auf der linken Seite, und am Fußende Figurengruppen enthalten, von welchen die linksseitige die Gerechtigkeit mit Waage und Schwert, die rechtsseitige den Krieg mit Lanze und Schild, umgeben von geflügelten Knaben mit den auf Handel, Landwirtschaft, Kunst und Wissenschaft Bezug habenden Attributen vorstellen. Von den Adlern laufen Blättergehänge bis zu verzierten Knöpfen ab, zwischen denen in Bogenform die Bezeichnung: Preussische Banknote in verzierter Schrift angebracht ist. Sämmtliche Verzierungen sind schwarz in Kupferdruckmanier.

Der Raum zwischen den Verzierungen enthält als Unterdruck die Strafanndrohung 45 Mal wiederholt in Diamantschrift mit lilafarbigem Appendruck;

- 3) das Königlich Preussische Wappen und den Text:

Z e h n T h a l e r

zahlt die Haupt-Bank-Kasse in Berlin

ohne Legitimations-Prüfung dem Einlieferer dieser Banknote, welche bei allen Staats-Kassen statt baaren Geldes und Kassenanweisungen in Zahlung angenommen wird.

Berlin, den 15ten Mai 1856.

Haupt-Bank-Direktorium.

v. Lamprecht. Witt. Meyen. Schmidt. Dechand. Woywod.
und neben dem Wappen, links eine der Litt. A. B. C. oder D., rechts die laufende Nummer in Appendruck.

II. Die Rückseite enthält:

- a) in Schwarz und Buchdruckmanier das Spiegelbild des Wappens und des Textes mit den Unterschriften der Mitglieder des Haupt-Bank-Direktorii;
- b) in brauner Farbe rechts neben dem Text den Adlerstempel der Kommission zur Kontingierung der Banknoten mit den Unterschriften der Mitglieder: Costenoble. H. C. Carl. Klemm, links neben dem Text die Werthzahl 10 in verziertem Felde mit der Unterschrift Zehn Thaler.
- c) Unter den Unterschriften der Mitglieder des Haupt-Bank-Direktorii in brauner Farbe das Wort: Ausgefertigt, und den geschriebenen Namen des ausfertigenden Beamten.

Bt.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

N. 168.
Die Wahl des
Verkaufes und
des Kündens
des Kreis-
Sparkasse zu
Eyd betr.
X. d. J.
260. Juni.

Nachdem das Statut der Sparkasse des Kreises Eyd die Allerhöchste Befestigung erhalten hat, sind Seitens der Kreisstände:

- 1) der Landrath v. Marshall zu Eyd zum Direktor;
 - 2) der Rittergutsbesitzer, Hauptmann v. Kannewurf auf Balkowen, so wie der Kanzleirath Kranke zu Eyd zu Beisitzern, und
 - 3) der Gutsbesitzer Steiner auf Gorkhen, so wie der Gutsbesitzer Gottow zu Grabitz zu Stellvertretern der Beisitzer des Kuratorii gedachter Sparkasse,
- gewählt und ist diese Wahl auf drei Jahre von uns bestätigt worden, was wir auf Grund des §. 5 des Statuts hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringen. Gumbinnen, den 18ten Juni 1856.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

N. 169.
Die Empfang-
nahme der Quitt-
ungen über die
Domainen-
Kauf- und Lö-
sungsgebühren
pro IV. Quartal
1855 betr.
X. d. J.
260. Juni.

Die von der Königl. Regierungs-Hauptkasse ausgefertigten Quittungen über die im IV. Quartal des Jahres 1855 bei derselben eingegangenen Domainen-, Kauf- und Ablösungsgelder sind, nachdem die Bescheinigung vorschriftsmäßig von der Königlichen Hauptverwaltung der Staatsschulden erfolgt ist, den betreffenden Kreiskassen zur Aushändigung an die Interessenten übersandt worden. Die Beteiligten haben sich daher bei den betreffenden Kreiskassen zu melden und die Quittungen, gegen Rückgabe der empfangenen Interims-Quittungen, in Empfang zu nehmen. Gumbinnen, den 10ten Juni 1856.

Königliche Regierung,

Abtheilung für die Verwaltung der direkten Steuern, Domainen und Forsten.

N. 170.
Patentrecht-
lung.

Dem Kaufmann J. H. F. Prillwitz in Berlin ist unter dem 14ten Juni 1856 ein Einführungs-Patent:

auf eine hydraulische Delpresse, soweit dieselbe nach vorgelegter Zeichnung und Beschreibung als neu und eigenthümlich erkannt ist, ohne die anderweite Benutzung der bekannten Theile zu beschränken,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates ertheilt worden.

N. 171.
Patentrecht-
lung.

Dem Gutsbesitzer Seydmer zu Wogenab, bei Elbing, ist unter dem 17ten Juni 1856 ein Patent:

auf eine Ernte-Maschine in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates ertheilt worden.

Hierzu der öffentl. Anzeiger Nr. 20.

Druck von J. Krausm.

Extra-Beilage zum Amtsblatt

Nr. 26.

Gumbinnen, den 25ten Juni

1856.

General-Vor-
sitzung des Herrn
Ministers für
Inneres, Gewerbe
und öffentliche
Arbeiten, den 27.
Juli eines neuen
Reglements zum
Postgesetz vom
27ten Mai 1848
betreffend.

Bekanntmachung der höheren Behörde.

Das Reglement vom 31sten Juli 1852 (zum Gesetze über das Postwesen vom 5ten Juni 1852) wird vom 1sten Juni d. J. ab aufgehoben.

An die Stelle jenes Reglements tritt von gleichem Termine ab das hier beigezeichnete Reglement vom 27ten Mai d. J. Dasselbe enthält wie das frühere drei Abschnitte:

- I. von der Versendung der Briefe, Gelder und Güter,
- II. von der Beförderung der Personen auf den ordentlichen Posten,
- III. von der Extrapost- und Courier-Beförderung.

Nachdem für den Wechselverkehr im Postvereine nähere Bestimmungen über die äußere Beschaffenheit und die Behandlung der Postsendungen verabredet worden (Post-Amtsblatt Nr. 14), ist der Abschnitt I. des neuen obigen Reglements darauf berechnet, daß derselbe außer dem Versendungs-Verkehr innerhalb Preussens auch den mit den anderen Postvereins-Staaten umfaßt. Dadurch ist für den Versendungs-Verkehr mit der Post im Interesse des Publikums und zur Erleichterung der Postanstalten das Nebeneinanderbestehen zweier Reglements vermieden.

Die Abschnitte II. und III. des neuen Reglements enthalten gegen die frühere Fassung keine weitere Aenderung, als eine Aenderung der Paragraphenzahlen; die jetzigen Sätze für Extrapost- und Couriersperde sind bei der Ueberarbeitung des Abschnitts III. berücksichtigt.

Um die Kurrenthaltung der Postdienst-Instruktion (resp. der Dienst-Instruktion für Post-Expedituren) zu erleichtern, erfolgt zum Hineinlegen oder Einheften in dieselbe:

- 1) ein Exemplar des neuen §. 4, Abth. 1 Abschn. V. der Postdienst-Instruktion oder der Post-Expeditur-Instruktion;
- 2) ein Exemplar des neuen §. 110 ibidem der Post-Dienst-Instruktion oder des §. 109 der Post-Expeditur-Instruktion.

Diesen Exemplaren sind die künftige maßgebenden Ausführungs-Bestimmungen gleich gegenübergestellt.

Den etwaigen Mehrbedarf an Exemplaren dieser beiden Paragraphen haben die Post-Anstalten bei den königlichen Ober-Post-Direktionen und letztere bei der Geheimen Kanzlei des General-Postamts sogleich zu bestellen.

Extra-Beil. z. Amtsbl. Nr. 26. Erste Bogen.

1

Sollte

Sollte die Anwendung der Ausführungs-Bestimmungen in einzelnen Fällen Erörterungen mit dem Publikum veranlassen, so haben die Post-Anstalten den Interessenten die Ausführungs-Bestimmungen zur Einsicht vorzulegen.

Die Veröffentlichung des Reglements durch die Regierungs-Amtsblätter und die Umarbeitung des Ausbans bei den Post-Anstalten über die Beschaffenheit der Postsendungen wird inzwischen veranlaßt werden.

Berlin, den 27ten Mai 1856.

R e g l e m e n t zu dem Gesetze über das Postwesen.

Das auf Grund des §. 50 des Gesetzes über das Postwesen vom 5ten Juni 1852 erlassene Reglement vom 31ten Juli 1852 ist nach Maßgabe der zwischen den Verwaltungen des Deutsch-Oesterreichischen Postvereins vereinbarten Bestimmungen über die äußere Beschaffenheit und die Behandlung der Postsendungen einer Revision unterworfen worden, und tritt in Folge dessen vom 1sten Juni 1856 ab nachstehendes verändertes Reglement in Kraft, dessen Bestimmungen bei Benutzung der königlichen Posten zu Versendungen oder Reisen als ein Bestandtheil des zwischen dem Absender oder Reisenden einerseits und der Postverwaltung andererseits eingegangenen Vertrages zu erachten sind.

Erster Abschnitt.

Von der Versendung der Briefe, Gelder und Güter.

Allgemeine
Beschaffenheit
der Postsendun-
gen.

§. 1. Die mit der Post zu versendenden Briefe, Gelder und Güter müssen nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen gehörig abgeriffert und gezeichnet (signirt) und haltbar verpackt und verschlossen sein.

Adresse.

§. 2. Die Adresse muß den Bestimmungsort, so wie die Person desjenigen, an welchen die Zustellung erfolgen soll, so bestimmt bezeichnen, daß jeder Ungewißheit darüber vorgebeugt wird.

Dies gilt auch bei solchen mit poste restante bezeichneten Gegenständen, für welche die Post Garantie zu leisten hat. Bei gewöhnlichen Briefen mit dem Vermerk „poste restante“ darf statt des Namens des Empfängers eine Angabe in Buchstaben, Ziffern u. s. w. angewendet sein.

Außenseite der
Briefe.

§. 3. Außer den auf die Beförderung oder Bestellung einer Sendung bezüglichen Angaben darf noch der Name oder die Firma des Absenders, sonst aber soll keine einer brieflichen Mittheilung gleich zu achtende Notiz auf der Außenseite enthalten sein.

Im

Im Zuwiderhandlungsfalle kann ausnahmsweise die Beförderung eintreten, in sofern nach dem Ermessen des Postbeamten der Annahmestelle aus der Noth unzweifelhaft erhellt, daß damit weder eine Entziehung des Porto, noch eine Injurie oder sonst strafbare Handlung beabsichtigt wird.

Der etwaige Frankirungs-Bemerk (frei, franco, fr. ic.) darf auf der Adresse nicht durch, strichen, radirt oder abgeändert sein.

§. 4. Das Gewicht der Sendungen in Brief- oder ähnlicher Form soll 16 Loth nicht- Gewicht der Briefe. übersteigen. Wegen der Briefe mit deklarirtem Werthe vergleiche §. 11, wegen der Kreuz- und Streifband-Sendungen, so wie wegen der Muster-Sendungen §§. 15 und 16.

Bei gewöhnlichen und rekommandirten Briefen nach Orten des Preussischen Postbezirks können die Post-Anstalten jedoch über das Gewicht von 16 Loth in so weit hinausgehen, als bei mäßiger Ueberschreitung desselben die Sendung nach ihrer sonstigen Beschaffenheit noch zur zweckmäßigen Verpackung geeignet ist.

Nach anderen Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Postvereins werden gewöhnliche Briefe über 4 Loth, mit Ausnahme der portofreien Dienstbriefe, welche bis zum Gewichte von 1 Pfunde angenommen und stets mit der Briefpost befördert werden können, als Fahrpost-Sendungen behandelt, wenn nicht deren Beförderung mit der Briefpost Seitens des Absenders durch einen Beisatz auf der Adresse oder durch ausreichende Frankirung mit Marken verlangt ist.

§. 5. Jeder Fahrpost-Sendung, mit Ausnahme derjenigen in Brief- oder ähnlicher Form bis zum Gewichte von 16 Loth, muß ein Begleitbrief beigegeben sein, welcher mit Geld oder sonstigen Gegenständen von angegebenem Werthe nicht beschwert sein darf, übrigens entweder aus einem förmlich verschlossenen Briefe oder einer bloßen Adresse bestehen kann, mindestens jedoch aus einem Viertel-Bogen Papier gefertigt sein muß. Begleitbrief bei Fahrpost-Sendungen.

§. 6. Auf dem Begleitbriefe oder der Begleitadresse muß die äußere Beschaffenheit der Sendung (eine Kiste bloß, eine Kiste in Leinen, ein Faß u. s. w.), ferner die Bezeichnung (Signatur) und wenn der Werth deklarirt wird, die Werthangabe, enthalten sein. Werden Schriften, gedruckte Sachen mit schriftlichen Einschaltungen, Alten und andere Gegenstände für welche nach der Preussischen Portotaxe das Briefporto erhoben wird, in Paketen versandt, so muß wenn die Sendung nicht nach einem anderen Staate des Deutsch-Oesterreichischen Postvereins bestimmt ist, der Gegenstand derselben auf dem Begleitbriefe oder der Begleitadresse angegeben werden. Der Begleitbrief oder die Begleitadresse muß mit einem Abdrucke desselben Petchastes, mit welchem die Sendung verschlossen ist, versehen sein. Erfordernisse eines Begleitbriefes.

(1)

§. 7.

Mehrere Fahr-
poststücke zu
einem Begleit-
briefe.

§. 7. In einem Begleitbriefe können zwar mehrere Stücke gehören, jedoch nicht zugleich Stücke mit und solche ohne Werthdeklaration.

Gehören mehrere Stücke mit Werthdeklaration zu einem Begleitbriefe, so muß auf demselben der Werth von jedem Stücke besonders angegeben sein.

Signatur.

§. 8. Die Bezeichnung (Signatur) einer Sendung muß entweder aus der vollständigen Adresse, oder aus mehreren großen lesbaren Buchstaben oder Zeichen, darf aber niemals aus Nummern allein bestehen. Dieselbe muß den Bestimmungsort übereinstimmend mit der Bezeichnung auf dem Begleitbriefe enthalten.

Bei nach- oder zurückzufendenden Postsendungen muß die Bezeichnung des Bestimmungs-Ortes von der Post-Anstalt kostenfrei entsprechend abgeändert werden.

Die Signatur muß dauerhaft und haltbar sein; sie muß bei Wild, bei Geflügel in Netzen, bei Fleischwaaren, welche leicht Fett absetzen, und bei Bärme- oder Gese-Sendungen in Beuteln, auf einem hinlänglich großen und gut befestigten Stück Holz oder Leder angebracht sein. Ein Aufkleben von Signaturen mittels eines Stückes Papier u. s. w. auf Pakete ist unzulässig.

Verpackung.

§. 9. Die Verpackung der Sendungen muß nach Maßgabe der Länge der Transportstrecke, des Umfanges der Sendung und der Beschaffenheit des Inhaltes haltbar und sichernd eingerichtet sein.

Bei Gegenständen von geringerem Werthe, welche nicht unter Druck leiden, und nicht Fett oder Feuchtigkeit absetzen, daher auch bei Schriften- oder Aktensendungen, genügt im Allgemeinen bei einem Gewichte bis zu ungefähr sechs Pfund, wenn die Dauer des Transportes verhältnißmäßig kurz ist, eine Emballage von haltbarem Packpapier mit angemessener Verschürung.

Auf größere Entfernungen zu versendende Gegenstände, so wie alle schwerere Fahrpost-Gegenstände, müssen, in sofern nicht der Inhalt und Umfang eine andere festere Verpackung erfordert, mindestens in mehrfache Umschläge von starkem Packpapier verpackt sein.

Sendungen von bedeutenderem Werthe, insbesondere solche, welche durch Rässe, Reibung oder Druck leicht Schaden nehmen, z. B. Spitzen, Seidenwaaren u. s. w., müssen nach Maßgabe ihres Werthes, Umfanges und Gewichts in genügend sicherer Weise in Wachseleinwand, Pappe (Pappdeckel), in gut beschaffenen und nach Umständen emballirten Kisten u. s. w. verpackt sein.

Sendungen mit einem Inhalte, welcher anderen Postsendungen schädlich werden könnte, müssen so verpackt sein, daß eine solche Beschädigung fern gehalten wird. Mit Flüssigkeiten angefüllte kleinere Gefäße (Flaschen, Krüge u. s. w.), sind noch besonders in starken Kisten, Kisten

Käbeln oder Körben zu verwahren. Fässer, in denen Flüssigkeiten zur Versendung kommen, müssen stark bereift und die Reifen gehörig befestigt sein.

Weintrauensendungen können, wenn sie binnen 24 Stunden den Bestimmungsort erreichen, in Körben oder Holzfächeln verpackt sein, sonst aber nur in wasserdichten Fässern angenommen werden.

Sendungen von Blutegeln müssen so beschaffen sein, daß von dem Inhalte des Gefäßes nichts herausbringen kann.

In dem bloßen Zusammenbinden mehrerer zur Versendung bestimmter Gegenstände, kann eine vorschriftsmäßige Verpackung derselben nicht gefunden werden. Wird kann, wenn es nicht mehr blutet unverpackt zur Beförderung angenommen werden. Wenn aber z. B. mehrere Rehe oder Hasen oder Gasanen u. s. w. als ein Paket angesehen werden sollen, so müssen sie nicht bloß an den Enden, sondern auch in der Mitte, und zwar hier mittels eines starken, fest umgelegten und versiegelten Leinwandstreifens, zusammengebunden, oder überhaupt in Rehe, Kisten und dergleichen verpackt sein; in dem einen wie in dem anderen Falle kommt es auf die Angabe der Kopfbahl nicht an. Werden die gedachten Gegenstände nicht auf solche Weise zu Einem Pakete vereinigt, so dürfen sie überhaupt nicht zusammen befestigt, sondern müssen einzeln signirt und auf dem Begleitbriefe demgemäß als einzelne Pakete bezeichnet sein; zu einem Begleitbriefe können dieselben indes gehören.

Ueberhaupt ist das Zusammenbinden mehrerer förmlichen Pakete, wie z. B. mehrerer Hutfächeln, mehrerer Beutel Hefe, mehrerer Cigarrenkisten u. s. w., nicht als eine vorschriftsmäßige Verpackung anzusehen; dergleichen Gegenstände müssen, wenn sie als Ein Paket durch die Post versandt werden sollen, in Ein Gebind eingeschlossen sein.

Kleines Geflügel, wie z. B. Rebhühner, Krametsvögel u. s. w., muß bei der Versendung in einer Emballage, z. B. in Rehen, enthalten und darf mit größeren, etwa bloßgehenden Stücken nicht zusammengebunden sein.

Pakete, die nicht vernäht sind, Schachteln und Kober müssen stets verschnürt sein. Eben so ist bei vernähten Paketen und bei vernagelten Kisten stets dann eine Verschnürung zu benutzen, wenn solches zur Verstärkung der Haltbarkeit und zur leichteren Handhabung der Sendung nöthig erscheint.

Wird eine Verschnürung angebracht, so muß dieselbe so beschaffen und festgesiegelt sein, daß sie ohne Verletzung der Sendung und der Siegel nicht abgestreift oder geöffnet werden kann.

§. 10. Der Verschluss einer jeden Postsendung muß haltbar und so eingerichtet sein, daß ohne Beschädigung oder Eröffnung desselben dem Inhalte nicht beizukommen ist. Verschluss.
(Begen

(Wegen der Kreuz- und Streifenbandsendungen, so wie der Mustersendungen, vergleiche §§. 15 und 16.)

Bei Briefen nach Gegenden unter heißen Himmelsstrichen darf zum Verschluss Siegel-
lack oder ein anderes, durch Wärme sich auflösendes Material nicht benützt werden.

Der Verschluss einer jeden Fahrpostsendung, mit Ausnahme der undeclarirten in Brief-
oder ähnlicher Form bis zum Gewichte von 16 Loth, so wie mit Ausnahme der Vorschuss-
und Einzahlungsbriefe muß in Befestigung der Schlüße durch Siegelack mit Abdruck eines
ordentlichen Verschlusses bestehen.

Briefe mit declarirtem Werthe (wegen der Geldsendungen siehe §. 11) müssen mit einem
Kreuz-Couvert und mit fünf gleichen Siegeln verschlossen sein.

Verpackung und
Verschluss der
Geldsendungen.

§. 11. Briefe mit Geld oder Geldeswerth (Gold, Silber, Papiergeld, Werth-
Papieren u. s. w.) müssen mit einem haltbaren Kreuz-Couvert versehen und mit fünf gleichen
Siegeln gut verschlossen sein.

Geldstücke (desgleichen z. B. auch Ringe &c.), welche in Briefen versandt werden,
müssen in Papier oder dergleichen eingeschlagen und innerhalb des Briefes so befestigt sein,
daß eine Veränderung ihrer Lage während des Transports nicht stattfinden kann.

Briefe mit Geld oder Geldeswerth dürfen das Gewicht von 16 Loth niemals überstei-
gen. Zur Beförderung nach anderen Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Postvereins kön-
nen Briefe mit baarem Gelde nur bis zum Gewichte von 8 Loth, Briefe mit Papiergeld
hingegen ebenfalls bis zum Gewichte von 16 Loth angenommen werden. In wie weit ein-
zelne Postverwaltungen des Vereins Briefe mit baarem Gelde bis zu einem höheren Ge-
wichte als 8 Loth zulassen, wird von der obersten Postbehörde besonders bekannt gemacht.

Schwerere Geldsendungen sind in Packeten, Beuteln, Kisten oder Fässern fest zu verpacken.

Sendungen bis zum Gewichte von 3 Pfund, so fern der Werth bei Papiergeld nicht
3000 Rthlr. oder 5000 Fl. und bei baarem Gelde nicht 300 Rthlr. oder 500 Fl. übersteigt,
dürfen in Packeten von starkem, mehrfach umschlagbarem und gut verschnürtem Papier ver-
sendet werden.

Bei schwererem Gewichte und bei größeren Summen muß die äußere Verpackung in
haltbarem Leinwand, Wachseleinwand oder Leder bestehen, gut umschnürt und vernäht und die
auswendige Naht versiegelt sein.

Geldbeutel (Säcke), welche keine weitere Verpackung erhalten, müssen von wenigstens
doppelter Leinwand, die Naht darf nicht auswendig, der Kropf nicht zu kurz, und da, wo
der Knoten geführt ist, und außerdem über beiden Schnur-Enden muß das Siegel deutlich
auf-

aufgedrückt sein. Die Schnur, welche den Kropf umgiebt, muß durch den Kropf selbst hindurch gezogen werden. Dergleichen Sendungen sollen nicht über 50 Pfund schwer sein.

Die Geldkisten müssen von starkem Holz angefertigt, gut gefügt und fest vernagelt sein, oder gute Schließern haben; sie dürfen nicht mit überstehenden Deckeln versehen, und Eisenbeschläge müssen fest und dergestalt eingelassen sein, daß sie andere Gegenstände nicht zerstoern können. Ueber 50 Pfund schwere Kisten müssen gut bereift und mit Handhaben (Handschlingen) versehen sein.

Die Geldsäcker müssen gut bereift, die Schlußreifen angenagelt und an beiden Böden dergestalt verschnürt und versiegelt sein, daß ein Öffnen des Fasses ohne Verletzung der Umschnürung oder des Siegels nicht möglich ist.

Bei Paketen mit barem Gelde in größeren Beträgen muß der Inhalt gerollt sein. Gelder in Säcken oder Kisten müssen in Beuteln oder Paketen verpackt sein.

Hinsichtlich des Maximal-Gewichts der Geldsäcker und Geldkisten kommen die Vorschriften des §. 14. zur Anwendung.

§. 12. Alles, was nicht den vorsehenden Bestimmungen gemäß adressirt, signirt, verpackt und verschlossen ist, kann dem Absender zur vorschriftsmäßigen Adressirung, Signirung, Verpackung und Verschließung zurückgegeben werden.

Verlangt jedoch der Eintlieferer, der ihm geschehenen Bedeutung ungeachtet, die Beförderung der Sendung in ihrer mangelhaften Beschaffenheit, so muß solche, — vorausgesetzt, daß die Sendung nach einem Orte des Inlandes gerichtet ist, — in so weit geschehen, als aus den gerügten Mängeln ein Nachtheil für andere Postgüter oder eine Störung der Ordnung im Dienstbetriebe nicht zu befürchten ist, der Eintlieferer auch auf Ersatz und Entschädigung verzicht et und diese Verzichtsleistung auf der Adresse, z. B. durch die Worte: „auf meine Gefahr,“ ausdrückt und unterschreibt. Wird über die Sendung ein Eintlieferungsschein ertheilt, so hat die Post-Anstalt von der Verzichtsleistung des Absenders auf dem Scheine Notiz zu nehmen. Es wird alsdann, im Falle eines Verlustes oder Schadens, vermutet, daß derselbe in Folge jener Mängel entstanden ist.

Sind aber auch dergleichen Mängel bei der Eintlieferung der Sendung nicht gerügt worden, so hat dennoch der Absender alle die Nachtheile zu vertreten, welche erweislich aus einer vorschriftswidrigen Adressirung, Signirung, Verpackung und Verschließung hervorgegangen sind.

§. 13. Zur Versendung mit der Post dürfen nicht aufgegeben werden Gesensstände, deren Beförderung mit Gefahr verbunden ist, namentlich alle durch Reibung, Luftdruck oder Druck und sonst leicht entzündliche Sachen, so wie ägende Flüssigkeiten. Dahin gebö-

Behandlung
reglement-
mäßig beschaf-
fener Sendun-
gen.

Von der Post-
beförderung
ausgeschlossen
Gegenstände.

ren

ren 1. B. Schießpulver, Feuerwerks-Gegenstände, Reib- oder Streichzündler, Schießbaumwolle, Phosphor, Knallgold, Knallsilber, Knallquecksilber, Aether oder Naphtha, Mineralsäuren u. s. w. Auch Riehrusschwarz ist zur Beförderung mit der Post nicht zugelassen.

Die Post-Anstalten sind besugt, in Fällen des Verdachts, daß die Sendungen Gegenstände der obigen Art enthalten, vom Aufgeber die Deklaration des Inhalts zu verlangen.

Diejenigen, welche verbotene Sachen unter unrichtiger Deklaration, oder mit Verschweigung des Inhalts der Sendung, zur Post aufgegeben, haben — vorbehaltlich der Bestrafung nach den Landesgesetzen — für jeden daraus entstehenden Schaden zu haften.

Zur Postbeförderung bedingt ungeöffnete Gegenstände.

§. 14. Flüssigkeiten, desgleichen Sachen, die dem schnellen Verderben und der Fäulniß ausgesetzt sind, unformlich große Gegenstände, so wie Bäume, Sträucher und dergleichen, ferner lebende Thiere, können von den Post-Anstalten zurückgewiesen werden.

Für dergleichen Gegenstände, wenn dieselben dennoch zur Beförderung angenommen werden, so wie für leicht zerbrechliche Gegenstände und für in Schachteln verpackte Sachen, leistet die Postverwaltung keinen Ersatz, wenn durch die Natur des Inhalts der Sendung oder durch die Beschaffenheit der Verpackung auf dem Transporte eine Beschädigung oder ein Verlust entstanden ist.

Die im §. 13. ausgesprochene Befugniß der Post-Anstalten, Deklaration des Inhalts zu verlangen, tritt auch in solchen Fällen ein, wo Grund zu der Annahme vorliegt, daß die Sendungen Flüssigkeiten, dem schnellen Verderben und der Fäulniß ausgesetzte Sachen, oder lebende Thiere enthalten.

Wenn Flüssigkeiten als solche nicht deklarirt sind, so hat der Absender den Schaden zu ersetzen, welcher in Folge der Beförderung derartiger Sendungen anderen Postgütern verursacht wird.

Sendungen von Wildpret sind während warmer oder heißer Jahreszeit nur dann zur Beförderung durch die Post anzunehmen, wenn sich berechnen läßt, daß dieselben, ohne zu verderben, den Bestimmungsort erreichen werden.

Sendungen von Butter sind nur in der Jahreszeit vom Monat Oktober bis einschließlich April, und Sendungen von Käse ohne Unterschied der Jahreszeit nur dann, wenn der Käse keinen erheblichen Geruch verbreitet, zur Beförderung durch die Post anzunehmen.

Das Gewicht einer Fahrgast-Sendung soll im Allgemeinen 100 Pfund nicht erheblich übersteigen. Zur Beförderung im Inlande können jedoch auch schwerere Sendungen zugelassen werden, sofern dieselben ihrer Beschaffenheit nach und nach Maßgabe der vorhandenen Post-Transportmittel, zur Beförderung mit der Post nicht ungeeignet sind, und sich absehen läßt, daß ihre Handhabung unterwegs besondere Schwierigkeiten nicht verursachen werde.

In

In wie weit auch nach fremden Postbezirken schwerere Sendungen angenommen werden dürfen, wird von der obersten Postbehörde besonders bekannt gemacht.

§. 15. Zeitungen, Journale, periodische Werke, Druckschriften, durch den Druck, durch Lithographie oder Metallographie vervielfältigte Musikalien, Kataloge, Prospekte, Preis-Courante, Lotterie-Gewinnlisten, Ankündigungen und sonstige Anzeigen, desgleichen Korrekturbogen ohne beigefügtes Manuskript, müssen, wenn die Kreuzband-Taxe Anwendung finden soll, uneingebunden oder broschirt unter schmalem Streif- oder Kreuzband eingeliefert und bei der Einlieferung frankirt werden. Kreuzband-Sendungen.

Uebrigens muß das Streif- oder Kreuzband dergestalt angelegt sein, daß dasselbe abgerisse und die Beschränkung des Inhalts der Sendung auf Gegenstände, deren Versendung unter Band gestattet ist, erkannt werden kann.

Die Versendung der bezeichneten Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband ist unzulässig, wenn dieselben nach ihrer Fertigung durch Druck u. s. w. außer der Adresse geschriebene oder auf andere Weise, z. B. durch Stempel oder Druck, beigefügte Ziffern oder Zusätze erhalten haben. Es kann jedoch den Preis-Couranten, Zirkularen und Empfehlungsschreiben Adresse, Datum und Namens-Unterschrift, der äußern Adresse eines Streif- oder Kreuzbandes der Name oder die Firma des Absenders und dem Korrekturbogen können Aenderungen und Zusätze, welche zur Korrektur gehören und auf diese sich beschränken, hinzugefügt werden.

Mehrere Exemplare unter einem Streif- oder Kreuzbande müssen im Falle der Unterschrift von einem und demselben Absender (Firma) unterzeichnet, und dürfen nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adress-Umschlägen versehen sein.

Cirkulare von Handlungshäusern dürfen mit der handschriftlichen Unterzeichnung der Firma von mehreren Theilnehmern der Handlung versehen sein.

Streif- oder Kreuzband-Sendungen, bei denen die Adresse nicht nur den eigentlichen Adressaten bezeichnet, sondern zugleich die Bestimmung enthält, daß die Sendungen auch anderen Personen mitgetheilt werden sollen, sind, wenn sie am Schalter aufgegeben werden, zurückzuweisen, wenn im Briefkasten vorgefunden, mit dem vollen Briefporto zu belegen.

Streif- und Kreuzbandsendungen dürfen nur bis zum Gewichte von 16 Loth angenommen werden, und werden jederzeit als zur Briefpost gehörig behandelt. Die Taxe für Streif- und Kreuzbandsendungen beträgt für den ganzen Bezirk des Deutsch-Oesterreichischen Postvereins ohne Unterschied der Entfernung 4 Silberpfennige pro Zollloth exklusive.

Für dergleichen Sendungen, welche den obigen Bestimmungen nicht entsprechen, oder unfrankirt eingeliefert werden, ist das gewöhnliche Briefporto zu entrichten.

§. 16. Waarenproben und Muster müssen, wenn auf die dafür zugestandene Porto-Ex- mäßigung
Extra-Beil. z. Amtbl. Nr. 26. Zweiter Bogen.

und Muster-
Sendungen.

mäßigung Anspruch gemacht wird, dergestalt verpackt sein, daß die Beschränkung des Inhalts auf diese Gegenstände leicht ersichtlich ist.

Diesen Sendungen darf, wenn die ermäßigte Taxe eintreten soll, nur ein einfacher Brief angehängt sein, welcher bei der Austaxirung mit der Waarenprobe oder dem Muster zusammen zu wiegen ist.

Ist der Brief schwerer, oder sind die Waarenproben oder Muster in den Brief gelegt, so wird die Sendung, d. h. Brief und Probe zusammen, als gewöhnlicher Brief taxirt.

Für Waarenproben und Muster, welche vorschristsmäßig verpackt sind, wird im ganzen Bereiche des Deutsch-Oesterreichischen Postvereins für je 2 Loth erkl. das einfache Briefporto nach der Entfernung, wenn die Sendungen nach inländischen Orten bestimmt sind, jedoch als Maximum das sechsfache Briefporto erhoben.

Derselben Sendungen werden nur bis zum Gewichte von 16 Loth angenommen und als Briefpost-Sendungen behandelt.

Rekommandirte
Briefe.

§. 17. Die Rekommandation ist nur zulässig:

- 1) bei gewöhnlichen Briefen,
- 2) bei Streif- oder Kreuzband-Sendungen,
- 3) bei Briefen mit Waarenproben oder Mustern.

Sie wird durch das Wort „rekommandirt“ ausgedrückt.

Wünscht der Absender einer rekommandirten Briefpostsendung die von dem Adressaten auszustellende Empfangsbcheinigung (Ablieferungsschein, Retour-Recepisse) zu erhalten, so muß ein solches Verlangen durch die Bemerkung: „gegen Ablieferungsschein“ („Retour-Recepisse“) auf der Adresse ausgedrückt sein und der Absender sich namhaft machen.

Ueber eine rekommandirte Sendung wird dem Absender eine Bescheinigung der geschehenen Einlieferung (ein Einlieferungsschein) ertheilt. Für rekommandirte Briefe, so wie für rekommandirte Sendungen unter Band (§. 15) oder mit Proben (§. 16) ist außer dem gewöhnlichen Porto eine Gebühr von 2 Silbergroschen, ohne Rücksicht auf die Entfernung und das Gewicht, zu erheben.

Rekommandirte Sendungen werden nur mit der Briefpost befördert, und müssen, wenn sie nach anderen Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Postvereins bestimmt sind, frankirt werden.

DeklARATION.

§. 18. Die Deklaration des Werthes einer Sendung muß, wenn sie im Falle des Verlustes oder der Beschädigung der Sendung bei der Ersatzleistung maßgebend sein soll, bei Briefen mit Geld oder sonstigem Inhalte von Werth auf der Adresse des Briefes und bei anderen Sendungen sowohl auf der Adresse des Begleitbriefes als auf der Sendung bei der Signatur, angegeben werden.

Die

Die Deklaration des Werthes einer Sendung ist in Preussischer Silberwährung auszudrücken, und es darf bei Sendungen nach Orten des Inlandes der deklarirte Betrag den gemeinen Werth der Sendung nicht übersteigen. Besteht eine Sendung aus fremden Geldsorten oder aus Goldmünzen, so hat der Aufgeber (und ausbühlfweise der annehmende Postbeamte) die Reduktion vorzunehmen und den Werth der Sendung auf der Adresse in Silber-Courant auszudrücken. Bei der Versendung von courshabenden Papieren und Dokumenten ist der Coursverth, welchen dieselben zur Zeit der Einlieferung haben, bei der Versendung von hypothekarischen Dokumenten, Wechseln und ähnlichen Dokumenten derjenige Betrag anzugeben, welcher zur Erlangung einer rechtsgültigen neuen Ausfertigung des Dokuments oder zur Beseitigung der aus dem Verluste entstehenden Hindernisse, die verbriefte Forderung einzuziehen, voraussichtlich zu verwenden sein würde. Ist aus dem Inhalte der Deklaration zu ersehen, daß dieselbe den vorstehenden Regeln nicht entspricht, so kann die Sendung zur Berichtigung der Deklaration zurückgegeben werden. Ist letzteres aber auch nicht geschehen, so darf dennoch aus einer irthümlich zu hohen Deklaration ein Anspruch auf Erstattung des entsprechenden Theiles der Assuranzgebühr nicht hergeleitet werden.

Ueber Sendungen mit deklarirtem Werthe wird ein Einlieferungsschein ertheilt.

§. 19. Die Postverwaltung übernimmt es, Beträge unter und bis zu 50 Rthlr. in Baare Einzahlungen. lassenmäßigem Gelde von den Absendern anzunehmen und an Adressaten innerhalb des Preussischen Postverwaltungsbezirkes auszusahlen (Baare Einzahlung). Zur Auszahlung an Adressaten in anderen Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Postvereins können Einzahlungen nur bis zur Höhe von 10 Rthlrn. zugelassen werden.

Jeder Einzahlung muß ein gewöhnlicher Brief, der bei Einzahlungen nach anderen Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Postvereins nur einfach sein darf, oder ein lediges Couvert beigegeben werden.

Baare Einzahlungen auf Sendungen unter Band, Sendungen mit Waarenproben, auf rekommandirte Briefe, auf Briefe mit deklarirtem Werthe und auf Begleitbriefe zu Paketen mit und ohne Werthe, Deklarationen zu leisten, ist unzulässig.

Auf der Adresse des Briefes oder Couverts muß der Empfänger genau bezeichnet, und der Betrag der baaren Einzahlung mit den Worten:

„Hierauf eingezahlt“

vermerkt, die Thaler- oder Guldensumme auch in Zahlen und in Buchstaben ausgedrückt sein.

Dem Absender wird über die geleistete Einzahlung ein Einlieferungsschein ertheilt.

Für baare Einzahlungen ist vom Absender oder vom Empfänger, je nachdem die Sendung frankirt oder unfrankirt aufgegeben wird, zu entrichten:

- a) das tarifmäßige Briefporto für den Brief oder die Brief-Adresse;
 b) die Einzahlungsgebühr. Diese beträgt als Minimum 1 Sgr., sonst aber von der eingezahlten Summe für jeden Thaler oder Theil eines Thalers $\frac{1}{4}$ Sgr.

Die baren Einzahlungen werden bei der Beförderung als Fahrpost-Sendungen behandelt.

Vorschuß-Sen-
dungen.
(Nachnahme.)

§. 20. Die Postverwaltung übernimmt es, Beträge bis zur Höhe von 50 Rthlrn. (oder 75 Fl. Conv. W. oder 87 $\frac{1}{2}$ Fl. Rheinfl.) von Adressaten innerhalb des Deutsch-Öster-reichischen Postvereins-Bereichs einzuziehen. (Vorschuß-Sendungen. Nachnahme-Sendungen. Postvorschüsse.)

Briefe und sonstige Sendungen, auf welche dergleichen Beträge eingezogen werden sol-len, müssen auf der Adresse den Vorschuß-Betrag mit den Worten:

„Vorschuß oder Nachnahme“

und die Thaler- oder Guldensumme in Zahlen und in Buchstaben ausgedrückt enthalten.

Vorschußbriefe dürfen nicht rekommandirt werden.

Der Absender erhält bei der Aufgabe der Sendung eine Bescheinigung, daß der Betrag des Vorschusses ausgezahlt werden solle, sobald die Sendung von dem Adressaten eingelöst worden sei.

Eine Vorschuß-Sendung darf nur gegen Verichtigung des Vorschuß-Betrages ausge-hänbtigt werden. Sie muß spätestens 14 Tage nach dem Eingange der Post-Anstalt am Aufgaborte zurückgesandt werden, wenn dieselbe innerhalb dieser Frist nicht eingelöst wird. Dieses gilt auch von Vorschuß-Sendungen mit dem Vermerke „poste restante.“

Die Zurückgabe der nicht eingelösten Vorschuß-Sendung erfolgt an denjenigen, welcher die Bescheinigung über Reservierung des Postvorschusses zurückgibt. Ist es eine Sendung mit deklarirtem Werthe, so werden die Vorschriften beachtet, welche für Zurückgabe solcher Sendungen gegeben sind. (Vergleiche §. 25.)

Erst durch die Einlösung einer Vorschuß-Sendung überläßt die Postverwaltung die Verbindlichkeit zur Auszahlung des Vorschuß-Betrages. Von der erfolgten Einlösung muß der Post-Anstalt am Aufgaborte mit nächster Post Nachricht gegeben werden, und diese zahlt hierauf den Vorschuß-Betrag an denjenigen aus, welcher die Bescheinigung über Reservierung des Vorschusses zurückgibt. Eine Prüfung der Legitimation desjenigen, welcher den Schein zurückbringt, liegt der Post-Anstalt nicht ob.

Wenn einzelne Korporationen, Gesellschaften oder Personen sich jedesmal die Auszah-lung des Vorschusses gleich bei Einlieferung der Sendungen zu sichern wünschen, so ist mit Genehmigung der vorgeordneten Ober-Post-Direktion eine Kautionseistung einzuleiten, wonächst bis

bis zur Höhe einer solchen, bei der Kasse der Ober-Post-Direktion zu deponirenden Kaution, Postvorschüsse an die Kaventen gleich bei Einlieferung der Sendung gezahlt werden sollen.

Wird eine Vorchuß-Sendung, auf welche der Betrag des Vorhusses gleich bei der Einlieferung gezahlt worden ist, nicht eingelöst, so muß der Absender den erhobenen Betrag zurückzahlen.

Für Vorchuß-Sendungen wird außer dem gewöhnlichen Porto eine Gebühr (Procura-Gebühr) erhoben, welche beträgt, die Sendung mag angenommen werden, oder nicht:

1. bei Sendungen nach Orten des Inlandes:

| | |
|--|--------|
| unter 5 Egr. | nicht. |
| von 5 bis 15 Egr. | 1 Egr. |
| über 15 Egr., von halben zu halben Thalern: | |
| a) bis 10 Rthlr. | 1 |
| b) über 10 Rthlr., außer den Säcken bis 10 Rthlr. | ½ |

2. bei Sendungen nach anderen Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Postvereins:

für jeden Thaler oder Theil eines Thalers ½ Egr., im Minimum aber 1 Egr.

Eine Vorausbezahlung des Porto und der Gebühr ist zulässig, aber nicht nothwendig.

Bei Rücksendungen wird die Gebühr für den Vorchuß nicht noch einmal angesetzt.

Die Vorchuß-Sendungen werden bei der Beförderung als Gegenstände der Fahrpost behandelt.

§. 21. Sendungen, welche sogleich nach der Ankunft den Adressaten durch besondere Express-Brief-Boten zugestellt werden sollen, müssen auf der Adresse wörtlich den Vermerk:

„durch Expressen zu bestellen,“

enthalten.

Für derartige Bestellungen sind zu entrichten:

- a) wenn die Bestellung am Orte der betreffenden Post-Anstalt erfolgt, für einen Brief 2½ Egr., für einen Brief nebst Paket bis zum Gewichte von 5 Pfd. 5 Egr.;
- b) wenn die Bestellung außerhalb des gedachten Ortes erfolgt, für einen Brief für jede Meile 5 Egr., für jede halbe Meile 2½ Egr. und für jede viertel Meile 1¼ Egr., im Ganzen jedoch nicht unter 2½ Egr. für jede Bestellung; für einen Brief nebst Paket bis zum Gewichte von 5 Pfund das Doppelte der vorstehenden Sätze.

Pakete bis 5 Pfund werden dem bestellenden Boten mitgegeben, wenn der Absender nicht

nicht ein Anderes ausdrücklich verlangt. Bei schwereren Packeten wird nur der Begleitbrief, bei Sendungen mit deklarirtem Werthe nur das Formular zum Ablieferungsscheine (§. 20) bestellt.

Mit der Annahme von Briefen und sonstigen Sendungen zur expressen Bestellung an Adressaten, die im Orte selbst, oder im eigenen Landbezirke der Post-Anstalt, wohnen, haben die Post-Anstalten sich nicht zu befassen. Eben so wenig haben dieselben Versendungen mittels expresser Boten nach solchen Orten zu besorgen, an welchen sich ebenfalls eine Post-Anstalt befindet und wohin eine Post geht.

Im Verkehr zwischen Preußen und anderen Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Post-Bereichs ist die Bestellung durch expresse Boten nur bei Briefen zulässig, und auch bei diesen nur dann, wenn sie rekommandirt sind. Für jeden am Orte der Abgabe-Post-Anstalt zu bestellenden Expressbrief ist, wenn die Bestellung am Tage erfolgt, eine Bestellgebühr von 3 Sgr., und wenn die Bestellung zur Nachtzeit erfolgt, von 6 Sgr. zu entrichten. Für die außerhalb des Orts der Abgabe-Post-Anstalt zu bestellenden Expressbriefe sind außer dem dafür dem Boten zu zahlenden Lohn, ohne Unterschied, ob die Bestellung am Tage oder zur Nachtzeit erfolgt, 3 Sgr. für die Beschaffung des Boten zu entrichten.

Das Botenlohn für die expresse Bestellung kann nach Gutbefinden des Absenders vorausbezahlt oder dessen Zahlung dem Adressaten überlassen werden. In allen Fällen bleibt jedoch der Absender für die Berichtigung der Bestellgebühr verhaftet.

Ort der Einlieferung.

§. 22. Die Einlieferung der Briefe, Gelder, Packete und sonstigen Sendungen muß in den Post-Anstalten an denjenigen Beamten geschehen, welcher an der Annahmestelle den Dienst verrichtet.

Nur gewöhnliche unfrankirte Briefe, in sofern sie dem Frankowange nicht unterliegen, imgleichen solche gewöhnliche Briefe, Streif- oder Kreuzband-Sendungen, für welche das Porto durch aufgestepte Post-Freimarken oder gestempelte Briefcouverts entrichtet ist (§. 39), können in die Briefkästen gelegt und auch den Kondukteuren, Postillonnen, Postfußboten (Beförderern der Botenposten) und Landbriefträgern, wenn dieselben sich unterwegs im Dienst befinden, übergeben werden.

Zeit der Einlieferung.

§. 23. Die Einlieferung muß während der Dienststunden der Post-Anstalten und, wenn die Versendung des eingelieferten Gegenstandes mit der nächsten dazu geeigneten Post erfolgen soll, noch vor der Schlußzeit dieser Post, geschehen.

Bei denjenigen Post-Anstalten, bei denen eine tägliche Post-Verbindung in der Richtung des Bestimmungsortes nicht besteht, dürfen Gelbbriefe und Packete mit deklarirtem Werthe aus dem Orte in der Regel erst an dem Tage, an welchem die betreffende Post abgeht, oder,

wenn

wenn der Abgang derselben in die Nacht- oder Frühstunden fällt, erst am Abende vorher, angenommen werden. Derartige Sendungen, welche von durchreisenden oder nicht im Orte wohnenden Personen ausgehen, unterliegen jedoch dieser Beschränkung nicht.

Die Dienststunden der Post-Anstalten für den Verkehr mit dem Publikum sind:

a) Dienststunden.

- 1) in dem Sommerhalbjahr (vom 1sten April bis letzten September) von 7 Uhr Morgens bis 1 Uhr Mittags,
- 2) in dem Winterhalbjahr (vom 1sten Oktober bis letzten März) von 8 Uhr Morgens bis 1 Uhr Mittags, und
- 3) zu allen Jahreszeiten von 2 Uhr Nachmittags bis 8 Uhr Abends.

An Sonntagen fallen jedoch die Dienststunden von 9 Uhr Morgens bis 5 Uhr Nachmittags aus. An solchen gesetzlichen Festtagen, welche nicht auf einen Sonntag treffen, ferner am Geburtstage Sr. Majestät des Königs, werden die Dienststunden in der Weise beschränkt, daß in der Zeit von 9 Uhr Morgens bis um 5 Uhr Nachmittags, sowohl des Vormittags, als auch des Nachmittags zwei Stunden ausfallen, in der Zwischenzeit aber mindestens während zwei Stunden der Dienstverkehr mit dem Publikum ununterbrochen stattfindet. Die ausfallenden Stunden werden für jede Post-Anstalt durch die vorgesetzte Ober-Post-Direktion besonders bestimmt. Die getroffene Festsetzung muß zur Kenntniß des Publikums gebracht werden.

Die Ober-Post-Direktionen sind ermächtigt:

- 1) bei einzelnen Post-Anstalten den vorstehend unter 1, 2 und 3 genannten Dienststunden eine größere Ausdehnung zu geben, wobei aber von den Bestimmungen wegen Beschränkung der Dienststunden an Sonn- und gesetzlichen Festtagen nicht abgewichen werden darf;
- 2) in Ansehung solcher Post-Expeditionen, welche durch einen allein stehenden Beamten verwaltet werden, die Dienststunden in soweit zu beschränken, als es zur Erleichterung des allein stehenden Beamten nothwendig, und in Beziehung auf den Postenlauf, ohne Gefährdung der Interessen des Publikums, zulässig ist;
- 3) in Fällen eines vorübergehenden außerordentlichen Verkehrs-Bedürfnisses Abweichungen von den obigen Festsetzungen wegen Beschränkung der Dienststunden an Sonn- und gesetzlichen Festtagen zeitweise nachzulassen.

Ausdehnungen und Beschränkungen der Dienststunden müssen zur Kenntniß des Publikums gebracht werden:

Die Schlußzeit tritt ein:

b) Schlußzeit.

- 1) für gewöhnliche Briefe, Streif- oder Kreuzband-Sendungen und Sendungen mit Waaren.

Waarenproben oder Mustern, über welche dem Absender ein Einlieferungsschein nicht zu erteilen ist,

eine halbe Stunde vor dem planmäßigen Abgange der Post,

und bei Posten, welche den Ort passieren:

eine halbe Stunde vor dem planmäßigen Weitergange der Post.

Auf Bahnhofs-Post-Expeditionen tritt für die bezeichneten Gegenstände die Schlußzeit erst fünf Minuten vor dem planmäßigen Abgange des betreffenden Zuges ein; auch können diese Gegenstände, wenn sie sonst dazu geeignet sind, bis unmittelbar vor dem Abgange des Zuges in die an den Eisenbahn-Postwagen angebrachten Briefkästen gelegt werden;

- 2) für Briefe u. s. w., über welche dem Absender ein Einlieferungsschein zu erteilen ist, und für Pakete mit oder ohne Werths-Deklaration:

zwei Stunden vor dem planmäßigen Abgange der Post,

und bei Posten, welche den Ort passieren:

zwei Stunden vor dem planmäßigen Weitergange der Post.

Bei Posttransporten auf Eisenbahnen werden diese Schlußzeiten um so viel verlängert, als erforderlich ist, um die Gegenstände von der Post-Anstalt nach dem Bahnhofe zu transportiren und auf dem Bahnhofe selbst überzuladen.

Die Ober-Post-Direktionen sind verpflichtet, wo die Umstände es gestatten, insbesondere bei den Bahnhofs-Post-Expeditionen, die Schlußzeiten so viel als thunlich abzukürzen. Zu jeder Verlängerung der Schlußzeiten ist die Genehmigung der obersten Postbehörde erforderlich.

Vergleichen Maßregeln müssen zur Kenntniß des Publikums gebracht werden.

Bei Posten, die außerhalb der gewöhnlichen Dienststunden abgehen, bildet der Ablauf der Dienststunden die Schlußzeit, in sofern nicht, nach Maßgabe des Abganges der Post, die Schlußzeit nach den vorstehenden Festsetzungen früher eintritt.

Die an den Dienstlokalen der Post-Anstalten befindlichen Briefkästen müssen bei Eintritt der Schlußzeit jeder Post und zu den außerhalb der gewöhnlichen Dienststunden abgehenden Posten auch noch vor deren Abgang geleert werden. Bei Sendungen, welche in Briefkästen fern des Postdienstlokals gelegt werden, ist auf Mitbeförderung mit der zunächst abgehenden Post nur in soweit zu rechnen, als die Sendungen nach der gewöhnlichen Zeit der Leerung der Kästen vor Schluß der betreffenden Posten zum Post-Dienstlokal gelangen. Zu welchen Zeiten die Kästen regelmäßig geleert werden, ist zur Kenntniß des Publikums zu bringen.

§. 24. In allen den Fällen, in welchen nach den vorangegangenen Bestimmungen die geschehene Einlieferung durch einen von der Post-Anstalt zu ertheilenden Einlieferungsschein zu bescheinigen ist, darf sich der Einlieferer nicht entfernen, ohne den Einlieferungsschein in Empfang genommen zu haben, widrigenfalls und in sofern die geschehene Einlieferung nicht aus den Büchern oder Karten ersichtlich ist, dieselbe für nicht geschehen erachtet werden muß.

§. 25. Die zur Post eingelieferten Sendungen können von dem Absender vor deren Zustellung an den Adressaten zurückgenommen werden.

Zurücknahme
aufgegebenen
Postsendungen.

Die Zurücknahme kann erfolgen am Orte der Aufgabe oder am Bestimmungsorte, ausnahmeweise auch, in sofern dadurch keine Störung des Expeditions-Dienstes herbeigeführt wird, an einem unterwegs gelegenen Umspeiditionsorte.

Zur Zurückforderung und Zurücknahme wird derjenige für legitimirt erachtet, der den Einlieferungsschein, wenn aber ein solcher nicht ertheilt ist, das Päckchen, mit welchem der Brief oder das Paket versiegelt worden ist, und ein von derselben Hand, von welcher die Original-Adresse der Sendung geschrieben ist, geschriebenes Duplikat derselben vorzeigt.

Die Rückgabe erfolgt im ersteren Falle gegen Rückgabe des Einlieferungsscheins, wenn aber ein solcher nicht ertheilt ist, gegen Auslieferung eines von dem Siegel zu nehmenden Abdruckes und des Duplikats der Adresse.

Ist die Sendung bereits abgegangen, so hat derjenige, welcher dieselbe zurückfordert, den Gegenstand bei der Post-Anstalt des Abgangsortes schriftlich so genau zu bezeichnen, daß derselbe unzweifelhaft als der reklamirte zu erkennen ist. Die gedachte Post-Anstalt fertigt das Reklamations-Schreiben aus, welchem die Post-Anstalten des betreffenden Courses Folge zu leisten haben.

Soll die Zurückforderung auf telegraphischem Wege geschehen, so darf eine diesfällige Depesche nicht abgesandt, oder derselben Folge gegeben werden, wenn nicht die Post-Anstalt des Aufgabortes amtlich bescheinigt hat, daß der Absender sich als zur Zurückforderung berechtigt bei derselben legitimirt habe; daß dies geschehen, muß in der Depesche bemerkt sein.

Ist die Sendung noch nicht abgegangen, so wird das baar erlegte Franko, nicht aber das durch Marken entrichtete Franko zurückgegeben.

Ist die Sendung bereits abgesandt, so hat der Absender das Porto wie für eine gewöhnliche Retour-Sendung zu entrichten, und zwar bei Fahrpost-Sendungen bis zu und von dem Orte, von dem der Gegenstand zurückgesandt wird.

§. 26. Welchen Weg die Postsendungen zu nehmen haben, um den Adressaten zugeführt zu werden, wird von der Postbehörde bestimmt. Dieselbe hat in der Regel die schnellsten Beförderungsgelegenheiten zu benutzen, welche sich für Sendungen der betreffenden Ka-

Expedition.

tegorie in der Richtung des Bestimmungsorts darboten. Bei Fahrpost-Sendungen nach anderen Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Postvereins ist jedoch in besonderen Fällen, wenn durch die Versendung auf einem anderen, als dem gewöhnlichen Wege ein Vortheil erreicht werden kann, dem Aufgeber freigestellt, den Expeditionsweg selbst zu bestimmen.

Eröffnung des
Verschlusses und
Eröffnung der
Sendungen
durch die Post-
beamten.

§. 27. Hat sich das Siegel oder der anderweite Verschluss einer Sendung gelöst, so wird derselbe von den Postbeamten unter Wiederdrückung des Postiegels und Hinzufügung der Namensunterschrift des betreffenden Postbeamten wieder hergestellt.

Ist durch die gänzliche Lösung des Siegels oder anderweitigen Verschlusses einer Sendung mit baarem Gelde oder mit geldwerthen Papieren die Herausnahme des Gegenstandes der Sendung möglich geworden, so wird vor Herstellung des Verschlusses erst festgestellt, ob der deklarirte Betrag der Sendung noch vorhanden ist.

Bei Post-Anstalten, wo zwei oder mehrere Beamte zugleich im Dienste anwesend sind, wird zur Herstellung des Verschlusses und beziehungsweise zur Feststellung des Inhalts sofort ein zweiter Beamter als Zeuge hinzugerufen. Ist ein zweiter Beamter nicht im Dienste, jedoch ein vereideter Post-Unterbeamter zugegen, so wird dieser als Zeuge hinzugerufen.

Hat nach den vorstehenden Bestimmungen ein anderweiter Verschluss der Sendung durch Postbeamte stattgefunden, so ist bei Ankunft der Sendung am Bestimmungsorte der Adressat davon in Kenntniß zu setzen und aufzufordern, zur Eröffnung der Sendung in Gegenwart eines Postbeamten im Post-Bureau innerhalb der zu bestimmenden Frist sich einzufinden. Leistet der Adressat dieser Aufforderung keine Folge, oder verzichtet derselbe ausdrücklich auf Eröffnung der Sendung, so ist mit deren Bestellung und Ausbändigung nach Maßgabe der folgenden Vorschriften zu verfahren. Etwaige Erinnerungen, welche der erschienene Adressat bei Eröffnung der Sendung gegen deren Inhalt erhebt, sind in das Protokoll aufzunehmen, durch welches der Befund festgestellt wird.

Balket der Verdacht ob, daß mit der Einlieferung einer Sendung eine Porto-Konvention unternommen worden ist, so sind die Post-Anstalten berechtigt, von dem Absender oder von dem Adressaten zu verlangen, daß derselbe die Sendung innerhalb einer bestimmten Frist in Gegenwart eines Postbeamten eröffne. Leistet der Absender oder der Adressat der Aufforderung keine Folge, so kann die Eröffnung der Sendung von einem Postbeamten erfolgen, welcher nach Maßgabe der obigen Bestimmung einen zweiten Postbeamten oder Post-Unterbeamten zuzuziehen hat.

In allen Fällen müssen sich die Postbeamten jeder über den Zweck der Eröffnung hinausgehenden Einsicht der Sendung enthalten, auch muß über die geschehene Eröffnung ein Protokoll ausgenommen werden, in welchem die Veranlassung der Maßregel, der Hergang bei derselben und der Erfolg anzugeben sind.

Streif-

Streif- und Kreuzbandsendungen (§ 15.) zum Zwecke der Kontrolle zu öffnen und einzusehen, sind die Postbeamten auch ohne weiteres Verfahren befugt.

Die vorstehenden Festsetzungen beziehen sich nur auf die Behandlung der Postsendungen innerhalb des Preussischen Postbezirks.

§. 28. Ergiebt die Verpackung einer Sendung sich unterwegs als mangelhaft und steht zu befürchten, daß die fehlerhafte Verpackung bei der Weiterbeförderung die Beschädigung oder das theilweise oder gänzliche Verderben der Sendung herbeiführen oder eine nachtheilige Einwirkung auf andere Sendungen zur Folge haben möchte, so muß unter Feststellung des Sachbestandes eine neue Verpackung der Sendung stattfinden, wobei so weit als thunlich die ursprüngliche Verpackung unter der neuen beizubehalten ist. Erneuerung der Verpackung.

Die Kosten für die neue Verpackung werden durch kostenfreie Anrechnung von dem Adressaten und, so fern dieser die Zahlung verweigert, von dem durch ihn namhaft zu machenden Absender eingezogen.

§. 29. Die Verbindlichkeit der Preussischen Postverwaltung, die angekommenen Gegenstände dem Adressaten ins Haus senden (bestellen) zu lassen, beschränkt sich: Umfang der Verbindlichkeit der Postverwaltung in Ansehung der Bestellung.

- 1) auf gewöhnliche und rekommandirte Briefe,
- 2) auf gewöhnliche und rekommandirte Streif- und Kreuzband-Sendungen und Sendungen mit Waarenproben und Mustern,
- 3) auf Begleitbriefe zu Paketen ohne Werth's-Deklaration,
- 4) auf Formulare zu den Ablieferungsscheinen über Briefe und Pakete, deren Werth deklariert ist,
- 5) auf Formulare zu den Ablieferungsscheinen (Assignmenten) über Briefe mit baaren Einzahlungen.

Wo auf Grund der Vorschrift des §. 51 des Regulativs vom 18ten Dezember 1824 (Gesetzsammlung Seite 225.) von einer Kommune Anordnungen getroffen sind, nach welchen von Kondukteuren und Postillonem gewöhnliche Briefe, Streif- oder Kreuzband-Sendungen und Sendungen mit Waarenproben oder Mustern abgegeben werden, haftet die Postverwaltung für deren Bestellung an den Adressaten nicht.

Soweit die Postverwaltung die Bestellung nicht übernimmt, müssen Briefe, deren Werth deklariert ist, und Pakete, ihr Werth mag deklariert sein oder nicht, auf Grund des behändigten Formulars zu dem Ablieferungsscheine oder des behändigten Begleitbriefes von der Post abgeholt werden.

Wo Einrichtungen für die Bestellung der Pakete und Geldsendungen bestehen, oder

(3)

getroffen

getroffen werden, wird die Gebühr für die Bestellung nach den von dem General-Postamt in jedem einzelnen Falle nach Massgabe der Lokal-Verhältnisse bestimmten Sätzen erhoben.

An denjenigen Orten, wo besondere Einrichtungen zur Annahme und Bestellung solcher Briefe, welche für den Ort selbst bestimmt sind, (Stadtbriefe) bestehen, ist für dergleichen Briefe zu erheben:

- a) für einen gewöhnlichen Brief, (auch Sendungen unter Streif- oder Kreuzband) 1 Sgr.
- b) für einen rekommandirten Brief, einschließlich der Rekommandations-Gebühr von 1 Sgr. 2 Sgr.
- c) für einen Brief mit Geld bis zum Betrage von 1 Rthlr. 1 Sgr.
- d) für einen Brief mit Geld zum Betrage über 1 bis 50 Rthlr. 2 Sgr.

Auch an Orten, wo eine besondere Stadtpost-Einrichtung nicht besteht, müssen die Post-Anstalten undeclarirte Briefe zur Bestellung im Orte für dieselbe Gebühr annehmen.

Für Briefe an solche Adressaten im Orte und im Landbezirke, welche ihre Korrespondenz von der Post abholen lassen, soll die Gebühr jedoch im Falle der Abholung den Satz von $\frac{1}{2}$ Sgr nicht überschreiten.

Wenn ein und derselbe Absender 100 Stück Stadtbriefe und darüber auf einmal abliefern, so wird für jeden Brief nur ein Bestellgeld von $4\frac{1}{2}$ Pfennigen erhoben; doch müssen in diesem Falle die Briefe frankirt werden. Unter gleichen Bedingungen hat ein Absender von 25 Stück Briefen und darüber bis zu 100 erst für jeden Brief nur $\frac{1}{2}$ Sgr. zu entrichten.

Bei der Bestellung an Adressaten außerhalb des Orts der Post-Anstalt durch die Land-Briefträger wird an Landbrief-Bestellgeld erhoben:

der einfache Satz des Bestellgeldes, je nach besonderer Bestimmung von $\frac{1}{2}$ bis 1 Sgr.:

- a) für Briefe und Pakete bis 16 Loth inkl.,
- b) für Geldbriefe bis zum Betrage von 1 Rthlr.,
- c) für Briefe mit Insinuations-Dokumenten,
- d) für Begleitbriefe zu Paketen ohne Werths-Deklaration, so wie für Formulare zu den Ablieferungsscheinen, in sofern das Paket, die Sendung mit declarirtem Werthe, oder der auszuzahlende Geldbetrag Seitens des Empfängers von der Post abgeholt wird,

der doppelte Satz des Bestellgeldes mit 2 Sgr.:

- a) für Briefe und Pakete über 16 Loth,
- b) für Geldbriefe und Geldpakete, welche mehr als 1 Rthlr. enthalten,
- c) für rekommandirte Briefe, deren Bestellung von dem Landbriefträger zugleich mit dem Ablieferungsscheine erfolgt,
- d) für

d) für Briefe (Adressen), auf welche baare Einzahlungen geleistet worden sind, und die dazu gehörigen Ablieferungsscheine, in sofern der Landbriefträger das Geld zugleich mit überbringt.

Die für einzelne Orte und Kreise angeordneten ermäßigten Landbrief- u. Bestellgeldsätze bleiben auch ferner bestehen.

Den obigen Bestellgeldsätzen unterliegen auch die portofreien (Dienst-) Sendungen, in sofern Ausnahmen nicht ausdrücklich bestimmt sind. Für portofreie Dienstbriefe, welche bei einer Post-Anstalt an Adressaten im Landbezirke zur Abholung von der Post eingeliefert werden, ist jedoch das Bestellgeld nicht anzusehen.

Die Ober-Postdirektionen sind befugt, Ablösungen des Landbrief-Bestellgeldes durch Aversa anzunehmen und hierüber besondere Abkommen zu treffen.

§. 30. Die Postbehörde bestimmt, wie oft täglich und in welchen Fristen die Orts- Zeit der Bestel-
Briefträger die eingegangenen Briefe u. s. w. zu bestellen haben, und an welchen Tagen die
Land-Briefträger Bestellungen nach Orten, an welchen sich Post-Anstalten nicht befinden, zu
bewirken haben.

Die nach dem Verlangen der Absender „durch Expressen“ zu bestellenden Gegenstände (§. 21) müssen in allen Fällen, auch wenn sie zur Nachtzeit eintreffen, ohne Verzug bestellt werden, sofern nicht vom Absender oder Empfänger ein Anderes ausdrücklich bestimmt ist.

Briefe mit dem Vermerke auf der Adresse: „poste restante“ werden bei der Post-Anstalt des Bestimmungsortes einstweilen aufbewahrt und dem Adressaten behändigt, wenn sich derselbe zur Empfangnahme meldet und auf Erfordern legitimirt.

§. 31. Die Bestellung Seitens der Preussischen Post-Anstalten erfolgt an den Adressa-
ten selbst oder an dessen legitimirten Bevollmächtigten. Der Adressat, welcher einen Dritten
zur Empfangnahme der an ihn zu bestellenden Gegenstände bevollmächtigen will, muß die
Vollmacht schriftlich ausstellen und in dieser die Gegenstände genau bezeichnen, zu deren
Empfangnahme der Bevollmächtigte ermächtigt sein soll. Die Unterschrift des Machtgabers
unter der Vollmacht muß, wenn deren Richtigkeit nicht ganz außer Zweifel steht, wenigstens
von dem Gemeinde- oder Bezirks-Vorsteher oder von einem anderen Beamten, welcher zur
Führung eines amtlichen Siegels berechtigt ist, unter Beibrückung desselben, beglaubigt sein,
und es muß die Vollmacht bei der Post-Anstalt, welche die Bestellung ausführen läßt, nieder-
gelegt werden.

An wen die Be-
stellung gesche-
den mag.

Ist außer dem Adressaten noch ein Anderer, wenn auch nur zur nähern Bezeichnung der Wohnung des Adressaten, auf der Adresse genannt, z. B. an N. N. bei N. N., so ist dieser zweite Adressat auch ohne ausdrückliche Ermächtigung als Bevollmächtigter des Adressa-
ten

ten zur Empfangnahme gewöhnlicher Briefe, Streif- und Kreuzband-Sendungen und Sendungen mit Baarenproben oder Mustern anzusehen. Ist ein Gasthof als Wohnung des Adressaten auf der Adresse angegeben, so kann die Bestellung der zuletzt bezeichneten Gegenstände an den Gastwirth auch in dem Falle erfolgen, wenn der Adressat noch nicht eingetroffen ist.

Wird der Adressat oder dessen nach den vorstehenden Bestimmungen legitimierter Bevollmächtigter in seiner Wohnung nicht angetroffen, oder wird dem Briefträger oder Boten der Zutritt zu ihm nicht gestattet, so erfolgt die Bestellung

der gewöhnlichen Briefe, Streif- oder Kreuzband-Sendungen und Sendungen mit Baarenproben oder Mustern

an einen Haus- oder Komtoirbeamten, ein erwachsenes Familienglied oder sonstigen Angehörigen oder an einen Diensthoten des Adressaten, beziehungsweise dessen Bevollmächtigten, oder an den Portier des Hauses. Wird Niemand angetroffen, an den hiernach die Bestellung geschehen kann, so erfolgt dieselbe an den Hauswirth oder an den Miether einer Wohnung im Hause.

Handelt es sich um die Bestellung eines Expres-Briefes, so kann die Behandlung, wenn der Adressat oder dessen Bevollmächtigter nicht angetroffen wird, oder besondere Umstände die Bestellung an ihn verhindern, an ein erwachsenes Familienglied oder an einen Haus- oder Komtoirbeamten geschehen.

Die Behandlung an dritte Personen ist aber unzulässig, wenn es sich um die Bestellung

- 1) einer rekommandirten Sendung (§. 17) oder
- 2) eines Begleitbriefes zu einem Pakete (§. 29 Nr. 3) oder
- 3) eines Formulars zum Ablieferungsscheine (§. 29 Nr. 4 und 5)

handelt, vielmehr müssen diese Gegenstände stets an den Adressaten oder dessen legitimierten Bevollmächtigten selbst bestellt werden.

Die Bestellung rekommandirter Sendungen darf nur gegen Empfangs-Bekennniß geschehen und hat der Adressat oder dessen Bevollmächtigter zu diesem Behufe das ihm von dem Briefträger oder Boten vorzulegende Formular zu unterschreiben und zu unterschließen.

§. 32. Will Jemand die im §. 29 bezeichneten Gegenstände nicht auf die im §. 31 bestimmte Weise sich zusenden lassen, sondern von der Post-Anstalt selbst abholen oder abholen lassen, so muß er solches in einer schriftlichen Erklärung aussprechen und diese Erklärung, in welcher die abzuholenden Gegenstände genau bezeichnet sein müssen, bei der Post-Anstalt niederlegen. Die schriftliche Erklärung muß auf gleiche Weise beglaubigt sein, wie die

Bereitigung
des Adressaten
zur Abholung
der Briefe u.

die Vollmacht im Fall des §. 31. Die Ausbändigung erfolgt alsdann innerhalb der für den Geschäftsverkehr mit dem Publikum festgesetzten Dienststunden und die Post-Anstalt ist für die richtige Bestellung nicht verantwortlich, auch liegt derselben eine Prüfung der Legitimation desjenigen, welcher sich zum Abholen meldet, nicht ob.

Die mit den Posten ankommenden gewöhnlichen Briefe müssen für die abholenden Korrespondenten eine halbe Stunde nach der Ankunft zur Ausgabe gestellt werden. Eine Verlängerung dieser Frist ist nur mit Genehmigung der obersten Postbehörde zulässig.

Bei rekommandirten Briefen, bei Briefen und Paketen mit deklarirtem Werthe und bei Briefen mit baaren Einzahlungen wird zunächst nur das Formular zum Ablieferungs-Schein, und bei Paketen, deren Werth nicht deklarirt ist, der Begleitbrief, an den Abholer verabfolgt.

Die Bestellung erfolgt jedoch, der abgegebenen Erklärung des Adressaten ungeachtet, auf gewöhnlichem Wege,

- 1) wenn der Absender es verlangt und dieses Verlangen auf der Adresse z. B. durch den Vermerk

„durch Expressen zu bestellen“

ausdrücklich ausgesprochen hat (§. 21); in der bloßen Vorausbezahlung des gewöhnlichen Bestellgelbes kann ein solches Verlangen nicht gefunden werden;

- 2) wenn es auf die Bestellung amtlicher Verfügungen mit Behändigungscheinen (Insinuations-Dokumenten) ankommt;
- 3) wenn der Adressat nicht am Tage nach der Ankunft, oder, wenn er außerhalb des Dries der Post-Anstalt wohnt, nicht innerhalb der nächsten drei Tage, den zu bestellenden Gegenstand abholen läßt.

§. 33. Die Ausbändigung der Pakete, deren Werth nicht deklarirt ist, erfolgt wäh- Ausbändigung
der Sendungen
nach erfolgter
Behändigung
der Begleitbriefe
aus der For-
mulare zu den
Ablieferungs-
scheinen.
rend der Dienststunden in der Post-Anstalt an denjenigen, welcher sich zur Abholung meldet und den zu dem Pakete gehörigen Begleitbrief vorzeigt. Die Bedruckung des Begleitbriefes mit dem dazu bestimmten Stempel der Post-Anstalt vertritt den Beweis der geschehenen Ausbändigung.

Briefe und Pakete, deren Werth deklarirt ist, so wie die zu den Paketen mit deklarirtem Werthe gehörigen Begleitbriefe, ferner Briefe, auf welche baare Einzahlungen geleistet worden sind, nebst dem darauf auszahlenden baaren Gelde, endlich rekommandirte Sendungen, welche von der Post abgeholt werden (§. 32) werden an denjenigen ausgebändigt, welcher der Post-Anstalt das über die Sendung sprechende unterfertigte und mit dem Namen des Adressaten unterschriebene Formular zum Ablieferungschein überbringt und ausbändigt.

Eine

Eine Untersuchung über die Richtigkeit der Unterschrift und des Siegels unter dem Ablieferungsscheine, so wie eine weitere Prüfung der Legitimation desjenigen, welcher diesen Schein oder den Begleitbrief überbringt, liegt der Post-Anstalt nicht ob. Es ist vielmehr eines jeden Sache, dafür zu sorgen, daß die vorschriftsmäßig bestellten Formulare zu den Ablieferungsscheinen und die Begleitbriefe nicht von Unbefugten zur Abholung der Sendungen gemißbraucht werden können.

Wo übrigens die Postverwaltung ausnahmsweise die Bestellung der Briefe mit deklarirtem Werthe und der Pakete übernommen hat, wie dieses in einzelnen großen Städten und in Ansehung der Pakete von niedrigem Gewichte und der Sendungen mit deklarirtem Werthe von geringerem Betrage der Fall ist, kommen die obigen Bestimmungen nicht zur Anwendung, vielmehr erfolgt alsdann die Bestellung an den Adressaten selbst und, soweit Ableserungsscheine Anwendung finden, gegen Quittung desselben.

Briefe, welche an Post-Anstalten convertirt sind.

§. 34. Wenn Briefe unter Couvert an Post-Anstalten zur Distribution oder Weiterbeförderung geschickt werden, so sind solche Briefe nicht zurückzusenden, sondern, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob die ganze Sendung frankirt gewesen, oder nicht, einzeln mit dem vollen Briefporto zu belegen. Für die von den Adressaten nicht angenommenen Briefe hat der Aufgeber das angelegte Porto zu entrichten.

Rachsendung der Postsendungen.

§. 35. Hat der Adressat seinen Aufenthalts- oder Wohnort verändert, und ist sein neuer Aufenthalts- oder Wohnort bekannt, so werden ihm Briefpost-Gegenstände nachgesendet, wenn er nicht eine andere Bestimmung ausdrücklich getroffen hat.

Bei Fahrpost-Sendungen, mit Einschluß der Vorschußbriefe und der Briefe, worauf Baarzahlungen stattgefunden haben, erfolgt die Rachsendung nur auf ausdrückliches Verlangen des Absenders, oder, bei vorhandener Sicherheit für Porto und Auslagen, auch des Adressaten. Letzterer ist in solchem Falle von dem Vorliegen einer Sendung amtlich und portofrei in Kenntniß zu setzen.

Unbestellbare Postsendungen.

§. 36. Briefe und andere Sendungen sind für unbestellbar zu erachten:

- 1) wenn der Adressat am Bestimmungsorte nicht zu ermitteln, und die Rachsendung nach vorstehendem §. 35. nicht möglich oder nicht zulässig ist;
- 2) Wenn die Sendung mit dem Vermerke „poste restante“ versehen ist, und nicht binnen 3 Monaten, vom Tage des Einlangens an gerechnet, von der Post abgeholt wird
- 3) wenn eine Sendung mit Postvorschuß, auch wenn sie mit „poste restante“ bezeichnet ist, innerhalb 14 Tagen nicht eingelöst worden ist;
- 4) wenn die Annahme verweigert wird.

Bevor in dem Falle ad 1 eine Sendung mit oder ohne Werth-Declaration deshalb als

als unbestellbar angesehen wird, weil mehrere dem Adressaten gleichbenannte Personen im Orte sich befinden und der wirkliche Empfänger nicht sicher zu unterscheiden ist, muß der Begleitbrief nach dem Ausgabeorte zurückgesandt werden, um dem Absender, wenn derselbe an der äußeren Beschaffenheit des Begleitbriefes erkannt oder sonst auf geeignete Weise ermittelt werden kann, zur näheren Bezeichnung des Adressaten zu veranlassen. Die Uebersendung des Begleitbriefes geschieht zwischen den Post-Anstalten unter Couvert und als Postfache.

Alle anderen Postsendungen sind, wenn sie als offenbar unbestellbar erkannt sind, ohne Verzug nach dem Ausgabeorte zurückzusenden. Nur bei Sendungen, die einem schnellen Verderben unterliegen, muß, so fern nach dem Ermessen der Abgabe-Post-Anstalt Grund zu der Besorgniß vorhanden ist, daß das Verderben auf dem Rückwege eintreten werde, von der Rücksendung abgesehen werden, und die Veräußerung des Inhalts für Rechnung des Aufgebers erfolgen.

In allen vorgebachten Fällen ist der Grund der Rücksendung, oder eintretenden Falls, daß und weshalb die Veräußerung erfolgt sei, auf dem Begleitbriefe zu vermerken.

Die zurückzusendenden Gegenstände dürfen nicht eröffnet, müssen vielmehr noch mit dem, vom Aufgeber aufgedrückten Siegel verschlossen sein. Eine Ausnahme hiervon tritt nur ein bezüglich der Briefe, welche von einer Person gleichlautenden Namens irrtümlich geöffnet wurden, und bezüglich der Briefe, welche Loose oder Offerten zu Glücksspielen enthalten, die von den Adressaten nach den für sie geltenden Landesgesetzen nicht benutzt werden dürfen. Bei irrtümlicher Eröffnung von Briefen durch Personen gleichlautenden Namens ist übrigens, sofern dies möglich ist, eine von letzteren selbst unter Namens-Unterschrift auf die Rückseite des Briefes niederzuschreibende bezügliche Bemerkung beizubringen.

§. 37. Die nach Maßgabe der Vorschrift des §. 36 unbestellbaren und deshalb an den Abgangsort zurückgehenden Sendungen werden an den Absender zurückgegeben.

Behandlung
unbestellbarer
Sendungen.

Bei der Bestellung und Behändigung einer zurückgekommenen Sendung an den ermittelten Absender wird nach den für die Bestellung und Aushändigung einer Sendung an den Adressaten gegebenen Vorschriften verfahren. Der über eine Sendung dem Absender ertheilte Einlieferungsschein muß bei der Rückgabe der Sendung zurückgegeben werden.

Kann die Post-Anstalt am Abgangsorte den Absender nicht ermitteln, so wird der Brief an die vorgesehene Ober-Post-Direktion eingesandt, welche denselben mittelst Stempels als unbestellbar zu bezeichnen und durch Eröffnung den Absender zu ermitteln hat. Die mit der Eröffnung beauftragten, zur Verschwiegenheit besonders zu verpflichtenden Beamten nehmen Kenntniß von der Unterschrift und von dem Orte, müssen jedoch jeder weitem Durchsicht

sich enthalten. Der Brief wird hiernächst mit einem Dienstsiegel, welches die Inschrift trägt: „Amtlich eröffnet durch die Ober-Post-Direktion in N.^a wieder verschlossen.

Wird der Absender ermittelt, derselbe verweigert aber die Annahme, oder läßt innerhalb 14 Tagen nach Behändigung des Begleitbriefes oder des Formulars zum Ablieferungscheine die Sendung nicht abholen, so können zum Verkauf geeignete Gegenstände öffentlich verkauft werden. Courshabende Papiere sind durch einen vereideten Mäkler zu verkaufen. Der Erlös und die etwa vorgefundenen baaren Gelder werden nach Abzug des Porto und der sonstigen Gebühren und Kosten der Post-Armenkasse überwiesen.

Briefe und andere werthlose und deshalb zum Verkauf nicht geeignete Gegenstände können nach Ablauf der Frist vernichtet werden.

Ist der Absender auch auf die vorher vorgeschriebene Weise nicht zu ermitteln, so werden gewöhnliche Briefe und andere werthlose und deshalb zum Verkauf nicht geeignete Gegenstände nach Verlauf von drei Monaten, vom Tage des Eingangs derselben bei der Ober-Post-Direktion gerechnet, vernichtet, dagegen wird

1) bei Briefen, deren Werth deklarirt ist, oder in denen, sich bei der Eröffnung Gegenstände von Werth vorgefunden haben, ohne daß dieser deklarirt worden ist,

2) bei Paketen mit und ohne Werth's-Deklaration

der Absender öffentlich aufgefordert, sich innerhalb vier Wochen zu melden und die unbestellbaren Gegenstände in Empfang zu nehmen. Die zu erlassende öffentliche Aufforderung, welche eine genaue Bezeichnung des Gegenstandes unter Angabe des Abgangs- und Bestimmungs-Ortes, der Person des Adressaten und des Tages der Einlieferung enthalten muß, wird durch Aushang in der Post-Anstalt des Abgangsortes und durch einmalige Einrückung in den öffentlichen Anzeiger des Amtsblatts des Regierungsbezirks, in welchem der Abgangsort liegt, bekannt gemacht.

Inzwischen lagern die Sendungen auf Gefahr des Absenders, und nur Sachen, welche dem Verderben ausgesetzt sind, können sofort verkauft werden.

Bleibt die öffentliche Aufforderung ohne Erfolg, so wird mit dem Verkaufe der Sachen und mit Vereinnahmung der Gelddeträge zur Post-Armenkasse nach obiger Bestimmung verfahren.

Wendet sich der Absender oder der Adressat später, so zahlt ihm die Post-Armenkasse die ihr zugeflossene Summe, jedoch ohne Zinsen, zurück.

Sind unbestellbare Sendungen im Auslande zur Post gegeben, so werden sie dorthin zurückgeschickt, und es bleibt das weitere Verfahren der ausländischen Post-Anstalt überlassen.

Einrichtung des

§. 38. Für alle durch die Post zu versendenden Gegenstände, denen nicht die Porto-

Freiheit

Freiheit ausdrücklich zugestanden ist, müssen das Porto und die sonstigen Gebühren nach Maßgabe des Tarifs entrichtet werden. Porto und der sonstigen Gebühren.

Im sofern das Gegentheil nicht ausdrücklich bestimmt ist, können sowohl Briefe als Gelder und Pakete nach der Wahl des Absenders frankirt oder unfrankirt zur Post eingeliefert werden. Eine theilweise Frankirung ist nicht zulässig.

Ist jedoch das Franko am Abgangsorte zu niedrig erhoben und berechnet worden, so wird der fehlende Betrag als Porto zugeschlagen und vom Adressaten erhoben. Letzterer kann in solchem Falle, und wenn die Sendung im Inlande oder in einem anderen Staate des Deutsch-Oesterreichischen Postvereins zur Post gegeben war, die Ausfolgung derselben ohne Portozahlung verlangen, im sofern er den Absender namhaft macht und das Couvert oder die Begleit-Adresse oder eine Kopie davon zurückzunehmen gestattet. Der fehlende Betrag wird alsdann vom Absender eingezogen.

Ist eine Briefpost-Sendung vom Absender durch Marken oder gestempelte Couverts (siehe unten) ungenügend frankirt, so wird der fehlende Betrag ebenfalls dem Adressaten als Porto angesetzt. Die Verweigerung der Nachzahlung des Porto gilt in diesem Falle für eine Verweigerung der Annahme des Briefes.

Bei frankirten Sendungen nach inländischen Orten kann auch das gewöhnliche Stadt- und Landbrief-Bestellgeld vorausbezahlt werden, jedoch nur mit der Maßgabe, daß dessen Erstattung nicht verlangt werden kann, wenn die Sendung nicht bestellt, sondern vom Adressaten abgeholt worden ist.

Briefe an Se. Majestät den König und Ihre Majestät die Königin, an die Prinzen und Prinzessinnen des Königlichen Hauses und an die Mitglieder der Fürstenthümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen dürfen, sofern diesen Briefen nicht in Folge des gebrauchten Rubrums oder sonst die Portofreiheit zusteht, nur frankirt eingeliefert werden.

Briefe, für welche das Porto bei der Einlieferung zu entrichten ist, werden, wenn sie unfrankirt oder mit ungenügender Frankatur im Briefkasten vorgefunden werden, dem Absender zurückgegeben, und, wenn derselbe nicht bekannt ist, gleich den unbefleckbaren Briefen behandelt.

Briefe u. s. w., auf deren Adresse der Frankirungs-Bemerk (frei, franko, fr. u. s. w.) durchstrichen, radirt oder abgeändert ist (§. 3), müssen bei der Annahme zurückgewiesen werden. Werden Briefe u. s. w. mit einem solchen oder mit einem nicht durchstrichenen u. s. w. Frankirungs-Bemerk im Briefkasten vorgefunden, ohne daß das Porto dafür durch Marken oder gestempelte Brief-Couverts entrichtet worden ist, so wird die Ungültigkeit des Frankirungs-Bemerkes amtlich attestirt, und die Briefe werden als unfrankirt behandelt.

Franko-Marken und gestempelte Brief-Couverts können zum Frankiren in demselben Umfange, wie baares Geld, benutzt werden. So weit als thunlich sind die Marken auf die Vorderseite der Briefe u. s. w. zu kleben.

Sendungen, welche bei einer Preussischen Post-Anstalt mit Marken einer fremden Post-Verwaltung frankirt ausgeliefert werden, werden innerhalb des Preussischen Postbezirks als unfrankirt behandelt und die darauf befindlichen Marken als ungültig bezeichnet. Bei Brief-Post-Sendungen nach anderen Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Postvereins wird jedoch der Werth der Marken, wenn dieselben der Verwaltung des Bestimmungslandes angehören, durch die Post-Anstalt des Bestimmungsorts dem Adressaten gut gerechnet. Ebenso wird bei Sendungen aus anderen Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Vereins nach Preußen der Werth der darauf etwa befindlichen Preussischen Marken (resp. verwendeten Couverts) zu Gunsten des Adressaten vom Porto abgezogen.

Für Sendungen, welche erweislich im Preussischen Postbezirk auf der Post verloren gegangen sind, wird kein Preussisches Porto gezahlt und das etwa gezahlte erstattet. Dasselbe gilt von solchen Sendungen, deren Annahme wegen vorgekommener Beschädigung vom Adressaten verweigert wird, in sofern die Beschädigung von der Preussischen Postverwaltung zu vertreten ist.

Wird die Annahme eines Gegenstandes von dem Adressaten verweigert, oder ist der Adressat nicht zu ermitteln, so ist der Absender, selbst wenn er den Gegenstand der Sendung nicht zurücknehmen will, das taxismäßige Porto und die Gebühren zu zahlen verbunden.

Hat der Adressat die Sendung einmal angenommen, so ist er, sofern in Vorstehendem nicht ein Anderes bestimmt ist, zur Entrichtung des Porto und der Gebühren verpflichtet, und kann sich davon durch spätere Rückgabe der Sendung nicht befreien. Die Königlichen Behörden sind jedoch befugt, auch nach erfolgter Annahme und Eröffnung portopflichtiger Sendungen die Brief-Couverts zu dem Zwecke an die Post-Anstalt zurückzugeben, das von dem Absender nicht vorausbezahlte Porto von diesem nachträglich einzuziehen.

In Fällen, wo das Porto kreditirt wird, ist dafür eine Konto-Gebühr innerhalb des Satzes von 5 Prozent des kreditirten Porto, als Minimum jedoch monatlich 5 Sgr. zu erheben.

Etsafetten-Beförderung.

§. 39. In Bezug auf die Beförderung von Sendungen durch Etsafette kommen innerhalb des Preussischen Postbezirks folgende Bestimmungen in Anwendung:

a) Annahme.

Briefe und andere Gegenstände können zur etsafettenmäßigen Beförderung nur bei solchen Post-Anstalten eingeliefert werden, welche in Orten, woselbst sich eine Post-Station befindet, oder an Eisenbahnen liegen, und deren Züge zur Beförderung der eingelieferten Sendung zweckmäßig benutzen können.

Mit

Mit Etsafetten werden überhaupt nur Gegenstände bis zum Gesamt-Gewichte von 20 Pfunden befördert. Briefe bis zum Gewichte von 8 Loth müssen mit haltbarem Papier couvertirt, schwerere Briefe und Pakete aber in Wachleinwand verpackt und in einem solchen Format zur Post eingeliefert werden, daß sie in der Etsafettentasche Raum finden.

Die Adresse muß der Vorschrift des §. 2 entsprechen.

Eine Werths-Deklaration ist bei Etsafetten-Sendungen nicht zulässig.

Ueber die Einlieferung einer Etsafetten-Sendung erhält der Absender einen Einlieferungsschein.

Die Beförderung geschieht zu Pferde oder mittels eines Kariols. Eisenbahnzüge werden, in sofern der Absender nicht ausdrücklich die Beförderung zu Pferde angeordnet hat, ganz oder theilweise benutzt, wenn berechnet werden kann, daß die Etsafetten-Depeschen mit denselben ihren Bestimmungsort eher oder wenigstens eben so früh erreichen, als bei der Beförderung zu Pferde.

Die zu Pferde oder mittels Kariols zu befördernden Etsafetten müssen am Abgangs-Orte funfzehn Minuten nach Aufgabe der Depesche abgefertigt werden. Auf den Stationen, welche die Etsafette unterwegs berührt, werden zur Abfertigung zehn Minuten bewilligt. Beträgt die Entfernung der Posthaltere von Posthause über 200 Schritt, so werden funfzehn Minuten zur Abfertigung zugestanden.

Die Beförderung muß in derselben Zeit bewirkt werden, welche für die Beförderung der Couriere im dritten Abschnitte bestimmt ist.

Etsafetten-Depeschen, welche mit der Eisenbahn versandt werden sollen, erhalten stets mit dem zunächst abgehenden dazu geeigneten Zuge ihre Beförderung.

Sie müssen bei einer unmittelbar an der Eisenbahn belegenen Post-Anstalt 15 Minuten vor Abgang des betreffenden Zuges, bei einer nicht unmittelbar an der Eisenbahn belegenen Post-Anstalt aber noch um so viel früher eingeliefert werden, als zum Transport der Depesche vom Posthause nach der Eisenbahn erforderlich ist.

Die durch Etsafette eingegangenen Gegenstände müssen, auch wenn sie zur Nachtzeit ein- treffen, ohne Verzug bestellt werden, sofern vom Absender oder Empfänger nicht ausdrücklich ein Anderes bestimmt ist. Sie müssen derjenigen Person beändigt werden, an welche die Adresse lautet. Wird dies durch besondere Umstände verhindert, so kann die Aushändigung an Haus- und Komtoir-Beamte oder erwachsene Familienglieder des Adressaten geschehen. Der Empfänger muß dem Ueberbringer darüber quittiren und die Stunde des Empfanges dabei bescheinigen.

Die Expeditiöns-Gebühr für eine Etsafette beträgt 15 Sgr.

b) Gewicht und Beschaffenheit der Depeschen.

c) Beförderungsorte.

d) Abfertigung und Beförderungzeit.

e) Bestellung am Bestimmungsorte.

f) Zahlungsfähigkeit

Nur

für Etsafetten,
welche zu Pferde
oder mittels Ka-
riols befördert
werden.

Nur die Post-Anstalt des Abendungsortes, oder wenn die Etsafette vom Auslande kommt, die zuerst berührt werdende Preussische Post-Station ist zur Ansehung der Expeditions-Gebühren und zur Ausfertigung eines Passes berechtigt.

Die Zahlung für ein Etsafettenpferd erfolgt nach demselben Sage, welcher für ein Courierpferd feststeht.

Außer der Zahlung für das Pferd sind diejenigen Gefälle an Schauffee-, Damm-, Brücken- und Fährgeblt it. zu entrichten, welche auf der von der Etsafette berührten Tour nach den bestehenden Tarifen zur Erhebung kommen.

Für Briefe, Schriften und sonstige Gegenstände, welche mittels Etsafette versandt werden und das Gewicht von 2 Pfund überschreiten, muß von dem Absender außer den Etsafetten-Gebühren noch ein besonderes Porto gezahlt werden. Dasselbe beträgt bei Briefen und Schriften für jedes Loth über 2 Pfund das einfache Briefporto. Für andere Gegenstände wird das 2 Pfund überschreitende Gewicht mit der Paket-Taxe belegt.

Auf Post-Routen, wo die Beförderung der Etsafetten von Station zu Station geschieht, werden die Rittgebühren nach der wirklichen postmäßigen Entfernung berechnet.

Bei Etsafetten nach Orten außerhalb der Poststraße müssen Entfernungen unter und bis zu zwei Meilen für zwei Meilen voll bezahlt werden.

Geht die Etsafette von einer Station nach einem solchen, auf der Poststraße belegenen Orte, welcher sich vor der nächsten Station befindet und nicht zwei Meilen entfernt ist, so erfolgt die Zahlung ebenfalls für zwei Meilen, jedoch nur in dem Falle, wenn die Entfernung zur nächsten Station zwei Meilen beträgt. Ist die ganze Stations-Entfernung unter zwei Meilen, so geschieht die Zahlung nur für so viel Meilen, als die ganze Stations-Entfernung beträgt.

Für Etsafetten aus einem Post-Stationenorte nach einem Eisenbahnhofe, resp. Haltepunkte, oder umgekehrt, sind die tarifmäßigen Gebühren nach der wirklichen Entfernung, mindestens aber für eine Meile zu berechnen, wenn die Entfernung unter und bis eine Meile beträgt.

Wünscht der Absender einer Etsafette, welche nur bis zur nächsten Station oder nach einem Orte geht, der ohne Pferdewechsel erreicht werden kann, die Zurückbeförderung der Antwort durch den Postillon, welcher die Etsafette überbracht hat, so ist dieses zulässig, wenn der Postillon den Rückritt innerhalb sechs Stunden nach seiner Ankunft und nicht vor Ablauf von so viel Stunden, als die Tour Meilen hat, antreten kann. Der Absender der Depesche muß seinen Wunsch aber gleich bei Aufgabe derselben der Post-Anstalt anzeigen, damit der Postillon danach angewiesen werden kann. Für den Rückritt wird dann nur die Hälfte der reglementmäßigen Rittgebühren gezahlt.

Die

Die Erhebung des Chaussee-, Damm-, Brücken- und Fährgeldes geschieht sowohl für die Tour als für die Retour nach dem Tarife.

Die Ausstellung eines neuen Etsafettenpasses für die Retour ist nicht erforderlich, daher auch die Expéditions-Gebühren nur einmal zu entrichten sind.

Für die Bestellung eines jeden mit Etsafette eingehenden Briefes werden am Bestimmungsorte 5 Sgr. erhoben.

Für etsafettenmäßige Beförderung von Sendungen auf Eisenbahnen werden erhoben:

- a) die Etsafetten-Expéditions-Gebühren nach den oben angegebenen Sätzen,
- b) das tarismäßige Porto nach Maßgabe des vollen Gewichts mit Berücksichtigung des Inhalts, und zwar für die nach der direkten Entfernung zu berechnenden Strecken, welche die Etsafetten-Depesche auf der Eisenbahn zurücklegt,
- c) das vom Empfänger zu entrichtende Bestellgeld für jede Etsafetten-Depesche mit 5 Sgr., außerdem, wenn wegen mangelnder Postbegleitung ein besonderer Begleiter zur Sicherung der Sendung mitgegeben werden muß,
- d) das tarismäßige Personengeld für die Hin- und Rückreise des Begleiters auf einem Plage dritter Klasse,
- e) die Diäten des Begleiters mit 15 Sgr für jeden angefangenen Tag, welcher zur Hinreise des Begleiters und zur Rückreise desselben mit dem nächsten Zuge erforderlich ist.

g) Zahlungs-
sätze für Etsa-
fetten, welche
mit der Eisen-
bahn befördert
werden.

Der Absender einer Depesche muß sämtliche Kosten, mit Ausnahme des Bestellgeldes, bei der Absendung bezahlen. Können dieselben von der absendenden Post-Anstalt nicht genau angegeben werden, so muß ein angemessener Gelbbetrag deponirt und die Feststellung des Kostenbetrages bis zur Zurückkunft des Etsafetten-Passes ausgesetzt werden.

h) Verbilligung
der Kosten.

Zweiter Abschnitt.

Von der Beförderung der Personen auf den ordentlichen Posten.

§. 40. Die Meldung zur Reise mit den ordentlichen Posten kann stattfinden:

- a) bei den Post-Anstalten, oder
- b) an den unterwegs belegenen und von den Ober-Post-Direktionen öffentlich bekannt gemachten Haltepunkten.

Meldung zur
Reise.

Bei den Post-Anstalten kann die Meldung frühestens acht Tage vor dem Tage der Abreise und spätestens vor dem Schlusse der Post für die Personen-Beförderung geschehen.

a) bei den Post-
Anstalten.

Der Schluß der Post für die Personen-Beförderung tritt ein:

wenn im Hauptwagen oder in den bereits gestellten Beihäfen noch Plätze offen sind, fünf Minuten, und

wenn

wenn dieses nicht der Fall ist, sondern die Bestellung von Beischaisen erforderlich wird, fünfzehn Minuten vor der festgesetzten Abgangszeit der betreffenden Post.

Die Meldung muß innerhalb der für den Geschäfts-Verkehr mit dem Publikum bestimmten Dienststunden (§. 23) geschehen, doch bleibt für Reisende, welche von weiterher kommen und mit der nächsten vor Beginn der Dienststunden abgehenden Post weiter reisen wollen, die Zeit zur Meldung außerhalb der Dienststunden bis zum Schlusse der betreffenden Post offen, auch kann die Meldung ausnahmsweise bis zum Abgange der Post zugelassen werden, wenn dadurch der Abgang der Post nicht verzögert wird.

Erfolgt die Meldung bei einer Post-Anstalt mit Station, so kann die Annahme nur dann wegen mangelnden Platzes verweigert werden, wenn zu der betreffenden Post Beischaisen überhaupt nicht gestellt werden, und die Plätze im Hauptwagen schon vergeben sind, oder aus den Unterwegs-Stationen die Plätze im Hauptwagen bei Ankunft der Post schon besetzt sind.

Erfolgt die Meldung bei einer Post-Anstalt ohne Station, so findet die Annahme nur unter dem Vorbehalte statt, daß in dem Hauptwagen und in den etwa mitkommenden Beischaisen noch unbesetzte Plätze sich darbieten.

b) an Haltepunkten.

Die Meldung an Haltepunkten kann nur dann berücksichtigt werden, wenn noch unbesetzte Plätze im Hauptwagen oder in den Beischaisen offen sind. Der Reisende muß an diesen Haltepunkten, wenn die Post anhält, ohne Aufenthalt der Post sofort einsteigen. Gepäck von solchen Reisenden kann nur in soweit zugelassen werden, als dasselbe ohne Belästigung der übrigen Passagiere im Personenraum leicht untergebracht werden kann. Die Paddräume des Wagens dürfen dabei nicht geöffnet werden, auch ist jedes längere Anhalten der Post unstatthaft.

Wünschen Reisende sich die Beförderung mit der Post von einer Post-Anstalt ohne Station oder von einer Haltestelle ab zu sichern, so müssen sie sich bei der vorliegenden Post-Anstalt mit Station melden, von dort ab einen Platz nehmen und das Persongelt dafür erlegen.

Personen, welche von der Reise mit der Post ausgeschlossen sind.

§. 41. Von der Reise mit der Post sind ausgeschlossen:

- 1) Kranke, welche mit epileptischen oder Gemüthsleiden, mit ansteckenden oder Ekel erregenden Uebeln behaftet sind;
- 2) Personen, welche durch Trunkenheit, durch unanständiges oder rohes Benehmen, oder durch unanständigen oder unreinlichen Anzug Anstoß erregen;
- 3) Gefangene;
- 4) Erblindete Personen ohne Begleiter, und
- 5) Personen, welche Hunde oder geladene Schießwaffen mit sich führen wollen.

Wird

Wird erst unterwegs wahrgenommen, daß ein Passagier zu den vorstehend bezeichneten Personen gehört, so muß derselbe an dem nächsten Umspannungsorte von der Weiterbeförderung ausgeschlossen werden.

§. 42. Geschieht die Meldung zur Reise bei einer Post-Anstalt, so erhält der Reisende Passagierbillet. gegen baare Entrichtung des Personengeldes ein Billet, in welchem

- 1) der Tag und der Bestimmungsort der Reise angegeben sind,
- 2) die Zeit des Abganges der Post bestimmt, und
- 3) der Platz, welchen der Reisende im Wagen einzunehmen hat, durch eine Nummer bezeichnet ist.

Es ist Sache des Reisenden, gleich bei Lösung des Passagierbilletts zu prüfen, ob dasselbe den Tag und Bestimmungsort der Reise richtig bezeichnet. Nach der ohne Erinnerung erfolgten Annahme des Passagierbilletts kann der Einwand, daß der Tag oder der Bestimmungsort der Reise in demselben unrichtig angegeben sei, nicht mehr zugelassen werden.

Die Zeit des Abganges der Post kann bei Posten, deren Abgang von dem Eintreffen anderer Posten oder Eisenbahnzüge abhängt, nur dahin bestimmt werden:

die Post geht ab Stunden Minuten nach Ankunft des 1sten, 2ten u.

Eisenbahnzuges (der Post) aus
und es liegt in dergleichen Fällen dem Reisenden ob, die möglichst frühe Abgangszeit zur Richtschnur zu nehmen.

Die Nummer des Passagierbilletts richtet sich nach der Reihenfolge, in welcher die Meldung zur Mitreise geschehen ist, doch steht es Jedermann frei, bei der Meldung unter den im Hauptwagen noch unbesetzten Plätzen sich einen bestimmten Platz zu wählen.

Personen, die sich an Halteplätzen gemeldet haben und aufgenommen worden sind, können ein Passagierbillet erst bei der nächsten Post-Anstalt ausgestellt erhalten, und haben bei dieser, oder wenn sie nicht so weit fahren, an den Kondukteur oder Postillon das Personengeld zu entrichten.

§. 43. Das Personengeld wird berechnet:

- 1) nach der von dem Reisenden mit der Post zurückzulegenden Meilenzahl, und
- 2) nach dem für den Cours pro Meile angeordneten Satze.

Das Personengeld kommt bei der Meldung bis zum Bestimmungsorte zur Erhebung, sofern dieser auf dem Course liegt, und sich an demselben eine Post-Anstalt befindet.

Will der Reisende seine Reise über den Cours hinaus oder auf einem Seiten-Course fortsetzen, so kann das Personengeld nur bis zu dem Endpunkte oder bis zu dem Uebergangspunkte des Courses erlegt werden. Der Reisende kann auch nur bis zu diesen Punkten das

Extra-Well. 2. Amtsbl. Nr. 26. Fünfter Wagen.

3

Passagier-

Grundzüge der
Personengeld-
Erhebung.

Passagierbillet erhalten, und muß sich an diesen Punkten wegen Fortsetzung der Reise von Neuem melden und einen Platz lösen.

a) bei Reisen
von Halte-
plätzen aus.

Für die Beförderung von Halteplätzen ab wird, sofern die dort zugehenden Personen sich nicht etwa einen Platz von der vorliegenden Station ab gesichert haben, das Personengeld nach Maßgabe der wirklichen Entfernung bis zur nächsten Station, oder wenn die Reisenden schon vorher an einem Zwischenorte abgehen, bis zu diesem erhoben.

Wollen an Halteplätzen zugegangene Personen mit derselben Post von der nächsten Station ab weiter befördert werden, so haben sie dort den Platz für die weitere Reise zu lösen.

b) bei Reisen
nach Zwischen-
orten.

Für Plätze, welche bei einer Post-Anstalt zur Reise bis zu einem zwischen zwei Stationen auf dem Course gelegenen Orte (Zwischenorte), gleichviel ob sich in demselben eine Post-Anstalt befindet oder nicht, genommen werden, kommt das Personengeld nach der wirklich zurückgelegten Reitenzahl, als Minimum jedoch der Betrag für eine halbe Meile zur Erhebung.

c) für Kinder.

Für Kinder in dem Alter unter drei Jahren wird ein besonderes Personengeld nicht erhoben. Dieselben dürfen jedoch keinen besonderen Platz einnehmen, sondern müssen auf dem Schooße einer erwachsenen Person, unter deren Obhut sie reisen, mitgenommen werden.

Für Kinder in dem Alter über drei Jahre ist dagegen das volle Personengeld zu erheben, und demgemäß auch ein besonderer Platz zu bestimmen. Nehmen jedoch Familien einen der abgeschlossenen Wagenräume oder auch nur eine Sitzbank ganz ein, so kann ein Kind bis zum Alter von 8 Jahren unentgeltlich, zwei Kinder aber können für das Personengeld für nur eine Person befördert werden, in sofern die betreffenden Personen mit den Kindern sich auf die von ihnen bezahlten Sitzplätze beschränken. Diese Vergünstigung kann nur für den Haupt-Wagen unbedingt, für Beichaisen aber nur in soweit zugestanden werden, als auf Beibehaltung der ursprünglichen Plätze zu rechnen ist..

Erstattung von
Personengeld.

§. 44. Die Erstattung von Personengeld an die Reisenden ist nur in den folgenden Fällen zulässig:

- 1) wenn die Post-Anstalt die durch die Annahme des Reisenden eingegangene Verbindlichkeit ohne dessen Verschulden nicht erfüllen kann, mithin in allen Fällen, wo wegen des Ausbleibens weiterkommender Posten, wegen Unterbrechung der Kommunikation in Folge von Naturereignissen u. s. w. die betreffende Post um die bestimmte Zeit nicht abgefertigt werden kann, oder unterwegs die weitere Beförderung der Reisenden mit der Post unthunlich geworden ist;
- 2) wenn bei Post-Anstalten ohne Station die dort angenommenen Reisenden in Ermangelung unbesetzter Plätze in dem Hauptwagen oder in den etwaigen Beichaisen zurückbleiben müssen.

Die

Die Erstattung erfolgt gegen Rückgabe des Passagierbilletts mit demjenigen Betrage des Personengelbes, welcher von dem Reisenden für die mit der Post noch nicht zurückgelegte Strecke erhoben worden ist.

§. 45. Die Passagiere müssen vor dem Posthause oder an den sonst dazu bestimmten Stellen den Wagen besteigen, und sich in Folge dessen an diesen Stellen zu der im Passagier-Billet bezeichneten Abgangszeit zur Abreise bereit halten, auch das Passagierbillet sowohl beim Besteigen des Wagens, als während der ganzen Dauer der Reise zu ihrer Legitimation bei sich führen, widrigenfalls sie es sich selbst beizumessen haben, wenn sie, weil sie sich auf das vom Postillon gegebene Signal zur Abfahrt nicht gemeldet haben, oder weil sie sich zur Mitreise nicht legitimiren können, von der Mit- oder Weiterreise ausgeschlossen werden, und des bezahlten Personengelbes verlustig gehen. Haben dergleichen Reisende Reisegepäck auf der Post, so wird solches bis zu der Post-Anstalt, auf welche das Passagierbillet lautet, befördert, und bis zum Eingange der weiteren Bestimmung von Seiten der zurückgebliebenen Personen aufbewahrt.

Verblich-
keit der Reisen
den in Betreff
der Abreise.

§. 46. Die Ordnung der Plätze im Hauptwagen ergibt sich aus den Nummern über den Sitzplätzen, und wenn mehrere Reichsaissen zu derselben Post gestellt sind, aus der Reihenfolge der Reichaissen.

Plätze der Rei-
senden.

In Absicht auf die Folge der Plätze in den Reichaissen gilt als Regel, daß zuerst die sämtlichen Eckplätze der Hauptbank, der Rückbank und des Kabinets, dann in derselben Reihenfolge die Mittelplätze kommen.

Kein Reisender darf einen anderen als den ihm ertheilten Platz einnehmen. Auch vor-
ausbezahlte Plätze solcher Reisenden, die erst an einem folgenden Orte die Post besteigen,
dürfen selbst vorübergehend nicht eingenommen werden.

Geht unterwegs ein Reisender ab, so rücken die nach ihm folgenden Personen sämtlich um eine Nummer in dem Hauptwagen und in den Reichaissen vor. Leistet ein Reisender bei einem unterwegs eintretenden Wechsel in den Plätzen auf das Vorrücken Verzicht, um den bei seiner Anmeldung gewählten oder ihm ertheilten bisherigen Platz zu behalten, so ist ihm dies, sobald er seinen ursprünglichen Platz im Hauptwagen hat, unbedingt, wenn sich jedoch der Platz in einer Reichaise befindet, nur so lange gestattet, als nach Maßgabe der Gesamtzahl der Reisenden noch Reichaissen gestellt werden müssen. Der erledigte Platz geht alsdann auf den in der Reihenfolge der Billets zunächst kommenden Reisenden über, dergestalt, daß bei weiterer Verzichtleistung der zuletzt angenommene Reisende verpflichtet ist, den sonst ledig bleibenden Platz einzunehmen. Ein Reisender, welcher auf das Vorrücken verzichtet hat, kann bei einer späteren Veränderung in der Personenzahl und namentlich, wenn die Reichaissen

ganz eingehen, auf die frühere Reihfolge keinen Anspruch machen, sondern nur nach der freiwillig beibehaltenen Nummer vorrücken.

a) bei dem Zugange auf einer unterwegs gelegenen Post-Anstalt.

Bei einer unterwegs belegenen Post-Anstalt hinzutretende Personen stehen den vom Course kommenden und weiter eingeschriebenen Reisenden in der Reihfolge der Plätze nach. Läßt sich ein mit der Post angelkommener Reisende zu derselben Post weiter einschreiben, so verliert er den bis dahin eingenommenen Platz, und muß den letzten Platz nach den dort hinzutretenden und bereits vor ihm angenommenen Reisenden einnehmen.

b) bei dem Uebergange auf einen andern Course.

Bei dem Uebergange eines Reisenden von einem Course auf einen andern steht derselbe den für den letzteren Course bereits eingeschriebenen Reisenden hinsichtlich des Platzes nach. Etwaige Abweichungen hiervon bei combinirten Coursen richten sich nach den für dieselben gegebenen speziellen Bestimmungen.

c) bei Reisen nach Zwischenorten.

Reisende, welche die Post nach einem zwischen zwei Stationen belegenen Orte benutzen wollen, müssen, sobald durch ihren Abgang unterwegs eine Beihaise eingeht kann, allen bis zur nächsten Station eingeschriebenen Reisenden nachstehen und die Plätze in der Beihaise einnehmen.

d) bei Reisen von Halteplätzen.

Reisende, welche von den Kondukteuren und Postilionen unterwegs an Halteplätzen aufgenommen worden sind, stehen bei der Weiterreise über die nächste Station hinaus den bei dieser zutretenden Reisenden hinsichtlich des Platzes nach.

Ueber Differenzen zwischen den Reisenden wegen der von ihnen einzunehmenden Plätze hat unterwegs der Kondukteur, sonst aber der erpedirende Beamte der Post-Anstalt nach den vorangeschickten Grundsätzen zu entscheiden. Beruhigen sich die Reisenden bei dieser Entscheidung nicht, so steht ihnen frei, die nochmalige Erörterung der Differenz bei dem Vorsteher der Post-Anstalt nachzusuchen, so fern solches, ohne den Lauf der Post zu verzögern, thunlich ist. Der getroffenen Entscheidung haben sich die betreffenden Reisenden, vorbehaltlich der Beschwerte, unweigerlich zu unterwerfen.

Reisegeräth.

§. 47. Jedem Reisenden ist die Mitnahme seines Reisegepäcks in soweit unbeschränkt gestattet, als die einzelnen Gegenstände zur Versendung mit der Post geeignet sind (§§. 13 und 14).

Kleine Reisebedürfnisse, als Arbeitsbeutel, Stöcke, Degen, Mäntel, Obertröcke, leere Fußsäcke, Sonn- und Regenschirme u. s. w., welche ohne Belästigung der übrigen Passagiere in den Reihen und Taschen des Wagens oder zwischen den Füßen und unter den Sitzen untergebracht werden können, dürfen die Reisenden unter eigener Aufsicht bei sich führen.

Andere Reiseeffekten, insbesondere Koffer, Kisten, Mantel-, Nacht- und Reise-Säcke, so wie Hutschachteln und Kollis müssen der Post-Anstalt zur Verladung übergeben werden.

Die

Die Uebergabe derselben an Kondukteure und Postillone ist an Orten, an welchen sich Post-Anstalten befinden, unzulässig. Das Reisegepäck muß mit einer Signatur versehen sein, welche den Namen des Reisenden, und das Ziel der Reise, bis zu welchem er eingeschrieben ist, enthält.

Das Reisegepäck, so weit dasselbe nicht aus den kleinen Reisebedürfnissen besteht, muß eine Stunde vor der Abfahrt der betreffenden Post, und zu den Posten, welche von 9 Uhr Abends bis 8 Uhr Morgens abgehen, bis 8 Uhr Abends unter Vorzeigung des Passagierbilletts bei den Post-Anstalten eingeliefert werden. Ausnahmsweise soll jedoch die Aufgabe des Reisegepäcks von Personen, welche mit den Posten weiterher kommen, oder von auswärts mit Privat-Fuhrwerk u. s. w. eintreffen, auch gegen die Zeit des Abganges der Posten und längstens bis zu demselben Termine gestattet sein, welcher für die Meldung und Annahme solcher Personen nachgelassen worden ist. (§. 40).

Der Reisende erhält über das eingelieferte Reisegepäck eine Bescheinigung (Bagagezettel). Der Reisende hat den Bagagezettel sorgfältig aufzubewahren. Die Rückgabe des Reisegepäcks, der Werth desselben mag deklarirt sein oder nicht, erfolgt gegen Rückgabe des Bagagezettels.

§. 48. Jedem Reisenden ist auf das der Post übergebene Passagiergepäck ein Freigewicht von 30 Pfunden, ohne Rücksicht auf den Personengeld-Satz und auf die Postengattung bewilligt. Wo auf einzelnen Posten ein höheres Freigewicht auf Reisegepäck zugestanden ist, behält es bei den desfalligen speziellen Bestimmungen sein Bewenden. Ueberschraft-
porto.

Für das Mehrgewicht des Reisegepäcks ist nach Maßgabe der wirklichen mit der Post zurückzulegenden Entfernung, soweit das Personengeld entrichtet wird, bei der Einlieferung das tarismäßige Porto zu entrichten. Dieses Porto beträgt für jede fünf Pfund und jede Meile 1 ½ Pf. Dabei werden Gewichtsbeträge unter fünf Pfund für volle fünf Pfund, und Entfernungen unter einer Meile für eine volle Meile gerechnet.

Wird der Werth des Passagiergepäcks deklarirt, so wird das Werthporto nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen von dem ganzen deklarirten Betrage erhoben.

Ist das Passagiergut mehrerer Reisenden, welche ihre Plätze auf ein Billet genommen haben, zusammengepackt, so ist die Ermittlung des Ueberschraftporto das Freigewicht für die auf das Billet vermerkte Anzahl von Personen nur dann von dem Gesamt-Gewichte des Gepäcks in Abzug zu bringen, wenn letztere zu ein und derselben Familie, oder zu ein und demselben Hausstand gehören.

Die Erstattung von Ueberschraft-Porto regelt sich nach denselben Grundsätzen, wie die Erstattung von Personengeld.

Disposition
des Reisenden
über das Reise-
gepäck unter-
wegs.

§. 49. Dem Reisenden kann die Disposition über das der Post übergebene Reisegepäck nur während des Aufenthalts an Orten, wo sich eine Post-Anstalt befindet, und gegen Rückgabe oder Deponirung des Bagagezettels gestattet werden. Reisende nach Zwischenorten müssen ihr Reisegepäck bei der vorliegenden Post-Anstalt in Empfang nehmen, von wo ab die Post-Verwaltung dafür Garantie nicht mehr leistet.

Passagier-
stuben.

§. 50. Zur Bequemlichkeit der Post-Reisenden werden bei den Post-Anstalten Passagier-Stuben unterhalten. Der Aufenthalt in den Passagier-Stuben ist den Reisenden gestattet:

- 1) am Abgangsorte, eine Stunde vor der Abgangszeit,
- 2) auf der Reise mit derselben Post, während der Abfertigung auf jeder Station,
- 3) an den Endpunkten der Reise, eine Stunde nach der Ankunft

und

- 4) beim Uebergange von einer Post auf die andere während 3 Stunden.

Personen, welche die Reisenden bis zur Post begleiten, oder welche die Ankunft der Post erwarten wollen, kann der Aufenthalt in den Passagier-Stuben nur ausnahmsweise und in geringer Zahl gestattet werden.

Beschwerde-
buch.

In jeder Passagier-Stube muß ein Beschwerdebuch nebst Schreibmaterial ausliegen, in welches der Reisende Beschwerden, wenn er solche nicht unmittelbar bei einer Postbehörde anbringen will, eintragen kann. Findet sich ein solches Beschwerdebuch in der Passagier-Stube nicht vor, so kann der Reisende dessen sofortige Vorlegung verlangen.

Verhalten der
Reisenden auf
den Posten.

§. 51. Jeder Reisende steht unter dem Schutze der Post-Anstalt und des die Post begleitenden Kondukteurs.

Andererseits ist es die Pflicht eines jeden Reisenden, sich in die zur Aufrechterhaltung des Anstandes, der Ordnung und der Sicherheit auf den Posten und in den Passagier-Stuben getroffenen Anordnungen zu fügen.

Das Tabakrauchen in den inneren Räumen der Postwagen ist nur gestattet, wenn sich in demselben Raume Personen weiblichen Geschlechts nicht befinden, die anderen Mitreisenden aber ihre Zustimmung zum Rauchen gegeben haben.

Passagiere, welche die für Aufrechterhaltung des Anstandes, der Ordnung und der Sicherheit auf den Posten und in den Passagier-Stuben getroffenen Anordnungen verletzen, können von der betreffenden Post-Anstalt, unterwegs von dem Kondukteur von der Rij- oder Weiterreise ausgeschlossen und aus dem Postwagen entfernt werden. Erfolgt die Ausschließung unterwegs, so haben dergleichen Reisende ihr Reisegepäck bei der nächsten Post-Anstalt abzuholen.

posten. Sie gehen des gezahlten Personengelbes und des Ueberfracht-Porto verlustig und haben außerdem die im §. 44 des Gesetzes vom 5ten Juni d. J. angedrohte Strafe verwirkt.

§. 52. Außer dem Personengelde und dem Ueberfracht-Porto, welches die Post-Anstalten erheben, haben die Reisenden weder an den Kondukteur noch an den Postillon für die Fahrt irgend eine Gebühr, Trinkgeld u. zu entrichten.

Dritter Abschnitt.

Von der Extrapost- und Courier-Beförderung.

§. 53. Die Bestellung von Extrapost- und Couriersperden kann nur auf den Straßen verlangt werden, auf welchen die Post-Verwaltung es übernommen hat, Reisende mit Extrapost- und Couriersperden zu befördern. Allgemeine Bestimmungen.

Auf diesen Straßen erstreckt sich die Verpflichtung der Posthalter zur Bestellung von Extrapost- und Couriersperden nur auf die Beförderung von Reisenden mit ihrem Gepäck.

Ausnahmsweise können jedoch auch zu Fuhren, bei welchen die Beförderung von Gegenständen die Hauptsache ist, Extrapost- und Couriersperde gestellt werden, sofern die Gegenstände von einer Person begleitet und beaufsichtigt werden.

Verboten ist dagegen die extrapost- und couriermäßige Beförderung von Menagerien, von Schießpulver und anderen Gegenständen, deren Transport nicht ohne Gefahr bewerkstelligt werden kann.

Die Posthalter sind ferner nicht verpflichtet, zu den eigenen oder gemietheten Pferden der Reisenden Vorspannpferde herzugeben.

§. 54. An Vergütung für die Pferde ist auf die Meile zu zahlen:

| | | |
|----------------------------------|-----------|--------------------|
| für ein Extrapostpferd | 12 ½ Sgr. | a) für die Pferde. |
| für ein Courierspferd | 17 ½ Sgr. | |

Das Wagengeld beträgt:

| | | |
|---|----------|---------------|
| für einen offenen Stationswagen pro Meile | 4 Sgr. | b) Wagengeld. |
| für einen offenen oder mit einem Leinwandverdecke versehenen Schlitten pro Meile | 4 Sgr. | |
| für einen ganz oder halb verdeckten, hinten und vorne in Federn hängenden oder auf Druckfedern ruhenden Stationswagen pro Meile | 7 ½ Sgr. | |
| für einen verdeckten, auf Schlitten-Läufen gestellten Chaisenkasten pro Meile | 7 ½ Sgr. | |

Für diese Zahlung muß der Posthalter für seine Station zugleich die zur Befestigung des Reisegepäcks etwa erforderlichen Stricke herleihen. Größere,

Größere, als vierstellige Wagen oder Schlitzen herzugeben, sind die Posthalter nicht verpflichtet. Denselben bleibt zwar unbenommen, den Wünschen der Reisenden in dieser Beziehung zu entsprechen, in sofern aus der Benützung der größeren Wagen nicht Verlegenheiten für die ordnungsmäßige und pünktliche Fortschaffung der mit den ordentlichen Posten reisenden Personen zu besorgen sind, indessen müssen die Posthalter sich in solchem Falle mit dem Vergütungsätze von 7 1/2 Sgr. pro Meile begnügen.

Die Befugniß, Stationswagen zur Weiterreise über den Punkt hinaus zu benutzen, wo der nächste Pferdewechsel stattfindet, können Reisende nur durch ein Privat-Abkommen mit dem Posthalter erlangen, welcher den Wagen herzugeben sich bereit finden läßt, und dessen Sorge es überlassen bleibt, die Rückbeförderung des ledigen Wagens auf seine Kosten zu bewirken.

c) Wagenmeistergeb. dhr.

Die Wagenmeister-Gebühr oder das Bestellgeld beträgt für jeden Extrapost- oder Courier-Wagen auf jeder Station 4 Sgr.

Auf Relais und anderen Punkten, als den wirklichen Stationen, findet die Erhebung der Wagenmeister-Gebühr nicht statt.

d) Schmiergeld.

An Schmiergeld ist zu zahlen:

a) wenn mit Fett geschmiert wird 3 Sgr.

b) wenn mit Theer geschmiert wird 2 Sgr.

für jeden Wagen.

Dieser letztere Betrag von 2 Sgr. ist auch dann zu zahlen, wenn der Reisende das Material selbst hergibt.

Das Schmiergeld wird übrigens nur gezahlt, wenn wirklich geschmiert und der Wagen nicht von der Post gestellt wird.

e) Erleuchtungskosten.

Auf Verlangen der Reisenden sind die Posthalter verpflichtet, die Wagen zu erleuchten.

Für die Erleuchtung zweier Laternen werden 2 Sgr. für jede Stunde der reglementsmäßigen Beförderungzeit erhoben. Ueberschießende Minuten werden für eine halbe Stunde gerechnet, dergestalt, daß z. B. für 1 Stunde 5 Minuten der Betrag für 1 1/2 Stunden, und für 1 Stunde 35 Minuten der Betrag für 2 Stunden zu zahlen ist.

Die Erleuchtungskosten müssen Rationsweise da, wo die Erleuchtung verlangt wird, von den Reisenden vor der Abfahrt mit den übrigen Gebühren berichtigt werden.

f) Chausseegeld.

Das Chausseegeld beträgt:

für jedes bezahlte Extrapostpferd pro Meile 1 Sgr.

für jedes bezahlte Courierpferd vor einem Wagen
pro Meile 1 Sgr.

für

für das Pferd eines reitenden Couriers oder dessen Vorreiter's
pro Meile — Sgr. 4 Pf.

Die übrigen Kommunikations-Abgaben werden nach den zur öffentlichen Kenntniß gebrachten Lokal-Tarifen bezahlt. g) Kommunikations-Abgaben.

Das Postillon-Trinkgeld beträgt bei einer Bespannung h) Postillon-Trinkgeld.

mit 2 Pferden auf die Meile 5 Sgr.

mit 3 oder 4 Pferden auf die Meile 7½ Sgr.

mit mehr Pferden für jeden Postillon auf die Meile 7½ Sgr.

für den, einen reitenden Courier begleitenden Postillon

pro Meile 5 Sgr.

Unentgeltlich hergegebene Mehrbespannung kommt bei Berechnung des Chausseegeldes und des Postillon-Trinkgeldes nicht in Betracht.

Extrapost-Reisende, die sich am Bestimmungsorte ihrer Reise nicht über sechs Stunden aufhalten, haben, wenn sie mit den auf der Tourreise benutzten Pferden resp. Wagen einer Station die Rückfahrt bis zu dieser Station bewirken wollen, und sich vor der Abfahrt darüber erklären, nur die Hälfte der unter a., b., c. und h. aufgeführten Sätze zu entrichten, sobald die Entfernung des Bestimmungsortes 1½ Meilen und darüber beträgt. i) Bezahlung bei Rücknahme einer Extrapost.

Bei Entfernungen unter 1½ Meilen werden für die Tour- und Retourfahrt zusammen die gedachten Gebühren auf zwei volle Meilen erhoben. Chausseer-, Damm- und Brückengeld wird für die Tour- und Retourfahrt zum vollen Betrage gezahlt.

Eine Entschädigung für ein solches sechs stündiges Stillager des Gepacks und des Postillons ist nicht zu zahlen.

Der Antritt der Rückfahrt darf erst nach Ablauf von so viel Stunden, als die Station Meilen hat, erfolgen.

Will der Reisende auf der Rückfahrt eine andere Straße nehmen, als auf der Tourfahrt, so wird die ganze Fahrt als eine Rundreise angesehen, auf welche vorstehende Bestimmungen nicht Anwendung finden.

Courier-Reisende sind von obiger Vergünstigung ausgeschlossen.

Reisende können durch offene Requisitionen (Laufzettel) Extrapost- oder Courierspferde vor-ausbestellen, so weit die vorhandenen Post-Verbindungen Gelegenheit dazu darbieten. Die Wirkung der Pferdebestellung beschränkt sich auf 24 Stunden, für welche der Reisende auch bei gänzlich unterbliebener Benützung der Pferde nur das Wartegeld zu zahlen verbunden ist. In dem Laufzettel muß Ort, Tag und Stunde der Abfahrt, die Zahl der Pferde und die Reiseroute mit Benennung der Stationen angegeben, auch bemerkt werden, ob und mit k) Bezahlung bei Voranbestellung von Extrapost- und Courierspferden.

welchen Unterbrechungen die Reise stattfinden soll. Die Abfassung solcher Kaufzettel ist lediglich Sache des Reisenden. Die Postverwaltung hält sich an denjenigen, welcher den Kaufzettel unterschrieben hat. Ist der Reisende nicht am Orte anständig, oder sonst nicht hinlänglich bekannt, so muß er seinen Stand und Wohnort angeben, und erforderlichenfalls sich legitimiren.

Für Beförderung eines Kaufzettels mit den Posten Betruß Vorausbefellung ist das einfache Briefporto nach Maßgabe der direkten Entfernung vom Absendungsorte bis zum Bestimmungsorte bei der Aufgabe zu entrichten.

l) Wartegeld
beim Aufenthalt
der Reisenden
unterwegs;

Jeder Extrapost-Reisende, welcher sich an einem unterwegs gelegenen Orte länger als eine halbe Stunde aufhalten will, ist verpflichtet, hiervon der betreffenden Post-Anstalt in der Regel vor der Abfahrt Nachricht zu geben, damit der Posthalter in den Stand gesetzt werde, den Postillon demgemäß zu instruiren, und wegen längerer Abwesenheit der Pferde die erforderlichen Dispositionen zu treffen.

Dauert der Aufenthalt über 1 Stunde, so ist von der fünften Viertelstunde an ein Wartegeld von 2½ Sgr. pro Pferd und Stunde zu entrichten, welches jedoch den Betrag von 1 Rthlr. für jedes Pferd auf 24 Stunden nicht überschreiten darf.

Ein längerer Aufenthalt als 24 Stunden darf unter keinen Umständen stattfinden.

bei verspäteter
Abfahrt.

Für vorausbestellte Pferde ist, wenn von demselben nicht zu der Zeit Gebrauch gemacht wird, zu welcher die Bestellung erfolgt ist, pro Pferd und Stunde ein Wartegeld von 2½ Sgr. auf die Zeit des vergeblichen Wartens

a. bei weiter kommenden Reisenden von der siebzehnten Viertelstunde an gerechnet,

b. bei im Orte befindlichen Reisenden von der fünften Viertelstunde an gerechnet, zu entrichten.

Auch in diesem Falle darf jedoch mehr als 1 Rthlr. pro Pferd auf einen Tag oder 24 Stunden nicht in Ansatz kommen.

m) Zahlung
bei Abbestellung
von Extrapost-
posten etc.

Benutzt ein im Orte befindlicher Reisender die bestellten Extrapostpferde gar nicht, so hat derselbe, wenn die Abbestellung vor der Anspannung erfolgt, keine Entschädigung, wenn dagegen die Pferde zur Zeit der Abbestellung bereits angespannt waren, den Betrag des Extrapostgeldes für eine Meile, sowie das ganze Bestellgeld als Entschädigung zu entrichten.

n) Zahlung
bei Entzogen-
sendung von
Extrapost- etc.
Pferden.

Der Reisende kann verlangen, daß ihm auf langen oder sonst beschwerlichen Stationen auf vorhergegangene schriftliche Bestellung Pferde entgegengefandt und möglichst auf der Hälfte des Weges, in sofern dort ein Unterkommen zu finden ist, aufgestellt werden. Die Bestellung muß die Stunden enthalten, zu welchen die Pferde auf dem Relais bereit sein sollten. Trifft

der

der Reisende später ein, so ist von der siebteenthen Viertelfunde an das reglementmäßige Bartegelb zu zahlen. Für die Beförderung wird in solchen Fällen erhoben:

- 1) das einfache Bestellgeld, welches von der Post-Anstalt am Stations-Abgangsorte der Extrapost zu berechnen ist,
- 2) das tarifmäßige Extrapostgeld
 - a. wenn die Entfernung von einem Pferdewechsel zum andern mehr als 2 Meilen beträgt, nach der wirklichen Entfernung,
 - b. wenn solcher weniger als 2 Meilen beträgt, nach dem Satze für 2 Meilen.

Für das Hinpenden der lebigen Pferde und Wagen wird

- 1) wenn mit solchen die Fahrt nach derjenigen Station, wohin die Pferde gehören, zurückgelegt wird, keine Vergütung gezahlt.

Geht aber

- 2) die Fahrt nach irgend einem anderen Orte, gleichviel, ob auf einer Postroute oder außerhalb derselben, so müssen entrichtet werden:
 - a. für das Hinpenden der lebigen Pferde und Wagen von der Station bis zum Orte der Abfahrt die Hälfte des reglementmäßigen Extrapost-Wagen- und Trinkgeldes nach der wirklichen Entfernung,
 - b. für die Beförderung des Reisenden der volle Betrag der Extrapost-Gebühren,
 - c. für das Zurückgehen der lebigen Pferde und Wagen von dem Orte ab, wohin die Extrapost gebracht worden ist, bis zu der Station, zu welcher die Pferde gehören, die Hälfte des reglementmäßigen Extrapost-Wagen- und Trinkgeldes für denjenigen Theil des Rückweges, der übrig bleibt, wenn die Entfernung abgerechnet wird, auf welcher die Extrapost-Beförderung stattgefunden hat.

Wenn die Reise sich an einem Orte oder Eisenbahn-Halte-Punkte endigt, welcher nicht über eine Meile hinter oder seitwärts einer Station liegt, so hat der Reisende nicht nöthig, auf der letzten Post-Station die Pferde zu wechseln, vielmehr müssen ihm auf der vorletzten Station die Pferde gleich bis zum Bestimmungsorte gegen Entrichtung der reglementmäßigen Sätze für die wirkliche Entfernung gegeben werden.

o) Zahlung für Extraposten, welche über eine Station hinaus benutzt werden.

Geht die Fahrt von einer Station resp. von einem Eisenbahn-Halte-Punkte ab, und über eine Station hinaus, welche nicht über eine Meile vom Abfahrtsorte entfernt liegt, so kann über diese Station ohne Pferdewechsel ebenfalls gegen Entrichtung der reglementmäßigen Sätze für die wirkliche Entfernung hinweggefahren werden.

Macht der Reisende von diesen Rechten keinen Gebrauch, sondern nimmt er auf der berührt werdenden Station frische Pferde, so tritt die folgende Bestimmung ein.

p) Zahlung
für Extra-
posten u. nach
Orten unter
zwei Meilen.

Für Beförderung zwischen zwei Post-Anstalten — Stationen — bei welchen nach den bestehenden Bestimmungen Extrapostpferde — sei es auch nur für Extraposten, die im Orte entspringen — gegeben werden, oder bei Beförderungen zwischen einer Extrapost-Station und einem Eisenbahn-Halte-Punkte findet die Erhebung der Gebühren nach der wirklichen Entfernung, jedoch mindestens für eine Meile statt. Ist der Bestimmungsort nicht Stationsort oder Eisenbahn-Halte-Punkt, so ist für die wirkliche Entfernung, mindestens aber für zwei Meilen Zahlung zu leisten. Ist dagegen ein solcher Bestimmungsort auf einer Extrapost-Straße gelegen, und der nächste hinterliegende Stationsort oder Eisenbahn-Halte-Punkt weniger als zwei Meilen vom Abgangsorte entfernt, so wird nur bis zu diesem Stationsorte oder Eisenbahn-Halte-Punkte, mindestens aber auch wiederum für eine Meile Zahlung geleistet.

q) Berechnung
der Wertel-
Meilen und der
Bruchpfennige.

Nach Verhältnis der für eine Meile bestimmten Sätze ist für die überschießenden Viertel u. Meilen die Zahlung zu leisten. Die überschießenden Bruchpfennige werden bei den eingekelten Beträgen für volle Pfennige gerechnet.

Bei Berechnung des ganzen Betrages des Postgelbes und der Nebenausgaben werden

| | | | | | | | | | | |
|-----|----|------|----|----------------|----------|----|-----|------|---------------|------|
| für | 1 | oder | 2 | überschießende | Pfennige | 3 | Pf. | oder | $\frac{1}{4}$ | Sgr. |
| „ | 4 | „ | 5 | „ | „ | 6 | „ | „ | $\frac{1}{2}$ | „ |
| „ | 7 | „ | 8 | „ | „ | 9 | „ | „ | $\frac{3}{4}$ | „ |
| „ | 10 | „ | 11 | „ | „ | 12 | „ | „ | 1 | „ |

angeseht.

r) Extrapost-
Tarif.

In dem Post-Bureau einer jeden zur Bestellung von Extrapost- oder Courrierpferden bestimmten Station befindet sich ein Extrapost-Tarif, dessen Vorlegung der Reisende verlangen, und aus welchem derselbe den, für jede Station zu zahlenden Betrag des Postgelbes und aller Nebenkosten genau ersehen kann.

Zahlung und
Quittung.

§. 55. Die Gebühren für die Extrapost- und Courier-Reisenden müssen, mit Ausschluß des Trinkgelbes, welches erst nach zurückgelegter Fahrt dem Postillon gezahlt zu werden braucht, in der Regel stationsweise vor der Abfahrt entrichtet werden.

Die Entrichtung der Extrapost- u. Gelder für alle Stationen einer gewissen Route auf einmal bei der Abfahrt am Abgangsorte findet nur auf solchen Coursen statt, auf welchen die Vorausbezahlung ausdrücklich nachgelassen worden ist.

Macht der Reisende von einer solchen Vergünstigung Gebrauch, so hat derselbe für die Beforgung der Kassen-, Buch- und Rechnungsführung, und zwar für jeden Transport, welcher die Ausstellung eines besonderen Begleitzettels erfordert, eine gleichzeitig mit dem Extrapost-Gelde zu erhebende Rechnungsgebühr zu zahlen. Dieselbe beträgt für Extraposten und Couriere

bis

| | |
|---------------------------------------|----------|
| bis inkl. 20 Meilen | 10 Sgr. |
| über 20 bis inkl. 40 Meilen | 15 Sgr. |
| über 40 bis inkl. 60 Meilen | 20 Sgr. |
| über 60 Meilen | 1 Rthlr. |

Im Fall der Vorausbezahlung werden das Extrapost- u. Geld und sämtliche Nebenkosten, als Bagengeld, Bestellgeld, Chaussee-, Damm-, Brücken- und Fährgeld, das Postillon-Trinkgeld jedoch nur dann, wenn dessen Vorausbezahlung von den Reisenden gewünscht wird, von der Post-Anstalt am Abgangsorte für alle Stationen, so weit der Reisende solches wünscht, voraus erhoben. Nur das Schmiergeld wird da bezahlt, wo der Wagen des Reisenden wirklich geschmiert wird.

Auch auf den Zwischenstationen der ganzen Route hin- und herwärts kann die Vorausbezahlung des Extrapostgeldes bis zu jedem beliebigen Stationsorte der Route stattfinden.

Die geschehene Vorausbezahlung des Extrapost- u. Geldes an der Abgangstation bindet die folgenden Stationen wegen der Pferdebezahl in solchen Fällen nicht, wenn vom Abgangsorte die Extrapost mit weniger Pferden befördert worden ist, als das Reglement vorschreibt, oder wenn durch besondere Umstände eine Mehrbespannung nöthig werden und solche durch das Reglement gerechtfertigt sein sollte. In diesen Fällen, und wenn ein Reisender unterwegs mehr Pferde nehmen will, als er am Abfahrtsorte bezahlt hat, um vielleicht bei schlechtem Wege schneller fortzukommen u. s. w., hat der Reisende die Mehrkosten auf jeder Station besonders zu entrichten. Ebenso hat er, wenn ihm am Abgangsorte ein Wagen mit mehr als vier Sitzplätzen gestellt worden ist, ein solcher aber auf den folgenden Stationen nicht hergegeben werden kann, die tarismäßigen Beträge für die in Folge dessen etwa mehr gestellten Pferde und Wagen nachzuzahlen.

Findet der Reisende sich veranlaßt, unterwegs die ursprünglich beabsichtigte Route vor der Ankunft in dem Orte, bis wohin die Vorausbezahlung stattgefunden hat, zu verlassen, oder auf einer Zwischenstation zurückzubleiben, ohne die Reise bis zum Bestimmungsorte fortzusetzen, oder hält sich der Reisende auf einer Zwischenstation länger als 72 Stunden auf, so wird das zuviel bezahlte Extrapostgeld u. ohne Abzug, jedoch mit Ausnahme der Rechnungs-Gebühr, dem Reisenden von derjenigen Post-Anstalt, wo derselbe seine Reise ändert oder einstellt, beziehungsweise sich länger als 72 Stunden aufhält, gegen Rückgabe der ihm erteilten Quittung und gegen Empfangs-Bescheinigung über den zurückerstatteten Betrag restituirt.

Jedem Reisenden muß über die gezahlten Extrapostgelder und Nebenkosten unaufgefordert eine Quittung erteilt werden. Der Reisende muß sich auf Erfordern über die geschehene Bezahlung der Extrapostgelder und Nebenkosten durch Vorzeigung der Quittung legitimiren, und

und hat solche daher zur Vermeidung von Weitschweifigkeiten bis zu dem Punkte bei sich zu führen, bis wohin die Kosten bezahlt sind. Unterläßt er solches, so setzt er sich der Gefahr aus, daß in zweifelhaften Fällen und namentlich dann, wenn der Begleitzettel zurückgeblieben oder verloren gegangen ist, seine Beförderung bis zur Aufklärung über die Höhe des eingezahlten Betrages unterbrochen, oder nochmalige Zahlung von ihm verlangt wird. Letzteren Falls hat die betreffende Post-Anstalt in der Quittung über den angeblich doppelt erhobenen Betrag die Versicherung aufzunehmen, daß solcher erstatet werden soll, sobald der Beweis über die früher bereits erfolgte Erhebung desselben nachträglich geliefert würde.

Befpannung. §. 56. Die Befpannung regulirt sich nach der Beschaffenheit der Wege und der Wagen, so wie nach dem Umfange und der Schwere der Ladung.

a) **Wege.** Die Wege sind entweder chausfirt oder unchaufirt.

Den Chausseen werden gleich geschiet

- 1) ganz feste, ebene, in polizeimäßigem Stande befindliche ganz trockene Wege in schwerem Boden;
- 2) ganz eben gefahrene, völlig feste Schnee- und Frosthahnen.

Den nicht chausfirten Wegen sind gleich zu achten

- 1) Behn-Chausseen bei nasser Bitterung;
- 2) Kies- und ähnliche Chausseen, wenn solche durch anhaltendes Regenwetter und schweres Fuhrwerk aufgelöst und durchgefahren sind, und überhaupt keine feste Bahn bilden;
- 3) Stein-Chausseen, wenn der größte Theil des Weges von einer Station zur anderen mit zer Schlagenen Steinen neu beschüttet ist, und wenn in tiefem Schnee erst Bahn gefahren werden muß;
- 4) Wege, welche nur theilweise chausfirt sind.

b) **Wagen.** Die Wagen werden in die unter lit. d. angegebenen drei Gattungen eingetheilt. Bei allen Wagen ist bei der Fortschaffung auf nicht chausfirten Wegen zu berücksichtigen, ob sie die Wegespur halten.

c) **Ladung.** Bei Ermittlung des Gewichtes der Ladung wird, so viel die Personen betrifft: eine Person, welche das 16te Jahr zurückgelegt hat, zu 150 Pfund, eine Person von 13 bis inkl. 16 Jahren zu 100 Pfund, eine Person von 5 bis 12 Jahren zu 50 Pfund angenommen. Ein oder zwei Kinder unter fünf Jahren werden nicht gerechnet; drei und vier Kinder unter fünf Jahren werden zu 100 Pfund veranschlagt. Die Angaben des Reisenden über das Alter sind ohne weiteren Beweis genügend.

Jeder Diensthote wird für eine Person gerechnet, ohne Unterschied, wo er seinen Platz auf dem Wagen hat. Die

Die Schwere des Reisegepäcks ist in der Regel nach folgenden Normen abzuschätzen:

1 Koffer wird zu 80 Pfund,

1 Kasse zu 80 „

1 beweglicher Koffer zu 50 „

1 Mantelsack zu 50 „

gerechnet. Sind die Behälter leer, so kommen sie nicht in Anschlag.

Hutkoffer, Reise- und Nachtsäcke, so wie die kleinen Reisebedürfnisse, welche die Reisenden unterwegs im Wagen mit sich führen, werden bei Feststellung der Ladung ebenfalls nicht veranschlagt. In Betreff solcher Gegenstände, welche von ungewöhnlicher Schwere sind, bestimmt die Vorschrift unter lit. e. das Nähere.

Die Ladung eines Wagens darf den in der folgenden Tabelle als Maximum angegebenen Gewichtssatz nicht überschreiten.

Für die Bespannung der verschiedenen Gattungen von Wagen dienen folgende Bestimmungen: a) Verzeichn. mungen zur Richtschnur:

Bei Extraposten.

| Wagen. | Chaussee. | | Unchassirte Wege. | | | |
|---|---------------------------------|------------------|----------------------------|------------------|--------------------------------|------------------|
| | Ohne Unterschied der Wagenspur. | | Für spurhaltende Wagen. | | Bei nicht spurhaltenden Wagen. | |
| | Gewicht der Ladung. Pfund. | Zahl der Pferde. | Gewicht der Ladung. Pfund. | Zahl der Pferde. | Gewicht der Ladung. Pfund. | Zahl der Pferde. |
| Erste Gattung. | | | | | | |
| Leichte, offene, oder mit einem Vordach-Verdecke versehene, auf der Achse ruhende Kaleschen; Kaleschen mit bedeckten Einschnall-Stühlen; auch hinten in Federn hängende Chaisen, bei welchen es keinen Unterschied macht, ob der Vorder- und Rücksitz mit einem leichten beweglichen Verdecke versehen sind oder nicht. | bis 800 | 2 | bis 500 | 2 | bis 400 | 2 |
| | über 800 | | über 500 | | über 400 | |
| | bis 1200 | 3 | bis 900 | 3 | bis 700 | 3 |
| | über 1200 | | über 900 | | über 700 | |
| | bis 1600 | 4 | bis 1300 | 4 | bis 1000 | 4 |
| | | | über 1300 | | über 1000 | |
| | | | bis 1700 | 5 | bis 1300 | 5 |
| | | | | | über 1300 | |
| | | | | | bis 1700 | 6 |

zweite

Bei Extraposten.

| Wagen. | Chaussee. | | Unchaffirte Wege. | | | |
|---|---------------------------------|------------------|----------------------------|------------------|--------------------------------|------------------|
| | Ohne Unterschied der Wagenspur. | | Für spurhaltende Wagen. | | Bei nicht spurhaltenden Wagen. | |
| | Gewicht der Ladung. Pfund. | Zahl der Pferde. | Gewicht der Ladung. Pfund. | Zahl der Pferde. | Gewicht der Ladung. Pfund. | Zahl der Pferde. |
| Zweite Gattung. | | | | | | |
| Chaisen, die hinten und vorn in Federn hängen, oder auf Druckfedern ruhen; auch leichte zweifelhige Batarde und verdeckte Posthalterei - Chaisen für vier und mehr Personen; ferner zweifelhige ganz verdeckte, hinten und vorn in Federn ruhende Wagen mit einem Bodfisse für einen Diener oder Mitreisenden neben dem Postillone. | bis 600 | 2 | bis 350 | 2 | bis 450 | 3 |
| | über 600 | | über 350 | | über 450 | |
| | bis 900 | 3 | bis 600 | 3 | bis 750 | 4 |
| | über 900 | | über 600 | | über 750 | |
| | bis 1200 | 4 | bis 900 | 4 | bis 900 | 5 |
| | über 1200 | | über 900 | | über 900 | |
| | bis 1600 | 5 | bis 1200 | 5 | bis 1150 | 6 |
| | | | über 1200 | | über 1150 | |
| | | | bis 1600 | 6 | bis 1600 | 8 |
| | | | | | | |
| Dritte Gattung. | | | | | | |
| Kutschen mit ganzem, festen Verdecke; auch Landauer. | bis 600 | 3 | bis 450 | 3 | bis 500 | 4 |
| | über 600 | | über 450 | | über 500 | |
| | bis 1000 | 4 | bis 600 | 4 | bis 700 | 5 |
| | über 1000 | | über 600 | | über 700 | |
| | bis 1400 | 5 | bis 900 | 5 | bis 1000 | 6 |
| | über 1400 | | über 900 | | über 1000 | |
| | bis 1800 | 6 | bis 1200 | 6 | bis 1400 | 8 |
| | über 1800 | | über 1200 | | | |
| | bis 2200 | 7 | bis 1500 | 7 | | |
| | über 2200 | | über 1500 | | | |
| | bis 2600 | 8 | bis 2100 | 8 | | |

Bei

Bei Courieren.

Bei Courieren werden die Ladungsätze um ein Drittel geringer angenommen.

Ein Mehrgewicht bis 50 Pfund über die für jede Pferdezahl festgesetzte normalmäßige Ladung entscheidet nicht dafür, daß der Reisende ein Pferd mehr nehmen und bezahlen muß.

Bei sechs und mehr Pferden müssen zwei Postillone gestellt werden. Bei fünf Pferden hängt es von dem Willen des Reisenden ab, ob ein oder zwei Postillone gestellt werden sollen.

Werden, in Ermangelung von Postpferden von Hülfsanspannern sogenannte Graspferde vorgelegt, so sollen in der Regel für die Bezahlung von zwei Stallpferden, 3 Graspferde, und für 3 Stallpferde 5 Graspferde hergegeben werden.

Der Reisende kann hiernach selbst beurtheilen, wie viel Extrapostpferde er bedarf und bestellt danach die Pferde. Findet der Wagenmeister oder der Posthalter die bestellte Anzahl Pferde nach den obigen Bestimmungen nicht ausreichend, so ist dieses zunächst dem Postbeamten, und von diesem dem Reisenden vorzustellen. Kommt keine Vereinigung zu Stande, so steht dem Vorsteher der Post-Anstalt die Entscheidung zu, und bei dieser muß der Posthalter mit etwaigem Vorbehalte seiner bei der Ober-Post-Direktion anzubringenden Beschwerde sich beruhigen.

a) Differenz über die Zahl der erforderlichen Pferde.

Der Posthalter darf sich mit dem Reisenden nicht in Erörterungen und Streitigkeiten einlassen, sondern hat seine etwaigen Bedenken und Erinnerungen bei dem Postbeamten anzubringen.

Der Reisende ist jedoch, was die Gewichtsabschätzung des Gepäcks betrifft, an die unter lit. c. hierüber gegebenen Normen auch auf die diesfällige Entscheidung der Post-Anstalt selbst, wenn solche für ihn günstiger ausfällt, als nach jenen Festsetzungen, nicht gebunden. Er kann verlangen, daß das gesamte Reisegepäck oder derjenige Theil desselben, dessen Schwere streitig ist, in seinem Beisein gewogen werde, was unweigerlich und unentgeltlich geschehen muß. Nach dem hierdurch ermittelten Gewichte wird alsdann die Schwere der Ladung festgesetzt, und dieses Gewicht wird, mittels spezieller Angabe des gewogenen Gepäcks im Begleittel angemerkt. Auf Begehren des Reisenden muß die Post-Anstalt demselben auch eine Bescheinigung über die solchergestalt ermittelte Schwere seiner Bagage erteilen.

Dagegen hat der Posthalter oder die Post-Anstalt nicht die Befugniß, von dem Reisenden zu verlangen, daß derselbe sein Gepäck wiegen lasse, mit alleiniger Ausnahme solcher Fälle, wo gegründete Vermuthung vorhanden ist, daß ein Theil des Reisegepäcks Gegenstände von ungewöhnlicher Schwere, als Geld, Metalle oder solche Waaren enthalte, die nach Extra-Bell. §. Amttbl. Nr. 26. Silberner Bogen.

hältniß ihres Umfangs sehr stark ins Gewicht fallen. Wenn der Reisende bei dergleichen Gegenständen unter seinem Gepäc sich mit einer billigen, ungefähren Abschätzung des Gewichts derselben nicht zufriedensstellen läßt, so muß er sich gefallen lassen, daß sie gewogen werden.

Die Postbeamten werden aber dafür verantwortlich gemacht, daß eine solche Maßregel gegen den Willen des Reisenden nicht angewendet werde, ohne daß die Vermuthung der unverhältnißmäßigen Schwere des Gepäcks durch erhebliche Gründe unterstützt wird.

f) Abweichung
von den Vor-
men:

aa) in Folge
schrillen
Weges.

Von den vorstehend gegebenen Bestimmungen wegen der Bespannung darf im Allgemeinen nur zu Gunsten des Reisenden abgewichen werden. In den seltenen Fällen, wo die ganz eigenthümliche und wesentliche Schwierigkeit des Postweges einer Station es erforderlich macht, die bestimmte Pferdezahl um 1 Pferd zu vermehren, sollen die betreffenden Post-Anstalten mit einer für diesen Stationsweg geltenden Autorisation der Ober-Post-Direktion versehen werden, womit sie sich wegen der ausnahmsweisen Bestimmung zu justifyiren haben.

Wenn die Poststraße durch ungewöhnliche Naturereignisse unfahrbar geworden, z. B. ganz verschneit ist, und notorisch feststeht, daß auf derselben eine Beförderung mit der reglementsmäßigen Pferdezahl unmöglich ist, so wird dem Reisenden die Nothwendigkeit einer Mehrbespannung vorgehalten. Verlangt er dennoch nur mit der reglementsmäßigen Bespannung fortgeschafft zu werden, so ist der Posthalter für die sichere und prompte Beförderung nicht mehr verantwortlich, und der Reisende muß, wenn sich unterwegs die Unmöglichkeit bestätigt, die Extrapost fortzuschaffen, sich gefallen lassen, daß er auf dem Wege liegen bleibt, und der Postillon mit den Pferden zurückkehrt, um die erforderliche Mehrbespannung, welche der Reisende dann vom Stationsorte ab bezahlen muß, zu beschaffen.

bb) in Folge
einer Vereinba-
rung zwischen
dem Reisenden
und dem Post-
halter.

Ohne Vereinigung des Reisenden und des Posthalters (durch Vermittelung der Post-Anstalt) dürfen nicht weniger Pferde vorgelegt werden, als das Reglement besagt. Diese Vereinigung geschieht entweder ausdrücklich — in Folge stattgehabter Erörterung oder Rücksprache zwischen dem Reisenden und dem betreffenden Post-Beamten, — oder sie versteht sich stillschweigend von selbst, wenn der Reisende weniger Pferde bestellt, als er reglementsmäßig zu nehmen verpflichtet ist, und dem Verlangen ohne Einwendung willfahrt wird. Es folgt eine solche Einigung, so ist die folgende Station nicht daran gebunden. Eben so wenig hat solche die Verpflichtung, Stationswagen mit mehr als vier Sitzplätzen einzustellen, wenn auch der Reisende mit einem solchen eingetroffen ist.

Abfertigung.

§. 57. Sind die Pferde resp. Wagen vorausbestellt worden, so müssen sie dergestalt a) bei voraus- bereit gehalten werden, daß zur bestimmten Zeit abgefahren oder abgeritten werden kann.

Für

Für weiter herkommende Reisende müssen die Pferde schon vor der Ankunft aufgeschickt stehen, und auf Stationen, auf welchen die Posthalterei über 200 Schritte vom Posthause entfernt liegt, in der Nähe des letzteren aufgestellt werden. bestellen Extraposten und Courierern.

Die Abfertigung muß, sofern der Reisende sich nicht länger aufhalten will, bei solchen vorausbestellten Extraposten innerhalb zehn Minuten, bei Courierern innerhalb fünf Minuten erfolgen. Wird ein Stationswagen verwendet, so tritt diesen Fristen noch so viel Zeit hinzu, als zur ordnungsmäßigen Aufpackung und Befestigung des Reisegepäcks erforderlich ist.

Sind Pferde und Wagen nicht vorausbestellt worden, so müssen Extraposten, wenn der Reisende einen Wagen mit sich führt, innerhalb einer Viertelstunde, und wenn ein Stationswagen gestellt werden muß, innerhalb einer halben Stunde; Courierere dagegen, welche einen Wagen mit sich führen, oder reiten, innerhalb zehn Minuten, und wenn ein Stationswagen gestellt wird, innerhalb zwanzig Minuten weiter befördert werden. b) bei nicht vorausbestellten Extraposten und Courierern.

Auf Stationen, die auf Nebenrouten liegen, wo selten Extraposten und Courierere vorkommen, und wo zu deren Beförderung Postpferde nicht besonders unterhalten werden können, müssen die Reisenden sich einen Aufenthalt bis zu einer Stunde gefallen lassen, wenn die Pferde nicht eher zu beschaffen sind.

Die Abfertigung der Extraposten geschieht übrigens in der Reihenfolge, in welcher die Pferde bestellt worden sind. c) Reihenfolge.

Couriere gehen hinsichtlich der Abfertigung den Extraposten vor.

§. 58. Die Beförderung muß in der, in nachstehender Tabelle angegebenen Frist bewirkt werden. Beförderungszeit.

Tabelle

über die Beförderungszeit für Couriere und Extraposten.

| Meilen. | Couriere. | | | | | | | | Extraposten. | | | | | | | |
|------------------------|------------------------|--|------------------------|--|------------------------|--|------------------------|--|------------------------|--|------------------------|--|------------------------|--|------------------------|--|
| | Chauffirt. | | | | Unchauffirt. | | | | Chauffirt. | | | | Unchauffirt. | | | |
| | Bei gewöhnlichem Wege. | Bei sehr bergigem Wege oder in finstern Nächten. | Bei gewöhnlichem Wege. | Bei sehr bergigem Wege oder in finstern Nächten. | Bei gewöhnlichem Wege. | Bei sehr bergigem Wege oder in finstern Nächten. | Bei gewöhnlichem Wege. | Bei sehr bergigem Wege oder in finstern Nächten. | Bei gewöhnlichem Wege. | Bei sehr bergigem Wege oder in finstern Nächten. | Bei gewöhnlichem Wege. | Bei sehr bergigem Wege oder in finstern Nächten. | Bei gewöhnlichem Wege. | Bei sehr bergigem Wege oder in finstern Nächten. | Bei gewöhnlichem Wege. | Bei sehr bergigem Wege oder in finstern Nächten. |
| | Stnd. | Min. | Stnd. | Min. | Stnd. | Min. | Stnd. | Min. | Stnd. | Min. | Stnd. | Min. | Stnd. | Min. | Stnd. | Min. |
| 1/4 | — | 8 | — | 9 | — | 10 | — | 12 | — | 10 | — | 12 | — | 15 | — | 18 |
| 1/2 | — | 15 | — | 18 | — | 20 | — | 23 | — | 20 | — | 23 | — | 30 | — | 35 |
| 3/4 | — | 23 | — | 27 | — | 30 | — | 34 | — | 30 | — | 34 | — | 45 | — | 53 |
| 1 | — | 30 | — | 35 | — | 40 | — | 45 | — | 40 | — | 45 | 1 | — | 1 | 10 |
| 1 1/4 | — | 38 | — | 44 | — | 50 | — | 57 | — | 50 | — | 57 | 1 | 15 | 1 | 28 |
| 1 1/2 | — | 45 | — | 53 | 1 | — | 1 | 8 | 1 | — | 1 | 8 | 1 | 30 | 1 | 45 |
| 1 3/4 | — | 53 | 1 | 2 | 1 | 10 | 1 | 19 | 1 | 10 | 1 | 19 | 1 | 45 | 2 | 3 |
| 2 | 1 | — | 1 | 10 | 1 | 20 | 1 | 30 | 1 | 20 | 1 | 30 | 2 | — | 2 | 20 |
| 2 1/4 | 1 | 9 | 1 | 20 | 1 | 32 | 1 | 43 | 1 | 32 | 1 | 43 | 2 | 18 | 2 | 40 |
| 2 1/2 | 1 | 18 | 1 | 30 | 1 | 43 | 1 | 55 | 1 | 43 | 1 | 55 | 2 | 35 | 3 | — |
| 2 3/4 | 1 | 27 | 1 | 40 | 1 | 54 | 2 | 8 | 1 | 54 | 2 | 8 | 2 | 53 | 3 | 20 |
| 3 | 1 | 35 | 1 | 50 | 2 | 5 | 2 | 20 | 2 | 5 | 2 | 20 | 3 | 10 | 3 | 40 |
| 3 1/4 | 1 | 47 | 2 | 4 | 2 | 20 | 2 | 38 | 2 | 20 | 2 | 38 | 3 | 30 | 4 | 5 |
| 3 1/2 | 1 | 58 | 2 | 18 | 2 | 35 | 2 | 55 | 2 | 35 | 2 | 55 | 3 | 50 | 4 | 30 |
| 3 3/4 | 2 | 9 | 2 | 32 | 2 | 50 | 3 | 13 | 2 | 50 | 3 | 13 | 4 | 10 | 4 | 55 |
| 4 | 2 | 20 | 2 | 45 | 3 | 5 | 3 | 30 | 3 | 5 | 3 | 30 | 4 | 30 | 5 | 20 |
| Jede weitere 1/4 Meile | — | 12 | — | 14 | — | 15 | — | 18 | — | 15 | — | 18 | — | 20 | — | 25 |

Diejenigen

Diesjenigen Post-Stationen, welche für befugt zu crachten sind, die für sehr bergige Wege festgesetzte Beförderungszeit für die eine oder die andere Tour in Anspruch zu nehmen, sollen mit einer Autorisation der Ober-Post-Direktion versehen werden, mit der sie sich gegen die Reisenden auszuweisen haben.

Bei theilweise chausfirten Straßen wird die Beförderungsfrist für den chausfirten und für den nicht chausfirten Theil nach obigen Bestimmungen, und zwar nach Maßgabe des Sazes für die ganze Stationslänge, besonders berechnet, z. B. bei Extraposten für eine Station von zwei Meilen, wovon eine Meile chausfirt und eine Meile unchausfirt ist:

| | |
|---|-------------------------------|
| für die chausfirte Strecke die Hälfte des Sazes | |
| für 2 chausfirte Meilen mit | — St. 40 M. resp. — St. 45 M. |
| für die unchausfirte Strecke die Hälfte des | |
| Sazes für 2 unchausfirte Meilen mit . . | 1 — — — 1 — 10 — |
| überhaupt | 1 St 40 M. resp. 1 St. 55 M. |

Wenn außergewöhnliche Begeherrungen eintreten, wodurch die reglementsmäßige Beförderung erschwert wird, so ist hierauf bei Berechnung der Beförderungszeit billige Rücksicht zu nehmen.

Beträgt der zurückzulegende Weg nicht über drei Meilen, so darf der Postillon, ohne ausdrückliches Verlangen des Reisenden, unterwegs nicht anhalten. Bei größerer Entfernung ist ihm zwar gestattet, zur Erholung der Pferde einmal anzuhaltten, jedoch darf dies nicht über eine Viertelstunde dauern. Auf diesen Aufenthalt ist bei Feststellung der Beförderungsfrist gerücksichtigt worden, und es muß daher einschließlicb desselben die oben angegebene Beförderungszeit eingehalten werden. Während des Anhaltens darf der Postillon die Pferde nicht ohne Aufsicht lassen.

a) Anhalten
unterwegs.

Wird der Reisende auf sein Verlangen durch eine geringere Anzahl von Pferden, als das Reglement vorschreibt, befördert, so kann er auf das Einhalten der normalmäßigen Beförderungszeit keinen Anspruch machen.

b) Beförderungszahl bei nicht normalmäßiger Spannung.

§. 59. Der Postillon muß mit der vorschristsmäßigen Montur bekleidet und mit der Post-Trompete versehen sein.

Postillon.
a) Montur.

Die Hülfspanner haben zu ihrem Ausweis ein Armband von orangefarbenem Tuch mit dem Postschilde zu tragen.

Bei zweispännigem Fuhrwerk gebührt dem Postillon ein Sitz auf dem Wagen. Ist kein Platz für ihn, so muß der Reisende ein drittes Pferd nehmen. Bei ganz leichtem Fuhrwerk, als Droschken u., und wenn der leichte Wagen etwa nur mit einem Reisenden besetzt ist,

b) Sitz des Postillon.

ist, der außer einem Kiste- oder Nachtsack und kleineren Reisebedürfnissen kein Gepäc mit sich führt, wird indeß billige Rücksicht genommen, und kann in vergleichenen Fällen bei kurzen Stationen eine zweispännige Beförderung auch dann stattfinden, wenn der Postillon vom Sattel fahren muß.

Bei drei- und mehrspännigem Fuhrwerk muß der Postillon vom Sattel fahren, wenn ihm der Reisende keinen Platz auf dem Wagen gestattet.

Bei Extraposten und Courierfahrten, die mit vier und mehr Pferden bespannt sind, muß stets lang gespannt und vom Sattel gefahren werden, in sofern nicht der Reisende das Fahren vom Boche verlangt.

c) Tabak-
rauchen.

Der Postillon darf sich bei der Beförderung nicht erlauben, Tabak zu rauchen, darf auch die Reisenden um die Erlaubniß dazu nicht ansprechen.

d) Mitnahme
von Futter für
die Pferde.

Die Wagen der Reisenden dürfen nicht mit Futter für die Pferde belastet werden.

Es darf bei Beförderung nach einem Orte, wo keine Post-Station befindlich ist, höchstens nur so viel Futterforn mitgenommen werden, als der Postillon beim Fahren vom Boche zwischen den Füßen verbergen kann.

e) Wechseln
mit den Pferden.

Das Wechseln der Pferde darf, wenn eine Extrapost einer Post begegnet, gar nicht, bei sich begegnenden Extraposten aber nur mit ausdrücklicher Einwilligung der beiderseitigen Reisenden geschehen.

Der durch das Wechseln entstehende Aufenthalt muß bei der Fahrt wieder eingeholt werden.

Das Trinkgeld erhält derjenige Postillon, der den Reisenden auf die Station bringt.

f) Ausweichen
der Extra-
posten etc.

Extraposten und Couriere müssen sich einander zur Hälfte, anderen Gattungen von Posten aber ganz ausweichen. Alles Privat-Fuhrwerk muß den Extraposten und Courieren, gleichwie den übrigen Posten ausweichen, sobald der Postillon mit der Trompete das Brichen giebt.

g) Vorbeifahren
der Extraposten.

Es ist erlaubt, daß eine leicht beladene Extrapost der schwereren, oder eine reglementsmäßig bespannte Extrapost der mit weniger, als der reglementsmäßigen Bespannung beförderten, vorbeifährt. Gegenseitiges Ueberjagen und Wettfahren darf nicht stattfinden.

h) das Vor-
fahren beim
Post- oder Gast-
hause.

Der Reisende hat zu bestimmen, ob bei der Ankunft auf der Station beim Posthause oder bei einem Gasthause und bei welchem, oder bei einem Privathause vorgefahren werden soll. Der Postillon muß hierin ohne Widerrede folgen. Dem Postillon ist verboten, von den Gastwirthem für das Zubringen von Reisenden ein Trinkgeld anzunehmen. Wird nicht beim Posthause vorgefahren, so muß der Postillon, wenn der Reisende es verlangt, die Pferde zur Weiterreise bestellen.

Dem

Dem Postillon allein gebührt es, die Pferde zu führen. Wenn der Reisende oder dessen Kute an dem Postillon Thätlichkeiten verüben, so hat der Postillon die Befugniß, sogleich auszuspannen. Dasselbe gilt, wenn der Reisende selbst die Pferde durch Schläge antreiben sollte. i) Nahrung der Pferde.

Die Postillone müssen sich, bei Vermeidung harter Strafe auf erfolgte Anzeige, mit dem reglementmäßigen Trinkgelde begnügen, und dürfen sich auf keine Weise unzufrieden bezeigen. Sieht der Reisende ihnen ein Mehreres, so haben sie solches dankbar anzunehmen. k) die Postillone müssen sich mit dem reglementmäßigen Trinkgelde begnügen.

§. 60. Diejenige Post-Anstalt, woselbst ein Reisender mit Extrapost- oder Courier-Pferden seine Reise antritt, hat für jeden Wagen, beziehungsweise für jeden reitenden Courier, einen Begleitzettel auszufertigen, welcher Behufs der Kontrolle über den Verbleib desselben auf das Reiseziel, oder wenn dasselbst eine Preussische Post-Anstalt sich nicht befindet, auf die letzte vorliegende Post-Anstalt zu richten ist, wo der Reisende sich länger als 24 Stunden aufzuhalten beabsichtigt. Begleitzettel.

Jeder Begleitzettel muß enthalten: den Namen, Stand und Wohnort des Reisenden, die Zahl und Gattung der Wagen, und die Ladung an Personen und Gepäc.

In dem Falle, daß der Reisende auf die Innehaltung der reglementmäßigen Beförderungszeit verzichtet hat, muß das dessfallige Anerkenntniß mit der eigenen Namensunterschrift des Reisenden in den Begleitzettel aufgenommen werden.

Jeder Extrapost-Reisende und Courier ist zu verlangen berechtigt, daß in seiner Gegenwart von der Post-Anstalt die Stunde der Ankunft und Abfahrt im Begleitzettel verzeichnet werde.

Erfolgt die Abfahrt von einem andern Punkte, als von dem Posthause auf Veranlassung des Reisenden später, als im Begleitzettel angegeben ist, und ist ein Postbeamte bei der Abfahrt nicht gegenwärtig, so hat der Postillon den Reisenden zu ersuchen, die richtige Abfahrtszeit im Begleitzettel zu vermerken. Verweigert derselbe den Vermerk, und ist eine Post-Anstalt im Orte, so muß der Postillon vor das Posthaus fahren und dort den Begleitzettel berichtigen lassen.

Ueberschreitungen der Abfertigungs- und Beförderungszeiten sind mit Angabe der Veranlassung und der etwaigen Entschuldigungsgründe im Begleitzettel zu erörtern.

Die Begleitzettel müssen in Papier eingeschlagen dem Postillon übergeben, und von demselben in der Tasche der Reitjade oder des Mantels verwahrt werden. Derselbe ist dafür verantwortlich, daß solcher gleich nach der Ankunft an seinem Bestimmungsorte der Orts-Post-

Post-Anstalt, oder, wenn sich eine solche daselbst nicht befindet, dem Reisenden zum Vermerke der Ankunftszeit vorgezeigt wird.

Beschwerden können die Reisenden, wenn sie solche nicht unmittelbar bei einer Post-Behörde anbringen wollen, in den Begleitzettel oder in die in den Passagierstuben ausliegenden Beschwerdebücher eintragen.

Besondere Bestimmungen.

a) in Bezug auf reisende Couriere.

§. 61. Die Post-Anstalten sind verpflichtet, auf den Extrapost-Strassen, zur Beförderung reisender Couriere, Pferde zu stellen.

Jeder reisende Courier muß einen berittenen Postillon als Vorreiter mitnehmen, mithin auch für zwei Pferde Zahlung leisten. Hierzu gehören auch solche Couriere, welche von den mit Postpferden reisenden Herrschaften, Behufs der Pferde, Quartier u. Bestellung oder zu sonstigen Zwecken vorausgeschickt werden.

Nur in dem Falle, daß sich die Dienstleistung eines solchen Couriers auf unmittelbare Begleitung einer Extrapost beschränkt, in welchem Falle er solche unterwegs nicht verlassen und derselben nicht vorausreiten darf, ist der Reisende nicht verbunden, für einen berittenen Postillon zur Begleitung Zahlung zu leisten. Es hat dann der Postillon, welcher den von dem Courier begleiteten Wagen befördert, die Verpflichtungen zu erfüllen, welche einem zur Begleitung eines reisenden Couriers mitzugebenden Postillone obliegen.

Der Postillon, welcher einem reisenden Couriere vorreitet, ist dafür verantwortlich, daß der Ritt in der vorgeschriebenen Zeit bewirkt werde.

Der Courier ist weder befugt, schneller zu reiten, als der Postillon, noch letzteren zum schnelleren Reiten anzutreiben. Ueberschreitet der Courier diese Vorschriften und kommt früher als der Postillon auf der Station an, so kann er erst dann weiter befördert werden, wenn der später eingetroffene Postillon den Zustand des von dem Courier gerittenen Pferdes untersucht und sich von dem unverletzten Zustande desselben überzeugt hat. Findet sich, daß das Pferd dadurch, daß der Courier die obigen Vorschriften nicht befolgt hat, beschädigt worden ist, so muß dem Eigentümer des Pferdes vollständige Entschädigung nach obrigkeitlicher Abschätzung geleistet werden. Die betreffende Post-Anstalt darf den Courier nicht eher fortschicken, bis derselbe Entschädigung oder hinlängliche Sicherheit dafür gewährt hat.

Der Courier kann seinen eigenen Sattel, muß aber das Baumzeug des Posthalters benutzen.

An Gepäc darf der Courier nicht mehr als 30 Pfund in einem dem Pferde aufzuhängenden Mantelsack mit sich führen.

Begleitet

Begleitet ein Courier eine Extrapoſt, ſo kommt bei der Beförderung das Zeitmaß für Extrapoſten in Anwendung.

Für die zum Courier-Ritte geſtellten Pferde wird die Zahlung nach demſelben Säzen, wie bei Courier-Fahrten erhoben. Für ein Pferd, welches ein in unmittelbarer Begleitung einer Extrapoſt reisender Courier benützt, wird ebenfalls nach dem Couriersſaße Zahlung geleistet.

Die extrapoſtmäßige Beförderung von Rennſperden iſt nachgegeben auf Chausſeen ^{b) in Bezug auf extrapoſtmäßige Beförderung von Rennſperden.} und auf ſolchen unchauſſirten Wegen, welche den Chausſeen gleich zu achten ſind. Zur Beſchaffung der Behältniſſe Behufs der Beförderung von Rennſperden ſind die Poſt-Anſtalten nicht verpflichtet, vielmehr müſſen ſolche von dem Eigenthümer der Rennſperde geſtellt werden. Dieſe Behältniſſe dürfen nur zu einem oder zwei Pferden eingerichtet ſein. Zur Beförderung von mehr als zwei Rennſperden in einem Behältniſſe iſt die Poſt nicht verbunden.

Die Beförderung muß in der für Extrapoſten reglementsmäßig feſtgeſetzten Zeit erfolgen.

In der Regel iſt ein Behältniß mit einem Rennſperde und einem Begleiter, mit zwei Pferden, und ein Behältniß mit zwei Rennſperden und zwei Begleitern mit vier Pferden zu beſpannen. Auf ganz ebenen Wegeſtrecken ſoll jedoch die Fortſchaffung eines Behältniſſes mit zwei Rennſperden und einem Begleiter auf Verlangen mit drei Pferden ſtattfinden, in dieſem Falle aber die Einhaltung der reglementsmäßigen Beförderungszeit nicht in Anſpruch genommen werden.

Gegenwärtiges Reglement tritt am 1ſten Juni 1856 in Kraft.

Berlin, den 27ſten Mai 1856.

Der Miniſter für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
von der Sendt.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Die Redaktion des diesseitigen Amtsblatts ist dem Regierungs-Bureau-Assistenten Wittschell vom 27ten Juni d. J. ab übertragen worden.

Dem Lehrer Julius Sengstodt zu Smaleningken, Kreises Ragnit, ist die Präzeptor- und erste Kirchschullehrerstelle bei der Kirchschule daselbst definitiv verliehen worden.

Der Gastwirth Braune in Insterburg ist als Spezial-Agent der Magdeburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft bestätigt worden.

Der Kaufmann Leopold Biem aus Schirwindt, Kreises Pillkallen, ist als Agent der Magdeburger Hagel-Versicherungs-Gesellschaft bestätigt worden.

Der Kaufmann A. G. Reimer in Gumbinnen ist als Agent der Königl. Lebens-Versicherungs-Gesellschaft Concordia bestätigt worden.

Der Gasthofbesitzer Jaquet in Löben ist als Agent der Königl. Hagel-Versicherungs-Gesellschaft bestätigt worden.

Der Kaufmann J. B. Krause zu Pillkallen ist als Agent der Magdeburger Hagel-Versicherungs-Gesellschaft bestätigt worden.

Dem Fräulein Clara Maria Düringer gegenwärtig zu Gudwallen, Kirchspiels und Kreises Darkehmen, ist die Befugniß beigelegt, in Familien des diesseitigen Verwaltungs-Bezirks Privat-Unterricht zu erteilen.

Der pensionirte Regierungs-Sekretair Klutke zu Sensburg ist als Agent der Königl. Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Colonia bestätigt worden.

Der pensionirte Regierungs-Sekretair Klutke aus Sensburg ist als Spezial-Agent der Magdeburger Vieh-Versicherungs-Gesellschaft bestätigt worden.

Der pensionirte Regierungs-Sekretair Klutke aus Sensburg ist als Agent der Königl. Hagel-Versicherungs-Gesellschaft bestätigt worden.

Der pensionirte Regierungs-Sekretair Klutke aus Sensburg ist als Agent der Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft Janus in Hamburg bestätigt.

Der Partikularer Friedrich Zollmitt zu Nikolaisen, Kreises Sensburg, ist als Agent der Magdeburger Hagel-Versicherungs-Gesellschaft bestätigt worden.

Der Grundbesitzer Ophling in Johannisburg ist als Agent der Feuer-Versicherungs-Gesellschaft „Deutscher Phönix“ zu Frankfurt a. M. bestätigt worden.

Der Stadtkämmerer Friedrich Adamy zu Nikolaisen ist auf fernere sechs Jahre gewählt und bestätigt worden.

Amtsblatt

Nr. 27.

Gumbinnen, den 2ten Juli

1856.

Das 32te Stück der Gesetzsammlung, welches am 23ten Juni 1856 in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

Nr. 172.
Inhalt der Gesetzsammlung.

- Nr. 4440 den Allerhöchsten Erlaß vom 7ten April 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von Lublinik nach Zworog zum Anschluß an die nach Larnowik führende Kunststraße; unter
- Nr. 4441 den Allerhöchsten Erlaß vom 14ten April 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von Dardesheim, im Kreise Halberstadt, des Regierungsbezirks Magdeburg, über Billy, Langeln und Schmachfeld nach Wernigerode; unter
- Nr. 4442 den Allerhöchsten Erlaß vom 21sten April 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte zum Bau einer Chaussee von Eilenstedt, im Kreise Oschersleben, über den sogenannten Wasserthalsweg bis zu der Straße von Halberstadt über Schwanebeck nach dem neuen Damme bei Neuwegerleben; unter
- Nr. 4443 den Allerhöchsten Erlaß vom 21sten April 1856, betreffend die Erhebung eines Begegeldeß für Benutzung des Treibeldammes von Königsberg in Pr. nach Holstein; unter
- Nr. 4444 den Allerhöchsten Erlaß vom 30sten April 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussee von Niederzier, im Kreise Düren, über Hambach nach Stetternich, im Kreise Jülich; unter
- Nr. 4445 den Allerhöchsten Erlaß vom 30sten April 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Chaussee von Demmin nach Jarmen; unter
- Nr. 4446 das Statut des Neumarkter Deichverbandes, vom 30sten April 1856; unter
- Nr. 4447 das Gesetz, betreffend die Einführung der für die älteren Landestheile geltenden Bestimmungen über die gewerblichen Unterstützungskassen in den Hohenollernschen Landen, vom 7ten Mai 1856, und unter

Amtsbl. Nr. 27. Erster Bogen,

1

Nr. 4448

- Nr. 4448 den Allerhöchsten Erlaß vom 12ten Mai 1856, betreffend eine Ergänzung des §. 26 des revidirten Reglements für die Land-Feuerförsietät der Neumark, vom 17ten Juli 1846.

Das 33te Stück der Gesefsammlung, welches den 26sten Juni 1856 in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

- Nr. 4449 das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obliigationen des Lubliner Kreises im Betrage von 52,000 Rthlr., vom 7ten April 1856; unter
- Nr. 4450 den Allerhöchsten Erlaß vom 30sten April 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussée von Duedlinburg über Hoym nach Aschersleben durch die Stadt-Gemeinden Duedlinburg und Aschersleben; unter
- Nr. 4451 den Allerhöchsten Erlaß vom 12ten Mai 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussée von Moorsleben über Behndorf und Schwanefeld bis zur Kreisgrenze in der Richtung auf Wahlbeck, und unter
- Nr. 4452 das Statut des Alt-Köln-Deisterwiger Deichverbandes, vom 17ten Mai 1856.

Das 34te Stück der Gesefsammlung, welches den 28sten Juni 1856 in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

- Nr. 4453 das Statut des Verbandes der Wiesenbesitzer in der Gemeinde Preiß, im Kreise Bitburg, des Regierungsbezirks Trier, vom 30sten April 1856; unter
- Nr. 4454 das Statut des Verbandes der Wiesenbesitzer in der Gemeinde Losheim, im Kreise Merzig, des Regierungsbezirks Trier, vom 7ten Mai 1856; unter
- Nr. 4455 das Statut des Verbandes der Wiesenbesitzer in der Gemeinde Nieder-Losheim, im Kreise Merzig, des Regierungsbezirks Trier, vom 7ten Mai 1856; unter
- Nr. 4456 den Allerhöchsten Erlaß vom 17ten Mai 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussée von der Grenze des Kreises Salzwedel gegen Neuendorf über Galbe a. d. R. bis zur Kreisgrenze gegen Wernstedt; unter
- Nr. 4457 den Allerhöchsten Erlaß vom 17ten Mai 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für die Unterhaltung einer Guts- und Gemeinde-Chaussée im Ascherslebener Kreise, des Regierungsbezirks Magdeburg, von Eilenstedt zum Anschlusse an die Chaussée von Halberstadt über Röderhof, Eilsdorf und Schlanstedt

Schlanslebt nach dem Neuen Damme bei Neu-Begerleben und über diese
Chaussee hinaus bis Dingelslebt; unter

Nr. 4458 den Allerhöchsten Erlaß vom 26sten Mai 1856, betreffend die Verleihung der
fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von
Bintin über Groß-Klingbeck nach Ludwigsdorf im Kreise Heliigenbeil, und
unter

Nr. 4459 die Bekanntmachung über die unterm 21sten Mai 1856 erfolgte Allerhöchste
Bestätigung des Statuts des Tennenberg-Peilauer Aktien-Chausseebau-Vereins
vom 4ten Juli 1854, vom 8ten Juni 1856.

Bekanntmachung der höhern Behörde.

In der von des Herrn Fürsten von Schönburg-Waldenburg Durchlaucht gestifteten, N. 173.
unter der unmittelbaren Leitung des Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten stehenden
Bildungs-Anstalt für evangelische Gouvernanten zu Droyßig, im Regierungsbezirk
Mersburg, beginnt am 4ten Oktober d. J. ein neuer Kursus, zu welchem der Zutritt einer
Anzahl von 15 bis 20 jungen Damen offen steht.

Die Hauptaufgabe der Anstalt ist, für den höheren Lehrerinnenberuf geeignete evan-
gelische Jungfrauen zunächst in christlicher Wahrheit und in christlichem Leben selbst so zu
begründen, daß sie befähigt und geneigt werden, die ihnen später anzuvertrauenden Kinder
in Liebe und Selbstverleugnung ihrem Herrn und Heiland zuzuführen.

Sobald sollen sie theoretisch und praktisch mit einer guten und einfachen Unterrichts-
und Erziehungskunst bekannt gemacht werden, in welcher Beziehung sie in dem mit dem
Institut in enger Verbindung stehenden Pensionat für Töchter höherer Stände lehrend und
erziehend mit beschäftigt werden.

Ein besonderes Gewicht wird auf die Ausbildung in der französischen und englischen
Sprache, so wie in der Russk gelegt. Geborne Engländerinnen und Französinnen leiten
namentlich die Konversation in den genannten Sprachen. Der Unterricht in Geschichte,
Literatur und sonstigen zur allgemeinen Bildung gehörigen Gegenständen findet seine ange-
messene und ausreichende Vertretung, sucht aber, streng die Zwecke der weiblichen Bildung
in das Auge fassend, jede Verflachung zu vermeiden und in dem Nothwendigen Vertiefung
des Gemüthslebens zu erzielen.

Die Einrichtung der Anstalt bietet zur Betheiligung an häuslichen Arbeiten, soweit
diese das Gebiet auch der körperlichen Pflege und Erziehung angehen, geordnete Selbsteigenschaft.

Der Kursus der Anstalt dauert zwei Jahre. Die Entlassung erfolgt nach der vor
einer königlichen Kommission bestandenen Prüfung und mit einem von der ersteren ausge-

Die diesjäh-
rige Aufnahme
in die Bildung-
Anstalt für evan-
gelische Gouver-
nanten in Droy-
ßig betreffend.

besten Qualifikations-Zeugniß, welches in der Regel auch die Befähigung für den Unterricht in höheren Mädterschulen bezeugen wird.

Die Böglinge zahlen eine in monatlichen Raten voraus zu entrichtende Pension von 100 Rthlr. jährlich, wofür sie den gesamten Unterricht, Wohnung, volle Beköstigung, Bett und Bettwäsche, Heizung und Beleuchtung frei haben.

Ermäßigung oder Erlass der Pension kann nicht stattfinden.

Die Meldungen zur diesjährigen Aufnahme sind unmittelbar an mich, spätestens bis zum 25ten August d. J., einzureichen.

Nach Maßgabe der gesamten Einrichtung der Droschiger Erziehungs-Anstalten und ihres letzten Zweckes werden nur solche Jungfrauen wohlthun, sich zur Aufnahme in das Gouvernanten-Institut zu melden, welche sich mit dem Worte Gottes nach Lehre und Lebens-Ordnung in Uebereinstimmung wissen, sich nicht durch äußere Rücksichten zur Wahl des Berufes einer Lehrerin bestimmen lassen, sondern durch ein lauterer Verlangen getrieben werden an ihrem Theile in Familie und Schule für das Reich Gottes mitzuwirken und ihrem Herrn in treuer Liebe an den Kindern zu dienen.

Hinsichtlich der Vorkenntnisse ist zu verlangen, daß die Aspirantinnen in der elementarischen und religiösen Ausbildung mindestens den Anforderungen des Regulativs vom 2ten Oktober 1854 über die Präparandenbildung genügen. Dazu muß kommen:

- a) in der Geographie Einsicht in die wichtigsten Lehren der mathematischen Geographie, Uebersicht über alle Erdtheile, spezielle Bekanntschaft mit der Geographie Deutschlands und die Fertigkeit, sich auf der Karte zu orientiren;
- b) in der Geschichte klare und geordnete Uebersicht der Epochen und Perioden der allgemeinen Geschichte, sichere Kenntniß der Haupt-Ereignisse und Personen. In der vaterländischen Geschichte spezielle Kenntniß und die Fertigkeit, Hauptmomente zusammenhängend und klar mündlich darzustellen;
- c) im Französischen fließendes und richtiges Lesen; feste Aneignung der Formenlehre, inkl. der unregelmäßigen Zeitwörter; Fertigkeit, leichtere historische Prosa geläufig in das Deutsche zu übertragen; möglichst ausgedehnte Wörter- und Phrasenkenntniß;
- d) im Englischen fließendes und richtiges Lesen und Kenntniß der Formenlehre mit Einschluß der unregelmäßigen Zeitwörter; ein Anfang im Uebersetzen leichterer Prosa; geringere Kenntniß in der englischen Sprache schließt jedoch von der Aufnahme nicht unbedingt aus;
- e) in der Musik im Allgemeinen klare Anschauung der Tonverhältnisse; im Klavierspielen eine durch das Studium einer bewährten Elementar-Klavierschule gewonnene technisch-gründliche

gründliche Vorbildung und Bekanntschaft mit den leichteren klassischen Werken, z. B. von Haydn und Mozart; im Gesang reine und sichere Intonation, Kenntniß der Konseletern in einfachen rhythmischen Gestaltungen; Fertigkeit, Choralmelodien und Volkslieder mit und ohne Klavierbegleitung ausdrucksvoll zu singen;

- f) Fertigkeit und Tüchtigkeit in den weiblichen Handarbeiten, welche für das Haus gehören.

Den an mich einzureichenden Meldungen ist beizufügen:

- 1) der Geburts- und Tauffchein, wobei bemerkt wird, daß Jungfrauen unter 18 Jahren Aufnahme nicht finden können;
- 2) ein Zeugniß der Orts-Polizeibehörde über sittliche Führung; ein eben solches von dem Ortsgeistlichen und Beichtvater über das Leben der Aspirantin in der Kirche und in der christlichen Gemeinschaft; in demselben ist zugleich ein Urtheil über die Kenntnisse der Bewerberin in den christlichen Religionswahrheiten und in der biblischen Geschichte nach Maßgabe der Bestimmungen in dem Regulativ vom 2ten Oktober 1854 auszusprechen;
- 3) ein Zeugniß des betreffenden königlichen Kreisphysikus über normalen Gesundheitszustand, namentlich, daß die Bewerberin nicht an Gebrechen leidet, welche sie an der Ausübung des Lehr- und Erziehungsgeschäftes hindern werden, und daß sie in ihrer körperlichen Entwicklung so weit vorgeschritten ist, um für einen zweijährigen Aufenthalt in der Anstalt ohne Gefährdung ihrer Gesundheit geeignet zu sein;
- 4) eine Erklärung der Eltern oder Vormünder, oder sonst glaubhaft geführten Nachweise, daß das Pensionsgeld von 100 Thalern jährlich auf zwei Jahre gezahlt werden soll;
- 5) ein selbstgeschriebener Lebenslauf, aus welchem der bisherige Bildungsengang der Aspirantin zu ersehen und auf die Entwicklung ihrer Reigung zu dem erwähnten Beruf zu schließen ist;
- 6) die aus den bisher besuchten Schulen und Bildungs-Anstalten zuletzt erhaltenen Zeugnisse;
- 7) außerdem hat sich die Bewerberin bei einem von ihr selbst zu wählenden Direktor oder Lehrer einer höheren öffentlichen Unterrichts-Anstalt, oder einem königlichen Schul-Rath einer Prüfung zu unterwerfen und denselben um Ausstellung eines Zeugnisses über ihre Kenntnisse in der deutschen, französischen und englischen Sprache und Literatur, so wie in den Realgegenständen, zu ersuchen. Dieses Zeugniß ist nebst den schriftlich angefertigten Prüfungsarbeiten der Meldung beizufügen.

Hinsichtlich der erlangten musikalischen Ausbildung genügt, wenn nicht das Zeugniß eines Musikverständigen beigebracht werden kann, die eigene Angabe über die seither betriebenen Studien.

Denjenigen

Denjenigen Bewerberinnen, welchen in diesem Jahre Aufnahme zu Theil werden kann, wird die diesfällige Benachrichtigung seiner Zeit zugehen.

In das mit dem Gouvernanten-Institut verbundene Pensionat für evangelische Töchter höherer Länder können Anfangs Oktober ebenfalls Töchter vom 9ten bis 15ten Lebensjahre noch Aufnahme finden. Dieselben sind bei dem königlichen Seminar-Direktor Krüger in Droyßig, bei Zeit, anzumelden, von welchem auch ausführliche Programme über das Pensionat bezogen werden können.

Berlin, den 19ten Juni 1856.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Im Auftrage: geg. Schulze.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

N 174.
Die Schu-
lams-Prüfungen
der Literaten
betheiligt
X. d. J.
5245. Juni.

Diejenigen Literaten, welche im Laufe dieses Jahres die Schulamts-Prüfungen in Angerburg abzulegen beabsichtigen, werden es gefordert, innerhalb vier Wochen:

- 1) ihren Lebenslauf in lateinischer Sprache,
- 2) das akademische Abgangszeugniß im Original,
- 3) ein Zeugniß der Polizeibehörde ihres gegenwärtigen Wohnortes über ihr moralisches und politisches Verhalten,
- 4) ein Zeugniß darüber, daß sie wenigstens einige Monate einen Seminar-Kursus durchgemacht haben,
- 5) den Ausweis über ihr Militair-Verhältniß,
- 6) ihre theologischen Zeugnisse (falls sie dieser Fakultät angehören) und
- 7) ein Gesundheits-Attest,

einzureichen; wobei bemerkt wird, daß diese Zeugnisse, in sofern sie nur zu diesem Behufe beigebracht werden, stempelfrei sind, daß dagegen zu der Meldung selbst ein Stempelbogen von 5 Sgr. zu verwenden ist.

Die Prüfung selbst wird um die Michaelizeit stattfinden und der Termin den Be-theiligten noch näher bekannt gemacht werden. Gumbinnen, den 17ten Juni 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

N 175.
Krammarkt
in Böden betr.
X. d. J.
3099. Juni

Der Krammarkt in Böden wird nicht am 8ten Juli, sondern am 5ten August d. J. abgehalten werden. Gumbinnen, den 18ten Juni 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

N 176.
Aufhebung
der geistlichen
Ehre des
Ordnungs vom

Da in den an die Kreise Elßit und Ragnit grenzenden Gegenden Rußlands neue Erkrankungen an der Kinderpest seit mehr als drei Monaten nicht vorgekommen sind, und anzunehmen ist, daß die für die Uebertragung des Peststoffs gefährlichste Zeit (der Weiberoeffnung

nung und Düngerausfuhr) glücklich überstanden ist, so heben wir die durch unsere Amtsblatts-Bekanntmachung vom 29sten Dezember v. J. (vergl. Amtsblatt von 1856, Seite 5) auf Grund des §. 4 der Allerhöchsten Verordnung vom 27ten März 1836 angeordnete gänzliche Sperrung der Grenzstrecke im Kreise Ragnit, vom Juraflusse bis Antschwenten, hierdurch wieder auf.

Wir bestimmen zugleich hiermit, daß auch für den genannten Theil der Landesgrenze nicht mehr der §. 4, sondern nur noch der §. 3 der genannten Verordnung, jedoch in der strengen Auslegung, welche wir ihm durch unsere Bekanntmachung vom 7ten November v. J. (Amtsblatt S. 277) gegeben haben, gältig sein soll.

Gumbinnen, den 19ten Juni 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem Gendarm Frölich in Sensburg ist für die Entdeckung eines gerichtlich bestraften Baumfrevlers eine Prämie bewilligt worden. Gumbinnen, den 19ten Juni 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem Gendarm Kleinsied in Darkehmen ist für die Entdeckung zweier gerichtlich bestrafter Baumfrevler eine Prämie bewilligt worden. Gumbinnen, den 19ten Juni 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Für die Entdeckung gerichtlich bestrafter Baumfrevler sind dem Chaussee-Aufseher Krohm und dem Landgeschwornen Minchau Prämien bewilligt worden.

Gumbinnen, den 19ten Juni 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Für die Entdeckung gerichtlich bestrafter Baumfrevler sind den Stadtwachtmeistern Schiblewski und Woschec, dem Maurergesellen Adam Malinka, dem Feldhüter Matthes Radzio, den Arbeitern Gottlieb Siegmund, Samuel Siegmund und Martin Malischewski, sämmtlich aus Eyd, so wie auch dem Burschen August Fischer und dem Kürschner Dff aus Eybda, Prämien bewilligt worden. Gumbinnen, den 19ten Juni 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

In folgenden Auseinandersetzungsfachen:

I. des Spezialbezirks Gumbinnen:

a. Kreises Diehlo: Krzywen, Gemeintheitstheilung;

II. des Spezialbezirks Eyd:

a. Kreises Johannisburg: Kosuchen, Gemeintheitstheilung;

b. Kreises Eyd: Gingen, Gemeintheitstheilung;

Jura-Bl. S. 616
Antschwenten,
im Kreise
Ragnit.
A. d. J.
1963. Juni.

N. 177.
Prämien-Be-
willigung für
entdeckte Baum-
frevler betr.
A. d. J.
6404. Juni.

N. 178.
Prämien-Be-
willigung für
entdeckte Baum-
frevler betr.
A. d. J.
6460. Juni.

N. 179.
Prämien-Be-
willigung für
entdeckte Baum-
frevler betr.
A. d. J.
6465. Mai.

N. 180.
Prämien-Be-
willigung für
entdeckte Baum-
frevler betr.
A. d. J.
6567. Mai.

N. 181.
Zuruf auf ei-
nige unbekante
Interessentin in
Auseinanderse-
tungsachen betr.
A. d. J. E.
7614. Juni.

III. des

III. des Spezialbezirks Rhein:

- a. Kreis des Johannisburg: Kryß, Separation des Budde-Wäldchens, der Dorfbrücker, Hofgarten und Melzud-Wiese; Mittel-Vogobien: Gemeinheitsheilung;
 b. Kreis des Sensburg: Cruttinnen, Glognau; Nacharren, Gemeinheitsheilung; Sensburg, Reallastenablösung;

IV. des Spezialbezirks Zilfit:

Kreis des Heydekrug: Stenzel-Auritt, Maß-Jon-Birkutt, John-Scheumen, Maß-Mantrum, hat der Legitimationspunkt nicht vollständig berichtigt werden können, was in Gemäßheit der Bestimmungen §. 12 des Ausführungs-Gesetzes vom 7ten Juni 1821, §§. 25 und 26 der Verordnung vom 30sten Juni 1834 und §. 109 des Gesetzes vom 2ten März 1850 allen etwa nicht zugezogenen unbekannten Interessenten mit der Aufforderung bekannt gemacht wird, innerhalb sechs Wochen und spätestens im Termine

den 15ten August 1856,

entweder bei der unterzeichneten Regierung oder bei den betreffenden Spezial-Kommissarien ihr Interesse zur Sache anzuzeigen und dann der Vorlegung des Auseinanderseßungs-Rezeßes, so wie der übrigen hierauf Bezug habenden Verhandlungen und Berechnungen gewärtig zu sein, widrigenfalls sie nach dem Ablaufe des Termins die Auseinanderseßung gegen sich gelten lassen müssen und mit keinen Einwendungen dagegen weiter gehört werden können.

Gumbinnen, den 20sten Juni 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

N. 182.
 Die Empfangnahme der Quittungen über die Domainen-, Kauf- und Ablösungsgelder pro I. Quartal betreffend.

N. N.
 2839. Juni.

Die von der Königlichen Regierungs-Hauptkassse ausgestellten Quittungen über die im I. Quartal des Jahres 1856 bei derselben eingegangenen Domainen-, Kauf- und Ablösungsgelder sind, nachdem die Beiseinigung vorschristsmäßig von der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden erfolgt ist, den betreffenden Kreisclassen zur Aushändigung an die Interessenten zugefertigt worden.

Die Betheiligten haben sich zur Empfangnahme bei den betreffenden Kreisclassen zu melden und die Quittungen, gegen Rückgabe der erhaltenen Interims-Quittungen in Empfang zu nehmen. Gumbinnen, den 25sten Juni 1856.

Königliche Regierung,

Abtheilung für die Verwaltung der direkten Steuern, Domainen und Forsten.

N. 183.
 Die Vieh- u. Pferdemarkte betreffend.

N. N.
 2132. Juni.

Mit Rücksicht auf den Stand der Kinderpeß im Königreiche Polen bestimmen wir, daß die Vieh- und Pferdemarkte in den Grenzfreien Villallen, Stallupönen, Goldapp, Dirsko, Eyck und Johannisburg auch noch im Monate Juli d. J. aufgehoben bleiben.

Gumbinnen, den 28sten Juni 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem

Dem Fabrikanten Fr. Aug. Fischer zu Herlohn ist unter dem 17ten Juni 1856 ein Patent: **N. 184.**
 auf eine mechanische Vorrichtung zur Herstellung der Befestigungsaugen an Fischangeln, Patenterteilung.
 in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung und ohne Jemand
 in der Benutzung bekannter Hülfsmittel zu beschränken,
 auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates
 ertheilt worden.

Dem Civil-Ingenieur Nauen in Berlin ist unter dem 23sten Juni 1856 ein Einführungs- **N. 185.**
 Patent: Patenterteilung.
 auf eine mechanische Vorrichtung zum Schärfen der Zähne an Sägeblättern, in der
 durch Modell nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemand in der Benutzung
 einzelner bekannter Theile zu beschränken,
 auf fünf Jahre, vom 21sten Dezember 1855 an gerechnet und für den Umfang des preussischen
 Staats ertheilt worden.

Dem Techniker Robert Jacobi zu Hettstedt ist unter dem 23sten Juni 1856 ein Patent: **N. 186.**
 auf einen nach Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthümlich erkannten Patenterteilung.
 Signal-Apparat für Dampfkessel,
 auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staates
 ertheilt worden.

Dem Mechaniker Georg Sebold zu Durlach, bei Karlsruhe, ist unter dem 23sten Juni **N. 187.**
 1856 ein Patent: Patenterteilung.
 auf eine Maschine zur Anfertigung von Lündhölzchen in der durch Zeichnung und Be-
 schreibung erläuterten Zusammensetzung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter
 Theile zu beschränken,
 auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staates
 ertheilt worden.

Dem Professor Fr. Reuleaux, zur Zeit in Zürich, ist unter dem 23sten Juni 1856 ein Patent: **N. 188.**
 auf die durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Verbindung eines eigenthüm- Patenterteilung.
 lich gebauten Bertheilungsschiebers mit einem darüber verstellbaren Schieber zum Ab-
 und Umstellen der Dampfmaschine, so weit dieselbe als neu und eigenthümlich erkannt ist,
 auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staates
 ertheilt worden.

Dem Karl Höller zu Kaltenherberg, im Kreise Solingen, ist unter dem 23sten Juni 1856 **N. 189.**
 ein Patent: Patenterteilung.
 auf eine Düse für Schmiedefeuer in der durch Zeichnung und Beschreibung nachge-
 wiesenen
 Amtbl. Nr. 27. Zweites Regem. 2

wiesenen Ausführung und ohne Jemand in der Verwendung bekannter Theile zu beschränken,
auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 190.
Potenzaufheb-
ung.

Das dem Brand-Direktor Scabell hieselbst unter dem 4ten April 1855 ertheilte Einführungs-Patent:

auf eine Lokomotive

ist erloschen.

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Steuer-Direktors.

Nr. 191.
Die Ermäßig-
ung der Ueber-
gangs-Abgabe im
Königreich Würt-
temberg betr.

Mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 24sten Juni 1854 (Königsberger Amtsblatt Nr. 28, Seite 103, Gumbinner Amtsblatt Nr. 27, Seite 197), betreffend die Steuersätze, welche in denjenigen Zollvereins-Staaten, in denen innere Steuern auf die Hervorbringung oder Zubereitung gewisser Erzeugnisse gelegt sind, von den gleichnamigen vereinsländischen Erzeugnissen erhoben werden können, wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß im Königreiche Württemberg die Uebergangs-Abgabe vom geschroteten Malze von 24 auf 22 Kreuzer oder 6 Sgr. 3 $\frac{1}{2}$ Pf. vom Württembergischen Simri ermäßigt worden ist.

Königsberg, den 20sten Juni 1856.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

In Vertretung: Der Regierungsrath Dantziger.

Nr. 192.
Uebersicht
der Einnahmen
von ausländi-
chem Zucker
und Syrop u.

Nachstehende

U e b e r s i c h t

der Einnahmen von ausländischem Zucker und Syrop, so wie an Rüben-Zucker-Steuer, ferner der für ausgeführten raffinierten Zucker gezahlten Vergütungen, beides in der Zeit vom 1sten April 1855 bis Ende März 1856 und Vergleichung des hiernach berechneten Einnahme-Solls mit der, in dem vor-
gedachten Zeitraume aufgetommenen wirklichen Einnahme.

Berechn.

| Vereins-Staaten. | Menge des zum Eingange verzollten Zuckers u. Syrops. | | | | | | Menge der zur Zuckerbereitung versteuerten Runkelrüben à Ctr. 6 Sgr. | | | | Betrag der gewährten Rückvergütung für ausgeführten, resp. zur Ausfuhr niedergelegten Zucker. | | | |
|---|--|------------------|--------------------------|------------------|--|------------------|--|-------------------------------|--|------------|---|---------|----|----|
| | Brod- und Futr- u. Kandisz. u. Zucker à Ctr. 10 Rthlr. | | Farin u. à Ctr. 8 Rthlr. | | Rohzucker für inländische Siedereien à Ctr. 5 Rthlr. | | Syrop à Ctr. 2 Rthlr. | | | | | | | |
| | Lth. | H. | Lth. | H. | Lth. | H. | Lth. | H. | Lth. | H. | | | | |
| 1. Preußen . . .
Außerdem:
Luxemburg. . . | 599 | 57 $\frac{4}{8}$ | 194 | 13 $\frac{1}{8}$ | 637,238 | 11 $\frac{6}{8}$ | 1,062 | 89 $\frac{1}{8}$
a. 17,889 | 92 $\frac{1}{8}$
1 45 $\frac{2}{8}$
11 $\frac{1}{8}$ | 18,441,893 | — | 664,337 | 29 | 8 |
| 2. Bayern. . . . | 246 | 88 | 25 | 93 | 6,477 | 84 | a. | 41 | 83 | 323,822 | — | — | — | — |
| 3. Sachsen . . . | 118 | 75 $\frac{3}{8}$ | 3 | 81 $\frac{1}{8}$ | 663 | 97 $\frac{1}{8}$ | a. | 30 | 92 | 93,342 | 23 | — | — | — |
| 4. Hannover . . | 572 | 95 $\frac{9}{8}$ | 97 | 81 $\frac{4}{8}$ | 142,161 | 62 $\frac{7}{8}$ | a. | 625 | 43 $\frac{9}{8}$
739 31 $\frac{1}{8}$ | — | — | 43,783 | 15 | 7 |
| 5. Württemberg | 17 | 61 $\frac{6}{8}$ | — | — | — | — | a. | 19,289 | 23 $\frac{1}{8}$
9,320 47 $\frac{1}{8}$ | — | — | — | — | — |
| 6. Baden | 176 | 8 $\frac{1}{8}$ | 7 | 44 | 17,473 | 59 | a. | 5 | 32 $\frac{1}{8}$
1,079 8 $\frac{2}{8}$ | 745,811 | 42 $\frac{1}{2}$ | — | — | — |
| 7. Kurf. Hessen. | 31 | 25 | 1 | 57 | 6,944 | 84 | a. | 1 | 75 $\frac{1}{8}$ | 919,394 | — | 30,825 | 26 | 7 |
| 8. Großh. Hessen | 18 | 55 | 43 | 33 | — | — | — | — | — | 30,608 | — | — | — | — |
| 9. Thüringen . . | 29 | 34 $\frac{2}{8}$ | 4 | 51 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 10. Braunschweig | 15 | 18 | — | 24 | 5,634 | 45 | a. | 9 | 14 | 150,760 | 11 | — | — | — |
| 11. Oldenburg . | 76 | 90 $\frac{4}{8}$ | 10 | 29 $\frac{2}{8}$ | — | — | a. | 12 | 85 $\frac{1}{8}$
384 49 | 592,017 | 40 | — | — | — |
| 12. Nassau . . . | 2 | 82 $\frac{6}{8}$ | — | 7 $\frac{2}{8}$ | — | — | a. | 117 | 83 | — | — | — | — | — |
| 13. G. St. Frankfurt | 31 | 96 | 1 | 4 | — | — | a. | 237 | 24 $\frac{1}{8}$
1,889 85 $\frac{1}{8}$ | — | — | — | — | — |
| | | | | | | | a. | 70 $\frac{1}{8}$ | — | — | — | — | — | — |
| Zusammen | 1,938 | 7 $\frac{9}{8}$ | 390 | 13 $\frac{8}{8}$ | 816,594 | 43 $\frac{4}{8}$ | a. | 22,730 | 81 $\frac{6}{8}$
30,009 6 $\frac{1}{8}$ | 21,297,648 | 16 $\frac{1}{2}$ | 738,947 | 11 | 10 |

a. zu 4 Thaler pro Centner.

B e r e c h n u n g :

I. D e s E i n n a h m e = C o l l e.

1. Als jeverteige Bevölkerung ist nach dem Artikel 3, Abschnitt 1 a., der Uebereinkunft vom 4ten April 1853 wegen Besteuerung des Rübenzuckers, für 1855 die Bevölkerung wie folgt zu ermitteln:

a. Nach der Zoll-Abrechnung für das Jahr 1855 und Seite 57 der Beilagen zum Haupt-Protokoll der ersten General-Konferenz beträgt solche auf den Grund der Zählung Ende des Jahres 1852 und der bis 1855 erfolgten Berichtigungen, für:

1. Preußen 17,286,484 Köpfe.

Außerdem:

| | | |
|-------------------------------------|-----------|---|
| Luxemburg | 192,632 | „ |
| 2. Bayern | 4,565,256 | „ |
| 3. Sachsen | 1,987,612 | „ |
| 4. Hannover | 1,840,932 | „ |
| 5. Württemberg | 1,733,263 | „ |
| 6. Baden | 1,354,756 | „ |
| 7. Kurfürstenthum Hessen | 727,323 | „ |
| 8. Großherzogthum Hessen | 865,480 | „ |
| 9. Thüringen | 1,024,929 | „ |
| 10. Braunschweig | 247,461 | „ |
| 11. Oldenburg | 229,106 | „ |
| 12. Nassau | 429,060 | „ |
| 13. Freie Stadt Frankfurt | 74,867 | „ |

Zusammen 32,559,161 Köpfe.

b. Hierzu tritt nach demselben Artikel der oben gedachten Uebereinkunft eine Vermehrung von

2½ pro Cent mit 813,979 „

Zusammen 33,373,140 Köpfe.

c. In der Uebersicht für die Zeit vom 1sten April 1854 bis Ende März 1855 sind als Kopfzahl berechnet 33,047,560 Köpfe.

Summa 66,420,700 Köpfe.

d. Nach

d. Nach weiterer wörtlicher Bestimmung dieses Artikels ist sohin der Durchschnitt aus der Bevölkerungszahl beider Abschnitte mit . . . 33,210,350 Köpfe der Berechnung des Einnahme-Solls zum Grunde zu legen.

2. Nach dem Betrage von 6,0762 Sgr. vom Kopf, beträgt somit zufolge der angegebenen Stelle der Ueberschuss vom 4ten April 1853 die Soll-Einnahme von 33,210,350 Köpfen 6,726,424 Rthlr. 8 Sgr 8 Pf.

II. Der wirklichen Einnahmen.

a. Eingangszoll und Rübenzucker-Steuer.

| | |
|---|--------------------------------|
| 1) von 1,938 Ctr. 7 $\frac{1}{10}$ Pfd. Brot-, Gut-, Kandis- | |
| Zucker u. à 10 Rthlr. | 19,380 Rthlr. 23 Sgr. 8 Pf. |
| 2) von 390 Ctr. 13 $\frac{1}{10}$ Pfd. Farin u. à 8 Rthlr. . . | 3,121 " 3 " 1 " |
| 3) von 816,594 Ctr. 43 $\frac{1}{10}$ Pfd. Rohzucker für Siederien à 5 Rthlr. | 4,082,972 " 5 " 1 " |
| 4) von 22,730 Ctr. 81 $\frac{1}{10}$ Pfd. Syrop à 2 Rthlr. pro Ctr. . | 45,461 " 18 " 10 " |
| 5) von 30,009 Ctr. 6 $\frac{1}{10}$ Pfd. vergl. à 4 Rthlr. pro Ctr. . | 120,036 " 7 " 4 " |
| 6) von 21,297,648 Ctr. 16 $\frac{1}{2}$ Pfd. Runkelrüben à 6 Sgr. pro Centner | 4,259,529 " 19 " — " |
| Zusammen | 8,530,501 Rthlr. 17 Sgr. — Pf. |

| | |
|--|-------------------------------|
| b. Hiervon geht ab der Betrag der gewährten Rückvergütung für ausgeführten resp. zur Ausfuhr niedergelegten Zucker mit | 738,947 " 11 " 10 " |
| Reiben | 7,791,554 Rthlr. 5 Sgr. 2 Pf. |

| | |
|--|---------------------------------|
| c. In der Zeit vom 1sten April 1854 bis Ende März 1855 hat die ebenso berechnete Einnahme betragen | 7,235,970 " 11 " 1 " |
| macht zusammen | 13,027,524 Rthlr. 16 Sgr. 3 Pf. |

| | |
|--|---------------------|
| d. Der nach Art. 3 Ziffer 1 Lit. 6 der vorgedachten Ueberschuss anzunehmende Durchschnitt davon stellt sich also auf | 7,513,762 " 8 " 1 " |
|--|---------------------|

III. Des Verhältnisses von Soll- und Ist-Einnahme.

| | |
|--|-------------------------------|
| 1) Die oben unter I. ermittelte Soll-Einnahme beträgt | 6,726,424 Rthlr. 8 Sgr. 8 Pf. |
| 2) Die nach II. d. ersichtliche wirkliche Einnahme hat daher das Soll überstiegen um | 787,337 Rthlr. 20 Sgr. 5 Pf. |

Nach

Nach den von den Direktio-Behörden mitgetheilten Materialien aufgestellt.

Berlin, den 4ten Juni 1856.

Das Central-Bureau des Zoll-Vereins.

Henning.

Meixner.

wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Königsberg, den 24ten Juni 1856.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Für denselben: der Regierungsrath Dantziger.

Bekanntmachung der Königl. Ober-Post-Direktion zu Gumbinnen.

N. 193.
Aufhebung
resp. neue Ein-
richtung von
Posten betr.

Vom 1sten Juli d. J. werden folgende Posten aufgehoben:

- 1) die wöchentlich dreimalige Personenpost zwischen Lyck und Rhein über Arys;
- 2) die wöchentlich dreimalige Personenpost zwischen Lyck und Löben über Widminnen;
- 3) die wöchentlich viermalige Botenpost zwischen Widminnen und Löben, und
- 4) die tägliche Personenpost zwischen Löben und Rastenburg.

Dagegen werden von demselben Tage ab unter Etablierung von Post-Expeditionen und Stationen in den Orten Neuhoß, Milken, Kruglanken und Orlowen folgende neue Posten eingerichtet:

- 1) eine tägliche vierstündige Personenpost zwischen Lyck und Rastenburg über Neuhoß, Milken und Löben, welche aus Lyck täglich 7 Uhr Morgens und aus Rastenburg täglich 9 Uhr Vormittags abgefertigt wird; diese Post steht in Rastenburg mit der Abend-Personenpost nach und von Königsberg in unmittelbarer Verbindung;
- 2) eine tägliche zweistündige Personenpost zwischen Arys und Milken, welche aus Arys um 9 Uhr 30 Minuten Vormittags und aus Milken um 3 Uhr 30 Minuten Nachmittags abgefertigt wird; diese Post schließt sich in Milken an die tägliche Lyck-Rastenburg-Personenpost an;
- 3) eine tägliche zweistündige Personenpost zwischen Arys und Neuhoß, welche aus Arys um 3 Uhr 30 Minuten Nachmittags und aus Neuhoß um 10 Uhr Vormittags abgefertigt wird und in Neuhoß an die tägliche Rastenburg-Lycker Personenpost Anschluß hat;
- 4) eine tägliche zweistündige Personenpost zwischen Widminnen und Löben, welche aus Widminnen täglich 7 Uhr Vormittags und aus Löben täglich 2 Uhr Nachmittags abgelassen wird und in letzterem Orte an die tägliche Personenpost nach und von Rastenburg Anschluß hat;
- 5) eine tägliche zweistündige Personenpost zwischen Angerburg und Neuhoß über Kruglanken und

und Widminnen, welche aus Angerburg täglich 11 Uhr Vormittags und aus Neuhoff täglich 9 Uhr 45 Minuten Vormittags abgelassen wird; diese Post steht in Neuhoff mit der täglichen Personenpost nach und von Lyck im Zusammenhange;

- 6) eine tägliche zweifache Personenpost zwischen Marggrabowa und Eßlen über Orlowen und Kruglanken, welche aus Marggrabowa täglich 5 Uhr 30 Minuten Morgens und aus Eßlen täglich 12 Uhr 45 Minuten Nachmittags abgelassen wird; diese Post hat in Kruglanken mit der Personenpost nach und von Angerburg und in Eßlen mit der Personenpost nach und von Rastenburg eine genaue Verbindung.

Das reisende Publikum wird von diesen neuen Einrichtungen mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt, daß das Personengebühren bei allen Posten 6 Sgr. pro Person und Meile beträgt, wofür die Reisenden 30 Pfund Gepäc frei mitnehmen können.

Zu allen Posten werden Beichaisen nach Bedürfniß gestellt.

Gumbinnen; den 21sten Juni 1856.

Königliche Ober-Post-Direktion.

Personal - Chronik.

Die durch die Pensionirung des Kreisclassen-Rendanten, Rechnungsrath Contag, zur Erledigung gekommene Kreisclassen-Rendantenstelle zu Heinrichswalde ist dem bisherigen Forstclassen-Rendanten, Lieutenant Böttcher, vom 1sten Juli d. J. ab verliehen.

Hierzu der öffentl. Anzeiger Nr. 27 und die Extra-Beilage zum Amtsblatt Nr. 26.

Druck von Fr. Krausmied.

Amtsblatt


N^o 28.

Gumbinnen, den 9ten Juli

1856.

Das 35te Stück der Gesetz-Sammlung, welches den 30sten Juli 1856 in Berlin aus-
gegeben ist, enthält: unter

N^o 194.
Inhalt der Ge-
setzsammlung.

- Nr. 4460 das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Käufer Kreises im Betrage von 100,000 Rthlr., vom 12ten Mai 1856; unter
- Nr. 4461 das Gesetz, betreffend die Einführung eines allgemeinen Landesgewichts, vom 17ten Mai 1856; unter
- Nr. 4462 den Allerhöchsten Erlaß vom 19ten Mai 1856, betreffend die Errichtung einer Handelskammer für den Kreis Bochum; unter
- Nr. 4463 den Nachtrag zu dem Statut des Wittenberger Deich-Verbandes vom 7ten Oktober 1850, vom 28sten Mai 1856; unter
- Nr. 4464 das Gesetz, betreffend die Abschätzung von Landgütern zum Behufe der Pflichtenberechnung in der Provinz Westphalen, vom 4ten Juni 1856; unter
- Nr. 4465 das Gesetz, betreffend die erleichterte Umwandlung alt-vorpommerscher und hinterpommerscher Lehne in Familien-Fideikommiss, vom 10ten Juni 1856; unter
- Nr. 4466 die Bekanntmachung, betreffend die unterm 9ten Juni 1856 erfolgte Allerhöchste Bestätigung der Statuten einer Aktien-Gesellschaft unter dem Namen: „Magdeburger Bergwerks-Aktien-Gesellschaft“, mit dem Domizil zu Magdeburg, vom 16ten Juni 1856; und unter
- Nr. 4467 die Bekanntmachung, betreffend die unterm 11ten Juni 1856 erfolgte Allerhöchste Bestätigung der Statuten einer Aktien-Gesellschaft unter dem Namen: „Rheinische Bergbau- und Hüttenwesen-Aktien-Gesellschaft“, mit dem Domizil zu Duisburg, vom 19ten Juni 1856.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Zur nächsten Prüfung derjenigen Schulamts-Bewerber (mit Einschluß der interimistischen Lehrer), welche nicht Literaten sind, haben wir folgende Termine festgesetzt:

A. In Angerburg: den 23sten, 24sten und 25sten September d. J. für diejenigen, welche in den Kreisen Angerburg, Diekeh, Lötzen, Lyck, Johannisburg und Sensburg;

Amtl. Nr. 28.

B. In

N^o 195.
Die Prüfung der
Schulamts-Bewerber in Kassel
und Angerburg betr.
X. d. J.
1856. Juni.

B. In Karaliena den 2ten, 3ten und 4ten Oktober d. J. für diejenigen, welche in den Kreisen Heydekrug, Elst, Ragnit, Pillkallen, Stallupönen, Insterburg, Gumbinnen, Soldapp und Darkehmen, sich aufhalten.

Die Examinanden haben sich in Angerburg den 22ten September d. J. und in Karaliena den 1sten Oktober d. J. bei dem Herrn Seminar-Direktor zu melden.

Die schriftlichen Meldungen, welche zunächst den betreffenden Herren Superintendenten einzureichen sind, müssen denselben spätestens bis zum 15ten August d. J. zugegangen sein, wenn auf sie gerücksichtigt werden soll. Es sind denselben beizufügen:

- a) ein kurzer selbstverfaßter Lebenslauf, aus welchem der Geburtsort, das Lebensalter, die Familienverhältnisse des Angemeldeten, ferner, wo derselbe vorgebildet, wo und während welcher Zeit er etwa bereits unterrichtet und wie er sich für den von ihm erwählten Beruf vorgebildet hat, auch wann und wo er bereits geprüft worden ist, zu ersehen sein muß;
- b) ein Zeugniß des Kirchspiels-Geistlichen über das moralische, kirchliche und politische Verhalten des Angemeldeten — insofern derselbe an einer öffentlichen Schule bereits unterrichtet hat — über sein Lehrgeschick, seinen Dienstseifer und seine Leistungen;
- c) ein Ausweis über das Militärverhältniß;
- d) ein Zeugniß über die Kenntniß der lithauischen oder polnischen Sprache.

Diese Zeugnisse sind sämmtlich nicht stempelspflichtig. Gumbinnen, den 24ten Juni 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 196.
Die hier-
mit ent-
haltene
Anzeige
bezieht
sich auf
die Auf-
nahme
in die
evange-
lische
Seminar-
anstalt
zu Dro-
pitz.
A. d. J.
1856. Genl.

In das evangelische Lehrerinnen-Seminar zu Droyßig, im Kreise Wittenberg, können Anfangs Oktober d. J. wiederum zwanzig evangelische Jungfrauen aus sämmtlichen Provinzen der Monarchie Aufnahme zu ihrer Ausbildung in dem Lehrerinnenberufe finden.

Die Einrichtung des Seminars, als einer in Bekenntniß und Leben ernst evangelisch-christlichen Anstalt, welche für den Dienst an Elementar- und Bürgerschulen erfahrene und geübte Lehrerinnen Vorbilden will, hat sich bisher als segensreich bewährt und ist durch die früher, zuletzt unter dem 6ten Juli v. J. erlassenen Veröffentlichungen (Staats-Anzeiger Nr. 158) bekannt.

Die in monatlichen Raten vorauszahlende Pension beträgt jährlich nur 60 Rthlr. Zur Unterstützung dürftiger und würdiger Böglinge, in der Regel jedoch erst vom 2ten Jahre des Aufenthalts im Seminar an, sind außerdem noch Fonds vorhanden.

Zur Aufnahme in das Seminar sind mit Ausnahme der Ausbildung in der Musik im Wesentlichen diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten erforderlich, wie sie in dem Regulativ vom 2ten Oktober 1854 für die Vorbildung evangelischer Seminar-Präparanden vorgeschrieben sind,

sind, außerdem Fertigkeit in weiblichen Handarbeiten. Ein Anfang im Verständniß der französischen Sprache, so wie im Klavierspielen, Gesang und Zeichnen sind erwünscht.

Im Uebrigen gelten alle in der Bekanntmachung vom 6ten Juli v. J. enthaltenen Bestimmungen auch für die diesjährige Aufnahme. Die Zulassung zu der letzteren ist bis längstens zum 25ten Juli d. J. bei derjenigen königlichen Regierung, in deren Verwaltungsbezirk die Bewerberin wohnt, unter Einreichung der in den Amtsblättern demnachst näher zu bezeichnenden Zeugnisse und Schriftstücke nachzusuchen.

Die zur Aufnahme fähig Befundenen haben ihre Einberufung in das Seminar seiner Zeit von hier aus zu gewärtigen. Berlin, den 18ten Juni 1856.

Der Minister der geistlichen Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Im Auftrage: Schulze.

Unter Bezugnahme auf unsere Amtsblatts-Befugungen vom 18ten August 1854 und vom 12ten Juli v. J. wird der vorstehende Ministerial-Erlaß mit dem Bemerken hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Bewerberinnen sich spätestens bis zum 25ten Juli d. J. unter Einreichung der unten näher bezeichneten Schriftstücke bei uns zu melden, demnachst aber ihre Vorprüfung hier in Gumbinnen den 11ten und 12ten August d. J. zu bestehen haben.

Zu diesem Behufe haben sich dieselben Tages zuvor, also den 10ten August, Nachmittags 3 Uhr, bei dem Herrn Regierungs- und Schulrath Bock persönlich zu melden und dessen weiteren Anweisungen Folge zu leisten.

Die einzureichenden Schriftstücke sind folgende:

- 1) Geburts- und Tauffchein, wobei bemerkt wird, daß die Bewerberin am 6ten Oktober, nicht unter 17 und nicht über 25 Jahre alt sein darf;
- 2) Ein Zeugniß des betreffenden königl. Kreis-Physikus über normalen Gesundheitszustand namentlich daß die Bewerberin nicht an Brustschwäche, Kurzsichtigkeit, Schwerhörigkeit, so wie an anderen die Ausübung des Lehramts behindernden Gebrechen leidet, auch in ihrer körperlichen Entwicklung so weit vorgeschritten ist, daß angenommen werden kann, sie werden eine zweijährigen Aufenthalt im Seminar ohne Gefährdung ihrer Gesundheit übernehmen können. Zugleich ist zu bescheinigen, daß die Aspirantin die wirklichen Blätter gehabt hat, oder mit Schutzblättern gestempelt worden ist;
- 3) Ein Zeugniß der Orts-Polizeibehörde über die sittliche Führung der Aspirantin, eben ein solches von ihrem Ortsgeistlichen und Beichtvater über ihr Leben in der Kirche und christlichen Gemeinschaft.

(

4) Ein

- 4) Ein von der Bewerberin selbst verfaßter Lebenslauf, aus welchem ihr bisheriger Bildungsgang zu ersehen und auf die Entwickelung ihrer Neigung zum Lehrerberuf zu schließen ist;
- 5) Eine Erklärung der Eltern oder Vormünder, daß dieselben das Pensionsgeld von 60 Rthlr. auf 2 Jahre zu zahlen sich verpflichten. Im Fall von der Bewerberin auf Unterstützung Anspruch gemacht wird, ist ein von der Ortsbehörde, ausgestelltes Armuths-Bezeugniß beizubringen, aus welchem ihre und ihrer Angehörigen Vermögens-Verhältnisse genau zu ersehen sind.

In dem Gesuch ist ausdrücklich anzugeben, ob der Eintritt von Gewährung einer Unterstützung und in welchem Betrage, abhängig gemacht wird.

Es versteht sich von selbst, daß derartige bedingte Gesuche um Aufnahme nur so weit berücksichtigt werden können, als die vorhandenen Fonds die Gewährung der nachgesuchten Unterstützung gestatten. Gumbinnen, den 25ten Juni 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Uebersicht von dem Schullehrer- Wittven- und Waisen-Unterstützungs-Fonds pro 1855.

M 197. Das zinstragende Kapital hat am Schlusse des Jahres 1855 betragen 22,855 Rthlr. 3 Egr. 9 Pf., und zwar:

| | |
|---|----------------------------|
| An Hypotheken-Kapitalien | 16,030 Rthlr. 3 Egr. 9 Pf. |
| An Staatsschuld-scheinen | 4,800 " — " — " |
| An Ostpreussischen Pfandbriefen | 2,025 " — " — " |
| wie oben | 22,855 Rthlr. 3 Egr. 9 Pf. |

E i n n a h m e :

| | |
|--|---------------------------|
| 1) Zinsen von Kapitalien | 554 Rthlr. 23 Egr. 11 Pf. |
| 2) Beiträge der Schullehrer | 945 " 10 " — " |
| 3) Beiträge der Schulkasse | 206 " 10 " — " |
| 4) Ertrag der Kirchen-Kollekten | 77 " 12 " 3 " |
| 5) Schenkungen und andere außerordentliche Zahlungen | 13 " — " — " |
| 6) Zur Kapitalisirung und Extraordinaire | 830 " 2 " 11 " |
| 7) An Bestand ex anno 1854 | 390 " 16 " 10 " |
| 8) An Resten | 257 " — " — " |

Summa der Einnahme . . 3274 Rthlr. 15 Egr. 11 Pf.

Ku 8:

Ausgabe:

| | |
|---|--------------------------|
| 1) An Unterstufungen | 1532 Rthlr. 15 Egr. |
| 2) Zur Kapitalisirung und Extraordinair | 1663 " 8 " |
| 3) An Resten | 1 " — " |
| Summa der Ausgabe | 3196 " 23 " — " |
| Bleibt Bestand | 77 Rthlr. 22 Egr. 11 Pf. |

Gumbinnen, den 24ten Juni 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem Kaufmann C. F. Wappenhans in Berlin ist unter dem 1sten Juli 1856 ein Erfindungs-Patent: N. 198.
Patentertei-
lung.

auf eine Siegelpresse, insoweit dieselbe als neu und eigenthümlich erkannt worden ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Dem Generalpächter A. Schröbter zu Breslau ist unter dem 1sten Juli 1856 ein Patent: N. 199.
Patentertei-
lung.

auf einen für neu und eigenthümlich erkannten Kartoffel-, Dämpf- und Malzsch-Apparat, nach der durch Zeichnung und Beschreibung erläuterten Konstruktion, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Dem Mechaniker J. Bialon zu Berlin ist unter dem 3ten Juli 1856 ein Patent: N. 200.
Patentertei-
lung.

auf einen Mechanismus für Kalanden, zum Appretiren von Geweben, um die Arbeits- und Druckwalzen an die Glättwalze anzubringen, oder den Druck aufzuheben und dieselben von dieser Walze zu entfernen, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung, und ohne Jemand in der Benutzung einzelner bekannter Theile zu beschränken,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Gemäß §. 7 des Regulativs vom 6ten Mai 1844, die Polizei-Vorschriften für die Dampf-Schiffahrt auf den schiffbaren Gewässern der Provinz Preußen betreffend, — Amtsblatt pro 1844, Nr. 26, Seite 104 — wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Schiffahrtsrinne im kurischen Haff bei Schwarzwort durch eine grau angestrichene Tonne auf dem sogenannten Schnäpel-Haken, der am südlichen Ende des Schwarzworter Waldes vom Nehrungsufer ausläuft, und durch 16 Priden, welche durch angenagelte Strauchbüschel deutlich N. 201.
Die Bezeichnung
des Fahrwassers
im kurischen
Haffe bei
Schwarzwort, so
wie die übrigen
zur Sicherung
der Schiffahrt
im kurischen
Haff ausgelegten
Marken sein.

zu erkennen sind, bezeichnet ist, und die Fahrt zwischen dieser Tonne und den Brücken, welche die östliche Seite des Fahrwassers markiren, geht.

Außerdem sind zur Sicherung der Schifffahrt auf dem kurischen Haff noch folgende Marken ausgelegt:

- 1) eine schwarz angestrichene Tonne auf dem Grabsh-Hafen, $\frac{3}{4}$ Meile südlich von Ribben, etwa $\frac{1}{4}$ Meile von der Mündung ab;
- 2) eine roth angestrichene Tonne auf dem langen Hafen, auch Perwiltz genannt, $1\frac{1}{2}$ Meilen nördlich von Ribben, zwischen Garwaiten und Borstein, etwa $\frac{1}{4}$ Meile vom Mündungszufer.

Wenn man außerhalb dieser Tonne bleibt, geht man den Hafen, welche von der Mündung auslaufen und wenn die letztere bei hohem Wasserstande überschwemmt ist, frei.

- 3) Eine schwarz angestrichene Tonne bei einer Untiefe auf der Mündungsseite, $\frac{1}{2}$ Meile nördlich von Schwarzort. Diese Tonne bezeichnet zugleich die Richtung des Schäferei-Hafens, auf welchem des Holzflossens wegen keine Marke gelegt werden kann, da sie gerade über dem Schäferei-Hafen bei den Untiefen an der Mündungsseite liegt, das tiefe Wasser also, welches hier $\frac{1}{4}$ Meile breit ist, zwischen dem Schäferei-Hafen und der besagten Tonne liegt.

Alle diese Tonnen, einschließlich der bei Schwarzort, bleiben daher, wenn man nördlich oder nach Memel segelt, auf Backbord, und wenn man südlich oder von Memel segelt, auf Steuerbord liegen.

Wer die ausgelegten Marken vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit verschleppt, beschädigt oder vernichtet, versällt in die im §. 302 des Strafgesetzbuches bestimmte Strafe.

Gleichzeitig wird das betreffende Schifffahrttreibende Publikum noch besonders auf Beachtung der in den hier folgenden §§. 6 und 21 des vorerwähnten Regulativs enthaltenen Bestimmungen aufmerksam gemacht:

§. 6. Ist die Schifffahrtsrinne an irgend einer Stelle so schmal, daß sie das gleichzeitige Durchgehen zweier sich begegnenden Schiffe nicht gestattet, und befindet sich das eine bereits in derselben, so muß das andere, bis jenes sie verlassen hat, beilegen.

Gelangen beide gleichzeitig an solche Strommenge, so darf das stromaufgehende Schiff in dieselbe nicht einlaufen, bevor das stromabgehende sie zurückgelegt hat.

Ist aber eines der Schiffe ein Dampfschiff, so muß das Segelschiff, gleichviel, ob es auf- oder abwärts geht, auf das Zeichen des Dampfschiffes (§. 5) beilegen, bis dieses die Strommenge zurückgelegt und die blaue Flagge wieder eingezogen hat.

§. 21. Jede Uebertretung oder Nichtachtung der in diesem Regulativ enthaltenen Vorschriften und Verbote wird, unter Vorbehalt der Verbindlichkeit zum Schadenersatz, mit einer Polizeistrafe bis zu Fünfzig Thalern oder im Unvermögensfalle mit verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe geahndet."

Königsberg, den 26ten Juni 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Bekanntmachung der Königl. Ober-Post-Direktion zu Gumbinnen.

Bei der Ober-Post-Direktion lagern folgende unbestellbare Gegenstände:

№ 202.
Die bei der Ober-
Post-Direktion
lagernden unbe-
stellbaren Gegen-
stände betr.

- 1) ein Shawl, in einer Reichkiste der Station Marggrabowa am 29ten Februar d. J. vorgefunden;
- 2) ein Tuch-Ueberrock, zwei wollene Shawls, ein Paar Gummischuhe, ein Paar Strümpfe, ein Beutel mit Leinfaamenproben, drei Stöcke, in der Passagierslube zu Kilsit im April d. J. vorgefunden;
- 3) ein Paar Pelzkiesel, ein Paar Pelzhandschuhe, eine Korrespondenztasche und ein rother Shawl, in dem hier angekommenen Postwagen und in der hiesigen Passagierslube im Monat März d. J. vorgefunden;
- 4) ein Korb, im Raßenburg-Angerburger Courswagen am 13ten April d. J. vorgefunden;
- 5) ein Packet, signirt Gee & C. in Hull, 14 Poth schwer, welches aus Stallupönen am 12ten März 1855 von dem Kaufmann Walpe aus Wirballen (Polen) abgesandt, von der Post-Anstalt in letzterem Orte aber nicht angenommen, sondern nach Stallupönen remittirt worden ist.

Sollten sich die zur Empfangnahme der vorbezeichneten Gegenstände berechtigten Personen nach Verlauf von vier Wochen, von dem Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, nicht melden, so werden die Gegenstände zum Besten des Post-Armen-Fonds öffentlich versteigert werden. Gumbinnen, den 1ten Juli 1856.

Königliche Ober-Post-Direktion.

Personal - Chronik.

Der Regierungs-Sekretair Klutke ist vom 1ten Juli d. J. ab pensionirt worden.

Der Lehrersfrau Friedrich Goldbach, geborne Sommerfeld, in Heydekrug ist die Befugniß beigelegt, die bis dahin von Fräulein Schirmer geleitete Privat-Mädchenschule zu Heydekrug fortzuführen.

Der Kaufmann E. J. Schlegelberger in Ragnit ist als Agent der allgemeinen deutschen Hagel-Versicherungs-Gesellschaft Union zu Weimar beßätigt worden.

Per.

**Personal-Veränderungen im Departement des Appellationsgerichts zu Insterburg
im Monat Juni 1856.**

A. Beim Appellationsgericht:

Referendarius Liburtius zum Gerichts-Assessor ernannt,
der frühere Oberlandesgerichts-Depositat-Rendant Pohst, desgleichen der bisherige Oberlandes-
Gerichts-Registrator Krauspe, sind zu Sekretairen befördert, und
der Civil-Supernumerarius und polnische Dolmetscher Dreyer als etatsmäßiger Bureau-
Assistent angestellt.

B. Bei den Kreisgerichten:

Kreisgerichts-Rath Wild zu Insterburg in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Elstift
versetzt,
Bureau-Assistent Gluck in Ruz in gleicher Eigenschaft beim Kreisgericht in Elstift, und
Civil-Supernumerarius Bagdahn als Bureau-Assistent beim Kreisgericht in Heydekrug an-
gestellt.

**Zusammenstellung der Personal-Veränderungen im Bezirke der Ober-Post-
Direktion in Gumbinnen pro Juni 1856.**

Die Verwaltung der Post-Expedition in Biltischken ist dem zum Post-Expediteur er-
nannten Grundbesitzer Brod übertragen worden.

Der invalide Sergeant Bordin ist als Briefträger und Wagenmeister bei der Post-
Expedition I. Klasse in Goldapp und der invalide Postillon Lennig als solcher bei der Post-
Expedition I. Klasse in Edgen auf Kündigung angestellt worden.

Der invalide Unteroffizier Hübner ist als Kondukteur bei der Gumbinnen-Elstifter
Personenpost bei dem hiesigen Postamte auf Kündigung angestellt worden.

Der Postbegleiter Leu in Elstift ist ausgeschieden.

Hierzu der öffentl. Anzeiger Nr. 28.

Druck von G. Krausmed.

Amtsblatt

Nr. 29.

Gumbinnen, den 16ten Juli

1856.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Auf Grund des Befehles über die Polizei-Verwaltung vom 11ten März 1850, §. 11, verordnen wir hiermit für den ganzen Umfang des Bezirkes: daß Jeder, welcher es, den vielfach ergangenen Anordnungen zuwider, unterläßt, irgend eine Erkrankung seines Kindsviehstandes — äußere Verletzungen und ganz bekannte gewöhnliche und unbedeutliche Krankheiten allein ausgenommen — dem zuständigen Distrikts-Aufseher — oder wo solche nicht bestellt und in Wirksamkeit sind — dem Orts-Vorstande sogleich am ersten Tage der Erkrankung zur Anzeige zu bringen, in eine Polizei-Strafe von 1 bis 5 Rthlr., oder im Unvermögensfalle angemessene Gefängnißstrafe verfällt.

Gumbinnen, den 3ten Juli 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Auf den zum Abl. Gute Pryztullen, Kirchspiels Ruten, Kreises Angerburg, gehörigen Ländereien sind zwei neue Vorwerke entstanden, welche auf den Antrag des Besitzers, Gutsherrn Reimer, die Namen „Katalienhof“ und „Carlsberg“ erhalten haben und von denen das Erstere zwischen Ruten und Klein-Strengeln, das Letztere an der Grenze von Posselern gelegen ist. Gumbinnen, den 3ten Juli 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Bekanntmachung des Königl. Appellationsgerichts.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

- 1) daß die Ernteferien bei dem Appellationsgerichte und sämtlichen Gerichten erster Instanz des Departements mit dem 21sten Juli beginnen und mit dem 31sten August aufhören;
- 2) daß nach der Ferien-Ordnung vom 16ten April 1850 während dieser Zeit die Parteien sich aller Anträge und Gesuche bei dem Appellationsgerichte und den Gerichten erster Instanz zu enthalten haben, welche nicht Ferien-Sachen, das heißt besonders schleunige Sachen betreffen;
- 3) daß als solche schleunige Sachen, welche auch während der Ferien bearbeitet werden, nur folgende gelten:

Amtsbl. Nr. 29.

a) die

Nr. 203.
Polizei-Verordnung wegen
sogleicher Anzeige jeder ver-
dächtigen Erkrankung.
K. d. J.
1861. Juni.
1862. Juli.

Nr. 204.
Neu entstan-
dene Vorwerke
des Gutes
K. d. J.
1856. April.

Nr. 205.
Die Gerichts-
ferien betreffend.

- a) die Verhandlungen in Arrest - Strafsachen;
 - b) die Rechtsstreitigkeiten in Wechsel - Sachen, aus einer Assurance - Police auf die Einzahlung der darin versprochenen Prämie, Arrestsachen, die nicht mit der Hauptsache zugleich verhandelt werden, eigentliche Merkantil - Sachen, Sachen in possessorio summarissimo, Kaufsachen und Mieths - Ermissions - Sachen;
 - c) die Eröffnung von Konkursen, Liquidations- und Subhastations - Prozessen;
 - d) die Einleitung von Administrationen und Subhastationen;
 - e) Siegelungen, Entseelungen, Aufnahme, Zurücknahme und Publikation leghwilliger Verordnungen;
 - f) Hypotheken -, Kuratel- und Vormundschafts - Sachen, soweit dabei Gefahr im Verzuge obwaltet, und
 - g) die Regulirung des Interimistitums in Ehescheidungs - Sachen;
- 4) daß diejenigen Prozeßschriften, zu deren Einreichung die gesetzte Frist während der Ferien abläuft, auch während der Ferien in der bestimmten Frist eingereicht werden müssen, den Parteien jedoch freisteht, die Verlängerung der Frist bis nach den Ferien ausdrücklich zu beantragen. Insterburg, den 1sten Juli 1856.

Königliches Appellations - Gericht.

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial - Steuer - Direktors.

Nr. 206.
Die Errichtung einer neuen Kanal - Abgaben - Hebesellen zu Marienbruch betr.

Nachdem mittels Allerhöchster Kabinetts - Ordre vom 14ten April d. J., (Gesetz - Sammlung Seite 345) die Errichtung einer neuen Kanal - Abgaben - Hebesellen zu Marienbruch, im Kreise Labiau, angeordnet und die Vorschriften der Allerhöchsten Ordre und des Tarifs vom 1sten März 1828 (Gesetz - Sammlung pro 1828, Seite 41, 42) und vom 10ten August 1844 (Gesetz - Sammlung pro 1844, Seite 409) in Betreff der Abgaben von der Schifffahrt auf der Deime und dem großen und kleinen Friedrichs - Graben abgeändert worden sind, wird hierdurch bekannt gemacht, daß bei jeder der Schiff - Fahrts - Abgaben - Hebesellen zu Labiau und Marienbruch vom 1sten August d. J. an die Abgaben - Erhebung nach dem hier unten beigedruckten Tarife eintreten wird. Königsberg, den 5ten Juli 1856.

Der Provinzial - Steuer - Direktor v. Raassen.

T a r i f

zur Abgaben - Erhebung von der Schiff - Fahrt auf der Deime, dem großen und kleinen Friedrichs - Graben.

Bei jeder der Empfangs - Stellen in Labiau und Marienbruch sind folgende Abgaben zu entrichten:

A. Raab

A. Nach dem Tarife vom 1ten März 1828, Gesetz - Sammlung

No. 6, pro 1828, Seite 41 und 42.

| | Alte | Neue |
|---|------|------|
| Zu 1 von einer Witterne oder Strufe | 4 | — |
| Zu 2 von einem Boydach | 2 | 20 |
| Zu 3 von einer Schluppe oder einem halben Boydach | 1 | 10 |
| Zu 7 von einer beladenen Krift (Holzloß) | 1 | 10 |

Anmerkungen.

a) Jede Krift wird zu 240 Stüd oder 4 Schock Flößholz gerechnet;

b) 120 Stüd werden als halbe Krift angesehen und hinsichtlich der Ladung nur der Hälfte des vorstehenden Satzes zu 7 unterworfen.

| | | |
|---|---|---|
| Zu 8 von 20 Stüd Holz in Flößen | — | 5 |
|---|---|---|

Anmerkung.

Dieser Satz für das Flößholz selbst, wird neben dem Satze für beladene Kriften oder Holzflöße von 1 Rthlr. 10 Sgr. erhoben.

Von Brennholzkriften wird die Abgabe zu 7 mit 1 Rthlr. 10 Sgr. unter Freilassung von der zu 8 erwähnten Abgabe vom Holze erhoben.

B. Nach dem Allerhöchsten Erlasse vom 14ten April 1856, Gesetz-

Sammlung pro 1856, Seite 345, No. 24.

Von Rähnen bei einer Tragfähigkeit:

| | | |
|---|---|----|
| a) von 30 Last und mehr | 1 | 10 |
| b) von 20 Last bis ausschließlich 30 Last | 1 | — |
| c) von 10 Last bis ausschließlich 20 Last | — | 20 |
| d) von 2 Last bis ausschließlich 10 Last | — | 10 |

Allgemeine Bestimmungen.

a) Unbeladene Gefäße, wohn auch solche gerechnet werden, die außer dem Gepäcke und Mundvorrathe der Mannschafft, nicht mehr als eine Last Ladung haben, zahlen nur die Hälfte obiger Sätze.

b) Rähne, welche nicht zwei Last tragen, und Rähne, die bloß zum Fischfang dienen, sind frei.

c) Die Abgaben werden entrichtet, so oft die Hebestelle passirt wird.

d) Sie werden vom Schiffer getragen, wenn bei der Uebnahme der Fracht nicht ausdrücklich ein Anderes bedungen ist.

e) Wer durch spezielle Rechts - Titel von der Entrichtung der aufgehobenen Abgaben befreit war, der soll auch ferner von Erlegung dieser Schifffahrts - Abgaben frei sein.

f) Von

- f) Von Transporten, die für unmittelbare Rechnung des Staats geschehen, werden die Schiffsahrts-Abgaben nicht erhoben.
- g) Wer es unternimmt, sich der in diesem Tarife bestimmten Abgaben auf irgend eine Weise zu entziehen, der soll, neben der verkürzten Abgabe, deren vierfachen Betrag als Strafe erlegen.
- h) Bei Kontraventionen findet das Verfahren, welches in der Steuer-Ordnung vorgeschrieben ist, statt, und die Strafen werden, wie andere Steuer-Strafen, verwendet.

Anmerkung.

Die Tarifs-Bestimmungen liegen bei der Empfangs-Stelle zur Einsicht aus.
Königsberg, den 8ten Juli 1856.

Der Provinzial-Steuer-Direktor v. Raagen.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Mit Genehmigung Sr. Majestät des Königs ist Eritien des Herrn Ministers des Innern die kommissarische Verwaltung des Landraths-Amtes des Kreises Goldapp dem Landrathe z. D., Freiherrn v. Schrötter übertragen worden; derselbe hat die landrätbliche Verwaltung in Goldapp bereits übernommen.

Der praktische Arzt Dr. Lubinski ist von Goldapp nach Johannisburg verzogen.

Der praktische Arzt Dr. Meyhöfer hat seinen Wohnsitz von Darkehmen nach Goldapp verlegt.

Der Bauinspektor a. D. Springer in Stallupönen ist als Agent der Achner und Münchner Feuer-Versicherungs-Gesellschaft für den Landkreis Stallupönen bekräftigt worden.

Der Mühlenbesitzer, Stadtkämmerer Sauda in Rhein, Kreises Böden, ist als Agent der Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt bekräftigt worden.

Der Kaufmann C. F. Fagemyer in Johannisburg ist als Agent der Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft bekräftigt worden.

Der Kaufmann Albert Reich in Insterburg ist als Agent des Danziger Strom-Versicherungs-Bereins bekräftigt worden.

Der Gutsbesitzer und Posthalter Adolph Hofer in Lengwethen, Kreises Ragnit, ist als Agent der Achner und Münchner Feuer-Versicherungs-Gesellschaft bekräftigt worden.

Der bisher im Probedienst gewesene Chaussee-Aufseher Hellmuth Lion ist vom 1sten Juli 1856 ab auf Kündigung auf der Chausseestrecke von Spullen bis Pütkallen der Mag-nit-Schirwindter-Straße angestellt.

Amtsblatt

Nr. 30.

Gumbinnen, den 23ten Juli

1856.

Das 36ste und 37ste Stück der Gesetz-Sammlung, welche den 12ten Juli 1856 in Berlin ausgegeben sind, enthalten: unter

Nr. 207.
Inhalt der Gesetz-Sammlung.

- Nr. 4468 den Vertrag zwischen Preußen, Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Rußland, Serbinien und der Türkei, vom 30ten März 1856; unter
- Nr. 4469 die Verordnung, betreffend die zwischen Preußen, Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Rußland, Serbinien und der Pforte vereinbarte Erklärung vom 16ten April 1856 über Grundsätze des Scherchis, vom 12ten Juni 1856; unter
- Nr. 4470 die Bekanntmachung, betreffend die Allerhöchste Befätigung des zweiten Nachtrages vom 4ten November 1855 zu den Statuten der unter der Firma „Kaltwasser-Heilanstalt im Laubachsthal bei Koblenz“ bestehenden Aktien-Gesellschaft, vom 19ten Juni 1856; unter
- Nr. 4471 den Allerhöchsten Erlaß vom 12ten Mai 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussée von der Duedlinburg-Groppenstedter Staats-Chaussée bei Hebersleben über Haus-Reindorf, Friedrichsau, Schadeleben, Königsau, Wünnigen bis zur Ascherleben-Egelter Staats-Chaussée; unter
- Nr. 4472 den Allerhöchsten Erlaß vom 12ten Mai 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussée von der Halberstadt-Gröningen-Magdeburger Staats-Chaussée bei Halberstadt ab über Groß-Quensedt und Schwanebeck bis zu dem sogenannten Neuen Damme bei Neuwegerleben; unter
- Nr. 4473 das Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Hallescher Stadt-Obligationen zum Betrage von 200,000 Thalern; vom 17ten Mai 1856; unter
- Nr. 4474 den Allerhöchsten Erlaß vom 23ten Mai 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussée von von Posen bis zur Kreisgrenze in der Richtung auf Dornick; und unter
- Nr. 4475 das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen

Amtl. Nr. 30.

gationen des Regenwalder Kreises im Betrage von 60,500 Thalem, vom 28ten Mai 1856.

Das 38ste Stück der Gesetz-Sammlung, welches den 19ten Juli 1856 in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

- Nr. 4376 das Statut der Genossenschaft für die Melioration der Niers, Hydrung von Neuwerk bis Caen, in den Kreisen Gladbach, Kempen und Geilen, so wie der Niederung am Nord-Kanale im Kreise Gladbach des Regierungs-Bereichs Düsseldorf, vom 16ten Juni 1856; und unter
- Nr. 4477 die Bekanntmachung, betreffend die unterm 16ten Juni 1856 erfolgte Ausrückung der Statuten einer Aktien-Gesellschaft unter dem Namen „Ruhreiter Bergwerks - Aktien - Verein,“ mit dem Domizil in Ruhrort, vom 1sten Juli 1856.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

In folgenden Auseinandersetzungsachen:

Nr. 208.

Ausuf an et-
wale unbekannt:
Interessenten in
Auseinandersetzungs-
sachen
betreffend.

N. d. J.
7614. Juni.

I. des Spezialbezirks Gumbinnen:

a. Kreises Dieklo: Krappwe, Gemeinheitsheilung;

II. des Spezialbezirks Lyd:

a. Kreises Johannisburg: Rosuchen, Gemeinheitsheilung;

b. Kreises Lyd: Singen, Gemeinheitsheilung;

III. des Spezialbezirks Rhein.

a. Kreises Johannisburg: Krys, Separation des Budde-Wäldchens, der Lorfbrücker, Rosgarten und Reizud-Wiese; Mittel-Pogoben: Gemeinheitsheilung;

b. Kreises Senneburg: Gruttinnen, Glognau, Nacharsen, Gemeinheitsheilung; Senneburg, Neallastenaufhebung;

IV. des Spezialbezirks Tilsit:

Kreises Heydekrug: Stengel, Turitt, Mohr-Von-Birkutt, John-Scheunen, Mag-Mantrum, hat der Legitimationspunkt nicht vollständig berichtet werden können, was in Gemäßheit der Bestimmungen §. 12 des Ausführungsgesetzes vom 7ten Juni 1821, §§. 25 und 26 der Verordnung vom 30sten Juni 1834 und §. 100 des Gesetzes vom 2ten März 1850 allen etwa nicht zugezogenen unbekannten Interessenten mit der Aufforderung bekannt gemacht wird, innerhalb sechs Wochen und spätestens im Termine

den 15ten August 1856,

entweder bei der unterzeichneten Regierung oder bei den betreffenden Spezial-Kommissarien ihr Interesse zur Sache anzuzeigen und dann der Vorlegung des Auseinandersetzungs-Rezeßes,

so wie der übrigen hierauf Bezug habenden Verhandlungen und Berechnungen gewärtig zu sein, widrigenfalls sie nach dem Ablaufe des Termins die Auseinandersetzung gegen sich gelten lassen müssen und mit keinen Einwendungen dagegen weiter gehört werden können.

Gumbinnen, den 20sten Juni 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem in den Grenzen des Bauerndorfs Stungirren, Kirchspiels Abchischlen, Kreises Insterburg, belegenen und zu dieser Kommune gehörigen Etablissement „Abbau Stungirren“ ist auf den Antrag des Besitzers, Grundbesitzer Schnabel, der Name „Julienhof“ beigelegt worden. Gumbinnen, den 12ten Juli 1856. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr 209.
Namens-Ver-
änderung eines
Etablissements.
A. d. S.
1760. Juni.

Dem Knopffabrikanten Fr. Langenbed zu Barmen ist unter dem 14ten Juli 1856 ein Patent: auf Stempel zur Herstellung bezogener Knöpfe, nach Anleitung vorgelegter Modelle, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats erteilt worden.

Nr 210.
Patentertei-
lung.

Das dem Techniker Friedrich Künke in Berlin unter dem 4ten Juli 1855 erteilte Patent: auf eine Einrichtung an den Schornsteinen der Lokomotiven, zur Beförderung des Zuges in denselben, ist aufgehoben.

Nr 211.
Patentaufheb-
ung.

Bekanntmachung.

Die mit einem jährlichen Gehalte von 100 Thalern verbundene Kreis-Thierarztsstelle für den Bezirk Siegen-Wittgenstein ist erledigt. Bewerbungen-Gesuche um diese Stelle sind unter Beifügung des Fähigkeits-Zeugnisses als Kreis-Thierarzt, eines Sitten-Zeugnisses und des curriculum vitae binnen 4 Monaten portofrei an uns einzureichen. Arnberg, den 28sten Juni 1856. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr 212.
Die Besetzung
einer Kreis-
Thierarztsstelle
betreffend.

Personal - Chronik.

Dem seitherigen Predigt - Amts - Kandidaten und Kantor zu Staßupönen Karl Ludwig Rabau ist die erledigte Pfarrstelle an der evangelischen Kirche zu Schmalleningken in der Diözese Ragnit verliehen.

Der Kaufmann Ferdinand Meyer in Elstift ist als Agent der neuen Transport - Versicherungs - Gesellschaft Fortuna in Berlin beschäftigt worden.

Der Kaufmann Herrmann Lebius in Elstift ist als Agent der Magdeburger Lebens - Versicherungs - Gesellschaft beschäftigt worden.

Der

Der Kaufmann Albert Reich in Insterburg ist als Agent der Lebens- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft Union zu London beßätigt worden.

Der Gastwirth Heinrich Benger in Ragnit ist als Agent der Köliner Lebens-Versicherungs-Gesellschaft Concordia beßätigt worden.

Der Stadtkämmerer S. Piontkowsky zu Krys, Kreis Johannisburg, ist als Agent der Magdeburger Hagelschaden-Versicherungs-Gesellschaft beßätigt worden.

Der Stadtkassen-Rendant Cytersberger in Darkehmen, ist als Agent der Kölnischen Hagel- und der Kölnischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft beßätigt worden.

Hierzu der öffentl. Anzeiger Nr. 30.

Amtsblatt

Nr. 31.

Gumbinnen, den 30sten Juli

1856.

Das 39ste Stück der Gesetz - Sammlung, welches den 23sten Juli 1856 in Berlin ausgeben ist, enthält unter:

Nr. 213.
Inhalt der Gesetz-
sammlung.

- Nr. 4478 das Gesetz, betreffend die Zertheilung von Grundstücken und die Gründung neuer Ansiedelungen in Neu - Vorpommern und Rügen, vom 26sten Mai 1856; unter
- Nr. 4479 das Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Remeler Stadt - Obligationen im Betrage von 300,000 Rthlr., vom 16sten Juni 1856; unter
- Nr. 4480 die Genehmigungs - und Befähigungs - Urkunde, betreffend den Nachtrag zu dem Statut der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Gesellschaft wegen Anlage von Zweig - Eisenbahnen von Wittenberg und Dessau über Bitterfeld nach Halle und Leipzig, vom 25sten Juni 1856; und unter
- Nr. 4481 das Privilegium wegen Emission von Prioritäts - Obligationen der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn Gesellschaft im Betrage von 4,500,000 Rthlm. zum Bau von Zweigbahnen von Wittenberg und Dessau über Bitterfeld nach Halle und Leipzig, vom 25sten Juni 1856.

Bekanntmachung der höhern Behörde.

Nach §. 43 des unterm 27sten Mai d. J. erlassenen Reglements zum Gesetze über das Postwesen vom 5ten Juni 1852 soll für die Beförderung von Halteplätzen ab, sofern die dort zugehenden Personen sich nicht etwa einen Platz auf der vorliegenden Station gesichert haben, das Personengeid nach Maßgabe der wirklichen Entfernung bis zur nächsten Station, oder wenn die Reisenden schon vorher an einem Zwischenorte abgehen, bis zu diesem erhoben werden.

Nr. 214.
Die Erhebung
des Personengeids
bei Beförderung
von Halte-
plätzen ab.

Diese Bestimmung wird hierdurch dahin modifizirt, daß künftig in allen Fällen der gedachten Art als Minimum der Betrag für eine halbe Meile zur Erhebung kommen soll.

Berlin, den 15ten Juli 1856.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

In Vertretung: geg. v. Pommer - Esch.

Amtsbl. Nr. 31.

Bekannt-

N 215.

Prämien-Bewilligung für entdeckte Baumfrevler betr.

N. d. J. 6441. Juli.

N 216.

Prämien-Bewilligung für entdeckte Baumfrevler betr.

N. d. J. 6442. Juli.

N 217.

Prämien-Bewilligung für entdeckte Baumfrevler betr.

N. d. J. 6443. Juli.

N 218.

Prämien-Bewilligung für entdeckte Baumfrevler betr.

N. d. J. 6444. Juli.

N 219.

Betrifft eine Stereotyp-Ausgabe der heiligen Schrift.

N. d. J. 6445. Juli.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Dem Gensdarm Wintler zu Insterburg ist für die Entdeckung eines gerichtlich bestraften Baumfrevlers, eine Prämie bewilligt worden. Gumbinnen, den 18ten Juli 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem Berittschulzen Gruczin zu Paszuisen, Kreises Heydenburg, ist für die Entdeckung eines gerichtlich bestraften Baumfrevlers eine Prämie bewilligt worden. Gumbinnen, den 18ten Juli 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem Gensdarm Schäfer zu Neu-Jucha und dem Schulzen Koschorreck zu Saareyten, Kreises Lyck, sind für die Entdeckung gerichtlich bestrafter Baumfrevler, Prämien bewilligt worden. Gumbinnen, den 18ten Juli 1856. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Der Gensdarm Korittkowsky zu Szabienen, Kreises Darkehmen, ist für die Entdeckung eines gerichtlich bestraften Baumfrevlers, eine Prämie bewilligt worden. Gumbinnen, den 18ten Juli 1856. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Der evangelische Biblesverein zu Berlin hat eine Stereotyp-Ausgabe der heiligen Schrift nach der deutschen Uebersetzung Dr. M. Luthers veranstaltet, welche mit 327 im Holzschnitt ausgeführten bildlichen Darstellungen geschmückt ist.

Die Preise für diese Bilderbibel sind: ungebunden 1 Rthlr 20 Sgr., Halbfrazzband 2 Rthlr, Lederband 2 Rthlr. 5 Sgr., gepreßter Lederband mit Goldschnitt 2 Rthlr. 15 Sgr.

Der überaus billige Preis, sowie die gelungene Ausführung lassen diese Bibel-Ausgabe zu einer möglichst weiten Verbreitung unter dem evangelischen Volk vorzugsweise geeignet erscheinen, weshalb wir dieselbe allen Bibelfreunden angethenglichst empfehlen können.

Gumbinnen, den 19ten Juli 1856. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Bekanntmachungen anderer Behörden.**N 220.**

Die Polizeikräfte bei neu eingerichteten Personenposten betr.

Bei folgenden seit dem 1sten Juli d. J. neu eingerichteten Personenposten sind nachstehende Haltestellen Behufs Aufnahme von Personen festgesetzt worden.

1. Personenpost Lyck = Rastenburg.

| | |
|--|----------|
| von Lyck nach Woszellen (vor dem Krüge) | 1 Meile, |
| „ Woszellen nach Grabnik (vor dem Gutshause) | 1/2 „ |
| „ Grabnik nach Berghöfchen (vor dem Gutshause) | 3/4 „ |
| „ Berghöfchen nach Neuhof (Post-Expedition) | 1/2 „ |
| „ Neuhof nach Heybutten (vor dem Gutshause) | 1/4 „ |
| „ Heybutten nach Rosiken (vor dem Gutshause) | 3/4 „ |
| „ Rosiken nach Pammern (vor dem Gutshause) | 1/4 „ |

von

| | |
|---|-------------|
| von Dammern nach Milten (Post-Expedition) | 1 1/4 Meil. |
| „ Milten nach Ruden (vor dem Gutshause) | 3/4 „ |
| „ Ruden nach Löben | 1 „ |
| „ Löben nach Groß-Bronnen (Abbau) | 3/4 „ |
| „ Groß-Bronnen nach Klein-Stürlack (Barrière) | 1/2 „ |
| „ Klein-Stürlack nach Groß-Stürlack (Zwischener Krug) | 3/4 „ |
| „ Groß-Stürlack nach Martenheim (Krug) | 1/2 „ |
| „ Martenheim nach Dueden (Echauffee-Barrière) | 1/2 „ |
| „ Dueden nach Krausendorf (Schulhaus) | 1/2 „ |
| „ Krausendorf nach Raftenburg | 1/2 „ |

Sa. 11 Meilen.

2. Personenpost Neuhoß-Angerburg.

| | |
|---|-------|
| von Neuhoß nach Heybutten (vor dem Gutshause) | 1/4 „ |
| „ Heybutten nach Ranthen (vor dem Gutshause) | 1/2 „ |
| „ Ranthen nach Widminnen (Post-Expedition) | 1 „ |
| „ Widminnen nach Sucholasken (vor dem Krüge) | 1/2 „ |
| „ Sucholasken nach Kagerowken (vor dem Krüge) | 1/2 „ |
| „ Kagerowken nach Siewken (vor dem Gutshause) | 1/2 „ |
| „ Siewken nach Kruglanken (Post-Expedition) | 1/2 „ |
| „ Kruglanken nach Willudden (vor dem Krüge) | 1/2 „ |
| „ Willudden nach Possessern (vor dem Krüge) | 1/2 „ |
| „ Possessern nach Dgonken (vor dem Krüge) | 3/4 „ |
| „ Dgonken nach Angerburg | 3/4 „ |

Sa. 6 1/4 Meilen.

3. Personenpost Löben-Marggrabowa.

| | |
|--|-------|
| von Löben nach Piezkarten (vor dem Krüge) | 1 „ |
| „ von Piezkarten nach Kruglanken (Post-Expedition) | 3/4 „ |
| „ Kruglanken nach Siewken (vor dem Gutshause) | 1/2 „ |
| „ Siewken nach Soltmahnen (vor dem Krüge) | 3/4 „ |
| „ Soltmahnen nach Gronskén (vor dem Krüge) | 3/4 „ |
| „ Gronskén nach Drilowen (Post-Expedition) | 3/4 „ |
| „ Drilowen nach Bessolowen (vor dem Gutshause) | 3/4 „ |
| „ Bessolowen nach Duneyken (vor dem Krüge) | 3/4 „ |
| „ Duneyken nach Dolowen (in der Nähe des Gutshauses) | 1/2 „ |

von

| | |
|---|---------------------|
| von Dollmen nach Dullen (vor dem Krüge) | $\frac{3}{4}$ Meil. |
| „ Dullen nach Marggrabowa | $\frac{3}{4}$ „ |
| <hr/> | |
| Sa. 8 Meilen. | |

4. Personenpost Arys-Milken.

| | |
|---|------------------|
| von Arys nach Groß-Konopken (Krug) | $1\frac{1}{2}$ „ |
| „ Groß-Konopken nach Milken (Post-Expedition) | $\frac{1}{2}$ „ |
| <hr/> | |
| Sa. 2 Meilen. | |

5. Personenpost Arys-Neuhof.

| | |
|---|-----------------|
| von Arys nach Czarnen (vor dem Krüge) | 1 „ |
| „ Czarnen nach Wolla (vor dem Krüge) | $\frac{1}{2}$ „ |
| „ Wolla nach Neuhof (Post-Expedition) | $\frac{1}{2}$ „ |
| <hr/> | |
| Sa. 2 Meilen. | |

Das reisende Publikum wird hiervon in Gemäßheit der Bestimmung im §. 40 des Reglements zum Gesetze über das Postwesen vom 27ten Mai 1856 in Kenntniß gesetzt.

Gumbinnen, den 15ten Juli 1856.

Königl. Ober-Post-Direktion.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Die durch die Pensionirung des Kreis-Kassenrendanten Gottschel zur Erledigung gekommene Kreis-Kassenrendantenstelle zu Johannisburg ist dem interimistischen Domainen-Intendanten, Militair-Supernumerarius Dembowski vom 1sten Juli d. J. ab verliehen.

Dem Kandidaten der Theologie Georg Bernhard Pressing aus Rüssel, gegenwärtig zu Bärenwinkel, Kirchspiels und Kreises Johannisburg, ist die Befugniß beigelegt in Familien des diesseitigen Verwaltungs-Bezirks Privatunterricht zu erteilen.

Der Buchdrucker H. Siltmann in Goldbapp ist als Agent der deutschen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in Lübeck bestätigt worden.

Der Apotheker Settegast zu Hyndkrug, Kreises gleichen Namens, ist als Agent der Königlich Lebens-Versicherungs-Gesellschaft Concordia bestätigt worden.

Der Gutsbesitzer Christoff in Gr.-Bronnen, Kreises Edken, ist als stellvertretender Spezialdirektor der Marienwerder Mobiliar-Feuer- und Hagel-Versicherungs-Gesellschaft bestätigt worden.

Der Rentier F. Tolkmitt in Nikolaiten, Kreises Sensburg, ist als Agent der Königlich Lebens-Versicherungs-Gesellschaft Concordia bestätigt worden.

Hierzu der öffentl. Anzeiger Nr. 31.

Druck von H. Krausmed.

Amtsblatt

Nr. 32.

Gumbinnen, den 6ten August

1856.

Das 40ste Stück der Gesefsammlung, welches den 28ten Juli 1856 in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

Nr. 221.
Inhalt der Gesefsammlung.

Nr. 4482 den Allerhöchsten Erlaß vom 4ten Juni 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte zum chausseemäßigen Ausbau und zur Unterhaltung der Straße von Oppeln nach Jellowa; unter

Nr. 4483 den Allerhöchsten Erlaß vom 25ten Juni 1856, betreffend die Ausführung des Baues der Saarbrücken-Trier-Luxemburger Eisenbahn durch die Direktion der Saarbrücker Eisenbahn zu Saarbrücken, so wie die Ertheilung des Expropriationsrechtes für die in Rede stehende Bahn; unter

Nr. 4484 den Allerhöchsten Erlaß vom 25ten Juni 1856, betreffend die Auflösung der Königlichen Kommission für den Bau der Köln-Messelcher Eisenbahn; unter

Nr. 4485 das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Strassburger Kreises im Betrage von 120,000 Thalern, vom 25ten Juni 1856; und unter

Nr. 4486 den Allerhöchsten Erlaß vom 7ten Juli 1856, betreffend den Erlaß der herkömmlichen Prinzessinnensteuer bei der Vermählung der Prinzessin Luise Königlich Preussische Hoheit.

Bekanntmachung der höhern Behörde.

I n s t r u k t i o n

vom 14ten Juli 1856 zur Ausführung des Gesetzes vom 14ten April 1856, betreffend die Landgemeinde-Versassungen in den sechs östlichen Provinzen der Preussischen Monarchie.

Auf den Grund des §. 18 des Gesetzes vom 14ten April 1856, betreffend die Landgemeinde-Versassungen in den sechs östlichen Provinzen der Monarchie, wird zur Ausführung dieses Gesetzes nachstehende Instruktion ertheilt:

Amstbl. Nr. 32.

Artikel 1.

Nr. 222.
Instruktion vom 14. Juli 1856 zur Ausführung des Gesetzes vom 14. April 1856, betreffend die Landgemeinde-Versassungen in den 6 östlichen Provinzen der Preuss. Monarchie.

Artikel 1.

Nachdem der Artikel 105 der Verfassungs-Urkunde durch das Gesetz vom 24ten Mai 1853 (Gesetzsammlung Nr. 3751) und die Gemeinde- u. Ordnung vom 14ten März 1850 durch das Gesetz vom 24ten Mai 1853 (Gesetzsammlung Nr. 3755) aufgehoben, und die früheren Gesetze und Verordnungen über die Landgemeinde-Verfassungen in den sechs östlichen Provinzen wieder hergestellt, resp. aufrecht erhalten worden sind, worüber bereits nähere Erläuterung in der Instruktion vom 5ten Juni 1853 (Ministerialblatt für die gesammte innere Verwaltung de 1853 Seite 116) erteilt ist,

nachdem ferner wegen Erhaltung und Ergänzung der mit den ländlichen Kommunal-Verfassungen in den östlichen Provinzen in wesentlichen Beziehungen stehenden ländlichen Polizei-Verfassung die Gesetze vom 14ten April d. J., betreffend die Abänderung des Artikels 42 und Aufhebung des Artikels 114 der Verfassungsurkunde (Gesetzsammlung Nr. 4412) und vom 14ten April d. J., betreffend die ländlichen Orts-Obrigkeiten in den sechs östlichen Provinzen (Gesetzsammlung Nr. 4413) ergangen sind,

bedeutet das gegenwärtige Gesetz vom 14ten April d. J., betreffend die Landgemeinde-Verfassungen in den sechs östlichen Provinzen (Gesetzsammlung Nr. 4414), die im Artikel 3 des Gesetzes vom 24ten Mai 1853 vorbehaltene Fortbildung der Landgemeinde-Verfassungen durch ergänzende Bestimmungen zu den darüber bestehenden Gesetzen.

Die wichtigsten Vorschriften auf diesem Gebiet, welche insbesondere nach Inhalt des gegenwärtigen Gesetzes vom 14ten April d. J. eine Ergänzung erfahren haben, sind im Eingange desselben aufgeführt.

Eine Uebersicht des gesammten älteren Rechtszustandes in Ansehung des ländlichen Gemeinbewesens gewähren die unter dem 29ten Oktober 1855 von dem Minister des Innern erlassenen provincziellen Zusammenstellungen der Bestimmungen und Anleitungen, betreffend die Landgemeinde-Verfassungen.

Diejenigen Vorragstypen in diesen Zusammenstellungen, welche über Punkte handeln, die durch das nunmehr verkündigte Gesetz vom 14ten April d. J. betroffen werden, fallen hinweg oder modifiziren sich gemäß den Vorschriften des letzteren. Unter dieser Maßgabe sind jedoch auch fernerhin die erwähnten Zusammenstellungen anzuwenden und als ein Hülfsmittel, um das gegenwärtige Gesetz im organischen Zusammenhange mit dem gesammten älteren Rechtszustande und den wirklichen Verhältnissen und Bedürfnissen gemäß praktisch in Ausführung zu bringen, zu benutzen.

Artikel 2

Bezugs Anwendung der dispositiven Vorschrift im ersten Satz des Artikels 2 §. 1 des
 gegen

gegenwärtigen Gesetzes haben die Regierungen durch die Landräthe unter Mitwirkung der Orts-Oborgkeiten und Zuziehung der Schulzen und Schöppen diejenigen Grundstücke, welche bisher noch keinem Gemeinde- oder selbstständigen Ortsbezirke (z. B. Domanengut, Rittergut, Stifftsgut, Kämmerergut, Freigut, kaiserlichem Gut) angehört haben, namentlich dergleichen Wäldern, Krägen, Schmieden, Forstgrundstücke, Wüstungen u. mit Benutzung der landrätlichen Vorkanten über solche Realitäten, der Orts-Register, Regulirungs- und Separations-Regesse, Urbaren u. s. w. ermitteln und nach protokollarischer Vernehmung der Theilhaftigen, namentlich des Besitzers der Grundstücke, der betreffenden Gemeinden oder Ortsbesitzer, sich Vorschläge darüber machen zu lassen, mit welchem Gemeinde- oder Ortsbezirke solche Grundstücke nach Lage, Prästations-Verhältnissen u. s. w. am zweckmäßigsten zu vereinigen sein werden.

Sobald eine verhältnißmäßig erhebliche Anzahl solcher Verhandlungen mit den nöthigen Beweisstücken in dem betreffenden Kreise gesammelt sein wird, hat die Regierung den Landrath zu beauftragen, dem nächst anstehenden Kreistage die gehörig vorbereiteten und ausgearbeiteten Vorschläge zur Prüfung und Begutachtung mitzutheilen.

Von dem Landrathe ist demnachst dieses Gutachten nebst den Akten an die Regierung berichtlich einzusenden, und von dieser der Gegenstand nach ressortmäßiger Prüfung mit ihrem Gutachten zur Entscheidung des Oberpräsidenten zu bringen. Ueber jedes Grundstück, dessen Vereinigung mit einem Gemeinde- oder Ortsbezirke in Frage steht, ist in der Regel ein besonderer Bericht an die Regierung resp. an den Oberpräsidenten zu erstatten und von diesem besondere Entscheidung zu ertheilen.

Bei Beurtheilung der Frage, ob ein Grundstück bisher schon einem Gemeinde- oder Ortsbezirke angehört habe oder nicht, ist überall mit gründlicher Erörterung und vorsichtiger Würdigung der bestehenden Verhältnisse und ihres Entwickelungsganges in Ansehung der Ausbildung und Begrenzung der Gemeinde- und Ortsbezirke zu verfahren. Was insbesondere die Kirchen-, Pfarr- und Schulgrundstücke betrifft, so hat sich deren Verbindung mit den Gemeinde- und Ortsbezirken größtentheils schon dergestalt geordnet, daß hierüber im Allgemeinen von Amtswegen keine weiteren Verhandlungen anzuregen sind. Vorkommensfalls aber hat der Oberpräsident, bevor über eine für nothwendig erachtete neue Vereinigung solcher Grundstücke mit einem Gemeinde- oder Ortsbezirke Entscheidung getroffen wird, mit Anzeige zu erstatten, damit über die hierbei in Betracht kommenden Parochial- und Patronats-Verhältnisse mit den Ressort-Behörden in Kommunikation getreten werden könne.

In Ansehung der Bestimmungen in Alinea 3 und 4 des §. 1 sind die Anträge Behufs Einleitung von Verhandlungen abzuwarten; jedoch nach Rücksprache mit den Theilhaftigen wieder aufzunehmen, wenn bräugliche Anträge schon aus früherer Zeit vorliegen, aber bisher

blos aus Rücksicht auf das zu erwartende, nunmehr ergangene Gesetz über die Landgemeindevorfassungen zurückgestellt worden sind.

Wird die Vereinigung eines Gemeinde-Bezirks mit einem Gutsbezirke gemäß Article 3 §. 1 nachgesucht, so ist den Begehren Einholung der Allerhöchsten Genehmigung durch Vermittelung der Regierung und des Oberpräsidenten einzureichenden Verhandlungen gleichzeitig das in diesem Falle nach §. 2 zu errichtende Statut, nachdem dasselbe vom Oberpräsidenten zur Befähigung geeignet befunden worden, zur diesseitigen Kenntnissnahme beizufügen.

Ueberall ist bei Anwendung der Bestimmungen des §. 1 des gegenwärtigen Gesetzes das Verhältnis zu dem polizei-obrigkeitlichen Bezirke, nach näherer Vorschrift des §. 11 des Gesetzes vom 14ten April d. J., betreffend die ländlichen Orts-Obrigkeiten in den sechs östlichen Provinzen, imgleichen, in vorkommenden Fällen, zu den Stadbezirken, nach §. 2 der Städte-Ordnung vom 30sten Mai 1853, mit zu beachten.

Artikel 3.

Wenn im §. 2 für gewisse Fälle die Errichtung eines Statuts dispositiv vorgeschrieben ferner in den §§. 4, 7, 8, 11, 13 und 17 besondere Bestimmungen über die Ausübung autonomischer Befugnisse der Gemeinden gegeben sind, so hat dadurch die den Landgemeinden, unter Mitwirkung der Aufsichtsbehörden, nach älterer Verfassung und Gesetzgebung hinsichtlich der inneren Kommunal-Angelegenheiten überhaupt zustehende Autonomie nur für einzelne Gegenstände eine Ergänzung durch nähere Präzisierung, resp. Erweiterung erfahren. Es bleiben daher für andere, durch die Vorschriften dieses Gesetzes nicht betroffene Gegenstände des Kommunalwesens die statutarischen Befugnisse der Landgemeinden, wie solche sich sonst aus der bestehenden Verfassung und Gesetzgebung nach den in dem Reskript und den Zusammenstellungen vom 29sten Oktober 1855 §. 8 u. fgd. aufgeführten Bestimmungen näher ergeben, unberührt.

Uebrigens entspricht es der Stellung der Ortsobrigkeiten, daß dieselben auch bei Anwendung der §§. 2, 4, 7, 11, 13 und 17, insbesondere vor bezüglicher Einholung des Gutachtens des Kreistages, mit ihren Erklärungen vernommen werden.

Artikel 4.

In Betreff des Stimmrechts bildet die an die Spitze gestellte Vorschrift des §. 3, wonach die Theilnahme an dem Stimmrechte und die Art der Ausübung desselben in der Gemeindeversammlung durch die bestehende Ortsverfassung bestimmt wird, die Grundlage, dergestalt, daß erst in dem Falle, wenn in einer Gemeinde über das Stimmrecht neue Anordnungen gemäß §. 4 sich als ein Bedürfnis ergeben und getroffen werden müssen, die in
den

den §§. 5 und 6 enthaltenen Normen über die Zulassung zum Stimmrechte und über die Vertretung in der Ausübung desselben zur Anwendung kommen.

Nr. 1 des §. 5 setzt für den Fall solcher neuen Anordnung den Besitz eines Wohnhauses im Gemeindebezirk nur als Grenze fest, von welcher bei Verstattung zum Stimmrechte nicht abgegangen werden soll, was aber nicht ausschließt, nach Befinden der Umstände auch neben dem Hausbesitze noch einen Landbesitz von einem gewissen Umfange als Maßgabe festzustellen. Außerdem bietet aber auch die Vorschrift unter Nr. 5 des §. 5 Hülfsmittel dar, um einen nachtheiligen Einfluß des den bloßen Hausbesitzern eingeräumten Stimmrechts, den Besitzern von Adernahrungen gegenüber, zu vermeiden.

Bei eventueller Anwendung der Nr. 4 des §. 5 sind die in der Gegend bereits üblichen Einrichtungen wegen Einteilung der Gemeindeglieder in Klassen und die sich hiernach und nach den besonderen lokalen Verhältnissen empfehlende angemessene Vertheilung der Stimmen auf die Gemeindeglieder nach Quoten (z. B. ganze, halbe, viertel Stimmen u.), ferner die Beziehung und Verhältnismäßigkeit der gewährten Rechte und Vortheile zu dem Maße und zu der Vertheilung der Lasten in dem Gemeindeverbande mit Berücksichtigung der Grundsätze des §. 12 sorgfältiger Erwägung zu unterwerfen.

Die Bestimmung des §. 6, wonach in der Ausübung des Stimmrechts Minderjährige durch ihren Stiefvater, sofern derselbe im Gemeindebezirk wohnt und das zum Stimmrecht befähigende Grundstück bewirtschaftet, vertreten werden können, wird der besonderen Aufmerksamkeit im Interesse des bekannten Verhältnisses der sogenannten „Interimswirtschaft“ empfohlen.

Die Bestimmungen des §. 7 und, im Zusammenhange hiermit, des §. 13 enthalten insbesondere die im Eingange des gegenwärtigen Gesetzes angekündigte Ergänzung der Gesetze vom 3ten Januar 1845 und vom 24ten Mai 1853.

Artikel 5.

Ergiebt sich das Bedürfnis der Einführung einer dauernden Gemeinde-Vertretung durch gewählte Gemeinde-Beordnete für eine Kommune nach den aus früherer Zeit bereits vorliegenden, in Erwartung des gegenwärtigen Gemeindegesetzes zurückgestellten Anträgen oder sonst durch bestimmt hervortretende Zustände, und geht zufolge §. 8 des gegenwärtigen Gesetzes von selbst ein Antrag der Gemeinde auf Einführung einer gewählten Gemeinde-Vertretung nicht ein, so kann die Regierung die Gemeinde durch den Landrath auffordern lassen, gleichzeitig mit dem Vorschlage eines Statuts über die erforderlichen Festsetzungen, den Antrag wegen Einführung einer gewählten Gemeinde-Vertretung zum Gegenstande der Berathung und Beschlußnahme zu machen.

Bevor

Bevor jedoch die Regierung ihrerseits eine solche Anregung geben läßt, sind die betreffenden Verhältnisse einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen, wobei unter gehöriger Würdigung der in dem Viril-Stimmrecht der Gemeindeglieder von Alters her begründeten Vorzüge des ländlichen Gemeindelebens der nach Local-Verhältnissen verschiedenen Bedeutung der Vermögens-Objecte der Gemeinden, wie auch der übrigen Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes zum Zweck der Vereinfachung der Kommunal-Verwaltung, besonders des §. 3 Nr. 4 und 5 betreffend die Klassen-Eintheilung und Einführung von Gesamtstimmen (Kollektivstimmen), und des §. 10 wegen Erleichterung und näherer Feststellung der Form schriftlicher Gemeinde-Beschlüsse, Urkunden, Vollmachten u. s. w., die Bedürfnisfrage einer gründlichen Erwägung zu unterziehen ist.

Artikel 6.

Wegen Einführung der städtischen Verfassung für Landgemeinden in Gemäßheit des §. 17 in dazu geeigneten Fällen sind die desfallsigen Anträge abzuwarten, oder, wo dergleichen aus letzterer Zeit etwa bereits vorliegen, hierüber die betreffenden Landgemeinden durch den Landrath andererseits unter Erwägung der Bedürfnisfrage, mit Rücksicht auf den Einfluß des gegenwärtigen Gesetzes auf die Regelung der Kommunal-Verhältnisse des Orts, zu vernehmen.

Hält die Regierung den Antrag wegen Einführung der städtischen Verfassung in eine Landgemeinde, durch die Ausbildung eines etwa bereits eingetretenen überwiegend städtischen Lebens, mit Rücksicht auf den Umfang ihrer Bevölkerung, die Blüthe und Bedeutung der vorhandenen gewerblichen und Verkehrs-Verhältnisse, die Lage an Verbindungsstraßen, frühere historische Verhältnisse u. s. w. für begründet, so hat sie durch den Landrath einen Entwurf der für den Fall der Einführung der Städteordnung vom 30sten Mai 1853 etwa erforderlichen Modifikationen derselben aufstellen und die betreffende Landgemeinde hierüber näher vernehmen zu lassen. Es wird dabei in der Regel nach Analogie der Bestimmung in §. 1 Alinea 2 der Städte-Ordnung die einfachere städtische Verfassung ohne kollegialischen Gemeinde-Vorstand in Gemäßheit des Titel VIII. zum Grunde zu legen sein.

Der Landrath hat demnachst die Verhandlungen unter gründlicher Darstellung der statistischen Verhältnisse, dem Kreistage zur gutachtlichen Erklärung vorzulegen, und diese der Regierung einzureichen, welche darüber an den Ober-Präsidenten berichtet. Letzterer hat hierauf den Antrag, sobald derselbe zur Einholung des Gutachtens des Provinzial-Landtags hinreichend vorbereitet erscheint, an den Minister des Innern zu befördern.

Artikel 7.

Weitere Instruktionen zur Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes, welches durch den An-

Anschluß an einen bekannten Rechtszustand die Anwendung der in übersichtlicher Form gewährten ergänzenden Bestimmungen erleichtert, bleiben vorbehalten, insofern sich dazu bei der praktischen Handhabung desselben und Entscheidung spezieller Fälle ein Bedürfnis ergeben sollte, namentlich in Ansehung der Vertheilung der Gemeindefassen und Besteuerung der Staatsdiener (§. 11 bis 14); ebenso mit Rücksicht auf die besonderen und eigenthümlichen Verhältnisse einzelner Landesheile.

Berlin, den 14ten Juli 1856.

Der Minister des Innern,
v. Westphalen.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Auf Grund des Gesetzes vom 11ten März 1850 und in Bezug auf §. 1 des Reglements vom 28ten Mai 1804, so wie auf §. 21 der Maas- und Gewichtsordnung vom 16ten Mai 1816 (über den Gebrauch gestempelter Haspeln) verordnen wir für den Umfang unseres Verwaltungsbezirks wie folgt:

N 223.
Betrifft die Länge und Eintheilung des zum öffentlichen Verkauf zu bringenden Garnes.
N. d. S.
3098. Lenz.

- 1) Leinen-Garne, die für Jedermann feil gestellt werden, sollen, so wie die zur Abmessung solcher verkäuflichen Garne allein zulässige gestempelte Haspel, eine Umfangslänge von $3\frac{1}{2}$ Berliner Ellen haben und aus 20 Gebinden bestehen, von denen jedes wieder 40 Fäden enthalten muß.
- 2) Uebertretungen dieser Vorschrift werden mit einer Geldstrafe von 1 Rthlr. bis 10 Rthlr., welcher im Unvermögensfalle verhältnismäßige Gefängnißstrafe zu substituiren ist, bestraft. Die Kreis-, Distrikts- und Ortspolizei-Behörden haben auf die genaue Befolgung dieser Bestimmung strenge zu sehen. Gumbinnen, den 19ten Juli 1856.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Das Gesetz vom 17ten Mai d. J., welches in der Gesetzsammlung pro 1856, Seite 477 u. f. abgedruckt ist, enthält einige erhebliche Abänderungen des Patentes über die Errichtung der allgemeinen Wittwen-Versorgungs-Anstalt vom 28ten Dezember 1775, worauf wir die Betheiligten mit dem Bemerken aufmerksam machen, daß in denjenigen Fällen, in welchen die Frau mehr als 10 Jahre älter ist, als der Mann, dieselben Beiträge zu entrichten sind; welche der Tarif für diejenigen Fälle festsetzt, in denen das Alter der Frau das des Mannes gerade um 10 Jahre übersteigt. Gumbinnen, den 29ten Juli 1856.

N 224.
Die Abänderungen des Patents über die Errichtung der allgemeinen Wittwen-Versorgungs-Anstalt vom 28ten Dezember 1775 betriffend.
1856. Pl.

Königl. Regierung.

Dem Techniker C. E. Koss und dem Tuchfabrikanten F. H. Schröder zu Hüniger's Weinberg, bei Meissen, ist unter dem 18ten Juli 1856 ein Einführungs-Patent:

auf eine mechanische Vorrichtung für Rauhmaschinen zum Rauhen nach der Breite in der

N 225.
Patentvertheilung.

der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfassung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

N. 226.
Patentertei-
lung.

Dem Leisenschneider Carl Bieschke zu Berlin ist unter dem 19ten Juli 1836 ein Patent: auf eine durch Modell und Beschreibung nachgewiesene Maschine, Holz zu bearbeiten, namentlich Holzleisten für Schuhmacher anzufertigen, so weit dieselbe als neu und eigenthümlich befunden worden und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu behindern, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Personal - Chronik.

Dem seitherigen Predigtamts-Kandidaten und Präzentor in Jurgaischen, Robert Hühgrath, ist die erledigte zweite Predigerstelle an der evangelischen Kirche zu Kraupischken, in der Diözese Ragnit, verliehen worden.

Dem Kandidaten der Theologie Friedrich Pensky, gegenwärtig in Lehnarten, Kreises Diebke, ist die Befugniß beigelegt, im diesseitigen Verwaltungsbezirk Privatunterricht zu erteilen.

Der Kantor Elmenthaler in Rhein, Kreises Löben, ist als Agent der Magdeburger Feuer- und Hagelschaden-Versicherungs-Gesellschaften beschäftigt worden.

Dem Berittsschulzen Dietrich Blankenheim zu Naujehnen ist die Unter-Rezeptur der Oberförstereikassen Borken, Rothebude und Stallischen übertragen worden, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Dem Rittergutsbesitzer Leopold Hammer auf Regulowken, ist die Unter-Rezeptur der Oberförstereikasse Borken übertragen worden; was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Dem forstverorgungsberechtigten Jäger George Kailuweit ist die Försterstelle zu Inse, Oberförsterei Ibenhorst, nach Ablauf der Probefristzeit, definitiv verliehen worden.

Hierzu der öffentl. Anzeiger Nr. 32.

Druck von H. Knausened.

Amtsblatt

N^o 33.

Gumbinnen, den 13ten August

1856.

Das 41ste Stück der Gesefsammlung, welches den 1ten August 1856 in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

Nr. 4487 den Allerhöchsten Erlaß vom 30sten Juni 1856, betreffend die Bestätigung der in Magdeburg unter dem Namen „Magdeburger Privatbank“ zum Betriebe von Bankgeschäften gebildeten Aktiengesellschaft.

Das 42ste Stück der Gesefsammlung, welches den 8ten August 1856 in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

Nr. 4488 den Vertrag zwischen Preußen, Hannover und Kurheffen für Sich und in Vertretung der übrigen Staaten des Zollvereins einerseits und der freien Hansestadt Bremen andererseits, wegen Beförderung der gegenseitigen Verkehrs-Verhältnisse, vom 26sten Januar 1856; und unter

Nr. 4489 den Vertrag zwischen Preußen, Hannover, Kurheffen und der freien Hansestadt Bremen, wegen Suspension der Weserzölle, vom 26sten Januar 1856.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Vom 1sten September d. J. ab werden die, den Zeitraum vom 1sten October 1856 bis 30sten September 1860 umfassenden Zins-Coupons Ser. III. zu den Schuld-Verschreibungen der freiwilligen Staats-Anleihe vom Jahre 1848 ausgereicht werden.

Zu diesem Behufe sind die Schuldverschreibungen mit einem die Littera, die Nummer und den Kapital-Betrag derselben angehenden und von dem Präsentanten mit Namen, Stand und Wohnort deutlich zu unterschreibenden Verzeichnisse, wozu unsere Hauptkasse auf Verlangen gedruckte Formulare unentgeltlich verabfolgen wird, der letzteren zur weiteren Veranlassung zu übergeben, resp. mit dem portofreien Vermerke:

„Schuld-Verschreibungen der freiwilligen Staats-Anleihe von 1848 zur Befügung neuer Coupons.“

zu übersenden.

Diese Portofreiheit währt jedoch nur bis zum 1sten Mai 1857 und es werden von da ab dergleichen Sendungen auf Kosten der Einsender erfolgen.

Gumbinnen, den 26sten Juli 1856.

Königliche Regierung.

Amtsbl. Nr. 33.

Wtr

N^o 227.
Inhalt der Gesefsammlung.

N^o 228.
Die Ausfertigung neuer Zins-Coupons zu den Schuldverschreibungen der freiwilligen Staats-Anleihe vom Jahre 1848 betreffend.
P. S. 1937.

Nr. 229.
Die Öffnung der niederen Jagd betr.
X b 3.
2200. Sull.

Wir verordnen hiermit, daß die niedere Jagd in diesem Jahre mit dem 1sten September eröffnet wird.

Gumbinnen, den 5ten August 1856.

Königliche Regierung, Abteilung des Innern.

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Steuer-Direktors.

Nr. 230.
Das Verzeichniß der Uebergangsstraßen für den Verkehr mit Branntwein zwischen dem Herzogthum Nassau und den angrenzenden Vereinsstaaten betr.

Nachdem das mit der Finanz-Ministerial-Bekanntmachung vom 16ten October 1855 III. 24,326 mitgetheilte und im Amtsblatt des Vorjahres abgedruckte Verzeichniß der Uebergangsstraßen für den Verkehr mit Branntwein zwischen dem Herzogthum Nassau und den angrenzenden Vereinsstaaten und den an diesen Straßen bestehenden Uebergangsstellen, nach der Mittheilung des Herzogl. Nassauischen Staats-Ministeriums einzelne Abänderungen erlitten hat, wird ein berichtigtes desfallsiges Verzeichniß hiermit zur Kenntniß des theilhaftigen Publikums gebracht.

Königsberg, den 5ten August 1856.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

In Vertretung: Der Ober-Regierungs-Rath Voigtel.

V e r z e i c h n i s s

der Uebergangsstraßen für den Verkehr mit Branntwein zwischen dem Herzogthum Nassau und den angrenzenden Vereinsstaaten und der an diesen Straßen bestehenden Uebergangs-Steuerstellen.

| Nr. | Bezeichnung der Uebergangsstraßen. | Uebergangssteuerstellen | | |
|-----|--|-------------------------|-------------------------------|------------|
| | | im Herzogthum Nassau. | in den übrigen Vereinsstaaten | |
| | | | Staat. | Ort. |
| 1 | Von Buzbach nach Brandobersdorf | Brandobersdorf | Großh. Hessen | Buzbach |
| 2 | Von Friedberg nach Ufsingen und Wehrheim . . | Ufsingen | Großh. Hessen | Odermörlen |
| 3 | Von Frankfurt und Homburg nach Wehrheim . . | Wehrheim | Großh. Hessen | Homburg |
| 4 | Von Homburg nach Dberursel | Dberursel | Großh. Hessen | Homburg |
| 5 | Von Rödelheim über Nied nach Höchst | Höchst | Großh. Hessen | Rödelheim |
| 6 | Von Frankfurt über Nied nach Höchst | Höchst | Frankfurt | Frankfurt |
| 7 | Auf dem Main
} nach Höchst
} Flörsheim
} Hochheim | Höchst | | Kaiserbach |
| | | Flörsheim | Großh. Hessen | Rüsselheim |
| | | Hochheim | | Kostheim |
| 8 | Von Mainz, Castel und Kostheim nach Hochheim | Hochheim | Großh. Hessen | Castel |
| 9 | Von Mainz, Castel und Kostheim nach Biebrich und Wiesbaden | Biebrich | Großh. Hessen | Castel |

| Ordn. Nr. | Bezeichnung der Uebergangsstrassen. | Uebergangssteuerstellen | | |
|-----------|--|--|---|---|
| | | im
Herzogthum
Rassau. | in den übrigen Vereinsstaaten | |
| | | | Staat. | Ort. |
| 10 | Auf der Taunus-
Eisenbahn | nach Höchst
„ Flörsheim
„ Hochheim
„ Biebrich
„ Wiesbaden | Höchst
Flörsheim
Hochheim
Biebrich
Wiesbaden | Frankfurt
Frankfurt
Großh. Hessen
Kassel |
| 11 | Auf dem Rhein | nach Biebrich
„ Eltville
„ Deßlich
„ Geisenheim
„ Rüdesheim | Biebrich
Eltville
Deßlich
Geisenheim
Rüdesheim | Mainz
Kassel
Großh. Hessen
Budenheim
Freiweinheim
Bingen |
| 12 | Auf dem Rhein | nach Gaub
„ St. Goarshausen
„ Braubach
„ Oberlahnstein
„ Niederlahnstein | Gaub
St. Goarshausen
Braubach
Oberlahnstein
Niederlahnstein | Bacharach
Oberwesel
St. Goar
Boppard
Coblenz
Ehrenbreitstein |
| 13 | Von Coblenz nach Niederlahnstein | Niederlahnstein | | |
| 14 | Von Coblenz nach Ems | Ems | Preußen | Ehrenbreitstein |
| 15 | Von Coblenz nach Montabaur | Neuhäusel | | |
| 16 | Von Dierdorf nach Herschbach | Marienhäusen | Preußen | Dierdorf |
| 17 | Von Altenkirchen nach Herschbach | Wahlrod | Preußen | Altenkirchen |
| 18 | Von Altenkirchen nach Hachenburg | Hachenburg | | |
| 19 | Von Siegen nach Dillenburg | Alendorf | Preußen | Wilsdorf |
| 20 | Von Biedenkopf nach Dillenburg | Eibelshausen | Großh. Hessen | Simmersbach |
| 21 | Von Birschhoven nach Herborn | Offenbach | | Bischhoven |
| 22 | Von Wehlar nach Herborn | Sinn | | Edingen |
| 23 | Von Wehlar nach Weilburg | Weilburg | Preußen | Braunsfels |

Personal - Chronik.

Der Kaufmann Julius Magnus in Eyd ist als Agent der Lebens- und Pensions-Versicherungsgesellschaft „Janus“ zu Hamburg beßätigt worden.

Der

Der Gutsbesitzer Salgmann in Gzymochen, Kreises Margagrabowa, ist als Spezial-Direktor der Mobiliar-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Marienwerder bestätigt worden.

Der bisher auf Probe beschäftigt gewesene Ghaussee-Aufscher Christoph Lawitzki, ist vom 1sten Juli 1856 ab auf der Ghausseestrecke von Insterburg nach Wingeninken der Tap-laden-Gybluhner-Straße auf Kündigung angestellt worden.

Der Kaufmann B. Kieselwetter aus Pilsallen ist als Agent der Kölnischen Lebens-versicherungs-Gesellschaft „Concordia“ bestätigt worden.

Personal-Veränderungen im Departement des Appellationsgerichts zu Insterburg im Monat Juli 1856.

A. Beim Appellationsgericht:

Referendarius Bättnier auf seinen Antrag aus dem Justiz-Dienst entlassen,
Auskultator Gryfiewski zum Referendarius ernannt.

B. Bei den Kreisgerichten:

Gerichts-Assessor Hubert als Kreisrichter beim Kreisgericht in Stallupönen ange-
stellt und

Bote und Gefangenwärter Preuggas in Schirwindt pensionirt.

Zusammenstellung der Personal-Veränderungen im Bezirke der Ober-Post- Direktion in Gumbinnen pro Juli 1856.

Der Post-Expedient Dittrich ist von Tilsit nach Bögen versetzt und mit der Verwal-
tung der Post-Expedition 1. Klasse daselbst beauftragt worden.

Die Verwaltung der Post-Expedition in Neuhoß ist dem Posthalter Prange, der Post-
Expedition in Milken dem Posthalter Pichler, der Post-Expedition in Orlowen dem Posthal-
ter v. Kobylinski und der Post-Expedition in Kruglanen dem Krugbesitzer Kossak unter
Ernennung zum Post-Expediteur übertragen worden.

Der invalide Sergeant Sobartner ist als Kondukteur auf dem Insterburg-Lycker Per-
sonenpost-Course bei dem Postamte in Insterburg und der invalide Kürassier Klumbies als
Postbegleiter bei dem Postamte in Tilsit auf Kündigung angestellt worden.

Der Kondukteur Szojczpansky in Insterburg ist entlassen.

Beilage zum Amtsblatt

№. 33.

Gumbinnen, den 13ten August

1856.

Verzeichniß der auf der Königl. Albertus-Universität zu Königsberg in Pr. im Winter-Halbjahre vom 13ten Oktober 1856 an zu haltenden Vorlesungen und der öffentlichen akademischen Anstalten.

A. Vorlesungen.

1. Theologie.

Die heiligen Alterthümer erklärt Prof. Dr. Sommer 3ständlich privatim.

Die Einleitung in die Hagiographen trägt derselbe 2ständlich öffentlich vor.

Die Psalmen erklärt derselbe 4ständlich privatim.

Eine historisch-kritische Einleitung in die Schriften des neuen Testaments giebt Professor Dr. Sieffert 4ständlich privatim.

Die Leidensgeschichte nach den vier Evangelien erklärt Lic. Dr. Weiß 3ständlich unentgeltlich.

Das Evangelium Johannis erklärt Professor Dr. Erdmann 3ständlich privatim.

Die Briefe Pauli an die Epheser und Kolosser erklärt Professor Dr. Erdmann 2ständlich öffentlich.

Den zweiten Theil der Kirchengeschichte trägt Professor Dr. Erdmann 3ständlich privatim vor.

Den dritten Theil der Kirchengeschichte lehrt Professor Dr. Erdmann 3ständlich privatim.

Die Dogmengeschichte trägt derselbe 6ständlich privatim vor.

Ueber die apostolischen Väter und Apologeten trägt Professor Dr. Erdmann 2ständlich öffentlich vor.

Die Liturgik lehrt Professor Cosack 4ständlich privatim.

Ein Conversatorium über Ethik hält Professor Dr. Sieffert 2ständlich öffentlich.

Die exegetisch-kritische alttestamentliche Abtheilung des theologischen Seminars leitet Professor Dr. Sommer 2ständlich öffentlich.

Die exegetisch-kritische neutestamentliche Abtheilung des theologischen Seminars leitet Professor Dr. Erdmann 2ständlich öffentlich.

Die historische Abtheilung des theologischen Seminars leitet Professor Dr. Erbklam 2stündlich öffentlich.

Das Katechetisch-homiletische Seminar leitet Professor Gosack 2stündlich öffentlich.

2. Jurisprudenz.

Juristische Encyclopädie und Methodologie lehrt Professor Dr. John 5stündl. privatim.

Römische Rechtsgeschichte trägt Professor Dr. Sanio 5stündlich privatim vor.

Institutionen trägt derselbe 6stündlich privatim vor.

Den zweiten Theil der Pandekten oder Familien- und Erbrecht lehrt derselbe 5stündlich privatim.

Ueber die wesentlichen Unterschiede des römischen und deutschen Rechts spricht Professor Dr. v. Kaltenborn 1stündlich öffentlich.

Europäisches Völkerecht und Diplomatie trägt derselbe 4stündlich privatim vor.

Deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte lehrt Professor Dr. Jacobsen 6stündlich privatim.

Deutsches Privat- und Lehnrecht lehrt Professor Dr. Stobbe 8stündlich privatim.

Deutsches und Preussisches Staatsrecht derselbe 4stündlich privatim.

Preussisches Privatrecht trägt Professor Dr. Simson 5stündlich privatim vor.

Eine Interpretation des Sachsenspiegels giebt Professor Dr. Stobbe 2stündl. öffentlich.

Das Kirchenrecht lehrt Prof. Dr. Jacobson nach Richter's Lehrbuch 6stündl. privatim.

Handels-, Wechsel- und Seerecht trägt Prof. Dr. v. Kaltenborn 4stündl. privatim vor.

Ueber den gemeinen und preussischen Civilprozeß trägt Professor Dr. Jacobson 6stündlich privatim vor.

Kriminalrecht lehrt Professor Dr. John 6stündlich privatim.

Eine Erläuterung der Artikel der Preussischen Verfassungs-Urkunde, welche sich auf Religionsgesellschaften und Unterrichtsanstalten beziehen, giebt Professor Dr. Jacobson öffentlich. Praktisch-kriminalistische Uebungen leitet Professor Dr. John öffentlich.

Die Uebungen der römisch-rechtlichen Abtheilung des juristischen Seminars setzt Professor Dr. Sanio öffentlich fort.

Die Uebungen der kanonisch-germanistischen Abtheilung des juristischen Seminars führt fort zu leiten Professor Dr. Jacobson öffentlich.

Die Uebungen der civil-prozessualischen Abtheilung des juristischen Seminars setzt Professor Dr. Simson öffentlich fort.

3. Medizin.

Die Lehre von den Eingeweiden und Gefäßen des menschlichen Körpers trägt Professor Dr. Rathke 6stündlich privatim vor.

Muskel-

Muskel- und Nervenlehre des menschlichen Körpers trägt Professor Dr. Burdach 3stündlich privatim vor.

Physiologie der animalen Prozesse lehrt Professor Dr. v. Wittich 4stündlich privatim.

Allgemeine Pathologie derselbe 4stündlich öffentlich.

Den zweiten Theil der speziellen Pathologie und Therapie trägt Professor Dr. Möller 4stündlich privatim vor.

Stethoscope lehrt Professor Dr. Hirsch 3stündlich öffentlich.

Ueber Frauenkrankheiten spricht Dr. Wohlgemuth 4stündlich unentgeltlich.

Pharmacie lehrt Dr. Spirgatis 4stündlich privatim.

Gerichtliche Chemie derselbe 2stündlich unentgeltlich.

Krönmittellehre trägt Professor Dr. Kruse 4stündlich privatim vor.

Rezeptirkunst derselbe 2stündlich öffentlich.

Die Toxikologie verbunden mit Experimenten an Thieren trägt Dr. Walb 2stündlich unentgeltlich vor.

Allgemeine und spezielle Chirurgie trägt Professor Dr. Seerig 6stündlich privatim vor.

Chirurgie trägt Professor Dr. Burow 6stündlich privatim vor.

Die gesammte Geburtshilfe lehrt Professor Dr. Hayn 6stündlich privatim.

Bandagenlehre trägt Dr. Sämman unentgeltlich vor.

Gerichtliche Medizin lehrt Dr. Walb 3stündlich privatim.

Die Kunst gerichtliche Leichenöffnungen anzustellen lehrt Professor Dr. Burdach 2stündlich öffentlich.

Anatomische Präparirübungen leitet derselbe 6stündlich privatissime.

Augenoperationen leitet Dr. Sämman unentgeltlich.

Ein Examinatorium über die wichtigsten Abschnitte aus dem gesammten Gebiete der Chirurgie und Augenheilkunde hält Professor Dr. Seerig 2stündlich öffentlich.

Die medizinische Klinik hält Professor Dr. Hirsch täglich 2stündlich öffentlich.

Die medizinische Poliklinik Professor Dr. Möller ebenso.

Die stationaire Klinik für Chirurgie und Augenheilkunde Professor Dr. Seerig täglich 1stündlich privatim.

Die Poliklinik für Chirurgie und Ophthalmologie derselbe ebenso öffentlich.

Die chirurgische Poliklinik Professor Dr. Burow täglich 2stündlich öffentlich.

Die Klinik und Poliklinik für Geburtshilfe und die Krankheiten der Frauenzimmer und Neugeborenen hält Professor Dr. Hayn täglich öffentlich.

))

4. Philosophie

4. Philosophie und Pädagogik.

Allgemeine Geschichte der Philosophie lehrt Prof. Dr. Rosenkranz 4stündlich privatim.
Logik und Einleitung in die Philosophie trägt Professor Dr. Laute 4stündlich öffentlich vor.

Logik und Metaphysik lehrt Professor Dr. Rosenkranz 4stündlich öffentlich.

Psychologie trägt Professor Dr. Laute 4stündlich privatim vor.

Ueber Pädagogik spricht Dr. Gassell 2stündlich unentgeltlich.

5. Mathematik und Astronomie.

Einleitung in die Analysis des Unendlichen trägt Professor Dr. Luther 4stündlich privatim vor.

Auserwählte Kapitel der höheren Analysis trägt Professor Dr. Richelot 2stündlich öffentlich vor.

Elementarische Funktionen lehrt derselbe 6stündlich privatim.

Ueber die Bestimmung der Planeten- und Kometen-Bahnen spricht Dr. Wichmann privatim.

Die Theorie des Heliotometers lehrt Professor Dr. Luther 2stündlich öffentlich.

Die mathematische Abtheilung des mathematisch-physikalischen Seminars leitet Professor Dr. Richelot öffentlich.

6. Naturwissenschaften.

Allgemeine Naturgeschichte trägt Professor Dr. Zaddach 4stündlich privatim vor.

Entwickelungs-Geschichte der Wirbelthiere lehrt Professor Dr. Rathke 4stündlich öffentlich.

Generelle Botanik trägt Professor Dr. Meyer 4stündlich privatim vor.

Ueber Kryptogamen spricht derselbe 2stündlich öffentlich.

Mineralogie trägt Professor Dr. Neumann 4stündlich privatim vor.

Dieselbe trägt Professor Dr. Zaddach 2stündlich öffentlich vor.

Experimentalphysik lehrt Professor Dr. Moser 4stündlich privatim.

Physik der Sinneswerkzeuge derselbe 2stündlich öffentlich.

Auserwählte Kapitel der mathematischen Physik behandelt Professor Dr. Neumann 2stündlich öffentlich.

Experimental-Chemie lehrt Professor Dr. Werther 5stündlich privatim.

Analysische Chemie derselbe 2stündlich öffentlich.

Analysische Uebungen leitet Dr. Spigatis privatim.

Die

Die Uebungen der physikalischen Abtheilung des mathematisch-physikalischen Seminars leitet Professor Dr. Neumann öffentlich,

7. Staats- und Kameral-Wissenschaften.

Staatslehre verbunden mit der Encyclopädie der Staats- und Kameralwissenschaften trägt Professor Dr. Glafer 5stündlich privatim vor.

Deutsches Staatsrecht mit vorzüglicher Beziehung auf Preußen lehrt Prof. Dr. Schubert 4stündlich privatim.

National-Oekonomie derselbe 5stündlich privatim.

Gewerbelehre trägt Professor Dr. Glafer 4stündlich privatim vor.

Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung der europäischen Völker seit dem Anfange des Mittelalters trägt derselbe 2stündlich öffentlich vor.

8. Geschichte, Geographie und historische Hilfswissenschaften.

Kulturgeschichte trägt Professor Dr. Schubert 4stündig privatim vor

Die Geschichte Griechenlands bis auf Alexander dem Großen trägt Dr. v. Hasenkamp 2stündlich unentgeltlich vor.

Griechische Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Staats-Verfassungen und ihrer Veränderungen trägt Dr. Fischer 4stündlich privatim vor.

Die Geschichte Rom's trägt Dr. v. Hasenkamp 4stündlich privatim vor.

Die Geschichte des Mittelalters lehrt Professor Dr. Boigt privatim.

Fortsetzung der neuesten Geschichte trägt Prof. Dr. Schubert 1stündlich öffentlich vor.

Diplomatik lehrt Professor Dr. Boigt 2stündlich öffentlich.

Diplomatische Uebungen und Anwendung der Diplomatik im Studium der Geschichte derselbe 2stündlich öffentlich.

Vergleichende Geographie des Mittelmeeres lehrt Dr. Merlecker unentgeltlich.

Die Uebungen des historischen Seminars leitet Professor Dr. Schubert 2stündlich öffentlich.

9. Philologie und Sprachkunde.

a) Klassische Philologie, griechische und lateinische Sprachkunde.

Philologische Encyclopädie trägt Professor Dr. Lehrs 4stündlich öffentlich vor.

Ueber Römische Alterthümer trägt Professor Dr. Lohde 4stündlich öffentlich vor.

Ueber Pompeji und Herculaneum spricht Professor Dr. Friedländer 1stündl. öffentlich.

Die Politik des Aristoteles trägt Dr. Fischer 2stündlich unentgeltlich vor.

Die Odyssee interpretirt Professor Dr. Friedländer 2stündlich öffentlich.

Cicero's

Cicero's Rerimische Rede über die Kunstwerke interpretirt Professor Dr. Lehrs 2ständlich öffentlich.

Cicero „de natura Deorum“ erklärt Dr. Fischer 1ständlich unentgeltlich.

In der 1. Abtheilung des philologischen Seminars erklärt Professor Dr. Ebel 3ständlich öffentlich des Plautus Trinummus und leitet die schriftlichen Uebungen.

Die Uebungen der 2. Abtheilung des philologischen Seminars leitet Professor Dr. Lehrs 2ständig öffentlich.

b) Morgenländische Sprachen.

Hebräische Archäologie trägt Professor Dr. Saalschütz 2ständlich unentgeltlich vor.

Die Genesis erklärt derselbe 2ständig privatim.

Hebräische Uebungen leitet Professor Dr. Nishausen 2ständig privatim.

Die Chaldäische Sprache lehrt Professor Dr. Nesselmann 2ständig öffentlich.

Die arabishe Sprache lehrt Professor Dr. Nishausen 2ständig öffentlich.

Die Sanscritsprache lehrt Professor Dr. Nesselmann 2ständig öffentlich.

Vergleichende Grammatik des indogermanischen Sprachstammes lehrt derselbe 4ständig privatim.

c) Abendländische Sprachen.

Das mittelhochdeutsche Gedicht „Gudrun“ erklärt Dr. Zander 2ständig unentgeltlich.

Die Geschichte der englischen Literatur trägt Dr. Michaelis 2ständl. unentgeltlich vor.

Ausgewählte Gedichte von Longfellow erklärt Dr. Herbst 2ständig unentgeltlich.

Die Grammatik der französischen Sprache lehrt Dr. Michaelis 2ständig privatim.

Französische Sprech- und Schreibübungen setzt Dr. Herbst 2ständig unentgeltlich fort.

Ausgewählte Gedichte von B. Hugo, Lamartine, Delavigne und Béranger erklärt Dr. Michaelis 2ständig unentgeltlich.

Eine Erklärung von Moratin's Drama „El si de las ninas“ giebt Dr. Herbst 2ständig unentgeltlich.

Alexandro Dazoni's Trauerspiel „Adelchi“ erklärt derselbe 2ständig unentgeltlich.

Das polnische Seminar leitet Dr. Gregor 2ständig unentgeltlich.

Das litthauische Seminar leitet Prediger Kurschat unentgeltlich.

10. Schöne Wissenschaften und gymnastische Künste.

Geschichte der griechischen Kunst trägt Prof. Dr. Friedländer 2ständl. unentgeltl. vor.

Die Grundsätze der antiken Baukunst trägt Professor Dr. Hagen 2ständl. öffentl. vor.

Ueber spanische, französische und englische Maler spricht derselbe 2ständig öffentlich.

Ueber die Kunst der Deutschen derselbe 2ständig öffentlich.

Die praktischen Eingübungen der Studirenden der Theologie und Schutwissenschaften leitet Musikdirektor Sämamh Stündlich unentgeltlich.

Derselbe ertbeilt Stündlich unentgeltlich Unterricht im Generalbaf, Contrapunkt und Orgelspiel für Studirende der Theologie.

Die Reikunst lebrt Stallmeister Schmidt.

B. Deffentliche akademisch Anstalten.

1. Seminarien. a) Theologisch: die exegetisch-kritische Abtheilung des A. Es. leitet Professor Dr. Sommer; die des N. Es. Professor Dr. Erdmann; die historische Abtheilung Professor Dr. Erklam; das homiletisch-katechetische Seminar leitet Professor Gosack. b) Litthauisches: unter Leitung des Prediger Kurfchat. c) Polnisch: unter Leitung des Pfarrer Dr. Gregor. d) Juristisch: die römisch-rechtliche Abtheilung leitet Professor Dr. Sanio; die kanonisch-germanistische Professor Dr. Jacobson; die civil-prozessualische Prof. Dr. Simson. e) Philologisch: unter Leitung der Professoren Dr. Ebeck und Dr. Lehrs. f) Historisch: unter Leitung des Professor Dr. Schubert. g) Mathematisch-physikalisches: unter Leitung der Professoren Dr. Neumann und Dr. Nichelot.

2. Klinische Anstalten: a) Medicinisches Klinikum: Direktor ist Professor Dr. Hirsch. b) Medicinisches Poliklinikum: Professor Dr. Müller. c) Chirurgisches Klinikum: Direktor Professor Dr. Steig. d) Das chirurgische Poliklinikum leitet Prof. Dr. Burow. e) Das geburtsärztliche Klinikum und Poliklinikum: Direktor Professor Dr. Hayn.

3. Das anatomische Institut leitet Professor Dr. Rathke.

4. Die Königlische und Universitäts-Bibliothek, unter Direktion des Ober-Bibliothekar Professor Dr. Dischhausen stehend, wird Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 11 bis 1 Uhr Morgens und Mittwoch und Sonnabend von 2 bis 4 Uhr Nachmittags geöffnet; Die Rathke- und Wallenrodtsche Dienstag und Freitag von 2 bis 4 Uhr Nachmittags; die akademische Hand-Bibliothek Montag und Freitag von 2 bis 4 Uhr.

5. Die Sternwarte steht unter der intermiffischen Direktion des Professors Dr. Luther und Dr. Wichmann.

6. Das zoologische Museum unter Aufsicht des Professor Dr. Rathke.

7. Der botanische Garten unter Aufsicht des Professor Dr. Meyer.

8. Das Mineralien-Kabinet ist dem Professor Dr. Neumann übergeben.

9. Maschinen

9. Maschinen und Instrumente, welche die Einbindungskunst betreffen, sind dem Professor Dr. Hayn übergeben.
 10. Die Münzsammlung der Universität beauftragt Professor Dr. Nesselmann.
 11. Die Sammlung von Gypsabgüssen nach Antiken beauftragt Prof. Dr. Hagen II.
-

P e r s o n a l = C h r o n i k .

Der Grundbesitzer und Apotheker Paul Stephani aus Bialla, Kreises Johannisburg, ist als Agent der Magdeburger Feuer- und Hagel-Versicherungs-Gesellschaft bestätigt worden.

Amtsblatt

N. 34.

Gumbinnen, den 20sten August

1856.

Das 43ste Stück der Gesefsammlung, welches den 15ten August 1856 in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

N. 231.
Inhalt der Gesefsammlung.

- Nr. 4490 den Allerhöchsten Erlaß vom 30sten Juni 1856, betreffend die Umschreibung der nach dem Allerhöchsten Privilegium vom 20sten August 1853 ausgesetzten, aber noch nicht ausgegebenen Kreis-Obligationen des Schlawer Kreises über 1000 Rthlr. und über 500 Rthlr. in Apoints von 200 Rthlr., 100 Rthlr. und 50 Rthlr.; unter
- Nr. 4491 den Vertrag zwischen Preußen und Waldeck wegen Bestellung des Ober-Tribunals in Berlin zum obersten Gerichtshofe in Civilprozeßsachen für die Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont, vom 5ten Juli 1856; ratifizirt am 18ten Juli 1856; unter
- Nr. 4492 die Bestätigungs-Urkunde, betreffend den vierten Nachtrag zu den Statuten der Wilhelmsbahn-Gesellschaft, vom 9ten Juli 1856; unter
- Nr. 4493 das Privilegium wegen Ausgabe von Zwei Millionen Papieren auf den Inhaber lautender, vier und ein halbpromilliger Prioritäts-Obligationen der Wilhelmsbahn-Gesellschaft, vom 9ten Juli 1856; unter
- Nr. 4494 den Allerhöchsten Erlaß vom 9ten Juli 1856, betreffend die Genehmigung zur Ausdehnung des Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Unternehmens auf die Anlage und Benutzung einer Eisenbahn von Reichenbach nach Frankenstein; unter
- Nr. 4495 den Allerhöchsten Erlaß vom 21sten Juli 1856, betreffend die Zulassung fardinischer Schiffe zur Küstenfrachtfahrt von einem preussischen Hafen nach einem andern inländischen Plage, und unter
- Nr. 4496 den Zweiten Nachtrag zu dem Regulativ vom 6ten September 1848, die Anlage von Dampfsehlen betreffend, vom 6ten August 1856.

Bekanntmachung der höheren Behörde.

Daß auf Grund des Gesetzes für das Postwesen vom 5ten Juni 1852 — §. 50 — erlassenes Reglement vom 27sten Mai 1856 gestattet im §. 15 die Befendung von gedruckten Antunbigungen

N. 232.
General-Verordnung für das Postwesen.

Antest. Nr. 34.

digungen und Anzeigen unter Streif- oder Kreuzband. Aus den übrigen im §. 15 genannten Kategorien ergibt sich jedoch, daß hier nur solche Ankündigungen und Anzeigen gemeint sind, welche, wenn sie auch an eine bestimmte Person adressirt zur Post gegeben werden, doch, ihrem Inhalte nach, ebenso wie die im §. 15 speziell angeführten Musikalien, Kataloge, Prospekte, Preis-Courante und Lotterie-Gewinnlisten ein allgemeines Interesse haben, also nicht für eine bestimmte Person oder für eine beschränkte Anzahl von Personen bestimmt und lediglich für diese von Interesse sind. Es sind demnach gedruckte Anzeigen über die an eine bestimmte Person erfolgte Absendung von Baaren, Bestellungen von Büchern und anderen Gegenständen, Einladungen zu Familienfesten und andere dergleichen gedruckte Mittheilungen zur Versendung unter Streif- oder Kreuzband nicht geeignet.

Diese bereits durch Entscheidung des Königl. Ober-Tribunals als richtig anerkannte Auslegung des §. 15 des gedachten Reglements wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Berlin, den 9ten August 1856.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

In Vertretung: (gez.) v. Pommer-Esche.

Bekanntmachung des Königl. Konsistoriums.

N. 233.
Die Abhaltung
einer Kirchen-
kollekte für die
Garde der
Gussav-Abolp-
Stiftung betr.

Durch Rescript vom 30sten Juli d. J. hat uns der evangelische Ober-Kirchenrath in Veranlassung des Gesamtausschusses der evangelischen Gussav-Abolp's-Bereine in Preußen und im Einverständnisse mit dem Herrn Minister der geistlichen u. Angelegenheiten ermächtigt, bei der diesjährigen Feier des Reformationstages abermals wie bisher die Abhaltung einer Kirchenkollekte für die Zwecke der Gussav-Abolp-Stiftung zu gestatten. Wir machen dies den evangelischen Geistlichen und Gemeinden der Provinz Preußen zur weiteren Veranlassung und Empfehlung hierdurch bekannt. Königsberg, den 8ten August 1856.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

N. 234.
Verordnung
wegen Einrich-
tung von Dienst-
büchern für die
Schiffleute im
Regierungs-
Bezirk Gumbin-
nen.
X. d. J.
242. Juli.

Auf Grund des §. 6 Litt. b des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11ten März 1850 wird zur bessern Beaufsichtigung der Schiffleute auf preussischen Flußschiffen und zur Hebung der Disziplin Nachstehendes angeordnet:

§. 1. Jeder Dienstmann auf einem preussischen Flußschiffe oder Flöße-Lehrling, Junge, Schiffsknecht, Zugknecht, Fräger, Gefelle, Matrose, Bootsmaun, Steuermann — muß mit einem Dienstbuche versehen sein und dasselbe auf jeder Reise bei sich führen.

§. 2. Die Dienstbücher werden nach dem anliegenden Muster gedruckt. Sie gewähren Raum zur Eintragung von sechs Dienst-Attesten und sind bei denjenigen Königl. Zoll- und Steuer-Ämtern käuflich zu haben, welche demnachst werden bezeichnet werden.

§. 3. Wer nach den Bestimmungen dieser Verordnung mit einem Dienstbuche ver-
sehen

sehen sein muß, hat solches der Polizei-Behörde seines Wohnorts Behufs der Ausfertigung und Eintragung des Signalements vorzulegen. Die Eintragung erfolgt kostenfrei.

§. 4. Schiffseigner, Schiffs- oder Floßführer, haben bei jeder Annahme eines Dienstmanns sich dessen Dienstbuch vorlegen zu lassen und darin über das einzugehende Dienst-Verhältniß das Erforderliche einzutragen. In Beziehung auf die schon vor Publikation der gegenwärtigen Verordnung eingegangenen Dienstverhältnisse ist die Befolgung dieser Vorschriften binnen drei Monaten nachzuholen.

§. 5. Der Dienstmann darf in seinem Dienstbuche keine Aenderungen oder Zusätze machen oder durch Unberechtigtes machen lassen.

§. 6. Das Dienstbuch muß sowohl dem Dienstherrn als einer jeden Polizei-Behörde auf Verlangen jederzeit vorgelegt werden.

Die nach dem Muster zu §. 2 vorschriftsmäßig ausgefüllten Dienstbücher gelten für ihre Inhaber, sofern sie preussische Unterthanen sind, in den diesseitigen Staaten als genügend der persönlicher Ausweis und vertreten die Stelle der passpolizeilichen Legitimation.

§. 7. Den Polizei-Behörden liegt es ob, Beschwerden des Dienstmannes über ein, demselben erteiltes oder verweigertes Zeugniß zu erheben und die dadurch etwa herbeigeführten Aenderungen und Zusätze im Dienstbuche nachzutragen.

§. 8. Auf jedem preussischen Flußschiffe ist ein Verzeichniß der Personen, welche auf demselben in Dienst getreten sind, zu führen und aufzubewahren. Den Namen jedes entlassenen Dienstmannes ist eine Bemerkung über Anfang und Ende seiner Dienstzeit und eine wörtliche Abschrift des ihm bei seinem Abgange erteilten Zeugnisses beizusetzen.

Dieses Verzeichniß ist jeder Schiffahrt- und Polizei-Behörde auf Verlangen zur Einsicht vorzulegen.

§. 9. Uebertretungen der obigen Vorschriften werden mit Geldstrafen bis zu dem Betrage von 10 Rthlr. und in Unvermögensfällen mit verhältnismäßiger Gefängnißstrafe geahndet.

§. 10. Die gegenwärtige Verordnung tritt mit dem 1sten Februar 1857 in Kraft.

Berlin, den 8ten Juli 1856.

Der Minister des Innern.

Der Finanzminister.

(gez.) v. Westphalen.

(gez.) v. Bodelschwingh.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

In Vertretung: (gez.) v. Pommer-Esche.

Vorstehende Verordnung wird hiedurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Gumbinnen, den 26ten Juli 1856. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Da die Beaufsichtigung des Betriebes beweglicher Dampfkessel (Lokomobilen), wo solche zum Betriebe

M 235.
Die Beaufsichtigung des Be-

zuweilen benutz-
t. (Hofcom-
mission) betr.
X d. J.
3038. August.

Betriebe des Bergbaues verwendet werden, nach den bei den stehenden Dampfmaschinen gemachten Erfahrungen am zweckmäßigsten durch die Berg-Betriebsden erfolgt, so bestimme ich in Bezug auf den Erlass vom 13ten März 1855, daß in dergleichen Fällen der Betrieb der Lokomobilen fortan durch das betreffende Bergamt beaufsichtigt werden soll. Die Ober-Bergämter sind veranlaßt, das Erforderliche hierüber anzuordnen.

In Betreff der Prüfung der Lokomobilen befaßt Ertheilung der polizeilichen Genehmigung zu deren Inbetriebsetzung überhaupt, welche am Orte ihrer Verfertigung zu geschehen pflegt, bewendet es bei der Bestimmung des Erlasses vom 13ten März 1855.

Berlin, den 4ten August 1856.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

In Vertretung: (gez.) v. Pommer-Esche.

Vorstehender Erlass des Königl. Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Gumbinnen, den 1ten August 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 236.

Die Abtheilung
des Vieh- und
Pferdemärkte in
den Grenzstrichen
während der
Monat August.
September und
Oktober d. J.,
wegen der Kin-
derpest in Polen
betreffend.

X. d. J.

3038. August.

Nr. 237.

Patentverlei-

hung.

Der Vieh- und Pferdemarkt, welcher am 27ten d. M. in Pilsfallen stattfinden sollte, sowie sämtliche Vieh- und Pferdemärkte in den 9 Grenzstrichen: Preydekrug, Wilst, Ragnik, Pilsfallen, Stallupönen, Goldapp, Diehlo, Eyl und Johannisburg, dürfen in den Monaten September und Oktober d. J., da die Kinderpest in Rußland wiederum mit größerer Heftigkeit ausgebrochen und in Polen noch allgemein verbreitet ist, nicht abgehalten werden.

Gumbinnen, den 16ten August 1856. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem Maschinen-Fabrikanten E. Dremig zu Elbern ist unter dem 4ten August 1856 ein Patent:

auf einen, durch Zeichnung und Beschreibung erläuterten Apparat zur Ausbügung des erzeugten Bringschiffes, so weit derselbe als neu und eigenthümlich erkannt ist, und ohne jemand in der Benutzung der bekannten Theile zu beschränken,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 238.

Patentverlei-

hung.

Dem Mechaniker Herrmann Prothmann zu Königsberg Pr. ist unter dem 10ten August 1856 ein Patent:

auf einen elektro-magnetischen Induktions-Apparat, in soweit derselbe nach der vorgelegten Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthümlich erachtet worden ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 34 und die Beilage zum Amtsblatt Nr. 33.

Druck von Fr. Krausend.

Dienstbuch

für den

(Schiffsgesellen, Schiffsjungen u. s. w.)

Ausgefertigt zu den 18 . .

(Unterschrift der ausfertigenden Behörde.)

Bezeichnung des Inhabers.

Name:

Geburtsort:

Alter:

Größe:

Haare:

Augen:

Besondere Zeichen:

Eigenhändige Unterschrift des Inhabers:

(Vor- und Zuname.)

Unterzeichnet in Gegenwart und attestirt von dem Beamten:

Abdruck der Verordnung wegen Einführung von Dienstbüchern für die Schiffleute
vom

Zeugniß

Name des Schiffseigners oder Schiffsführers (Kloßführers) und des von ihm geführten Schiffes.

Angabe der Nummer, welche das Fahrzeug bei der Vermessung erhalten hat. Ist dasselbe zugleich für die Befahrung der Elbe mit einem Schiffs-Patente versehen, so ist zu vermerken, unter welchem Datum und von welcher Behörde das Patent erteilt ist.

Tag des Dienstantritts.

Inhaber dient

als

auf die Zeit von

gegen einen Lohn von

Tag der Dienstbeendigung.

Angabe des Entlassungsgrundes.

Eigenhändig mit vollem Namen zu unterschreibendes Zeugniß des Schiffseigners oder Schiffsführers (Kloßführers) über Betragen und Tüchtigkeit des Dienstmannes.

Bemerkungen der Polizeibehörde.

№

Страница №

Amtsblatt

Nr 35.

Gumbinnen, den 27ten August

1856.

Bekanntmachung der höheren Behörde.

Am 1sten Oktober d. J. wird ein neuer Kursus für Civil-Cleren an der Königl. Central-Turn-Anstalt hieselbst beginnen. Die näheren Mittheilungen über Einrichtung und Zweck dieser Anstalt und die in ihr zu erreichende Ausbildung in der Gymnastik sind in der Bekanntmachung vom 15ten Juli 1854 (Nr. 14885), abgedruckt in Nr. 169 des Staats-Anzeigers, enthalten.

Borzugsweise zur Aufnahme geeignet sind junge Schulmänner, welchen später der Unterricht in der Gymnastik an Gymnasien, Real- und Bürgerschulen und an Schullehrer-Seminarien übertragen werden kann, oder solche bereits fungierende Turnlehrer; welche sich weiter vervollkommen und mit dem Betrieb einer pädagogisch-rationalen Gymnastik näher bekannt machen wollen. Dieselben können nach den bisher gemachten Erfahrungen ihren Aufenthalt in Berlin auch zu ihrer Vervollkommenung in anderen Disziplinen des pädagogischen Gebietes mit benutzen.

Sofern für einzelne Cleren die Nothwendigkeit und Angemessenheit einer ihnen den Aufenthalt hieselbst möglich machenden Unterstützung nachgewiesen wird, kann ihnen eine solche bewilligt werden.

Die Anmeldungen zum Eintritt in den diesjährigen Kursus der Central-Turn-Anstalt sind an die betreffenden Königl. Provinzial-Schulkollegien, resp. Regierungen zu richten und zu beschleunigen. Berlin, den 4ten August 1856.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
(gez.) v. Kaumer.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Der Krammarkt in Pillkallen wird auf den 17ten Oktober d. J. verlegt.

Gumbinnen, den 16ten August 1856. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Der Krammarkt in Johannisburg wird am 7ten Oktober d. J. abgehalten werden.

Gumbinnen, den 21sten August 1856. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem Besitzer der Wilhelmshütte Adolph Messern zu Wilhelmshütte bei Sprottau ist unter dem 13ten August 1856 ein Patent:

Zustehl. Nr. 35.

auf

Nr 239.

Bekanntmachung, betreffend die Anmeldung von Civil-Cleren für den am 1sten Oktober d. J. beginnenden Kursus der Königl. Central-Turn-Anstalt in Berlin.

Nr 240.

Die Verlegung des Krammarktes in Pillkallen betreffend.

X. d. J.

3072. Zug.

Nr 241.

Der Krammarkt in Johannisburg betreffend.

X. d. J.

3108. Zug.

Nr 242.

Patentrechtigung.

auf eine hydraulische Presse zur Gewinnung des Castes aus Zuckerrüben durch Pressung und gleichzeitige Maceration, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

B e k a n n t m a c h u n g .

N 243.
Die Errichtung
einer Station
für Posten
und Extraposten
in
Heinrichswalde
betrifft.

Vom 16ten d. M. ab ist in Heinrichswalde eine Station für Posten und Extraposten und gleichzeitig zwischen Litsch und Heinrichswalde eine tägliche Personenpost eingerichtet worden, welche aus Heinrichswalde um 7 Uhr Morgens und aus Litsch um 4 Uhr Nachmittags abgeht. Der Ort Baldkrug (vor dem Kruggebäude), $\frac{1}{2}$ Meilen von Litsch und $1\frac{1}{4}$ Meilen von Heinrichswalde, ist als Aufnahmestelle für unterwegs zugehende Reisende festgesetzt worden, wovon das reisende Publikum in Gemäßheit der Bestimmung im §. 40 des Reglements, zum Befehle über das Postwesen vom 27ten Mai 1856 hiermit in Kenntniß gesetzt wird.

Gumbinnen, den 19ten August 1856.

Königl. Ober-Post-Direktion.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Der Appellationsgerichts-Referendarius Raschke ist vom 1sten September 1856 ab kommissarisch zum Staats-Anwalts-Gehilfen in Insterburg bestellt worden.

Die Rathsherren Franz Ehmer und Adolph Zimmer in Gumbinnen sind in dieser Eigenschaft wieder gewählt und auf sechs Jahre bestätigt worden.

Desgleichen hat die Wahl des Kaufmann Kreuzberger in Gumbinnen zum unbesoldeten Rathsherrn auf sechs Jahre die Bestätigung erhalten.

Die Adjunktur des Prätorats bei der Kirchschule zu Spizguppen, Kreises Gumbinnen, ist dem Lehrer Großgerge zu Zonasthal, Kirchspiels Anzupnen, Kreises Stallupönen, vom 1sten Oktober 1856 ab übertragen worden.

Der Stadtsekretair a. D. Schnallendrüßler zu Lyck ist als Agent der Kölnischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft Concordia bestätigt worden.

Der invalide Sergeant Friedrich Lem ist vom 1sten August 1856 ab aus der Chausseefreie von Georgenburg bis zum Reinitzker Walde (Insterburg - Staatskirre Strafe) nach bestandener Probefristzeit als Chaussee-Aufscher angestellt worden.

Dem forstverordnungsberechtigten Jäger Friedrich Wilhelm Herrmann ist die Forstausseherstelle zu Lope, Oberförsterei Ithenhorst definitiv verliehen worden.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 36.

Druck von H. Kneussner.

Außerordentliche Beilage zum Amtsblatt

Nr. 35. Gumbinnen, den 27ten August 1856.

Bekanntmachung der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Nach der Bestimmung des §. 91 des Reglements für die Feuer-Sozietät der landeshäuslich nicht assoziationsfähigen ländlichen Grundbesitzer in dem hiesigen Regierungsbezirke vom 30ten Dezember 1837 (Gesetzsammlung pro 1838, Seite 153) wird die nachstehende Uebersicht aus der von den Sozietäts-Deputirten revidirten Jahres-Rechnung des ländlichen Feuer-Sozietäts-Fonds pro 1855 hienit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Gumbinnen, den 9ten Juli 1856.

Königliche Regierung, Feuer-Sozietäts-Direktion.

Summarische Uebersicht

der Jahres-Rechnung der ländlichen Feuer-Sozietäts-Fonds pro 1855.

| Einnahme. | Coll. | | | Abgang. | | | Z f. | | | R e s t. | | |
|---|-------|------|-----|---------|------|-----|-------|------|-----|----------|------|-----|
| | Thlr. | Sgr. | pf. | Thlr. | Sgr. | pf. | Thlr. | Sgr. | pf. | Thlr. | Sgr. | pf. |
| I. An Bestand. | | | | | | | | | | | | |
| Aus dem Jahre 1854 | 41236 | 10 | 6 | — | — | — | 41236 | 10 | 6 | — | — | — |
| II. An Defekten. | | | | | | | | | | | | |
| Nichts. | | | | | | | | | | | | |
| III. An Resten | | | | | | | | | | | | |
| A. An ordentlichen Beiträgen pro 1853 et retro | 259 | 9 | 6 | 40 | 5 | 5 | 55 | 23 | 2 | 167 | 21 | 9 |
| | 4 | 10 | 10 | | | | | | | | | |
| B. An Fundations-Beiträgen pro 1853 et retro | 18 | 9 | 9 | — | — | — | 11 | 6 | 9 | 7 | 3 | — |
| C. An außerordentl. Beiträgen pro 1853 et retro | 162 | 27 | 1 | 10 | 16 | 7 | 80 | 15 | 3 | 71 | 25 | 3 |
| D. An ordentlichen Beiträgen pro 1854 . . . | 1463 | 3 | 2 | 26 | 28 | 10 | 1300 | 2 | 5 | 139 | 9 | 11 |
| | 3 | 8 | — | | | | | | | | | |
| E. An Fundations-Beitrag pro 1854 . . . | 63 | 4 | 6 | 3 | 18 | — | 52 | 4 | 7 | 10 | 24 | 11 |
| | 3 | 13 | — | | | | | | | | | |
| F. An Zinsen von Aktiv-Kapitalien | 16 | 5 | 10 | — | — | — | 9 | 10 | 3 | 11 | 5 | 10 |
| | 4 | 10 | 3 | | | | | | | | | |
| G. An Extraordinair | 56 | 19 | — | 22 | 17 | — | 17 | 5 | 6 | 18 | 2 | 6 |
| | 1 | 6 | — | | | | | | | | | |
| Summa der Reste | 2056 | 6 | 11 | 103 | 25 | 10 | 1526 | 7 | 11 | 426 | 3 | 2 |

Kauserord. Beil. z. Amtsbl. Nr. 35. Größer Wogen.

Summarische
Uebersicht aus der
Jahres-Rechnung des ländlichen
Feuer-Sozietäts-Fonds
pro 1855.
Z. d. J. D.
60. Juli.

| Einnahme. | Coll. | | | Abgang. | | | Zufl. | | | Ref. | | |
|--|--------|------|-----|---------|------|-----|--------|------|-----|------|------|-----|
| | Flk. | Stk. | fl. | Flk. | Stk. | fl. | Flk. | Stk. | fl. | Flk. | Stk. | fl. |
| IV. Laufende Verwaltung. | | | | | | | | | | | | |
| a) An ordentlichen Feuer-Sozialitäts-Beiträgen pro 1855. | | | | | | | | | | | | |
| In dem Kreise Angerburg | 4592 | 10 | 3 | — | — | — | 4592 | 10 | 3 | — | — | — |
| „ Darkehmen | 4267 | 3 | 11 | — | — | — | 4253 | 19 | 3 | 13 | 14 | 6 |
| „ Goldapp | 5970 | 10 | — | — | — | — | 5970 | 10 | — | — | — | — |
| „ Gumbinnen | 9087 | 20 | 7 | — | — | — | 9081 | 14 | 7 | 6 | 6 | — |
| „ Heydekrug | 6389 | 5 | 1 | — | — | — | 6369 | 11 | 11 | 19 | 23 | 2 |
| „ Insterburg | 8733 | 25 | 6 | — | — | — | 8718 | 25 | 6 | 15 | — | — |
| „ Johannisburg | 5986 | 21 | 2 | 2 | — | — | 5983 | — | 7 | 1 | 20 | 7 |
| „ Lötzen | 4755 | 13 | 5 | — | — | — | 4728 | 28 | 1 | 26 | 15 | 4 |
| „ Lyd | 6558 | 8 | 1 | 2 | 12 | — | 6555 | 14 | 6 | — | 11 | 7 |
| „ Niederung | 5350 | 1 | 3 | — | — | — | 5328 | 5 | 3 | 21 | 26 | — |
| „ Niehlo | 4396 | 4 | 5 | 3 | 10 | 9 | 4389 | 29 | 4 | 2 | 24 | 4 |
| „ Piltkaßen | 10096 | 3 | 5 | — | — | — | 10095 | 21 | 10 | — | 11 | 7 |
| „ Ragnit | 8642 | 24 | — | — | — | — | 7777 | 18 | 2 | 865 | 5 | 10 |
| „ Sensburg | 4947 | 27 | 11 | — | — | — | 4944 | 28 | 5 | 2 | 29 | 6 |
| „ Stallupönen | 7042 | 18 | 7 | — | — | — | 7042 | 18 | 7 | — | — | — |
| „ Tilsit | 6800 | 4 | 7 | — | — | — | 6798 | 23 | 1 | 1 | 11 | 6 |
| Summa an ordentlichen Beiträgen . | 103616 | 22 | 2 | 7 | 22 | 9 | 102631 | 9 | 6 | 977 | 19 | 11 |
| b) An Fundations-Beiträgen. | | | | | | | | | | | | |
| In dem Kreise Angerburg | 92 | 18 | — | — | — | — | 92 | 18 | — | — | — | — |
| „ Darkehmen | 144 | 29 | — | — | — | — | 143 | 24 | — | 1 | 5 | — |
| „ Goldapp | 151 | 2 | — | — | — | — | 151 | 2 | — | — | — | — |
| „ Gumbinnen | 151 | 15 | — | — | — | — | 151 | 15 | — | — | — | — |
| „ Heydekrug | 168 | 2 | — | — | — | — | 168 | 2 | — | — | — | — |
| „ Insterburg | 178 | 25 | — | — | — | — | 178 | 25 | — | — | — | — |
| „ Johannisburg | 134 | 1 | — | — | — | — | 133 | 23 | — | — | 8 | — |
| Latus | 1021 | 2 | — | — | — | — | 1019 | 19 | — | 1 | 13 | — |

| Einnahme. | E o l l. | | | A b g a n g. | | | Z f. | | | R e s t. | | |
|--|----------|------|----|--------------|------|----|--------|------|----|----------|------|----|
| | Hef. | Dyn. | f. | Hef. | Dyn. | f. | Hef. | Dyn. | f. | Hef. | Dyn. | f. |
| Transport | 1021 | 2 | — | — | — | — | 1019 | 19 | — | 1 | 13 | — |
| In dem Kreise Löben | 123 | 19 | — | — | — | — | 119 | 11 | — | 4 | 8 | — |
| „ Eyd | 114 | 21 | — | — | — | — | 114 | 21 | — | — | — | — |
| „ Niederung | 159 | 10 | — | — | — | — | 156 | 12 | — | 2 | 28 | — |
| „ Diebst | 110 | 14 | — | — | — | — | 110 | 14 | — | — | — | — |
| „ Pirkaffen | 145 | 1 | — | — | — | — | 144 | 26 | — | — | 5 | — |
| „ Ragnit | 271 | 20 | — | — | — | — | 238 | 21 | — | 32 | 29 | — |
| „ Sensburg | 54 | 17 | — | — | — | — | 54 | 17 | — | — | — | — |
| „ Stallupönen | 104 | 9 | — | — | — | — | 104 | 9 | — | — | — | — |
| „ Alst | 134 | 23 | — | — | — | — | 134 | 23 | — | — | — | — |
| Summa der Fundations-Beiträge | 2239 | 16 | — | — | — | — | 2197 | 23 | — | 41 | 23 | — |
| c) An Zinsen von Dispens. Pfandbriefen und
Aktiv-Kapitalien | 2117 | 27 | 3 | — | — | — | 2109 | 17 | 10 | 8 | 9 | 5 |
| d) An Pensions-Beiträgen von den angestellten
Beamten | 7 | 15 | — | — | — | — | 7 | 15 | — | — | — | — |
| e) An Extraordinair | 41 | 5 | 2 | 33 | 3 | 9 | — | 12 | — | 7 | 19 | 5 |
| Rekapitulation
der laufenden Verwaltung. | | | | | | | | | | | | |
| a) Ordentliche Feuer-Sozietäts-Beiträge | 103616 | 22 | 2 | 7 | 22 | 9 | 102631 | 9 | 6 | 977 | 19 | 11 |
| b) Fundations-Beiträge | 2239 | 16 | — | — | — | — | 2197 | 23 | — | 41 | 23 | — |
| c) Zinsen | 2117 | 27 | 3 | — | — | — | 2109 | 17 | 10 | 8 | 9 | 5 |
| d) Pensions-Beiträge | 7 | 15 | — | — | — | — | 7 | 15 | — | — | — | — |
| e) Extraordinair | 41 | 5 | 2 | 33 | 3 | 9 | — | 12 | — | 7 | 19 | 5 |
| Summa der laufenden Verwaltung | 108022 | 25 | 7 | 40 | 26 | 6 | 106946 | 17 | 4 | 1035 | 11 | 9 |
| Rekapitulation der Einnahme. | | | | | | | | | | | | |
| I. An Bestand | 41236 | 10 | 6 | — | — | — | 41236 | 10 | 6 | — | — | — |
| II. An Defekten | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| III. An Resten | 2056 | 6 | 11 | 103 | 25 | 10 | 1526 | 7 | 11 | 426 | 3 | 2 |
| IV. Laufende Verwaltung | 108022 | 25 | 7 | 40 | 26 | 6 | 106946 | 17 | 4 | 1035 | 11 | 9 |
| Summa der ganzen Einnahme | 151315 | 13 | — | 144 | 22 | 4 | 149709 | 5 | 9 | 1461 | 14 | 11 |
| (1) | | | | | | | | | | I. An | | |

| Ausgabe. | Coll. | | | Abgang. | | | Zf. | | | Ref. | | |
|--|-------|-----|-----|---------|-----|-----|-------|-----|-----|-------|-----|-----|
| | Flk. | Gr. | St. | Flk. | Gr. | St. | Flk. | Gr. | St. | Flk. | Gr. | St. |
| I. An Vorschuß. | | | | | | | | | | | | |
| Nichts. | | | | | | | | | | | | |
| II. An Refen. | | | | | | | | | | | | |
| a) Brandschadens-Vergütungen. | | | | | | | | | | | | |
| In dem Kreise Angerburg | 2364 | — | — | — | — | — | 699 | — | — | 1663 | — | — |
| „ Darlehen | 750 | — | — | — | — | — | 123 | — | — | 625 | — | — |
| „ Goldapp | 2379 | 15 | — | 25 | — | — | 836 | — | — | 1498 | 15 | — |
| „ Gumbinnen | 543 | 22 | 6 | — | — | — | 433 | 22 | 6 | 90 | — | — |
| „ Heydekrug | 10423 | 15 | — | — | — | — | 4553 | — | — | 5870 | 15 | — |
| „ Insterburg | 2220 | — | — | — | — | — | 840 | — | — | 1380 | — | — |
| „ Johannisburg | 4843 | 19 | 6 | — | — | — | 1921 | 10 | 6 | 2922 | 9 | — |
| „ Löben | 3553 | 15 | — | — | — | — | 1203 | — | — | 2348 | 15 | — |
| „ Lyck | 5053 | 6 | — | — | — | — | 1964 | 23 | 6 | 3088 | 12 | 6 |
| „ Niederung | 2128 | 7 | 6 | — | — | — | 435 | 22 | 6 | 1692 | 15 | — |
| „ Dießke | 1122 | 25 | 3 | — | — | — | 267 | 20 | 3 | 855 | 5 | — |
| „ Piltallen | 2897 | 17 | 6 | — | — | — | 1183 | — | — | 1714 | 17 | 6 |
| „ Ragnit | 1659 | 26 | 6 | — | — | — | 700 | 14 | — | 959 | 12 | 6 |
| „ Sensburg | 3262 | 2 | 6 | — | — | — | 1214 | 29 | 9 | 2047 | 2 | 9 |
| „ Stallupönen | 710 | 3 | 6 | — | — | — | 246 | 3 | 6 | 464 | — | — |
| „ Tilsit | 3703 | 20 | — | — | — | — | 1139 | 15 | — | 2564 | 5 | — |
| Summa an Brandschadens-Vergütungen | 47615 | 15 | 9 | 25 | — | — | 17805 | 11 | 6 | 29785 | 4 | 3 |
| b) An Verwaltungs-Kosten. | | | | | | | | | | | | |
| aa) An Remuneration der Kreisbehörden 2 Pro- | 1967 | 19 | 2 | — | — | — | 2089 | 19 | 2 | — | — | — |
| zent der Einnahme | 122 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| bb) An Diäten der Kirchspiels-Kommissarien . | 93 | 22 | 6 | — | — | — | 89 | — | — | 4 | 22 | 6 |
| cc) An Extraordinair | 2 | 3 | 10 | — | — | — | — | — | — | 2 | 3 | 10 |
| Summa | 2185 | 15 | 6 | — | — | — | 2178 | 19 | 2 | 6 | 26 | 4 |
| Siezu: | | | | | | | | | | | | |
| a) Brandschadens-Vergütungen | 47615 | 15 | 9 | 25 | — | — | 17805 | 11 | 6 | 29785 | 4 | 3 |
| Summa an Refen | 49801 | 1 | 3 | 25 | — | — | 19984 | — | 8 | 29792 | — | 7 |
| III. Laufende | | | | | | | | | | | | |

| Ausgabe. | Soll. | | | Abgang. | | | Z ft. | | | R e f t. | | |
|---|-------|------|-----|---------|------|-----|-------|------|-----|----------|------|-----|
| | Hekt. | Opn. | ft. | Hekt. | Opn. | ft. | Hekt. | Opn. | ft. | Hekt. | Opn. | ft. |
| III. Laufende Verwaltung. | | | | | | | | | | | | |
| a) An Brandschadens-Vergütungen. | | | | | | | | | | | | |
| In dem Kreise Angerburg | 1937 | — | — | — | — | — | 1624 | 15 | — | 312 | 15 | — |
| „ Darkehmen | 2535 | 1 | 6 | — | — | — | 1393 | 4 | 6 | 1141 | 27 | — |
| „ Goldbapp | 2958 | — | — | — | — | — | 2157 | 15 | — | 800 | 15 | — |
| „ Gumbinnen | 2620 | — | — | — | — | — | 2270 | — | — | 350 | — | — |
| „ Heydekrug | 7010 | 6 | 6 | — | — | — | 4427 | 28 | 6 | 2582 | 8 | — |
| „ Insterburg | 1348 | 20 | — | — | — | — | 1024 | — | — | 324 | 20 | — |
| „ Johannisburg | 6971 | 5 | — | — | — | — | 5256 | 20 | — | 1714 | 15 | — |
| „ Löben | 3229 | — | — | — | — | — | 2069 | — | — | 1160 | — | — |
| „ Lyda | 2074 | 15 | — | — | — | — | 1375 | 7 | 6 | 699 | 7 | 6 |
| „ Niederung | 3244 | 3 | — | — | — | — | 2119 | 3 | — | 1125 | — | — |
| „ Diekflo | 3974 | — | — | — | — | — | 2377 | — | — | 1597 | — | — |
| „ Pillkallen | 6655 | 25 | 4 | — | — | — | 3564 | — | — | 3091 | 25 | 4 |
| „ Ragnit | 2365 | 22 | 1 | — | — | — | 1514 | 2 | 1 | 851 | 20 | — |
| „ Sensburg | 2247 | — | — | — | — | — | 1208 | 15 | — | 1038 | 15 | — |
| „ Stallupönen | 2771 | — | — | — | — | — | 2355 | 15 | — | 415 | 15 | — |
| „ Tilsit | 5148 | — | — | — | — | — | 3444 | — | — | 1704 | — | — |
| Summa an Brandschadens-Vergütung | 57089 | 8 | 5 | — | — | — | 38180 | 5 | 7 | 18909 | 2 | 10 |
| B. An Verwaltungs-Kosten. | | | | | | | | | | | | |
| a) An Remuneration dem Abtheilungs-Dirigenten
und den Deputirten des Regierungs-Kollegii | 400 | — | — | — | — | — | 400 | — | — | — | — | — |
| b) Den Regierungs-Kassen-Beamten | 500 | — | — | — | — | — | 500 | — | — | — | — | — |
| c) An Kreis-Verwaltungs-Kosten zwei Prozent
der Einnahme | 1980 | — | — | — | — | — | — | — | — | 1980 | — | — |
| d) Dem Sekretair Gehalt | 486 | 20 | — | — | — | — | 486 | 20 | — | — | — | — |
| e) Dem Boten Gehalt | 154 | — | — | — | — | — | 154 | — | — | — | — | — |
| f) Beitrag zu den Pensionen der ausgeschiedenen
Beamten | 153 | 26 | 11 | 119 | 20 | 11 | 34 | 6 | — | — | — | — |
| Latus | 3674 | 16 | 11 | 119 | 20 | 11 | 1574 | 26 | — | 1980 | — | — |

g) An

| Ausgabe. | Coll. | | | Abgang. | | | Zfl. | | | Rest. | | |
|--|--------|------|----|---------|------|----|-------|------|----|-------|------|----|
| | Fl. | Ggr. | h. | Fl. | Ggr. | h. | Fl. | Ggr. | h. | Ggr. | Ggr. | h. |
| Transport | 3674 | 16 | 11 | 119 | 20 | 11 | 1574 | 26 | — | 1980 | — | — |
| g) An Bureau- und Kanzlei-Bedürfnissen | 609 | 13 | 1 | — | — | — | 614 | 13 | 2 | — | — | — |
| | 5 | — | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| h) An Diäten der Kirchspiels-Kommissarien und Sachverständigen und für die Deputirten der Rechnungs-Revision | 1070 | 23 | 8 | — | — | — | 1282 | 4 | 11 | 91 | 18 | 9 |
| | 303 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| i) An Wohnungsmiethe | 80 | — | — | — | — | — | 80 | — | — | — | — | — |
| k) An Prämien für Brandhülfeleistungen und für Anschaffung von Feuerlöschgeräthen | 180 | — | — | — | — | — | 10 | — | — | 195 | 5 | 8 |
| | 25 | 5 | 8 | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Summa der Verwaltungs-Kosten | 5947 | 29 | 5 | 119 | 20 | 11 | 3561 | 14 | 1 | 2266 | 24 | 5 |
| Hiezu: | | | | | | | | | | | | |
| a) An Brandschadens-Bergütungen | 57089 | 8 | 5 | — | — | — | 38180 | 5 | 7 | 16909 | 2 | 10 |
| Summa der laufenden Verwaltung | 63037 | 7 | 10 | 119 | 20 | 11 | 41741 | 19 | 8 | 21175 | 27 | 3 |
| IV. An Extraordinair | 90 | 13 | 5 | — | — | — | 90 | 13 | 5 | — | — | — |
| Rekapitulation der Ausgabe. | | | | | | | | | | | | |
| I. An Vorschuß | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| II. An Resten | 49801 | 1 | 3 | 25 | — | — | 19984 | — | 8 | 29792 | — | 7 |
| III. Laufende Verwaltung | 63037 | 7 | 10 | 119 | 20 | 11 | 41741 | 19 | 8 | 21175 | 27 | 3 |
| IV. Extraordinair | 90 | 13 | 5 | — | — | — | 90 | 13 | 5 | — | — | — |
| Summa der ganzen Ausgabe | 112928 | 22 | 6 | 144 | 20 | 11 | 61816 | 3 | 9 | 50967 | 27 | 10 |

B a l a n c e.

| | | | | | | |
|--------------------------------|---------|-----|---|-----|---|-----|
| Die Einnahme beträgt | 149,709 | fl. | 5 | gr. | 9 | sch |
| Die Ausgabe beträgt | 61,816 | „ | 3 | „ | 9 | „ |

bleibt Bestand 87,893 fl. 2 gr. — sch

Vermögens-

Vermögens = Balance.

| | | | | | | |
|---|---------|-----|----|-----|----|------|
| An Ostpreussischen Pfandbriefen und Schuld-Dokumenten | 60,331 | fl. | — | gr. | — | sch. |
| An Einnahme pro 1855 | 149,709 | " | 5 | " | 9 | " |
| An Einnahme-Reste pro 1854 | 1,461 | " | 14 | " | 11 | " |

Summa 211,503 fl. 20 gr. 8 sch.

Davon ab:

Die Ausgabe pro 1855 61,791 fl. 3 gr. 9 sch.

Die Ausgabe-Reste pro 1854 50,967 " 27 " 10 "

112,759 " 1 " 7 "

Bleibt Bestand 98,744 fl. 19 gr. 1 sch.

Aufstellung der Fundations-Beiträge.

In dem Jahre 1854 Bestand 60000 " — " 24252 16 5

Hiezu treten:

1) Zinsen von 60000 Rthlr. in Pfandbriefen à 3 1/2 Prozent pro 1855

2100 fl. — gr.

2) Fundations-Beiträge für das Jahr 1855 2239 " 16 "

Summa 4339 fl. 16 gr.

Davon gehen ab:

Laut Fol. 8 der Rechnung pro 1855 entstanden durch

Zu- und Abgang — " 5 "

4339 11 —

Bleiben demnach am Schlusse des Jahres 1855 . . . 60000 " — " 28591 27 5

Auf den Grund der von uns und den Societäts-Deputirten revidirten Jahres-Rechnung pro 1855 wird der Zustand des Städte-Feuer-Societäts-Fonds im hiesigen Regierungs-Bezirk nach Vorschrift des §. 104 des Reglements vom 29sten April 1838 — Gesammtsumme der Städte-Feuer-Societäts-Fonds pro 1855. X. v. J. D. 276. Juni.

Königliche Regierung, Feuer-Societäts-Direktion.

Summarische

Summarische Uebersicht aus der von dem Städte-Feuer-Sozietäts-Fonds

| Namen
der
St ä d t e. | Gesamtbetrag
der
Beisitzerungs-
Summe
pro 1855.
<i>M.</i> | Davon |
|-----------------------------|--|-----------------|
| | | I.
<i>M.</i> |
| 1. Angerburg | 326240 | 4010 |
| 2. Krys | 75430 | 2810 |
| 3. Bialla | 91960 | 4580 |
| 4. Darkehmen | 210010 | 11820 |
| 5. Goldapp | 383110 | 9700 |
| 6. Gumbinnen | 825900 | 25920 |
| 7. Insterburg | 1136860 | 28590 |
| 8. Johannisburg | 212040 | 2000 |
| 9. Eßlen | 250760 | 12800 |
| 10. Eyde | 368400 | 22210 |
| 11. Marggrabowa | 351750 | 24980 |
| 12. Nikolaisen | 106490 | 5650 |
| 13. Pillkallen | 207450 | 4420 |
| 14. Ragnit | 318120 | 5720 |
| 15. Rhein | 112880 | 10320 |
| 16. Schirwindt | 113080 | 1270 |
| 17. Seibburg | 146690 | 5850 |
| 18. Stallupönen | 231200 | 4360 |
| 19. Tilsit | 1943340 | 45750 |
| Summa | 7411710 | 232760 |

abgelegten und revidirten Jahres-Rechnung für das Jahr 1855.

Kommen zur Klasse

| II. | III. | IV. | V. | VI. | VII. | VIII. |
|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| <i>fl.</i> | <i>fl.</i> | <i>fl.</i> | <i>fl.</i> | <i>fl.</i> | <i>fl.</i> | <i>fl.</i> |
| 196020 | 10600 | 60210 | 18890 | 5290 | 14760 | 16460 |
| 52280 | 460 | 6140 | 2830 | 750 | 3980 | 6180 |
| 35170 | 3900 | 15320 | 3500 | 3650 | 12640 | 13200 |
| 125910 | 8420 | 36280 | 24540 | 1280 | 600 | 1160 |
| 254950 | 8280 | 30550 | 28330 | 2420 | 15030 | 33850 |
| 632220 | 37930 | 52910 | 50080 | 4950 | 6260 | 15650 |
| 612950 | 181400 | 173180 | 61680 | 15640 | 22320 | 40470 |
| 92530 | 5250 | 72980 | 7130 | 9590 | 15260 | 7300 |
| 155810 | 6200 | 20710 | 14310 | 1360 | 17300 | 22270 |
| 223740 | 21820 | 32780 | 29180 | 2950 | 6620 | 28470 |
| 189000 | 21010 | 51500 | 17370 | 1600 | 20650 | 25640 |
| 50540 | 3930 | 28700 | 4100 | 2140 | 5330 | 6100 |
| 120220 | 7020 | 20990 | 23270 | 1070 | 10340 | 20120 |
| 172950 | 34080 | 42240 | 15820 | 8810 | 21800 | 16700 |
| 49190 | 4450 | 19750 | 2140 | 1150 | 15140 | 10740 |
| 58760 | 4120 | 16200 | 12950 | 2680 | 2120 | 14980 |
| 72270 | 9020 | 43230 | 2770 | 3080 | 4040 | 6430 |
| 170200 | 4470 | 11370 | 19140 | 1400 | 5580 | 14680 |
| 993600 | 219280 | 451590 | 98760 | 48250 | 25710 | 58400 |
| 4260310 | 591640 | 1187260 | 437400 | 118060 | 225480 | 358800 |

| N a m e n
der
S t ä d t e. | Hieron waren aufzubringen an ordentlichen Feuer-Sozialitäts-Bei- | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|----------------------------------|--|-----|----|-------|-----|----|------|-----|----|------|-----|----|------|-----|----|-----|-----|----|
| | I. | | | II. | | | III. | | | IV. | | | V. | | | VI. | | |
| | Ruß | Thr | g | Ruß | Thr | g | Ruß | Thr | g | Ruß | Thr | g | Ruß | Thr | g | Ruß | Thr | g |
| 1. Angerburg . . . | 6 | 20 | 6 | 485 | — | 3 | 34 | 28 | 4 | 230 | 22 | 8 | 88 | 25 | 5 | 26 | 23 | 9 |
| 2. Arns | 4 | 20 | 6 | 130 | 21 | — | 1 | 16 | — | 24 | 16 | 10 | 12 | 17 | 6 | 4 | — | 9 |
| 3. Bialla | 7 | 19 | — | 87 | 7 | 9 | 12 | 26 | 1 | 60 | 14 | 5 | 16 | 10 | — | 19 | 14 | — |
| 4. Darkehmen . . . | 14 | 16 | 10 | 307 | 20 | 3 | 27 | 26 | 8 | 144 | 16 | 6 | 114 | 11 | 10 | 6 | 24 | 10 |
| 5. Goldapp | 16 | 2 | 6 | 627 | 17 | 7 | 26 | 19 | 8 | 118 | 22 | 10 | 121 | 17 | 9 | 12 | 27 | 2 |
| 6. Gumbinnen . . . | 40 | 12 | 11 | 1557 | 2 | 9 | 121 | 4 | 4 | 209 | 8 | 8 | 232 | 4 | 1 | 24 | 24 | — |
| 7. Insterburg . . . | 40 | 25 | 4 | 1484 | 23 | — | 592 | 27 | 2 | 677 | 2 | — | 287 | 22 | 10 | 82 | 10 | 11 |
| 8. Johannisburg . . | 3 | 10 | — | 231 | 9 | 9 | 17 | 15 | — | 280 | 2 | 1 | 33 | 8 | 2 | 51 | 4 | 5 |
| 9. Lötzen | 21 | 10 | — | 387 | 21 | — | 20 | 16 | — | 82 | 13 | 6 | 66 | 23 | 5 | 6 | 5 | 7 |
| 10. Lyck | 36 | 28 | 10 | 556 | — | 6 | 71 | 15 | 4 | 129 | 6 | 9 | 139 | 4 | 9 | 15 | 6 | — |
| 11. Marggrabowa . . | 38 | 9 | — | 465 | 29 | 6 | 65 | 1 | — | 203 | 4 | — | 83 | 1 | 11 | 8 | 13 | 4 |
| 12. Nikolaiken . . . | 9 | 12 | 6 | 124 | 18 | — | 13 | 3 | — | 114 | 24 | — | 18 | 27 | — | 11 | 6 | — |
| 13. Pilsfallen | 5 | 16 | 10 | 298 | 12 | 9 | 23 | 12 | — | 83 | 19 | 10 | 108 | 17 | 10 | 5 | 21 | 5 |
| 14. Ragnit | 8 | 28 | 6 | 419 | 6 | 8 | 112 | 28 | — | 160 | 5 | 10 | 73 | 10 | 10 | 46 | 29 | 7 |
| 15. Rhein | 13 | — | 2 | 117 | 29 | 3 | 14 | 15 | — | 76 | 23 | — | 9 | 29 | 7 | 6 | 4 | — |
| 16. Schirwindt . . . | 2 | 3 | 6 | 146 | 13 | 6 | 13 | 22 | — | 64 | 21 | — | 60 | 2 | 6 | 14 | 8 | 10 |
| 17. Sensburg | 9 | 22 | 6 | 176 | — | 3 | 29 | 28 | 10 | 171 | 21 | 1 | 12 | 27 | 10 | 15 | 19 | 4 |
| 18. Stallupönen . . . | 7 | 8 | — | 422 | 15 | — | 14 | 24 | 2 | 44 | 18 | 5 | 89 | 2 | 7 | 7 | 8 | 8 |
| 19. Tilsit | 70 | 25 | 7 | 2414 | 21 | 1 | 725 | 5 | 4 | 1769 | 17 | 3 | 458 | 19 | 11 | 257 | 10 | — |
| Summa | 363 | 23 | — | 10440 | 29 | 10 | 1940 | 3 | 11 | 4646 | 10 | 8 | 2027 | 15 | 9 | 622 | 22 | 7 |

| trägen zur Klasse | | | | | | Summe
des Soll-
Aufkommens. | | | Hievon
sind aufge-
kommen. | | | Mithin
in Rest ver-
blieben. | | | Bemerkungen. | | |
|-------------------|------|------|-------|------|------|-----------------------------------|-------|------|----------------------------------|------|------|------------------------------------|------|------|--------------|--|--|
| VII. | | | VIII. | | | | | | | | | | | | | | |
| Kass. | Ggr. | sch. | Kass. | Ggr. | sch. | Kass. | Kass. | sch. | Ggr. | Ggr. | sch. | Kass. | Ggr. | sch. | | | |
| 68 | 22 | 10 | 96 | 18 | 3 | 1038 | 12 | — | — | — | — | — | — | — | | | |
| 23 | 11 | 5 | 40 | 7 | 4 | 241 | 21 | 4 | — | — | — | — | — | — | | | |
| 67 | 26 | 5 | 88 | — | — | 359 | 27 | 8 | — | — | — | — | — | — | | | |
| 2 | 26 | 8 | 6 | 22 | 8 | 625 | 16 | 3 | — | — | — | — | — | — | | | |
| 69 | 22 | 5 | 205 | 27 | 5 | 1199 | 7 | 4 | — | — | — | — | — | — | | | |
| 27 | 1 | 3 | 92 | 16 | 8 | 2304 | 14 | 8 | — | — | — | — | — | — | | | |
| 98 | 20 | 2 | 229 | 17 | 10 | 3499 | 29 | 3 | — | — | — | — | — | — | | | |
| 91 | 16 | 10 | 48 | 20 | — | 756 | 26 | 3 | — | — | — | — | — | — | | | |
| 80 | 28 | 3 | 139 | 14 | — | 805 | 11 | 9 | — | — | — | — | — | — | | | |
| 30 | 10 | 10 | 169 | 18 | 8 | 1148 | 1 | 8 | — | — | — | — | — | — | | | |
| 109 | 24 | 8 | 156 | 6 | 4 | 1129 | 29 | 9 | — | — | — | — | — | — | | | |
| 30 | 8 | 7 | 37 | 16 | 8 | 359 | 25 | 9 | — | — | — | — | — | — | | | |
| 45 | 13 | 10 | 113 | 12 | — | 684 | 6 | 6 | — | — | — | — | — | — | | | |
| 114 | 17 | 10 | 90 | 15 | 8 | 1026 | 22 | 11 | — | — | — | — | — | — | | | |
| 84 | 14 | 6 | 66 | 13 | 4 | 389 | 8 | 10 | — | — | — | — | — | — | | | |
| 11 | 24 | 7 | 95 | — | 8 | 408 | 6 | 7 | — | — | — | — | — | — | | | |
| 21 | 28 | 9 | 41 | 25 | — | 479 | 23 | 7 | — | — | — | — | — | — | | | |
| 23 | 28 | 10 | 87 | 3 | — | 696 | 18 | 8 | — | — | — | — | — | — | | | |
| 124 | 1 | 9 | 388 | 23 | 8 | 6209 | 4 | 7 | — | — | — | — | — | — | | | |
| 1127 | 20 | 5 | 2194 | 9 | 2 | 23363 | 15 | 4 | — | — | — | — | — | — | | | |

Uebersicht sämmtlicher Einnahmen für

1. An Bestand aus dem Jahre 1854 inkl. 20,000 Rthlr. in Pfandbriefen
2. Defekte gemäß vorübergehender Rechnung
3. Reste an ordentlichen Feuer-Sozietäts-Beiträgen pro 1854 et retro
4. Reste an außerordentlichen Feuer-Sozietäts-Beiträgen pro 1854 et retro
5. An ordentlichen Feuer-Sozietäts-Beiträgen pro 1855
6. An Pensions-Beiträgen
7. An Extraordinair (inkl. 10000 Rthlr. in Pfandbriefen)
8. An Zinsen von Aktiv-Kapitalien

Z u s

| Namen
der
St ä d t e. | Namen
der
Brandbeschädigten. | Anzahl und Benennung
der ganz und zum Theil ab-
gebrannten und beschädig-
ten Gebäude ic. | Betrag der zu zahlenden | | | | | |
|-----------------------------|------------------------------------|--|-------------------------|------|------|------|------|------|
| | | | I. | | II. | | III. | |
| | | | Rth. | Sgr. | Rth. | Sgr. | Rth. | Sgr. |
| 1. Arys . . . | Grundbesitzer Madenka . | theilweise beschädigtes
Wohnhaus | — | — | 4 | — | — | — |
| 2. Goldapp . | Färber Wegner | theilweise beschädigter Stall
theilw. beschäd. Färbehaus
theilw. vernichteter Bretter-
zaun | — | — | — | — | — | — |
| | Fohgerder Doberleit . . | vernichtete Obstkäuze und
Zäune | — | — | — | — | — | — |
| | Wittwe Weller | theilweise beschädigter Stall
und Speicher | — | — | 12 | 4 | 6 | — |
| | Wittwe Schneider . . . | theilw. beschädigte Scheune | — | — | — | — | — | — |
| | Schlösser Pomian . . . | dito | — | — | — | — | — | — |
| | Latus | | — | — | 16 | 4 | 6 | — |

das Jahr 1855.

| | Soll: | | | Hievon | | | Mitin | | |
|-----------------|-----------|------|-----|-------------|------|-----|--------------|------|-----|
| | Einnahme. | | | sind aufge- | | | in Rest ver- | | |
| | Rthl. | Sgr. | pf. | Rthl. | Sgr. | pf. | Rthl. | Sgr. | pf. |
| | 40206 | 10 | 9 | 40206 | 10 | 9 | — | — | — |
| | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | 770 | 4 | 6 | 770 | 4 | 6 | — | — | — |
| | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | 23363 | 15 | 4 | 23089 | 19 | 3 | 273 | 26 | 1 |
| | 4 | 15 | — | 4 | 15 | — | — | — | — |
| | 10398 | 26 | 7 | 10100 | — | — | 289 | 26 | 7 |
| | 875 | — | — | 875 | — | — | — | — | — |
| Summa | 75618 | 12 | 2 | 75045 | 19 | 6 | 572 | 22 | 8 |

g a b e.

| Brandschadens: Vergütung zur Klasse | | | | | Vergütung
für
beschädigte
und gestörte
Bäume u. | Summa
der Soll:
Ausgabe. | Z f:
Ausgabe. | Ausgabe-
Rest. | |
|-------------------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---|--------------------------------|------------------|-------------------|----------------|
| IV. | V. | VI. | VII. | VIII. | | | | | |
| Rthl. Sgr. pf. | Rthl. Sgr. pf. | Rthl. Sgr. pf. | Rthl. Sgr. pf. | Rthl. Sgr. pf. | Rthl. Sgr. pf. | Rthl. Sgr. pf. | Rthl. Sgr. pf. | Rthl. Sgr. pf. | Rthl. Sgr. pf. |
| | | | | | | 4 | 2 | 2 | |
| 22 15 | | | | | | 22 15 | 22 15 | | |
| | 1 24 | | | | | 1 24 | 1 24 | | |
| | | | | | 1 22 6 | 1 22 6 | 1 22 6 | | |
| | | | | | 23 27 6 | 23 27 6 | 23 27 6 | | |
| | | | | | | 12 4 6 | 12 4 6 | | |
| | | | | 149 5 | | 149 5 | 49 21 8 | 99 13 4 | |
| | | | | 119 | | 119 | 39 20 | 79 10 | |
| 22 15 | 1 24 | | | 268 5 | 25 20 | 334 8 6 | 153 15 2 | 180 23 4 | |

Noch 2. Goldapp

| Namen
der
S t ä d t e . . | Namen
der
Brandbeschädigten. | Anzahl und Benennung
der ganz und zum Theil ab-
gebrannten und beschädi-
ten Gebäude etc. | Betrag der zu zahlenden | | | | | |
|---------------------------------|------------------------------------|--|-------------------------|--------|-----|------|--------|-----|
| | | | I. | | II. | | III. | |
| | | | Fluß | Thaler | fl. | Fluß | Thaler | fl. |
| Noch | | Transport . . . | — | — | — | 16 | 4 | 6 |
| 2. Goldapp . . . | Wittwe Hauß . . . | theilw. beschädigte Scheune | — | — | — | — | — | — |
| | Mälzenbräuer Spenclin . . . | theilw. beschädigter Speicher
und Stall . . . | — | — | — | 5 | 15 | — |
| | Wittwe Grotzau . . . | vernichtete Sommerfaat | — | — | — | — | — | — |
| | Apotheker Herrmann . . . | dito | — | — | — | — | — | — |
| | Drehöler Kislatis . . . | vernichtetes Kartoffelfeld . | — | — | — | — | — | — |
| | Wittwe Schneider . . . | dito | — | — | — | — | — | — |
| | Schneider Lorner . . . | vernichtetes Viehfutterfeld | — | — | — | — | — | — |
| | Wittwe Hauß . . . | vernichtetes Kartoffelfeld | — | — | — | — | — | — |
| 3. Insterburg . . . | Schmidt Lemke . . . | dito | — | — | — | — | — | — |
| | Kriemer Mittelsteiner . . . | vernichtetes Rübenseld . | — | — | — | — | — | — |
| | Buchdrucker Wilhelmi . . . | theilweise beschädigtes Ein-
quartierungshaus . . . | — | — | — | 3 | 20 | — |
| 4. Bögen . . . | Schuhmacher Schwarz . . . | theilweise beschädigte Haus-
Anbaue . . . | — | — | — | 2 | 8 | 8 |
| | Schmidt Prophet . . . | theilweise beschädigte Ven-
tilator-Mühle . . . | — | — | — | — | — | — |
| 5. End . . . | Wittwe Reschle . . . | theilweise beschädigtes Stall-
Hintergebäude, Apparte-
ment und Räume . . . | — | — | — | 89 | 19 | — |
| | Rendant Gohurreck . . . | theilweise beschädigter Stall
Schoppen und Speicher | — | — | — | — | — | — |
| | Wittwe Walendy . . . | theilweise beschädigte Ställe | — | — | — | — | — | — |
| 6. Marggrabowa . . . | Kaufmann Wirth . . . | theilw. beschädigtes Wohn-
haus . . . | — | — | — | — | — | — |
| | Mälzenbräuer Brachvogel . . . | gänzlich vernichtete Scheune | — | — | — | — | — | — |
| | Bäcker Pietrzyk . . . | theilw. beschädigtes Wohn-
haus . . . | — | — | — | — | — | — |
| Latus | | | — | — | — | 117 | 7 | 2 |
| | | | | | | | 84 | 21 |
| | | | | | | | 10 | |

| Brandschaden: Vergütung zur Klasse | | | | | Vergütung
für
beschädigte
und gestörte
Bäume etc. | Summa
der Soll-
Ausgabe. | | Ist-
Ausgabe. | | Ausgabe:
Rest. | |
|------------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---|--------------------------------|---------------|------------------|---------------|-------------------|---------------|
| IV. | V. | VI. | VII. | VIII. | | | | | | | |
| Kass. Dgn. d. | Kass. Dgn. d. | Kass. Dgn. d. | Kass. Dgn. d. | Kass. Dgn. d. | Kass. Dgn. d. | Kass. Dgn. d. | Kass. Dgn. d. | Kass. Dgn. d. | Kass. Dgn. d. | Kass. Dgn. d. | Kass. Dgn. d. |
| 22 15 — | 1 24 — | — — — | — — — | 268 5 — | 25 20 — | 334 8 6 | 153 15 2 | 180 23 4 | | | |
| | | | | 129 — — | — — — | 129 — — | 43 — — | 86 — — | | | |
| | | | | | | 5 15 — | 5 15 — | — — — | | | |
| | | | | | 2 — — | 2 — — | 2 — — | — — — | | | |
| | | | | | 2 15 — | 2 15 — | 2 15 — | — — — | | | |
| | | | | | 3 10 — | 3 10 — | 3 10 — | — — — | | | |
| | | | | | 15 — — | 15 — — | 15 — — | — — — | | | |
| | | | | | 3 10 — | 3 10 — | 3 10 — | — — — | | | |
| | | | | | 3 10 — | 3 10 — | 3 10 — | — — — | | | |
| | | | | | 1 15 — | 1 15 — | 1 15 — | — — — | | | |
| | | | | | | 3 20 — | 1 25 — | 1 25 — | | | |
| | | | | | | 2 8 8 | 1 4 4 | 1 4 4 | | | |
| | | | 199 15 — | | | 199 15 — | 199 15 — | — — — | | | |
| 290 — — | | | | | 7 12 — | 402 26 5 | 138 28 2 | 263 28 3 | | | |
| | | | | | | 57 15 2 | 28 22 6 | 28 22 8 | | | |
| 12 17 5 | | | | | | 23 28 8 | 11 29 3 | 11 29 5 | | | |
| 11 — — | | | | | | 11 — — | 11 — — | — — — | | | |
| | | | | 600 — — | | 600 — — | 200 — — | 400 — — | | | |
| | | 10 — — | | | | 10 — — | 5 — — | 5 — — | | | |
| 336 2 5 | 1 24 — | 10 — — | 199 15 — | 997 5 — | 50 12 — | 1796 27 5 | 817 14 5 | 979 13 — | | | |

7. Spalten

| Namen
der
S t ä d t e . | Namen
der
Brandbeschädigten. | Anzahl und Benennung
der ganz und zum Theil ab-
gebrannten und beschädig-
ten Gebäude ic. | Betrag der zu zahlenden | | | | | | | | |
|---|------------------------------------|---|-------------------------|---|---|--------------------|----|---|--------------------|----|----|
| | | | I. | | | II. | | | III. | | |
| | | | <i>fl. Kr. Pf.</i> | | | <i>fl. Kr. Pf.</i> | | | <i>fl. Kr. Pf.</i> | | |
| 7. Pülkau . . | Mälzenbräuer Lambrücker | Transport . . .
bei dem Brande des bei
der diesseitigen Societät
nicht versicherten Gerichts-
Gebäudes theilweise ver-
nichtete Säune, Leitern
und ein Gemüesfeld . . | — | — | — | 117 | 7 | 2 | 84 | 21 | 10 |
| 8. Ragnit . . | Grundbesitzer Schubert | theilw. beschädigtes Wohn-
haus, Stall und ver-
nichteter Baun | — | — | — | 570 | — | — | — | — | — |
| | Bäcker Pichler | theilw. beschädigtes Wohn-
haus und vernichteter
Baun | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | Fleischer Peschel | theilw. beschädigtes Wohn-
haus | — | — | — | 5 | — | — | — | — | — |
| 9. Stallupönen . | Mälzenbräuer Kessler . . | theilweise beschädigtes Stall-
gebäude | — | — | — | 13 | 10 | — | — | — | — |
| 1. Summa der Brandschaden-Vergütungen für das Jahr 1853 | | | — | — | — | 705 | 17 | 2 | 84 | 21 | 10 |

2. Die Verwaltungskosten, einschließlich derjenigen Beträge, welche den resp. Stadtkommunen zur Instand-
wahrt sind, imgleichen Prämien ic.
3. Extraordinair, Mandatarien-Gebühren und zum Anlauf von Pfandbriefen

| Brandschaden - Vergütung zur Klasse | | | | | | | | | | | | | | | Vergütung
für
beschädigte
und zerstörte
Zäume u. | Summa
der Soll-
Ausgabe. | | | 3 fl.
Ausgabe. | | | Ausgabe-
Rest. | | | | |
|---|-----|---|------|-----|---|------|-----|---|------|-----|---|-------|-----|---|--|--------------------------------|---|-------|-------------------|----|------|-------------------|----|------|-----|---|
| IV. | | | V. | | | VI. | | | VII. | | | VIII. | | | | | | | | | | | | | | |
| Fluß | Dyn | + | Fluß | Dyn | + | Fluß | Dyn | + | Fluß | Dyn | + | Fluß | Dyn | + | Fluß | Dyn | + | Fluß | Dyn | + | Fluß | Dyn | + | Fluß | Dyn | + |
| 336 | 2 | 5 | 1 | 24 | — | 10 | — | — | 199 | 15 | — | 997 | 5 | — | 50 | 12 | — | 1796 | 27 | 5 | 817 | 14 | 5 | 979 | 13 | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 6 | 9 | — | 6 | 9 | — | 6 | 9 | — | — | — | — |
| 180 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 3 | 15 | — | 753 | 15 | — | 753 | 15 | — | — | — | — |
| — | — | — | 4 | 15 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 7 | 6 | — | 4 | 22 | 6 | 4 | 22 | 6 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 5 | — | — | 5 | — | — | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 13 | 10 | — | 13 | 10 | — | — | — | — |
| 516 | 2 | 5 | 6 | 9 | — | 10 | — | — | 199 | 15 | — | 997 | 5 | — | 60 | 13 | 6 | 2579 | 23 | 11 | 1600 | 10 | 11 | 979 | 13 | — |
| setzung der bei den Bränden beschädigte Feuerlösch-Geräthen ge- | | | | | | | | | | | | | | | — | — | — | 1036 | 15 | — | 1036 | — | — | — | 15 | — |
| | | | | | | | | | | | | | | | — | — | — | 9541 | 18 | 6 | 9541 | 18 | 6 | — | — | — |
| | | | | | | | | | | | | | | | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | |
| Summa der kurrenten Ausgaben | | | | | | | | | | | | | | | 13157 | 27 | 5 | 12177 | 29 | 5 | 979 | 28 | — | | | |

| N a m e n
der
S t ä d t e. | S o l l -
Ausgabe. | | | H a -
Ausgabe. | | | Ausgabe.
R e s t. | | |
|--|-----------------------|-----|-----|-------------------|-----|-----|----------------------|-----|-----|
| | Th. | Gr. | pf. | Th. | Gr. | pf. | Th. | Gr. | pf. |
| Transport. Summa der kurrenten Ausgaben | 13157 | 27 | 5 | 12177 | 29 | 5 | 979 | 28 | — |
| H i e z u : | | | | | | | | | |
| a) die Reste aus früheren Jahren an
Brandschadens-Vergütungen | | | | | | | | | |
| 1. Angerburg | 500 | — | — | 500 | — | — | — | — | — |
| 2. Bialla | 9 | 3 | 9 | — | — | — | 9 | 3 | 9 |
| 3. Goldapp | 634 | 7 | 6 | 633 | 15 | — | — | 22 | 6 |
| 4. Gumbinnen | 139 | — | — | 139 | — | — | — | — | — |
| 5. Insterburg | 44 | 15 | — | 44 | 15 | — | — | — | — |
| 6. Lötzen | 27 | 15 | — | — | — | — | 27 | 15 | — |
| 7. Eyd. | 1292 | 27 | — | 1289 | 6 | 8 | 3 | 20 | 4 |
| 8. Marggrabowa | 1915 | 2 | 10 | 1213 | 17 | 10 | 701 | 15 | — |
| 9. Mikolajken | 112 | 4 | 11 | 9 | 11 | 1 | 102 | 23 | 10 |
| 10. Rhein | 1467 | 8 | 6 | 481 | 5 | — | 986 | 3 | 6 |
| 11. Sensburg | 1063 | 29 | — | 570 | — | — | 493 | 29 | — |
| 12. Elßstädt | 48 | 2 | — | — | — | — | 48 | 2 | — |
| b) Verwaltungskosten | 13 | — | — | 1 | — | — | 12 | — | — |
| Summa aller Ausgaben | 20424 | 22 | 11 | 17059 | 10 | — | 3365 | 12 | 11 |

B a l a n c e.

| | | | | | | |
|---|-------|-----|----|-----|----|-----|
| Die Ist-Einnahme beträgt | 75045 | Th. | 19 | Gr. | 6 | pf. |
| Die Ist-Ausgabe beträgt | 17059 | „ | 10 | „ | — | „ |
| Bleibt baarer Bestand | 57986 | Th. | 9 | Gr. | 6 | pf. |
| Dazu die Einnahme-Reste | 572 | „ | 22 | „ | 8 | „ |
| Summa | 58559 | Th. | 2 | Gr. | 2 | pf. |
| Die Ausgabe-Reste betragen | 3365 | „ | 12 | „ | 11 | „ |
| Wird ein Aktiv-Vermögen von | 55193 | Th. | 19 | Gr. | 3 | pf. |
| einschließlich 30000 Th. in Ostpreussischen Pfandbriefen. | | | | | | |

Druck von H. Krausnick.

Amtsblatt

Nr. 36. Gumbinnen, den 1ten September 1856.

Das 44te Stück der Gesetz-Sammlung, welches den 25ten August d. J. in Berlin ausgegeben ist, enthält unter:

Nr. 244.
Inhalt der Gesetz-Sammlung.

- Nr. 4497 den Allerhöchsten Erlaß vom 7ten Juni 1856, betreffend die Aufhebung der in der Land-Feuer-Ordnung für das platte Land in Vor- und Hinter-Pommern vom 24ten Mai 1756 getroffenen Bestimmungen hinsichtlich der Anlage von Schmieden durch polizeiliche Bestimmungen; unter
- Nr. 4498 die Uebereinkunft zwischen Preußen und den Niederlanden wegen der Zulassung preussischer Konsuln in den Niederländischen Kolonien, d. d. Haag, den 16ten Juni 1856; unter
- Nr. 4499 den Allerhöchsten Erlaß vom 15ten Juli 1856, betreffend die Verteilung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussée von Altenhausen im Kreise Neuhaßensleben, Regierungsbezirk Magdeburg, bis zur Kreisgrenze in der Richtung auf Calvörde; unter
- Nr. 4500 den Allerhöchsten Erlaß vom 18ten Juli 1856, betreffend einige Abänderungen des revidirten Reglements der Land-Feuersozietät für die Kurmark Brandenburg (mit Ausfluß der Altmark), für das Markgrafenthum Niederlausitz und die Distrikte Jüterbogk und Belzig vom 15ten Januar 1855; unter
- Nr. 4501 die Bestätigungs-Urkunde, betreffend einen Nachtrag zu dem Statut der Kottbus-Schweidnitzer Eisenbahn-Gesellschaft vom 22ten Juli 1856 und unter
- Nr. 4502 die Bekanntmachung über die unterm 15ten Juli 1856 erfolgte Allerhöchste Bestätigung der Statuten der „Waterländisch. Vogel-Versicherungs-Gesellschaft zu Eibersfeld“, vom 13ten August 1856.

Bekanntmachung der höheren Behörde.

I n s t r u k t i o n

vom 30ten Juli 1856

zur Ausführung des Gesetzes vom 14ten April 1856,
betreffend die ländlichen Ortsobrigkeiten in den sechs östlichen Provinzen
der preussischen Monarchie.

Nr. 245.
Instruktion vom
30. Juli 1856
zur Ausführung
des Gesetzes vom
14. April 1856,
betreffend die
ländl. Ortsobrig-
keiten in den
sechs östlichen
Provinzen der
preuss. Mo-
narchie.

Auf den Grund des §. 25 des Gesetzes vom 14ten April 1856, betreffend die ländlichen Ortsobrigkeiten in den sechs östlichen Provinzen der Monarchie, wird zur Ausführung dieses Gesetzes nachstehende Instruktion ertheilt:

Artikel 1.

Die in dem gegenwärtigen Gesetze abwechselnd gebrauchten Bezeichnungen „Ortsobrigkeit“, „Polizeibrigkeit“, „ortsobrigkeitliche“ und „polizeibrigkeitliche Gewalt“, umfassen, nach dem Begriffe der „Polizei“ im weiteren Sinne, die außerhalb des Gebiets der gerichtlichen Kompetenz liegenden verfassungs- und vorschriftsmäßigen Rechte und Pflichten innerhalb des Ressorts der verschiedenen Verwaltungszweige, als den Gegenstand dieses Gesetzes.

Die im Eingange desselben erwähnte Verordnung vom 3ten Januar 1849 hat im Abschnitt V. nur hinsichtlich der Wahrnehmung der Polizeigerichtsbarkeit in den eigentlichen Strassachen (vergl. §. 61, Th. II, Tit. XVII. des Allg. Landrechts) durch königliche Behörden Bestimmungen getroffen, den übrigen Bestand der älteren Polizei-Verfassung aber nicht berührt.

Artikel 2.

Den Regierungen bleibt überlassen, für die Fälle, in welchen nach dem gegenwärtigen Gesetze und dieser Instruktion eine Mitwirkung des Kreistags stattfindet (§§. 2, 3, 4, 5, 11 und 16 des Gesetzes; Artikel 7 der Instruktion), nach Bedürfnis, die Wahl einer vorbereitenden kreisständischen Kommission herbeizuführen.

Nur stimmberechtigte Mitglieder des Kreistags, welche selbst, oder deren Nachgeber Inhaber der polizeibrigkeitlichen Gewalt sind, dürfen der Kommission, in welcher der Landrath den Vorsitz führt, angehören.

Artikel 3.

Von der dem Staate beigelegten Befugnis zur Uebernahme der polizeibrigkeitlichen Gewalt in den Fällen des §. 2 ist nur nach vorhergegangener Prüfung der besonderen Verhältnisse in den bezeichneten Fällen Gebrauch zu machen, allerdings aber auch nöthigenfalls gegen den Willen des Inhabers, da nur dessen „Anörung“ erforderlich ist, damit zu verfahren.

In

In den Fällen unter Nr. 1 und 2 des §. 2 wird es der Uebernahme der polizeibrigadeitlichen Gewalt auf den Staat der Regel nach dann nicht bedürfen, wenn der bisherige Inhaber auch sonst noch z. B. als Besitzer eines andern Guts, oder als juristische Person, Magistrat, Korporation, Stift u. die polizeibrigadeitliche Gewalt ordnungsmäßig auszuüben im Stande ist.

Bei Nr. 1 kommt das Verhältniß zu den Vorschriften über Veränderung von Guts- und Gemeinde-Bezirken im §. 1 des Gesetzes vom 14ten April d. J., betreffend die Landgemeinde-Verfassungen in den sechs östlichen Provinzen, in Betracht. Der Verlust der Eigenschaft eines Ritterguts durch Zerstückelung fällt nicht unter Nr. 1, so lange noch die Eigenschaft eines selbstständigen Gutsbezirkes fortbesteht (vergleiche auch §. 1 des gegenwärtigen Gesetzes und §. 6 des Gesetzes vom 8ten Mai 1837 — Gesetz-Sammlung Seite 99).

Ist der Fall unter Nr. 2 nicht durch freiwillige Handlungen des Inhabers der polizeibrigadeitlichen Gewalt herbeigeführt, so empfiehlt sich bei der Anwendung des Gesetzes jede mit dem Erforderniß einer ordnungsmäßigen Verwaltung vereinbare Berücksichtigung des Besitzers.

In den Fällen unter Nr. 3 wird in der Regel von der, dem Staate beigelegten Befugniß Gebrauch zu machen sein, zur Aufrechthaltung der Stellung der ortsobrigkeitlichen Instanz. Auch ist bei Nr. 3 die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 25ten Januar 1831, betreffend die Erwerbung von Rittergütern durch Dorfgemeinden oder von Mitgliedern derselben (Gesetz-Sammlung Seite 5) und die hierzu ergangene Instruktion vom 18ten Dezember 1832 (v. Kamphs Annalen Band 16, Seite 914) zu beachten.

Artikel 4.

Die Vorschriften des §. 3 finden nicht allein, wenn die polizeibrigadeitliche Gewalt nach §. 2 auf den Staat übernommen ist, sondern gemäß §. 4 auch da Anwendung, wo dem Staate die polizeibrigadeitliche Gewalt über ländliche Gemeinde- oder Guts-Bezirke bereits zugeht, oder künftig zufällt.

Vornehmlich in der Provinz Posen, in den zum Regierungsbezirk Marienwerder gehörigen Landestheilen des ehemaligen Herzogthums Warschau, nämlich in den Kreisen Culm, Thorn, Straßburg und Löbau, dem größten Theile des Graudenzers und einem kleinen Theile des Flatower Kreises, desgleichen in Neu-Vorpommern und Rügen, in welchen Landestheilen zufolge früherer Umgestaltungen der Verwaltungs-Organisation durch die allgemeine Gesetzgebung der damaligen Landes-Regierungen die polizeibrigadeitliche Gewalt dem Staate zugefallen ist, bieten daher die Bestimmungen des §. 3 die Mittel und Wege dar,

um hinsichtlich der Wahrnehmungen der polizeibrigkeittlichen Gewalt, mit den entsprechenden Abänderungen der bestehenden Verwaltungs-Einrichtungen die geeigneten Anordnungen zu treffen.

Für die Provinz Posen werden in dieser Beziehung besondere Instruktionen ergehen, bis dahin die Vorschrift im §. 4 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11ten März 1850 maßgebend bleibt.

Der Ausdruck „Staat“ im §. 4 begreift die „Staats-Regierung“ und bezieht sich nicht auf den Königl. Domainen-Fiskus. Die völlige Gleichstellung des Königl. Domainen-Fiskus in seinen Rechten und Pflichten als Inhaber der ortsobrigkeitlichen (polizeibrigkeittlichen) Gewalt mit allen anderen, zur ortsobrigkeitlichen (polizeibrigkeittlichen) Gewalt berechtigten Gutsbesitzern versteht sich von selbst.

Artikel 5.

Wird bei Anwendung des §. 3 die polizeibrigkeittliche Gewalt einem Gute verliehen, so werden in der Verleihsungs-Urkunde die entsprechenden näheren Bestimmungen festgesetzt: z. B. für den Fall des Besitzwechsels, ähnlich wie in den Urkunden über neue Verleihung der Ritterguts-Eigenschaft.

Es kann ferner, nach Verschiedenheit der Fälle (vergl. §. 2), bei Anwendung des §. 3 in dem Gebiete des §. 4, die polizeibrigkeittliche Gewalt mit dem Besitze eines Gutes nicht allein über die dazu gehörigen Grundstücke, sondern auch über andere Realitäten und Dirschaften verbunden, ebenso kann sie als unbefolbtes Ehrenamt einem Grundbesitzer auch außerhalb der Grenzen seines Besitzthums aufgetragen werden.

Die Anhörung des Kreistags ist durch Alinea 2 des §. 3 nur geboten, wenn die Regierung selbst nach vorgängiger Erkundigung Niemanden gefunden hat, der zu Annahme des polizeilichen Ehrenamts geeignet und bereit ist. Sie kann auch durch bloße Umfrage bei den Kreisständen zur geeigneteren Erreichung des Zwecks erfolgen.

Artikel 6.

Die Bestimmung des §. 5 begreift, den aus der zu entfernten Lage eines Theils des polizeibrigkeittlichen Bezirks von dem Orte des berechtigten Guts sich ergebenden objektiven Schwierigkeiten für eine ordnungsmäßige Verwaltung, denen weder durch die persönliche Thätigkeit des Inhabers, noch durch Bestellung eines Stellvertreters wohl abzuhelfen ist, durch anderweitige Uebertragung der polizeibrigkeittlichen Gewalt über solche entlegene Gebiets-theile die nöthige Abhülfe zu verschaffen. Es handelt sich auch hierbei um bleibende Veränderungen des polizeibrigkeittlichen Bezirks. Von dem Mittel solcher Uebertragungen wird vornehmlich in den Fällen Gebrauch zu machen sein, wenn entlegene kleinere Dirschaften, einzelne

einzelne Etablissements, Kolonien, Forstgrundstücke, auf welchen besondere Stellvertreter oder eigene Beamte nicht wohl gehalten werden können, in Betracht kommen.

Artikel 7.

Bei Ausführung des §. 7, welcher in Ergänzung der Verordnung vom 31sten März 1838 und des Gesetzes vom 24sten April 1846, dem Inhaber der polizeibrigadeitlichen Gewalt neben der dort ausgesprochenen Berechtigung zur Bestellung eines Stellvertreters, auch die Verpflichtung auferlegt, einen Stellvertreter zu ernennen, wenn entweder die Ausdehnung des Polizeibezirks dies erforderlich macht, oder wenn er aus einem in seiner Person liegenden Grunde an der ordnungsmäßigen Ausübung der Polizeiverwaltung behindert wird, ist grundsätzlich davon auszugehen, daß es dem Wesen des gesammten Instituts als ein besonderer Vorzug desselben entspricht, wenn die Inhaber der polizeibrigadeitlichen Gewalt sich der Ausübung derselben so viel als möglich persönlich unterziehen.

Ob die Ausdehnung des Polizeibezirks die Ernennung eines Stellvertreters in der That erforderlich macht, ist wesentlich nach den obwaltenden besonderen Lokalverhältnissen in dem einzelnen Falle zu ermitteln. Zu den Behinderungsgründen, welche in der Person des Inhabers der polizeibrigadeitlichen Gewalt liegend, die Ernennung eines Stellvertreters notwendig machen, gehören Minderjährigkeit, weibliches Geschlecht, lange dauernde Abwesenheit, anhaltende Krankheit, besondere in der Person vorhandene Gründe, welche nach den vorliegenden Thatfachen nachhaltig an einer gehörigen Geschäftsführung hindern.

In den Fällen aber, wo die Ernennung eines Stellvertreters erfolgt, verbleibt dem Inhaber der polizeibrigadeitlichen Gewalt, in sofern er nicht des Rechts zur Ausübung derselben resp. der Befugniß zur Ernennung eines Stellvertreters verlustig gegangen, die Leitung des Stellvertreters, so wie die Befugniß, persönlich ebenfalls an der Verwaltung Theil zu nehmen und einzelne Akte unter eigener Verantwortlichkeit an sich zu ziehen.

Unter Umständen kann es sich als eine zweckmäßige Einrichtung empfehlen, daß mehrere Inhaber der polizeibrigadeitlichen Gewalt dieselbe Person zum Stellvertreter für verschiedene aneinander grenzende Polizeibezirke ernennen, auch, daß auf die Vereinigung der Stellvertretung mit den Geschäften der Polizeianwaltschaft in derselben Person Bedacht genommen wird, wie ebenfalls, nach Bewandniß der Umstände, im Interesse einer ordnungsmäßigen Polizeiverwaltung und einer mit dem Zwecke vereinbaren Kostenersparung die Bestellung eines gemeinschaftlichen Exekutiv- Personals, die Beschaffung und Unterhaltung gemeinschaftlicher Gefängniß-Kontakten u. s. w. liegen kann, natürlich unbeschadet des selbstständigen Rechtsverhältnisses jedes einzelnen theilhaftigen Inhabers der polizeibrigadeitlichen Gewalt und jedes Polizeibezirks.

Die-

Diejenigen Fälle, auf welche sich §. 8 bezieht, sind wegen der erheblichen praktischen Bedeutung für eine ordnungsmäßige Polizeiverwaltung, möglichst bald zu ermitteln und zu ordnen, wobei vorzüglich dahin zu wirken ist, daß Einer von den verschiedenen Inhabern der polizeibrigadeitlichen Gewalt die Polizeiverwaltung über die ganze Ortschaft übernimmt, oder wenn dies nicht gelingt, ein in dem Orte oder möglichst in der Nähe wohnender gemeinschaftlicher Stellvertreter, welcher mit Rücksicht auf §. 2 der Allerhöchsten Verordnung vom 31sten März 1838 geeignet erscheint, bestellt wird.

Die Entscheidung der Aufsichtsbehörde, welche von der Regierung des Bezirks zu treffen ist, tritt nach §. 9 erst ein, wenn die Inhaber der polizeibrigadeitlichen Gewalt nicht von selbst aus freien Stücken in den Fällen der §§. 7 und 8, wo die Nothwendigkeit sich ergibt, von der Befugniß zur Ernennung von Stellvertretern Gebrauch machen.

Der Regierung bleibt überlassen, nach Bewandniß der Umstände, für die Anregung und Herstellung der in diesem Artikel berührten Vereinigungen und gemeinschaftlichen Einrichtungen im Interesse der Polizeiverwaltung die Vermittelung des Kreistags in Anspruch zu nehmen; imgleichen denselben, im Falle des Widerspruchs des Inhabers der polizeibrigadeitlichen Gewalt bei seiner Vernehmung gemäß §. 9, über die zu treffende Anordnung zu hören.

Artikel 8.

Handelt es sich um die Verleihung der Eigenschaft eines Ritterguts, so können im Interesse einer zweckmäßigen Einrichtung der Polizeiverwaltung die Verhandlungen nach §. 10 auch darauf gerichtet werden, die dem Gute beizulegende polizeibrigadeitliche Gewalt noch auf andere, als zu dem Gute gehörige, namentlich auch die in derselben Dorf-Feldmark belegenen oder angrenzenden Grundstücke auszudehnen.

Artikel 9.

Bei der nach den örtlichen Verhältnissen sich als Bedürfnis ergebenden Abgrenzung der polizeibrigadeitlichen Bezirke in Verbindung mit den Veränderungen eines bestehenden Gemeinde- oder Ortsbezirks nach §. 11 ist das Verhältniß zu den Bestimmungen des §. 1 des Gesetzes vom 14ten April d. J., betreffend die Landgemeinde-Versassungen in den sechs östlichen Provinzen und Artikel 2 der dazu erlassenen Instruktion des Ministers des Innern vom 14ten Juli d. J., imgleichen, in vorkommenden Fällen, zu §. 2 der Städte-Ordnung vom 30sten Mai 1853 mit zu beachten.

Artikel 10.

Während durch §§. 12, 13 und 14 die Inhaber der polizeibrigadeitlichen Gewalt und deren Stellvertreter wegen einer solchen Handlung, die bei einem Beamten die Natur eines Ver-

Verbrechens oder Vergehens im Amte haben würde, den Strafgesetzen unterworfen sind, gewährt ihnen auch §. 20 den Schutz, welchen die Beamten genießen, durch Anwendung der Vorschriften des Gesetzes vom 13ten Februar 1854, betreffend die Konflikte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amts- und Diensthandlungen.

Es ist folgendermaßen ebenmäßig in Ansehung der Inhaber der polizeibrigittlichen Gewalt und deren Stellvertreter das an die Regierungen ergangene Circular-Rescript vom 8ten September 1854 über Erhebung des Kompetenz-Konflikts zu beachten, indem auch auf den Inhalt des im Justizministerialblatt Nr. 15, Seite 90, abgedruckten Erkenntnisses des königlichen Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte vom 12ten Januar 1856 verwiesen wird.

Gegenstand des richterlichen Erkenntnisses nach §§. 13 und 14 ist auch die neben der gesetzlich angedrohten Strafe dort vorgesehene Entziehung von Rechten.

Die Inhaber der polizeibrigittlichen Gewalt dienen nach der Natur ihres Rechts (§. 1) dem Staate nicht als Beamte vermöge einer Anstellung und sind daher auch nicht den für die unmittelbaren oder mittelbaren Beamten ergangenen Disziplinarvorschriften unterworfen; sie unterliegen vielmehr bei Ausübung ihrer polizeibrigittlichen Rechte und Pflichten dem allgemeinen Aufsichtsrechte des Staats (conf. §. 1 des gegenwärtigen Gesetzes und der dort mitalegte §. 22, Titel 17, Theil II. des Allgemeinen Landrechts), und den besonderen auf das Institut der gütsherrlichen Polizei bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen.

Vermöge des allgemeinen Aufsichtsrechts des Staats ist die Regierung berechtigt, jeden Inhaber der polizeibrigittlichen Gewalt erforderlichen Falls im Wege der administrativen Exekution unter Androhung und event. Einziehung von Geldstrafen anzuhalten, die verabsäumen, im Interesse der Polizeiverwaltung sich als nothwendig ergebenden Anordnungen zu treffen, resp. auszuführen, und, wenn dieses fruchtlos bleibt oder Gefahr im Verzuge ist, das Erforderliche auf Kosten desselben ausführen zu lassen. (conf. §. 20 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11ten März 1850 und §. 100 des Gesetzes vom 21ten Juli 1852.)

Umgekehrt kann die Regierung bei vorkommenden Veräumnissen und Ordnungswidrigkeiten in der Ausübung der polizeibrigittlichen Gewalt gegen den Inhaber Vorhaltungen, Ermahnungen und Verwarnungen eintreten lassen, endlich aber auch nach §§. 7 und 9 des gegenwärtigen Gesetzes und Artikel 7 dieser Instruktion die Ernennung eines Stellvertreters herbeiführen.

Abgesehen hiervon, bieten noch die besonderen Vorschriften der §§. 15 und 16 in den hiernach geeigneten Fällen Mittel, gegen Inhaber der polizeibrigittlichen Gewalt außerhalb des gerichtlichen Weges einzuschreiten.

Geib.

Selbstrüfen als nachträgliche Ahndung (disziplinarische Strafen) können aber gegen Inhaber der polizeibrigadeilichen Gewalt, da auf sie das nur für die im unmittelbaren oder mittelbaren Staatsdienste stehende Beamte ergangene Disziplinargesetz vom 21sten Juli 1832 (conf. §. 1 desselben) nicht anwendbar ist, nicht verhängt werden.

Ebenso wenig empfiehlt es sich, gegen denjenigen, welchem die Polizeiverwaltung als ein unbesoldetes Ehrenamt aufgetragen ist, (§§. 3 bis 5 des gegenwärtigen Gesetzes), dergleichen Selbststrüfen, welche hier zwar an sich gesetzlich nicht unzulässig sein würden, eintreten zu lassen, vielmehr wird es bei der Eigenthümlichkeit dieses Verhältnisses im Allgemeinen ratsam sein, wenn andere geeignete in dem Aufsichtsrechte liegende Mittel zur Herstellung einer ordnungsmässigen Polizeiverwaltung nicht zum Ziele führen, auf Anwendung des §. 18 Bewacht zu nehmen.

Ueberhaupt muß den Behörden vertraut werden, daß sie bei Ausübung des Aufsichtsrechts die richtigen Formen und Modalitäten anwenden werden, welche im wohlverwogenen Interesse der Sache sowohl nach der eigenthümlichen Stellung der ihre polizeibrigadeiliche Gewalt persönlich verwaltenden Inhaber, als derjenigen, welchen dieselbe als ein unbesoldetes Ehrenamt aufgetragen ist, sich als angemessen und nothwendig ergeben.

Gegen die von den Inhabern der polizeibrigadeilichen Gewalt ernannten Stellvertreter, welche sich vermöge dieser dienstlichen Anstellung im Sinne und nach Analogie des §. 69, Titel 10, Theil II. des Allg. Landrechts und gemäß ihrer Vereidigung nach dem Gesetze vom 24sten April 1846 in dem Verhältniß mittelbarer Beamten befinden, können im Disziplinarwege geeigneten Falls Selbststrüfen verhängt werden, in sofern es die Regierung nicht vorzieht, die Entlassung des Stellvertreters zu verfügen, welche von ihr nach §. 2 der Allerhöchsten Verordnung vom 31sten März 1838 aus bewegenden Gründen, worüber sie nur allein der vorgesetzten Behörde auf Erfordern Rechenschaft zu geben hat, zu jeder Zeit angeordnet werden kann.

Artikel 11.

Durch §. 21 ist in Ansehung der Bestellung der Schulzen und der Schöppen überall die Bestätigung durch den Landrath eingeführt.

Im Uebrigen behält es nach Inhalt des §. 21 hinsichtlich der Bestellung der Schulzen und der Schöppen bei den bestehenden Observanzen oder sonstigen Rechtsnormen sein Bewenden, und nur für den Fall, daß hiernach etwas Anderes nicht feststeht, ist auf die Regel, daß die Ernennung durch den Inhaber der Ortsobrigkeit nach Anhörung der Gemeinde erfolgt, hingewiesen.

Wo daher z. B. nach bisheriger Observanz oder sonstiger Rechtsnorm die Ernennung des

des Schulzen und der Schöppen durch den Inhaber der Ortsobrigkeit ohne Anhörung der Gemeinde, oder eine Wahl Seitens der letzteren, stattgefunden hat, bewendet es hierbei, vorbehaltlich der Befähigung durch den Landrath, auch fernerhin.

Wo eine Wahl durch die Gemeinde stattfindet, ist das Resultat von dem Inhaber der Ortsobrigkeit mit dessen gutachtlicher Erklärung dem Landrath Behufs der Befähigung anzuzeigen. Im Falle des Widerspruchs Seitens des Inhabers der Ortsobrigkeit hat der Landrath vor Ertheilung der Befähigung die Entscheidung der Regierung einzuholen.

Artikel 12.

Der Landrath kann die nach §. 22 vorzunehmenden Vereidigungen nach Umständen auch den betreffenden Inhabern der Ortsobrigkeit, Domainen-, Instituts-, Stifts-Verwaltungen, Magisträten, Korporations-Behörden auftragsweise überlassen.

Die Verwerfung auf einen bereits früher geleisteten Eid kann event. auch auf den Homagialeid erfolgen.

Die Rechte und Pflichten des Amtes beginnen von der Anstellung an, auch schon vor der Sanction durch die Eidleistung.

Artikel 13.

In Gemäßheit des §. 23 ist die Polizei-Verfassung in den ehemals mittelbaren Städten, wie solche zur Zeit des Erlasses der Gemeinde-Ordnung vom 11ten März 1850 bestand, als Grundlage Behufs Anwendung des gegenwärtigen Gesetzes in Kraft zu erhalten, beziehungsweise auf den Grund der §§. 4 und 3 wieder herzustellen.

Artikel 14.

Weitere Instruktionen zur Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes bleiben vorbehalten, insoweit dazu bei der praktischen Handhabung desselben und mit Rücksicht auf die besonderen und eigenthümlichen Verhältnisse einzelner Landestheile ein Bedürfniß hervortritt.

Berlin, den 30sten Juli 1856.

Der Minister des Innern.

v. Westphalen.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Dem Kaufmann und Fabrikanten Julius Consentius zu Magdeburg ist unter dem 26. August 1856 ein Patent:

auf eine durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte Maschine zum Spalten und Schneiden verschiedener Substanzen in Würfelform, so weit dieselbe als neu und eigenthümlich anerkannt ist,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Amtsblatt Nr. 38. Halber Bogen.

Das

Nr. 246.
Patentverthei-
lung.

N 247.
Patentausheb-
ung.

Das den Technikern Gustav Dremel und Friedrich Schmidt in Magdeburg unterm 30sten September 1855 ertheilte Patent:

auf eine Vorrichtung zum Pressen von Thonröhren mit Ruffen,
wird hierdurch aufgehoben.

Bekanntmachung des Königl. Provinzial-Steuer-Direktors.

N 248.
Ein verloren
gegangener
Dienstiegel betr.

Das bei dem Haupt-Zollamte zu Stallupönen in Gebrauch gewesene Dienstiegel **N 698** ist verloren gegangen und wird demnach hierdurch für ungültig erklärt. Sämmtliche Haupt-Zoll- und Haupt-Steuerämter des hiesigen Verwaltungsbezirks werden angewiesen, darauf zu sehen und durch ihre Untergebenen darauf sehen zu lassen, daß kein Mißbrauch mit diesem verlorenen Siegel getrieben, und daß es, wenn es aufgefunden wird, an mich eingeliefert werde.

Königsberg, den 23sten August 1856.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

In Vertretung: der Ober-Regierungsrath Voigtel.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

N 249.
Die Termine
zur Immatri-
kulation bei der
Universität zu
Königsberg für
das Winter-
semester pro
18^{56/57}.

Für das bevorstehende Wintersemester 18^{56/57} findet bei der hiesigen Universität die Immatriculation der neu eintretenden Studierenden in den Tagen vom 6ten bis inkl. 14ten October d. J., Nachmittags von 4 bis 5 Uhr, statt.

Diejenigen, welche die Immatrikulation nachsuchen, haben zu diesem Behuf an den gedachten Tagen — in unserm Sekretariat vorzulegen:

- 1) ein Zeugniß über die wissenschaftliche Vorbildung zur Universität oder das Abgangs-Zeugniß von einer andern Universität;
- 2) eine obrigkeitlich beglaubigte Erlaubniß der Eltern oder Vormünder zum Besuche der hiesigen Universität.

Wer ohne Nachweis genügender Entschuldigungsgründe sich innerhalb des bezeichneten Zeitraums nicht meldet, hat sich die nachtheiligen Folgen verspäteter Meldung zur Inscription, welche unter Umständen bis zur Zurückstellung für's nächste Semester gesteigert werden können, selbst zuzuschreiben. Königsberg, den 18ten August 1856. Königl. akademischer Senat.

N 250.
Lektionsplan der
Königl. Staats-
und landwirth-
schaftlichen
Akademie zu
Eldena, bei
Greifswald, pro
Wintersemester
18^{56/57}.

Lektionsplan der Königl. Staats- und landwirthschaftlichen Akademie zu Eldena, bei Greifswald, pro Wintersemester 18^{56/57}.

Die Vorlesungen an der hiesigen Königl. Staats- und landwirthschaftlichen Akademie werden für das nächste Wintersemester am 15ten October d. J. beginnen und sich auf folgende Unterrichts-Gründe beziehen:

- 1) Ein- und Anleitung zum akademischen Studium; 2) Volkswirtschaftslehre; 3) Volks- und

und staatswirtschaftliche Statistik, Direktor Professor Dr. Baumstark; 4) Encyclopädische Einleitung in das Landwirthschaftsrecht, Professor Dr. Beseler; 5) Geschichte der Landwirthschaft; 6) Landwirthschaftliche Betriebslehre; 7) Landwirthschaftliches Praktikum und Konversatorium, Professor Dr. Segnig; 8) Rindviehzucht; 9) Schaafzucht; 10) Ueber den hiesigen Wirthschaftsbetrieb und praktische landwirthschaftliche Demonstrationen, Administrator Kohbe; 11) Gemüsegartenbau, Garten-Inspektor Jüßke; 12) Pflege der Gesundheit der landwirthschaftlichen Hausthiere; 13) Anatomie und Physiologie der Hausfaugethiere, Departements-Thierarzt Dr. Fürstenberg; 14) Forstwirthschaftliche Betriebslehre, akademischer Forstmeister Wiese; 15) Landwirthschaftliche Technologie nebst Demonstrationen in der Fabrik; 16) Anorganische Experimental-Chemie; 17) Analytische Chemie und Anleitung zu chemischen Untersuchungen im chemischen Laboratorium, Professor Dr. Trommer; 18) Anatomie und Physiologie der Pflanzen; 19) Uebungen in der Pflanzen-Anatomie; 20) Naturgeschichte der landwirthschaftlich schädlichen Thiere und Lehre von den Krankheiten der Pflanzen, Dr. Jessen; 21) Landwirthschaftliche Baukunst, Universitäts-Baumeister Müller; 22) Praktische Stereometrie, obenan Trigonometrie und einzelne Hauptstücke aus der praktischen Arithmetik; 23) Mechanik und Maschinenlehre, Professor Dr. Grunert.

Elbena, im August 1856.

Der Direktor der Königl. staats- und landwirthschaftlichen Akademie,
Dr. E. Baumstark.

Zum Zweck der Kompletirung der Schiffsjungen-Kompagnieen der unterzeichneten Station sollen zum 1sten Oktober d. J. wiederum 76 Schiffsjungen eingestellt werden.

Demzufolge werden diejenigen jungen Leute, die eine solche Einstellung wünschen und den nachstehend aufgeführten Bedingungen entsprechen, resp. deren Eltern oder die Stellvertreter der letzteren aufgefordert, ihre Aufnahme-Gesuche bis spätestens den 15ten September d. J. an das unterzeichnete Kommando portofrei einzureichen.

Die Annahme als Schiffsjunge bedingt:

- a) ein Lebensalter von wenigstens 14 bis höchstens 17 Jahren;
- b) körperliche Tauglichkeit;
- c) gute Führung;
- d) erfolgte Konfirmation;
- e) genügende Schulkenntnisse;
- f) die mit Genehmigung der Eltern eingegangene Verpflichtung, 12 Jahre in der Königl. Marine zu dienen.

N 251.
Die Annahme von jungen Leuten zur Kompletirung der Schiffsjungen-Kompagnieen betreffend.

Dem

Dem Aufnahme-Gesuch ist beizufügen:

- a) Tauffchein;
- b) Impffchein;
- c) ärztliches Attest über Gesundheit und dem Alter angemessene Entwicklung der Körperkräfte;
- d) Zeugniß über bisherige Führung, vom Prediger, event. von der Polizei ausgestellt;
- e) Konfirmationschein;
- f) Zeugniß über den früher genossenen Schulunterricht;
- g) die von der Polizei-Obrigkeit zu bescheinigende Genehmigung der Eltern oder deren Stellvertreter Betreffs der im Falle der Aufnahme einzugehenden Verpflichtung zu einer 12jährigen Dienstzeit in der Königlichen Marine.

In dem Gesuche selbst ist anzugeben, ob und seit wie lange der Betreffende ein Handwerk zu erlernen angefangen hat, und ob derselbe nicht für den Seebienst, sondern für ein Handwerk und event. für welches ausgebildet zu werden wünscht. Die Wahl des Handwerks muß sich indessen auf ein zum Schiffs- resp. Maschinenbau gehörendes erstrecken und bleibt es von dem Ermessen der Station und dem Bedürfnis an den resp. Lehrlingen abhängig, den Betreffenden, welcher ohnehin eine gewisse Zeit zur See gefahren haben muß, bevor er als Lehrling eingestellt wird, dennoch zum Seebienste heranzuziehen und zu verwenden.

Die vorläufige Untersuchung und Prüfung der angemeldeten und nach den eingereichten Attesten für die Annahme qualifizirt befundenen jungen Leute durch eine Kommission wird in dem letzten Drittel des Monats September d. J. stattfinden, Ort und Tag hierfür jedem Einzelnen aber noch näher bezeichnet werden.

An diesem noch zu bezeichnenden Orte müssen die Betreffenden der Kommission durch einen ihrer Angehörigen vorgestellt werden, wogegen die Beförderung nach dem Haupt-Stationssorte „Danzig,“ wo dieselben noch einer Super-Revision unterworfen werden, durch die Königliche Marine bewirkt wird.

Bemerkt wird noch, wie die Schiffsjungen keine Aussicht haben, zum Offizier zu avanciren. Danzig, den 19ten August 1856.

Die Marie-Station der Diffe.

Personal - Chronik.

Die Verwaltung des durch Versetzung erledigten Kantorats zu Turgaitzsch, Kreises Ragnit, ist dem bisherigen Kantor zu Pictupönen, Kreises Tilsit, Passenaci übertragen worden.

Hierzu die außerordentliche Beilage zum Amtsblatt Nr. 35 und der öffentl. Anzeiger Nr. 36.

Druck von Fr. Krause.

Amtsblatt

Nr. 37.

Gumbinnen, den 10ten September

1856.

Das 43ste Stück der Gesetz-Sammlung, welches den 30sten August 1856 in Berlin ausgegeben ist, enthält unter:

Nr. 252.
Inhalt der Gesetz-Sammlung.

- Nr. 4503 die Bekanntmachung der Erklärung vom 7ten Juli 1856, betreffend die Ausdehnung der im Handels- und Schiffahrts-Vertrage zwischen den Staaten des Zoll-Vereins und dem Königreich beider Sizilien, vom 27ten Januar 1847, für die direkte Fahrt verabredeten Begünstigungen hinsichtlich der Zoll- und Schiffahrts-Abgaben auf die indirekte Fahrt, vom 20ten August 1856; unter
- Nr. 4504 den Allerhöchsten Erlaß vom 11ten Juli 1856, betreffend die Bewilligung der fiskalischen Vorrechte für den Bau verschiedener Chaussees im Kreise Brilon, Regierungs-Bezirks Arnberg; unter
- Nr. 4505 das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Kreises Brilon, Regierungs-Bezirks Arnberg, zum Betrage von 100,000 Rthlr.; vom 11ten Juli 1856; unter
- Nr. 4506 den Allerhöchsten Erlaß vom 9ten August 1856, betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rheinprovinz vom 15ten Mai 1856 an die Gemeinden Mühlheim und Gladbach im Kreise Mühlheim, Regierungs-Bezirk Köln; und unter
- Nr. 4507 die Verordnung, betreffend die Aufhebung der Verordnung vom 26ten November 1855 wegen zeitweiser Aufhebung der Steuervergütung für ausgehenden Branntwein, vom 18ten August 1856.

Bekanntmachung der höheren Behörde.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die nach der Allerhöchsten Verordnung vom 18ten d. M. vom 1ten November d. J. ab wieder zu gewährende Steuervergütung für ausgehenden Branntwein mit Allerhöchster Genehmigung auf zehn Pfennige für das Quart zu 50 Prozent Alkohol nach Tralles der Bestimmung in der Bekanntmachung vom 11ten

Nr. 253.
Hiebei zu gewährende Steuervergütung für ausgehenden Branntwein betreffend.

Rmtbl. Nr. 87.

Oktob.

Oktober 1854 entsprechend festgesetzt worden ist, da die weitere Erhöhung dieses Satzes nach dem Ergebniss der über den Bismereibetrieb angestellten Erörterungen nicht hat für statthaft erachtet werden können. Berlin, den 29sten August 1856.

Der Finanz-Minister.

In Vertretung: (gez.) Köhne mann.

Bekanntmachung der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

N 254.
Die Pferde-
märkte in Ostpre-
ssen.
Z. d. G.
237. Aug.

Unsere Amtsblatt-Bekanntmachung vom 16ten v. M., wonach auch während der Monate September und Oktober d. J. die Vieh- und Pferdemarkte in den neun Grenzkreisen nicht abgehalten werden sollen, hat auf die 4 Pferdemarkte in Elstert am 19ten und 20sten und am 26sten und 27sten September, am 3ten und 4ten, sowie am 10ten und 11ten Oktober d. J. keinen Bezug.

Die Abhaltung dieser Pferdemarkte wird vielmehr im Landeskultur-Interesse von uns gestattet. Der Viehmarkt am 23sten September d. J., bleibt noch wie vor aufgehoben. Gumbinnen, den 2ten September 1856.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern

B e k a n n t m a c h u n g .

Verzeichniß der Vorlesungen des Winter-Semesters 1856/57, bei der Königl. Höheren landwirthschaftlichen Lehranstalt in Proßlau.

N 255.
Verzeichniß der
Vorlesungen des
Wintersemesters
1856/57 bei der
Königl. Höheren
landwirthschaft-
lichen Lehranstalt
in Proßlau.

- 1) Volkswirtschaftslehre: Geheimrer Regierungs-Rath Heinrich.
- 2) Allgemeiner Acker- und Pflanzenbau: 3) Bockkunde: 4) Demonstrationen im Felde oder in der Hofwirthschaft, Unterweisung im Klassifiziren der Schafe und Sortiren der Wolle: Dekonomie-Rath Settegast.
- 5) Allgemeine Thier- und Rindviehzucht: 6) Spezielle Geräthekunde mit Demonstrationen: Lehrer der Landwirthschaft Benz.
- 7) Driodiagnose und Geognose: 8) Anatomie und Physiologie der Pflanzen: 9) Land- und forstwirthschaftliche Insektenkunde: Professor Dr. Heinzel.
- 10) Inorganische Chemie: 11) Physik: 12) Uebungen in landwirthschaftlich-chemischen Arbeiten im Laboratoris: Professor Dr. Kroker.
- 13) Mathematik: 14) Landwirthschaftliche Baukunde: Baumeister Kunge.
- 15) Landwirthschaftliche Pflanzführung: Rentant Schneider.
- 16) Forststation und Forstbenutzung: Oberförster Wagner.
- 17) Anatomie und Physiologie der Hausthiere: 18) Pferde- und Schweinezucht: Depart.-Thierarzt Lüthens.
- 19) Gemüse- und Hopfenbau: Institutsgärtner Hannemann.

Die

Die Vorlesungen beginnen den 1sten November d. J. Anmeldungen zur Aufnahme Studirender oder sonstige, die landwirthschaftliche Lehranstalt betreffende Anfragen, sind entweder mündlich oder schriftlich an den Unterzeichneten zu richten, der jede gewünschte Auskunft gern ertheilen wird. Proskau, den 24ten August 1856.

Der Direktor der Königl. landwirthschaftlichen Lehranstalt,
Geh. Regierungsrath (gez.) Heinrich.

Personal - Chronik.

Der Ober-Gerichts-Assessor, Staatsanwaltsgehilfe v. Carissen zu Elst ist durch Rescript des Herrn Justizministers vom 26ten August 1856 in gleicher Eigenschaft nach Warenborff, Departement Münster, vom 1sten Oktober ejd. a. ab versetzt worden.

Der bisherige Lehrer an der Stadtschule in Gumbinnen, Gustav Ignée, ist mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten als vierter ordentlicher Lehrer an dem Königl. Schullehrer-Seminar zu Angerburg angestellt worden.

Der seitherige Baumeister Freund in Ologau ist von des Herrn Staats- und Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten von der Hocht. Excellenz zum Königl. Kreisbaumeister ernannt und gleichzeitig ist dem 1c. Freund die durch die Versetzung des Kreisbaumeister Becker in Böden an die Rastin-Frankfurter Eisenbahn vakant gewordene Kreisbaumeisterstelle verliehen worden.

Der Rentier Friedrich Bauer ist zum Beigeordneten des Bürgermeisters in Pilskaßen auf sechs Jahre gewählt und besätigt worden.

Der Kanzlei-Diätarius v. Mark ist vom 1sten September d. J. ab als etatsmäßiger Kanzlist bei der hiesigen Königl. Regierung angestellt worden.

Dem forstversorgungsberechtigten Jäger Moriz Spalbing ist die Forst-Ausscherstelle zu Beldahn, Oberförsterei Nikolaisen, nach Ablauf der Probezeit definitiv verliehen worden.

Personal-Veränderungen im Departement des Appellationsgerichts zu Insterburg im Monat August 1856.

A. Beim Appellationsgericht:

Referendarius Braun zum Gerichts-Assessor und die Auskultatoren Gustav Heinrich Julius Hecht und Schepke zu Referendarien ernannt.

B. Bei den Kreisgerichten:

Gerichts-Assessor Peteaux als Kreisrichter beim Kreisgericht in Ragnit, der bisherige Kanzlei-Diätarius Duednau als Kanzlist beim Kreisgericht in Ragnit,

der

der bisherige Kanzlei-Diätarius Hud als Kanzlist beim Kreisgericht in Gumbinnen,
der interimistische Bote und Exekutor Prang als Bote und Exekutor beim Kreisgericht In-
sterburg, endlich
der interimistische Gefangenwärter Guthold, als Gefangenwärter beim Kreisgericht Marga-
grabowa angestellt.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 37.

Druck von H. Krause.

Amtsblatt

Nr. 38.

Gumbinnen, den 17ten September

1856.

Das 46ste Stück der Gesammmlung, welches den 8ten September 1856 ausgegeben ist, enthält unter:

Nr. 4508 die Bestätigungs-Urkunde, betreffend die Errichtung einer Aktien-Gesellschaft unter dem Namen „Sieg-Rheinischer Bergwerks- und Hütten-Aktien-Verein,“ mit dem Domizil zu Köln, vom 9ten August 1856.

Nr. 256.
Inhalt der Gesammmlung.

Bekanntmachung des Königl. Ober-Präsidentiums.

Reglement für die Benutzung der Provinzial-Archive.

§. 1. Alle Behörden, Korporationen und Privatpersonen im Bereich der Provinz, welche ein Königl. Provinzial-Archiv zu geschäftlichen Zwecken benutzen wollen, haben sich mit ihren desfallsigen Anträgen an den Ober-Präsidenten zu wenden. Die Anträge von Unterbehörden, Korporationen und Privatpersonen können auch der betreffenden Königl. Regierung, mit dem Ersuchen der Beförderung an den Ober-Präsidenten und zum Zweck der eventuellen Beifügung eines Gutachtens übergeben werden.

Nr. 257.
Das Königl. Provinzial-Archiv zu Königsberg in Preußen betr.

§. 2. Anfragen um bloße Auskunft darüber, ob die Archive Etwas in Betreff des den Fragenden interessirenden Gegenstandes enthalten, dürfen auch bei den Archiv-Vorständen unmittelbar angebracht und von diesen beantwortet werden.

§. 3. Die Provinzial-Archivare sind ermächtigt, über einzelne Standes-, Verwandtschafts- und Besitz-Verhältnisse, so wie über Wappen und Siegel und einzelne Erlebnisse bestimmter Familien, resp. Individuen, auf Ersuchen eines Gliedes der betreffenden Familie aus archivalischen Quellen geschichtliche Auskunft zu erteilen. Umfassendere Archiv-Benutzungen zu biographischen oder familiengeschichtlichen Ermittlungen und Forschungen sind an die §. 5 gestellte Bedingung geknüpft.

§. 4. Wo der Archivar unter obwaltenden besonderen Umständen aus Auskunft-Ertheilungen, wie sie §. 2 und 3 demselben im Allgemeinen gestattet werden, Gefährdungen öffentlicher Interessen oder auch der Interessen dritter Privatpersonen besorgen muß, hat derselbe über das an ihn ergehende Ansuchen an den Ober-Präsidenten zu berichten, oder den Ansuchenden an denselben zu verweisen.

Königl. Nr. 38.

§. 5.

§. 5. Die Erlaubniß zu nichtgeschäftlicher Benutzung der Provinzial-Archive, sei es zu eigener Belehrung oder zum Behuf literarischer Arbeiten, ist bei dem Ober-Präsidenten nachzusuchen, und dabei die Ausdehnung der gewünschten Benutzung möglichst genau anzugeben. Benutzungen, welche sich auf Daten von Urkunden zur Feststellung von Chronologien, auf Siegel und überhaupt auf ganz vereinzelte, kein praktisches Staats- oder Privat-Interesse berührende Notizen beschränken, dürfen die Archivare ohne Anfrage gewähren.

§. 6. Alle zu Privatweden, auch zum Behuf literarischer Arbeiten entnommene Abschriften von Archivalien, so wie aus Archivalien gemachte Auszüge werden erst dann freiverfügbares Eigenthum des Fertigigers oder seines Auftraggebers, wenn sie dem Archivvorstande vorgelegt und ein weiterer Gebrauch derselben für zulässig erklärt worden ist. Vor dieser Vorlegung und Erklärung dürfen sie aus dem Archivlokal nicht entfernt werden, widrigenfalls der Benutzende nicht nur seine sofortige Ausschließung vom Besuch des Archivs, sondern auch eine Reklamation seiner Abschriften und Excerpte zu gewärtigen hat.

§. 7. Bei den Anfragen und Ansuchen im Archiv und der dafelbst gestatteten oder auch amtlich berechtigten Benutzung von Archivalien dürfen die Besuchenden nur mit besonderer Erlaubniß des Archivars und unter steter Aufsicht eines Archivbeamten das Innere des Archivs betreten. Von Archivalien imgleichen Archiv-Repertorien, auch Dienstakten, so wie Handschriften, Büchern, Landkarten und allen sonstigen Subsidien der Archiv-Verwaltung dürfen sie nicht eigenmächtig Kenntniß nehmen, sondern nur von dem, was ihnen vorgelegt und insoweit die Kenntnissnahme ihnen davon verflattet wird.

§. 8. Die Verabfolgung von Archivalien außerhalb des Archivlokals, darf mit Ausnahme von Einforderungen Seitens des Minister-Präsidenten oder des Direktoriums der Staats-Archive, nur mit Genehmigung des Ober-Präsidenten stattfinden.

§. 9. Behörden und Korporationen, so wie Privatpersonen außerhalb der Provinz können ihr Ansuchen um Archiv-Benutzung an den Ober-Präsidenten, oder auch an die oberste Archiv-Behörde richten.

§. 10. Die Vergütung für die Mithewaltung der Archivare, wenn sie in wissenschaftlichem oder praktischem Interesse Abschriften von Archivalien besorgen, Zusammenstellungen archivalischer Daten und Notizen liefern, oder auch Excerpte aus Archivalien anfertigen, ist abgesehen von größeren archivalischen Arbeiten, bei welchen die Honorirung Sache des Uebersinkommens mit dem Extrahenten ist, nach folgenden Sätzen zu bemessen:

Kopialien für jeden Bogen, je nach der leichteren oder schwierigeren Lesbarkeit, 10 bis 20 Sgr.

Für Abschrift einer Ahnentafel bis zu 16 Ahnen 1 Rthlr., für Abschrift eines Stammbaumes pro Bogen 1 Rthlr. Für

Für Vidimation einer von Archivs wegen besorgten Abschrift 15 Sgr.

Für Vidimation einer von einem Privatinteressenten selbst oder dessen Beauftragten genommenen Abschrift bis zu 2 Bogen 15 Sgr., für jeden weiteren Bogen 5 Sgr.

Für Mittheilung von Notizen aus dem Archiv, Zusammenstellung archivalischer Daten und Anfertigung von Excerpten innerhalb der reglementsmäßigen Befugniß der Archivare, je nach der dabei gehabten Mühwaltung, 15 Sgr. bis 5 Rthlr.

Für Auslieferung oder Ueberbringung, resp. Beförderung zur Post einer vom Archiv besorgten, resp. vidimirten Abschrift oder einer demselben Extrahenten gleichzeitig zugehenden Mehrzahl solcher Abschriften erhält der Archivdiener 5 Sgr.

Der bei einem Schriftstück etwa erforderliche Stempel wird besonders berechnet.

Ueber Beschwerten wegen vermeintlich zu hoher Liquidation hat der Ober-Präsident zu befinden. Berlin, den 28ten Mai 1856. Der Minister-Präsident (gez.) v. Manteuffel. Das vorstehende Reglement, nach welchem fortan auch bei der Verwaltung und Benutzung des im hiesigen Königl. Schlosse befindlichen „Archivs für die Provinz Preußen“ verfahren werden wird, bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Ich benutze diesen Anlaß, auf die Bestimmung des Provinzial-Archivs hinzuweisen, die im Wesentlichen darin besteht, alle in der Provinz vorhandenen und im Staats Eigenthum befindlichen oder demselben künftig zuwachsenden Urkunden, Akten und sonstigen archivalischen Schriftstücke, deren die laufende Geschäftsführung nicht mehr bedarf, die aber wegen ihrer geschichtlichen Bedeutung oder auch wegen der Möglichkeit eines dereinst wiederkehrenden praktischen Interesses der sorgsamsten Erhaltung werth zu erachten sind, — in der Art aufzubewahren, daß dem Bedürfnisse des praktischen wie des wissenschaftlichen (insonderheit des der Landesgeschichte förderlichen) Gebrauchs entsprochen werden kann. Königsberg, den 29ten August 1856.

Der Ober-Präsident der Provinz Preußen.

In Vertretung: v. Roge.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Der Wirth Szwars zu Paulbeisrauch, Kreises Hendekrug, hat beim Löschen des Waldbrandes im Belauf Schüllgallen, Oberförsterei Dingten, besondere Umsicht und Thätigkeit bewiesen. Wir bringen dieses hiermit gern zur öffentlichen Kenntniß.

Gumbinnen, den 5ten September 1856.

Königl. Regierung,

Abtheilung für die Verwaltung der direkten Steuern, Domainen und Forsten.

Der Krammarkt für Stallupönen wird am 13ten und 14ten Oktober d. J. abgehalten werden. Gumbinnen, den 5ten September 1856. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

In

Nr. 258.
Belohnung des
Wirths Szwars
für bewiesene
besondere Umsicht
und Thätigkeit
beim Löschen eines
Waldbrandes.
S. N.
368. Sept.

Nr. 259.
Den Kram-
markt in Stallu-
pönen betr.
A. d. J.
3168. Sep.

N 260.
Die Umfart
ung der Orts-
schaft Ußhallen,
Kreises Gumbin-
nen, betr.
X. b. 3.
1895. Juli.

N 261.
Die Anlage
einer Apotheke
in Jodlauken
betr. d. b. 3.
1891. Aug.

N 262.
Polizei-Ver-
ordnung, die Um-
schreibung der
Gehöfte und an
den öffentlichen
Begen und Kri-
sten liegenden
Gärten betr.
X. b. 3.
1879. Sept.

Wir bringen hierdurch zur allgemeinen Kunde, daß die Ortschaft Ußhallen, Kreises Gumbinnen, aus der Parochie Niebuhßen in die Parochie Mallwischken, Kreises Pillkallen, vom 1sten Oktober d. J. ab umgepfarrt ist. Die bisherigen Kreisverhältnisse bleiben unverändert.

Gumbinnen, den 7ten September 1856. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Es ist die Anlage einer Apotheke im Kirchdorfe Jodlauken, Kreises Inslerburg, gestattet worden. Wir fordern demzufolge qualifizierte Apotheker, welche die Konzeption für den genannten Ort zu erhalten wünschen, hierdurch auf, sich diesbezüglich binnen vier Wochen, unter vollständiger Einreichung ihrer Atteste und Beifügung eines curriculum vitae bei uns zu melden. Gumbinnen, den 8ten September 1856. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Zur Herstellung einer besseren äußeren Ordnung in den ländlichen Ortschaften, und zur Verhütung und Verminderung der Pfändungsfreistigkeiten wird hierdurch auf Grund der Paragraphen 6 und 11 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11ten März 1850 für den ganzen Umfang unseres Verwaltungs-Bezirktes Folgendes verordnet:

In allen geschlossenen ländlichen Ortschaften sollen die Gehöfte und die an den öffentlichen Begen und den Krieten belegenen Gärten mit einer Umwährung (Mauer, Zaun, Hecke oder Wall — Gräben genügen dagegen nicht —) versehen sein.

Bei dieser Anordnung binnen der für die einzelnen Ortschaften oder den einzelnen Be-theiligten, vom Königl. Landrathsamt zu bestimmenden Frist nicht nachkommt, verfällt nicht nur in eine Polizeistrafe bis zu 10 Thalern, oder im Unvermögensfalle in eine der Geldstrafe angemessene Gefängnißstrafe, sondern wird auch durch Exekution zur Befolgung der Anordnung angehalten werden. Gumbinnen, den 9ten September 1856.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Personal - Chronik.

Der Apotheker Becker in Elaisgirren, Kreises Niederung, ist als Agent der Magdeburger Feuer- und Hagelschaden-Versicherungs-Gesellschaften bekräftigt worden.

Dem Fräulein Louise Amalie Brauer aus Gumbinnen ist die Befugniß beilegt, Kindern gebildeter Familien Privat-Unterricht zu erteilen.

Der Kaufmann Gustav Feuersänger aus Grydekrug, Kreises gleichen Namens, ist als Agent der Königl. Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Colonia bekräftigt worden.

Amtsblatt

Nr. 39. Gumbinnen, den 24ten September 1856.

Das 47te Stück der Gesefsammlung, welches den 15ten September 1856 in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

Nr. 263.
Inhalt der Gesefsammlung.

Nr. 4509 den Allerhöchsten Erlaß vom 9ten Juli 1856, betreffend die Bildung und Verwaltung eines für die evangelischen Geistlichen der Provinz Pommern behufs der Unterstützung ihrer Emeriten zu gründenden Fonds; unter

Nr. 4510 den Allerhöchsten Erlaß vom 9ten August 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Kreis-Chaussée von Bünde, im Kreise Herford, nach Holzhausen, im Kreise Lübbecke; unter

Nr. 4511 die Konzeptions- und Besätigungs-Urkunde, betreffend die Anlage einer Eisenbahn von Stargard nach Köslin, mit einer Zweigbahn nach Kolberg, durch die Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft, vom 18ten August 1856; unter

Nr. 4512 das Privilegium wegen Ausgabe von sieben und einer halben Million Thaler in vierprozentigen Prioritäts-Obligationen der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft, behufs des Baues einer Eisenbahn von Stargard nach Köslin mit einer Zweigbahn nach Kolberg, vom 18ten August 1856; unter

Nr. 4513 das Privilegium wegen Emission auf den Inhaber lautender Prioritäts-Obligationen zweiter Serie der Aachen-Masstrichter Eisenbahn-Gesellschaft im Betrage von einer Million Thaler, vom 18ten August 1856; unter

Nr. 4514 den Allerhöchsten Erlaß vom 18ten August 1856, betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rheinprovinz vom 15ten Mai 1856 an die Gemeinden Cleve, Burscheid, Goch, Geldern, Xanten, Lüttringhausen, Burg und Solingen, Regierungsbezirks Düsseldorf, und unter

Nr. 4515 den Allerhöchsten Erlaß vom 28ten August 1856, betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rheinprovinz vom 15ten Mai 1856 an die Gemeinden Neuwied, im Regierungsbezirk Koblenz, und Ratingen, Ronsdorf und Uerdingen, im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Das 48te Stück der Gesefsammlung, welches den 18ten September 1856 in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

Nr. 4516 den Allerhöchsten Erlaß vom 18ten August 1856, betreffend die Verleihung

Amtsbl. Nr. 39.

der

- der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussée von Duedlinburg nach Blumenhaus, im Kreise Hagen; unter
- Nr. 4517** den Allerhöchsten Erlaß vom 18ten August 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte zum Bau und zur Unterhaltung einer Chaussée von der Erfurt-Krönstädter Chaussée oberhalb des Steigerwaldes über Egstedt und Beringleben nach der Landesgrenze in der Richtung auf Gögleben; unter
- Nr. 4518** die Konzeptions- und Bestätigungs-Urkunde, betreffend die Anlage einer Zweig-Eisenbahn von der Magdeburg-Göthen-Halle-Leipziger Eisenbahn bei Schönebeck nach Staßfurt, nebst Gleisverbindungen nach der Saline zu Schönebeck und dem Salzsichte zu Staßfurt, so wie einer Zweigbahn von Staßfurt nach dem Braunkohlen-Bergwerke bei Lötterburg, vom 28ten August 1856; unter
- Nr. 4519** das Privilegium wegen Ausgabe von zwei Millionen Thalern Prioritäts-Obligationen der Magdeburg-Göthen-Halle-Leipziger Eisenbahn-Gesellschaft, vom 28ten August 1856; unter
- Nr. 4520** den Allerhöchsten Erlaß vom 28ten August 1856, betreffend mehrere Abänderungen des revidirten Reglements der landesfiskalischen Feuerversicherungs-Gesellschaft für Westpreußen, und unter
- Nr. 4521** die Bekanntmachung, betreffend die unter dem 18ten August 1856 erfolgte Allerhöchste Bestätigung der Statuten einer Aktien-Gesellschaft unter dem Namen „Magdeburger Aktien-Gesellschaft für Mineralöl- und Paraffin-Fabrikation“ mit dem Domizil zu Magdeburg, vom 8ten September 1856.

Bekanntmachungen der höheren Behörden.

Nr. 264. Nachdem unter den Regierungen der Zollvereins-Staaten die Vereinbarung getroffen worden ist, daß die durch die Bekanntmachung vom 19ten September v. J. bis Ende September laufenden Jahres angeordnete Einseßung der Erhebung des Eingangszolls für Getreide und Hülsenfrüchte, Mehl daraus und andere Mühlenfabrikate, nämlich: geschrotete und geschälte Körner, Graupe, Gries und Grütze, ingleichen gestampfte oder geschälte Hirse, bis Ende December 1856 ausgedehnt werde, wird diese Erweiterung der Zollfreiheit hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Berlin, den 16ten September 1856.

Der Finanzminister (gez.) v. Bodelschwingh.

Nr. 265.
Die Verloosung
von Schuldverschreibungen

In der am heutigen Tage öffentlich stattgehabten Verloosung sind von den Schuldverschreibungen der Staats-Anleihen aus den Jahren 1848, 1850, 1852, 1854 und 1855 A. die

in

in der Anlage verzeichneten Nummern gezogen worden, welche den Besitzern mit der Aufforderung gekündigt werden, den darin verschriebenen Kapitalbetrag vom 1sten April f. J. ab in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr entweder bei der Staatsschulden-Ziigungskasse hierseibst, Dranienstraße Nr. 94, oder bei der nächsten Regierungs-Hauptkasse gegen Quittung und Rückgabe der Schulderschreibungen mit den dazu gehörigen, erst nach dem 1sten April f. J. fälligen Zins-Coupons baar in Empfang zu nehmen.

Schreibungen der 4 1/2 procentigen Staats-Anleihen von 1848, 1850, 1852, 1854 und 1856 A. drit.

Der Selbstbetrag der etwa fehlenden, unentgeltlich mit abzuliefernden Zins-Coupons wird von dem zu zahlenden Kapital zurückbehalten.

Da die gezogenen Schulderschreibungen nicht sämmtlich an Einem Tage geprüft und ausgezahlt werden können, so können dieselben schon vom 1sten März f. J. ab zur Prüfung bei den gedachten Kassen vorgelegt werden; auch werden dort Formulare zu den Quittungen unentgeltlich verabfolgt.

Auf der Anlage sind zugleich die Nummern der aus früheren Verloosungen noch rückständigen und nicht mehr verzinslichen Schulderschreibungen der Anleihen aus den Jahren 1850, 1852 und 1854 mit abgedruckt, und es werden die Inhaber derselben, zur Vermeidung weiteren Zinsen-Verlustes, an die Erhebung ihrer Kapitalien erinnert.

Die Nummern-Verzeichnisse der aus den sechs ersten Verloosungen der freiwilligen Anleihe vom Jahre 1848 noch rückständigen Schulderschreibungen können bei der Kontrolle der Staatspapiere und bei den Königl. Regierungs-Hauptkassen eingesehen werden.

Berlin, den 8ten September 1856.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Ratan. Nobiling.

Bei der heutigen öffentlich stattgehabten 2ten Verloosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855 sind die 30 Serien:

Nr. 266.

Die Verloosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855 betreffend.

Nr. 42, 55, 79, 81, 169, 180, 182, 211, 245, 316, 319, 390, 391, 392, 411, 443, 469, 542, 715, 722, 765, 815, 855, 859, 863, 936, 968, 1131, 1209 und 1403,

gezogen worden.

Die Besitzer der zu diesen Serien gehörigen 3000 Schulderschreibungen werden aufgefordert, den Prämienbetrag von 110 Rthlr. für jede Schulderschreibung vom 1sten April 1857 ab, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, entweder bei der Staatsschulden-Ziigungskasse hierseibst, Dranienstraße Nr. 94, oder bei der nächsten Regierungs-Hauptkasse gegen Quittung und Rückgabe der Schulderschreibungen nebst den dazu gehörigen Coupons, Ser. I. Nr. 2 bis 8, über die Zinsen vom 1sten April 1856 ab, welche nach dem Inhalte der Schulderschreibungen unentgeltlich abzuliefern sind, zu erheben.

)

Der

Der Betrag der etwa fehlenden Coupons wird von der Prämie zurückbehalten.

Die Schuldverschreibungen können übrigens schon vom 1sten März 1857 ab zur Prüfung bei den gedachten Kassen vorgelegt werden; auch werden dort Quittungs-Formulare unentgeltlich verabfolgt.

Von den in Folge der 1sten Verlosung zum 1sten April 1856 gekündigten Schuldverschreibungen sind die Nummern:

Nr. 2827, 2836, 36,533, 36,571, 41,938, 41,954, 41,991, 51,692, 60,658, 60,660, 92,301 bis 92,400, 109,813, 109,823, 109,861, 127,831, 127,863, 127,878, 132,741, 135,508 bis 135,510, 135,515, 135,536, 135,563, 135,573, 135,574, 135,590, 141,702, 141,703, 141,726, 141,799, 141,800, 144,004, 144,006, 144,067, 144,036, 144,051, 143,084, 144,089, 140,545, 149,566,

noch rückständig, und es werden die Inhaber derselben, zur Vermeidung weiteren Einbußes, an die Erhebung ihrer Prämien erinnert. Berlin, den 15ten September 1856.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Ratan. Nobiling.

Bekanntmachung des Königl. Ober-Präsidiums.

Nr. 267. Nach dem Befehle Seiner Majestät des Königs sollen die Provinzialstände des Königreichs Preußen zu einem Provinzial-Landtage in Königsberg versammelt, und dieser am Sonn-
Die Eröffnung
des Provinzial-
Landtages in
Königsberg betr. tage den 5ten Oktober d. J. in der bisher üblichen Weise eröffnet werden.

Zum Landtags-Kommissarius haben des Königs Majestät den Unterzeichneten, zum Landtags-Marschall den Ober-Marschall des Königreichs Preußen Burggrafen Grafen zu Dohna-Laud, zum Stellvertreter des Landtags-Marschalls den Präsidenten der Regierung zu Marienwerder, Kammerherren Grafen zu Eulenburg-Wicken zu ernennen geruht.

Die Eröffnung wird, nach vorausgegangenem Gottesdienste, in dem Ständesaal des Königl. Schlosses um 12 Uhr Mittags erfolgen.

Königsberg, den 20sten September 1856.

Der Landtags-Kommissarius, Ober-Präsident der Provinz Preußen:

Birkliche Geheime Rath Eichmann.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Nr. 268. Neuere Erfahrungen haben das Bedürfnis ergeben, das Regulativ vom 6ten September 1848, die Anlage von Dampfkesseln betreffend, durch folgende Bestimmungen zu ergänzen:

1) Zu §. 11:

An allen Manometern muß die in der polizeilichen Genehmigung zur Benutzung

des

Nr. 268. Die Deklaration
des §. 11 des
Regulativs vom
6ten September
1848, die Anlage
von Dampfkesseln
betreffend.

2. v. J.
3092. Zug.

des Dampfkessels zugelassene höchste Dampfspannung durch eine in die Länge fallende Marke bezeichnet sein. Außerdem muß an dem Kessel selbst der nach dieser Genehmigung zulässige Ueberschuß der Dampfspannung über den Druck der äußeren Atmosphäre in leicht erkennbarer Weise angegeben sein.

2) Zusätzliche Bestimmung:

In jedem Dampfkessel muß:

der Name des Fabrikanten, die laufende Fabriknummer und das Jahr der Anfertigung in einer leicht sichtbaren und dauerhaften Weise angegeben sein.

Berlin, den 6ten August 1856.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

In Vertretung: (ges.) Pommer-Esche.

In die Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Vorstehendes Ministerial-Rescript wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß auch an den bereits im Betriebe befindlichen Dampfkesseln die zu §. 11 angeordnete Vorrichtung in Frist von 3 Monaten auszuführen ist.

Ueber die Untersuchungen der Dampfkessel wird ein besonderes Regulativ ergehen.

Gumbinnen, den 2ten September 1856. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Die von der Königl. Regierungs-Hauptkasse ausgestellten Quittungen über die im II. Quartal des laufenden Jahres bei derselben eingegangenen Kauf- und Ablösungsgebühren sind, nachdem dieselben vorschriftsmäßig von der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden bescheinigt worden, den betreffenden Kreiskassen zur Ausbändigung an die Interessenten zugesertigt. Die Betheiligten haben sich bei den betreffenden Kreiskassen zu melden und die Quittungen, gegen Rückgabe der erhaltenen Interims-Quittungen, in Empfang zu nehmen.

Gumbinnen, den 10ten September 1856.

Königl. Regierung.

Abtheilung für die Verwaltung der direkten Steuern, Domainen und Forsten.

Mit Bezug auf die bereits im vorigen Jahre unterm 6ten September und 22ten Oktober erlassenen Bekanntmachungen, wegen des in einzelnen Revieren der Königl. Forsten vorgekommenen Fraßes der Nonnenraupe und der in Folge desselben in bedeutenden Massen zum Einschlage kommenden Hölzer, bringen wir hierdurch zur Kenntniß des Publikums, daß der verderbliche Fraß des genannten Insektes sich in diesem Sommer auf fast sämtliche Königl. Forstreviere mehr oder weniger verbreitet hat, und in denselben demgemäß und im Allgemeinen bedeutende Holzmassen zum Einschlage und Verkauf kommen werden.

Die durch unsere vorgedachten Bekanntmachungen zur Kenntniß gebrachten erleichtern den

N. 269.

Die von der Regierungs-Hauptkasse ausgestellten Quittungen über die im II. Quartal d. J. bei derselben eingegangenen Kauf- und Ablösungsgebühren.

N. 267. Sept.

N. 270.

Den Anlauf des durch den Fraß der Nonnenraupe beschädigten Holzes in den Königl. Forsten betreffend.

N. L. H. B. 253. Aug.

den Bedingungen zum Ankauf des Holzes, finden nunmehr auch noch auf die Königl. Forstreviere Kullid, Bröblaufen, Tzulltinnen, Pabrojen, Schneden, Schorellen, Beshallen und Trappönen Anwendung.

Wir erneuern daher unsere Aufforderung, sich zur möglichsten Begegnung der aus den Verwüstungen der Forsten für die Zukunft zu befürchtenden Uebelstände im Voraus auf so lange als möglich mit Bau- und Brennholz zu versehen und empfehlen vorzugsweise den Holzberechtigten und Deputanten, diese Vorsorge nicht zu verabsäumen und sich für die Folge keinem, sie empfindlich berührenden Holzmangel auszusetzen.

Gumbinnen, den 3ten September 1856.

Königl. Regierung,

Abtheilung für die Verwaltung der direkten Steuern, Domainen und Forsten.

N. 271.
Patentertei-
lung.

Dem Ingenieur Otto Seyrig zu Berlin sind unter dem 8ten September 1856 zwei Pa-
tente, das eine

auf eine Centrifugal-Waschmaschine, soweit dieselbe nach vorgelegter Zeichnung und Beschreibung als neu und eigenthümlich erkannt ist,
das zweite

auf eine Centrifugal-Maschine zum Auspressen des Rübensafes in ihrer ganzen durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung,
jedes auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

N. 272.
Patentertei-
lung.

Dem Pferdewärter B. Kothe zu Berlin ist unter dem 11ten September 1856 ein Patent:
auf ein durch Modell als neu und eigenthümlich nachgewiesenes Instrument gegen das Krippensehen der Pferde, ohne Jemand in Anwendung bekannter Theile zu behindern,
auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

N. 273.
Patentertei-
lung.

Dem Bau-Unternehmer Winand Dögler in Düren ist unter dem 11ten September 1856 ein Patent:

auf eine Ziegelpresse in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, und ohne Jemand in Anwendung bekannter Theile zu hindern,
auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

N. 274.
Patentertei-
lung.

Dem Kaufmann J. G. F. Prillwitz zu Berlin ist unter dem 17ten September 1856 ein Patent:

auf ein Verfahren, Metalle zu vergieren, so weit dasselbe als neu und eigenthümlich erkannt

erkannt ist, und ohne Jemand in der Anwendung bereits bekannter Methoden zu gleichen Zwecken zu behindern,
auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats
ertheilt worden.

Dem Kaufmann J. G. F. Prillwitz in Berlin ist unter dem 18ten September 1856 ein **N. 275.**
Patent-**ertheilung.**

auf mechanische Mittel zur Bewegung von Jacquard-Maschinen und Schützenkassen
an Befestighen in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammen-
setzung und ohne Jemanden in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken,
auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats
ertheilt worden.

Das dem Handelsmann J. Siebert zu Frankfurt a. M. unter dem 27ten November 1855 **N. 276.**
ertheilte Patent **Patent-ertheilung.**

auf eine Vorrichtung an Perkussionsgewehren zum selbstthätigen Auflegen der Ländhütchen,
ist erloschen.

B e k a n n t m a c h u n g .

Unter Aufhebung der diesseitigen Polizei-Berordnung vom 2ten September 1853, Amtsbl.
pro 1853, S. 212, wird auf Grund des §. 71 der Berordnung vom 9ten Februar 1849
und der §. 5 und 6 des Gesetzes über die Polizei-Berwaltung vom 11ten März 1850 fol-
gende Polizei-Berordnung mit Genehmigung der Königl. Regierung erlassen.

N. 277.
Polizei-Berord-
nung. Den Ge-
schäfts- und Wi-
thualen Ankauf
von Kaufleuten,
Herrn, Händ-
lern etc. in der
Stadt Marggra-
bowa betr.

1) Kaufleute, Händler, Zwischenhändler, Wiederverkäufer, sowie Brauerei- und
Brennerei-Inhaber, auch Bäder, gleichviel ob diese Personen im Bezirk der Stadt oder
außwärts wohnen, dürfen an den Wochenmarkttagen Dienstag und Sonnabend mit
dem Ankauf von Roggen, Weizen, Gerste, Erbsen, Hafer, Kartoffeln, Grütze, Graupe,
Butter, Eier und Obst zum Wiederverkauf niemals vor 10 Uhr Vormittags beginnen.
Zum eigenen Bedarf können die bezeichneten Gewerbetreibenden nur solche Marktartikel
vor 10 Uhr kaufen, mit denen sie keinen Handel treiben oder die sie zu ihrem Gewerbe-
betriebe nicht brauchen.

2) Jede Uebertretung wird mit einer Polizeistrafe bis zu zehn Thalern Geld- oder ver-
hältnißmäßiger Gefängnißstrafe geahndet.

Marggrabowa, den 20sten August 1856.

Der Magistrat.

Personal

Personal-Chronik.

Die Verwaltung der Forstklasse zu Gumbinnen für die Oberförstereien und Forstverwaltungen Lyulkinnen und Bröblauken ist dem seitherigen Biesenmeister Udermarker übertragen worden.

Dem Dr. phil. Herrn Oskar Bellß zu Insterburg ist die Befugniß beigelegt, im diesseitigen Regierungsbezirk Privatunterricht zu erteilen.

Dem Fräulein Aurora Zimmermann zu Breitenstein, Kreises Ragnit, ist die Befugniß beigelegt, in Familien des diesseitigen Verwaltungs-Bezirks Stellen als Hauslehrerin und Erzieherin anzunehmen.

Der Stadtkassen-Rendant Eyserberger in Darkehmen ist als Agent der Königl. Lebens-Versicherungs-Gesellschaft beschäftigt worden.

Der Apotheker erster Klasse Johann Friedrich Becker hat die von ihm in Stalsgitten, Kreises Niederung, neu errichtete Apotheke bereits eröffnet.

Die Hebeamme Dorothea Dschmann zu Darkehmen hat ihre Praxis niedergelagt und ist die derselben erteilte Approbation wieder eingezogen worden.

A m t s b l a t t

N^o 40.
Gumbinnen, den 1sten Oktober
1856.

Das 49ste Stück der Gesefsammlung, welches den 24ten September d. J. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

N^o 278.
Inhalt des Gesefsammlung.

Nr. 4522 die Konzessions- und Befätigungs-Urkunde für die Rhein-Nahe Eisenbahngesellschaft, vom 4ten September 1856; und unter

Nr. 4523 den Allerhöchsten Erlaf vom 4ten September 1856, betreffend die Einsetzung einer besondern öffentlichen Behörde unter der Firma „Königliche Direktion der Rhein-Nahe Eisenbahn.

Bekanntmachung der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

I n s t r u k t i o n

des Justiz-Ministers, des Ministers des Innern und des Ministers für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten von 1sten Juli 1856.

Die Feldpolizei-Ordnung vom 1sten November 1847 hat sowohl in materieller Beziehung, als auch in ihren Bestimmungen über das Verfahren durch mehrere neuere Gesetze wesentliche Aenderungen erfahren.

N^o 279.
Instruktion des Justiz-Ministers, des Ministers des Innern und des Ministers für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten vom 1sten Juli 1856, die Feldpolizei-Ordnung vom 1sten Nov. 1847 betr.
X. d. J. 1099. August.

Obwohl es vorbehalten bleiben muß, über das Bedürfnis einer noch weiteren Revision nähere Ermittlungen anzustellen, so hat es doch schon jezt, um den mit der Handhabung der Feldpolizei beauftragten Lokal-Polizeibehörden die Uebersicht des zur Zeit bestehenden Rechtszustandes zu erleichtern, zweckmäßig erschienen, eine amtliche Ausgabe der Feldpolizei-Ordnung mit den dieselbe abändernden und ergänzenden Gesetzen herauszugeben, welche nicht nur in einem besondern Anhange die mit der Feldpolizei zusammenhängenden Bestimmungen des Strafgesefsbuchs, sondern auch zu den einzelnen Paragraphen besondere ergänzende und erläuternde Anmerkungen enthält, auf welche hiermit verwiesen wird.

Im Allgemeinen ist Folgendes zu bemerken:

Art. 1. Die Feldpolizei-Ordnung enthält an mehreren Orten Hinweisungen auf Lokal-Verordnungen und bestimmt die Form des Erlasses derselben, so z. B. in den §§. 2, 25, 73. Diese Lokal-Verordnungen sind jezt in Gemäßheit des Gesefes vom 11ten März 1850 über die Polizei-Verwaltung (Gesefsammlung S. 265) nur in den durch dies letztere Gesef in den §§. 5 und folgende vorgeschriebenen Formen zu erlassen.

Ambl. Nr. 40.

Art.

Art. 2. Die §§. 41 bis 46 der Feldpolizei-Ordnung sind durch den Art. 1 des Gesetzes vom 13ten April 1856 umgeändert.

Außer den Bestimmungen der Feldpolizei-Ordnung sind bei Handhabung der Feldpolizei auch die Vorschriften des Strafgesetzbuchs in den §§. 344 Nr. 5, 347 Nr. 1, 2, 7, 8, 10, 349 Nr. 1, 2, zu beachten.

Art. 3. Für die Verjährung der Uebertretungen der Feldpolizei kommt der §. 339 des Strafgesetzbuchs und der §. 9 des Gesetzes vom 14ten Mai 1852 über die vorläufige Straffestsetzung wegen Uebertretungen (Gesetzsamml. S. 245) in Betracht. Es verjähren danach alle Uebertretungen dieser Art in drei Monaten ohne Unterschied, ob die Vorschrift, gegen welche gefehlt ist, in der Feldpolizei-Ordnung oder in dem Strafgesetzbuche enthalten ist.

Art. 4. In den Fällen, in welchen die Feldpolizei-Ordnung unterscheidet, ob eine Wegnahme von Feldfrüchten oder anderen Gegenständen in gewinnsüchtiger Absicht, erfolgt ist, oder nicht, ist dies nach den Verhältnissen jedes einzelnen Falles zu beurtheilen, insbesondere nach der Menge und Art des Entwendeten, nach der Persönlichkeit des Thäters und nach dem Zwecke, zu welchem das Entwendete dienen sollte. Dabei ist jedoch nicht unbeachtet zu lassen, daß die sonst erschwerenden Umstände, unter denen eine, ohne eigentliche gewinnsüchtige Absicht verübte Entwendung ausgeführt worden ist, z. B. das Einsieigen über Hecken und Zäune, die Anwendbarkeit der Feldpolizei-Ordnung nicht ausschließen; daß es ferner fortan in dieser Beziehung gleichgiltig ist, ob Jemand einen Strauch oder Baum, mit der Wurzel oder ohne dieselbe, entwendet hat. In beiden Fällen trifft ihn die Strafe des Diebstahls, wenn eine gewinnsüchtige Absicht anzunehmen ist; in beiden Fällen die Strafe einer Uebertretung der Feldpolizei-Ordnung, wenn eine gewinnsüchtige Absicht nicht obgewaltet hat.

Art. 5. Was das Verfahren in Feldpolizei-Sachen betrifft, so kommen für die Fälle, in welchen es sich, wie bei den einfachen Hütungsregeln nur um die Festsetzung von Pfandgeld, Kosten, oder Ausmittelung des Schadens handelt, die Bestimmungen der Feldpolizei-Ordnung (§§. 53—67) unverändert zur Anwendung.

Art. 6. Dagegen ist für das Verfahren bei Untersuchung und Entscheidung über die mit Strafe bedrohten Uebertretungen eine wesentliche Aenderung der Bestimmungen der Feldpolizei-Ordnung (§§. 68 und 69) eingetreten. Nach dem Artikel 8 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuche vom 14ten April 1851 steht in solchen Fällen die Untersuchung und Entscheidung den Einzelrichtern zu, bei welchen der Polizei-Anwalt Anklage zu erheben hat. Diesem haben deshalb die Lokal-Polizeibehörden von jeder Uebertretung einer feldpolizeilichen Strafvorschrift Anzeige zu machen, es sei denn, daß sie von der ihnen durch das Gesetz vom 14ten Mai 1852 beilegte Ermächtigung, solche Strafen vorläufig festzusetzen Gebrauch machen wollen.

In

In diesem letzteren Falle kommen indeß folgende Grundsätze zur Anwendung:

- 1) der Polizei-Verwalter darf sich dieser Befugniß nur bedienen, wenn wirklich eine Uebertretung, also eine Handlung vorliegt, welche die Gesetze im höchsten Maasse, nur mit Gefängnißstrafe bis zu sechs Wochen, oder mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern bedrohen, handelt es sich um ein Vergehen, oder Verbrechen, wie z. B. Diebstahl oder böswillige Beschädigung (§§. 8 a. a. D.), so ist darüber dem Staatsanwalt des Bezirks Anzeige zu erstatten;
- 2) er darf keine höhere Strafe als 5 Rthlr. Geldbuße oder dreitägiges Gefängniß aussprechen (§. 1 a. a. D.) erachtet er eine höhere Strafe für angemessen, so muß er die Verfolgung dem Polizei-Anwalt überlassen (§. 1 a. a. D.);
- 3) gegen die Strafverfügung des Polizei-Verwalters findet kein Rekurs an dessen vorgesetzte Behörde statt, sondern dem Angeschuldigten steht nur frei, innerhalb zehn Tage, vom Tage der Inflation der Verfügung an, bei dem Polizei-Verwalter, dem Polizeirichter oder dem Polizei-Anwalt auf gerichtliche Entscheidung anzutragen (§. 5 a. a. D.);
- 4) dem Antragenden muß eine Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung kostenfrei ertheilt werden (ebenda).

Art 7. Nach dem Vorstehenden wird auch in den Fällen, wo es sich um eine mit Strafe bedrohte Uebertretung handelt, in der Regel dieselbe Polizeibehörde vorläufig die Strafe festsetzen können, welcher die Entscheidung zusteht, sobald es sich nur um die Kosten, Pfändung oder Schadensermittlung handelt (Art. 5). Es wird sich dies Verfahren überall empfehlen, wo der Polizei-Verwalter bei einer Uebertretung keine höhere Strafe als 5 Rthlr. Geldbuße oder dreitägiges Gefängniß für angemessen erachtet. Erst in den spätern Stadien unterscheidet sich das Verfahren. Der Rekurs gegen die Entscheidung der Polizeibehörde über Pfandgeld und Kosten geht nach §. 67 an die Regierung, resp. an das Gericht, welches in den Formen des Civilprocesses entscheidet.

Der Einspruch gegen die Straffestsetzung des Polizei-Verwalters geht immer an das Gericht, und zwar an den die Strassachen entscheidenden Einzelrichter, welcher unter Zugiehung des Polizei-Anwalts zu erkennen hat. Mit Rücksicht auf diese Verschiedenheiten aber sind von vorn herein die auf die Straffestsetzung bezüglichen Schriftstücke von denjenigen getrennt zu halten, welche sich auf die Kosten, Pfändung oder den Schadenersatz beziehen, damit das weitere Verfahren in beiden Richtungen durch die Vereinigung der Akten nicht aufgehalten werde. Berlin, den 1sten Juli 1856.

Der Justiz-Minister (gez.) Simons. Der Minister des Innern (gez.) v. Westphalen.

Für den Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten:

(gez.) Freiherr v. Manteuffel.

Indem

Indem wir vorstehende Instruktion hiermit veröffentlichen, machen wir das Publikum darauf aufmerksam, daß die amtliche Ausgabe der Feldpolizei-Ordnung vom 1ten November 1847 mit den dieselbe abändernden und ergänzenden Gesetzen und der Instruktion vom 1ten Juli 1856 bereits erschienen und durch den Buchhandel zu beziehen ist. Der Preis derselben beträgt 3 Sgr.; der hiesige Buchhändler Storz wird sie in hinreichender Anzahl von Exemplaren vorrätig halten. Gumbinnen, den 17ten September 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

B e k a n n t m a c h u n g .

N 280.
Die nach ab-
gehaltenden Re-
monte-Märkte
betreffend.

Da der Bedarf für die Remontirung pro 1857 noch nicht gedeckt ist, so bringen wir zur allgemeinen Kenntniß, daß folgende Remonte-Märkte abgehalten werden sollen:

- am 10ten Oktober d. J., in Neußhof-Ragnit,
- am 13ten Oktober in Braßupönen,
- am 16ten Oktober in Rattenau,
- am 20ten Oktober in Sperling,
- am 22ten Oktober in Jurgaitzchen.

Die Märkte beginnen Morgens um 8 Uhr; die Bezahlung und Abnahme der Pferde erfolgt zur Stelle.

Die übrigen Verkaufs-Bedingungen bleiben unverändert.

Ragnit, den 27ten September 1856.

Königl. Remonte-Ankaufs-Kommission für Preußen.

v. Dassel.

Xrent.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Der Rechnungsrath Donalles ist zum Landrentmeister und Rentantenten bei der hiesigen Regierungs-Hauptkasse ernannt worden.

Der bisherige Kassenauffseht Heinrich ist zum Buchhalter bei der hiesigen Regierungs-Hauptkasse bestellt worden.

Der Gerichtsassessor Schaper ist zum zweiten Gehilfen des Staatsanwalts in Alstift bestellt worden.

Der Apotheker zweiter Klasse Johann August Louis Biedtke hat die Apotheke zu Heinrichswalde käuflich erworben und die Verwaltung derselben mit unserer Genehmigung übernommen.

Gumbinnen, den 19ten September 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Amtsblatt

Nr. 41.

Gumbinnen, den 8ten Oktober

1856.

Das 50te Stück der Gesefsammlung, welches den 27ten September d. J. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

Nr. 281.
Inhalt der Ges.
19. Sammlung.

- Nr. 4324 die Verordnung, betreffend die Revision der Leich- und Afer-Ordnung für das Amt Grossen vom 14ten Februar 1766, so wie den Erlaß eines neuen Statutes für den Grossener Deichverband, vom 18ten August 1856; unter
- Nr. 4325 die Befätigungs-Urkunde, betreffend den Nachtrag zu den Gesellschaftsstatuten der schlesischen Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb, vom 3ten September 1856; unter
- Nr. 4526 die Befätigungs-Urkunde, betreffend den siebenten Nachtrag zu dem Statut der Breslau-Schweidniz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft, vom 6ten September 1856; und unter
- Nr. 4527 die Bekanntmachung über die unter dem 1ten August 1856 erfolgte Allerhöchste Genehmigung der von der Generalversammlung der Berlinischen Lebens-Versicherungsgesellschaft beschlossenen Aenderung des §. 4 des unterm 31sten Oktober 1853 genehmigten neuen Geschäftsplanes, vom 9ten September 1856.

Das 51te Stück der Gesefsammlung, welches den 30ten September d. J. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

- Nr. 4528 den Allerhöchsten Erlaß vom 18ten August 1856, betreffend die Verleiung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von der Dornitzer Kreisgrenze in der Richtung von Dornitz über Samter, Eipnica und Skowo an die Berlin-Potener Staats-Chaussee, und unter
- Nr. 4529 die Befätigungs-Urkunde, betreffend die Errichtung einer Aktien-Gesellschaft unter dem Namen „Aktien-Gesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnbedarf,“ mit dem Domizil zu Berlin, vom 28ten August 1856.

Bekanntmachungen der höheren Behörden.

Nachdem bereits früher Preussische Gerichte mehrfach auf Vernichtung einzelner Nummern der Augsburger Allgemeinen Zeitung nach Maßgabe der Vorschriften des §. 50 des Gesetzes über die Presse vom 12ten Mai 1851 erkannt haben, wird gegenwärtig auf Grund des §. 52

Ambl. Nr. 41.

Nr. 282.
Untersagung der
ferneren Veröffent-
lichung der Augs-
burger Allgemeinen
Zeitung.

dieses

dieses Gesetzes die fernere Verbreitung der genannten Zeitung bei Vertheilung der ebendieselbst in §. 53 angedrohten Strafen hiernit untersagt. Berlin, den 25ten September 1856.

Der Minister des Innern, v. Westphalen.

Nr. 283.
Die Einreichung
von Petitionen
zum Provinzial-
Landtage betr.

Der Unterzeichnete macht hierdurch bekannt, daß bei dem bevorstehenden Provinzial-Landtage des Königreichs Preußen, welcher den 1ten Oktober hier eröffnet werden wird, der bestehenden Geschäfts-Ordnung gemäß eingehende Petitionen nur bis zum 10ten Oktober d. J. angenommen werden können. Königsberg, den 4ten Oktober 1856.

Der Landtags-Marschall Graf zu Dohna-Laud.

Bekanntmachung des Königl. Provinzial-Schul-Kollegiums.

Nr. 284.
Wegen wahl-
fähiger Elementar-
Schullehrer.

Bei der am 22ten August d. J. abgehaltenen Prüfung in dem Königl. evangelischen Schullehrer-Seminar zu Angerburg sind mit dem Wahlfähigkeits-Zeugnisse zur Anstellung an Elementarschulen entlassen worden:

- 1) Wilhelm Abhelm aus Gumbinnen;
- 2) Ernst Böhmke aus Beeslack, Kreises Rastenburg;
- 3) Friedrich Bleise aus Bentheim, Kreises Angerburg;
- 4) Adam Chryzanowski aus Groß-Eschienen, Kreises Ortelsburg;
- 5) Gottlieb Czwalinna aus Bierzlinnen, Kreises Johannisburg;
- 6) Carl Duda aus Willamowen, Kreises Ortelsburg;
- 7) Johann Guttel aus Puelz, Kreises Rastenburg;
- 8) Friedrich Hein aus Neu-Bartelsdorf, Kreises Allenstein;
- 9) Ferdinand Hofer aus Rosengarten, Kreises Angerburg;
- 10) Heinrich Raja aus Rudwangen, Kreises Sensburg;
- 11) Carl Kienki aus Sensburg;
- 12) Ludwig Konrad aus Krzyschne, Kreises Löben;
- 13) Ludwig Kuh aus Surminnen, Kreises Angerburg;
- 14) Leopold Kaaser aus Ulleschen, Kreises Neidenburg;
- 15) Ferdinand Lange aus Schalumühlen, Kreises Darkehmen;
- 16) Michael Pencki aus Plofen, Kreises Ortelsburg;
- 17) Wilhelm Marczynski aus Stagen, Kreises Neuhlo;
- 18) Michael Dischewski aus Martenheim, Kreises Löben;
- 19) Julius Osterdorf aus Charlottenhof, Kreises Rastenburg;
- 20) Ferdinand Rusinski aus Gaylowken, Kreises Lyck;
- 21) Carl Schmidt aus Rogalliden, Kreises Lyck;

22) Carl

- 22) Carl Syabin aus Schögel, Kreises Goldbapp;
 23) August Thiedemann aus Stradaunen, Kreises Syd;
 24) August Born aus Brösowen, Kreises Angerburg;
 25) Herrmann Bogdahn aus Raffenburg, und
 26) Friedrich Krad aus Ramionken, Kreises Edgen.

Königsberg, den 18ten September 1856.

Bekanntmachung der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Der Taxpreis eines Blutegels ist für die Zeit vom 1sten Oktober d. J. bis ult. März f. J. auf 2 Sgr. 6 Pf. festgesetzt. Gumbinnen, den 29sten September 1856.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

N 235.
 Taxpreis eines
 Blutegels betr.
 v. d. J.
 186. Sept.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Die geehrten Interessenten der Berliner allgemeinen Wittwen-Pensions- und Unterstützungs-Kasse werden hierdurch ergebenst benachrichtigt, daß zur Ergänzung der theils gestorbenen, theils reglementsmäßig ausscheidenden Mitglieder des Kuratorii und deren Stellvertreter zum 1sten Januar 1857 Neuwahlen von zwei Herren Kuratoren und zwei Herren Stellvertretern nach Vorschriften des § 23 lit. d bis g des Reglements der Anstalt vom 3ten Sept. 1836 zu vollziehen sind. Zu diesem Behufe werden wir die erforderlichen Wahlzettel den geehrten Interessenten bei Ausreichung der Beitragsquittungen, zu dem mit dem 1sten Dezember d. J. beginnenden Zahlungs-Termin zugehen lassen. Berlin, den 4ten September 1856.

Direktion der Berliner allgemeinen Wittwen-Pensions- und Unterstützungs-Kasse.

Frhr. v. Monteton.

In den Kirchdörfern Neutirch und Lappienen, Kreises Niederung, sind am 1sten, resp. 15ten September d. J. Post-Expeditionen II. Klasse eingerichtet worden, von welchen die erstere durch eine wöchentlich sechsmalige Botenpost mit Heinrichswalde und Rauehmen und die andere durch eine tägliche Kariolpost mit Sedenburg und Heinrichswalde in Verbindung gesetzt worden ist.

Das korrespondirende Publikum wird von diesen neuen Einrichtungen hiermit benachrichtigt. Gumbinnen, den 27sten September 1856. Königl. Ober-Post-Direktion.

N 237.
 Die Einrichtung
 neuer Post-Expe-
 ditionen in Neu-
 tirch und Lappi-
 enen betr.

Personal - Chronik.

Der Kreisgerichts-Sekretair Schorning aus Ragnit ist als Agent der Ragdeburger Lebens- und als Spezial-Agent der Berlinischen Renten-Versicherungs-Gesellschaft beauftragt worden.

Der

Der Kaufmann Johann Bleyer in Kraupffchen, Kreises Magnit, ist als Agent der Kölnischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Colonia bestätigt worden.

Der Kaufmann G. H. Przyborski aus Kaukehmen, Kreises Niederung, ist als Agent der Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Colonia in Köln bestätigt worden.

Der Kaufmann und Stadtverordnete Friedrich Dgurski in Rhein ist als Schiedsmann für den Bezirk Rhein gewählt und bestätigt worden.

Der Kaufmann Fr. Bähler in Insterburg ist als Agent der deutschen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zu Lübeck, der Hagelschaden-Versicherungs-Gesellschaft zu Erfurt und der schlesischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Breslau bestätigt worden.

Die Besetzung des forstverorgungsberechtigten Jägers Friedrich Wilhelm Herrmann nach Lope als Forstaußseher ist zurüdgekommen und denselben die Forstaußseherstelle zu Maggitten, Oberförsterei Idenhorst, nach Ablauf der Probezeit definitiv verliehen worden.

Personal-Veränderungen im Departement des Appellationsgerichts zu Insterburg im Monat September 1856,

und zwar bei den Kreisgerichten:

Kreisgerichts-Rath v. d. Arnt in Nortitten an das Kreisgericht in Insterburg versetzt;

Gerichts-Assessor Kob als Kreisrichter beim Kreisgericht in Insterburg mit der Funktion bei der Gerichts-Kommission zu Nortitten angestellt;

Gerichts-Assessor Schmidt zum Kreisrichter beim Kreisgericht Johannesburg ernannt;

Sekretär Bindel von Darkehmen an das Kreisgericht in Gumbinnen versetzt, und

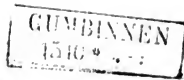
Bureau-Assistent Thiele in Gumbinnen zum Sekretär beim Kreisgericht in Darkehmen befördert,

Bureau-Assistent Miram von Darkehmen an das Kreisgericht in Gumbinnen versetzt,

Civil-Supernumerarius Kieß als Bureau-Assistent beim Kreisgericht in Darkehmen angestellt,

Note und Exekutor Waschulewski in Lyd pensionirt.

Amtsblatt



N^o 42.

Gumbinnen, den 15ten Oktober

1856.

Das 52te Stück der Gesefsammlung, welches den 7ten Oktober d. J. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

N 288.
Zusatz zur Gesefsammlung.

Nr. 4530 die Bestätigungs-Urkunde, betreffend die unter dem Namen „Köln-Rüssener Bergwerks-Aktien-Berein,“ mit dem Domizil zu Köln errichtete Aktien-Gesellschaft, vom 7ten September 1856.

Bekanntmachung der höheren Behörde.

Um etwaigen Wünschen der Inhaber der am 1. v. M. ausgelosten Schuldverschreibungen der freiwilligen Anleihe vom Jahre 1848, so wie der Staats-Anleihen vom Jahre 1850, 1852, 1854 und 1855 A., welche durch unsere Bekanntmachung vom 8ten September d. J. zur baaren Rückzahlung der Kapitation am 1ten April 1857 gekündigt sind, zu genügen, sollen diese Schuldverschreibungen schon vom 1ten November d. J. ab, sowohl bei der Staatsschulden-Eilungskasse, als auch bei den Regierungskassen eingelöst, und die vom 1ten Oktober d. J. ab laufenden Zinsen à 4½ Prozent bis zum 15ten und beziehungsweise bis zum Schlusse des Monats, in welchem die Schuldverschreibung bei den gedachten Kassen eingereicht wird, gegen Ablieferung der am 1ten April 1857 und später fälligen Zins-Coupons baar vergütet werden.

N 289.
Die frühere Einlösung der ausgelosten und gekündigten Schuldverschreibungen der freiwilligen Staats-Anleihen betr.
Pr. v. O.
No. 2597.

Wird jedoch die Schuldverschreibung erst in dem Zeitraum vom 16ten März bis zum 1ten April 1857 präsentirt, so ist der am 1ten April 1857 fällige Zins-Coupon davon zu trennen und für sich allein in gewöhnlicher Art zu realisiren.

Formulare zu den hiernach über das Kapital und die Zins auszufüllenden Quittungen werden von den gedachten Kassen unentgeltlich verabreicht. Dieselben können sich jedoch auf schriftliche Gesuche um Auszahlung der Kapitalien und Zinsen nicht einlassen, sondern werden solche unberücksichtigt und portopflichtig den Bittstellern zurücksenden.

Mit dem 1ten April 1857 hört die Verzinsung der gedachten Schuldverschreibungen gänzlich auf, und es wird daher derjenige Zinsbetrag, welcher auf später fällige Zins-Coupons dennoch erhoben sein sollte, bei demnächstiger Vorlegung der Schuldverschreibungen vom Kapital gekürzt werden.

Berlin, den 6ten Oktober 1856.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Ratan. Gamet. Robiling.

Amtebl. Nr. 42. Erste Bogen.

1

Bekannt-

Bekanntmachung des Königl. Ober-Präsidentiums.

Nr. 290.
Die opferwillige
Bereitwilligkeit,
mit der die Kosten
und Lasten der
diesjährigen
Königs-Revue
getragen sind,
betreffend.

In der von Sr. Königlichen Majestät in den gnädigsten Worten belobten opferwilligen Bereitwilligkeit, mit der die bedeutenden Kosten und Lasten unserer Königs-Revue getragen sind, hat die Provinz den ehrenvollsten Lohn ihrer Anstrengungen gefunden. Sehr willkommen wird es aber auch sein, aus dem nachfolgenden Schreiben unseres kommandirenden Generals den freundlichen Ausdruck des Dankes und der Zufriedenheit des Armeekorps zu vernehmen.

Königsberg, den 24sten September 1856.

Der Ober-Präsident der Provinz Preußen, Wirkliche Geheime Rath
(gez.) Eichmann.

Die diesjährigen großen Herrkübungen des Armeekorps sind Veranlassung gewesen, daß durch einen großen Theil der Provinz Preußen Truppen marschirt sind und an mehreren Punkten größere Abtheilungen derselben längere Zeit einquartiert wurden. Ueberall haben die betreffenden Behörden sowohl in den Marsch- wie Kantonnirungs-Quartieren für eine gute Unterbringung der Truppen die angemessensten Vorbereitungen getroffen und für die Bedürfnisse derselben an Transportmitteln u. durch zweckmäßige Anordnungen geforgt. In den Städten, wie in den Dörfern, haben die Quartiergeber aus allen Ständen mit der größten Freundlichkeit die oft sehr zahlreiche Einquartierung empfangen, und sind auf das Eifrigste bemüht gewesen, so weit es die Verhältnisse gestatteten, sie möglichst gut aufzunehmen.

Allen betreffenden Behörden und Bewohnern der Provinz fühle ich mich verpflichtet, im Namen der an den diesjährigen Uebungen theilhabenden Truppen für die bewiesene Bereitwilligkeit, das Wohl derselben zu fördern und die vielfachen Mühen und Sorgen, die ihnen daraus erwuchsen, den besten Dank auszusprechen.

Das Königliche Ober-Präsidentium erlaube ich mir ganz ergebenst zu bitten, es sehr geneigtest vermitteln zu wollen, daß die vorstehende Dankäußerung allen Betreffenden bekannt wird.

Königsberg, den 20sten September 1856.

An
Der kommandirende General: (gez.) v. Werder.
das Königliche Ober-Präsidentium hier.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Bau-Polizei-Ordnung

für die Städte des Regierungs-Begirks Gumbinnen.

Nr. 291.
Bau-Polizei-
Ordnung für die
Städte des Re-
gierungs-Begirks
Gumbinnen.
X. b. 3.
1714. Sept.

Auf den Grund der §§. 5 und 11 des Gesetzes vom 11ten März 1850 wird unter Aufhebung der etwa entgegenstehenden anderweiten Verordnungen über die Ausführung der Bauten

Bauten in den Städten, für die sämtlichen Städte des Regierungsbezirks, Folgendes verordnet:

§. 1. Zu jedem Neubau, zu jeder Hauptreparatur einer baulichen Anlage, insbesondere auch zu jeder Umänderung der vorhandenen, so wie zur Anlage neuer Feuerungen, ist der Bau-Erlaubnißschein bei der Orts-Polizeibehörde schriftlich nachzusuchen.

§. 2. Unter Hauptreparaturen werden solche Bauten verstanden, bei welchen ganze Theile des Gebäudes umgebaut oder in ihrer Konstruktion oder in dem Material verändert werden, oder durch welche der bisherige Zweck des Gebäudes verändert wird. Auch sind dazu zu rechnen: das Einziehen neuer Balken, wobei Feuerungen berührt werden, neue Bedachungen, Umdeckungen und Dachverschalungen, so wie das Abputzen der Straßen-Fronten.

§. 3. Dem Gesuche um Bau-Erlaubniß ist die von einem Maurer- und Zimmermeister oder einem Staats- oder Privat-Baumeister zu fertigende und zu unterschreibende Zeichnung, nebst Erläuterung, beides in duplo, beizufügen. Das eine Exemplar wird, wenn der Bau überhaupt oder nur unter den im Erlaubnißschein angegebenen Modalitäten zulässig ist, dem Bauherrn mit diesem Schein zurückgegeben, das andere bleibt bei den Akten der Polizeibehörde. Bei neuen Bedachungen, Umdeckungen und Verschalungen bedarf es nur der schriftlichen Anzeige.

§. 4. Die Zeichnungen müssen nach einem Maßstabe von 10 Fuß auf einen preussischen Zoll angefertigt und so weit es zum nähern Verständniß nöthig ist, namentlich in den durchschnittenen Holz- und Mauerflächen der Quer- und etwaigen Längen-Profile entsprechend kolorirt sein; auch müssen sie enthalten:

- a) die Grundrisse der verschiedenen Geschosse, einschließlich des Kellers und der Dachbalkenlage,
- b) das Quer-Profil,
- c) die Ansicht der Haupt-Fronte.

Die Lage und Bauart (massiv, Fachwerk) der nächst umstehenden, also auch der Nachbargebäude, muß entweder in dem Grundriß des Erdgeschosses oder in einem beizufügenden besonderen Situationsplan angegeben, auch die Entfernung von dem auszuführenden neuen Gebäude vermerkt sein.

§. 5. Alle Bauausführungen, wozu es nach §. 1 der Polizei-Erlaubniß bedarf, dürfen nur unter Leitung oder Aufsicht eines geprüften Maurer- oder Zimmermeisters, oder beider, wenn die Arbeiten, wie in der Regel, zu den Gewerben beider gehören, oder eines anderen geprüften Staats- oder Privat-Baumeisters geschehen.

§. 6. Der Bau-Erlaubnißschein verliert seine Gültigkeit, wenn innerhalb Jahresfrist,

(1)

vom

vom Tage der Ausfertigung desselben an gerechnet, mit dem Bau nicht begonnen ist. Unter besonderen Umständen kann die Gültigkeit des Scheines noch auf ein Jahr verlängert werden.

§. 7. Auf königliche Gebäude, da diese nur unter Leitung von Staats-Baubeamten und nach den von der oberen Baubehörde festgestellten Bauplänen ausgeführt werden, finden zwar vorstehende Bestimmungen keine Anwendung; jedoch hat der ausführende Beamte vor Beginn des Baues der Orts-Polizeibehörde davon Mittheilung zu machen.

§. 8. Wohnhäuser an der Straße und an öffentlichen Plätzen und alle übrigen dort zu errichtenden Gebäude, in denen sich Feuerungsanlagen befinden, müssen mit massiven Umfassungswänden versehen sein. Auch außerdem sollen städtische Wohn- und andere Gebäude mit Feuerungen in der Regel massive Umfassungswände haben. Nur dann dürfen bei dergleichen Gebäuden ausnahmsweise, wo die Lokalverhältnisse in feuerpolizeilicher Hinsicht besonders günstig sind, auch Umfassungswände in Ziegelsachwerk gestattet werden, wenn sie wenigstens 12 Fuß von jedem andern Gebäude oder der nachbarlichen Grenze entfernt bleiben; bei geringerer Entfernung müssen die Fachwerkwände mit äußerer 3 bis 6zölliger Verblendung von gebrannten Ziegeln in Kalkmörtel versehen werden.

§. 9. Zu massiven Umfassungswänden werden hier nur diejenigen aus Feld- oder gebrannten Mauersteinen oder aus Sandkalk-Plisen, Mauern aus Luftsteinen aber nur dann gezählt, wenn sie an den Außenseiten mit gut gebrannten Ziegeln verblendet und diese mit den Luftziegeln in gehörigem Verband gemauert sind.

§. 10. Was Hinsichts der Umfassungswände der Gebäude (§. 8) verordnet worden, gilt auch Hinsichts der Dachgiebel.

§. 11. Die Umfassungswände der Stall- und Remise-Gebäude dürfen auch in ausgemauertem Fachwerk errichtet werden, müssen aber wenigstens 12 Fuß von anderen Gebäuden entfernt bleiben, bei geringerer Entfernung müssen diejenigen Außenwände und Giebel des Gebäudes, welche einem andern Gebäude oder dem Nachbargrundstücke zugekehrt sind, entweder massiv, oder von massiv verblendetem Ziegelsachwerk (§. 8) errichtet werden.

Auch müssen die der Straße und öffentlichen Plätzen zugewendeten Wände an dergleichen Fachwerkgebäuden stets mit 6zölliger Verkleidung von gebrannten Ziegeln versehen werden.

§. 12. Speichergebäude, welche an die Straße anstoßen, müssen in der Straßenfronte massiv sein und Ecken von Eisenblech erhalten. Hinsichts der anderen Umfassungswände, so wie Hinsichts der auf den Höfen zu errichtenden Speicher finden die Vorschriften für Stall- und Remisengebäude (§. 11) Anwendung.

§. 13. Es ist gänzlich untersagt, Schranken innerhalb der bebauten oder zur Bebauung mit

mit Wohngebäuden bestimmten Stadttheile oder in Verbindung mit anderen städtischen Gebäuden zu erbauen; sie dürfen außerdem, wenn sie

- a) ganz massive Umfassungswände und eben solche Bedachung erhalten, nur in einer Entfernung von mindestens 300 Fuß;
- b) wenn sie zwar nicht massive Umfassungswände, aber eine massive Bedachung erhalten, nur in einer Entfernung von mindestens 500 Fuß, und
- c) wenn sie weder massive Umfassungswände, noch massive Bedachung erhalten, nur in einer Entfernung von mindestens 800 Fuß,

vom nächsten Wohnhause der Stadt errichtet werden.

§. 14. Scheunen müssen 30 Fuß von einander entfernt bleiben. Es ist zwar gestattet, mehrere Scheunen an einander zu bauen, jedoch nur bis zu einer Gesamtlänge von 300 Fuß. Bei solchen an einander gebauten Scheunen muß aber ein Zwischenraum von mindestens 80 Fuß von anderen Gebäuden verbleiben.

§. 15. Krockengerüste zum Trocknen der Kohfuchen oder anderer Brennstoffe, so wie offene Schauer dürfen bis 20 Fuß Höhe von Holz mit feuersicherer Bedachung und mindestens 24 Fuß von allen anderen Gebäuden entfernt erbaut werden.

§. 16. Stroh-, Rohr-, Bretter- und Schindeldächer anzulegen, so wie Pfannendächer mit Strohpuppen zu versehen, ist in den bebauten oder zur Bebauung mit Wohngebäuden bestimmten Stadttheilen gänzlich untersagt. Außer diesen Stadttheilen (in der städtischen Feldmark) dürfen zwar Gebäude ohne Feuerungs-Anlagen auch mit nicht feuersichern Dächern versehen werden, jedoch nur, wenn sie in angemessener, für jeden Fall von der Polizeibehörde zu bestimmenden Entfernung, die nicht unter 800 Fuß von dem nächsten städtischen Wohngebäude betragen darf, errichtet werden.

Als feuersicher sollen Dächer, welche mit Metall, Schiefer, Ziegeln oder getheerter Pappe eingedeckt sind, betrachtet werden.

§. 17. Bei allen denjenigen Gebäuden, welche massive oder massiv verblendete Umfassungswände erhalten müssen, dürfen auch keine hölzernen Gesimse, Dach- und Abfall-Rinnen, Trauf- oder Windbretter angebracht werden. Die feuersicheren Dach- und Abfall-Rinnen sind an der Straßenseite der Gebäude bis auf mindestens 2 Fuß Entfernung vom Erdboden hinabzuführen.

§. 18. Das Vortreten der Balken und Sparrenköpfe gegen die Außenseiten der Fronten ist nur dann gestattet, wenn nicht in einer Entfernung von 15 Fuß oder weniger Gebäude befindlich sind, bei denen solches bereits der Fall ist.

§. 19. Freitreppen und damit in Verbindung stehende Podeste dürfen gegen die festgesetzte

gesetzte Fluchtlinie nur so weit vortreten, daß der Bürgersteig nicht unnöthig oder nicht in nachtheiliger Weise beeengt wird.

Die Orts-Polizeibehörde hat in jedem speziellen Falle nähere Bestimmungen hierüber zu treffen. Dergleichen Anlagen dürfen aber niemals mehr als den vierten Theil der Breite des Bürgersteiges einnehmen.

§. 20. Balkons müssen eine Höhe von mindestens 10 Fuß über dem Straßenpflaster haben, dürfen nicht weiter als 5 Fuß, niemals aber über die ganze Breite des Bürgersteiges vorspringen und müssen mindestens 5 Fuß von der Nachbargrenze entfernt bleiben.

§. 21. Vorfenster, Vorpinder und sonstige Vorbauten dürfen nicht weiter als 6 Zoll vortreten. Binden anzubringen ist in engen und belebten Straßen gänzlich verboten.

§. 22. Die Thorwege in und neben den Wohnhäusern dürfen niemals nach der Straße aufschlagen, Thüren und Fensterladen nur dann, wenn sie über 6 Fuß vom Pflaster oder Erdboden entfernt sind. Ausnahmen finden da statt, wo polizeiliche Rücksichten sie gebieten. Bei Kellern und Läden sind, wenn der Bürgersteig mindestens 6 Fuß breit ist, nach außen aufschlagende Thüren zulässig, diese dürfen jedoch, an die Wand gelehnt, nicht weiter als 6 Zoll vorspringen.

§. 23. Zum Pflanzen von Bäumen, Einsetzen von Pfählen oder Prellsteinen und anderen baulichen Anlagen auf der Straße, auf dem Fahrdamme, wie auf dem Bürgersteige, ist besondere polizeiliche Genehmigung nöthig. Niemand darf durch dergleichen Anlagen, auch auf dem Bürgersteigen, der Gang längs den Häusern behindert werden.

§. 24. Werkstätten der Feuerarbeiter, namentlich der Schmiede und Schlosser, dürfen keine Ausgänge nach der Straße, sondern nur nach dem Hofe erhalten.

§. 25. Ställe, Brennereien, Brauereien und andere Räume, in denen Rauch, Dampf, übelriechende oder ungesunde Luftarten erzeugt werden, dürfen gleichfalls nicht Thüren nach der Straße erhalten; Fensteröffnungen und Lufen in denselben müssen aber wenigstens 6 Fuß über dem Straßen-Terrain liegen.

§. 26. In bebauten Straßen müssen alle Privatgrundstücke, so weit sie nicht mit Gebäuden besetzt sind, an der Straße durch Mauern, Zäune oder Gitter, von mindestens 5 Fuß Höhe eingefast werden. Diese Umwehrungen sind nach Anweisung der Polizeibehörde, welche darauf zu halten hat, daß sie die Straße nicht verunzieren, zu errichten.

§. 27. In jedem neu zu bebauenden Grundstücke muß ein freier Hofraum von mindestens 12 Fuß Länge und 12 Fuß Breite verbleiben. Auch bei neuer Wiederauführung einzelner Gebäude muß die Gebäudefläche so weit eingeschränkt werden, daß diese Abmessungen des Hofes erreicht werden.

§. 28. Wohngebäude von mehr als 100 Fuß Länge, mit Einschluß der etwaigen Flügel müssen außer der Haupttreppe noch wenigstens eine durch alle Stockwerke führende Nebentreppe haben, eine zweite vergleichen jedenfalls, sobald diese Gebäudelänge mehr als 200 Fuß beträgt, u. s. w. Abweichungen hiervon sind nur zulässig, wenn die Haupttreppe bis zum obersten Geschoss hinauf massiv ist.

§. 29. Die Oeffnungen der Dachböden müssen mit Fenstern oder Läden verwahrt werden. Auch müssen die Oeffnungen in den Brandmauern mit eisernen, in die Mauerfalte schlagenden Läden versehen werden.

Kapp- oder Dachfenster sind in der Regel von Blech anzufertigen, können aber auch in Bandwerk errichtet werden, müssen alsdann aber feuerfichere Bedachung haben und mit Ziegeln ausgemauert sein.

§. 30. Gebäude, deren gegenwärtige Bauart den vorstehenden Bestimmungen nicht entspricht, müssen bei vorkommenden Hauptreparaturen oder Umbauten, diesen Bestimmungen gemäß, abgeändert werden.

§. 31. Alle zum täglichen Aufenthalt von Menschen bestimmte Wohnungen müssen in neuen Gebäuden wenigstens $7\frac{1}{2}$ Fuß lichte Höhe erhalten und mit Fenstern zum Oeffnen oder sonst passenden Einrichtungen zur Herstellung eines gehörigen Luftwechsels versehen sein. Geringere Höhen, jedoch nicht unter $6\frac{1}{2}$ Fuß, sind nur in Kellern und Dach-Etagen zulässig, wenn nur kleinere Theile dieser Geschosse zu Wohnungen eingerichtet werden.

§. 32. Kellergeschosse, in denen sich stets oder zu gewissen Zeiten Wasser sammelt, dürfen zu Wohnungen nicht eingerichtet werden. Im Uebrigen müssen die Mauern und Fußböden der Kellerwohnungen gegen das Eindringen und Aufsteigen der Erdfeuchtigkeit geschützt werden.

§. 33. Auch die Mauern des Erdgeschosses eines Wohnhauses, wenn dasselbe nicht unterkellert und der Fußboden desselben sich nicht mehr als $1\frac{1}{2}$ Fuß über den Erdboden erhebt, müssen durch Isolirsichten gegen das Aufsteigen der Feuchtigkeit geschützt werden.

§. 34. Hinsichtlich der Feuerungs-Anlagen wird auf die Amtsblatts-Berordnung vom 10ten März d. J. Bezug genommen.

§. 35. Wer einer der obigen Vorschriften zuwiderhandelt, verfällt in eine Geldstrafe bis zu 10 Thalern, oder im Unvermögensfalle in angemessene Gefängnißstrafe, und muß das bereits Gebaute, wenn es vorschriftswidrig ist, durch eine entsprechende Abänderung vorschriftsmäßig einrichten, oder wenn die Abänderung nicht möglich ist, ganz abbrechen.

Gumbinnen, den 26ten September 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

S e h r,

Da

N 292.

Das Erlöschen
der Kinderpest in
den an die Kreise
Eyd und Dießko
grenzenden Thei-
len des König-
reiches Polen
betroffend.

N. d. J.
2036. Sept.

Da die seit längerer Zeit fortgesetzten Nachforschungen mit Sicherheit ergeben haben, daß die Kinderpest in den, an die Kreise Eyd und Dießko grenzenden Theilen des Königreichs Polen, namentlich auch in Rakzi und Lipowka, schon vor geraumer Zeit erloschen ist, so heben wir unsere Amtsblatts-Befugung vom 28sten April d. J., wonach für die ganze Landesgrenze des Kreises Dießko und für die Landesgrenze des Kreises Eyd von Gynochow bis Przepiorfen der §. 4 der Allerhöchsten Verordnung vom 27sten März 1836 in Kraft gesetzt, und daher aller und jeder Verkehr mit dem Königreiche Polen untersagt ist, hierdurch wieder auf. Wir bestimmen demgemäß, daß auch für die genannten Theile unserer Landesgrenze, nur der §. 3 der genannten Allerhöchsten Verordnung und die auf Grund desselben von uns erlassene Amtsblatts-Verordnung vom 7ten November v. J. (vergleiche Amtsblatt de 1835, S. 277) Geltung haben soll. Gumbinnen, den 2ten Oktober 1836.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

N 293.

Den Stand der
Kinderpest in
Polen und Reg-
land betref-
fend.

N. d. J.
2132. Sept.

Durch Bekanntmachung vom 2ten d. M. haben wir die völlige Absperrung der Landes-Grenze gegen Polen, welche in den Kreisen Dießko und Eyd seit dem 28sten April d. J. — nach §. 4 der Verordnung vom 27sten März 1836 — angeordnet gewesen, wieder aufgehoben und zur Erleichterung des Handels- und Gewerbe-Verkehrs die Bestimmungen des §. 3 der gedachten Verordnung auch in jenen Kreisen wieder in Kraft gesetzt. Jedoch müssen wir, indem wir dies thun, das Publikum zur um so strengeren Befolgung der Vorschriften des §. 3, so wie im Allgemeinen noch zu fortgesetzter äußerster Vorsicht in Betreff des Einschleppens der Kinderpest auffordern, da die Gefahr dieser Einschleppung noch keineswegs ganz geschwunden, sondern nur theilweise zurückgetreten ist. Im Königsberger Regierungs-Bezirk hat so eben erst wieder die Abhaltung der Viehmärkte in sämtlichen Grenzkreisen untersagt, die Grenze des Reidenburger Kreises gegen Polen aber ganz gesperrt werden müssen, da die Pest in dem polnischen dicht an der Grenze, der Stadt Soldau gegenüber, gelegenen Dorfe Petrikos von Neuem sich gezeigt hat. Der diesseitige Bezirk aber wird noch immer, wenn auch nur aus der Entfernung mehrerer Meilen, von den Remelgegenden her bedroht. Es ist konstatiert, daß vor Kurzem noch in Kowno selbst einzelne Fälle von Viehpest vorgekommen sind, daß die Seuche in der einige Meilen unterhalb Kowno gelegenen russischen Stadt Wille während des Sommers mit ganz besonderer Heftigkeit geherrscht hat, in einigen benachbarten Dorfschaften auch noch nicht ganz erloschen ist, und daß von dort aus auch einige gegenüber am linken Remeluser belegene polnische Ortschaften (namentlich die Güter Kretkompie und Swiadoszyn) insicirt worden sind. Unter diesen Umständen haben wir die militairische Besetzung der Landesgrenze vom Johannisburger bis zum Ragner Kreise noch nicht ganz aufgegeben und erwarten von allen Behörden und dem Publikum, noch fernerhin die

die pflichtmäßige Unterstützung unserer Bemühungen zur Abhaltung der noch immer großen Landesgefahr. Gumbinnen, den 10ten Oktober 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem Gussstahlwaaren-Fabrikanten Gustav Brüningshaus zu Dortmund ist unter dem 3ten Oktober 1856 ein Einführungs-Patent: N. 294.
Patenterteilung.

auf ein Verfahren, Kohleisen zu feinen (fein zu machen), insoweit dasselbe für neu und eigenthümlich anerkannt worden ist und ohne Jemand in der Anwendung bekannter Mittel und Verfahrensweisen zu beschränken,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Das dem Feldmesser und Marktscheider-Assistenten Immeckenberg zu Halberstadt unter dem 2ten Januar 1856 ertheilte Patent: N. 295.
Patenterteilung.

auf eine Einrichtung an Horizontalkreisen zur Messung von Höhenwinkeln ist erloschen.

B e k a n n t m a c h u n g e n .

Bei der unterzeichneten Ober-Post-Direktion lagern folgende unbefleissbare Gegenstände: N. 296.
Unbefleissbare
Gegenstände.

- 1) zwei Stöcke, eine Pelzmuffe und ein Taschentuch mit Krängen, in der hiesigen Passagierstube und in den hier angekommenen Postwagen im Monat Mai d. J. vorgefunden;
- 2) ein Päckel, sig. M. S., 21 Loth schwer, Register No. 891, am 14ten Februar d. J. in Schirwindt an Krieger in Königsberg zur Post gegeben, welches nicht abgefordert worden ist;
- 3) ein Päckel sig. H. J. C., 19 Loth schwer, Register No. 772, am 11ten Mai d. J. in Insterburg an den Küstler Herrmann Jarol in Königsberg zur Post gegeben, welches 20 Egr. baar, ein Chemise und fünf Halskragen enthält und deren Absenderin Rosine Mikoleit nicht zu ermitteln gewesen ist;
- 4) ein Päckel mit einem Schlafrock, in dem Personenraume des Gumbinner Personen-Postwagens am 15ten Juli d. J. in Elstir vorgefunden; eine Paudel mit einer Schlummerrolle und ein Tuch, in der Passagierstube zu Elstir im Monat Juli d. J. vorgefunden;
- 5) ein Päckel, sig. H. F., 3 Loth schwer, einen Schlipf enthaltend und am 8ten August d. J. in Marggrabowa an Herrn Herrmann Flatow in Insterburg zur Post gegeben, dessen Absender sich nicht genannt hat;

6) ein wollenes Umschlagetuch, eine Puttschachtel und ein silbernes Schloß zu einer Geldbörse, am 2ten August d. J. in der Passagierstube zu Rhein vorgefunden.

Sollten sich die zur Empfangnahme der vorbezeichneten Gegenstände berechtigten Personen nach Verlauf von vier Wochen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, nicht melden, so werden die Gelder dem Post-Armen-Fonds überwiesen, die übrigen Gegenstände aber zum Besten dieses Fonds mißbilligend versteigert werden.

Gumbinnen, den 2ten Oktober 1856. Königl. Ober-Post-Direktion.

N 297.
Postenlauf-
Bestimmungen
betreffend.

Vom 11ten Oktober d. J. ab wird unter Aufhebung der Personenpost zwischen Sensburg und Langheim eine tägliche Personenpost zwischen Johannisburg und Langheim über Alt-Ulta, Peitschendorf, Sensburg und Kößel eingerichtet, welche in Langheim mit der Nacht-Personenpost zwischen Rastenburg und Königsberg in Verbindung steht.

Für die Strecke zwischen Johannisburg und Sensburg sind folgende Orte als Aufnahmestellen für die der Post unterwegs zugehenden Reisenden festgesetzt worden:

| | |
|---|------------|
| von Johannisburg nach Schnoplen (vor dem Krüge) | 1/4 Meile, |
| „ Schnoplen nach Gusianka (vor dem Krüge) | 2 1/4 „ |
| „ Gusianka nach Birgrinnen (vor dem Krüge) | 1/2 „ |
| „ Birgrinnen nach Alt-Ulta (Post-Expedition) | 1/2 „ |
| „ Alt-Ulta nach Collogienen (vor dem Gutshause) | 1 „ |
| „ Collogienen nach Peitschendorf (Post-Expedition) | 3/4 „ |
| „ Peitschendorf nach Sternfelde (vor dem Gutshause) | 1 „ |
| „ Sternfelde nach Sensburg | 3/4 „ |

Summa 7 Meilen.

Die Haltestellen auf der Tour von Sensburg nach Langheim bleiben dieselben, welche für die bisherige Sensburg-Langheimer Personenpost bestimmt sind.

Das reisende Publikum wird hiervon in Gemäßheit der Bestimmungen im §. 40 des Reglements zum Gesetze über das Postwesen vom 27ten Mai 1856 in Kenntniß gesetzt.

Gumbinnen, den 5ten Oktober 1856. Königl. Ober-Post-Direktion.

N 298.
Postenlauf-
Bestimmungen
betreffend.

Unter Aufhebung der täglichen Reitpost von Rastenburg nach Johannisburg und der täglichen Personenpost zwischen Sensburg und Langheim über Alt-Ulta, Peitschendorf, Sensburg und Kößel eingerichtet worden, welche aus Johannisburg täglich 9 Uhr 30 Minuten Vormittags abgefertigt wird, und in Langheim mit der Nacht-Personenpost zwischen Rastenburg und Königsberg in genauem Zusammenhange steht. Die Johannisburg-Rastenburg Personenpost, welche aus Johannisburg täglich 6 Uhr 30 Minuten Abends abgefertigt wird, bleibt in ihrem Gange

unver-

unverändert bestehen, so daß hierdurch nunmehr zwischen Johannisburg und Königsberg eine tägliche zweimalige Personenpost-Verbindung hergestellt ist.

Das reisende und korrespondirende Publikum wird von dieser neuen Einrichtung hiermit in Kenntniß gesetzt. Gumbinnen, den 6ten Oktober 1856.

Der Ober-Post-Direktor Hoppe.

Vom 1sten Oktober d. J. ab ist in dem Kirchdorfe Szabienen, Kreises Darkehmen, eine Post-Expedition zweiter Klasse eingerichtet worden, welche durch eine tägliche Kariolpost mit Darkehmen in Verbindung gesetzt worden ist.

Nr. 299.
Die Einrichtung einer Post-Expedition II. Klasse in Szabienen betreffend.

Das korrespondirende Publikum wird von dieser neuen Einrichtung hiermit in Kenntniß gesetzt. Gumbinnen, den 7ten Oktober 1856.

Der Ober-Post-Direktor Hoppe.

Vom 15ten Oktober d. J. ab wird zwischen Insterburg und Königsberg eine tägliche Lokal-Personenpost mit neunfährigem Hauptwagen, ohne Kondukteurbegeleitung, eingerichtet, welche aus Insterburg um 5 Uhr früh und aus Königsberg um 1 Uhr Nachmittags ihre Abfertigung erhält und in 9 Stunden 15 Minuten befördert wird.

Nr. 300.
Die Einrichtung einer Lokal-Personenpost zwischen Insterburg und Königsberg betr.

Das Personengebld bei dieser Post beträgt für einen Platz im Coupée 6 Sgr. und für einen Platz im Innern 5 Sgr. pro Meile, wofür die Passagiere 30 Pfund Gepäc frei mitnehmen können.

Reichsaßen-Gestellung findet zu der neuen Post nicht statt.

Das reisende und korrespondirende Publikum wird von dieser neuen Einrichtung hiermit in Kenntniß gesetzt. Gumbinnen, den 10ten Oktober 1856.

Der Ober-Post-Direktor Hoppe.

Personal - Chronik.

Dem Pächter der Domaine Pierkunowen, bei Löben, Herrn Julius Pelet, ist Seitens Sr. Excellenz des Herrn Finanzministers der Charakter Königlichcr Oberamtmann beigelegt worden.

Der zeitliche Religionslehrer der israelitischen Gemeinde in Bunzlau, Herr Meier Marcus Kuttner, welcher von dem Vorstande der Synagogen-Gemeinde in Insterburg erwählt worden ist, ist als solcher auf Grund der vorgelegten diesfälligen Qualifikations-Atteste bestätigt worden.

Zusammenstellung der Personal-Veränderungen im Bezirke der Ober-Post-Direktion in Gumbinnen pro September 1856.

Die Verwaltung der Post-Expedition in Rufs ist dem zum Post-Expediteur ernannten Post-Expeditions-

Expeditions-Gehilfen Kraus, die Verwaltung der neu eingerichteten Post-Expedition in Neukirch dem zum Post-Expediteur ernannten Kaufmann Kerstan und die Verwaltung der neu eingerichteten Post-Expedition in Lappien dem zum Post-Expediteur ernannten Buchbinder Laß übertragen worden.

Der invalide Sergeant Glaubien ist als Kondukteur auf dem Insterburg-Lyder Personenpost-Course bei dem Postamte in Insterburg, und der invalide Sergeant Bier und der invalide Unteroffizier Gerhardt sind als Kondukteure auf dem Gumbinnen-Rheiner und Gumbinnen-Tilsiter Personenpost-Course bei dem hiesigen Postamte auf Kündigung angestellt worden. Der Kondukteur Hübner ist bei der Post-Expedition in Stallupönen als Post-Expedient in Beschäftigung getreten.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 42.

Druck von H. Krausmed.

Amtsblatt

N^o 43.

Gumbinnen, den 22sten October

1856.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Es kommen häufig Fälle vor, daß gewerbliche Anlagen; zu denen nach §. 27 der Gewerbe-Ordnung vom 17ten Januar 1845 eine Konzession erforderlich ist, schon vor ertheilter Genehmigung ausgeführt werden, oder daß von den Bedingungen, unter welchen die Genehmigung ertheilt worden, eigenmächtig abgewichen wird.

Nach §. 180 und §. 177 der Gewerbe-Ordnung wird derjenige, welcher eine gewerbliche Anlage, zu der mit Rücksicht auf die Lage oder Beschaffenheit der Betriebsstätte oder des Lokals, eine besondere polizeiliche Genehmigung erforderlich ist, ohne diese Genehmigung errichtet, oder von den Bedingungen, unter welchen die Genehmigung ertheilt worden, eigenmächtig abweicht, insonderheit ohne neue Genehmigung eine Veränderung der Betriebsstätte oder eine Verlegung des Lokals vornimmt, mit Geldbuße bis zu Zweihundert Thalern oder Gefängniß bis zu Drei Monaten belegt.

Jeder, der gegen diese Vorschrift verstoßt, setzt sich nicht nur der Gefahr aus, der angedrohten Strafe zu verfallen, sondern es wird auch bei Beurtheilung seines Gesuches um Ertheilung der Genehmigung auf die inzwischen erfolgte Ausführung nicht die mindeste Rücksicht genommen, der Antrag vielmehr so behandelt werden, als wenn die Ausführung noch nicht erfolgt wäre.

Außerdem machen wir darauf aufmerksam, daß bei Bauten, welche für einen der polizeilichen Genehmigung bedürfenden Zweck dienen sollen; der Baukonsens an sich für die Errichtung der gewerblichen Anlage noch nicht genügt, diese vielmehr das in der allgemeinen Gewerbeordnung vorgeschriebene Konzessions-Verfahren erfordert.

Wir weisen die Kreis- und Orts-Polizeibehörden an, mit Sorgfalt darauf zu achten, daß der §. 180 der Gewerbeordnung nicht ferner außer Anwendung bleibt.

Gumbinnen, den 4ten October 1856. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Die in Gemäßheit des Gesetzes vom 11ten März 1854 emittirten Fürstlich Schwarzburg-Sondershausenschen Klassen-Anweisungen à 1 Rthlr. und à 5 Rthlr. können vom 1sten d. M. ab bis zum Schlusse dieses Jahres, mit welchem Zeitpunkte sie ihre Gültigkeit

N^o 301.
Betrifft die
Konzessionen an
gewerblichen
Anlagen.
A. d. Z.
2981. Stitz.

N^o 302.
Der Schluß-
termin des Aus-
susses der
Fürstl. Schwarz-
burg-Sonder-
hausenschen

Amtbl. Nr. 43.

der hiesigen

ausgetreten
Hessen-Knecht-
fungen 1. 1. 1818.
und 1. 1. 1818.
betroffen.
p. S. 2630.

Nr 363.
Patentbesitzer-
mag.

verlieren, nur noch bei der Fürstlichen Staats-Hauptkasse zu Sonderhausen umgetauscht werden, worauf das Publikum aufmerksam gemacht wird.

Sumbinnen, den 18ten Oktober 1856.

Königliche Regierung.

Das dem Johann Zimmermann zu Chemnitz unter dem 27ten Dezember 1855 ertheilte Patent:

auf eine Einrichtung an Drehbänken zum Abdrehen der Eisenbahn-Wagenräder, ist zu lösen.

B e k a n n t m a c h u n g .

Die Post-Expedition in Auerbach ist vom 1sten d. M. ab aufgehoben und dafür von demselben Termine ab eine Post-Expedition in Peitschendorf, Kreises Sensburg, eingerichtet worden.

Sumbinnen, den 9ten Oktober 1856.

Der Ober-Post-Direktor Hoppe.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Dem bisherigen Pfarrer zu Jedwabno, im Kreise Neidenburg, Friedrich Leopold Monzka, ist die durch Versetzung des Pfarrers Rob erlebte Pfarrerstelle an der evangelischen Kirche zu Hroskollen in der Diözese Eyd verliehen worden.

Der Appellationsgerichts-Referendarius Bröhmer ist kommissarisch zum Gehilfen des Staatsanwalts Sedt bestellt.

Der Kandidat der Theologie und dritte Lehrer bei der Stadtschule zu Eiden, Franz Alexander Arbeit, ist zum Kantor bei der Kirche und Prorektor bei der Stadtschule daselbst gewählt und bekräftigt.

Dem Fräulein Jenny Marks aus Pillau ist die Befugnis beigelegt, in Familien des diesseitigen Verwaltungsbezirks als Lehrerin und Erziehlerin zu fungiren.

Der Kreisgerichts-Bureau-Assistent Damerau aus Rautheimen, Kreises Niederung, ist als Agent der Magdeburger Hagel- und Feuer-Versicherungs-Gesellschaft bekräftigt worden.

Der Kaufmann B. S. Adam in Darkehmen ist als Agent der Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt bekräftigt worden.

Der Kreisfreiber C. Janyon zu Heinrichsdorfe ist als Agent der Magdeburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft bekräftigt worden.

Der pensionirte Förster Bromberger aus Ribudsch, hiesigen Kreises, ist als Agent der Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft bekräftigt worden.

Dem Fräulein Ida Gostke aus Dorischal, Kreises Pillkallen, ist auf Grund der abgelegten Prüfung die Befugnis ertheilt, jungen Mädchen bis zum vollendeten 12ten Lebens-Jahre Privat-Unterricht zu geben.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 43.

Druck von H. Krausnick.

Nr 304
Die Aufnahme
der Post-Expe-
dition in Auerbach
und die Einrich-
tung der Post-
Expedition in
Peitschendorf
betroffen.

Amtsblatt

N^o 44.

Gumbinnen, den 29sten Oktober

1856.

Bekanntmachung der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

In den 9 Grenzreisen Heydekrug, Tilsit, Ragnit, Pillkallen, Stallupönen, Goldapp, Diepho, Lyck und Johannisburg dürfen wegen der in den angrenzenden Theilen von Rußland und Polen noch immer herrschenden Kinderpest auch in den Monaten November und Dezember d. J. Vieh- und Pferdemärkte nicht abgehalten werden. Gumbinnen, den 18ten Oktober 1856.

Königl. Regierung, Abteilung des Innern.

Bekanntmachungen.

Auf Verfügung Sr. Excellenz des Herrn Handelsministers vom 16ten September 1856 bringe ich die Eröffnung der neu errichteten Muster-Zeichnen-Schule am hiesigen Königl. Gewerbe-Institut zum 1sten I. M. hiermit zur öffentlichen Kenntniß und fordere diejenigen, welche den Eintritt in dieselbe beabsichtigen, unter Hinweisung auf die Bestimmungen der §§. 10, 11 und 12 des nachfolgenden, höhern Orts genehmigten Reglements, auf, sich bei mir schriftlich zu melden. Berlin, den 18ten September 1856.

Der interimistische Direktor des Königl. Gewerbe-Instituts:

(gez.) Manger, Professor.

Reglement

der Muster-Zeichnen-Schule hieselbst.

§. 1. Die beim Königl. Gewerbe-Institut hieselbst errichtete Muster-Zeichenschule hat den Zweck, Zeichner zu bilden, welche nach vollendeter Lehrzeit fähig sind, sowohl in Fabriken als Musterzeichner zu wirken, als insbesondere selbstständigen Kunst-Verkstätten, in welchen Muster (dessins) für Fabriken gefertigt werden, vorzusuchen und in diesen wiederum junge Leute zu gleichem Zweck heranzubilden. Der Unterricht wird sich erstrecken auf die Darstellung von Mustern für Tapeten, für bunte Wachseleinwand und Wachsstücher; für Zeugdruck in Seide, Wolle und Baumwolle, für Damast und Buntwebereien in Seide, Wolle, Leinen und Baumwolle, sowohl zu Bekleidungsstoffen und Bändern, wie auch zu Kleidungsstoffen und Teppichen; für Spitzen und Ranten.

§. 2. Die Muster-Zeichenschule steht unter der speziellen Leitung eines besonderen technischen Vorstehers und unter der Ober-Aufsicht des Direktors des Königl. Gewerbe-Instituts.

§. 3. Der Unterricht im Zeichnen wird in 2 Klassen erteilt, in einer Vorbereitungs-
 Amstbl. Nr. 44. Klasse

N^o 305.

Die Einföhrung der Vieh- und Pferde- Märkte in den 9 Grenzreisen während der Monate November und Dezember 1856 wegen der Kinderpest in Rußland und Polen betr.

X. d. J. 1797. Dtsch.

N^o 306.

Bogen des hiesigen Eintritts in die neu errichtete Muster-Zeichenschule beim Königl. Gewerbe-Institut in Berlin.

Klasse und in einer Musterzeichnen-Klasse. Gemeinschaftlicher Unterricht für die Schüler beider Klassen findet statt: in der Farbenlehre, in der Kenntniß der Druckvorrichtungen und in der Zusammensetzung der Webestühle. Auch wird den einzelnen Schülern in der ersten Zeit des Besuchs der Anstalt Unterweisung in der praktischen Weberei und der Kunst des Patronirens, so weit die Kenntniß davon für das Musterzeichnen notwendig ist, erteilt werden.

§. 4. Der Unterricht in der Vorbereitungs-Klasse beginnt mit dem Zeichnen von Ornamenten nach Modellen und schließt mit dem Zeichnen ganzer menschlicher Figuren nach der Antike. Die Lehrlinge dieser Klasse werden in einem gemeinschaftlichen Raume ohne Rücksicht auf die Dauer ihres Schulbesuchs nach Maßgabe des Grades der Ausbildung jedes Einzelnen unterrichtet.

§. 5. Der Unterricht in der Musterzeichnen-Klasse beginnt mit der Zeichnung von Blumen und Blattwerk nach der Natur und geht dann, um den Schüler in den mechanischen Fertigkeiten und in der Kolorirung der Musterzeichnungen zu üben, zur Kopirung von Mustern über. Die Hauptaufgabe dieser Klasse ist die Komposition, d. i. die Zusammenstellung und Erfindung neuer Muster, und zwar weniger durch Zusammentragen verschiedener Motive vorhandener Muster, als durch Auffuchung neuer Motive aus der Natur und durch deren Verwendung zu neuen Mustern.

Die Schüler dieser Klasse werden ebenso, wie in der Vorbereitungs-Klasse, zwar in einem gemeinschaftlichen Raume, aber nach Maßgabe des Grades ihrer Ausbildung unterrichtet.

§. 6. Die Versetzung der Schüler aus der Vorbereitungs- in die Musterzeichnen-Klasse ist an bestimmte Jahres-Abschnitte nicht gebunden. Sie findet zu jeder Zeit statt, sobald nach dem Urtheil des Vorstehers der Anstalt die Ausbildung eines Schülers in der Vorbereitungs-Klasse den erforderlichen Grad erreicht hat.

Schüler, welche bei ihrem Eintritt in die Anstalt eine ausreichende Fertigkeit im Zeichnen der für die Vorbereitungs-Klasse bestimmten Gegenstände besitzen, treten sofort in die Muster-Zeichnen-Klasse.

Die Dauer des Unterrichts in der Musterzeichnen-Klasse ist mindestens drei Jahre.

§. 7. Die Anzahl der täglichen Unterrichtsstunden in der Vorbereitungs-Klasse wird vorläufig auf 6, in der Musterzeichnen-Klasse auf 8 festgesetzt. — Die Ferien fallen mit denen des Gewerbe-Instituts vom 15ten August bis 1sten Oktober, zu Weihnachten und Ostern mit jedesmal 10 Tagen zusammen.

§. 8. Das Lehrer-Personal wird bestehen:

- 1) aus dem Lehrer der Musterzeichnen-Klasse, welcher zugleich Vorsteher der Anstalt ist;
- 2) aus einem Zeichenlehrer der zweiten Klasse;
- 3) aus einem Lehrer für die Farbenlehre;

4) aus

- 4) aus einem Lehrer der mechanischen Vorrichtungen zum Drucken und Weben;
- 5) aus einem Lehrer der praktischen Weberei und der Patronirung.

§. 9. Um von den Fortschritten der Schüler ein öffentliches Zeugniß abzugeben, soll jährlich während der Sommerferien eine Ausstellung von Zeichnungen, welche aus der Anstalt hervorgegangen sind, stattfinden und deren Zeitpunkt jedesmal durch die öffentlichen Blätter bekannt gemacht werden.

§. 10. Die Aufnahme in die Anstalt findet in der Regel mit Beginn des Sommer- und Winter-Halbjahres am 1sten April und 1sten Oktober jeden Jahres statt; doch soll in besonderen Fällen die Aufnahme zu jeder anderen Zeit zulässig sein. — Eine Aufforderung zur Anmeldung wird in den Monaten Februar und August jeden Jahres erfolgen.

§. 11. Zur Aufnahme in die Anstalt ist erforderlich:

- 1) daß der Schüler mindestens 14 Jahre alt und konfirmirt sei;
- 2) daß derselbe Gedrucktes mit deutschen und lateinischen Lettern in deutscher Sprache lesen und dabei ein seinem Gesichtskreise entsprechendes Buch verstehen könne;
- 3) daß derselbe deutsch, ohne grobe Verflöße gegen die Rechtschreibung, leserlich zu schreiben verstehe;
- 4) daß derselbe die Rechnungen mit ganzen Zahlen und gewöhnlichen Brüchen, auch ihre Anwendung auf die gewöhnlichen Rechnungs-Aufgaben kenne;
- 5) daß er im Zeichnen mit Bleistift und schwarzer Kreide mindestens einen Anfang gemacht habe.

§. 12. Mit dem schriftlichen Antrage des Aufzunehmenden oder dessen Vaters oder Vormundes zur Aufnahme in die Anstalt an den Direktor des Gewerbe-Instituts sind folgende Zeugnisse und Beilagen einzusenden:

- 1) der Geburtschein;
- 2) der Konfirmationschein;
- 3) das Schulzeugniß oder die Zeugnisse der betreffenden Lehrer über genossenen Privat-Unterricht;
- 4) im Fall der Minderjährigkeit eine Bescheinigung des Vaters oder Vormundes darüber, daß der aufzunehmende Schüler mit ihrer Uebereinstimmung in die Anstalt tritt, und daß sie für den Unterhalt und das Unterrichtsgeld einstehen.

§. 13. Ungehörige oder unfleißige Schüler werden aus der Anstalt entfernt, ohne daß sie einen Anspruch auf Rückgabe des Schulgeldes haben. — Der Vater oder Vormund eines solchen Schülers, von welchem keine erspriessliche Folge in seiner Ausbildung erwartet werden kann, erhält, sobald sich bei diesem ein Mangel an Neigung oder Fähigkeiten herausstellt, —
gleichviel

gleichviel in welchem Grade seiner Ausbildung er sich befindet — hierüber Nachricht, um spätestens mit Ablauf des nächsten Halbjahres denselben aus der Anstalt zu nehmen.

§. 14. Kein Schüler darf, bei sofortigem Verlust des Anrechtes des ferneren Schulbesuchs von den durch ihn gefertigten Studien-Blättern und Mustern zu seinem Vortheil irgend einen Gebrauch machen, oder zu deren Anfertigung durch dritte Personen Anleitung geben. Eben so wenig ist es ihm gestattet, für dritte Personen in und außer der Schulzeit irgend eine Arbeit im Musterzeichnen, bei sofortiger Entlassung aus der Anstalt zu verrichten.

Die in der Anstalt während der Lehrzeit gefertigten Studien-Blätter und Musterzeichnungen werden nach der Vollendung dem Schüler abgenommen. — Ein Theil davon verbleibt nach der Auswahl des Vorstehers der Anstalt als Eigenthum, die übrigen erhält der Schüler bei seinem Austritt aus der Anstalt zurück.

§. 15. Die Aufrechterhaltung der Disziplin in der Anstalt liegt dem Vorsteher ob. Die Entfernung eines Schülers aus der Anstalt bedarf der Zustimmung des Direktors des Gewerbe-Instituts.

§. 16. Das Unterrichtsgeld ist halbjährlich mit 12 Thalern für sämtliche Lehrgegenstände im Voraus an die Kasse des Gewerbe-Instituts abzuführen.

§. 17. Insofern sich Schüler durch sittliches Betragen, Gehorsam, Fleiß und gute Anlagen auszeichnen und zu Erwartungen einer guten Fortbildung berechtigten, kann das Unterrichtsgeld für sie auf ihren Antrag unter Nachweis der Bedürftigkeit von dem Direktor des Gewerbe-Instituts ermäßigt oder ganz erlassen werden.

§. 18. Ueber die vollendete Ausbildung der Schüler als Musterzeichner wird denselben ein Zeugniß der Reife ertheilt.

Schüler, welche die Anstalt vor ihrer vollendeten Ausbildung verlassen, erhalten bei ihrem Abgange ein Zeugniß über den Umfang ihrer Leistungen.

Berlin, den 8ten September 1856.

Der interimistische Direktor des Königl. Gewerbe-Instituts.

(gez.) Manger, Professor.

Nr 307.
Die Einrichtung einer Post-Expedition zweiter Klasse im Orte Sobohnen betreffend.

Vom 16ten Oktober d. J. ab ist in dem Orte Sobohnen, auf der Chausseestraße zwischen Insterburg und Darkehmen belegen, eine Post-Expedition zweiter Klasse eingerichtet worden, welche durch eine tägliche Kuriolpost mit Krempen und außerdem durch die zwischen Insterburg und Eyd, resp. zwischen Insterburg und Goldapp coursirenden Personemposten mit Insterburg und Darkehmen in Verbindung steht. Gumbinnen, den 22ten Oktober 1856.

Der Ober-Postdirektor. In Vertretung: Der Postratz Rose.

Amtsblatt

Nr. 45.

Gumbinnen, den 5ten November

1856.

Das 53te Stück der Gesefsammlung, welches den 23ten Oktober 1856 in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

Nr. 308.
Inhalt der Gesefsammlung

- Nr. 4531 die Bestätigungs-Urkunde, betreffend den mit der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft unteram 17ten September 1856 abgeschlossenen Betriebs-Überlassungs-Vertrag, vom 13ten Oktober 1856, und unter
- Nr. 4532 den Allerhöchsten Erlaß vom 13ten Oktober 1856, betreffend die Einsetzung einer besonderen Behörde für die Verwaltung und den Betrieb der Oberschlesischen Eisenbahn.

Das 54te Stück der Gesefsammlung, welches den 25ten Oktober d. J. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

- Nr. 4533 das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lauten der Kreis-Obliigationen des Marienwerder Kreises im Betrage von 100,000 Thalern, vom 3ten September 1856; unter
- Nr. 4534 den Allerhöchsten Erlaß vom 4ten September 1856, betreffend die Verteilung der Städte-Ordnung für die Rheinprovinz vom 15ten Mai 1856 an die Gemeinden Burtseid, St. Bith, Montjoie, Stolberg, Dären, Malmedy und Smünd, Regierungs-Bezirks Aachen, und Saarlouis, Regierungs-Bezirks Trier; unter
- Nr. 4535 den Allerhöchsten Erlaß vom 4ten September 1856, betreffend die Verteilung der Städte-Ordnung für die Rheinprovinz vom 15ten Mai 1856 an die Gemeinden Wall, Gräfrath, Leichlingen, Höhsheid, Dorp und Kalbenkirchen, Regierungs-Bezirks Düsseldorf; unter
- Nr. 4536 den Allerhöchsten Erlaß vom 11ten September 1856, betreffend die Verteilung der Städte-Ordnung für die Rheinprovinz vom 15ten Mai 1856 an die Gemeinde Prüm, Regierungs-Bezirks Trier; unter
- Nr. 4537 den Allerhöchsten Erlaß vom 24ten September 1856, betreffend die Verteilung der Städte-Ordnung für die Rheinprovinz vom 15ten Mai 1856 an die Gemeinden Rheydt, Radevormwald, Dahlen, Merscheid, Döntkirchen und Brevelinghofen, Regierungs-Bezirks Düsseldorf; unter

Amtsbl. Nr. 45.

Nr. 4538

Nr. 4538 den Allerhöchsten Erlaß vom 3ten Oktober 1856, betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rheinprovinz vom 15ten Mai 1856 an die Gemeinde Dornesfel, Regierungs-Bezirks Koblenz; und unter

Nr. 4539 die Konzeptions- und Befähigungs-Urkunde, betreffend die Anlage einer Eisenbahn von Hagen resp. Herbede nach Siegen von Seiten der Bergisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft, vom 13ten Oktober 1856.

Das 55te Stück der Gesefsammlung, welches den 30sten Oktober d. J. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

Nr. 4540 den Beschluß des Königlichen Staatsministeriums, betreffend die Abänderung der Nr. 14 der Instruktion vom 15ten Mai 1838 zur Bildung der in den §§. 17 und 31 des Gesefes zum Schuß des Eigenthums an Werken der Wissenschaft und Kunst gegen Nachdruck und Nachbildung vom 11ten Juni 1837 (Gesefsammlung S. 165 ff.) erwähnten Vereine von Sachverständigen, vom 15ten Oktober 1856, und unter

Nr. 4541 das Privilegium wegen Emission von 12,250,000 Rthlr. Prioritäts-Obligationen III. Serie der Bergisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft, vom 20sten Oktober 1856.

Allerhöchste Kabinettsordre.

Er. Königl. Majestät von Preußen Allergnädigster Landtags-Abschied für die im Jahre 1853 zum zwölften Provinzial-Landtage versammelt gewesenen Stände des Königreichs Preußen vom 22sten September 1856.

Nr. 309.
Er. Königl.
Majestät Land-
tags-Abschied für
die Stände des
Königreichs
Preußen vom
22. September
1856.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen etc. etc.,
entbieten Unsern getreuen Ständen des Königreichs Preußen Unsern gnädigsten Gruß, und
ertheilen hiermit auf die Uns vorgelegten Gutachten und Anträge des im Jahre 1853 ver-
versammelt gewesenen zwölften Provinzial-Landtages den nachstehenden Bescheid:

I. Auf die gutachtlichen Erklärungen über die vorgelegten Propositionen.

1. Abänderung des
§. 55 des Gesefes wegen
Anordnung der Pro-
vinzial-Stände für das
Königreich Preußen,
vom 1. Juli 1823.

Das Gutachten Unserer getreuen Stände, betreffend den Entwurf einer Berord-
nung, durch welche zum Versammlungsorte des Provinzial-Landtages des Königreichs
Preußen ausschließlich unsere Haupt- und Residenzstadt Königsberg bestimmt werden
soll, wird bei den eingeleiteten weiteren legislativen Berathungen über die Provinzial-
Verfassung die geeignete Berücksichtigung finden.

Durch

Durch das inzwischen unterm 9ten Mai 1854 (Gesetzsamml. Nr. 4029) erlassene Gesetz wegen Aufhebung des Pfarrzwanges evangelischer Pfarren gegen Katholiken, und katholischer Pfarren gegen Evangelische in Ostpreußen ist dieser von Unseren getreuen Ständen auf die ihnen gemachte Vorlage in Berathung genommene Gegenstand zum Abschluß gebracht worden.

2. Aufhebung des Pfarrzwanges in Ostpreußen.

Der von Unsern getreuen Ständen in der Petition vom 13ten Oktober 1853 gestellte Antrag auf Cella eines die Erleichterung der Erhaltung des ländlichen Grundeigenthums in den Familien der Besitzer bezweckenden, den Gesetzen und provinziellen Eigentümlichkeiten der Provinz Preußen angepaßten Gesetzes ist fortbauend Gegenstand der Erwägung und wird nach Beendigung der über diese Frage in allen Provinzen angeordneten Erörterungen zur Erledigung gelangen.

3. Erhaltung des ländlichen Grundeigenthums in den Familien der Besitzer.

II. Auf die ständischen Petitionen.

Die von Unsern getreuen Ständen über die Bildung eines Provinzial-Straßen-Bausfonds gefaßten und unter dem 15ten Oktober 1853 Uns überreichten Beschlüsse haben im Wesentlichen unsere landesherrliche Zustimmung erhalten. Wegen der Ausführung derselben, so wie namentlich wegen Feststellung des Regulativs über die Bildung, Verwaltung und Verwendung des gedachten Provinzialfonds sind unsere Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, der Finanzen und des Innern mit Auftrage von Uns versehen worden.

1. Provinzial-Straßenbau-Fonds.

Was die Anträge unserer getreuen Stände auf Abänderung des Statuts für die Provinzial-Hilfsklasse anbelangt, so haben diese durch unsere Ordre vom 19ten December 1853, welche inzwischen durch die Amtsblätter der Provinz publizirt worden ist, ihre Erledigung gefunden. Nur die Anträge auf Aenderung der §§. 21 bis 23 und 26 haben wir völlig, und die Anträge wegen Aenderung des §. 25 zur Zeit zurückweisen müssen, weil erst die Erfahrung darüber entscheiden kann, ob sich ein Bedürfnis herausstellen wird, die von Unsern getreuen Ständen gewünschten Aenderungen eintreten zu lassen, auch die Anträge, wie sie zu §. 26 gestellt sind, mit den Gesetzen, und namentlich mit §. 59 Einl. zum Allg. Landrecht nicht zu vereinigen sind, und, was die §§. 21 bis 23 betrifft, die Prämiiirung der Sparkasten-Interessenten Grundbedingung der den Provinzial-Hilfsklassen gewährten Dotationen ist, jedenfalls aber Schwierigkeiten, welche in dieser Beziehung etwa bei der Ausführung sich ergeben möchten, erst abzuwarten sein werden.

2. Provinzial-Hilfsklasse.

Dem Antrage unserer getreuen Stände in der Petition vom 14ten Oktober 1853

3. Aufbringung der Landarmen-Beiträge.

entsprechend

entsprechend, haben Wir genehmigt, daß, wie in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen, auch in den Bezirken Marienwerder und Danzig die in der ersten Klassensteuerrufe, Unterstufe a., eingeschätzten Personen zu den Landarmen-Beiträgen verhältnißmäßig herangezogen werden.

4. Weiterbau der Dampfbahn von Kreuz über Gäßlin nach Berlin.

Der von Unsern getreuen Ständen gestellte Antrag wegen Weiterbaues der Dampfbahn von Kreuz über Gäßlin nach Berlin hat inzwischen durch das Gesetz vom 7ten Mai d. J. (Gesetzsammlung Seite 402), betreffend den Bau einer Eisenbahn von Kreuz über Landsberg a. d. W. und Gäßlin nach Frankfurt a. d. O. im Anschluß an die Niederschlesische-Märkische Eisenbahn, Erledigung gefunden.

Zu Urkund dieser Unserer gnädigsten Befehdung haben wir den gegenwärtigen Landtags-Abchied Höchstseignähndig vollzogen, und verbleiben Unseren getreuen Ständen in Gnaden gewogen.

Gegeben Berlin, den 22ten September 1856.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(gez.) v. Manteuffel. v. d. Heydt. Simon. v. Kaumer. v. Westphalen.
v. Bodelschwingh. Graf Waldersee.

Für den Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten:

v. Manteuffel.

Nr. 310.

Die Prämien-Bewilligung für die Entdeckung eines gerichtlich bestraften Baumverlees betr.
X. d. J. 1869. Eryt.

Nr. 311.

Die Freistellung des Legitimationspunktes in verschiedenen Auseinandersetzungen betreffend.
X. d. J. 1867. Ditte.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Dem Exekutor Rabe in Collesien, Kreis Heydekrug, ist für die Entdeckung eines gerichtlich bestraften Baumverlees eine Prämie bewilligt worden. Gumbinnen, den 18ten Oktober 1856. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

In folgenden Auseinandersetzungsachen:

I. des Spezialbezirks Gumbinnen:

- a) Kreises Dießke: Sattpken, Domaineninsablösung, Borawken und Refusowiäna, Gemeinheitsheilung, Przytullen, Waldseparation, Sawadden, Weideabfindung;
- b) Kreises Eßgen: Junien, Gemeinheitsheilung;

II. des Spezialbezirks Rhein:

- a) Kreises Johannsburg: Jaschkowen und Alt-Ußanny, Gemeinheitsheilung;
- b) Kreises Eßgen: Orlen, Kroffen und Klein-Bronnen, Gemeinheitsheilung, Groß-Stürlach, Burgdienstablösung;
- c) Kreises Emburg: Gurfeln und Neu-Kelbonten, Gemeinheitsheilung; Nikolaiken, Halbhühnerlojietät, Borowen, Reallastenablösung des Grundstücks Nr. 15, Koslau, Reallastenablösung;

a) Kreises

III. des Spezialbezirks Lyd:

a) Kreis Lyd: Pryepiorken, Marczynowen, Lyden und Saborowen, Gemeinheits-
theilung;

b) Kreis Johannsburg: Diebowen, Salleschen und Bloßen, Gemeinheits-
theilung;
hat der Legitimationspunkt nicht vollständig berichtet werden können, was in Gemäßheit der
Bestimmungen §. 12 des Ausführungsgesetzes vom 7ten Juni 1821, §§. 25 und 26 der
Verordnung vom 30ten Juni 1834 und §. 109 des Gesetzes vom 2ten März 1850 allen
etwa nicht zugezogenen unbekannten Interessenten mit der Aufforderung bekannt gemacht
wird, innerhalb 6 Wochen und spätestens im Termine den 22sten Dezember 1856 ent-
weder bei der unterzeichneten Regierung oder bei den betreffenden Spezial-Kommissarien ihr
Interesse zur Sache anzuzeigen und dann der Vorlegung des Auseinandersetzungsprozesses, so
wie der übrigen hierauf Bezug habenden Verhandlungen und Berechnungen gewärtig zu
sein, widrigenfalls sie nach dem Ablaufe des Termins die Auseinandersetzung gegen sich
stellen lassen müssen und mit keinen Einwendungen dagegen weiter gehrt werden können.

Gumbinnen, den 28ten Oktober 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nachweisung der im Bezirk der Königlichen Regierung zu Gumbinnen im Jahre **N. 312.**
1856 zuerkannten Prämien für mehrjährige Gestellung und Verkauf selbst auf-
gezogener Remontepferde.

Die Prämien für
von Prämien für
mehrjährige Ge-
stellung und Ver-
kauf selbst auf-
gezogener Remon-
tepferde betr.
R. d. S.
7002. Dlt.

| N. | Des Prämiierten | | Landräthlicher
Kreis. | Betrag
der zuerkannten
Prämie. | | |
|-----------------|-----------------------------|----------------------|--------------------------|--------------------------------------|----|----|
| | Stand und Name. | Wohnort. | | R. | S. | D. |
| 1 | Vorwerkspächter Werner | Stawicken | Angerburg | 30 | — | — |
| 2 | Kölnier Johann Arnold | Budshohnen | Stallupönen | 25 | — | — |
| 3 | Bauer Wilhelm Achenbach | Petrkatschen | Stallupönen | 25 | — | — |
| 4 | Köln. Gutsbesitzer Frisch | Schaaren | Pillkallen | 50 | — | — |
| 5 | Köln. Gutsbesitzer Kapeller | Ragupönen | Pillkallen | 50 | — | — |
| 6 | Bauer Kessler | Dragupönen | Pillkallen | 30 | — | — |
| 7 | Köln. Gutsbesitzer Simon | Kuden | Pillkallen | 50 | — | — |
| 8 | Köln. Gutsbesitzer Albat | Sandlitten | Insterburg | 40 | — | — |
| Summa | | | | 300 | — | — |

Sammt.

Sämmtliche Prämirte haben seit mehreren Jahren der Remonte-Ankaufs-Kommission gute selbst aufgezogene Remontepferde vorgestellt und verkauft. Gumbinnen, den 30sten Oktober 1856. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

N 313.
Den Vieh- und
Pferdemarkt, den
Leinwand- und
den Krammarkt
in Gumbin-
gen betreffend.

Der Vieh- und Pferdemarkt in Sensburg wird am 10ten November, der Leinwandmarkt am 11ten und 12ten November und der Krammarkt am 12ten November d. J. abgehalten werden. Gumbinnen, den 1sten November 1856.

N 314.
Patentrei-
hung.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.
Dem Königl. Musik-Direktor Friedr. Wilh. Bieprecht und der Wittve des Königl. Hof-Instrumentenmachers Moriz in Berlin ist unter dem 24sten Oktober 1856 ein Patent: auf ein durch vorgelegtes Modell nachgewiesenes, in seiner ganzen Zusammensetzung für neu und eigenthümlich erkanntes Klaviatur-Kontrasagott, auf fünf Jahre, von jenem Termine an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

N 315.
Patentrei-
hung.

Dem Maschinen-Fabrikanten Georg Baume in Berlin ist unter dem 24sten Oktober 1856 ein Patent:

auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Maschine zur Anfertigung von Sandformen für Eisengießereien, soweit dieselbe als neu und eigenthümlich erkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

N 316.
Patentrei-
hung.

Dem Kaufmann E. F. Wappenhans in Berlin ist unter dem 26sten Oktober 1856 ein Patent:

auf eine Vorrichtung, um Flaschen und andere Gefäße behufs Verpackung zu umhüllen, in der durch Modell, Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Bekanntmachung des Ersten Präsidenten des Königl. Appellationsgerichts.

N 317.
Die Wahl der
Mitglieder des
Ehrenraths un-
ter den Rechts-
Anwälten und
Notaren im De-
partement des
Appellations-Ge-
richts zu Aufre-
chtung betreffend.

Bei der am heutigen Tage stattgefundenen Ergänzung der in Gemäßheit des §. 22. der Verordnung vom 30sten April 1847 ausgeschiedenen Hälfte der Mitglieder des Ehrenraths unter den Rechtsanwälten und Notaren des Appellationsgerichts-Departements und der Stellvertreter durch Neuwahl ist der Ehrenrath in folgender Weise konstituiert worden:

- 1) Vorsitzender: Herr Rechtsanwalt Schwarz in Insterburg;
- 2) Mitglieder: Herr Justizrath Behr in Kist, Herr Justizrath Hubert in Insterburg,

Herr

Herr Rechtsanwalt Meyer in Insterburg, Herr Rechtsanwalt Stein in Gumbinnen, Herr Rechtsanwalt Spiegelthal in Elfsit;

- 3) Stellvertreter: Herr Justizrath Kämpfert in Elfsit, Herr Rechtsanwalt Hassenstein in Marggrabowa, Herr Rechtsanwalt Schulz I. in Angerburg, Herr Rechtsanwalt Krieger in Goldapp,

was ich hiermit in Gemäßheit des §. 26 der Verordnung vom 30sten April 1847 zur öffentlichen Kenntniß bringe. Insterburg, den 25sten Oktober 1856.

Der Erste Präsident des Königl. Appellationsgerichts, v. Rohr.

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial - Steuer - Direktors.

N. 318.

Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß, nachdem die Chaussee zwischen Groß-Stürzlad und Rhein bereits am 15ten d. M. vollständig ausgebaut und dem öffentlichen Verkehre übergeben worden, in der bei Stombowen neu errichteten Chaussee - Geld - Hebestelle vom 10ten November d. J. an das Chausseegeld nach dem Allerhöchsten Tarife vom 25ten Februar 1840 für eine Meile erhoben werden wird. Königsberg, den 27sten Oktober 1856.

Die Erhebung des Chausseegeldes auf der Hebestelle bei Stombowen der Groß-Stürzlad-Krainer Chaussee betr.

Der Provinzial - Steuer - Direktor v. Maassen.

Da am 1sten November d. J. die Chaussee zwischen Insterburg und Staisgirren auf einer Strecke von 3240 Ruthen dem öffentlichen Verkehre übergeben werden wird, so wird vom 15ten November d. J. an bei der Chausseegeld - Hebestelle zu Pagelienen das Chausseegeld nach dem Sage für ein und eine halbe Meile erhoben werden. Das betheiligte Publikum wird hierdurch von dieser Aenderung in Kenntniß gesetzt. Königsberg, den 30sten Oktober 1856.

N. 319.

Die Erhebung des Chausseegeldes auf der Hebestelle zu Pagelienen nach dem Sage für 1 1/2 Meilen betr.

Der Provinzial - Steuer - Direktor v. Maassen.

Bekanntmachungen der Königl. Ober - Post - Direktion.

Die wöchentlich dreimalige Personenpost zwischen Eyl und Johannisburg wird vom 1sten November d. J. ab täglich courfieren und abdann aus Eyl täglich 6 Uhr früh und aus Johannisburg täglich 6 Uhr 30 Minuten Abends, nach Ankunft der Personenpost aus Langheim, abgefertigt werden. Die Post wird in 7 Stunden 45 Minuten befördert und trifft in Eyl zum Anschlusse an die Personen - Post nach Insterburg (6 Uhr früh) und in Johannisburg zum Anschlusse an die Personenpost nach Rastenburg (6 Uhr 30 Minuten Abends) ein.

N. 320.

Den Postlauf zwischen Eyl und Johannisburg betreffend.

Das reisende und korrespondirende Publikum wird von dieser neuen Einrichtung hiermit in Kenntniß gesetzt. Gumbinnen, den 24sten Oktober 1856.

Der Ober - Post - Direktor Hoppe.

Vom 1sten November d. J. wird der zwischen Rhein und Sensburg courfierenden wöchentlich viermaligen Personenpost ein täglicher Gang gegeben. Die Abfertigung derselben erfolgt:

N. 321.

Den Postlauf zwischen Rhein und Sensburg betreffend.

aus

aus Rhein täglich 5 Uhr Morgens und aus Sensburg täglich 6 Uhr Nachmittags. Summen, den 28ten Oktober 1856.

Der Ober-Post-Direktor Hoppe.

Personal - Chronik.

Dem seitherigen interimistischen Verwalter der Pfarrstelle in Biberweitschen, frühern Pfarrer in Labiau, Johann Eduard Fuchs, ist die erledigte Pfarrstelle an der evangelischen Kirche zu Biberweitschen, in der Diözese Stalupönen, nunmehr definitiv verliehen worden.

An Stelle des in gleicher Eigenschaft nach Wehlau versetzten Staatsanwalt Malm aus Johannisburg ist der Kreisrichter v. Schlichting zum Staatsanwalts-Gehilfen dafelbst ernannt.

Der Predigamts-Kandidat Lehmann aus Arnau, bei Königsberg, ist zum Präzeptor bei der Kirchschule in Budwethen, Kreises Ragnit, ernannt worden.

Der Chauffee-Aufseher Friedrich Leu ist von der Chauffeestrecke Georgenburg-Reiktschen, (Insterburg-Selaisgirrer Straße) nach der Chauffeestrecke Wingeningen-Schwägerau (Lapladen-Gebluhner Straße) in Stelle des pensionirten Chauffee-Aufsehers Carl Bränske versetzt, und der invalide Unteroffizier im 4ten Infanterie-Regiment Heinrich Preuß in Stelle des Leu vom 1sten November 1856 ab vorläufig auf Probe angenommen worden.

Der frühere Polizei-Sergeant Friedrich Wilhelm Schwaik ist vom 1sten November 1856 ab auf der Chauffeestrecke von Dummern bis Rixsit (Königsberg-Rixsiter Straße) als Chauffee-Aufseher auf Kündigung angestellt worden.

Dem Fräulein Clara Kortenbeitel aus Angerburg ist auf Grund der abgelegten Prüfung die Befugniß erteilt, Kindern gebildeter Familien Privat-Unterricht zu geben.

Personal-Veränderungen bei der Königl. Intendantur des ersten Armee-Korps seit dem Monat Juni 1856.

Von der Königl. Intendantur zu Königsberg sind versetzt: der Intendantur-Kath Koltscher nach Münster, Intendantur-Referendarius Bierfreund zur Intendantur 3ten Armee-Korps nach Berlin und der Intendantur-Sekretair Schwabe zur Intendantur 5ten Armee-Korps nach Posen.

Dahin versetzt sind: der Intendantur-Kath Kausch von der Intendantur 7ten Armee-Korps aus Münster, und der Intendantur-Sekretair Schick von der Intendantur 6ten Armee-Korps aus Breslau.

Befördert sind: der Appellations-Gerichts-Auskultator Kienlin zum Intendantur-Referendarius und die Sekretariats-Applikanten Hay und Christiani zu Sekretariats-Assistenten.

Amtsblatt

Nr. 6. Gumbinnen, den 12ten November **1856.**

Das 56. und 57te Stück der Gesefsammlung, welche den 5ten November d. J. in Berlin ausgegeben sind, enthalten: unter

Nr. 322.
Inhalt der Ge-
setz-Sammlung.

- Nr. 4542** den Allerhöchsten Erlaß vom 13ten Oktober 1856, betreffend die Bestätigung der in Königsberg i. Pr. unter dem Namen „Königsberger Privatbank“ zum Betriebe von Bankgeschäften gebildeten Aktiengesellschaft; unter
- Nr. 4543** den Allerhöchsten Erlaß vom 22sten September 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der im Kreise Lübbcke gelegenen Chausseen: 1) von der Lübbcke-Wändener Straße über Schnathorst bis zur Grenze des Mindener Kreises bei Siebingshausen zum Anschluß an die Chaussee von Bergkirchen nach Rehme; 2) von Frotheim bis zur hannoverschen Grenze, in der Richtung auf Diepenau; 3) von Rahden über Ströhen bis zur hannoverschen Grenze, in der Richtung auf Wagenfeld; 4) von Klöwe bis Blasheim; 5) von Rahden bis zur hannoverschen Grenze bei Diepenau; unter
- Nr. 4544** die Bekanntmachung, betreffend die unterm 13ten Oktober 1856 erfolgte Allerhöchste Bestätigung der Statuten einer Aktien-Gesellschaft unter dem Namen: „Bergbau-Aktien-Gesellschaft Glückauf“ mit dem Domizil zu Mülheim an der Ruhr, vom 24sten Oktober 1856; unter
- Nr. 4545** die Bekanntmachung, betreffend die unterm 13ten Oktober 1856 erfolgte Allerhöchste Bestätigung der Statuten einer Aktien-Gesellschaft unter dem Namen: „Broicher Bergwerks-Aktien-Verein“ mit dem Domizil zu Mülheim an der Ruhr, vom 24sten Oktober 1856; unter
- Nr. 4546** die Verordnung wegen Abänderung des Vereins-Statutis, vom 27sten Oktober 1856; und unter
- Nr. 4547** die Verordnung wegen Abänderung des Wahl- und Schlichter-Gesetzes vom 30sten Mai 1820, vom 27sten Oktober 1856.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Mit Bezugnahme auf unsere Circular-Verfügung vom 3ten Juli d. J. — 2259 Juni —

Amstbl. Nr. 46.

werden

Nr. 323.
Die Ermitt-
lung der in

Stargard ver-
schwunden Per-
son betr.
X. d. 9.
2301. Offiz.

werden sämtliche Polizeibehörden davon in Kenntniß gesetzt, daß die Person, welche in Stargard (Gasthof zur Stadt Petersburg) am 1ten März d. J. mit Hinterlassung eines Kindes verschwunden war, ermittelt und dadurch diese Angelegenheit erledigt ist.

Gumbinnen, den 28ten Oktober 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

N. 324.
Verordnung
wegen Einfüh-
rung von Dienst-
büchern für die
Schiffleute im
Regierungs-
Bezirk Gumbin-
nen.
X. d. 9.
1560. Rev.

Auf Grund des §. 6, Litt. b, des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11ten März 1850 wird zur bessern Beaufsichtigung der Schiffsteute auf preussischen Flußschiffen und zur Hebung der Disziplin Nachstehendes angeordnet:

§. 1. Jeder Dienstmann auf einem preussischen Flußschiffe oder Flosse-Behring, Junge, Schiffsknecht, Bugknecht, Heizer, Cefelle, Matrose, Bootsmann, Steuermann — muß mit einem Dienstbuche versehen sein und dasselbe auf jeder Reise bei sich führen.

§. 2. Die Dienstbücher werden nach dem anliegenden Muster gedruckt. Sie gewähren Raum zur Eintragung von sechs Dienst-Attesten und sind bei denjenigen Königl. Zoll- und Steuer-Ämtern käuflich zu haben, welche demnächst werden bezeichnet werden.

§. 3. Wer nach den Bestimmungen dieser Verordnung mit einem Dienstbuche versehen sein muß, hat solches der Polizei-Behörde seines Wohnorts Behufs der Ausfertigung und Eintragung des Signalements vorzulegen. Die Eintragung erfolgt kostenfrei.

§. 4. Schiffseigner, Schiffs- oder Flossführer, haben bei jeder Annahme eines Dienstmanns sich dessen Dienstbuch vorlegen zu lassen und darin über das einzutragende Dienst-Verhältniß das Erforderliche einzutragen. In Beziehung auf die schon vor Publikation der gegenwärtigen Verordnung eingegangenen Dienstverhältnisse ist die Befolgung dieser Vorschriften binnen drei Monaten nachzuholen.

§. 5. Der Dienstmann darf in seinem Dienstbuche keine Aenderungen oder Zusätze machen oder durch Unberechtigte machen lassen.

§. 6. Das Dienstbuch muß sowohl dem Dienstherrn als einer jeden Polizeibehörde auf Verlangen jederzeit vorgelegt werden.

Die nach dem Muster zu §. 2 vorschriftsmäßig ausgefüllten Dienstbücher gelten für ihre Inhaber, sofern sie preussische Untertanen sind, in den diesseitigen Staaten als genügender persönlicher Ausweis und vertreten die Stelle der passpolizeilichen Legitimation.

§. 7. Den Polizei-Behörden liegt es ob, Beschwerden des Dienstmannes über ein, demselben ertheiltes oder verweigertes Zeugniß zu erledigen und die dadurch etwa herbeigeführten Aenderungen und Zusätze im Dienstbuche nachzutragen.

§. 8. Auf jedem preussischen Flußschiffe ist ein Verzeichniß der Personen, welche auf demselben in Dienst getreten sind, zu führen und aufzubewahren. Den Namen jedes entlassen

lassen Dienstjahren ist eine Bemerkung über Anfang und Ende seiner Dienstzeit und eine wörtliche Abschrift des ihm bei seinem Abgange erteilten Zeugnisses beizulegen.

Dieses Verzeichniß ist jeder Schiffsahrt- und Polizei-Behörde auf Verlangen zur Einsicht vorzulegen.

§. 9. Uebertretungen der obigen Vorschriften werden mit Geldstrafen bis zu dem Betrage von 10 Rthlr. und in Unvermögensfällen mit verhältnismäßiger Gefängnißstrafe geahndet.

§. 10. Die gegenwärtige Verordnung tritt mit dem 1sten Februar 1857 in Kraft.

Berlin, den 8ten Juli 1856.

Der Minister des Innern.

Der Finanzminister.

(gez.) v. Westphalen.

(gez.) v. Bodelschwingh.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

In Vertretung: (gez.) v. Pommer-Esche.

Vorstehende Verordnung wird hiedurch mit dem Bemerken wiederholt zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das im §. 2 erwähnte Muster zum Dienstbuch für die Schiffsleute der Nr. 34 des Amtsblatts pro 1856 beigegeben ist. Gumbinnen, den 3ten November 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nach einer so eben eingegangenen Nachricht ist in der Stadt russisch Georgenburg, welche an der Memel und nur 1½ Meilen von der diesseitigen Grenze entfernt liegt, die Kinderpest aufs Neue mit Heftigkeit ausgebrochen. Zum Schutz des hiesigen Departements gegen die Seuche wird daher unsere erst am 19ten Juni d. J. aufgehobene Amtsblatts-Verordnung vom 29sten December v. J. nicht nur wieder in Kraft gesetzt, sondern auf den Grund des §. 4 der Allerhöchsten Verordnung vom 27sten März 1836 dahin erweitert, „daß auf der Landesgrenze im Kreise Pillkallen von der Sykeuppe bis Dirwehlen und im Kreise Ragnit von Dirwehlen bis zum Juraflusse, einschließlich der Zollstraße bei Schillkehnen, — aber mit Ausschluß der Zollstraße bei Schmallesingken, — aller und jeder Verkehr mit dem Auslande gänzlich untersagt, daher auf dieser ganzen Strecke weder Grenzmaßschaine an russische oder polnische Juden, noch Grenz-Legitimationskarten an andere russische oder polnische Einwohner erteilt werden dürfen.“

Indem wir diese unsere Anordnung zur öffentlichen Kenntniß bringen, bemerken wir zugleich, daß jede Uebertretung derselben nach §. 307 des Strafgesetzbuches streng geahndet werden wird und für den Verkehr auf der Zollstraße bei Schmallesingken vorläufig noch der §. 3 der Verordnung vom 27sten März 1836 gültig bleibt. Gumbinnen, den 4ten November 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem

Nr. 325.
Die Sperre
der Landesgrenze
im Kreise Ragnit
zur Abwehr
der Kinderpest
vize.
A. d. J.
1857. Dft.

N 326. Dem Fabrikten-Kommissarius Hofmann zu Breslau ist unter dem 24sten Oktober 1856 Patenterteilung. ein Patent:

auf Verbesserung einer Maschine, um Papier ohne Ende in Bogen von verschiedener Breite und Länge zu schneiden, in der durch Zeichnungen und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung und ohne Jemanden in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

N 327. Dem Tischlermeister Lix zu Mariaweller, bei Düren, ist unter dem 1sten November 1856 Patenterteilung. ein Patent:

auf eine Jacquard-Maschine in der durch Modell, Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

N 328. Das dem Hütten-Ingenieur Heinrich Weinbauer zu Deutz, bei Köln, unterm 15ten September 1855 ertheilte Patent:

auf einen selbstthätigen Apparat zur Ausgleichung der Luftspannung bei Cylindergebläsen, ist aufgehoben.

B e k a n n t m a c h u n g .

N 329. Auf Grund des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11ten März 1850 und §. 71 der total-Polizeiverordnung. Das Verbot des Verkaufes von Getreide u. auf den Wochenmärkten in Schmalleningken der 10 Uhr Vormittags betr.

Auf Grund des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11ten März 1850 und §. 71 der Verordnung vom 11ten Februar 1849 wird nach Berathung mit dem Gemeinde-Vorstande und mit Genehmigung der Königl. Regierung in Gumbinnen festgesetzt:

„daß auf den Wochenmärkten in Schmalleningken, welche im Sommer nicht vor 6 Uhr und im Winter nicht vor 7 Uhr beginnen dürfen, allen Vorkäufern, insbesondere auch den Bäckern, Hölzern, Viktualienhändlern u. s. w. der Einkauf von Getreide und Lebensmitteln jeder Art erst von 10 Uhr Vormittags ab, und durchaus nicht früher, gestattet sein soll.“

Uebertretungen dieser Anordnung — deren Wirksamkeit vorläufig bis zum 1sten Oktober 1857 dauern soll — werden mit Geldbuße bis zu 10 Rthlr. oder im Unvermögensfalle mit verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe geahndet werden. Schmalleningken, den 20sten Oktober 1856.

Königliche Polizei-Verwaltung.

Amtsblatt

N^o 47.

Gumbinnen, den 19ten November

1856.

Das 58ste Stück der Gesefsammlung, welches den 14ten November 1856 in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

N^o 330.
Inhalt der Gesef-
sammlung.

Nr. 4548 das Statut des Allen - Rosenburger Deichverbandes, vom 28ten August 1856; unter

Nr. 4549 den Vertrag zwischen der Königlich Preussischen und der Herzoglich Anhalt-Deßau-Cöthenschen Regierung wegen Bildung eines Deichverbandes für die Niederung von Allen bis Rosenburg, vom 22ten Mai 1856; unter

Nr. 4550 den Allerhöchsten Erlaß vom 23ten Oktober 1856, betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rheinprovinz vom 15ten Mai 1856 an die Gemeinde Wipperfurth, Regierungs-Bezirks Köln, und unter

Nr. 4551 den Allerhöchsten Erlaß vom 23ten Oktober 1856, betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rheinprovinz vom 15ten Mai 1856 an die Gemeinden Süchteln, Kronenberg, Belbert, Bälfeath und Wittman, Regierungs-Bezirks Düsseldorf.

Das 59ste Stück der Gesefsammlung, welches den 15ten November 1856 in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

Nr. 4552 den Allerhöchsten Erlaß vom 13ten Oktober 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für die zu chauffirende Strecke von Frankenstein bis zur Kreisgrenze in der Richtung auf Münsterberg; unter

Nr. 4553 den Allerhöchsten Erlaß vom 23ten Oktober 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Chauffeen im Kreise Pr. Holland: 1) von Pr. Holland bis zur Mohrungener Kreisgrenze in der Richtung auf Liebstadt, mit einer Zweig-Chauffee, welche bei Behlenhof nach dem Bahnhofe Schlobitten, abfährt; 2) von Mühlhausen nach dem dortigen Bahnhofe und von dort bis zur Kreisgrenze zwischen Baarden und Schlobitten; 3) von der Elbing-Pr.-Holländer Chauffee zwischen Pr. Holland und Schönwiese bis zur Grenze des Kreises Mohrungen, in der Richtung auf Saalfeld; 4) von Pr. Holland nach Schönau; unter

Nr. 4554 den Allerhöchsten Erlaß vom 23ten Oktober 1856, betreffend die Verleihung der

Zusatzl. Nr. 47.

der

der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Chausseen im Kreise Mohrungen: a) von Liebstadt, über Gudnid nach der Pr.-Holländer Kreisgrenze auf Sommerfeld, b) von Malsbeuten nach Saasfeld, c) von Saasfeld über Geiseln nach der Pr.-Holländer Kreisgrenze, und d) von Laabern oder Mißwalde nach Altstadt; unter

Nr. 4555 den Allerhöchsten Erlass vom 25ten Oktober 1856, betreffend die Beilegung der Benennung: „Ostpreussisches Tribunal,“ für das Appellationsgericht zu Königsberg, und unter

Nr. 4556 die Verordnung wegen Einberufung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie, vom 11ten November 1856.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Nr. 331.
Die Verwerthung u. des
Raupenstraß-
holzes betr.
v. X. v. B.
304. Offiz.

Mit Bezug auf unsere früheren Bekanntmachungen wegen Verwerthung des Raupenstraßholzes und namentlich auf die Bekanntmachung im Amtsblatt pro 1855 vom 22ten Oktober 1855 wegen Benutzung des Eyß-Flusses zur Verflößung von Raupenstraßholz durch das Königreich Polen nach dem Bober-Bug und der Weichsel, machen wir das Publikum darauf aufmerksam, daß wir denjenigen Unternehmern, welche auf dieser Wasserstraße Holz aus den Oberförstereien Borken und Rothbude nach Danzig oder nach andern zum diesseitigen Staatsbezirke gehörigen an der Weichsel gelegenen Orten verflößen wollen, in Beziehung auf den Transitoholz-Transport auf dieser Wasserstraße hinsichtlich der Holzabfertigung durch die Nebenzollämter u. alle Erleichterungen Seitens des Kaiserlich russischen Gouvernements in Aussicht stellen können, welche unter Aufrechthaltung der Bestimmungen der Zollordnung überhaupt zulässig sind. Gumbinnen, den 4ten November 1856.

Königliche Regierung,

Abtheilung für die Verwaltung der direkten Steuern, Domänen und Forsten.

Nr. 332.
Patentrecht-
lung.

Dem Artillerie-Hauptmann a. D. Schmidt zu Berlin ist unter dem 8ten November 1856 ein Patent:

auf ein durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenes Zündnadel-Gewehrschloß, so weit dasselbe in seiner ganzen Zusammensetzung für neu und eigenthümlich erkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Nr. 333.
Patentrecht-
lung.

Dem Uhrenfabrikanten Karl Friedrich Thiemke zu Berlin ist unter dem 11ten November 1856 ein Patent:

auf eine Vorrichtung an Taschenuhren zum Aufziehen ohne Schlüssel in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Art der Ausführung,

auf

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Dem Robert Heinr. Böker, dem Heinrich Lange und dem Wilhelm Lange zu Remscheid
sind unter dem 12ten November 1856 zwei Patente, das eine: Nr. 334.
Patentertheilungen.

auf eine mechanische Vorrichtung zur Zuschärfung der Messerklingen, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung,

das andere:

auf die nach der vorgelegten Beschreibung für neu und eigenthümlich erachtete Anwendung eines Lotthes zum Zusammenlöthen von Stahl und Eisen,

beide auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Das dem Königl. Regierungs- und Baurath Rosenthal zu Magdeburg unter dem 11ten
Februar 1854 ertheilte Patent: Nr. 335.
Patentertheilung.

auf eine atmosphärische Eisenbahn,

ist erloschen.

Das dem Techniker Theodor Kessler zu Eudenburg, Magdeburg unter dem 30sten Sep-
tember 1855 ertheilte Patent: Nr. 336.
Patentertheilung.

auf eine Repressionspumpe für hydraulische Pressen,

ist aufgehoben.

Das dem Kaufmann J. H. F. Prüßwitz in Berlin unter dem 29sten Januar 1856 ertheilte
Patent: Nr. 337.
Patentertheilung.

auf Vorrichtungen zum Stimmen von Saiten-Instrumenten,

ist aufgehoben.

B e k a n n t m a c h u n g .

Nachdem die zwischen Rhein einer- und Eßgen und Rastenburg andererseits courfirenden
Personenposten auf den Chausseestrecken über Groß-Stürlach befördert werden, sind folgende
Orte als Aufnahme-Punkte für die den Posten unterwegs zugehenden Reisenden festgesetzt worden:

1. von Rhein nach Rastenburg:

| | |
|---|------------|
| von Rhein nach Glombowen (Guthhof) | 1/4 Meile, |
| „ Glombowen nach Groß-Stürlach (Gasthaus des H. Herrmann) | 3/4 „ |
| „ Groß-Stürlach nach Martenheim (Gasthaus) | 1/2 „ |
| „ Martenheim nach Pohibels (Guthhof) | 1/2 „ |
| „ Pohibels nach Queden (Guthhof) | 1/4 „ |

Latus 2 1/4 Meilen,

von

Nr. 338.
Die Aufnahme-
Punkte bei den
Eßgen- und
Rastenburg-
Personen-
post betr.

| | | |
|---|---------|--------------------------|
| | Transp. | 2 1/2 Meilen |
| von Lueden nach Krausendorf (Schulhaus) | 1/2 | " |
| " Krausendorf nach Rastenburg | 3/4 | " |
| | | <u>Sa. 3 1/4 Meilen.</u> |

2. von Rhein nach Lögen:

| | | |
|--|-----------|---------|
| von Rhein nach Stombowen (Gasthaus) | 1/4 | Meile, |
| " Stombowen nach Groß-Stürlach (Gasthaus des ic. Herrmann) . | 3/4 | " |
| " Groß-Stürlach nach Klein-Stürlach (Gasthaus) | 1/2 | " |
| " Klein-Stürlach nach Lögen | 1 1/4 | " |
| | Sa. 3 1/4 | Meilen. |

Das reisende Publikum wird hiervon in Gemäßheit der Bestimmung im §. 40 des Reglements zum Gesetz über das Postwesen vom 27ten Mai 1856 in Kenntniß gesetzt.
Gumbinnen, den 12ten November 1856. Der Ober-Post-Direktor Hoppe.

Personal - Chronik.

Se. Majestät der König haben in Veranlassung Allerhöchst Ihrer letzten Anwesenheit in der Provinz Preußen dem Herrn Kreis-Physikus Dr. Grattenauer zu Johannisburg den Charakter als Sanitäts-Rath Allernädigt zu verleihen geruht.

Der Dr. med. et chirurg. Eduard Gustav Albrecht hieselbst ist als praktischer Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer vereidigt worden.

Der Kaufmann Zacharias jun. zu Insterburg ist zum unbefoldeten Rathsherrn dortiger Stadt auf sechs Jahre gewählt und bestätigt worden.

Personal-Veränderungen im Departement des Appellationsgerichts zu Insterburg im Monat Oktober 1856.

A. Beim Appellationsgericht:

die Auskultatoren Strodzki und Gerhardt sind zu Referendarien ernannt.

B. Bei den Kreisgerichten:

Kreisgerichtsrath Drowski in Lyd gefordert,

Kreisrichter Paulini von Angerburg an das Kreisgericht Insterburg versetzt,

Kreisrichter v. Schlichting zu Johannisburg zum Staatsanwalts-Gehilfen daselbst ernannt.

Rechtsanwalt und Notar Heinrich in Heydekrug auf seinen Antrag entlassen.

Amtsblatt

Nr. 48.

Gumbinnen, den 26ten November

1856.

Das 60te Stück der Gesetz-Sammlung, welches den 19ten November 1856 in Berlin ausgegeben ist enthält: unter

Nr. 4557 das Statut des Soldiner Entwässerungsverbandes, vom 13ten Oktober 1856; und unter

Nr. 4558 das Statut für den Verband zur Regulirung der unteren Elbe im Regierungsbezirk Magdeburg, vom 13ten Oktober 1856.

Bekanntmachungen der höheren Behörde.

Nachdem gegen mehrere Hefte der in München erscheinenden Zeitschrift: „G. Phillips und G. Görres historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland,“ redigirt von Jos. Edmund Jörg, gemäß §. 50 des Pressegesetzes vom 12ten Mai 1851 auf Vernichtung des strafgefehrwidrigen Inhalts der betreffenden Hefte gerichtlich erkannt worden ist, wird auf Grund des §. 52 des gedachten Gesetzes die fernere Verbreitung der vorerwähnten Zeitschrift im Bereich des preussischen Staates unter Hinweisung auf die im §. 53 desselben Gesetzes verordneten Strafen hiermit verboten. Berlin, den 16ten November 1856.

Der Minister des Innern, (gez.) v. Bessphalen.

Unter Bezugnahme auf die Seite 944 der diesjährigen Gesetzsammlung sub Nr. 4556 publizierte Allerhöchste Verordnung vom 11ten d. M., durch welche die beiden Häuser des Landtags der Monarchie auf den 29sten d. M. einberufen sind, mache ich hierdurch bekannt, daß die besondere Benachrichtigung über die Zeit und den Ort der Eröffnungssitzung in dem Bureau des Herrenhauses (Leipzigerstraße Nr. 3) und in dem Bureau des Hauses der Abgeordneten (Leipzigerstraße Nr. 55) am 27sten und 28ten d. M. in den Stunden von 8 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends und am 29sten d. M. in den Morgenstunden offenliegen wird. In diesen Bureaus werden auch die Eintrittskarten zu der Eröffnungs-Sitzung ausgegeben, wie auch sonst etwa noch erforderliche Mittheilungen in Bezug auf dieselbe gemacht werden.

Berlin, den 20sten November 1856.

Der Minister des Innern, v. Bessphalen.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Bei der nothwendig gewordenen und bereits erfolgten verbesserten Einrichtung des Elbsees Winterhafens bei Lüßitz, haben wir uns veranlaßt gefunden, unter Aufhebung der bisher für

Amtsbl. Nr. 48.

Nr. 339.
Inhalt der Gesetzsammlung.

Nr. 340.
Das Verbot der ferneren Verbreitung des Zeitschrifts G. Phillips und G. Görres historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland betreffend.

Nr. 341.
Den Besondere theils der Kammer betreffend.

Nr. 342.
Die Errichtung des Kaiser-Baden,

verfaßt bei
Kist. betr.
L. v. S.
1876. Sept.

denselben bestandenen Polizei-Ordnung vom 10ten September 1842 eine neue Polizei-Ordnung zu erlassen und bringen wir diese nachstehend zur öffentlichen Kenntniß.

Sumbinnen, den 14ten November 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Polizei-Ordnung

für den Winterhafen bei Elßit, Elßele genannt.

Hinsichtlich der Benutzung des Winterhafens zu Elßit wird unter Aufhebung der Polizei-Ordnung vom 10ten September 1842 auf Grund des Gesetzes vom 11ten März 1850 hiermit Folgendes bestimmt:

§. 1. Der Winterhafen bei Elßit (Elßele) ist:

- a) zur Unterbringung der der Königlichen Traktat-Anstalt gehörigen, so wie aller anderen im Besitz des Staats befindlichen Schiffsgesäße und Gegenstände, imgleichen
- b) zur Bergung von Privatschiffen und Rähnen während der Winterzeit, bestimmt.

§. 2. Nur an denjenigen Stellen, welche als Laderplätze von der Königlichen Polizei-Verwaltung bezeichnet sind, dürfen auf desfalls jedesmal besonders einzuholende Erlaubniß dieser Behörde auch Ein- und Ausladungen von Getreide und anderen Gegenständen in und aus Privatschiffsgesäßen stattfinden.

§. 3. Als Hafenmeister, dem die Ueberwachung der polizeilichen Ordnung obliegt, fungirt der Brückenmeister der Königlichen Traktat-Anstalt zu Elßit. Die polizeiliche Ober-Aufsicht führt die Königliche Polizei-Verwaltung zu Elßit, welche sich als technischen Beistandes des Dirigenten der Königlichen Traktat-Anstalt bedient.

§. 4. Jedes den Memelstrom befahrende Schiff, so wie jeder Kahn kann in den Hafen, nach vorher eingeholter Erlaubniß, nur aufgenommen werden, so weit derselbe nicht für die Traktat-Anstalt oder zur Unterbringung anderer dem Staate gehöriger Schiffsgesäße in Anspruch genommen werden muß. Auch Boidaks (Fahrzeuge bis zu 80 Fuß Länge) und Wittinnen (Fahrzeuge von 80 bis 120 Fuß Länge) dürfen aufgenommen werden, wenn Platz vorhanden ist.

§. 5. Die Aufnahme der Privatgesäße geschieht nach Nummerfolge der Erlaubniß-Scheine.

§. 6. Für die Benutzung des Hafens wird keine besondere Abgabe entrichtet.

§. 7. Jeder Schiffer oder Eigentümer eines Schiffsgesäßes wacht entweder selbst über sein Gefäß oder übergibt dasselbe einem sicheren Manne in Elßit, welcher dem Hafenmeister

meister namhaft zu machen ist. Beide sind verpflichtet, die Anordnungen des Hafenmeisters genau zu befolgen und in der Winterzeit nicht nur das Ausfeilen um das Schiffsgefäß auszuführen, sondern auch 1 bis 2 Mann zur Freimachung der Fahrt zu stellen, falls solches nöthig sein und daherhalb verlangt werden sollte.

§. 8. Jeder Schiffer, welcher sein Fahrzeug in den Hafen bringen will, muß sich zuvor bei dem Dirigenten der Trajekt-Anstalt melden, welcher ihm, falls sich nichts gegen die Aufnahme zu erinnern findet, einen Erlaubnißschein ertheilt.

§. 9. Auf Grund dieses Scheines wird sodann dem Schiffer die mit einem Schwimholzge schlossene Einfahrt in den Hafen geöffnet und ihm dabei der Platz zum Anlegen genau bezeichnet. Dies geschieht mit möglichster Benützung des Raumes und stets mit Rücksicht auf das Bedürfnis der Königl. Schiffsgefäße. Wer das Fahrzeug auf einem andern als dem ihm angewiesenen Plage anlegt, imgleichen wer die Einfahrt, welche stets frei sein muß, sperrt, wird in Strafe genommen.

§. 10. Jeder Schiffer, welcher den Einlaß zum Ueberwintern in den Winterhafen nachsucht, kann denselben nur dann erhalten, wenn das Fahrzeug nicht mehr vor Winter herausgenommen werden soll, indem die Fahrzeuge nach der Reihenfolge der Erlaubnißscheine aufgestellt werden und durch das Herausholen Unordnung in den Lagerstellen entstehen würde; jedoch ist der Schiffer verpflichtet, auf Anweisung des Hafenmeisters eine andere Stelle im Hafen einzunehmen, falls dies nöthig werden möchte.

§. 11. Bei jedem Fahrzeuge muß, bevor dasselbe in den Hafen gelangt, der Besamts-Maß und Bugspriet, in sofern es damit versehen ist, bereitigt werden.

§. 12. Alle Beschädigungen der Ufer des Hafens, insbesondere der Landzunge nebst dem Buhnenwerke und der Pflanzung, welche den Hafen schützen, sind untersagt, ebenso das Auswerfen von Ankern auf der Dossirung oder Krone der Hafenufer, imgleichen das Anlegen von Rähnen und Holzflößen an beiden Seiten der Landzunge (Hafendamm) und das willkürliche Einschlagen von Pfählen, indem von Seiten der Verwaltung Anlegepfähle eingesetzt sind. An diesen Pfählen muß jedes Schiffsgefäß, vorne und hinten, festgemacht werden.

Das Befestigen der Schiffe an den Königl. Gefäßen ist verboten

§. 13. Ebenso wird untersagt, Sand, Steine, Kohlen, Asche, Sägespäne u. oder Unrath in den Hafen zu werfen; und deshalb werden auch nur solche Reparaturen an Privat-Schiffsgefäßen gestattet, durch welche der Hafen nicht verunreinigt wird, und welche mit keinen sonstigen Uebelständen verbunden sind.

§. 14. In und auf den Rähnen oder anderen Fahrzeugen, so wie an den Ufern des
Hafens

Hafens und auf dem Hafendamm darf kein Feuer angemacht, und weder Theer noch Pech gekocht werden.

§. 15. Zur Zeit, wo Vertiefungs-Arbeiten im Hafen vorgenommen werden, ist derselbe gesperrt und daher für jedes Privat-Fahrzeug unzugänglich.

§. 16. Der Eingang des Hafens muß zu jeder Zeit frei bleiben und ist die Polizei-Behörde ermächtigt, die Fahrzeuge der Widerspenstigen auf deren Kosten fortschaffen zu lassen.

§. 17. Wer gegen diese Fessetzungen handelt, verfällt außer der Verpflichtung zum Schadenersatz in eine Polizeistrafe von Einem bis Zehn Thalern.

§. 18. In allen Fällen, wo gegen die Bestimmungen dieser Hafen-Ordnung gescheit wird, hat der Hafenmeister von der vorgefallenen Kontravention an die Königl. Polizei-Bewaltung zu Eilist unverzüglich Anzeige zu machen, welche nach vorheriger Untersuchung die Strafe festsetzt, beziehungsweise herbeiführt.

Gumbinnen, den 22ten September 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

In folgenden Auseinandersetzungssachen:

I. des Spezialbezirks Gumbinnen:

- a) Kreises Dießke: Sattpden, Domainenzinsablösung, Vorauszinsen und Refusowisna, Gemeintheilung, Przytullen, Waldseparation, Sawadden, Weideabfindung;
- b) Kreises Eßgen: Junien, Gemeintheilung;

II. des Spezialbezirks Rhein:

- a) Kreises Johannisburg: Taschkowen und Alt-Ußanny, Gemeintheilung;
- b) Kreises Eßgen: Drien, Troffen und Klein-Bronnen, Gemeintheilung, Groß-Stürlach, Burzdienstablösung;
- c) Kreises Emsburg: Gurkeln und Neu-Kelbonten, Gemeintheilung; Nikolaisen, Halbhühnerfojetat, Borowen, Reallastenablösung des Grundstücks Nr. 15, Koslau, Reallastenablösung;

III. des Spezialbezirks Lyd:

- a) Kreises Lyd: Przepiorcken, Marczynowen, Lyßken und Saborowen, Gemeintheilung;
 - b) Kreises Johannisburg: Diebowen, Salleschen und Bloßen, Gemeintheilung,
- hat der Legitimationspunkt nicht vollständig berichtigt werden können, was in Gemäßheit der Bestimmungen §. 12 des Ausführungsgesetzes vom 7ten Juni 1821, §§. 25 und 26 der Verordnung vom 30sten Juni 1834 und §. 109 des Gesetzes vom 2ten März 1850 allen etwa nicht zugezogenen unbekannten Interessenten mit der Aufforderung bekannt gemacht wird,

Nr. 343.
Die Berichtigung
des Legitima-
tionspunktes
in verschiedenen
Auseinander-
setzungssachen
betrifft.
X. d. J.
1857. Dtl. L

wird, innerhalb 6 Wochen und spätestens im Termine den 22sten Dezember 1856 entweder bei der unterzeichneten Regierung oder bei den betreffenden Spezial-Kommissionen ihr Interesse zur Sache anzuzeigen und dann der Vorlegung des Auseinandersetzungsgreßes, so wie der übrigen hierauf Bezug habenden Verhandlungen und Berechnungen gewärtig zu sein, widrigenfalls sie nach dem Ablaufe des Termins die Auseinandersetzung gegen sich gelten lassen müssen und mit keinen Einwendungen dagegen weiter gehört werden können.

Gumbinnen, den 28ten Oktober 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem Kaufmann J. H. F. Prillwitz zu Berlin ist unter dem 18ten November 1856 ein Patent:

N 344.
Patentretheilung.

auf eine Vorbereitung des Mehls zum Brodbacken, soweit dieselbe für neu und eigenthümlich erkannt ist,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Dem Kaufmann J. H. F. Prillwitz zu Berlin ist unter dem 18ten November 1856 ein Einführungs-Patent:

N 345.
Patentretheilung.

auf eine durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte Konstruktion von Feuerungs-Anlagen, soweit sie als neu und eigenthümlich erkannt worden, und ohne Jemand in der Benutzung einzelner Theile derselben zu behindern,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Dem Adolph Loy zu Berlin ist unter dem 18ten November 1856 ein Patent:

N 346.
Patentretheilung.

auf einen doppelwirkenden Selbst-Regulator für Gaswerke, in seiner ganzen, durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, ohne Jemand in der Anwendung der bekannten Theile zu beschränken,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

In der nach den Bestimmungen der §§. 39, 41 und 47 des Gesetzes vom 2ten März 1850 und nach unserer Bekanntmachung vom 4ten d. M. heute stattgefundenen öffentlichen Verlosung von Rentenbriefen, sind folgende Apoints gezogen worden:

N 347.
Die bei der jetzt stattgefundenen Verlosung von Rentenbriefen gezogenen Apoints betr.

Litr. A. zu 1000 Rthlr. Nr. 414. 557. 1170. 1476. 1539. 1569. 1726. 1858, 2009. 2210. 2213. 2873.

B. zu 500 Rthlr. Nr. 249. 571. 1004. 1035.

Litr. C.

| | | |
|-------------|-------------|---|
| Litr. C. zu | 1007 Rthlr. | Nr. 65. 69. 270. 491. 500. 703. 1257. 1281. 1531. |
| | | 1831. 1940. 2249. 3262. 3479. 3713. 3976. |
| „ D. zu | 25 Rthlr. | Nr. 45. 252. 270. 370. 381. 633. 641. 715. 752. 1178. |
| | | 1261. 1592. 1692. 1790. 1964. 2512. |
| „ E. zu | 10 Rthlr. | Nr. 31. 54. 149. 369. 444. 618. 844. 919. 1254. 1474. |
| | | 1685. 1749. 1827. 1860. 1903. 2066. 2078. 2187. |
| | | 2470. 2651. 2904. 3025. 3487. |

Die Inhaber werden aufgefordert, gegen Quittung und Einlieferung dieser Rentenbriefe nebst dem dazu gehörigen Coupons Serie I. Nr. 11 bis inkl. 16 den Nennwerth der ersteren von unserer Kasse hieselbst, Poststraße Nr. 15,

vom ersten April künftigen Jahres ab, in den Wochentagen von 9 bis 12 Uhr Vormittags in Empfang zu nehmen.

Die Formulare zu den Quittungen werden von unserer Kasse gratis verabreicht.

Von dem vorgeordneten Tage ab hört die Verzinsung der ausgelassenen Rentenbriefe auf.

Der Werth der etwa nicht mit eingelieferten Coupons wird bei der Auszahlung vom Kapitale in Abzug gebracht.

Die Verjährung dieser ausgelassenen Rentenbriefe erfolgt nach den Bestimmungen des §. 44 l. c. binnen 10 Jahren. Königsberg, den 17ten November 1856.

Königl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Preußen.

gez. Müllner.

Verhandelt Königsberg den 17ten November 1856 bei der Königl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Preußen.

ME 348.
Die Vernichtung
der früher aus-
gelassenen und
bezahlten Ren-
tenbriefe nebst
den nicht mehr
gültigen Coupons
betrifft.

Nach Vorschrift der §§. 46 bis 48 des Rentenbank-Gesetzes vom 2ten März 1850 und des §. 42 der Geschäftsanweisung für die Königlichen Direktionen der Rentenbanken vom 12ten Juli 1850 sollen heute bei Gelegenheit der ersten Auslosung der Rentenbriefe, die früher ausgelassen und bezahlten Rentenbriefe nebst den mit diesen zurückgelieferten, nicht mehr gültigen Coupons, vernichtet werden.

Die zu vernichtenden Papiere sind in dem aufgestellten, vorschriftsmäßig attestirten Verzeichnisse nachgewiesen und gelangen nach demselben zur Vernichtung:

- 1) Litr. A. à 1000 Rthlr. 13 Stück Rentenbriefe nebst Coupons;
- 2) Litr. B. à 500 Rthlr. 3 Stück Rentenbriefe nebst Coupons;
- 3) Litr. C. à 100 Rthlr. 16 Stück Rentenbriefe nebst Coupons;
- 4) Litr. D. à 25 Rthlr. 9 Stück Rentenbriefe nebst Coupons;
- 5) Litr. E. à 10 Rthlr. 15 Stück Rentenbriefe nebst Coupons;

in Summa 56 Stück.

Diese

Diese Rentenbriefe und Coupons wurden in Gegenwart der von der Provinzial-Vereinigung gewählten Deputirten:

- 1) des Stellvertreters des Abgeordneten der Provinzial-Vereinigung, Kaufmann Herrn C. J. Boigdt von hier,
- 2) des General-Landschafts-Raths Herrn Sacksen-Gr. v. Karßchau, so wie des zugezogenen Rechtsanwalts und Notars Herrn v. Hippel, durch Feuer vernichtet, was von den Unterzeichneten durch Vollziehung dieser ihnen vorgelesenen und von ihnen genehmigten Verhandlung attestirt wird.

gez. Sacksen. Boigdt. v. Hippel.

a. u. s.

gez. Müllner. Hohenfeldt. Hermenau.

Vom 8ten November d. J. ab ist in dem Orte Dombrowken, Kreises Darkehmen, eine Post-Expedition II. Klasse eingerichtet worden, welche durch die zwischen Gumbinnen und Rhein coursirende tägliche Personenpost mit Darkehmen und Angerburg in Verbindung steht. Gumbinnen, den 11ten November 1856. Der Ober-Post-Direktor Hoppe.

N 349.
Die Einrichtung einer Post-Expedition II. Klasse in Dombrowken betreffend.

Das reisende Publikum wird davon in Kenntniß gesetzt, daß bei dem $\frac{1}{2}$ Meile von Arys und $1\frac{1}{2}$ Meilen von Neuhoff belegenen Mühlengute Ksesniken die Aufnahme von Personen zu der zwischen Arys und Neuhoff coursirenden Personenpost von jetzt ab gestattet worden ist. Gumbinnen, den 12ten November 1856. Der Ober-Post-Direktor Hoppe.

N 350.
Die Aufnahme von Personen beim Wühlengute Ksesniken zur Postbeförderung betreffend.

Vom 16ten November d. J. ab ist in dem Kirchdorfe Dubeningken, Kreises Goldbapp, eine Post-Expedition II. Klasse eingerichtet worden, welche durch eine tägliche Kariolpost mit Goldbapp und durch eine wöchentlich dreimalige Botenpost mit Sgittkehmen in Verbindung gesetzt worden ist. Gumbinnen, den 17ten November 1856.

N 351.
Die Einrichtung einer Post-Expedition II. Klasse im Kirchdorfe Dubeningken betr.

Der Ober-Post-Direktor Hoppe.

Personal - Chronik.

Nachstehend benannte Schülerinnen des hiesigen Königl. Hebammen-Lehr-Instituts:

- 1) Caroline Mathilde Nagner zu Angerburg, 2) Wilhelmine Doller zu Rosengarten Kreises Angerburg, 3) Charlotte Preuß zu Darkehmen, 4) Maria Dreyer zu Altkermuschienen, 5) Dorothea Neubereit zu Sodehnen, Kreises Darkehmen, 6) Pauline Klinger zu Barnen, Kreises Goldbapp, 7) Wilhelmine Ruth zu Garmohnen, 8) Elisabeth Schuleit zu Gumbinnen, Kreises Gumbinnen, 9) Bertha Kemling zu Bräusen, Kreises Heydekrug, 10) Sophia Louise Auguste Ehler zu Insperburg, Kreises Insperburg, 11) Maria Efinski zu Löben, Kreises Löben, 12) Amalie Zuschka zu Heimreichswalde, Kreises Niederung, 13) Dorothea Wilhelmine Kolbe zu Warningken, Kreises

Kreises Püllallen, 14) Maria Hofkreuter zu Komanten, Kreises Ragnit, 15) Henriette Ederka zu Alt-Ulta, Kreises Ernburg, 16) Wilhelmine Joseph zu Schillupönen, 17) Elisabeth Henriette Lamprecht zu Reuhoff-Diblacken, Kreises Stallupönen, und 18) Friederike Amalie Krause zu Lilsit,

haben nach gut bestandener Prüfung die Approbation als Hebammen erhalten.

Zusammenstellung der Personal-Veränderungen im Bezirke der Ober-Post-Direktion in Gumbinnen pro Oktober 1856.

Die Post-Expediture Peschel in Schirwindt und Gieslitz in Aroyden sind aus dem Postdienste ausgeschieden.

Die Verwaltung der Post-Expedition in Schirwindt ist dem zum Post-Expéditeur ernannten Post-Expeditions-Gehilfen Kopp, die Verwaltung der neu eingerichteten Post-Expedition in Szabienen dem zum Post-Expéditeur ernannten Rechnungsführer v. Etern, die Verwaltung der neu eingerichteten Post-Expedition in Preitschendorf dem zum Post-Expéditeur ernannten Wirthschafts-Inspcctor Kroska und die Verwaltung der neu eingerichteten Post-Expedition in Sodehnen dem zum Post-Expéditeur ernannten Post-Expeditions-Gehilfen Längen übertragen worden.

Hierzu der öffentliche Anzeiger Nr. 48.

Druck von H. Krause.

NUMMERN
3-12 * 4-5

Amtsblatt

Nr. 49.

Gumbinnen, den 3ten Dezember

1856.

Das 61ste Stück der Gesetz-Sammlung, welches den 24ten November 1856 in Berlin ausgegeben ist, enthält unter:

Nr. 352.
Inhalt der Gesetz-Sammlung.

- Nr. 4559 das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Oblikationen des Greifenberger Kreises im Betrage von 100,000 Rthlr., vom 23ten Oktober 1856; unter
- Nr. 4560 den Allerhöchsten Erlaß vom 23ten Oktober 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte zum Bau und zur Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussée von der neuen Mühle bei Worbis über Gernode bis zur Heiligenstadt-Mühlhauener Staatsstraße oberhalb Ammern; unter
- Nr. 4561 den Allerhöchsten Erlaß vom 23ten Oktober 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte zum Bau und zur Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussée von Eschbach nach Koeckath, im Kreise Mühlheim, Regierungsbezirk Köln, mit einer Zweigstraße von Koeckath nach Höheberg; unter
- Nr. 4562 das Statut für die Genossenschaft zur Reclamation der Ländereien am Goplo-See, im Bachorje-Bruche und im Montwei-Thale, vom 24ten Oktober 1856; unter
- Nr. 4563 den Allerhöchsten Erlaß vom 2ten November 1856, betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rheinprovinz vom 15ten Mai 1856 an die Gemeinde Münstereifel, Regierungsbezirk Köln, und unter
- Nr. 4564 den Allerhöchsten Erlaß vom 2ten November 1856, betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rheinprovinz vom 15ten Mai 1856 an die Gemeinde Ballendar, Regierungsbezirk Koblenz.

Bekanntmachung des Königl. Ober-Präsidiums.

Auf Ihren gemeinschaftlichen Bericht vom 8ten d. M. genehmige Ich bis auf Weiteres das Verbot der Einfuhr von rohen Rinderhäuten und allen übrigen Abfällen vom Kindvieh, insbesondere Haare u. von denjenigen Strecken der polnisch-preussischen und eventuell der russisch-preussischen Grenze, auf welchen sich dafür ein Bedürfniß herausstellt und beauftrage

Nr. 353.
Wegen des Allerhöchsten genehmigten Verbots der Einfuhr von rohen Rinderhäuten und allen übrigen Ab-

Amtsbl. Nr. 49. Erster Bogen.

Sie,

Stellen von Kind-
vieh auf der
Grenze der Pro-
vinz Preußen
gegen Rußland
und Polen.

Sie, den Finanzminister, mit Ausführung dieser Ordre. Sanssouci, den 17ten September 1836.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(ggg.) v. d. Heydt. v. Raumer. v. Bodelschwingh.

An den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, den Minister der geistlichen u. Angelegenheiten und den Finanz-Minister.

Auf Grund der vorstehenden Allerhöchsten Genehmigung und mit Bezug auf die von dem Herrn Finanz-Minister ertheilte Ermächtigung, bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß bis auf weitere Anordnung der zuständigen königlichen Ministerien auf der Grenze der Provinz Preußen gegen Rußland und Polen in ihrer ganzen Ausdehnung, die Einfuhr folgender Gegenstände verboten ist, als:

von rohen, d. h. grünen, gesalzenen und trocknen Kinderhäuten (im Sinne des Zoll-Tarifs) und allen übrigen Abfällen vom Kindvieh: (Haare nach dem Zoll-Tarif, Abtheilung II., pos. 11 d, Blut, Fleischen, Hörner, Hornspitzen, Hornspäne, Klauen und Knochen).

Die Uebertretung dieses Einfuhr-Verbots wird diejenigen Strafen zur Folge haben, welche in der Verordnung vom 27ten März 1836 (Ges.-S. 1836, S. 173 u. ff.) und in dem Zoll-Straf-Gesetz vom 23ten Januar 1838 (Ges.-S. 1838, S. 78 u. ff.) angeordnet worden sind.

Neben dem obigen Einfuhr-Verbote bleiben, selbstverständlich, die durch die Verordnung vom 27ten März 1836 vorgeschriebenen sonstigen Einfuhr-Beschränkungen in Kraft, in sofern sie von den königl. Regierungen zur Abwehr der Kinderpest angeordnet sind oder noch angeordnet werden. Königsberg, den 8ten November 1836.

Der Ober-Präsident der Provinz Preußen.

In Vertretung: v. Koge.

Bekanntmachungen der königl. Regierung zu Gumbinnen.

R e g l e m e n t

N 354. für die Instandhaltung und Reinigung der Gräben und Wassergänge in den Bezirken der Einkuhnen-Seedenburger, Ruß-Kudernerer und Rautenburger Deich-Sozietät.

Um die Vorfluth in den Gräben und Wassergängen der Einkuhnen-Seedenburger, Ruß-Kudernerer und Rautenburger Deich-Sozietät zu fördern, und polizeiliche Ordnung bei der Reinigung und Instandhaltung dieser Wasserleitung herbeizuführen und zu erhalten, wird

auf

auf Grund des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11ten März, 1850 Nachstehendes angeordnet.

§. 1. Die Feststellung der erforderlichen Breite der Gräben und Wassergänge ist Sache des Landraths und des zuständigen Wasserbau-Inспекtors. Jede Abänderung der bisherigen Breite, dieselbe bestehe in einer Vergrößerung oder Beschränkung, bedarf unserer Genehmigung.

§. 2. In allen Gräben und Wassergängen sind die beiderseitigen Ufer entsprechend abzuhöhen, in sofern sie nicht auf Grund besonderer Genehmigung durch Bohlwerke, Futtermauern u. gesichert werden. Außerdem müssen sie sich mindestens 2 Fuß über dem gewöhnlichen Wasserstand erheben, so daß, wo diese Höhe fehlt, ihnen dieselbe zu geben ist.

§. 3. Die für die Gräben nöthige Tiefe muß eben so wie die Breite (§. 1) durch den Landrath und dem zuständigen Wasserbau-Inспекtor festgestellt werden. Zu wesentlichen Abänderungen in der bisherigen Tiefe, ist unsere Genehmigung einzuholen.

§. 4. Nach Publikation dieses Reglements wird zunächst die Schau-Kommission (§. 13) die Beschichtigung der Gräben und Wassergänge vornehmen, und einen genauen Befund-Bericht über die Breite, die Tiefe und die Böschung der Ufer, so wie überhaupt den Zustand derselben aufstellen, und diesen Bericht der Oberschau-Kommission (§. 16) einreichen. Wir werden auf Grund dieses Befund-Berichts und des Gutachtens der Oberschau-Kommission Bestimmung treffen, welche Verbesserungen vorzunehmen sind. Bei allen diesen Arbeiten, so wie bei denen zur Befestigung und Regulirung der Ufer, haben die Schau-Kommissionen (§. 13) die Aufsicht zu führen und ist genau nach deren Anweisung zu verfahren.

§. 5. Hinsichts der Entschädigung für das zur anderweitigen Einrichtung der Gräben und Wassergänge herzugebende Land, wird auf die Strom-, Deich- und Uferordnung vom 14ten April 1806 verwiesen.

§. 6. In Betreff der Verpflichtung zur Räumung der Gräben und Wassergänge bleibt es bei der bisherigen Obervanz und bei den Bestimmungen der Strom-, Deich- und Uferordnung vom 14ten April 1806.

§. 7. Die Räumung geschieht der Regel nach in den Tagen vom 15ten Mai bis zum 1sten Juni und vom 15ten September bis zum 1sten Oktober. Dem Ermeßen der Oberschau-Kommission (§. 16) bleibt es überlassen, in besonderen Fällen diese Termine ausnahmsweise zu ändern oder auch außerordentliche Räumungen nach Bedürfnis anzuordnen. Einer diefalls ergehenden Aufforderung haben die Verpflichteten unbedingt Folge zu leisten. Die Aufforderungen zu den gewöhnlichen Räumungen erfolgen im Wege der hergebrachten Publikation durch das Kreisblatt mit Angabe der Frist, wegen der Anordnungen zu außer-

gewöhnlichen Räumungen, ebenfalls mit Angabe der Frist, nicht nur durch das Kreisblatt, sondern auch durch besondere Insinuation an die Verpflichteten (durch die Orts-Vorstände) bekannt gemacht werden müssen.

§. 8. Die bei der Räumung nach beiden Ufern möglichst gleichmäßig und mindestens 3 Fuß vom Uferrande auszuwerfenden Gegenstände (als Wassergräfer, Sand, Erde ic.) sind die Uferbesitzer verpflichtet, so weit sie nicht zur Befestigung der Ufer gebraucht werden, innerhalb 8 Tagen nach der Aufräumung vom Ufer zu entfernen, oder gleichmäßig mit wenigstens 2füßiger Böschung auf den Grabenseiten zu plantiren und steht ihnen dagegen die ausschließliche Benützung dieses Auswurfs zu.

§. 9. Damit sowohl den Polizeibehörden, als auch der Schau-Kommission und sonstigen mit der Beaufsichtigung der Gräben und Wassergänge beauftragten Personen die stete Revision möglich gemacht wird, soll auf beiden Ufern ein freier Gang, bei kleinen Gräben von 2 Fuß, bei größeren Wassergängen von 3 Fuß Breite von den Anschließenden beschafft und dessen Benützung der Aufsichtsbehörde jederzeit freigelassen werden.

§. 10. Die Instandhaltung und Befestigung der Ufer ist eine Verpflichtung der Uferbesitzer. Alles Wurzelwerk, welches in den Ufern nach dem Bette zu hervorrage, ist wegzuschaffen. Die Ufer dürfen ferner mit Holz bepflanzt werden, jedoch nur in einer Entfernung von 6 Fuß vom oberen Grabenrande.

Die Zweige dürfen aber niemals bis über die Wasserspiegel sich ausbreiten, auch müssen die bei Publikation dieses Reglements schon vorhandenen Bäume stets dergestalt gelichtet werden, daß sie dieser Bestimmung entsprechen. Alles auf den Ufern befindliche Strauchwerk ist in der Art zu beseitigen, daß es nach dem Gutachten der Schau-Kommission, die Befestigung und die Räumung in keiner Weise behindern oder den Wasserlauf stören.

§. 11. Es darf sich Niemand unterstehen einen vorhandenen Graben ganz zu verschütten, und selbst wenn dies in der Absicht geschehen ist, um die Anlage einer Brücke zu ersparen, muß doch der Graben sofort in den vorigen Stand gesetzt werden.

Alle vorhandenen, oder in Zukunft zu erbauenden Brücken sollen zur Vermeidung fernerer Verschleumung oder Versandung der Bette, der Gräben resp. Wassergänge ohne Einengungen an Ufern, die ganze durch die Schau-Kommission festgestellte Breite des Bettes überspannen, wobei die lichte Breite der Brückenöffnungen der festgestellten Breite des Bettes nach Abzug der Stärke der Mittelpfeiler resp. Joche, entsprechen muß.

Jeder Neu- oder Umbau einer Brücke bedarf daher der Genehmigung der Oberschau-Kommission (§. 16). Die hiernach etwa erforderlich werdende Umänderung der schon vorhandenen Brücken muß binnen Jahresfrist, nachdem die Genehmigung der Oberschau-Kommission

mission zu dem Neu- resp. Umbau gegeben worden, geschehen, wenn nicht aus besonderen Gründen von uns auf den Vorschlag der Oberschau-Kommission eine Ausnahme verflattet wird. Alle auf den Gräben und Wassergängen vorhandenen Stege müssen gleichfalls die von der Oberschau-Kommission festgestellten Brücken überspannen und wenigstens 2 Fuß über den mittleren Wasserstand erhaben angelegt werden. Die hiernach erforderlichen Umdänderungen sollen binnen 8 Monaten nach Publikation des Reglements bewirkt sein. Desgleichen sind binnen Jahresfrist alle Krüsten und Durchfahrten in den Gräben und Wassergängen entweder ganz aufzuheben oder durch anzulegende Brücken zu ersetzen, oder in den Böschungen und in der Sohle zu pflastern und die Enden des Pflasters an diesen Stellen durch Balken gehörig zu befestigen.

§. 12. Die Anlage von Fischbältern und Aufstauwehren, ebenso das Niederlegen von Fischkörben, Gläse, Latzen, Bauholz und andern die Vorfluth hemmenden Krägern, desgleichen das Einrammen von Pfählen in den Gräben resp. Wassergängen ist ganz untersagt. Nicht minder ist verboten, Thierhäute, Leinen, Garn und sonstige Gegenstände zum Einweichen in die Gräben und Wasserzüge zu hängen, so wie krepirtes Vieh oder lebende Thiere zum Ersäufen hineinzuworfen. Dagegen sind Einschnitte in die Ufer gestattet, um in denselben diejenigen Anlagen vorzubringen, welche in den Gräben und Wasserzügen selbst nicht gemacht werden dürfen. Dergleichen Einschnitte können aber nur nach vorheriger Genehmigung der Oberschau-Kommission, welche die Dimensionen und die Art der Uferbefestigung (durch Säune u.) festzusetzen hat, gemacht werden.

§. 13. Zur Ueberwachung des gegenwärtigen Reglements werden für jeden, der nach nachfolgender Nachweisung bestimmten Grabenschau-Begirke, besondere Schau-Kommissionen gebildet, welche aus drei Deputirten und einem Vorsitzenden und zwei Mitgliedern bestehen. Diese werden von den sämtlichen Ortsvorständen eines jeden Grabenschau-Begirkes gewählt und von dem Landrathe des Kreises Niederung befähigt.

§. 14. Die Berrihtungen der Schau-Kommissionen sind unentgeltlich und werden die Mitglieder derselben alle 3 Jahre neu gewählt. Die Abgehenden sind wieder wählbar, können jedoch die Uebernahme des Amtes für die nächstfolgenden 3 Jahre ablehnen. Damit nicht die ganzen Schau-Kommissionen jährlich dem Wechsel unterworfen sind, wird schon von der ersten Wahl ab, nach Ablauf eines Jahres und dann wiederum in jedem Jahre ein Mitglied der Kommissionen ausscheiden und durch ein Neues ersetzt werden.

§. 15. Alle Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Reglements, werden, in sofern nicht die Strom-, Deich- und Uferordnung vom 14ten April 1806, da, wo auf sie Bezug genommen worden, schon besondere Strafbestimmungen enthält (§. 90 XII. und XIII.), mit

mit einer Polizeistrafe bis zu dem Betrage von 10 Rthlr. belegt. Außerdem wird die Herstellung des, von der Grabenschau-Kommission festgesetzten Zustandes auf Kosten des Kontrahenten oder Rentiten bewirkt, nöthigenfalls zwangsweise durch den Landrath.

§. 16. Die bisherige Grabenschau-Kommission, der Landrath und der betreffende Wasserbau-Inspektor, sind mit der Grabenpolizei und der Ausführung dieses Reglements beauftragt, und führen die Oberraufsicht über die Schau-Kommissionen mit der Bezeichnung: „Oberschau-Kommission.“

§. 17. Die Abänderung dieses Reglements wird vorbehalten, wenn die zu erwartenden Statute für die Einkuhnen-Seckenburger, Ruß-Rudernesser und Kautenburger Niederung eine solche nothwendig machen. Gumbinnen, den 31sten Oktober 1856.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

E i n t h e i l u n g

der Einkuhnen-Seckenburger Niederung in Grabenschau-Bezirke.

I. Bezirk. 1. Grenzen: Der Remelbeich von Splitter bis zum Wege, der von Jägerisfken nach Einkuhnen führt, diesem entlang und bis Splitter.

2. Ortschaften des Isten Grabenschau-Bezirks: Splitter, Schilgallen, Dwisfaden, Kalleden, Schilgallen-Freydetrug, Kalleden, Alt- und Neu-Beynothen, Kaltwen, Palinkuhnen, Adlich Einkuhnen.

II. Bezirk. 1. Grenze: Der von Jägerisfken nach Einkuhnen, von da nach Dammkrug führende Damm, dem Neutkircher Weg entlang bis zum Grüneberger Wege, und diesem entlang bis zum Gritisfker Wege, diesem entlang bis zum Wege von Neutkirch nach Jägerisfken am linken Schalteit-User, diesem entlang bis zum Jägerisfker Kruge und von da bis an den von Jägerisfken nach Einkuhnen führenden Weg.

2. Ortschaften: Neu-Jägerisfken, Raudwarisfken, Potracken, Gritisfken, Uskurwe an der Kurwe, Griegulienen, Kölmisch Einkuhnen, Klubin, Annuth.

III. Bezirk. 1. Grenzen: Vom Jägerisfker Kruge, den Silge-Damm abwärts, bis an den von Jedwillen und Bogbahnen nach Neutkirch führenden Weg, diesem entlang, von da die Landstraße von Neutkirch nach Altsit bis zum Grüneberger Wege, von da auf Gritisfken bis zur Schalteit und nach dem Jägerisfker Kruge.

2. Ortschaften: Jägerisfker Krug, Alt-Jägerisfken, Campinisfken, Mochwetzen, Kölmisch und Hochzins Jedwillen, Neu- und Alt-Battisfken, Rokaiten, Medneiten, Anrokaiten, Joneisfken, Jedwillen an der Kurwe. Gritisfken zwischen Kurwe und Grüneberg, Bartisfken, Groß- und Klein-Britanien und Stodbingen.

IV. Bezirk.

IV. Bezirk. 1. Grenzen: Die Straße von Einkuhnen nach Neulirch bis zum Bartscheiter Krüge, von da der Weg bis an Skirß, dann der Sjalloge entlang bis zum Forstamt Schneiden, längs der Königl. Forst hinter Willehlen, Urbanspindt fort, längs dem Dittballer Torfmoor nach Einkuhnen.

2. Dörtschaften: Baltruschiten, Noragehlen, Urbanspindt, Willehlen, Heinrichswalde, Gassen, Clemenswalde, Claar, Claarhoff, Schnecken, Nassenthäl, Brunischten, Benzischten, Görtschichten, Lembruch, Barachelen, Gumbelischten, Sjalloje, Einkuhnsche Wiesen, Warnie, An-Skirß, Forstamt Schneiden.

V. Bezirk. 1. Grenzen: Der Damm von der Neulircher - Abfahrt bei Jedwilliten bis zur Lausberger Abfahrt bei Endreischten, dann in der Straße über Lausberg bis zur Bargebrücke und nach Gilsendorf, Ladendorf längs der Skalteid nach Neulirch und bis zum Damm bei Jedwilliten.

2. Dörtschaften: Bogbahnen, Neu-Sköpen, Krug Sköpen, Neuendorf, Bartsillen, Endreischten, Reatischten, Lausberg, Hohmwieße, Pawargen, Pfeiffenkrug, Wolfsberg, Kreywehlen, Budehischten, Eilseningken, Ziegelberg, An-Ziegelberg, Gilsendorf, Schönrohr, Ladendorf, Reitwarren.

VI. Bezirk. 1. Grenzen: Schalteid von der Joneitschler-Brücke bei Bartscheiten im Wege von Neulirch nach Heinrichswalde bis unter dem Krüge zu Wolfsdorff, von da nach dem Ugleid-Krüge, Schillewethen, von da in der Louisstraße nach Heinrichswalde bis Schnecken, von da längs der Sjalloje hinaus bis zum Bartscheiter-Krüge und Joneitschler-Brücke.

2. Dörtschaften: Bartscheiten unterhalb des Weges, Effen, Anbartscheiten, Post-Skirß, Adl. Skirß, Kömisch Skirß, Neusorge, Sergehen, Groß-Marienwalde, Groß-Friedrichsdorff, Klein-Skirß, Gronwalde, Pascheruten, Lentenbude, Wolfsdorff und Krug, Emsberg, Stobingen, Dsche und Chatoull, Plein, Utschleif, Krebschen, Schillewethen, Krug Ugleid.

VII. Bezirk. 1. Grenzen: Der Damm von Endreischten an der Lausberger Abfahrt bis Lappienen, von da dem Plauschinn-Graben entlang bis zur Schalteid, dieser hinaus bis Wolfsdorff, Ladendorf, Gilsendorf, den Lausberger Weg bis zum Damme bis Endreischten.

2. Dörtschaften: Andreischten, Ulpsch, Norwischiten, Lappienen, Klein-Lappienen, Johannis-Eßer, Schachwiese, Pakuß, Warße, Warßlauken, Neustroß, Doblinen, Hindendorf, Aschenberg, Johannsdorff, Langenberg, Tranatenberg; An-Tranatenberg, Mägdeberg, Polenzberg, Wolfsberg, Pawargen-Wiesen.

VIII. Bezirk. 1. Grenzen: Von Lappienen den Damm entlang bis Sedenburg,
von

von da an der Greitushle entlang bis Petriden und Schleuse, dann Remonien bis Schneiden, hierauf bis zum Ufsteider-Krug, von da nach dem Plauschinn, Mündung in der Schalteid, der Plauschinn hinauf bis Lappienen.

2. Ditschaften: Ibenberg, Schaak-Lawell, Groß-Kryßhagen, Pakieser, Sedenburg, Elbings-Kolonie, Pohlenshoff, Einkelsmittel, Jobgallen, Alt-Sedenburg, Petriden, Schalteid, Labigraschen, Lumnischen.

N 355.
Das gewerb-
steuerfreie Zul-
fassen von
Waarenbesitzun-
gen und den
Waarenverkauf
betreffend.

S. Y.
4899. D.H.

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 26sten April 1855 (Amtsbl. pro 1855, Nr. 20, Seite 108) wird folgendes zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

Im Großherzogthum Luxemburg werden die Legitimationen behufs Erlangung steuerfreier Gewerbescheine in anderen Vereinsländern nach dem Muster A. und B. gegenwärtig von dem Großherzoglich Luxemburgischen General-Berwalter der Finanzen ausgestellt; Handelsreisende aus anderen Vereinsländern, welche im Großherzogthum Luxemburg Waaren aufkaufen oder Bestellungen suchen wollen, bedürfen dazu auch jetzt keiner besonderen Erlaubniß.

Im Fürstenthume Lippe erfolgt die Ausstellung dieser Legitimations-Zeugnisse sowohl als die der steuerfreien Gewerbescheine für Handelsreisende aus anderen Vereinsländern, durch die Magisträte in den Städten Detmold, Lemgo, Blomberg, Horn, Saljusfen, Barntrup und Lage, durch die Justiz- und Verwaltungsbämter Detmold, Lage, Dertinghausen, Schödmär, Barenholz, Hohenhausen, Brake, Sternberg, Blomberg, Schieder, Schwalenberg, Horn und Lipperode.

In den Fürstenthümern Waldeck und Pyrmont werden die gedachten Legitimationen, so wie die steuerfreien Gewerbescheine nach dem Muster C. durch die Kreisräthe zu Mengeringhausen, Korbach, Wüdungen und Pyrmont erteilt.

Im Herzogthum Anhalt-Deßau-Köthen geschieht die Ertheilung der Gewerbe-Legitimationen durch die Kreissteuer-Ämter zu Deßau, Köthen und Bernß und durch die Unter-Steuer-Ämter, die Aufstellung der steuerfreien Gewerbescheine durch die ersggedachten Kreis-Steuerämter.

Im Herzogthum Anhalt-Bernburg werden die Gewerbe-Legitimations-Zeugnisse und die steuerfreien Gewerbescheine von der Herzoglichen Regierung, Abtheilung des Innern ausgestellt. Cumbinnen, den 12ten November 1856.

K ö n i g l. R e g i e r u n g ,

Abtheilung für die Verwaltung der direkten Steuern, Domänen und Forsten.

N 356.
Prämie für
Entbe eines
Baumfrevels.
I. d. S.
6644. D.H.

Dem Gendarm Kreuzhager in Barnen, Kreises Ragnit, ist für die Entdeckung eines gericht-
lich bestraften Baumfrevels eine Prämie bewilligt worden. Cumbinnen, den 16ten Novem-
ber 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem

Dem Jäger Reipka in Borken, Kr. Johannisburg, ist für die Entdeckung eines gerichtlich bekräftigten Baumfrevels eine Prämie bewilligt worden.

Gumbinnen, den 16ten November 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

In dem Regierungsbezirke Gumbinnen sind im Jahre 1856 aus dem Königl. lithuanischen Landbesitz 244 Landbesitzer stationirt gewesen, welche 12161 Stuten gedeckt haben.

Von den im Jahre 1855 gedeckten Stuten sind:

| güß
gebüben | tragend
geworden | haben
ver-
foßt | sind
ver-
kauft | sind
nach-
gefor-
den | nicht
nach-
gewie-
sen | haben lebende Fohlen geboren: | | |
|----------------|---------------------|-----------------------|-----------------------|--------------------------------|---------------------------------|-------------------------------|--------|----------|
| | | | | | | Hengste | Stuten | in Summa |
| 4539 | 8946 | 779 | 318 | 301 | 425 | 3587 | 3539 | 7126 |

Es treffen im Durchschnitt auf einen Landbesitzer:

- a) gedeckte Stuten 49,
- b) tragend gewordene Stuten 33,
- c) lebend geborne Fohlen 26.

Gumbinnen, den 21ten November 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem G. Hambruch zu Elbing ist unter dem 23ten November 1856 ein Patent:

auf einen Regulator für Dampfmaschinen in Schraubenschiffen, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Das dem Bergbeamten Georg August Eoh zu Immendorf, bei Ehrenbreitstein, unter dem 8ten Oktober 1855 ertheilte Patent:

auf eine als neu und eigenthümlich erkannte, zum Austragen des abgepochten Erzes dienende Erzpochsole,

ist aufgehoben.

Bekanntmachung des Königl. Provinzial - Steuer - Direktors.

Nach der unter den Zollvereinsstaaten getroffenen Vereinbarung hört die Einstellung der Erhebung des Eingangszolles von Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl daraus und anderen Mäh-

Amtsblatt Nr. 40. Halber Wogen.

2

lenfabrikaten

Nr. 357.
Prämie für Ent-
deckung eines
Baumfrevels.
K. v. J.
6636. Dörb.

Nr. 358.
Die im Jahre
1856 von Land-
besitzern ge-
deckte Stuten
betreffend.
K. v. J. L.
7408. Roub.

Nr. 359.
Patentstellung
ung.

Nr. 360.
Patentaufheb-
ung.

Nr. 361.
Die Umstellung
der Erhebung
des Eingangz-
olles von Ge-
treide, Hülsen-
früchten u. dergl.

lenfabrikaten mit Ablauf dieses Jahres auf und es kommen vom 1ten Januar 1857 an die durch die Verordnung vom 27ten Oktober d. J. (Gesetzsamml. für 1856, Nr. 57) bestimmten ermäßigten Zollsätze zur Erhebung.

Königsberg, den 24ten November 1856.

Der Provinzial-Steuer-Direktor v. Maassen.

Bekanntmachung der Königl. Ober-Post-Direktion zu Gumbinnen.

Nr. 362. In dem an der Poststraße zwischen Elst und Laugbargen belegenen, 1 1/4 Meilen von Elst und 2 Meilen von Laugbargen entfernten Dorfe Dickupönen ist seit dem 1ten d. M. eine Post-Expedition zweiter Klasse, ohne Station, eingerichtet worden,
Gumbinnen, den 21ten November 1856.

Der Ober-Post-Direktor Hoppe.

Bekanntmachung der Königl. Direktion der Rentenbriefe für die Provinz Preußen.

Nr. 363. In der nach den Bestimmungen der §§ 39, 41 und 47 des Gesetzes vom 2ten März 1850 und nach unserer Bekanntmachung vom 4ten d. M. heute stattgefundenen öffentlichen Verloosung von Rentenbriefen, sind folgende Apoinis gezogen worden:

- Litr. A. zu 1000 Rthlr. Nr. 414. 557. 1170. 1476. 1539. 1569. 1726. 1858.
2009. 2210. 2213. 2873.
- B. zu 500 Rthlr. Nr. 249. 571. 1004. 1035.
- Litr. C. zu 100 Rthlr. Nr. 65. 69. 270. 491. 500. 703. 1257. 1231. 1531.
1831. 1940. 2249. 3262. 3479. 3713. 3976.
- D. zu 25 Rthlr. Nr. 45. 252. 270. 370. 381. 633. 641. 715. 752. 1178.
1261. 1592. 1692. 1790. 1964. 2512.
- E. zu 10 Rthlr. Nr. 31. 54. 149. 369. 444. 618. 844. 919. 1254. 1474.
1685. 1749. 1827. 1860. 1903. 2066. 2078. 2187.
2470. 2651. 2904. 3025. 3487.

Die Inhaber werden aufgefordert, gegen Quittung und Einlieferung dieser Rentenbriefe nebst den dazu gehörigen Coupons Serie I. Nr. 11 bis inkl. 16 den Nennwerth der ersteren von unserer Kasse hierseibst, Poststraße Nr. 15, vom ersten April künftigen Jahres ab, in den Wochentagen von 9 bis 12 Uhr Vormittags in Empfang zu nehmen.

Die

Die Formulare zu den Quittungen werden von unserer Kasse gratis verabreicht.

Von dem vorgedachten Tage ab hört die Verzinsung der ausgelooften Rentenbriefe auf.

Der Werth der etwa nicht mit eingelieferten Coupons wird bei der Auszahlung vom Kapitale in Abzug gebracht.

Die Verjährung dieser ausgelooften Rentenbriefe erfolgt nach den Bestimmungen des §. 44 l. c. binnen 10 Jahren.

Königsberg, den 17ten November 1856.

Königl. Direction der Rentenbank für die Provinz Preußen.
gez. Mällner.

Personal - Chronik.

Des Königs Majestät haben Allergnädigst geruht, dem Kreisassessor-Kendanten Max zu Staalspönen den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen.

Der Kandidat des höhern Schulamts Dr. Carl Johann Louis Bogon ist mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten als wissenschaftlicher Hilfslehrer an dem Königl. Gymnasium zu Lyck definitiv angestellt.

Der Kommissionsair August Käsbaum in Gumbinnen ist als Agent der Leipziger Brand-Versicherungs-Bank für Deutschland bestätigt worden.

Der Kaufmann Julius Kammer in Insterburg ist als Agent der Leipziger Brand-Versicherungs-Bank für Deutschland bestätigt worden.

Dem forstversorgungsberechtigten Jäger Friedrich Adolph Epha ist die Försterstelle zu Strubno, Oberspitzerei Kurwien, nach Ablauf der Probefrist definitiv verliehen worden.

Amtsblatt

Nr. 50.

Gumbinnen, den 10ten Dezember

1856.

Das 62te Stück der Gesefsammlung, welches den 5ten Dezember d. J. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

Nr. 364.
Inhalt der Gesefsammlung.

- Nr. 4565 den Allerhöchsten Erlaß vom 13ten Oktober 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung nachstehender Kreis-Chauffeen im Kreise Berent: 1) von Neukrug im Anschluß an die Staats-Chauffee von Berent nach Danzig über Liptschin, Plachte, Mownitz, Gladau, Dedda und Wenzlau nach Schneid 2) von Schneid in der Richtung nach Dirschau über Neuguth und Demlin 3) zur Kreisgrenze bei Gardschau; 3) von Berent in der Richtung nach Conitz über Lubjahren, Ralsch, Dymianen und Kaduhn, bis zur Kreisgrenze bei Samt; unter
- Nr. 4566 den Allerhöchsten Erlaß vom 27ten Oktober 1856, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chauffee von Hornburg über Osterode und Weltheim bis zur Herzögl. braunschweigischen Landesgrenze in der Richtung auf Hessen und jenseits derselben über Rohrsheim und Sebeleben; unter
- Nr. 4567 die Bestätigungs-Urkunde, betreffend die Statuten der unter dem Namen „Aktien-Bau-Gesellschaft Alexandra-Stiftung“ mit dem Domizil zu Berlin errichteten Aktien-Gesellschaft, vom 31sten Oktober 1856; und unter
- Nr. 4568 die Bekanntmachung über die unterm 10ten November 1856 erfolgte Allerhöchste Bestätigung des Statuts des Aktienvereins für die Delz-Ramslau-Kreuzburger Chauffee, vom 23sten November 1856.

Allerhöchste Verordnung.

E a r i f,

nach welchem das Brückengeld für den Uebergang über den Fischfluß in Sohannisburg zu erheben ist.

Es wird entrichtet:

- 1) für ein Pferd 6 Pfennige,

Amstbl. Nr. 50.

Nr. 365.
Das für den Uebergang über.

- 2) für

den Pfisch in
Johannisburg
zu erhebende
Brückengeld
betreffend.

- 2) für ein Stück Hornvieh 8 Pfennige,
- 3) für ein Stück Kleinvieh 3 Pfennige.

B e f r e i u n g e n .

Brückengeld wird nicht erhoben:

- 1) Von Pferden und Maulthierern, welche den Hofhaltungen des königlichen Hauses oder den königlichen Geschüten angehören.
- 2) Von Armees-Fuhrwerken und von Fuhrwerken und Thieren, welche Militär auf dem Marsche bei sich führt, von Pferden, welche von Offizieren oder in deren Kategorie stehenden Militär-Beamten im Dienste und in Dienst-Uniform geritten werden, imgleichen von den unangespannten etatsmäßigen Dienstpferden der Offiziere, wenn dieselben zu dienstlichen Zwecken die Offiziere begleiten oder besonders geführt werden, jedoch im letzteren Falle nur, sofern die Führer sich durch die von der Regierung aufgestellte Marschrouten oder durch die von der obern Militärbehörde ertheilte Ordre ausweisen.
- 3) Von Fuhrwerken und Thieren, deren sich mit Freikarten versehene öffentliche Beamte auf Dienstreisen innerhalb ihrer Geschäftsbezirke bedienen.
- 4) Von ordinalen Posten, einschließlic der Schnell-, Kuriol- und Reitposten, nebst Bewagen, imgleichen von öffentlichen Courieren und Eskafetten und von allen von Postbeförderungen leer zurückkehrenden Wagen und Pferden.
- 5) Von Fuhrwerken und Thieren, mittels derer Transporte für unmittelbare Rechnung des Staats geschehen, auf Vorzeigung von Freipässen, von Vorspannfuhren auf der Hin- und Rückreise, wenn sie sich als solche durch die Bescheinigungen der Orts-Behörden; imgleichen von Lieferungsführern, ebenfalls auf der Hin- und Rückreise, wenn sie sich als solche durch den Fuhrbefehl ausweisen.
- 6) Von Feuerlösungs-, Kreis- und Gemeinde-Hülffsfuhren, von Armen- und Arrestanten-Fuhren.
- 7) Von Fuhrwerken, die Chaussee-Bau-Materialien anfahren, sofern nicht durch die Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und der Finanzen Ausnahmen angeordnet werden.
- 8) Von Fuhrwerken, welche den Einwohnern des ehemaligen Domainen-Amtes Johannisburg gehören, in sofern darin der Eigenthümer, dessen Angehörige oder ihm eigenthümlich zugehörende Gegenstände die Brücke passiren.
- 9) Von den Bewohnern der Dörfer Rostken und Bieligen des Kirchspiels Johannisburg, wenn sie zu kirchlichen Zwecken, nämlich zum Besuche der Kirche, zu Hochzeiten, Kindtaufen

Kindtaufen u. die Brücke passieren, auf der Hin- und Rückreise. In allen andern Fällen müssen sie Brückengeld entrichten, auch selbst dann, wenn sie mit Kalende oder andern für die Geistlichkeit bestimmten Gegenständen die Brücke passieren.

- 10) Von ein- wie ausgehendem Fuhrwerke, welches die Brücke an demselben Tage auf dem Hin- und Rückwege passiert, wird das Brückengeld nur einmal entrichtet.

Z u s ä t z l i c h e B e s t i m m u n g e n .

- 1) Jeder Führer von Fuhrwerk und Vieh muß bei der Hebestelle anhalten, auch wenn er nicht verpflichtet ist, Brückengeld zu bezahlen. Nur hinsichtlich der Postkellere, welche Postfuhrwerke oder Postpferde führen, findet, wenn sie zuvor ins Horn gestoßen, eine Ausnahme statt.
 - 2) Ueber das bezahlte Brückengeld ist jeder Passant berechtigt, eine Quittung zu fordern.
- Gegeben Sanssouci, den 18ten August 1836.

(L. S.)

gez. Friedrich Wilhelm.

Für den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten:

gez. v. Bodelschwingh. v. Pommer-Esche.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

R e g u l a t i v

zur Ausführung des Gesetzes vom 7ten Mai 1836, den Betrieb der Dampf-Kessel betreffend.

Auf Grund der Vorschrift im §. 4 des Gesetzes vom 7ten Mai d. J. (Gesetzsammlung Seite 295), den Betrieb der Dampfessel betreffend, wird zur Ausführung der in diesem Gesetze getroffenen Bestimmungen das nachstehende Regulativ erlassen:

I. O r d e n t l i c h e U n t e r s u c h u n g e n .

§. 1. Jeder im Betrieb befindliche Dampfessel wird von Zeit zu Zeit einer technischen Untersuchung unterworfen.

§. 2. Diese Untersuchung hat zum Zweck, den Zustand der zur Sicherheit des Betriebes erforderlichen Vorrichtungen und deren Uebereinstimmung mit den in der polizeilichen Genehmigung für die Kessel-Anlage deshalb getroffenen Bestimmungen festzustellen.

§. 3. Die Untersuchung ist daher zu richten:

- auf die Vorrichtungen zum regelmäßigen Spreizen des Kessels;
- auf die Ausführung und den Zustand der Mittel, den Normal-Wasserstand in dem Kessel zu allen Zeiten mit Sicherheit beurtheilen zu können;

—)(

auf

N 366.

Regulativ zur
Ausführung des
Gesetzes vom 7ten
Mai 1836, den
Betrieb der
Dampfessel betr.
I. d. J.
2170. Aug.

auf die Vorrichtungen, welche gestatten, den etwaigen Niederschlag an den Kesselwandungen zu entdecken und den Kessel reinigen zu können;
 auf die Vorrichtungen zum Erkennen der Spannung der Dämpfe im Innern des Kessels;
 auf die Ausführung und den Zustand der Mittel, den Dämpfen einen freien Abzug zu gestatten, wenn die Normal-Spannung erreicht, resp. überschritten wird;
 auf die Ausführung und den Zustand der Feuerungs-Anlage selbst, die Mittel zur Regelung und Absperrung des Zutritts der atmosphärischen Luft und zur thunlichst schnellen Beseitigung des Feuers.

Die Prüfung der Stärke und Widerstandsfähigkeit der Kesselwände ist nicht Gegenstand der Untersuchung.

§. 4. Eine Unterbrechung des Betriebes darf zum Zweck der technischen Untersuchung nicht verlangt werden.

§. 5. Der mit der Untersuchung beauftragte Sachverständige hat sich davon zu überzeugen, ob der Kesselwärter die zur Sicherheit des Betriebes erforderlichen Vorrichtungen kennt und anzuwenden versteht.

§. 6. Der Sachverständige nimmt über die Ergebnisse der Untersuchung eine Verhandlung auf, welche von dem Kesselbesitzer oder dessen Stellvertreter — bei Dampfschiff-Kesseln dem Schiffsführer — und dem Kesselwärter zu unterzeichnen ist. Verweigern diese oder einer von ihnen die Unterschrift, so wird dies unter Angabe der Verweigerungsgründe in der Verhandlung bemerkt. Abschrift der letzteren wird dem Kesselbesitzer auf Verlangen kostenfrei ausgehändigt.

Außerdem wird der Befund der Untersuchung in ein von dem Kesselbesitzer für jeden Kessel zu haltendes Revisionsbuch eingetragen. Diesem Buche ist das nach der Aufstellung des Kessels ertheilte amtliche Abnahme-Attest anzuhängen.

§. 7. Der Sachverständige übersendet die über die Untersuchung ausgesommene Verhandlung der Polizei-Obrigkeit des Ortes, an welchem sich der Dampfkessel befindet, oder, sofern der Kesselbesitzer selbst die Polizei-Obrigkeit ist, oder die Ortspolizei zu verwalten hat, dem Landrath.

§. 8. Bis auf weitere Bestimmung findet die Untersuchung von Kesseln, deren Dämpfe mechanisch wirken, alljährlich, von anderen Kesseln alle zwei Jahre statt.

Die Untersuchung von Dampfschiffkesseln wird vor dem Beginne der Fahrten jedes neuen Jahres vorgenommen. Zu diesem Zwecke hat der Führer des Dampfschiffs dem Sachverständigen desjenigen Bezirks, in welchem sich das Schiff befindet, mindestens acht Tage vor dem Beginne der Fahrten die Anzeige zu machen, daß das Schiff zur Untersuchung bereit-

bereitgestellt sei. Hat die Untersuchung einen Mangel nicht ergeben, so ertheilt der Sachverständige dem Schiffsführer hierüber ein Zeugniß, welches bis zur nächsten Untersuchung in der Hauptkajüte des Schiffs auszuhängen ist.

§. 9. Der Sachverständige überreicht der Regierung am Jahreschluß eine Nachweisung der von ihm im Laufe des Jahres untersuchten Dampfkessel, welche den Namen des Orts, an welchem sich der Kessel befindet, und des Kesselbesizers, die Bestimmung des Kessels, den Tag der Revision, und in kurzen Worten den Befund derselben ersehen läßt.

II. Außerordentliche Untersuchungen.

§. 10. Hat die ordentliche Untersuchung eines Dampfkessels ergeben, daß eine oder mehrere der im § 3 bezeichneten Vorrichtungen sich in einem Zustande befinden, welcher eine Gefahr zur Folge haben kann, und hat diesem Zustande nicht etwa sofort abgeholfen werden können, so nimmt der Sachverständige, nach Ablauf der zur Herstellung des vorschriftsmäßigen Zustandes für erforderlich zu achtenden Frist, eine außerordentliche Untersuchung vor.

§. 11. Der Sachverständige hat eine außerordentliche Untersuchung auch dann anzustellen, wenn er von der Polizei-Obrigkeit des Orts, an welchem sich der Dampfkessel befindet, beziehungsweise dem Landrath dazu aufgefordert wird.

§. 12. Die in den §§. 2 bis 7 für die ordentlichen Untersuchungen ertheilten Vorschriften finden auch bei den außerordentlichen Untersuchungen Anwendung.

III. R o s t e n.

§. 13. Der Kesselbesizer hat für jede ordentliche Untersuchung, sie mag am Wohnorte des Sachverständigen oder außerhalb dieses Wohnorts vorgenommen werden, bis auf weitere Bestimmung eine Gebühr von drei Thalern zu entrichten.

§. 14. Der Kesselbesizer hat für jede außerordentliche Untersuchung die nämliche Gebühr und, wenn die Untersuchung außerhalb des Wohnorts des Sachverständigen stattfindet, die dem letztern reglementsmäßig zukommenden Reisekosten zu entrichten.

Ist jedoch die außerordentliche Untersuchung auf Grund der Bestimmung im §. 11 vorgenommen, und hat sich bei derselben ein Mangel nicht ergeben, so ist der Kesselbesizer zur Zahlung der Gebühr und der Reisekosten nicht verpflichtet.

§. 15. Der Kesselbesizer hat für jede auf Grund der Bestimmungen unter Nr. 4 des Allerhöchsten Erlasses vom 1sten Januar 1831 (Gesetzsammlung Seite 243), des Allerhöchsten Erlasses vom 27sten September 1837 (Gesetzsammlung Seite 146) und im §. 15 des Regulativs vom 6ten September 1848 (Gesetzsammlung Seite 321) stattfindende erste Untersuchung eines Dampfkessels eine Gebühr von drei Thalern und, wenn die Untersuchung außerhalb des Wohnorts des Sachverständigen stattfindet, die dem letztern reglementsmäßig zukommenden Reisekosten zu entrichten.

§. 16.

§. 16. Ist der Sachverständige kein angestellter Beamter, so bestimmt die Regierung, welcher Klasse von Beamten er bei Bemessung der Reisekosten beizuzählen ist.

§. 17. Der Sachverständige liquidirt die Gebühren und die Reisekosten bei der Polizei-Obrigkeit des Orts, in welchem die Untersuchung vorgenommen ist, oder, wenn der Kessel-Besitzer selbst die Polizei-Obrigkeit ist oder die Orts-Polizei zu verwalten hat, bei dem Landrath. Die Polizei-Obrigkeit, beziehungsweise der Landrath, setzt die Liquidation fest und zieht, sofern nicht der im §. 14 vorgesehene Fall vorhanden ist, den Betrag vom Kessel-Besitzer ein.

IV. Allgemeine Bestimmungen.

§. 18. Namen und Wohnort der mit der Untersuchung der Dampfkessel beauftragten Sachverständigen werden, unter Bezeichnung des Bezirks, auf welchen sich ihr Auftrag erstreckt, durch das Amtsblatt bekannt gemacht.

§. 19. Die vorstehenden Bestimmungen (§§ 1 bis 18) finden auf die Untersuchungen der Dampfkessel von Bergwerken, Hütten und Salinen, über welche die Bergbehörden die polizeiliche Aufsicht führen, mit der Maßgabe Anwendung, daß in Betreff der in den §§ 7, 9, 11 und 17 getroffenen Vorschriften das Bergamt an die Stelle der Polizei-Behörde, beziehungsweise der Regierung tritt.

V. Ausnahmen.

§. 20. Auf die Untersuchung von Dampfkesseln an Lokomotiven und in Rhein- und Mosel-Dampfschiffen findet dieses Regulativ keine Anwendung.

Berlin, den 23ten August 1856.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten:
von der Heydt.

Vorstehendes Regulativ wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Kreis-Baubeamte in seinem Baukreise bis auf Weiteres die Revision der Dampfkessel vornehmen wird.

Gumbinnen, den 28ten November 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 367.
Prämie für Ent-
deckung eines
Baumfrevlers.
A. d. S.
6612. Kob.
Nr. 368.
Patentaufheb-
ung.

Dem Gendarm Reinhold in Rosengarten ist für die Entdeckung eines gerichtlich bestraften Baumfrevlers eine Prämie bewilligt worden.

Gumbinnen, den 30ten November 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Daß der Wittwe Pappenheim hieselbst unterm 4ten März 1854 ertheilte Patent:
auf eine Nähmaschine.
ist aufgehoben.

Daß

Das den Maschinenfabrikanten Neumann und Esser zu Aachen unter dem 24sten September v. J. ertheilte Patent:

Nr. 369.
Patentausfö-
rung.

auf einen Rundwebstuhl,
ist erloschen.

Bekanntmachung des Königl. Rentenbank-Direktion.

In der nach den Bestimmungen der §§. 39, 41 und 47 des Gesetzes vom 2ten März 1850 und nach unserer Bekanntmachung vom 4ten d. M. heute stattgefundenen öffentlichen Verlosung von Rentenbriefen, sind folgende Xpoints gezogen worden:

Nr. 370.
Die bei der jetzt
stattgefundenen
Verlosung von
Rentenbriefen
gezogenen
Xpoints betr.

Litt. A. zu 1000 Rthlr. Nr. 414. 557. 1170. 1476. 1539. 1569. 1726. 1858.
2009. 2210. 2213. 2873.

• B. zu 500 Rthlr. Nr. 249. 571. 1004. 1035.

Litt. C. zu 100 Rthlr. Nr. 65. 69. 270. 491. 500. 703. 1257. 1231. 1531.
1831. 1940. 2249. 3262. 3479. 3713. 3976.

• D. zu 25 Rthlr. Nr. 45. 252. 270. 370. 381. 633. 641. 715. 752. 1178.
1261. 1592. 1692. 1790. 1964. 2512.

• E. zu 10 Rthlr. Nr. 31. 54. 149. 369. 444. 618. 844. 919. 1254. 1474.
1685. 1749. 1827. 1860. 1903. 2066. 2078. 2187.
2470. 2651. 2904. 3025. 3487.

Die Inhaber werden aufgefordert, gegen Quittung und Einlieferung dieser Rentenbriefe nebst den dazu gehörigen Coupons Serie I. Nr. 11 bis inkl. 16 den Nennwerth der ersten von unserer Kasse hieselbst, Poststraße Nr. 15,

vom ersten April künftigen Jahres ab, in den Wochentagen von 9 bis 12 Uhr Vormittags in Empfang zu nehmen.

Die Formulare zu den Quittungen werden von unserer Kasse gratis verabreicht.

Von dem vorgedachten Tage ab hört die Verzinsung der ausgelosten Rentenbriefe auf.

Der Werth der etwa nicht mit eingeleisteten Coupons wird bei der Auszahlung vom Kapitale in Abzug gebracht.

Die Verjährung dieser ausgelosten Rentenbriefe erfolgt nach den Bestimmungen des §. 44 l. o. binnen 10 Jahren.

Königsberg, den 17. u. November 1856.

Königl. Direktion der Rentenbank für die Provinz Preußen.
gez. Müllner.

Bekannt-

Bekanntmachungen der Königl. Ober-Post-Direktion.

N 371.
Gauß-Veränderung der Personenpost zwischen Schirwindt und Stallupönen betreffend.

Vom 16ten Dezember d. J. ab wird der zwischen Schirwindt und Stallupönen courfrenden wöchentlich viermaligen Personenpost ein täglicher Gang gegeben. Die Abfertigung derselben erfolgt:

aus Schirwindt täglich 9 Uhr Vormittags und

aus Stallupönen täglich 1 Uhr Nachmittags.

Gumbinnen, den 5ten Dezember 1856.

Der Ober-Post-Direktor Hoppe.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Dem Oberlehrer an dem Königl. Friedrichs-Gymnasium zu Gumbinnen Dr. Johann Friedrich Julius Arnoldt ist das Prädikat eines Professors verliehen worden.

Der bisherige Revier-Berwalter, Feldjäger-Lieutenant Deufentin, ist zum Oberförster ernannt und ihm die Oberförsterstelle zu Kurwien definitiv übertragen worden.

Der Kaufmann Bernhard Blernbrodt zu Schirwindt ist zum dortigen unbefoldeten Rathmann auf sechs Jahre gewählt und beschäftigt worden.

Der Buchnermeister und Fuhrhalter Ernst Braach zu Schirwindt, ist zum dortigen unbefoldeten Rathmann auf sechs Jahre gewählt und beschäftigt worden.

Der Kreisassenbiener Kühle ist vom 1sten Dezember d. J. ab von der Kreiskasse zu Marggrabowa an die Kreiskasse zu Lyck versetzt.

Personal-Veränderungen im Departement des Appellationsgerichts zu Insterburg im Monat November 1856.

A. Bei dem Appellationsgericht:

die Auskultatoren Ebbei und Vogt sind zu Referendarien ernannt.

B. Bei den Kreisgerichten:

die Boten Gallens zu Kautehmen und Kögler zu Sensburg sind pensionirt.

Amtsblatt

Nr 51.

Sumbinnen, den 17ten Dezember

1856.

Bekanntmachung der höheren Behörde.

Unter Bezugnahme auf den Artikel 18 des zwischen Preußen, Hannover und Kurhessen für sich und in Betretung der übrigen Staaten des Zollvereins einerseits und der freien Hansestadt Bremen andererseits abgeschlossenen Vertrages vom 26ten Januar d. J., wegen Beförderung der gegenseitigen Verkehrs-Verhältnisse (Gesetzsammlung für 1856, Nr. 42), wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß der Anfang der Wirksamkeit des Vertrages und der demselben beigefügten Übereinkünfte auf dem 1sten Januar 1857 festgesetzt ist.

Die Eröffnung der im Art. 7 des Vertrages erwähnten Zollvereins-Niederlage zu Bremen bleibt für jetzt ausgesetzt und wird über den Zeitpunkt ihrer Eröffnung eine weitere Bekanntmachung erfolgen.

Zugleich wird unter Bezugnahme auf den Artikel 1 des Vertrages zwischen Preußen, Hannover, Kurhessen und der freien Hansestadt Bremen, wegen Suspension, der Befreiung, vom 26ten Januar d. J. (Gesetzsammlung für 1856, Seite 691) hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß der zuletzt gedachte Vertrag gleichfalls mit dem 1sten Januar 1857 in Wirksamkeit tritt. Berlin, den 30ten November 1856.

Der Finanz-Minister: gez. v. Bodelschwingh.

Bekanntmachung des Königl. Konsistoriums.

Diejenigen Kandidaten der Theologie, welche im nächsten Termine das Examen pro ministerio zu bestehen gedenken, haben sich dazu mit Einreichung der erforderlichen Zeugnisse bei uns zu melden.

Die Zeugnisse sind:

- 1) das Tauf-Attest;
- 2) der Nachweis über die erfolgte Bestellung vor die Königliche Militär-Ersatz-Kommission und Berücksichtigung bei der Militär-Ersatz-Aushebung als Theologe;
- 3) das Abgangszeugniss von der Universität;
- 4) die Licentia concionandi;
- 5) das Zeugnis des vorgeordneten Kreis-Superintendenten über die sittliche Führung und theologische und pädagogische Fortbildung, besonders über die Uebung im Predigen und Katechisiren;

Konsist. Nr. 51.

6) das

Nr 372.
Den zwischen Preußen, Hannover und Kurhessen für sich und in Betretung der übrigen Staaten des Zollvereins einerseits und der freien Hansestadt Bremen andererseits abgeschlossenen Vertrages wegen Beförderung der gegenseitigen Verkehrs-Verhältnisse betr.

Nr 373.
Die Prüfung der Kandidaten der Theologie betr.

- 6) der Kommunion-Schein;
- 7) das Curriculum vitae, welches sich nicht bloß auf einen dürftigen Abriss der äußeren Lebensverhältnisse zu beschränken, sondern auch auf den inneren Gang ihrer geistlichen Bildung einzugehen hat, in lateinischer Sprache;
- 8) ein Attest über den Besuch eines Schullehrer-Seminars, wovon nur unter den, in der, die pädagogische Ausbildung der Kandidaten betreffenden Cirkular-Befugung aus sämtlichen Superintenden ten vom 21sten Juli 1842 enthaltenen Bedingungen dispensirt werden kann, und
- 9) ein Zeugniß über die fleißige Benutzung des königlichen Instituts für das Orgelspiel und den Kirchengesang.

Die Meldung muß spätestens bis zum 15ten Januar 1857 bei uns geschehen, worauf dem Kandidaten die Aufgaben zu den schriftlichen Arbeiten werden zugestellt werden.

Der Termin zur Einreichung der schriftlichen Prüfungs-Arbeiten wird spätestens auf den 1sten März 1857 bestimmt, wonach, wenn kein abweichender Bescheid erfolgt, die mündliche Prüfung bei uns mit Abhaltung der Predigten am 27sten April 1857 beginnen wird, nachdem zuvor das Tentamen bei der theologischen Fakultät stattgefunden hat, zu welchem sich die Kandidaten bei dem zeitigen Herrn Delan am 17ten April 1857 zu melden haben.

Meldungen oder schriftliche Arbeiten, welche später eingeht, werden zum nächsten Termine zurückgelegt.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Nr 374.
Die Ummethung
einer Dtschaf-
ten des Kirch-
spiels Szabienen,
Kreis des Darkehmen,
und der
Kirchspiele Benk-
heim und Bud-
bern, Kreis des
Angerburg hies.
v. h. g.
1814. Nov.

Es wird hiedurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß das königliche Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten im Einverständnisse mit dem evangelischen Ober-Kirchenrath folgende Umpfarrungen, nämlich:

I. aus dem Kirchspiel Szabienen, Kreis des Darkehmen:

der Dtschaf Hohenbrück nach der Kirche zu Grabowen, Kreis des Goldapp, und Grunewiken nach der zu Benkheim, Kreis des Angerburg;

II. aus dem Kirchspiel Benkheim:

der Dtschaf Broßaitzen nach der Kirche zu Szabienen und Groß-Sunkeln nach der zu Dombrowken, Kreis des Darkehmen;

III. aus dem Kirchspiel Budbern, Kreis des Angerburg:

des Kruges Skallischen nach der Kirche zu Szabienen, genehmigt hat, und demnach dieselben als vom 1sten Januar 1857 ab erfolgt, zu betrachten sind. Gumbinnen, den 21sten November 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

In

In Gemäßheit des §. 61 des Statuts für die hiesige Salzburger-Hospital-Anstalt wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß für die Verwaltungsperiode 18⁵⁷/₅₈ an Stelle der ausgeschiedenen Vorsteher und Abgeordneten resp. Stellvertreter:

- 1) der Mälzenbräuer Christian Zenthöfer von hier und der Kaufmann Carl Lottermoser von hier als Vorsteher;
- 2) der Gerbermeister Andreas Einhuber und der Gerbermeister Habruder, beide von hier, als Stellvertreter;
- 3) der Gutsbesitzer Müllauer von Augstapönen und der Kreis-Schreiber Scheidereiter von Staßpönen als Abgeordnete;
- 4) der Gutsbesitzer Käßwurm auf Padelimm und der Kaufmann Schweiger in Inkerburg, als Stellvertreter,

gewählt und bekräftigt worden sind. Gumbinnen, den 27ten November 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Dem Berittshulzen Prusselt in Plimballen, Kreises Ragnit, ist für die Entdeckung eines gerichtlich bestraften Baumfrevlers eine Prämie bewilligt worden. Gumbinnen, den 27ten November 1856.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Es wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die Einsparung der bis jetzt keinem Kirchenverbande zugewiesenen Förster-Etablissements Teufelsberg zur Kirche in Ruten, Kreises Angerburg, angeordnet und als vom 1sten Januar k. J. ab erfolgt, zu betrachten ist. Gumbinnen, den 1sten Dezember 1856. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Der Feldmesser Bögner II. ist von dem Königl. Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten als Zeichner zur Förderung der Drainkultur für den Regierungsbezirk Gumbinnen vom 1sten Januar 1857 ab für die Dauer eines Jahres bestellt worden.

Derselbe hat seinen Wohnsitz in Lüssit, und wird auf Antrag der Grundbesitzer die Pläne zu Drain-Anlagen und die Kosten-Überschläge anfertigen, so wie die Leitung der Drain-Arbeiten selbst überwachen.

Indem wir das theilhaftige Publikum hievon in Kenntniß setzen, bemerken wir, daß diejenigen, welche sich der Hülfe des Feldmessers Bögner II. bei den Drain-Anlagen bedienen wollen, ihre desfallsigen Gesuche unmittelbar an den Feldmesser Bögner II. zu richten haben.

Der demselben zu entrichtende Diätensatz ist auf 1 Rthlr. für jeden Arbeitstag und die Kesselfosten-Vergütung auf 15 Egr. pro Meile festgesetzt worden.

Gumbinnen, den 2ten Dezember 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

N. 375.

Die Verhängung der pro 18⁵⁷/₅₈ gewählten Vorsteher u. für die hiesige Salzburger-Hospital-Anstalt betr. m. b. J. 1227. Novbr.

N. 376.

Prämie für Entdeckung eines Baumfrevlers. m. b. J. 6856. Nov.

N. 377.

Die Einsparung des Förster-Etablissements Teufelsberg zur Kirche in Ruten betr. m. b. J. L. 7646. Nov.

N. 378.

Bestellung des Feldmessers Bögner II. als Zeichner zur Förderung der Drainkultur betr. m. b. J. L. 7646. Nov.

Dem

Nr. 379.
Patentertei-
lung.

Dem Civil-Ingenieur F. Bothe zu Breslau ist unter dem 7ten December 1856 ein Patent: auf eine Vorrichtung an Siegelpressen, so weit dieselbe für neu und eigenthümlich er-
kannt worden ist, und ohne Jemand in Benutzung bekannter Theile zu hindern,
auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats
ertheilt worden.

Bekanntmachung der Königl. Ober-Post-Direktion.

Nr. 380.
Geneß-Veränder-
ung der Perso-
nenpost zwischen
Pillkallen und
Schirwindt.

Vom 16ten December d. J. ab wird der zwischen Pillkallen und Schirwindt coursirenden
wöchentlich dreimaligen Personenpost ein täglicher Gang gegeben.

Die Abfertigung derselben erfolgt:

aus Pillkallen täglich 5 Uhr 15 Minuten Abends,

aus Schirwindt täglich 4 Uhr 30 Minuten Vormittags.

Gumbinnen, den 10ten December 1856. Der Ober-Post-Direktor Hoppe

Personal - Chronik.

Der Apotheker I. Klasse X. Bredemeyer hat, nach erhaltener Konzession, in Bentheim,
Kreises Angerburg, eine Apotheke errichtet und das Geschäft bereits eröffnet.

Der Apotheker II. Klasse Alfred Stephani hat die Konzession zur Errichtung einer
Apotheke in Borsghymen, Kreises Lyck, erhalten und das Geschäft eröffnet.

Zusammenstellung der Personal-Veränderungen im Bezirke der Königl. Ober-
Post-Direktion zu Gumbinnen pro November 1856.

Der Post-Expedient Bernhagen ist von Stallupönen nach Rhein versetzt und mit der
Verwaltung der Post-Expedition I. Klasse daselbst beauftragt worden.

Der Post-Expedient Kößel ist als solcher bekräftigt und im Bureau der Ober-Post-
Direktion etatsmäßig angestellt worden.

Die Verwaltung der in Vichtupönen neu eingerichteten Post-Expedition II. Klasse ist
dem zum Post-Expediteur ernannten pensionirten Gendarm Wierskowsky und die Verwaltung
der in Dubeninken neu eingerichteten Post-Expedition II. Klasse dem zum Post-Expediteur
ernannten Prägentor Colberg übertragen worden.

Der Post-Expediteur Wieprecht in Sittkehmen ist aus dem Postdienste geschieden.

Die Verwaltung der Post-Expedition in letzterem Orte ist dem zum Post-Expediteur
ernannten Kaufmann Adolph Michalowski daselbst übertragen worden.

Der Briefträger und Wagenmeister Stankowski in Lyck ist gestorben.

Amtsblatt

Nr. 52.

Gumbinnen, den 24ten Dezember

1856.

Das 63te Stück der Gesefsammlung, welches den 16ten Dezember 1856 in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

Nr. 381.
Inhalt der Gesefsammlung.

- Nr. 4569** den Allerhöchsten Erlaß vom 17ten November 1856, betreffend die Gleichstellung der in Gemäßheit des Gesefes vom 7ten Mai 1836 ausgefertigten Staats-Schuldverschreibungen über 16,598,000 Rthlr. mit den Staats-Schuldscheinen in der Eigenschaft als pupillen- und depositalmäßig sichere Dokumente; unter
- Nr. 4570** das Statut des Breslau-Coseler Deichverbandes, vom 24ten November 1856; unter
- Nr. 4571** den Allerhöchsten Erlaß vom 24ten November 1856, betreffend die Verschmelzung der Bonn-Kölnener mit der rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft; und unter
- Nr. 4572** den Allerhöchsten Erlaß vom 1sten Dezember 1856, betreffend die Modification des in der Verordnung vom 6ten Juni 1853 enthaltenen Zusatz-Paragrapheu zu dem §. 34 des Feuer- und Brandsicherheits-Reglements für die Provinz Posen, vom 5ten Januar 1836.

Bekanntmachung der höheren Behörde.

Nachdem gegen die in Hamburg unter der Redaktion von A. Glasbrenner erscheinende Zeitschrift: „Ernst Heiter. Deutsche Sonntagszeitung,“ und deren Beiblatt: „der Lartar,“ auf Vernichtung gemäß §. 50 des Pressgesetzes vom 12ten Mai 1851 gerichtlich erkannt worden ist, wird auf Grund des §. 52 dieses Gesefes die fernere Verbreitung der genannten Zeitschrift im Bereiche des preussischen Staates unter Hinweisung auf die im §. 53 desselben Gesefes verordneten Strafen hiermit verboten. Berlin, den 8ten Dezember 1856.

Nr. 382.
Das Verbot der ferneren Verbreitung der Zeitschrift: „Ernst Heiter“ betr.

Der Minister des Innern: gez. v. Westphalen.

Bekanntmachung des Königl. Provinzial Steuer-Direktors.

Nachstehende Allerhöchste Bestimmung vom 24ten Oktober d. J. wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

Nr. 383.
Die Abänderung resp. Ergänzung

amtl. Nr. 52.

Auf

24.12.8.9

Wegen der Ausführung des gegenwärtigen Erlasses, welcher durch das Amtsblatt der Regierung zu Gumbinnen zur öffentlichen Kenntniß zu bringen ist, haben Sie, der Finanzminister, das Erforderliche zu veranlassen.

Sansfouci, den 24ten Oktober 1856.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

An (gegenges.) v. d. Heydt. v. Bodelschwingh.
den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und den Finanzminister.

Nach den Festsetzungen dieses Allerhöchsten Erlasses wird die Erhebung des Brücken- und Ueberfahrtsgebldes für den Uebergang über den Memelstrom und über das Memelhthal während dessen Ueberschwemmung bei Elksit vom 1sten Januar 1857 an erfolgen.

Von diesem Tage an werden daher folgende Tarif-Bestimmungen zur Anwendung kommen:

I. Bezüglich des Tarifs vom 1sten September 1843,

nach welchem das Brücken- und Ueberfahrtsgebld für den Uebergang über die Memel bei Elksit, imgleichen die Abgabe für den Durchgang durch die Schiffsbrücke daselbst zu erheben ist.

Es wird entrichtet:

A. Für den Uebergang über die Schiffsbrücke.

I. Vom Fuhrwerk, einschließlich der Schlitten:

- 1) zum Fortschaffen von Personen, als Extrapoiten, Kutschen, Kaleschen, Kabriolots u. s. w., für jedes Zugthier
- 2) zum Fortschaffen von Lasten,
 - a. von beladenem Lastfuhrwerk, einschließlich der Schlitten, für jedes Zugthier
 - b. von unbeladenem,
 - aa. Frachtwagen, für jedes Zugthier
 - bb. gewöhnlichem Landfuhrwerk und Schlitten, für jedes Zugthier

II. Von unangespannten Thieren:

- 1) von jedem Pferde, Maulthier oder Mausefel, mit oder ohne Reiter oder Last
- 2) von jedem Stück Rindvieh oder Esel
- 3) von jedem Fohlen, Kalb, Schaf, Lamm, Schwein und von jeder Ziege, wenn dieses Vieh getrieben wird

B. Für den Durchgang durch die Schiffsbrücke:

- 1) für jeden Kahn ohne Unterschied, je nach der Größe, oder je nachdem derselbe leer oder beladen ist

| Rth. | Gr. | 4 |
|------|-----|---|
| — | 1 | 6 |
| — | 2 | — |
| — | 1 | — |
| — | — | 6 |
| — | — | 6 |
| — | — | 4 |
| — | — | 1 |
| — | 1 | 6 |

X

2) für

| | Auf | Th | fl |
|---|-----|----|----|
| 2) für jedes Dampfschiff, jede Wirtinne, jeden Woybad oder Karopfen, be-
laden oder unbeladen | — | 15 | — |
| Anmerkung. Für das Durchlassen durch die Schiffbrücke außer der
gewöhnlichen Zeit der Brücken-Öffnung ist von jedem Fahrzeuge,
ohne Unterschied, zu erheben | 2 | — | — |
| 3) für jede Kasse eines Brenn- oder Kugelhols-Kloßes | — | 1 | — |
| C. Für die Ueberfahrt mit der fliegenden Brücke oder mit Rachen,
oder Pontons. | | | |

| | Bei Benutzung
der fliegenden
Brücke. | | | Bei Benutzung
der Ueberfahrt
mit Rachen. | | |
|---|--|----|----|--|----|----|
| | Auf | Th | fl | Auf | Th | fl |
| I. Von jeder Person, mit Einschluß dessen, was sie trägt . . . | — | — | 4 | — | — | 4 |
| Für eine besondere unverzügliche Ueberfahrt mittels Rachen,
welche auf Verlangen geschehen muß, wird von den über-
sehenden Personen zusammen wenigstens | — | — | — | — | 1 | — |
| entrichtet, wenn die Abgabe, nach dem Sage zu I. von dem
Einzelnen erhoben, nicht mehr beträgt. | | | | | | |
| Personen, welche zu einem Fuhrwerke gehören, oder Thiere,
für welche die Abgabe nach den Sätzen zu II. oder III. ent-
richtet wird, reiten, führen oder treiben, sind frei. | | | | | | |
| II. Von Thieren: | | | | | | |
| a) für ein Pferd, oder Maulthier, oder einen Maulesel . . . | — | 1 | 6 | — | 2 | — |
| b) für ein Stück Rindvieh oder einen Esel | — | 1 | — | — | 1 | — |
| c) für ein Fohlen, Kalb, Schaf, Lamm, Schwein, eine Ziege
oder anderes kleines Vieh, welches frei geführt oder ge-
trieben wird | — | — | 4 | — | — | 6 |
| d) für Fiedervieh, welches getrieben wird, für jede 10 Stück
Wenn Fiedervieh in geringerer Zahl als 10 Stück, im-
gleichem, wenn Vieh irgend einer Art auf einem Fuhrwerke
oder in einem Tragelorde übergesetzt wird, so wird dafür
keine besondere Abgabe erhoben. | — | — | 4 | — | — | 6 |
| III. Vom Fuhrwerke neben der Abgabe für das Gespann unter C. II. | | | | | | |
| a) für ein beladenes | — | 4 | — | — | 4 | — |
| b) für ein unbeladenes | — | 2 | — | — | 2 | — |
| c) für ein Handfuhrwerk, beladen oder unbeladen | — | — | 6 | — | — | 8 |

IV. Von

IV. Von unverladenen Gegenständen wird diejenige Abgabe erhoben, welche das Fuhrwerk und die Thiere treffen würde, durch welche sie zur Fahrstelle gebracht worden sind.

Anmerkung. Fünf Centner werden für eine Pferdebeladung gerechnet.

2. Bezüglich des Tarifs vom 31sten März 1841,

nach welchem während der Ueberschwemmung des Memelhales bei Tilsit die Gebühr für das Uebersetzen über dasselbe zu erheben ist

Es wird entrichtet:

| | I.
Bei einem Wasserstande von 18 Fuß oder weniger, wenn die Auf- oder Abfahrt bei der Uebersetzung oder näher nach Tilsit hin erfolgt. | | II.
Bei einem Wasserstande von mehr als 18 Fuß, wenn die Auf- oder Abfahrt in weiterer Entfernung von Tilsit als bei der Uebersetzung erfolgt. | |
|---|---|-----|---|-----|
| | fl. | gr. | fl. | gr. |
| A. Von Personen, einschließlich dessen, was sie tragen . . . | — | 8 | 1 | 4 |
| B. Von Thieren: | | | | |
| a. für jedes Pferd, welches vor ein gewöhnliches Landfuhrwerk gespannt ist | 2 | — | 4 | — |
| b. für jedes andere Pferd, so wie für jedes Maulthier | 4 | — | 8 | — |
| c. für jedes Stück Rindvieh und jeden Esel | 2 | — | 4 | — |
| d. für jedes Stück Kleinvieh, als: Füllen, Kalb, Schaf, Ziege oder Schwein | 1 | — | 2 | — |
| e. für Federvieh, welches getrieben wird, für je 10 Stück | 1 | — | 2 | — |
| Anmerkung. Vieh, welches getragen oder gefahren wird, desgleichen Federvieh in geringerer Anzahl als zehn Stück, ist frei. | | | | |
| C. Vom Fuhrwerke, neben der Abgabe für das Gespann zu B. | | | | |
| a. für ein mit vier oder mehreren Pferden bespanntes beladenes Frachtfuhrwerk | 12 | — | 24 | — |
| b. für einen dergleichen bespannten Reisewagen | 10 | — | 20 | — |
| c. für einen mit einem, zwei oder drei Pferden bespannten beladenen Wagen, mit Ausschluß des gewöhnlichen Landfuhrwerks | 8 | — | 16 | — |

d. für

Es wird entrichtet:

| | I.
Bei einem Wapferkande von 18 Fuß und weniger, wenn die Auf- oder Abfahrt bei der Ueberset- oder näher nach Tilsit hin erfolgt. | | II.
Bei einem Wapferkande von mehr als 18 Fuß, wenn die Auf- oder Abfahrt in weiterer Entfernung von Tilsit, als bei der Ueberset- oder näher nach Tilsit hin erfolgt. | |
|---|--|-----|---|-----|
| | Gr. | fl. | Gr. | fl. |
| d. für ein unbeladenes Fuhrwerk, mit Ausschluß des gewöhnlichen Landfuhrwerks | 4 | — | 8 | — |
| e. für ein gewöhnliches Landfuhrwerk: | | | | |
| aa. für ein beladenes | 4 | — | 8 | — |
| bb. für ein unbeladenes | 2 | — | 4 | — |
| f. für ein Handfuhrwerk, beladen oder unbeladen | 1 | 4 | 2 | 8 |

D. Von unverladnen Gegenständen wird die Hälfte derjenigen Abgaben erhoben, welche die Personen, das Fuhrwerk oder die Thiere treffen würde, durch welche sie zur Fährstelle gebracht worden sind.

Anmerkung. In streitigen Fällen werden fünf Zentner für eine Pferde-Ladung gerechnet.

Die zusätzlichen Bestimmungen, Befreiungen und Strafbestimmungen bleiben hinsichtlich der Tarife unverändert so, wie solche mit dem Tarife vom 1. September 1843 in Nr. 48, S. 199, und mit dem Tarife vom 31sten März 1841, in Nr. 23, Seite 99, des Amtsblatts der Königl. Regierung zu Gumbinnen pro 1843 und 1841 abgedruckt sind.

Königsberg, den 10ten December 1856.

Der Provinzial-Steuer-Direktor, (gez.) v. Raassen.

Bekanntmachung der höheren Behörde.

Nr. 384.
Die Ueberhebung
der Wahl- und
Schlichtsteuer
betreffend.

Die Bestimmung im Gesetze vom 30sten Mai 1820, wegen Entrichtung der Wahl- und Schlachtsteuer, §. 15 zu a., wonach die im §. 14 dieses Gesetzes benannten Gegenstände erst wenn sie in der Menge von $\frac{1}{10}$ Zentner und darüber in eine steuerpflichtige Stadt eingeführt werden, anzumelden und zu versteuern sind und die Vorschrift im §. 15 b., wonach ein Uebergewicht, welches nicht $\frac{1}{10}$ Zentner betragt, unberücksichtigt bleibt, werden auf Grund des Gesetzes vom 2ten April 1852, §. 3 zu 2 (Gesetzsammlung Seite 108), in Betreff der Stadt Tilsit dahin abgeändert: daß vom 1sten April 1857 ab die im §. 1 des gedachten Gesetzes benannten Gegenstände, wenn sie

sie in Mengen von zwei Pfunden in die vorgenannte Stadt eingebracht werden, anzumelden und bis zu einem Viertel Zentner, von zwei zu zwei Pfunden, nach Maßgabe des nachstehenden Tarifs zu versteuern sind. Bei Mengen von einem Viertel Zentner und darüber, wenn solche auf einmal zur Verwiegung kommen, bleibt auch ferner ein Uebergewicht von weniger als einem Sechszehntel Zentner unberücksichtigt.

T a r i f

zur Erhebung der Mahl- und Schlachtsteuer in Elstf von zwei zu zwei Pfunden bis zu $\frac{1}{4}$ Zentner.

| Pfund. | Krafternahl, Gries, Puder,
Stärke, Fett
und Fleischwaaren. | | | | M e h l. | | | | Schrot und Backwaaren | | | |
|--------|--|------------|-------------|------------|-------------|------------|-------------|------------|-----------------------|------------|-------------|------------|
| | S a h. | | | | S a h. | | | | S a h. | | | |
| | I. | | II. | | I. | | II. | | I. | | II. | |
| | <i>Sgr.</i> | <i>pf.</i> | <i>Sgr.</i> | <i>pf.</i> | <i>Sgr.</i> | <i>pf.</i> | <i>Sgr.</i> | <i>pf.</i> | <i>Sgr.</i> | <i>pf.</i> | <i>Sgr.</i> | <i>pf.</i> |
| 2 | — | 11 | — | 3 | — | 7 | — | 2 | — | 5 | — | 1 |
| 4 | 1 | 10 | — | 5 | 1 | 3 | — | 4 | — | 11 | — | 3 |
| 6 | 2 | 9 | — | 8 | 1 | 10 | — | 5 | 1 | 4 | — | 4 |
| 8 | 3 | 8 | — | 11 | 2 | 5 | — | 7 | 1 | 10 | — | 5 |
| 10 | 4 | 7 | 1 | 2 | 3 | — | — | 9 | 2 | 3 | — | 7 |
| 12 | 5 | 5 | 1 | 4 | 3 | 8 | — | 11 | 2 | 9 | — | 8 |
| 14 | 6 | 4 | 1 | 7 | 4 | 3 | 1 | 1 | 3 | 2 | — | 10 |
| 16 | 7 | 3 | 1 | 10 | 4 | 10 | 1 | 3 | 3 | 8 | — | 11 |
| 18 | 8 | 2 | 2 | 1 | 5 | 5 | 1 | 4 | 4 | 1 | 1 | — |
| 20 | 9 | 1 | 2 | 3 | 6 | 1 | 1 | 6 | 4 | 7 | 1 | 2 |
| 22 | 10 | — | 2 | 6 | 6 | 8 | 1 | 8 | 5 | — | 1 | 3 |
| 24 | 10 | 11 | 2 | 9 | 7 | 3 | 1 | 10 | 5 | 5 | 1 | 4 |
| 26 | 11 | 10 | 2 | 11 | 7 | 11 | 2 | — | 5 | 11 | 1 | 6 |

Anmerkung. Sehen verschiedene besteuerte Gegenstände zusammengekommen in der Menge von zwei Pfunden und darüber ein, das Gewicht des einzelnen Gegenstandes beträgt aber weniger als zwei Pfund, so wird dieses Gewicht, dem Gewicht dessen, wovon die größte Menge eingebracht wird, beigezählt und die Steuer davon erhoben.

Berlin, den 6ten Dezember 1856.

Der Finanz-Minister gez. v. Bodelschwingh.

Bekannt.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

N 355.
 Deklaration der
 Polizei-Verord-
 nung vom 31sten
 August 1852,
 Maßregeln gegen
 die Pferde-Mäuse-
 pest.
 X. d. J.
 637. Novbr.

Im §. 8 der Polizei-Verordnung vom 31sten August 1852 — Amtsblatt 1852 Nr. 36 — ist vorgeschrieben, daß Seitens der Pferde-Besitzer von jedem vorkommenden Ausbruche der Mäuse-Krankheit sofort Anzeige an die Polizei-Behörde gemacht werden soll. Wir be stimmen dies näher dahin, daß es genügen soll, wenn jene Anzeige an den Ortschulzen oder den nächst wohnenden Beirathschulzen oder Gendarmen gemacht wird. Pflicht dieser Unter-Polizei-Beamten ist es, dergleichen Meldungen entgegenzunehmen und darüber weiter Anzeige bei der Kreis-Polizei-Behörde zu machen, welche die allgemeine Kontrolle über die Veterinair-Polizei-Angelegenheiten im Kreise zu führen und die nöthigen Instruktionen für jeden einzelnen Fall zu ertheilen hat. Gumbinnen, den 29sten November 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

N 386.
 Auflösung eini-
 ger Grundstücke
 aus ihrem bis-
 herigen Kommunal-
 verbande und
 Aufnahme dersel-
 ben in einen an-
 dern Kommunal-
 Verband betr.
 X. d. J.
 616. Nov.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Grundstücke der Wirthe Hellwig und Szameitat, welche bisher zum Kommunal-Verbande Laufeningen, Kreises Labiau, gehörten, mit Genehmigung des Herrn Ober-Präsidenten Graevenz, auf Grund des §. 1 des Gesetzes, betreffend die Landgemeinde-Verfassungen in den 6 östlichen Provinzen der preussischen Monarchie, vom 14ten April d. J., aus diesem Verbande entlassen und in den Gemeinde-Verband Laufeningen, Kreises Niederung, aufgenommen, dagegen die Grundstücke der Wirthe Lorenz und Schwillus aus dem letzteren Verbande ausgeschieden und in den ersteren aufgenommen worden sind. Gumbinnen, den 10ten Dezember 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

N 387.
 Die Kinderpest
 in Preußen und
 Polen betreffend.
 X. d. J.
 1022. Dez.

Wir bringen hiedurch zur allgemeinen Kenntniß, daß wegen der noch immer drohenden Gefahr der Kinderpest die Vieh- und Pferdewärkte auch im Januar l. J. in den 9 Grenzkreisen Freydekrug, Allst, Ragnit, Pillkallen, Stallupönen, Goldapp, Diehlo, Lyck und Johannisburg nicht abgehalten werden dürfen. Gumbinnen, den 13ten Dezember 1856.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

P e r s o n a l - C h r o n i k .

Der Gutsbesitzer v. Morstein auf Rossken, Kreises Löben, ist als Schiedsmann für das Kirchspiel Neuhoß gewählt und befähigt worden.

Dem forstversorgungsberechtigten Jäger Johann Georg Kade ist die Försterei zu Rogahlen, Oberförsterei Stallischen, definitiv verliehen worden.

Dem forstversorgungsberechtigten Jäger Johann Leopold Müller ist die Försterei zu Rossken, Oberförsterei Gruttinnen, definitiv verliehen worden.

Hergo der öffentliche Anzeiger Nr. 52.

Druck von H. Knaus med.

Beilage zum Amtsblatt

N^o. 52.

Gumbinnen, den 24ten September

1856.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Auf Grund der allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17ten Januar 1845 (Gesetzsammlung Seite 41) §§. 43, 46, und der Verordnung vom 9ten Februar 1849 (Gesetzsammlung S. 93) §§. 24, 28 wird in Betreff der Prüfung und der gewerblichen Verrichtungen der Zimmerleute, der Maurer, der Steinhauer (Steinmeße), der Schieferbedecker und Ziegelbedecker, der Mühlenbauer, der Brunnenbauer,

N^o 388.Verordnung
den Betrieb der
Bauhandwerke
betreffend.
Z. d. I.

3103. Dieben,

Nachstehendes verordnet:

A. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1. Die vorstehend genannten Handwerker müssen fortan, nach den Bestimmungen dieser Verordnung, die Meisterprüfung bestanden haben, bevor sie den selbstständigen Betrieb ihres Gewerbes beginnen dürfen.

§. 2. Die Regierung bestellt für jedes Handwerk in den dazu geeigneten Orten Prüfungs-Kommissionen und bestimmt deren Geschäftsbezirke.

§. 3. Die Prüfungs-Kommission besteht:

- a) aus einem Vorsitzenden,
 - b) aus einem Staats- oder Kommunal-Baubeamten,
- als ständigen Mitgliedern.

Die Ernennung derselben, so wie ihrer Stellvertreter, erfolgt durch die Regierung:

- a) aus einem Meister — bei den Prüfungen der Zimmerleute und der Maurer aus zweien Meistern — des Handwerks.

Für jede Kommission bezieht die Regierung widerruflich einige Meister, unter welchen der Vorsitzende die bei den Prüfungen zuzuziehenden auswählt.

Bei den Prüfungen der Steinhauer (Steinmeße), der Mühlenbauer und der Brunnenbauer hat, wenn im Bezirke der Kommission geprüfte Meister des Handwerks nicht vorhanden sind, oder, wenn solche zu entfernt wohnen, statt derselben der Stellvertreter des Baubeamten mitzuwirken.

Bei den Prüfungen der Schieferbedecker und der Ziegelbedecker genügt in solchem Falle die Mitwirkung des Baubeamten.

Baubeamte, welche den zu Prüfenden unterrichtet oder mit Bureau-Arbeiten beschäftigt sind, haben,

haben, und Meister, bei welchen er innerhalb des letzten Jahres in Arbeit gewesen ist, oder welche mit ihm verwandt oder verschwägert sind, dürfen an der Prüfung nicht Theil nehmen.

§. 4. Die bei den Prüfungen vorkommenden schriftlichen Geschäfte sind von dem Vorsitzenden zu besorgen. Er bewahrt die, die Prüfung betreffenden Schriftstücke, Konzepte u. Er ist dafür verantwortlich, daß die zu Prüfenden nicht durch unnötige Verzögerungen bei der Beschlußnahme über ihre Zulassung zur Prüfung, bei der Anberaumung der Prüfungstermine, oder bei der Beurtheilung ihrer Leistungen hingehalten werden.

Die Reinschriften der Bescheide, Erweiterungen und Berichte der Kommission sind von dem Vorsitzenden allein zu unterzeichnen.

Beschwerden über die Kommission oder deren Vorsitzenden sind an die Regierung zu richten.

§. 5. Das Gesuch um Prüfung ist schriftlich bei dem Vorsitzenden der Kommission desjenigen Bezirks einzureichen, in welchem der Antragsteller wohnt, oder zur Zeit der Meldung in Arbeit ist. Es ist demselben beizufügen:

- a) den Nachweis darüber, daß den Bedingungen genügt ist, von welchen nach §. 35 der Verordnung vom 9ten Februar 1849*) die Zulassung zur Meisterprüfung abhängt;
- b) ein von dem Antragsteller selbst verfaßter und geschriebener Lebenslauf, mit den Zeugnissen über dessen Beschäftigung während der Gesellenzeit.

Bei dem, nach §. 35 zu 3 der gedachten Verordnung zu führenden Nachweise einer dreijährigen Gesellenzeit bleiben diejenigen Jahre, in denen der Antragsteller nicht mindestens drei Monate lang praktisch als Geselle beschäftigt worden, außer Anrechnung.

Gesellen,

*) Der §. 35 der gedachten Verordnung lautet:

Die Zulassung zu den nach §§. 23, 24, 26 abzugebenden Meisterprüfungen ist fortan von folgenden Bedingungen abhängig:

- 1) der zu Prüfende muß das vierundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben; aus besonderen Gründen kann jedoch der Gewerbe Rath die Prüfung eines Gesellen schon nach vollendetem einundzwanzigsten Lebensjahre gestatten;
 - 2) der zu Prüfende muß sein Gewerbe als Lehrling (§. 44) bei einem selbstständigen Gewerbetreibenden erlernt und die Gesellenprüfung (§. 36) bestanden haben;
 - 3) seit der Entlassung aus dem Lehrlings-Verhältnisse muß ein Zeitraum von mindestens drei Jahren verlaufen sein; ausnahmsweise kann jedoch der Gewerbe Rath die Prüfung schon nach Ablauf eines Jahres gestatten, wenn der Geselle durch den Besuch einer gewerblichen Lehranstalt oder sonst Thätigkeit gefunden hat, die zu dem beabsichtigten Gewerbebetriebe erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten zu erwerben.
- Wer den Erordernissen zu 2 und 3 bei einer früheren Prüfung genügt hat, kann die Prüfung für den Betrieb eines anderen Gewerbes ohne vorgängigen Nachweis einer für dies zweite Gewerbe bestandenen Lehrlings- und Gesellenzeit ablegen.

Für Personen, welche bei Versäumnung der gegenwärtigen Verordnung als Gesellen oder Gehilfen beschäftigt sind, genügt der Nachweis einer dreijährigen Beschäftigung in dem betreffenden Gewerbe.

Gesellen, welchen nach den vorliegenden Nachrichten über ihre Führung die, zum selbstständigen Betriebe ihres Gewerbes erforderliche Unbescholtenheit fehlt, imgleichen Gesellen, welche wegen Verletzung der Vorschrift des §. 177 der Gewerbe-Ordnung vom 17ten Januar 1845 oder der bestehenden baupolizeilichen Verordnungen wiederholt bestraft worden sind, und von denen hieraus erhellt, daß sie der, zur Erlangung des Befähigungszeugnisses erforderlichen Inverläßigkeit ermangeln, sind zur Prüfung nicht zugelassen.

§. 6. Derjenige, welchem nach einer vorhergegangenen Prüfung das Befähigungszeugniß versagt ist, darf vor Ablauf der, in dem ablehnenden Bescheide bestimmten Frist zu einer neuen Prüfung nicht zugelassen werden.

Der Vorsitzende hat auf das Gesuch um Prüfung den Kandidaten darüber zu vernehmen, ob er bereits eine Prüfung versucht habe und mit Bestimmung einer Frist (§§. 14, 15) zurückgewiesen worden sei, mit dem Bedeuten, daß, wenn er durch Verschweigung dieses Vorganges die Kommission hintergehe, das auf Grund der vorseienden Prüfung erlangte Befähigungszeugniß keine Gültigkeit habe. Es muß über diese Vorhaltung ein Vermerk zu den Prüfungsverhandlungen genommen werden.

§. 7. Vor der Einleitung der Prüfung sind an den Vorsitzenden der Kommission die Prüfungsgebühren zu entrichten, welche in keinem Falle zurückgezahlt werden.

Schieferdecker und Ziegeldecker entrichten acht Thaler, die übrigen Bauhandwerker zehn Thaler.

Aus den Gebühren sind zunächst

- a) das zur Abhaltung der Prüfungen und das zur Ausarbeitung der Probearbeiten erforderliche Lokal zu beschaffen, wenn dieses vom Vorsitzenden zu überweisen ist, und
- b) der außerdem erforderliche Aufwand für den Geschäftsbetrieb an Schreibmaterialien, Schreib- und Botengebühren u. s. w. zu decken.

Der übrig bleibende Betrag dient zur Entschädigung der Mitglieder für ihre Versäumnis und Mühwaltung. Dem Vorsitzenden kann zur Bestreitung des Aufwandes zu a. und b. und zur Entschädigung für seine Mühwaltung von der Regierung ein, im Voraus bestimmter Theil jeder eingehenden Gebühreinzahlung zugewiesen werden. In diesem Falle wird der, nach Beendigung der Prüfung verbleibende Rest unter die übrigen zugezogenen Mitglieder gleichmäßig vertheilt.

§. 8. Die Prüfung erfolgt

- a) mündlich;
- b) durch Aufgabe einer Probearbeit (Zeichnung, Kostenanschlag), von welcher jedoch die im §. 32 bezeichneten Handwerker entbunden sind;

(1)

c) durch

c) durch Aufgabe einer praktischen Arbeit (Probearbeit, Meisterbau, Meisterarbeit, Modell).

Auf den Antrag des zu Prüfenden kann auch mit der schriftlichen oder der praktischen Arbeit begonnen werden (§. 15).

§. 9. Hat der zu Prüfende beim Abgange von einer, zur Abhaltung von Entlassungs-Prüfungen befugten Provinzial-Gewerbeschule das Zeugniß der Reife erhalten, so ist ihm die mündliche Prüfung zu erlassen.

§. 10. Die Prüfung derjenigen, welche im Königl. Gewerbe-Institute zu Berlin, für Bauhandwerker vorgeschriebenen Kursus, oder, wenn es sich um die Prüfung für das Mühlenbauer- oder Brunnenbauer-Gewerbe handelt, den Kursus für Mechaniker absolvirt und die Abgangsprüfung bestanden haben, ist auf die Ausführung der praktischen Arbeit (§. 8 c.) zu beschränken. Dasselbe gilt für diejenigen, welche die Bauführerprüfung bestanden haben. Für die hiernach beschränkte Prüfung ist nur die Hälfte der Gebühren zu entrichten.

§. 11. In der Regel soll die mündliche Prüfung nicht länger als sechs Stunden dauern. Nur wenn Mangel an Uebung im Ausdruck mehr Zeit in Anspruch nimmt, kann, auf den Wunsch des zu Prüfenden, die Dauer der Prüfung nach dem Ermessen der Kommission ausgedehnt werden. Diese hat auch zu bestimmen, welche Antworten durch Handzeichnungen erläutert werden sollen.

Dem zu Prüfenden ist gestattet, seine Antworten auf einzelne schwierige Fragen niederzuschreiben.

Die gleichzeitige Prüfung Mehrerer in demselben Termine ist zulässig; es muß jedoch über die Prüfung jedes einzelnen eine besondere Verhandlung (§. 12) aufgenommen und die Dauer der Prüfung angemessen verlängert werden.

§. 12. Ueber die mündliche Prüfung ist eine Verhandlung aufzunehmen, in welcher die gestellten Fragen und die Bemerkungen der Kommission über die erteilten Antworten anzugeben sind.

Die Blätter, welche bei der Prüfung gefertigte Handzeichnungen, Rechnungen oder schriftliche Antworten enthalten, sind von dem Kandidaten zu unterzeichnen und der, von allen Mitgliedern der Kommission zu vollziehenden Verhandlung beizufügen.

§. 13. Die Probearbeiten sind, bei den Prüfungen der Maurer- und Zimmerleute unter Aufsicht der zur Kommission gehörenden Meister, bei den übrigen Prüfungen unter Aufsicht der technischen Mitglieder anzufertigen, welche darüber zu wachen haben, daß der zu Prüfende fremder Hülfe sich nicht bediene.

Bei jenen hat sich der Baubeamte, bei diesen der Vorsitzende an der Beaufsichtigung zu beteiligen.

Das

Das zur Ausführung der Arbeiten erforderliche Lokal ist von dem Vorsitzenden anzuweisen.

Die vollendeten Arbeiten sind von dem Kandidaten und von den beaufsichtigenden Mitgliedern zu unterschreiben, von allen Mitgliedern zu prüfen und, sofern sich dazu Veranlassung findet, schriftlich zu beurtheilen. Der Umlauf darf nicht über vier Wochen dauern.

§. 14. Ueber das Ergebniss der ganzen Prüfung hat die Kommission nach Mehrheit der Stimmen Beschluss zu fassen.

Fällt dieser Beschluss zu Gunsten des Geprüften aus, so beantragt dieselbe bei der Regierung, mit Ueberreichung der Prüfungsverhandlungen, der schriftlichen Probearbeiten und der Zeichnungen, die Ertheilung des Befähigungszeugnisses zum selbstständigen Betriebe des Gewerbes, in welchem die Prüfung stattgefunden hat.

Stimmt die Mehrzahl der Kommissions-Mitglieder für die Versagung des Befähigungszeugnisses, so beschließt die Kommission den Geprüften ablehnend mit Angabe der Mängel seiner Ausbildung. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Regierung.

Wenn der Geprüfte nur in einem Theile der Prüfung nicht bestanden, ist die später zu wiederholende Prüfung auf diesen Theil zu beschränken.

In dem Bescheide über die Versagung des Befähigungszeugnisses ist zugleich eine, die Dauer eines Jahres nicht überschreitende Frist zu bestimmen, vor deren Ablauf die Erneuerung oder die Ergänzung der Prüfung nicht gestattet werden soll.

Die von dem Geprüften gelieferten Zeichnungen und schriftlichen Arbeiten sind bei den Prüfungsverhandlungen aufzubewahren. Die außerdem angefertigten Probestücke müssen ihm nach endgültiger Entscheidung über den Ausfall der Prüfung zurückgegeben werden.

B. Besondere Bestimmungen rücksichtlich der Prüfungen.

§. 15. Der zu Prüfende kann verlangen, daß ihm vor der mündlichen oder schriftlichen Prüfung die Ausführung der praktischen Arbeit (des Meißerbaus) gestattet werde, wenn er einen, den Erfordernissen des §. 18 entsprechenden Bau in Vorschlag bringt. Wird dann der ausgeführte Bau so mangelhaft befunden, daß eine neue Aufgabe eine befriedigende Erlernung nicht erwarten läßt, so hat die Kommission die Fortsetzung der Prüfung durch schriftlichen Beschreib mit der Bestimmung abzulehnen, daß die Erneuerung der Prüfung vor Ablauf eines Jahres nicht zulässig sei.

§. 16. Bei der mündlichen Prüfung ist eine, dem Zwecke entsprechende Anzahl von Fragen über einen Theil der nachstehend bezeichneten Gegenstände an den zu Prüfenden zu richten:

- 1) Flächenberechnung des Parallelogramms, des Dreiecks und des Trapezes aus Grundlinien

I.
Der Zimmer-
leute.

linien und Höhen; Umfangs- und Flächenberechnung des Kreises aus dem Halbmesser ferner des Kreisausschnitts aus dem zugehörigen Mittelpunktswinkel und dem Halbmesser; Flächenberechnung eines, nach vorgeschriebenem Maßstabe in Zeichnung gegebenen unregelmäßigen Vielecks; Berechnung des Inhalts und der Begrenzungsflächen des Prisma, der Pyramide und des Cylinders bei senkrechter Stellung;

- 2) Auftragen geradliniger Figuren nach gegebenen Bestimmungsstücken und Bedingungen;
- 3) Erklärung vorgelegter Zeichnungen, welche auf die bei dem Land- und Brückenbau vorkommenden Zimmerarbeiten sich beziehen;
- 4) Kennzeichen der guten und schlechten Beschaffenheit der zu den Zimmerarbeiten zu verwendenden Holzarten; Rücksichten, welche beim Fällen und Aufbewahren der Bauhölzer und bei der Auswahl derselben zu den verschiedenen Zimmerarbeiten zu nehmen sind;
- 5) Konstruktion der liegenden Bohlen- und Balkenroste, der Pfahlroste, der Spundwände;
- 6) Zusammenfügung, Aufstellung und Anwendung gewöhnlicher Rammen;
- 7) Einrichtung einfacher Maschinen zum Ausschöpfen des Wassers;
- 8) Verfahren bei der Anfertigung der mit Holz ausgefachten Brunnen und Brunnenkästen;
- 9) Darstellung von Holzverbindungen in ihrer Anwendung auf Vertrümpfungen, Verschwellungen, Verschiftungen, bei Trägern, Unterzügen, Hänge- und Sprengwerken;
- 10) Zusammenfügung und Verband der gewöhnlichen und der gesprengten Wände;
- 11) Konstruktion der Treppen, Dachverbände, Glockenstühle, des Holzverbandes der Thürme und ähnlicher Baulichkeiten;
- 12) Verfahren bei der Erneuerung abgelaunter Balkenköpfe, bei dem Unterschwellen der Gebäude, bei der Ausbesserung von Brückenjochen und bei ähnlichen Arbeiten;
- 13) Vorrichtungen, welche beim Abstreifen nach Verschiedenheit der Fälle zur Anwendung kommen;
- 14) Aufstellung verbundener Gerüste, Vorrichtungen zum Herausheben der Bauhölzer;
- 15) Fragen über Fälle, in welchen die Zimmer- und Maurer-Arbeiten bei der Ausführung sich gegenseitig bedingen (z. B. bei Vertrümpfungen zu den Feuerungs-Anlagen, bei der Legung von Fußböden über Gewölben, Anbringung von Balkenankern und dergleichen);
- 16) Regeln, nach welchen beim Bauen Feuerunsicherheit und Beeinträchtigung der Nachbarn zu vermeiden ist; Kenntniß der in Bezug auf die Baupolizei bestehenden Gesetze, so wie der im Beziehe der Kommission gültigen baupolizeilichen Vorschriften.

In Gegenden, wo größere Wasserbauten vorkommen, ist der zu Prüfende auch über die Holzkonstruktionen der Brücken, Wehre, Fachbäume, Schleusenthore, Schleusendempel, Uferschälungen und Erdanker zu befragen.

Für

Für die Stellung der Fragen sind überall die im Bezirke der Kommission gebräuchlichen Konstruktionen und Benennungen maßgebend.

Bei den Berechnungen sind preussische Maße als Einheiten anzunehmen.

§. 17. Als Probearbeit (§. 8 b.) ist dem zu Prüfenden die Anfertigung der Zeichnung und des Anschlags von demjenigen Theile eines Bauplans aufzugeben, welcher in sein Fach einschlägt. Hierbei muß das, was Sache eines Baumeisters ist, sorgfältig von den Einrichtungen eines Zimmermeisters unterschieden, und es dürfen Einrichtungen zu ganzen Gebäuden, innere oder äußere Verzierungen derselben, oder Anlagen, welche Arbeiten anderer Handwerker erfordern, in den Bereich der Aufgaben nicht gezogen werden.

Der zu Prüfende hat nur darzuthun, daß er zu dem gegebenen Grundrisse eines Gebäudes den Verband der Wände, der Träger, der Balkenlagen und des Dachs richtig anzugeben und zu zeichnen verstehe, auch die Treppen gehörig zu berechnen und die Grundrisse und Aufrisse davon anzufertigen wisse, so wie, daß er im Stande sei, außer den gewöhnlichen Verbindungsarten auch Entwürfe zu Hänge- und Sprengwerken anzufertigen.

In dem verlangten Anschlage hat derselbe für den, ihm zur Probearbeit dienenden, oder für einen anderen Bau, von welchem ihm die Zeichnungen gegeben sind, den Arbeitslohn nach Tagewerken und die erforderlichen Materialien zu berechnen.

Jedenfalls sind die Probeaufgaben so abzumessen, daß sie bei mäßiger Uebung in acht Wochen vollendet werden können.

§. 18. Die Ermittlung des Meisterbaus, welcher innerhalb des, der Kommission zugewiesenen Prüfungsbezirks auszuführen ist, bleibt dem zu Prüfenden überlassen. Dieser hat sich mit dem Bauherrn oder dem von diesem beauftragten Unternehmer, und mit einem Meister seines Handwerks wegen Ueberweisung der nöthigen Gesellen zu einigen. Vor dem Beginn des Baus muß er den Ort und den Umfang desselben dem Vorsitzenden der Kommission schriftlich, mit Beifügung einer Zeichnung, anzeigen, aus welcher die wichtigsten der dabei vorkommenden Konstruktionen zu ersehen sind. Bei der Entscheidung darüber, ob der Bau zum Meisterbaue sich eigne, hat die Kommission ihre Anforderungen auf die, bei gewöhnlichen Bauten vorkommenden Verbindungen zu beschränken, und die Ausführung besonderer Konstruktionen, wie freiliegender Balkenverbindungen, verzahnter oder verbübelter Träger und dergl. nicht zu verlangen. Die Entscheidung ist möglichst zu beschleunigen und dem Antragsteller jedenfalls innerhalb der nächsten vier Wochen nach dem Eingange der Anzeige mit der Bestimmung bekannt zu machen, welchen einzelnen, besonders wichtigen Theil der Arbeit er als Probestück selbst, ohne andere als die ganz unentbehrliche Arbeitshülfe, ausführen soll. Derselbe hat die Ausführung des ganzen Meisterbaus allein und insbesondere ohne Beihülfe eines Politers zu leiten.

§. 19. Wählt

§. 19. Wählt der zu Prüfende einen Meisterbau, welcher zwar innerhalb des Prüfungsbezirks, jedoch außerhalb des, zum Sitz der Kommission bestimmten Orts ausgeführt werden soll, so ist die Kommission befugt, einen anderen, in jenem Orte oder doch in mäßiger Entfernung von demselben zur Ausführung kommenden Bau, zum Meisterbau zu bestimmen. Sie hat dann die erforderliche Zustimmung des beteiligten Bauherrn oder des Unternehmers ihrerseits herbeizuführen, und die Ueberweisung der nöthigen Arbeitshilfe zu vermitteln. Im Uebrigen sind die Bestimmungen des §. 18 auch für den, von der Kommission zu wählenden Meisterbau maßgebend.

Die Kommission darf auch nur innerhalb der dort vorgeschriebenen vierwöchentlichen Frist von dieser Befugniß Gebrauch machen. Findet sie dazu keine bereite Gelegenheit, so ist dem zu Prüfenden die Ausführung des von ihm gewählten Baus, sofern dieser den Erfordernissen des §. 18 genügt, ohne Aufenthalt zu gestatten.

§. 20. Während der Ausführung des Meisterbaus ist darüber zu wachen, daß der zu Prüfende sich unzulässiger fremder Hülfe nicht bediene. Für die, in dieser Hinsicht erforderliche Beaufsichtigung hat die Kommission Sorge zu tragen. Es bleibt ihr anheim gegeben, jene Beaufsichtigung einem oder mehreren ihrer Mitglieder, oder, wenn für diese die Baustelle zu entlegen ist, einem in deren Nähe wohnenden Meister zu übertragen, welcher dann die von ihm während des Baus gemachten Wahrnehmungen der Kommission schriftlich anzuzeigen hat. In keinem Falle ist dem zu Prüfenden die Erstattung der zum Zwecke seiner Ueberwachung unvermeidlich aufgewendeten Kosten anzufinnen, welche aus den Prüfungs-Gebühren zu decken sind.

§. 21. Die Abnahme des Meisterbaus besorgen der Baubeamte und die Meister. Bei der Besichtigung des Baus muß der zu Prüfende zugezogen werden. Die bemerkten Mängel der Arbeit sind ihm auf der Baustelle vorzuhalten; seine Erklärungen darüber sind zu Protokoll zu nehmen.

§. 22. Erklärt der zu Prüfende nach erfolgter mündlicher Prüfung und nach Aushandlung der schriftlichen Probe-Aufgabe, einen Meisterbau im Bezirke der Kommission nicht ermitteln zu können, und wird ihm ein solcher auch von der Kommission binnen vier Wochen nach jener Erklärung nicht angewiesen, so ist ihm gestattet, diesen Theil der Prüfung bei einer andern Kommission, deren Bezirk zur Ausführung des Meisterbaus Gelegenheit darbietet, abzulegen. In diesem Falle sind die Prüfungsverhandlungen und die Probe-Arbeiten an die zuletzt gedachte Kommission zur weiteren Veranlassung zu übersenden.

Diese Kommission hat, wenn sie den vorgeschlagenen Bau zum Meisterbau geeignet findet, die Prüfung eben so, als ob diese von ihr selbst eingeleitet wäre, zu erledigen.

Inbesondere

Insbefondere hat sie dem Meisterbau nach den Bestimmungen der §§. 20 und 21 zu beaufsichtigen und abzunehmen, über das Ergebniss der ganzen Prüfung mit Berücksichtigung der ihr zugesetzten Verhandlungen und der Probe-Arbeiten nach §. 14 Beschlus zu fassen und nach Befinden bei der vorgesetzten Regierung die Ertheilung des Befähigungszeugnisses zu beantragen. Die Kommission, welche die Prüfung eingeleitet hat, ist in dem vorausgesetzten Falle verpflichtet, der Kommission, welche die Prüfungsangelegenheit erledigt, die Hälfte der Prüfungsgebühren zu überweisen.

§. 23. Bei der Prüfung der Maurer kommen die Bestimmungen der §§. 15, 19, 20, 21, 22 ebenfalls zur Anwendung.

II.
Der Maurer.

§. 24. Bei der mündlichen Prüfung ist eine, dem Zwecke entsprechende Anzahl von Fragen über einen Theil der nachstehend bezeichneten Gegenstände an den zu Prüfenden zu richten:

- 1) Flächenberechnung des Parallelogramms, des Dreiecks und des Trapezes aus Grundlinien und Höhen; Umfangs- und Flächenberechnung des Kreises aus dem Halbmesser; ferner des Kreisbogenschnitts aus dem zugehörigen Mittelpunktswinkel und dem Halbmesser; Flächenberechnung eines nach vorgeschriebenem Maßstabe in Zeichnung gegebenen unregelmäßigen Vierecks; Berechnung des Inhalts und der Begrenzungsflächen des Prismas, der Pyramide und des Cylinders bei senkrechter Stellung;
- 2) Auftragen gradliniger Figuren nach gegebenen Bestimmungsflächen und Bedingungen;
- 3) Erklärung vorgelegter Zeichnungen, welche auf die bei dem Land- und Brückenbau vorkommenden Maurerarbeiten sich beziehen;
- 4) Kennzeichen der guten und schlechten Beschaffenheit der Materialien zu den Maurerarbeiten; Zubereitung des Mörtels, Cements und Wasserfritts;
- 5) Untersuchung des Baugrunds; Beschreibung und Anwendung der dabei zu benutzenden Werkzeuge;
- 6) Verfahren bei der Absteckung eines Gebäudes auf der Baustelle; Einrichtung der Leeren, Stichmaße und Eintheilungsblatten; Aufstellung der Gerüste;
- 7) Berechnung der erforderlichen Stärke der Mauern, nach Maßgabe ihrer Höhe;
- 8) Regeln für die Zubereitung und Aufstellung der Leerbogen für die Dache der Gewölbe und der Widerlager;
- 9) Angabe der Verbände bei Mauern von natürlichen Bausteinen und Mauerziegeln, bei Schornsteinen, Feuerungen, Rauchmänteln, Gewölben, schiefrechten Bögen und Stichlappen;
- 10) Verfahren bei der Anfertigung geröhrter Decken, gemauerter und anderer Gefimse; Einrichtung der Schalonen;

- 11) Eindeckung der Ziegeldächer, Dachlaken, Rinnen, Hohlkehlen, Korste und Grabe;
- 12) Behandlung der Werkstücke bei den im Bezirke der Kommission üblichen Arten der Bearbeitung; Verhalten der dort zu Werkstätten gewöhnlich verwendeten Steine unter der Einwirkung der Kälte und Wärme, der Nässe und Trockenheit; Mittel zur Entdeckung verborgener Fehler an äußerlich fehlerfrei erscheinenden Steinen, und zur möglichen Beseitigung der Nachtheile solcher Fehler; Angabe des Verfahrens bei dem Austragen der Lehebreiter zu Gewölbesteinen und ähnlichen Bausteinen; Kenntniß der zum Transport und zum Heben der Werkstücke erforderlichen Vorrichtungen; Verfahren bei dem Vermauern, Versetzen, Vergießen, Verklammern und Verdübeln der Werkstücke; Zusammensetzung und Zubereitung des Verbindungs-Materials;
- 13) Verfahren bei der Anfertigung gemauelter Brunnenkeffel;
- 14) Fragen über Fälle, in welchen die Maurer- und Zimmer-Arbeiten bei der Ausführung sich gegenseitig bedingen (z. B. bei Verkümpfungen zu den Feuerungs-Anlagen, bei der Legung von Fußböden über Gewölben, bei der Anbringung von Balkenankern und dergleichen);
- 15) Regeln, nach welchen beim Bauen Feuerunsicherheit und Verinträchtigung der Nachbarn zu vermeiden ist; Kenntniß der in Bezug auf die Baupolizei bestehenden Gesetze, so wie der im Bezirke der Kommission gültigen baupolizeilichen Vorschriften.

Bei der Stellung der Fragen sind überall die im Bezirke der Kommission gebräuchlichen Materialien, Konstruktionen und Benennungen zu berücksichtigen. Bei den Berechnungen sind preussische Maße als Einheiten anzunehmen.

§. 25. Als Probearbeit (§. 8 b.) ist dem zu Prüfenden die Anfertigung der Zeichnung und des Anschlags von demjenigen Theile eines Bauplans aufzugeben, welcher in sein Fach einschlägt. Bei der Bestimmung dieser Probaufgabe muß das, was Sache eines Baumeisters ist, sorgfältig von den Einrichtungen eines Maurermeisters unterschieden, und es dürfen Einrichtungen zu ganzen Gebäuden, innere oder äußere Verzierungen derselben, oder Anlagen, welche Arbeiten anderer Handwerker erfordern, in den Bereich der Aufgaben nicht gezogen werden. Der zu Prüfende hat nur darzuthun, daß er zu den ihm angegebenen Einrichtungen eines Gebäudes den Grundriß und die Profile mit den vorkommenden Gewölben und Feuerungsanlagen zu zeichnen verstehe, und daß er im Stande sei, die richtige Konstruktion von Haupttheilen eines Gebäudes, z. B. der Fundament- und anderen Mauern, der Gewölbe, der Feuerungsanlagen u. s. w., anzugeben und durch Zeichnungen zu erläutern.

In dem verlangten Anschlage hat derselbe für den ihm zur Probearbeit dienenden, oder für

für einen anderen Bau, von welchem ihm die Zeichnungen gegeben sind, den Arbeitslohn nach Tagewerken und die erforderlichen Materialien zu berechnen.

Jedenfalls sind die Probeaufgaben so abzumessen, daß sie bei mäßiger Uebung in acht Wochen vollendet werden können.

§. 26. Die Ermittlung des Meisterbaus, welcher innerhalb des der Kommission zugewiesenen Prüfungsbezirks auszuführen ist, bleibt dem zu Prüfenden überlassen. Dieser hat sich mit dem Bauherrn, oder dem von diesem beauftragten Unternehmer, und mit einem Meister seines Handwerks wegen Ueberweisung der nöthigen Gesellen zu einigen. Vor dem Beginn des Baus muß er den Ort und den Umfang desselben dem Vorstehenden der Kommission schriftlich, mit Beifügung einer Zeichnung anzeigen, aus welcher die wichtigsten der dabei vorkommenden Konstruktionen zu ersehen sind. Bei der Entscheidung darüber, ob der Bau zum Meisterbau sich eigne, hat die Kommission darauf zu sehen, daß bei demselben Feuerungsanlagen und Abflüsse gewöhnlicher Art vorkommen. Dagegen sind Konstruktionen, welche, wie schwierige Kreuzgewölbe und dergleichen, nur in besonderen Fällen angewendet werden, nicht zu verlangen. Die Entscheidung ist möglichst zu beschleunigen, und dem Antragsteller, jedenfalls innerhalb der nächsten vier Wochen nach dem Eingange der Anzeige, mit der Bestimmung bekannt zu machen, welchen einzelnen, besonders wichtigen Theil der Arbeit der zu Prüfende als Probefstück selbst, ohne andere als die ganz unentbehrliche Arbeitshilfe, ausführen soll. Derselbe hat die Ausführung des ganzen Meisterbaus allein, und insbesondere ohne Beihülfe eines Politers, zu leiten.

§. 27. Die mündliche Prüfung ist auf folgende Gegenstände zu richten:

- 1) Flächenberechnung des Parallelogramms, des Dreiecks und des Trapezes aus Grundlinien und Höhen; Umfangs- und Flächenberechnung des Kreises aus dem Halbmesser, des Kreisabschnitts aus dem zugehörigen Mittelpunktswinkel und dem Halbmesser; Flächenberechnung eines, nach vorgegebenem Maßstabe in Zeichnung gegebenen, unregelmäßigen Vielecks; Berechnung des Inhalts und der Begrenzungsflächen des Prismas, der Pyramide und des Cylinders bei senkrechter Stellung und der Kugel;

- 2) Erklärung vorgelegter Zeichnungen:

- a. von einer der drei Säulenordnungen;
- b. von einem aus Stein zu fertigenden Tonnen-, Kuppel-, Kreuz- oder Scheitresten-Gewölbe;
- c. von einer aus Stein zu fertigenden Treppe, deren Stufen gerade oder gewunden, zwischen Wangen liegend oder frei sich selbst tragend, sein dürfen;

(2)

3) Angabe

III.
Der Steinhauer
(Steinmetz).

- 3) Angabe des Verfahrens beim Austragen der Lehrbretter eines in der Zeichnung zu b. zu bestimmenden Gewölbekeins;
- 4) Eigenschaften der, im Bezirke der Kommission zu Werkstücken gewöhnlich verwendeten Steine; Verhalten derselben unter der Einwirkung der Kälte und Wärme, der Nässe und Trockenheit; Rücksichten, welche bei der Bearbeitung und beim Versetzen von Werkstücken auf die natürliche Lage des Steines zu nehmen sind; Mittel zur Entdeckung verborgener Fehler an äußerlich fehlerfrei erscheinenden Werkstücken und zur möglichsten Beseitigung der Nachtheile solcher Fehler; Zusammensetzung und Bereitung des Verbindungs-Materials;
- 5) Kenntniß der, im Bezirke der Kommission üblichen Arten der Bearbeitung von Werkstücken; der, zum Transport und zum Heben der Werkstücke erforderlichen Vorrichtungen; Verfahren bei dem Versetzen, Beklammern, Verbübeln und Vergießen derselben; Bekleidung der, aus natürlichen Bausteinen oder aus Ziegeln gefertigten Mauern mit Werkstücken.

Bei der Stellung der Fragen sind überall die im Bezirke der Kommission gebräuchlichen Materialien, Konstruktionen und Benennungen zu berücksichtigen und für die aufgegebenen Berechnungen preussische Maße als Einheiten zu wählen.

§. 28. Als Probearbeit (§. 8 b.) ist die Anfertigung einer Zeichnung und eines Kostenschlages zu liefern.

Der zu Prüfende hat, nach Bestimmung der Kommission von einem der, im §. 27 zu 2 a. b. c. erwähnten Gegenstände

- a) eine Zeichnung des Grundrisses, des Durchschnitts und der äußeren Ansicht,
- b) einen Kostenschlag, in welchem Arbeitslohn und Materialien nach den, im Bezirke der Kommission üblichen Grundsätzen und Preisen berechnet sind,

anzufertigen.

§. 29. Als Meisterarbeit (§. 8 c.) hat derselbe

- a) ein Modell aus Gyps oder feinkörnigem Sandstein mit Bezeichnung des Fugenschnitts anzufertigen, und
- b) ein oder einige Werkstücke zu einem schiefen Gewölbe oder zu einer gewundenen Treppe nach von ihm selbst ausgetragenen Lehrbrettern elghändig zu bearbeiten.

Die größte Abmessung des Modells darf 5 Fuß nicht überschreiten.

§. 30. Wenn der Vorstehende die Werkstatz zur Anfertigung des Modells und der Werkstücke nicht anweist, hat sich der zu Prüfende dieselbe zu beschaffen.

§. 31. Will der Kandidat die Prüfung im Schieferdecker- und im Ziegeldecker-Ge-

weibe

werbe zugleich bestehen, so muß der bei derselben zugezogene Meister zum selbstständigen Betriebe beider Gewerbe befugt sein, oder es muß von jedem dieser Gewerbe ein Meister zugezogen werden.

§. 32. Die Prüfung der Schieferdecker und Ziegeldecker erfolgt mündlich und durch Aufgabe der Ausführung einer praktischen Arbeit.

Die mündliche Prüfung ist auf folgende Gegenstände zu richten:

- 1) Berechnung des, zur Eindeckung einer gegebenen Dachfläche erforderlichen Materials;
- 2) Kennzeichen der guten und schlechten Beschaffenheit der, bei den Arbeiten der Schieferdecker oder Ziegeldecker zu verwendenden Materialien, der Tragfähigkeit der Dachlatten und Schaalbretter mit Rücksicht auf das anzuwendende Deckungsmaterial;
- 3) Einrichtung und Befestigung der, zum Dachdecken erforderlichen Gerüste;
- 4) Regeln, nach welchen beim Eindecken der Dächer auf Schutz gegen Feuergefährdung Rücksicht zu nehmen ist

Bei der Stellung der Fragen ist darauf Rücksicht zu nehmen, ob die Prüfung nur auf ein oder auf beide Gewerbe gerichtet wird. Auch dürfen die Fragen nur auf die, im Bezirke der Kommission gebräuchlichen Materialien und auf die dort üblichen Arten der Dachdeckung sich beziehen.

§. 33. Als praktische Arbeit hat der zu Prüfende innerhalb des Bezirks der Kommission ein Dach, bei welchem Grade, Kehlen und Dachsenker vorkommen, einhändig mit Schiefer oder mit Ziegeln einzudecken, je nachdem er die Befähigung zum Betriebe des Schieferdecker- oder des Ziegeldecker-Gewerbes, und mit beiderlei Material, wenn er die Befähigung für den Betrieb beider Gewerbe nachweisen will

Die Ermittlung der Gelegenheit zur Ausführung der Arbeit bleibt ihm überlassen; er muß jedoch vor deren Beginn den Ort und den Umfang derselben dem Vorstehenden schriftlich, mit Beifügung einer Handzeichnung, anzeigen. Bringt er eine Arbeit innerhalb des Bezirks, jedoch außerhalb des Sitzes der Kommission in Vorschlag, so ist diese befugt, die Ausführung einer anderen im Orte, oder doch in mäßiger Entfernung, zu verlangen. Die Kommission hat dann die erforderliche Zustimmung des beteiligten Bauherrn, oder des von diesem beauftragten Unternehmers, ihrerseits herbeizuführen. Dieselbe muß jedoch ihre Entscheidung darüber, ob die in Vorschlag gebrachte Arbeit zur praktischen Arbeit sich eigne, jedenfalls innerhalb der nächsten 3 Wochen, nach dem Eingange der Anzeige, dem zu Prüfenden zugehen lassen, darf auch, nur innerhalb desselben Frist von der Befugniß Gebrauch machen, statt der, von dem zu Prüfenden gewählten, eine andere Arbeit zu bestimmen.

§. 34. Die Bestimmungen der §§ 20 und 21 finden mit der Maßgabe Anwendung, daß

daß der zu Prüfende sich nur der, ganz unentbehrlichen Hilfe von Handlangern bedienen darf, und daß, wenn bei der Prüfung kein Meister theilhaftig ist (§. 3), die Abnahme der praktischen Arbeit durch den Baubeamten allein zu bewirken ist.

V.
Der Mühlen-
bauer.

§. 35. Bei der mündlichen Prüfung ist eine, dem Zwecke entsprechende Anzahl von Fragen über einen Theil der nachstehend bezeichneten Gegenstände an den zu Prüfenden zu richten:

- 1) Kenntniß des Rechnens mit Brüchen, so wie Ausziehen der Quadrat- und Kubik- Wurzeln;
- 2) Umfangs- und Flächenberechnung des Kreises aus dem Halbmesser, des Kreisabschnitts aus dem zugehörigen Mittelpunktswinkel und Halbmesser, des Kreisabschnitts aus der zugehörigen Sehne und der Höhe des Bogens; Berechnung des Inhalts und der Begrenzungsflächen des Prisma, des Cylinders, der Pyramide, des Kegels bei senkrechter Stellung und der Kugel;
- 3) Auftragen gradliniger Figuren nach gegebenen Bestimmungsstücken und Bedingungen, desgleichen verschiedener Kreisbögen mit gemeinschaftlicher Tangente je zweier zusammenstoßender Bögen aus gegebenen Mittelpunkten;
- 4) Erklärung vorgelegter Zeichnungen, welche auf den Mühlenbau sich beziehen, mit Hinsicht auf die Vorrichtungen, durch welche eine gegebene bewegende Kraft wirksam gemacht und verwendet werden kann; dahin gehören: ober-, mittel- und unterschlächtige Wasserräder, Windmühlenflügel, Krummzapfen, Schwüngräder und Schwungkolben, cylindrische und konische Triebäder, Riemenscheiben, Getriebe und Kumpfe;
- 5) Verfahren bei der Anfertigung und Auflagerung oder Aufstellung der Wellen (Pfannen- und Zapfenlager, Angewelle, Stoß- und Ziehpfanzen), desgleichen bei der Anfertigung und Befestigung der Räder;
- 6) Konstruktion der Betriebs- und der Frei-, Einlaß- und Stau-Ärchen, Beschreibung ihrer einzelnen Theile, als: der Spitz- und Spundpfähle, der Haupt- und der übrigen Grundbalken, der Grieswerke, der Böden, der Wände, der Spannbalken oder Anker, der Lauf- oder Fahrbrücken über verglichenen Ärchen; Angabe der Rücksichten, welche beim Ärchenbau auf Beschaffenheit des Baugrunds und Größe des Gefälls zu nehmen sind;
- 7) Anlegung der verschiedenartigen Gerinne für ober- und unterschlächtige Räder; der Kropfgerinne, der beweglichen oder Schwimmergerinne, der zu allen diesen Gerinnen gehörigen Schüße und der Wasserbänke;
- 8) Konstruktion gewöhnlicher Wassermühlen-Gebäude im Fachwerk, imgleichen der Windmühlen-Gebäude mit und ohne Gallerien;

9) Schätzung

- 9) Schätzung der verschiedenen Kräfte und der Geschwindigkeiten, mit welchen sie am Vortheilhaftesten wirken können, also der Wassermengen nach dem Profil eines Wasserlaufs und nach einfachen Messungen der darin stattfindenden Bewegung, oder nach Inhalt der Schützöffnung und mittlerer Druckhöhe; der Geschwindigkeit, mit welcher das Wasser auf die Schaufeln oder in dieellen der Räder fällt; der Kraft des Windes gegen die Fläche des Hebzuges; Auskunft über vortheilhafte Stellung der Heden (Schiden);
- 10) Kenntniß der, beim Bau der Arden und Gerinne, so wie der, zu den verschiedenen Vorrichtungen in Anwendung kommenden Holzarten; Kenntniß von den Merkmalen der Güte und von der Vorbereitung des Holzes und Eisens zu zweckmäßiger Verwendung;
- 11) Kenntniß von der Einrichtung und Anordnung der verschiedenen Mühlen, und zwar:
- a. von den Mühlengerüsten in Mähl-, Graupen-, Holzschneide-, Del- und Balk-Mühlen;
 - b. von den Mühlensteinen aus verschiedenen Steinarten, deren Bearbeitung (beziehungsweise Zusammensetzung aus mehreren Stücken) und Schärfung; von dem Einsetzen der Hane und Schlagringe; von den verschiedenen Sichte- und Siebwerken; von den Sägegattern mit einer oder mehreren Sägen; den Schiebzeugen und Raddäusen;
 - c. von der Form der Hebedaumen und deren Vertheilung auf der Mantelfläche der Welle; von der Einrichtung der Stampfen und Hämmer; von der Verzahnung der Hämmer; von den Grubenstöcken und Stampfströgen; von der Form der Gruben und dem Profil der Stampflöcher, von den Presswerken mit Kamm- und Schlägelzeugen in Delmühlen.

Bei der Stellung der Fragen zu 11 a. b. c. sind nur diejenigen Gattungen von Mühlenwerken zu berücksichtigen, mit deren Konstruktion der zu Prüfende nach seiner Angabe vertraut ist, und es genügt in dieser Hinsicht, wenn derselbe den Bau

von Getreide-, Mähl- und Graupen-, so wie von Holzschneide-Mühlen,
oder

von Del- und Balk-Mühlen

versteht. Die Kenntniß anderer als der im Bezirke der Kommission üblichen Konstruktionen und Benennungen ist nicht zu verlangen.

Bei den Berechnungen sind preussische Maße als Einheiten anzunehmen.

Fragen, zu deren Lösung Kenntnisse der Trigonometrie, Statik, Hydrostatik, Aerometrie, Mechanik, Hydrodynamik oder Physik nöthig sind, bleiben ausgeschlossen. §. 36. 118

§. 36. Als Probearbeit (§. 8 h.) sind die Zeichnungen und Anschläge zu dem Bau eines Mühlenwerks anzufertigen, welches von der Kommission nach den, am Schlusse des §. 35 angegebenen Rücksichten zu bestimmen ist.

Die Grundrisse der Profile sind nach dem Maßstabe von $\frac{1}{21}$, $\frac{1}{10}$ oder $\frac{1}{4}$ der wirklichen Länge, diejenigen Theile aber, welche sich danach nicht deutlich genug darstellen lassen, nach angemessenen größeren Maßstäben besonders zu zeichnen.

In dem Anschlage hat der zu Prüfende den Arbeitslohn nach Tagewerken und die erforderlichen Materialien zu berechnen.

Die Probeaufgabe ist so abzumessen, daß sie bei mäßiger Uebung in sechs Wochen vollendet werden kann.

§. 37. Findet der zu Prüfende Gelegenheit, den Neu- oder Umbau eines Mühlenwerks in dem Orte, in welchem die Kommission ihren Sitz hat, oder in dessen Nähe, zu übernehmen, so kann er bei der Kommission darauf antragen, daß ihm gestattet werde, den näher zu bezeichnenden und durch Einreichung einer Zeichnung zu erläuternden Bau als Probekbau auszuführen. Die Kommission hat dann darüber zu wachen, daß der Antragsteller bei der Bauausführung anderer Hülfe als der ganz unertheillichen Mitwirkung von Gesellen sich nicht bediene. Kann eine solche Ueberwachung wegen zu großer Entfernung der Baustelle vom Sitze der Kommission ohne Aufwendung besonderer Kosten nicht stattfinden, und auch ein anderer geeigneter Probekbau nicht ermittelt werden, dann hat der zu Prüfende statt dessen

- 1) ein Paar konische Räder, deren Durchmesser sich zu einander wie 1 zu 3 verhalten und von welchen das kleinere mindestens 1 Fuß im Durchmesser hat, aus Holz (mit hölzernen Zähnen und Armen), und, nach näherer Bestimmung der Kommission,
 - 2) ein Holzmodell von einem Theile einer Mühle, nach dem Maßstabe von $\frac{1}{12}$ der natürlichen Größe (z. B. von dem inneren Werke einer Windmühle, von einem radschlächfigen Wasserrade nebst dazu gehörenden Theile des Zu- und Abfluß-Werthes, von einem Sichtwerke, Stampfwerke und dergl.),
- unter deren Aufsicht eigenhändig anzufertigen.

Der Kandidat hat sich das, zur Ausführung dieser Arbeiten erforderliche Lokal, wenn ihm solches nicht von dem Vorsitzenden angewiesen wird, und die nöthigen Werkzeuge und Materialien zu besorgen.

Die Beichtigung des Probekbaus oder der nach 1 und 2 angefertigten Probestücke erfolgt durch die versammelte Kommission. Dabei hat dieselbe den Geprüften zuzuziehen,
auf

auf die etwa vorgefundnen Mängel der Arbeit hinzuweisen, und seine Erklärung hierüber zu Protokoll zu nehmen.

§. 38. Die mündliche Prüfung ist auf folgende Gegenstände zu richten:

VI.
Der Brunnen-
bauer.

- 1) Kenntniß des Rechnens mit Brüchen, und des Ausziehens der Quadratwurzel;
- 2) Berechnung des Inhalts und der Begrenzungsfläche des Prismas und des Cylinders bei senkrechter Stellung;
- 3) Auftragen geradliniger Figuren nach gegebenen Bestimmungsstücken und Bedingungen;
- 4) Erklärung vorgelegter Zeichnungen, welche auf den Bau von Brunnen mit Saug- und Druckwerken sich beziehen;
- 5) Rücksichten, welche bei der Auswahl der Stellen zur Anlage von Brunnen zu nehmen sind, Mittel zum Auffinden der geeignetsten Stellen;
- 6) Verfahren beim Senken der Brunnen durch verschiedene Erdarten auf Kränzen; beim Abteufen eines Brunnenschachts und Aufmauern des Kessels mit natürlichen Bausteinen oder mit Ziegeln; beim Ausschürzen der Brunnenkessel in Holz, und bei der Anfertigung der hölzernen Brunnenkästen;
- 7) Konstruktion der Saug- und der Druckwerke in der Anwendung auf Brunnen und Wasserleitungen; Darstellung der Saug- und Druckkolben, der Ventile, der Zug- und Druckstangen; Aufstellung und Verbindung der Pumpenverlegungen aus vorhandenen Brunnenkesseln; der Pumpen zur Bewältigung des Grundwassers in Baugruben und zu ähnlichen vorübergehenden Zwecken;
- 8) Mittel zur Verbesserung der Brunnen, welche trübes Wasser geben; zur Ausbesserung schadhafter Brunnenkessel und Pumpenröhren; Vorsichtsmaßregeln gegen die Wirkungen verdorbener Luft bei der Ausbesserung tiefer Brunnen;
- 9) Eigenschaften der zu Röhrenleitungen benutzten Materialien (Holz, Stein, gebrannter Thon, Blei, Eisen); Anlage von Röhrenleitungen und Verbindung der einzelnen Röhrentheile nach der Verschiedenheit des Materials; Rücksichten, welche auf Sicherung gegen Frost und bei hölzernen Röhren gegen Fäulniß zu nehmen sind; Vorrichtungen zum Entweichen der Luft aus Röhren, welche abwechselnd steigen und fallen, und zur Ansammlung der Unreinigkeiten, welche das Wasser etwa mit sich führt.

Bei der Stellung der Fragen ist auf die, im Bezirke der Kommission bei dem Bau der Brunnen zur Anwendung kommenden Konstruktionen und Materialien, und auf die dort gebräuchlichen Benennungen Rücksicht zu nehmen.

§. 39. Als Probe-Arbeit (§. 8 b.) ist zu liefern die Veranschlagung:

Beil. 1. Amtbl. Nr. 52. Dritter Bogen.

3

1) eines,

- 1) eines, mit natürlichen Bausteinen oder mit Ziegeln ausgelegten Brunnens von geeigneter Tiefe;
- 2) und Zeichnung einer aufgesetzten Saugpumpe, welche das Wasser 36 bis 40 Fuß hoch zu heben hat, und mit einer, nach verschiedenen Winkeln gehenden Verlegung vom Brunnenstempel, in Verbindung steht.

§. 40. Als Probebau ist ein gemauerter oder ausgezimmelter Brunnen von derjenigen Tiefe, bis zu welcher die, im Bezirke der Kommission üblichen Brunnen gesenkt zu werden pflegen, und eine gewöhnliche hölzerne Pumpe anzufertigen.

Die Ermittlung des Probebaus, welcher in dem erwähnten Bezirke auszuführen ist, bleibt dem zu Prüfenden überlassen, welcher vor dem Beginne der Arbeit den Ort des Baus mit Angabe der Dimensionen, dem Vorsiehenden der Kommission anzuzeigen hat. Die Entscheidung darüber, ob der Bau zum Probebau sich eignet, ist möglichst zu beschleunigen, und dem Antragsteller jedenfalls innerhalb der nächsten vier Wochen nach dem Eingange der vorstehend erforderlichen Anzeige bekannt zu machen.

§. 41. Rücksichtlich des Probebaus kommen die Vorschriften der §§. 19, 20, 21, 22 mit der Maßgabe zur Anwendung, daß derselbe von den beiden technischen Mitgliedern der Kommission abzunehmen ist.

C. Bestimmungen in Betreff der, unter den einzelnen Gewerben begriffenen Verrichtungen.

§. 42. Bei der Entscheidung darüber, welche Arbeiten von den, im Eingange genannten Handwerkern gemacht werden dürfen, hat der Gewerberath, oder, wo ein solcher nicht besteht, die Kommunalbehörde (§§. 22, 28 der Verordnung vom 9ten Februar 1849) den Umfang derjenigen Arbeiten zu berücksichtigen, auf welche die Prüfungen nach der gegenwärtigen Verordnung gerichtet werden sollen.

§. 43. Zimmerarbeiten, welche zugleich zu den Gegenständen der Meisterprüfung der Mühlenbauer oder der Brunnenbauer gehören, dürfen sowohl von solchen, als von Zimmermeistern ausgeführt werden.

Alle beim inneren Ausbau der Gebäude vorkommenden Holzarbeiten an Treppen, Fußböden, Bertafelungen, Thüren, Fenstern u. s. w. dürfen auch von Zimmermeistern angefertigt werden.

§. 44. Von den, unter dem Zimmergewerbe begriffenen Arbeiten dürfen nachstehende auch von ungeprüften Personen ausgeführt werden:

- 1) die

- 1) die Anfertigung und Aufstellung von Stacketen, Bretter- und Lattenzäunen, Presspfählen, Krögen, Krippen und ähnlichen Gegenständen;
- 2) die Ausbesserung von Brücken-Belägen und Brücken-Geländern;
- 3) die Herstellung von Verschlügen; von einzelnstehenden kleinen Säulen und ähnlichen kleinen wirtschaftlichen Behältern; die Anfertigung und Befestigung von äußeren und inneren Bretterverkleidungen, von Dielungen, Thüren und Fensterlaben, sofern diese Gegenstände einfach durch Nagelung zusammengesügt und befestigt werden;
- 4) die Anfertigung von hölzernen Treppen vor den Häusern;
- 5) die Reparatur von Dachbelastungen.

Wer sich mit dergleichen Arbeiten beschäftigt, ohne das Befähigungszeugniß zum selbstständigen Betriebe des Zimmergewerbes zu besitzen, ist als Zimmermeister nicht anzusehen, und nicht befugt, Lehrlinge in dem Zimmergewerbe auszubilden.

§. 45. Maurermeister sind auch das Ziegelbrenner-Gewerbe zu betreiben berechtigt, und ohne Ablegung der Steinhauer- (Steinmetz-) Prüfung befugt, Werkstücke jeder Art zu richten, zu vermauern, zu versehen, zu vergießen, oder sonst bei ihren Bauausführungen zu verwenden.

Maurerarbeiten, welche zugleich zu den Gegenständen der Meisterprüfung der Steinhauer (Steinmetz) oder der Brunnenbauer gehören, dürfen sowohl von Meistern des betreffenden Handwerks, als von Maurermeistern ausgeführt werden.

Maurermeister dürfen sich auch mit dem Aufsetzen von Oefen und Feuerherden beschäftigen.

§. 46. Von den unter dem Maurergewerbe begriffenen Arbeiten dürfen nachstehende auch von ungeprüften Personen ausgeführt werden:

- 1) die Ausbesserung von Mauern, mit Ausschluß jedoch der Ufermauern und solcher Futtermauern, welche zur Sicherung von Landstraßen dienen oder Gebäude tragen;
- 2) die Erneuerung einzelner ausgefallener Dachziegel;
- 3) die Belegung der Fußböden mit Steinen, Platten, Ziegeln, Fliesen oder Estrich;
- 4) das Bewerfen, Abputzen und Färben (Anstrichen) aller inneren und äußeren Gebäudetheile.

Wer sich mit dergleichen Arbeiten (1 bis 4) beschäftigt, ohne das Befähigungszeugniß zum selbstständigen Betriebe des Maurergewerbes zu besitzen, ist als Maurermeister nicht anzusehen und nicht befugt, Lehrlinge in dem Maurergewerbe auszubilden.

§. 47. Die Bestimmungen des §. 45 der Gewerbe-Ordnung und des §. 24 der Verordnungs vom 9ten Februar 1849 finden fortan auf diejenigen Anwendung, welche sich gewerbmäßig

werbemäßig und selbstständig mit der Errichtung von Bauwerken oder einzelner Theile von Bauwerken aus Werkstätten, oder mit der Zurichtung von Werkstätten zu Gewölben oder zu gewundenen Treppen beschäftigen wollen.

Wer jedoch bei Erlaß dieser Verordnung mit dem Zurichten von Werkstätten sich gewerbemäßig und selbstständig beschäftigt, darf das Gewerbe, auch wenn er die Anmeldung desselben bei der Kommunalbehörde (§§. 22, 23 der Gewerbe-Ordnung) unterlassen, und die Steinbauer- (Steinmetz-) Prüfung nicht bestanden hat, ohne Beschränkung auf Werkstätten gewisser Art ferner betreiben.

§. 48. Mit der Zurichtung anderer als der im §. 47 bezeichneten Werkstätten und mit der Bearbeitung von Steinen zu sonstigen Zwecken, z. B. zu Platten, Rinnen, Trögen, Presssteinen, Mühlesteinen, Tischen, Bänken, Grabsteinen und dergl., darf ein Jeder, auch ohne vorgängigen Nachweis einer gewerblichen Befähigung sich beschäftigen.

§. 49. Die Deckung der Dächer mit Schindeln, Stroh, Rohr oder anderen Materialien, als Schiefer oder Ziegeln, gehört nicht zu denjenigen Arbeiten, welche nur den geprüften Schieferdeckern oder Ziegeldeckern zustehen.

Auch darf die Erneuerung einzelner ausgefallener Schiefer oder Ziegel von ungeprüften Personen verrichtet werden.

§. 50. Bei Arbeiten an äußeren Gebäudetheilen darf sich außer den Zimmer-, Maurer-, Steinhauer- (Steinmetz-) Schieferdecker- oder Ziegeldecker-Meistern, ohne Erlaubniß der Ortspolizei-Behörde Niemand stehender oder fliegender Gerüste bedienen. In welcher Weise, vor Ertheilung dieser Erlaubniß die, für die Anwendung von Gerüsten in sicherheitspolizeilicher Hinsicht erforderliche Zuverlässigkeit und Geschicklichkeit nachzuweisen ist, haben die Ortspolizei-Behörden, resp. die Regierungen, zu bestimmen.

§. 51. Die Bestimmungen des §. 45 der Gewerbe-Ordnung und des §. 24 der Verordnung vom 9ten Februar 1849 finden fortan auf Diejenigen Anwendung, welche sich gewerbemäßig und selbstständig mit der Errichtung von Wasser- oder Windmühlen oder der dazu gehörenden Triebwerke beschäftigen wollen.

§. 52. Mit der Ausbesserung und Erneuerung schadhafter Räder und Triebwerke, mit Einschluß der Wasserräder und der Windmühlensflügel, dürfen auch Zimmermeister und Müllermeister sich beschäftigen.

§. 53. Diejenigen, welche bei Erlaß dieser Verordnung mit einem Erlaubnißscheine zur Ausführung von Mühlen-Gliedarbeiten versehen sind, dürfen schadhafte Mühlenräder und Triebwerke, mit Einschluß der Wasserräder und der Windmühlensflügel, erneuern und ausbessern.

§. 54. Die

§. 54. Die Errichtung anderer als der im §. 51 erwähnten Mühlen- und Triebwerke ist zu den Berrichtungen, welche nur geprüften Mühlenbauern zustehen, nicht zu rechnen. Dasselbe gilt von der Anfertigung und Aufstellung eiserner Triebwerke, Maschinen und Maschinentheile, und des dazu gehörenden Holzwerks, auch in den, im §. 51 erwähnten Mühlen.

§. 55. Das Abteufen von Brunnenschächten kann von der Orts-Polizeibehörde auch gebähten Bergarbeitern gestattet werden. Es bleibt ihr auch vorbehalten, zuverlässigen Gewerbetreibenden und Arbeitern die Ausbesserung von Röhrenleitungen, mit Einschluß der Einsetzung neuer Zwischenstücke, so wie die Anfertigung, Einsetzung und Ausbesserung stehender Pumpen und einzelner Theile derselben, ohne vorgängige Ablegung der Brunnensbauprüfung, zu gestatten. In welcher Weise vor Ertheilung einer solchen Erlaubniß die, für jene Arbeiten erforderliche Zuverlässigkeit und Geschicklichkeit festzustellen ist, haben die Orts-Polizeibehörden, resp. die Regierungen zu bestimmen.

Für die Anfertigung beweglicher Pumpen, so wie aller in Metall ausgeführten Saug- oder Druckwerke ist die Ablegung der Meisterprüfung im Brunnensbaugewerbe, oder eine besondere polizeiliche Erlaubniß nicht erforderlich.

§. 56. Die Instruktionen vom 28ten Juni 1821 in Betreff der Prüfungen der Zimmerleute, Maurer, Mühlenwerk-Versertiger und Brunnensbauer, die Instruktion vom 14ten August 1833, betreffend die Prüfung der Steinhauer (Steinmetze), die bisherigen Bestimmungen über die Prüfungen der Schieferdecker und der Ziegeldecker, desgleichen über die Ertheilung von Erlaubnißscheinen zur Ausführung von Zimmer-, Maurer- und Mühlen-Gildarbeiten, werden hierdurch aufgehoben. Erlaubnißscheine zur Berrichtung solcher Gildarbeiten sollen fortan nicht mehr ertheilt werden.

Die bestehenden Kommissionen zur Prüfung der Eingangs genannten Handwerker treten außer Wirksamkeit, sobald die nach §. 2 zu bestellenden Kommissionen eingesetzt sind.

Berlin, den 24ten Juni 1856.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

v. D. Heydt.

Vorstehende Verordnung wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die bisherigen Prüfungs-Kommissionen für Bauhandwerker mit dem Schluß dieses Jahres ihre Wirksamkeit einstellen, und daß mit dem 1sten Januar 1857 neue Kommissionen zur Prüfung von Zimmerleuten, Maurern, Schiefer- und Ziegeldeckern, welche Meister zu werden beabsichtigen:

1) für

- 1) für die Kreise Freydeken, Niederung, Elßit und Raguit unter dem Vorsitze des Landraths, Polizei-Präsidenten z. D. Lauterbach in Elßit;
- 2) für den Kreis Insterburg unter dem Vorsitze des Landraths Dobillet in Insterburg;
- 3) für die Kreise Gumbinnen, Stallupönen und Pillkallen unter dem Vorsitze des Landraths Burckard in Gumbinnen;
- 4) für die Kreise Darkehmen, Goldapp und Angerburg unter dem Vorsitze des Landraths Schirmeister in Darkehmen;
- 5) für die Kreise Dießke und Eyck unter dem Vorsitze des Landraths v. Marschall in Eyck, und
- 6) für die Kreise Johannisburg, Sensburg und Löben unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Pawelshyl in Nikolaiten,

ins Leben treten.

Für die Meister-Prüfungen der Steinhauer, Mühlenbauer und Brunnenbauer behalten wir uns die weitere Bestimmung über die Zusammensetzung und den Sitz der Prüfungskommissionen in jedem speziellen Falle vor, und sind deshalb die diesfälligen Prüfungs-Anträge an uns zu richten. Gumbinnen, den 9ten Dezember 1856.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

N 389.
Patentaufhebung.

Das dem Ingenieur Lambert Herliszka in Düren unter dem 2ten März 1856 ertheilte Patent:

auf eine kombinierte elektromagnetische Musterkarten-Schlage- und Kopir-Maschine, ist aufgehoben.

N 390.
Patentaufhebung.

Das dem Stahlfabrikanten Friedrich Krupp zu Esse unter dem 23ten April 1856 ertheilte Patent:

auf eine nach vorgelegter Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthümlich erkannte Verbesserung in der Konstruktion der Kasetten, ist aufgehoben.

B e k a n n t m a c h u n g .

N 391.
Die Beschaffung von Naturalien zur Sicherung des Materialen für die Militär-Verpflegung pro 1857 betr.

Beschaffungen von Naturalien zur Sicherung des Bedarfs für die Militär-Verpflegung pro 1857 werden im Wege des freihändigen Ankaufs für königliche Rechnung besorgen:

- 1) für Königsberg der Proviantmeister Kriegs Rath Rasche;
- 2) für Pillau der Proviantmeister Preuß;
- 3) für Tapiau der Depot-Magazin-Berwalter Kühn;
- 4) für Behlau der Depot-Magazin-Berwalter Sonnenberg;
- 5) für Insterburg der Proviantmeister Müller;

6) für

- 6) für Elbitz der Depot-Magazin-Berwalter Apstein;
- 7) für Edgen der Depot-Magazin-Berwalter Gygay;
- 8) für Danzig der Proviantmeister Kriegsbrath Kurth;
- 9) für Graudenz der Proviantmeister Krügel;
- 10) für Thorn der Proviantmeister Riese;
- 11) für Marienburg der Proviantmeister Neumann;
- 12) für Elbing der Depot-Magazin-Berwalter Heller;
- 13) für Pr.-Stargardt der Depot-Magazin-Berwalter v. d. Mark;

Wir machen dies dem Publikum mit dem Bemerken bekannt, daß diese Beamten nicht befugt sind, den Verkäufern von Naturalien Vorschüsse zu leisten, eben so wenig aber auch bei den Einlieferungen in die Magazine mit den Zahlungen dafür im Rückstande zu bleiben, oder Abkommen wegen erst später zu realisirender Lieferungen zu treffen. Sie sind vielmehr nur gegen sofortige baare Zahlung zum Ankauf der Naturalien autorisirt und würden daher die Verkäufer, wenn die Bezahlung des Kaufgeldes bei der Einlieferung der verkauften Naturalien nicht sofort Zug um Zug erfolgt, gemäß §§. 90 und 150, Theil I., Titel 13 Allgemeines Landrecht sich mit ihren Ansprüchen allein an die Ankaufs-Kommissarien zu halten, und aus den nicht Gewähr leistenden königlichen Kassen keine Zahlung zu erwarten haben. Königsberg, den 20sten Dezember 1856.

Königliche Intendantur ersten Armeekorps.

Personal - Chronik.

Der Assessor Preuß ist zum selbstständigen Staats-Anwalts-Schiffen in Kaufbeuren bestellt.

Dem forstverorgungsberechtigten Jäger Wilhelm Emil Dreyhaupt ist die Försterei zu Drogallen, Oberförsterei Grondowken, definitiv verliehen worden.

Dem forstverorgungsberechtigten Jäger Johann Ferdinand Mattern ist die Försterei zu Lawe, Oberförsterei Ibenhorst, definitiv verliehen worden.

Im Kreise Stallupönen sind folgende Schiedsmänner und deren Stellvertreter für die Dauer von drei Jahren, vom 1sten Januar 1857 ab, gewählt und beschäftigt worden:

- 1) für den Bezirk Bilderweitschen:

Schiedsmann: Krugbesitzer Joseph Wilmer in Bilderweitschen;

Stellvertreter: Köhler Joseph Wiemer in Grablauden;

- 2) für den Bezirk Engulhaen:

Schiedsmann: Berittschulz Jost Otto in Freygerai;

Stellvertreter: Wirth Ernst Müller in Ant-Sodehnen;

- 3) für

3) für den Bezirk Görtten:

Schiedsmann: Gutsbesitzer Capeller in Kerkelheim;

Stellvertreter: Schmiedemeister Scheidereiter in Görtten;

4) für den Bezirk Kattenau:

Schiedsmann: Berittsschulz Pflaumbaum in Willimmen;

Stellvertreter: Gutsbesitzer Schwallier in Kattenau;

5) für den Bezirk Meklheim:

Schiedsmann: Polizei-Verwalter Schön in Meklheim;

Stellvertreter: Krugbesitzer Schaumann daselbst;

6) für den Bezirk Pillupönen:

Schiedsmann: Gutsbesitzer Becker in Pillupönen;

Stellvertreter: Kaufmann Lehmann daselbst;

7) für den Landbezirk Stallupönen:

Schiedsmann: Gutsbesitzer Hofer in Klein-Degeßen;

Stellvertreter: Gutsbesitzer Dörfer in Barnagupönen.

Amtsblatt

N^o 53.

Gumbinnen, den 31sten December

1856.

Das 64te Stück der Gesefsammlung, welches den 24sten December d. J. in Berlin ausgegeben ist, enthält: unter

N^o 392.
Inhalt der Gesefsammlung.

- Nr. 4573 die Konzeßions- und Befätigungs-Urkunde, betreffend die Anlage einer Eisenbahn von Weisenfels über Zeitz zur Landesgrenze in der Richtung auf Oera durch die Thüringische Eisenbahn-Gesellschaft, vom 17ten November 1856; unter
- Nr. 4574 das Privilegium wegen Emittirung von drei Millionen neunhunderttausend Thalern Prioritäts-Obligationen der Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft, vom 17ten November 1856; unter
- Nr. 4575 den Allerhöchsten Erlaß vom 24sten November 1856, betreffend die Verleihung der Städteordnung für die Rheinprovinz vom 15ten Mai 1856 an die Gemeinden Euskirchen und Bülpich, Regierungsbezirks Köln; unter
- Nr. 4576 den Allerhöchsten Erlaß vom 1sten December 1856, betreffend die Zulassung belgischer Schiffe zur Küstenfrachtfahrt von einem preussischen Hafen nach einem anderen preussischen Plage; und unter
- Nr. 4577 den Allerhöchsten Erlaß vom 8ten December 1856, betreffend die Genehmigung des von dem General-Landtage der schlesischen Landschaft gefaßten Beschlusses wegen Emission vierprozentiger Pfandbriefe.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Gumbinnen.

Unter den Mir vorgetragenen Umständen will Ich ausnahmsweise genehmigen, daß die Invalidenpension 4ter Klasse, und in Gemäßheit Meiner Ordre vom 21sten Oktober 1848 nach zurückgelegtem 60sten Lebensjahre selbst die erhöhte Invalidenpension denjenigen Kombattanten der Feldzüge vom 1812 bis 1815 zugesprochen werden darf, welche entweder:

N^o 393.
Die Gewährung d. Invaliden-Pension 4ter Klasse für Kombattanten der Feldzüge 1812 bis 1815 betr.
L. d. J.
6071. Dep.

- 1) als halbinvalide anerkannt worden sind und den erworbenen Anspruch auf Versorgung bei Garnison-Truppen nicht geltend gemacht, sondern die Entlassung in die Heimath vorgezogen haben;

Amthl. Nr. 53.

oder:

oder:

- 2) als ganzinvalid ohne die durch längere Dienstzeit bedingten Versorgungs-Ansprüche ausgeschloßen und größtentheils erwerbsunfähig sind, auch eine Dienstzeit erreicht haben, die sich bei Unteroffizieren auf mindestens 4 Jahre und bei Gemeinen auf mindestens 6 Jahre belaufen muß.

Es sollen jedoch hinsichtlich beider vorgenannter Kategorien die Pensions-Bewilligungen von dem Nachweis der Bedürftigkeit abhängig bleiben. Ich überlasse Ihnen, hiernach das Erforderliche zu verfügen. Sanssouci, den 13ten November 1856.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(gegentz.) Graf v. Waldersee.

An den Kriegsminister.

Vorstehende Allerhöchste Kabinettsordre vom 13ten v. M. bringen wir mit dem Beduten zur Kenntniß, daß diejenigen Invaliden, welche danach einen Pensionsanspruch begründen zu können glauben, sich an das betreffende Landwehr-Bataillons-Kommando mit dem ersten Antrage, keinesfalls aber an eine andere Militärbehörde wenden sollen. Gumbinnen, den 3ten Dezember 1856. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

N 394.

Die Umpfarrung
des Rittergutes
Jurguttschen von
Angerburg nach
Rudern und des
adlichen Gutes
Jakunowen von
Engelstein nach
Angerburg betr.
N. v. 3.
5916. Dvltv.

Es wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß das Königl. Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten im Einverständnisse mit dem evangelischen Ober-Kirchenrath die Umpfarrung des Rittergutes Jurguttschen von Angerburg nach Rudern und des adlichen Gutes Jakunowen von Engelstein nach Angerburg genehmigt hat, und dieselbe als vom 1sten Januar 1857 ab erfolgt betrachtet werden soll. Gumbinnen, den 21sten Dezember 1856. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

N 395.

Patentrechtli-
ung.

Dem Rentner Theodor Krier zu Reunkirchen, im Kreise Ottweiler, ist unter dem 16ten Dezember 1856 ein Einführungs-Patent:

auf eine Maschine zum Feilenhauen, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfassung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Hierzu die Beiloge zum Amtsblatt Nr. 52 und der öffentl. Anzeiger Nr. 53.

Druck von Fr. Asoufmed.





